C 21734 D



BtmG Anatomie eines Gangsterstücks S.14

Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 180 30.6.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-



Um das bundesdeutsche Asylrecht „vor Aushöhlung zu schützen", wurden am 16. Juni von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen zur Verschärfung des Asylrechts beschlossen. Die neuen Maßnahmen treten sofort in Kraft. Nach der Bundestagswahl soll über eine weitergehende Einengung und Verschärfung beraten werden. *Fortsetzung auf Seite 2*

Grüne Partei: Rechte springen ab

Nach dem Dortmunder Parteitag hat bei den Grünen ein organisatorischer Klärungsprozeß begonnen: Eine größere Zahl von Reaktionären, die sich selbst für die einzig wahren Ökologen halten, „drohen" mit Austritt oder haben diesen Schritt bereits vollzogen. Begründet wird dieser durchaus erfreuliche Auszug der Rechten mit Schauergeschichten, daß in der grünen Partei „maoistische Kadergruppen" die Macht übernommen hätten.

Die schleswig-holsteinischen Rechten hatten schon in Dortmund ein provokatorisches Flugblatt verteilt, in dem sie zur Spaltung der grünen Partei aufriefen. Gespickt war dieses Flugblatt mit Phantastereien über die „Unterwanderung" der Grünen durch die Z-Gruppe (ehem. „Zentrumsfraktion" des KB). Unterschrieben war der Text von zahlreichen Funktionären der GLSH, darunter sämtlichen Kreistagsabgeordneten in Schleswig-Holstein.

Am 28. Juni wurde auf einer Delegiertenversammlung der GLSH bei knapp 50 Anwesenden gegen drei Stimmen (plus eine Enthaltung) formell die Abspaltung von den Grünen vollzogen. Die GLSH soll als Konkurrenzorganisation gegen die Grünen weitergeführt werden. G.P. Werner (Pressesprecher der GLSH) beantragte sogar, die GLSH solle zur Bundestagswahl kandidieren, um den Grünen Stimmen wegzunehmen. Über diesen Antrag wurde nicht entschieden.

In Bayern haben Klaus Resch und zwei weitere Mitglieder des Landesvorstands der Grünen ihren Rücktritt und die Beendigung ihrer Mitarbeit bei den Grünen erklärt. In einer gemeinsamen Erklärung sprechen sie davon, nicht mehr für diese „weitgehend chaotisch gewordene Partei" arbeiten zu wollen, in der das „ökologische Element" zunehmend in den Hintergrund gedrängt worden sei.

Der Kreisverband Kitzingen (Unterfranken) sollte wenige Tage nach dem Dortmunder Parteitag von acht rechten Mitgliedern kurzerhand für aufgelöst erklärt werden. Das wurde aber dadurch verhindert, daß zehn neue Leute dem Kreisverband beitraten und die „Amtsgeschäfte" übernahmen.

Diese Beispiele bilden mit Sicherheit nur einen kleinen Ausschnitt des Massenauszugs rechter Grüner. Beispielsweise ist mit Austritten auch von Anhängern des „Achberger Kreises", Teilen der GAZ (oder der GAZ insgesamt) u.a.m. zu rechnen.

Darüber hinaus ist auch der Verbleib des Bremer Landesverbands (BGL) bei den Grünen nur noch rein taktisch; praktisch kommt das Vorgehen der BGL einem Austritt schon gleich.

Seitens des Bundesvorstands der Grünen und großen Teilen der Partei (auch vielen Linken) wird immer noch versucht, Herbert Gruhl und die BGL bei den Grünen zu halten. Zumindest bis zum Wahltag (das scheint jedenfalls hinter dem Vorgehen mancher linker Grüner zu stehen), soll der ganz große Knall vermieden werden, der wahrscheinlich das Stimmenergebnis der Partei noch weiter nach unten drücken würde. Bei dieser Taktik gegenüber Gruhl und anderen Rechten wird aber riskiert, daß die unumgängliche Konfrontation lediglich verschleppt wird und dann zu einem späteren (noch weit ungünstigeren!) Punkt des Wahlkampfs voll zum Ausbruch kommt.

IN DIESER AUSGABE:

Herr Apel, wo steht Ihr Bunker?

„Apel: Bunker überflüssig! *Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) hat die Bundesregierung gegen den Vorwurf verteidigt, daß zum Schutz der Zivilbevölkerung bei kriegerischen Auseinandersetzungen nicht genügend getan werde. Auf einer Versammlung Hamburgischer Bürgervereine meinte Apel am Wochenende, die häufig zu hörende Klage über die viel zu geringe Anzahl von Bunkern gehe von einem falschen Ansatz aus, nämlich vom Bild des letzten Weltkrieges".* Massive Bombenangriffe auf Städte wie damals werde es aber in einem kommenden Krieg nicht mehr geben. **„Denkbar dagegen wäre ein nuklearer Einsatz. In einem solchen Falle hülfen auch keine Bunker, weil 60 Millionen Deutsche darin nicht unterzubringen wären"** („Frankf. Rundschau", 23.6. 80).

Eine in sich runde Logik. Sie paßt allerdings auf den ersten Blick nicht zu Meldungen wie z.B. folgender: Im Neubau des U-Bahnhofes Niendorfer Markt (Hamburg-Nord) soll *„ein öffentlicher Schutzraum entstehen, der 3.300 Menschen Platz bietet".* Ein entsprechender Beschluß wurde in der Hamburger Bürgerschaft einstimmig und ohne Debatte verabschiedet. Baukosten ca. 4 Millionen („Welt", 20.6.80).

Entweder kennt in der Hamburger Bürgerschaft niemand die Prognose des Ministers Apel. Oder aber, wahrscheinlicher: Es wird davon ausgegangen, daß sich zwar 60 Millionen Menschen nicht in Bunkern unterbringen lassen, aber doch einige Hunderttausend. Daß dafür die Wichtigsten ausgewählt werden — Volksvertreter, Volksvermögen mehrende Unternehmer sowie unsere innere und äußere Sicherheit garantierende Polizeichefs und Generäle — liegt auf der Hand. Daß die Kosten für den zukünftigen Schutz unserer Wichtigsten von den Steuern der Bevölkerung bezahlt werden, ist nur recht und billig. Schließlich haben wir hier Demokratie.

Allerdings ist das Bewußtsein für die Unvermeidlichkeit, im nächsten Krieg zig Millionen Deutsche als Atomtote einzukalkulieren, in der Bevölkerung bisher zu schwach entwickelt. Daher folgte der allzu lockeren Äußerung Apels sofort ein ungemein überzeugendes Dementi: „ **‚Bunker nicht überflüssig'.** *Das Verteidigungsministerium ist Meldungen entgegengetreten, wonach Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) Bunker zum Schutz der Zivilbevölkerung für überflüssig erklärt haben soll".* Apels Hamburger Ausspruch sei *„irreführend verkürzt worden".* (Was Apel jetzt wirklich gesagt haben will, geht aber aus dem Dementi nicht hervor. Schönheitsfehler). Schließlich würden ja Schutzräume gebaut. **„Nicht möglich sei es allerdings nach Meinung aller Fachleute, für 60 Millionen Bundesbürger Bunkerplätze zu schaffen und gleichzeitig die Abschreckungsfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten".** Deshalb müsse die weitere Aufrüstung der Bundeswehr Vorrang haben („Frankfurter Rundschau", 24.6.80).

Daß bei diesem bedauerlichen Interessenskonflikt Sachentscheidungen getroffen werden müssen, sollte dem einsichtigen Teil der Bevölkerung verständlich zu machen sein. Immerhin wurden 1979 vom Staat für Schutzraum-Bauten fast 43 Millionen Mark ausgegeben (laut „KVZ" vom 23.6.). Das ist fast halb soviel wie ein Exemplar des neuen Kampfflugzeuges MRCA kosten soll (laut „Spiegel", 9.6.80).

Im übrigen: So trostlos, wie die Lage auf den ersten Blick für die Masse der Bevölkerung aussehen könnte, ist sie gar nicht: Schon heute stehen 1,8 Millionen Schutzraumplätze zur Verfügung, d. h. für 3 % der Bevölkerung. Und jährlich werden weitere 50.000 bis 70.000 Plätze fertiggestellt (laut „KVZ", 23.6.80). In ca. 1.000 Jahren werden also genügend Plätze für uns alle zur Verfügung stehen — falls nichts dazwischen kommt.

Erneuter Atomalarm in Harrisburg!

Das AKW Three Mile Island nahe der amerikanischen Stadt Harrisburg ist durch einen weiteren, schwerwiegenden „Störfall" in die Schlagzeilen geraten: Nachdem die US-Atombehörde die Genehmigung erteilt hatte, „mit Hilfe von Sauerstoffgebläsen und Spezialfiltern das im Reaktor enthaltene Krypton in einem für Lebewesen und Pflanzen ungiftigem Gesmisch an die Luft abzugeben", geriet den „Spezialisten" diese Operation am 28. Juni außer Kontrolle und 40.000 Liter radioaktiv verseuchten Wassers wurde unkontrolliert freigesetzt. Nur einen Tag später wiederholte sich dieser „Störfall" — und der dadurch abermals ausgelöste Atom-Alarm trieb noch mehr Menschen zur Flucht vor dieser „sichersten aller Kraftwerksanlagen".

IN DIESER AUSGABE:

„Ökologie und Frieden", „Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst" sowie „Antimilitaristische Zeitungsarbeit".

Seite 12,13

Asylrecht verschärft

Die am 16. Juni beschlossenen Sofortmaßnahmen sind:
1. Einführung der Visumpflicht für Einreisende aus der Türkei, Indien und Bangla Desch. Für Einreisende aus Afghanistan, Äthiopien und Sri Lanka war die Visumpflicht schon im März angeordnet worden. Diese Maßnahme bedeutet, daß die Auslandsbotschaften der BRD als vorgeschaltete Station zum Ausfiltern von ‚unerwünschten Ausländern' (außerhalb jeder rechtlichen Kontrolle) fungieren.
2. Asylbewerber erhalten für die ersten 12 Monate keine Arbeitserlaubnis, sind also auf ‚Sozialhilfe' angewiesen. Bei dieser 12 - Monatsfrist handelt es sich, wie gesagt, um eine Sofortmaßnahme. Längerfristig sind Regelungen in der Diskussion, die Asylbewerbern „generell" (d.h. bis zum positiven Abschluß ihres Verfahrens) ein Arbeitsverbot erteilen sollen.
3. Die ‚Sozialhilfe', d.h. die zukünftig einzige Existenz - Grundlage der Asylbewerber, soll nicht in Geld ausgezahlt, sondern in ‚Naturalien' geleistet werden. Zu diesem Zweck sollen die Asylbewerber vorwiegend in „Gemeinschaftsunterkünften" zusammengefaßt werden.
Die CDU/CSU fordert darüber hinaus, daß es sich um geschlossene und bewachte „Sammellager" handeln müsse, da sonst das Arbeitsverbot nicht zu kontrollieren sei. Solche Lager lehnt die sozialliberale Koalition bisher mit dem Argument ab, daß dadurch zuviel „sozialer Sprengstoff" geschaffen werde.
4. „Beschleunigung" des Asylverfahrens durch Beschneidung der Einspruchsmöglichkeiten des Asylbewerbers. Diese Maßnahme ist innerhalb der Bundesregierung ein Kompromiß: Justizminister Vogel hätte eine noch schärfere Lösung bevorzugt - nämlich die sofortige Ausweisung eines einmal vom Verwaltungsgericht abgelehnten Asylbewerbers. Dieser könnte dann zwar noch in die Berufung gehen - aber von seinem Heimatland aus!... Also ein glatter Hohn. Der Streit hierum zwischen Vogel und dem wieder einmal mit seinem Liberalismus Kokettierenden Baum ist durch die nun beschlossene Sofortregelung nicht beendet. Weitere Verschärfungen (nach der Bundestagswahl) sind zu erwarten.

Der CDU/CSU gehen diese Sofortmaßnahmen nicht weit genug: Zum einen hätte sie gern die totale Erfassung aller Asylbewerber in „Sammellagern" verbindlich festgesetzt. Und zum zweiten strebt sie eine Regelung an, bei der spezielle Richter **schon an der Grenze** ein Aussortieren von „offensichtlich mißbräuchlichen" Bewerbern besorgen.

Tatsächlich werden diese weitergehenden Vorstellungen der CDU/CSU in den von ihr regierten Bundesländern **bereits praktiziert**. So verweist das Bayerische Innenministerium darauf, daß „ *die Grenzbehörden prüfen können, ob ein Asylantrag unschlüssig oder offensichtlich rechtsmißbräuchlich ist*". Es beruft sich dabei auf Dr. Fröhlich, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, der im Bundestag am 7.3.79 erklärte: „*Es besteht die Möglichkeit - wir werden sie verstärkt durch den Ausbau der Grenzbehörden ausnutzen – daß man Ausländer, die als sogenannte Scheintouristen in die Bundesrepublik einreisen, um sich dann hinterher auf das Asylrecht zu berufen, bereits an der Grenze zurückweist*". („Frankf. Rundschau",25.8.79).

Die Verschärfung des Asylrechts wird durch systematische Panikmache der Politiker und Medien unterstützt: In Zusammenhang mit asylsuchenden Ausländern werden bewußt Begriffe eingesetzt, die Angst erwecken sollen: ungeheuerlich anschwellende „Flut", „Springflut", „Asylanten - Strom", „Ansturm der Ausländer", „überschwappende Welle", einzelne Städte seien am „Ertrinken".

Diese „Flut" stellt sich real so dar: 51.500 Ausländer begehrten 1979 Asyl. Für 1980 wird die Zahl auf 100.000 bis 150.000 geschätzt. Gemessen an den 4,14 Millionen Ausländern, die in der BRD leben, handelt es sich also um eine kleine, keineswegs „besorgniserregende" oder problematische Anzahl. Der Anteil der Asylbewerber an der gesamten BRD - Bevölkerung: 0,2 %! – Die Kosten für den Staatshaushalt waren bisher äußerst bescheiden: 100 Millionen Mark im Jahr, also etwa der Preis eines modernen Kampfflugzeugs. Die neu beschlossene Regelung (Arbeitsverbot für ein Jahr, Versorgung durch die „Sozialhilfe") wird - berechnet auf 100.000 Asylbewerber - die Staatsausgaben auf ca. 600 Millionen Mark steigen lassen. Das ist ebenfalls vergleichsweise ein recht kleiner Posten. (Zahlen nach „Welt" vom 12.3.80 und 18.6.80).

Es bedarf einer faschistoiden Demagogie, wie sie in diesem Land traurige Tradition hat, um an diesem Punkt Panik vor einer „Flut von Schein - Asylanten" zu schüren. Ein Beispiel: In Essen hat Oberbürgermeister Katzor (SPD!!) im Mai angeordnet, daß in Essen g e n e r e l l keine Asylbewerber mehr aufgenommen werden dürfen. Seine markige Begründung: **„Ich will Ordnung in der Stadt. Damit die Flut nicht über uns kommt"**. („Frankf. Rundschau", 26.6.80). Und der Tatbestand: Essen, mit 660.000 Einwohnern die 5.größte Stadt der BRD, hat nur 580 Plätze für Asylbewerber zur Verfügung. Die sind alle belegt. Neue Plätze können angeblich nicht geschaffen werden!! („FR", 26.6.80).

Übrigens werden von den Asylbewerbern im Endeffekt nur 8,5 % a n e r k a n n t - der Rest wird abgeschoben. In absoluten Zahlen sieht das so aus: 1979 wurden nur 5900 Asylbewerber anerkannt. Und darunter waren auch noch 3500 Vietnam - Flüchtlinge, die im Blockverfahren (ohne politische Prüfung, versteht sich!) anerkannt wurden. („Spiegel" 16.6.80).

Bei dieser Lage der Dinge hat die sozialliberale Koalition sogar noch die Unverschämtheit, die Asyl - Praxis in der BRD als eine der liberalsten der Welt darzustellen. Die Dimensionen dieser Liberalität werden deutlich, wenn man weiß, **daß Großbritannien und Frankreich jeweils rund 150.000 Asylanten pro Jahr aufnehmen.** (Baum vorm Bundestag, „Frankf. Rundschau", 19.3.80).

Schon vor der jetzt beschlossenen Verschärfung des Asylrechts klagten amnesty international und andere demokratische Stellen die Praxis der BRD - Behörden an:

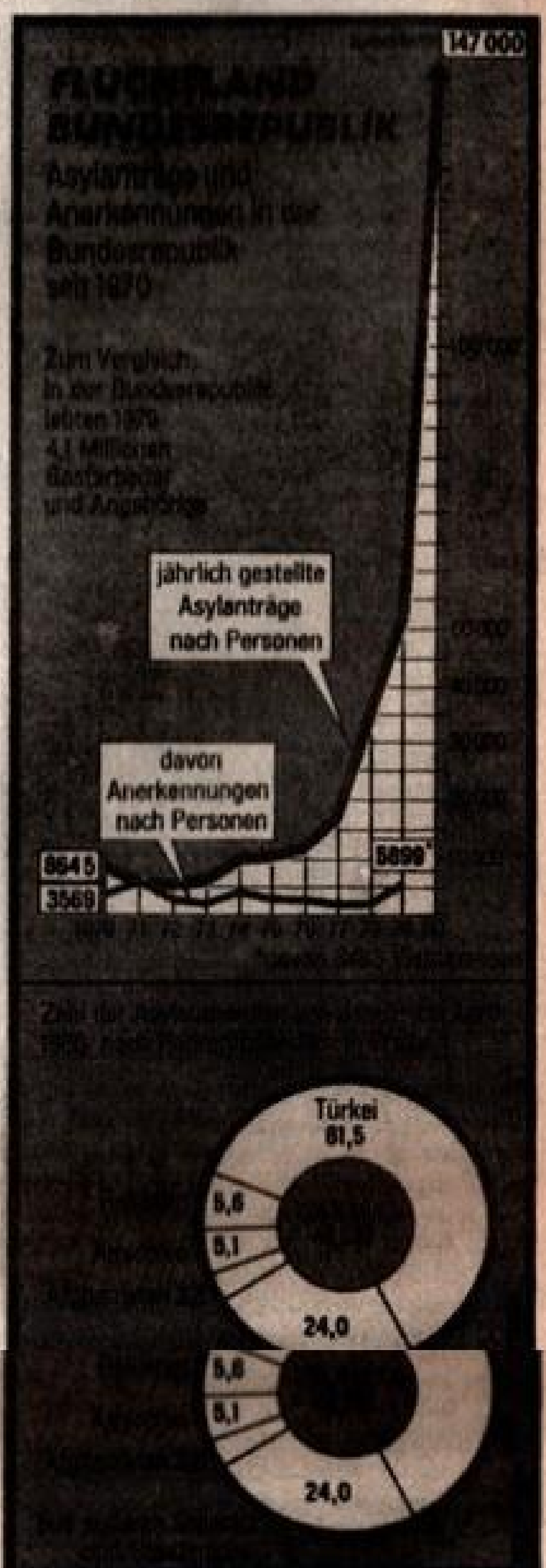
Schon vor der jetzt beschlossenen Verschärfung des Asylrechts klagten amnesty international und andere demokratische Stellen die Praxis der BRD - Behörden an:

So werden Flüchtlinge aus Vietnam oder den osteuropäischen Staaten meist ohne weiteres anerkannt, während Flüchtlinge aus dem reaktionären und faschistischen Ausland oft Schikanen ausgesetzt sind:

Nach einem Bericht von amnesty international ist es z.B. vorgekommen, daß Kurden und Türken mit der schlichten Begründung das Asyl verweigert wurde, in den betreffenden Ländern herrschten „geordnete Zustände". Bei Flüchtlingen aus Chile und Argentinien werde erst langwierig von den dortigen BRD - Botschaften die „Asylwürdigkeit" v o r geprüft. „*So sei es kein Wunder, daß die Quote bei den Chilenen, wo sich die Bundesrepublik zur Aufnahme von 500 Flüchtlingen verpflichtet hatte, mit erst 77 keineswegs erreicht sei. Bei den Argentiniern, wo erst etwa zehn von 400 eingetroffen sind, sieht es nicht besser aus...*". (ai, nach „Frankf. Rundschau", 8.8.79). Ein Inder sei z.B. abgewiesen worden, weil er Mitglied einer indischen ML - Organisation gewesen war: Das Asylrecht schütze nur „ *Kämpfer für Freiheit und Recht*", „ *nicht aber Personen, die die Diktatur des Proletariats errichten wollen*". („Spiegel",16.6.80).

Die Verschärfung des Asylrechts wird es erleichtern, sozialistische und antifaschistische Ausländer „*beschleunigt*" abzufangen und auszusortieren. Wer dann noch übrig bleibt, wird in Lagern und sonstigen „Gemeinschaftsunterkünften" total entmündigt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Ihm wird der Status eines ‚Sozialhilfe' - Empfängers aufgezwungen - was zusätzlich den Effekt haben wird, politische Flüchtlinge als arbeitsscheues Gesindel zu diffamieren, das sich auf Kosten des Steuerzahlers in der BRD einen faulen Lenz machen möchte. Schon jetzt hetzt die „Welt", es gehe darum, „*die politisch Verfolgten von den S c h m a r o t z e r n zu trennen*" („Welt", 3.6.80).

Der sozialliberalen Koalition ist es wieder einmal gelungen, den Vorreiter für Reaktion und Chauvinismus zu spielen.



Resolution: Gegen eine weitere Aushöhlung des Asylrechtes — für

Resolution: Gegen eine weitere Aushöhlung des Asylrechtes — für die Aufnahme von asylsuchenden Eritreern

Resolution

Folgende Resolution ist von den genannten Organisationen bundesweit mitgetragen:
Amnesty International, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Eirene, Gesellschaft für bedrohte Völker, Medico International, Terre des Hommes, Weltfriedensdienst, Klaus Vack, Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Wir, die Unterzeichnenden, wenden uns gegen die ZUNEHMENDE AUSHÖHLUNG des in unserem Grundgesetz garantierten Rechtes auf Asyl.

Trotz aller Beteuerungen und Beschwichtigungen unserer Politiker sind wir der Auffassung, daß bereits seit einigen Monaten Verwaltungsvorschriften erlassen werden und eine ASYLANTENFEINDLICHE EMOTIONALISIERUNG DER ÖFFENTLICHKEIT in Gang gekommen ist, die dem WILLEN DES GRUNDGESETZES in eklatanter Weise WIDERSPRECHEN.

Gerade an der Behandlung der Asylsuchenden aus Eritrea wird deutlich, wie unsere Politiker mit zweierlei Maß messen: Während „politisch genehme" Flüchtlinge (z.B. aus Indochina) sofort und unter unbürokratischen Anstrengungen aufgenommen werden, wird nun Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet Eritrea der Weg in die Bundesrepublik durch Einführung einer Visumspflicht, deren Handhabung nicht offengelegt wurde, versperrt.

Unseren Politikern ist unbekannt geblieben, daß in Eritrea seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten ein erbitterter Kampf um die Unabhängigkeit der ehemaligen italienischen Kolonie tobt. DIESER KRIEG FORDERTE ZEHNTAUSENDE VON TOTEN UND VERLETZTEN, HUNDERTTAUSENDE FLÜCHTETEN INS AUSLAND. Die Aufnahmekapazität des benachbarten Sudan, eines der ärmsten Länder dieser Erde, sind erschöpft. Die SPANNUNGEN zwischen Eritreern und Sudanesen haben schon zu BEWAFFNETEN AUSEINANDERSETZUNGEN geführt. Der Sudan ist kein bleibender Zufluchtsort für die vom Krieg schwer getroffenen und von den äthiopischen Truppen hart bedrängten Eritreer! Drastische WILLKÜRMAßNAHMEN und ÜBERGRIFFE der Zivilbevölkerung bedrohten auch im Sudan das Leben der Eritreer!

Wir protestieren gegen die mehr als BESCHÄMENDE Bezeichnung der Eritreer als „Wirtschaftsflüchtlinge". Die Menschen in Eritrea sind durch Krieg und Verfolgung akut an LEIB UND LEBEN bedroht. SCHUTZSUCHENDE Eritreer DÜRFEN NICHT an unseren Grenzen A B G E W I E S E N W E R D E N!

WIR APPELLIEREN AN UNSERE POLITIKER:
Unternehmen Sie unverzüglich alle erforderlichen Schritte, daß Asylsuchende Eritreer bei uns Aufnahme finden. MACHEN SIE DIE VISUMSPFLICHT ZUGUNSTEN A K U T V E R F O L G T E R M E N S C H E N RÜCKGÄNGIG.

Wir appellieren an alle mit diesem Problem befaßten Verwaltungsbehörden und ihre Mitarbeiter: Handhaben Sie Ihre Vorschriften nicht restriktiv und bürokratisch. Setzen Sie Ihre Autorität und Ihren Ermessensspielraum zugunsten der Flüchtlinge aus Eritrea ein.

Wir alle dürfen nicht vergessen:

FLÜCHTLINGE AUS ERITREA FLÜCHTEN VOR KRIEG UND VERFOLGUNG.



„Der Stein, den sie erhoben haben, fällt auf ihre eigenen Füße"

Zur Strategie des Polizeieinsatzes gegen die Hausbesetzung in Freiburg

Fünf Tage lang besetzten aus allen Teilen des Landes zusammengezogene Polizeieinheiten Freiburg, sperrten die halbe Innenstadt mit dreifachen Natodrahtrollen ab und errichteten dort ein Heerlager. 1.200 bis 1.500 Bullen exerzierten eine Bürgerkriegsübung vor, wie es sie in der Geschichte der Hausbesetzungen in der BRD noch nicht gegeben hatte. Der betriebene Aufwand war immens: Fünf Tage lang mußte der gesamte Bus- und Straßenbahnverkehr umgeleitet werden, die zentrale Verbindungsstraße vom Rheintal in den Schwarzwald und ins Schwäbische waren blockiert – morgens und abends regelmäßig das große Verkehrschaos. Auch viele Bürger fühlten sich an eine Besatzung durch fremde Truppen erinnert; früher, nach dem Krieg, die Franzosen, die seien aber trotz allem noch freundlicher gewesen ... . Gekostet haben schließlich soll das ganze Spektakel über eine Million Mark.
Warum dieser Aufwand gegen 60 bis 80 Leute im Dreisameck, die sich zudem schon lange vor der Räumung darauf geeinigt hatten, den Räumkommandos nur Farbeier und Barrikaden entgegenzusetzen?

Der Freiburger Polizeichef Maier hat die Gründe für diesen Aufwand offen benannt: „*Ausschlaggebend dafür war allein ... die taktische Überlegung, daß durch zahlenmäßige Überlegenheit der Einsatzkräfte die Anwendung von Brachialgewalt besser zu 'dosieren' ist und der Abschreckungseffekt zusätzlich genutzt wird*" („Badische Zeitung", 9.6.80). Durch den „martialischen" (so Maier selbst) Aufmarsch sollte jeder Widerstand im Keim erstickt werden; wenn einige „militante Chaoten" das nicht hinnähmen, sollten sie mit „dosierter" „Brachialgewalt" zur Räson gebracht werden. Den Unterstützern der Dreisameckbesetzung sollte angesichts der totalen Übermacht des Staates ihre Ohnmacht und die Sinnlosigkeit von Hausbesetzungen überhaupt eindringlich vor Augen geführt werden.

Das ist das gleiche Konzept wie bei der Räumung des Gorleben-Dorfes; ein Konzept, das in Baden-Württemberg schon bei den Iran-Solidaritätsaktionen Ende 78 und bei den seither gelaufenen Antifa-Aktionen praktiziert worden ist (zuletzt bei einer faschistischen „Heldengedenkfeier" in Schönau, als 300 Antifaschisten 600 Bullen samt Pepper-Fog-Kanone, Hundestaffel und Hubschrauber gegenüberstanden).

Ein „Abschreckungseffekt" versprach man sich offensichtlich auch vom Einsatz des Göppinger Spezial-Einsatz-Kommandos (SEK), das in Bullenkreisen auch als „schwäbische GSG 9" gehandelt wird. Mit Stahlhelmen, Kampfoveralls und langen Holzknüppeln bildete es die „Speerspitze" der Bullenstreitmacht, sowohl beim Sturm auf die Häuser als auch bei den nächtlichen Schlägereinsätzen gegen Demonstranten vor den NATO-Drahtsperren.

Der Einsatz von Sonderkommandos bzw. die „Aufstellung, Schulung und Ausbildung von Spezialeinheiten (Eindringkommandos)" ist übrigens schon mindestens seit 1977 fester Bestandteil der „Einsatzgrundsätze" der Polizei (vgl. „Die Polizei", 5/77, S. 147). Spezialkommandos werden auch für die „Observation" der Hausbesetzer empfohlen.

Ebenfalls fest zum Einsatzkonzept gehört der Einsatz von geheimdienstlichen Methoden: „*Die Observation ist unter Einsatz von Nachtsichtgeräten und Richtmikrophonen so konspirativ durchzuführen, daß sich sowohl die Hausbesetzer als auch eventuelle Sympathisanten trotz entsprechenden Mißtrauens völlig unbeobachtet fühlen*" (ebd. S. 145). Derart will man Erkenntnisse gewinnen über die Besetzer selbst und „*Sympathisanten*", „*Rädelsführer, Mittelsmänner, Wachen, Bewaffnung und Ausrüstung, Art der Barrikaden, Verbindung nach außen, Schlafgewohnheiten, Verpflegungsbeschaffung, bauliche Veränderungen und Fluchtwege*". In direkter Zusammenarbeit mit der Bundespost sollen die Telefonanschlüsse überwacht werden. Darüber wird unter „Aufgaben der Polizei" eigens aufgeführt: „*3. Entwicklung konspirativer Einsatzmethoden, z.B. die Einschleusung von Beamten bzw. Verbindungsleuten als Handwerker, Lieferanten, Passanten*" (ebd. S. 146).

Der Aufmarsch und die Besetzung eines ganzen Stadtbezirks in militärischer Formation und Übermacht, der Einsatz von Menschenjagd-Kommandos gegen unbewaffnete Hausbesetzer und deren „Sympathisanten" (der zugleich Schrittmacherfunktion für das Vorgehen der „normalen" Bullen hat), die bedenkenlose Anwendung eines breiten Spektrums geheimdienstlicher Vorgehensweisen durch die Polizei sind Bausteine eines von Polizeistrategen propagierten „operativen" Konzepts, bei dem es nicht um die „Wiederherstellung verletzter Rechtszustände" geht, sondern um die möglichst effektive Z e r s c h l a g u n g des Gegners.

Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie nicht gar so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionäre, sondern hat das Volk eine wirklich große Macht
Mao-Tse-Tung

In der Praxis hatte der Bullenaufmarsch in Freiburg nicht eine allgemeine Demoralisierung zur Folge, sondern im Gegenteil die Mobilisierung von mehr als zehntausend Menschen gegen Wohnraumvernichtung und Polizeiterror. Die Bullen bekamen eine Militanz zu spüren, wie es sie in Freiburg noch nie gegeben hatte. Leicht geknickt mußte Polizeichef Maier vor der Presse eingestehen: „*Einen so hohen Grad an Mobilisierung ... hat die Polizei nicht erwartet*". „*Die Parole 'Freiburg — Polizeiburg' macht dem örtlichen Polizeiführer sichtlich zu schaffen. ... Dabei will Albert Maier gar nicht ausschließen, daß das massive Auftreten der Polizei durchaus zur Aufstockung des Protestpotentials beiträgt...*" Daß zudem als Ergebnis dieser Mobilisierung die erfolgreiche Besetzung des „Schwarzwaldhofes" stand, macht die p o l i t i s c h e Niederlage der für den Polizeieinsatz Verantwortlichen komplett.

Ein Genosse des KB/Gruppe Freiburg

Adler-Brauerei geräumt

Wuppertal. Am 25.6. räumten 300 Bullen aus Wuppertal mit Unterstützung von Spezialeinheiten aus Duisburg die besetzte Adler-Brauerei. Die ca. 120 Bewohner waren auf eine Räumung nicht vorbereitet und mußten das Gelände verlassen. Mit den Abrißarbeiten wurde sofort begonnen.

Über 60 Gruppen, Vereine und Initiativen sowie über 6.000 Privatpersonen hatten sich in den ersten drei Wochen mit den Besetzern der ehemaligen Adler-Brauerei in Wuppertal solidarisiert.

Die Besetzer kämpften für den Erhalt des denkmalwürdigen Gebäudes und für seine sinnvolle, bürgernahe Nutzung. Sie hatten damit bereits angefangen und boten ein selbstorganisiertes Veranstaltungs- und Kursprogramm an. Die ersten Ausgaben einer eigenen Zeitung „Adlerflug" forderten zur aktiven Mitarbeit auf.

Verhandlungen mit der Stadt haben kein greifbares Ergebnis gebracht. Die Stadt betonte zwar, daß ihr nicht an einem Abriß gelegen und sogar an einer Nutzung als Kulturzentrum interessiert sei, aber sie verschanzte sich hinter der Abrißgenehmigung, die der derzeitige Besitzer, die Wicküler-Brauerei, in den Händen hat. Und das Ordnungsamt forderte die Brauerei nach der Besetzung auf, das Gelände aus „bautechnischen Gründen" zu schließen, „um die Besucher der Brauerei nicht zu gefährden". Die Besetzer betonten, daß das Gebäude sicherer als in den Jahren zuvor war, als es leer stand. Gefährdete Räume und das Dach hatten sie gesichert bzw. gesperrt — behielten sich allerdings vor, im Falle einer Räumung durch die Polizei, sich auf das Dach zurückzuziehen, um den Abbruch zu verhindern.

Wie üblich behauptete die Stadt auch, daß kein Geld für eine Instandsetzung vorhanden sei. Allerdings leistet sie sich selbst gerade 60 Millionen für den Ausbau des Rathauses.

Die Forderung nach Erhalt der Adler-Brauerei ist auch bei der SPD auf positive Resonanz gestoßen. So forderte der SPD-Ortsverein Uellendahl die SPD-Fraktion im Rat der Stadt auf, „*eine Kriminalisierung der Besetzer der Adler-Brauerei (z.B. durch gewaltsamen Polizeieinsatz, Ordnungsverfügungen usw.) zu verhindern. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt wird aufgefordert, unverzüglich Gespräche mit den Besetzern und allen weiteren Interessenten, die die Adler-Brauerei als Kommunikationszentrum nutzen wollen, aufzunehmen und sich für die Anmietung oder den Ankauf der Adler-Brauerei einzusetzen. Ankauf und Umbau der Brauerei könnten — wenn der politische Wille vorhanden ist — z.B. durch Einsparung am Rathaus-Anbau oder am Straßenbau finanziert werden*" (nach „Stadtzeitung", 6/1980).

Die Besetzer entwickelten selbst Vorschläge zum Umbau, z.B. wollten sie das klaffende Loch, das der Bagger unmittelbar vor der Besetzung am 30. Mai in die Wand eingerissen hat, verglasen. Zum einen, damit Licht in das Innere fällt, zum anderen auch als „Mahnmal voreiliger Zerstörungswut".

Zu spät — die zweite Zerstörung Deutschlands hinterläßt keine Mahnmäler.

Wohnungskommission

Nutzung. Sie hatten damit bereits angefangen und boten ein selbstorganisiertes Veranstaltungs- und Kursprogramm an. Die ersten Ausgaben einer eigenen Zeitung „Adlerflug" forderten zur aktiven Mitarbeit auf.
Verhandlungen mit der Stadt haben kein greifbares Ergebnis gebracht. Die Stadt betonte zwar, daß ihr nicht an einem Abriß gelegen und sogar an einer Nutzung als Kulturzentrum interessiert sei, aber sie verschanzte sich hinter der Abrißgenehmigung, die der derzeitige Besitzer, die Wicküler-Brauerei, in den Händen hat. Und das Ordnungsamt forderte die Brauerei nach der Besetzung auf, das Gelände aus „bautechnischen Gründen" zu schließen, „um die Besucher der Brauerei nicht zu gefährden". Die Besetzer betonten, daß das Gebäude sicherer als in den Jahren zuvor war, als es leer stand. Gefährdete Räume und das Dach hatten sie gesichert bzw. gesperrt — behielten sich allerdings vor, im Falle einer Räumung durch die Polizei, sich auf
der Stadt wird aufgefordert, unverzüglich Gespräche mit den Besetzern und allen weiteren Interessenten, die die Adler-Brauerei als Kommunikationszentrum nutzen wollen, aufzunehmen und sich für die Anmietung oder den Ankauf der Adler-Brauerei einzusetzen. Ankauf und Umbau der Brauerei könnten — wenn der politische Wille vorhanden ist — z.B. durch Einsparung am Rathaus-Anbau oder am Straßenbau finanziert werden" (nach „Stadtzeitung", 6/1980).
Die Besetzer entwickelten selbst Vorschläge zum Umbau, z.B. wollten sie das klaffende Loch, das der Bagger unmittelbar vor der Besetzung am 30. Mai in die Wand eingerissen hat, verglasen. Zum einen, damit Licht in das Innere fällt, zum anderen auch als „Mahnmal voreiliger Zerstörungswut".
Zu spät — die zweite Zerstörung Deutschlands hinterläßt keine Mahnmäler.
Wohnungskommission





Straßenschlachten nach der Räumung der besetzten Häuser

Hausbesetzer als „kriminelle Vereinigung" angeklagt

Während am 15. Juni Rock gegen Rechts auf heißen Touren lief, besetzten ca. 200 Leute die seit '74 leerstehende Prachtvilla Siesmayerstraße 2-4. Die Bullen, die seit 11 Uhr wußten, welches Haus besetzt werden soll, waren dann auch pünktlich mit einem Großaufgebot an Wasserwerfern und einem panzerähnlichen Räumungsfahrzeug anwesend. Als die Besetzer aufgrund der bisherigen Erfahrungen sofort anfingen Barrikaden zu bauen und auch vereinzelt Steine in Richtung Bullen flogen, ertönte es plötzlich aus dem Lautsprecherwagen: „*Achtung, hier spricht die Polizei, an eine Räumung ist nicht zu denken.*" Schutzpolizeichef Vogel meinte: „*Nach unserem Eintreffen war die Besetzungsaktion schon abgeschlossen.*" Bei der Suche nach einem Bevollmächtigten der Eigentümer blieb die Polizei dann auch erfolglos und so waren die Leute erstmal drinnen.

Hausbesetzung - erstaunlich einfach?! Am 16. konnte man/frau dann aus der „Frankfurter Rundschau" erfahren, daß die Siesmayer von der Polizei nicht geräumt wird, „*jetzt müßten die Gerichte entscheiden*", so der Hausjurist der Polizei gegenüber dem Anwalt der Eigentümer, der einen Antrag auf Räumung stellen wollte. Ein Polizeisprecher erklärte: „*Nach dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei ein Polizeieinsatz ohne Räumungstitel nicht möglich.*"

Sinn und Zweck dieser Besetzung – was entwickelte sich im Haus?

Zu den Besetzern gehörten die verschiedensten Leute: Anarchos, Punkies, Studenten, Schüler... Diese Struktur blieb auch unter den 78 Bewohnern weiterhin so, und der Großteil der Leute kam aus anderen Städten. Sie selbst sagen, daß sie den 17. Juni nicht zufällig als Datum der Besetzung gewählt haben, sondern um Kritik an dem „*zum Konsumspektakel verkommenen RGR-Festival zu üben, welches sich nicht nur auf die Ausgrenzung von Neo-Nazis beschränken sollte, sondern auch gegen die alltäglichen Versuche unser Leben immer mehr einzuschränken, richten sollte*" (aus einem Flugblatt der Besetzer). Im Sinne der Besetzer sollte das Haus 2 Funktionen haben: zum einen Wohnraum zum anderen Räumlichkeiten für ein Zentrum zu schaffen, von dem sich wieder politische Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten entwickeln können. Dies ist auf dem Hintergrund der seit Wallmanns Regie konsequent betriebenen Zerstörungskampagne von Kita, TAT, AG... zu sehen! So hätten, laut Besetzerinfo, dann auch bereits Sonntag verschiedene Arbeitsgruppen begonnen, die sich mit Stadtteilarbeit, Knastsituation und Aktionen zum 17. Juni, „*die sich nicht in simpler Störung der staatsloyalen Römerbergveranstaltung erschöpfen sollen*", beschäftigt.

Die große Nacht- und Nebelaktion

Mit einem nächtlichen Kommandoeinsatz holten die Bullen im Morgengrauen zum Donnerstag jetzt zum großen Schlag aus. Das Haus wurde von Bulleneinheiten, Wasserwerfern und einem panzerähnlichen Räumungsfahrzeug umstellt. Die Leute, die draußen schliefen oder Wache schoben, wurden von mit gezogenen Pistolen bewaffneten Bullen jäh aus dem Schlaf gerissen. Wer vor Verwunderung den Kopf hob, bekam eins drauf, so gabs dann auch zahlreiche Verletzte. Von hinten stürmten die Bullen dann den Wintergarten und schlugen alles kurz und klein, um sich Zugang zum Haus zu verschaffen. Die Leute im Haus wurden ebenfalls äußerst unsanft geweckt und mußten sich sofort mit erhobenen Händen an der Wand aufstellen. Alle 78 Insassen wurden verhaftet und zum Bullenrevier Klapperfeld abtransportiert. Rechtsgrundlage der Bullenaktion: Ein Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichtes. In der Zeit der scheinbaren Liberalisierungskampagne, „Entpolizeilichung" ,wie sich der neue Bullenpräsident ausdrückte, war man hinterücks fleißig gewesen und hatte alles verfügbar strafbare gesammelt, um es nun den Hausbesetzern anzuhängen, sie zu kriminalisieren und „dingfest" zu machen.

Den Besetzern wird vorgeworfen:
- Baustellen geplündert zu haben;
- 1000 Liter Heizöl gestohlen zu haben;
- in der Nacht zum 17. Juni den Brandanschlag auf den SPD-Laden verübt zu haben (sechs wurden festgenommen);
- am 17. Juni zahlreiche Scheiben in der Innenstadt demoliert zu haben.

Die Bullen wollen beobachtet haben, daß die Sachbeschädigungen von einer Gruppe von 150 - 200 Leuten verübt worden sind, „*die nach hiesigen Feststellungen aus dem Haus in der Siesmayer 2 - 4 stammten*" („FR", 18.6.). Fe. .r soll eine der Festgenommenen angeblich ausgesagt haben, daß die 3 „Mittäter" aus der Siesmayer kommen, und der Molly (eine mit Heizöl gefüllte Flasche) dort gebastelt worden sei. Peinlich nur, daß die Bullen bei der Durchsuchung keinen einzigen Liter Heizöl fanden – aber siehe da, eine „Waffenkammer" mit Helmen, Knüppeln, Schildern und ... massenweise Flaschen!! - genug Beweis für Mollies?!

So wird dann auch gegen alle 78 wegen: Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch, Wiederstand gegen die Staatsgewalt und „Bildung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt. Damit passiert das, wovor die Linke immer gewarnt hat, daß jeglicher kollektive Widerstand als „Bildung einer kriminellen Vereinigung" angeklagt werden kann.

Am Tag der Räumung wurde per Telefon zu einem Teach-in bzw. einer Demo am Nachmittag aufgerufen, an der sich ca. 600 Leute beteiligten. Nach einiger Diskussion darüber, ob es möglich und sinnvoll sei, gleich wieder zu besetzen - die meisten befürchteten Schlägereien - wurde beschlossen, zur nahegelegenen Siesmayerstr. zu ziehen und vor Ort zu entscheiden, was „machbar" ist. Wir zogen - ungehindert von Bullen - zum geräumten Haus. Ein zehnminütiger Aufenthalt wurde uns „gestattet", danach sollten wir mittels Gewalt auseinandergetrieben werden.

Leider wurde aufgrund der Spaltung zwischen denen, die das Haus nicht „kampflos aufgeben" wollten und denen, die eine Prügelei angesichts der totalen Bullenübermacht nicht eingehen wollten, die „Galgenfrist" nicht dazu genutzt, z.B. auf der Kreuzung eine Erklärung oder ähnliches abzugeben. Wir standen verunsichert herum und zogen nach und nach zum Campus zurück. Dort wurde für Samstag eine weitere, größere Demo beschlossen, um eine breitere Öffentlichkeit von den ungeheuerlichen Vorgängen zu informieren.

„Der Polizeistaat marschiert"

Nun, Samstag morgen, alle waren auf alles gefaßt, nur nicht auf das, was kam:

Um 11 Uhr waren erschreckend wenig (ca. 50) Leute da und nur nach und nach tröpfelten weitere Demonstranten ein. Mit ihnen erreichte uns auch die Information, daß rund um den Campus Bullen stehen, die Leute anhalten, ihnen in die Taschen sehen, ihre Personalien aufnehmen...(!)

Vor verschiedenen besetzten Häusern standen Bullenwagen, die dort das gleiche machten. Etwa nach 1 Stunde waren wir 400 Demonstranten und die ersten liefen vom Campus Richtung Westend. Noch waren sie nicht vom Platz, wurde uns gesteckt; „*Achtung, Achtung hier spricht die Polizei, diese Demonstration ist nicht angemeldet...*". Erstmal löste das einige Verwunderung aus, denn der Asta wollte die Demo anmelden - und gleich wurde uns mit drei verschiedenen Paragrafen deutlich gemacht, warum die Demo verboten sei. Falls wir den Campus verlassen würden, hätten wir mit dem sofortigen Einsatz des Wasserwerfers zu rechnen. Wurde am Donnerstag noch die spontane Demo „geduldet" (so der Bullensprecher), wurde die heutige Versammlung und die geplante Demo als „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" angesehen. Die Versammlung wurde aufgelöst. Gegenwärtig läuft ein Diskussionsprozeß, wie auf diese neue Situation reagiert werden kann/soll.

Schülerinnen im KB/Frankfurt

RGR in Eschwege:

Wo will die NPD jetzt noch hin?

Kurz nach 11 Uhr am 17. Juni war es geschafft:
Bullenfunk und später dann die Nachrichten brachten die Meldung vom Verbot des NPD-Deutschland-Treffens in Philippsthal. An einzelnen Sperren, die die Antifaschisten rund um Philippsthal errichtet hatten und mit denen sie den personellen Nachschub der Nazis eingeschnürt hatten, bestätigten die Bulleneinsatzleiter das Verbot; sie erzählten sogar die Mär von der Auflösung des 100 Mann-NPD-Treffens: *„Alle NPDler sind auf Schleichwegen aus der Stadt geleitet worden..."* Natürlich ließen sie ihre Sperren stehen...!
Und doch wurde in diesem Moment klar, welchen Erfolg RgR an diesem 17. Juni in Eschwege, Philippsthal und Umgebung unter denkbar schwierigen Bedingungen errungen hatte. Zunächst sah es ganz so aus, als sei an der ersten großen Bullensperre die Aktion zu Ende; erst die Verbotsmeldung machte klar, wie erfolgreich und wirksam die spontan entwickelte Taktik - an allen Zufahrtswegen eigene Sperren zu errichten - die Nazis und die Bullen getroffen hatte: mangels Masse - so die späteren Nachrichten - mußte das diesjährige Deutschlandtreffen doch noch ausfallen! Gegen den erklärten Willen der Staatsmacht und ihrer Gerichte, gegen eine gut vorbereitete Bullen- und BGS-Truppe, die in den letzten Wochen nur ein Ziel kannten, nämlich die Sicherheit des Deutschland-Treffens auch im letzten Winkel der BRD zu garantieren, hatten Tausende von Antifaschisten in guter Tradition ihr Verbot der NPD-Großveranstaltung in eben diesem letzten Winkel durchgesetzt. Neben der bekannten allgemeinen Bereitschaft dieses Staates, die Faschisten zu schützen und zu decken, hat die RgR-Aktion noch einiges davon zu Tage gefördert, was die praktische Seite dieser Bereitschaft angeht:

- da gab es Ausweis- und Gesichtskontrollen durch die Bullen: Nazis durften durch;
- es gab jede Menge unterlassene Hilfeleistung, als bei Nazi-Angriffen Antifaschisten verletzt wurden;
- den Faschisten wurden Schleichwege und die notwendigen Bulleneskorten angeboten;
- bewußt herbeigeführte Körperverletzungen - als z.B. ein Nazi mit Vollgas in Demonstranten hineinfuhr wurden an Ort und Stelle in „Unfälle" uminterpretiert (siehe dazu auch „Letzte Meldung");
- nicht weiter verfolgt wurde eine Brandanschlag auf einen DDR-LKW, der in letzter Sekunde von Antifaschisten vereitelt wurde.

Brandanschlag auf einen DDR-LKW, der in letzter Sekunde von Antifaschisten vereitelt wurde.

1 Million Mark soll der Polizeieinsatz gekostet haben, erklärte ein Beamter gegenüber der „Frankfurter Rundschau". Jeder der tausend erwarteten Teilnehmer des Deutschland-Treffens war dem Staat demnach 1000 Mark wert. Das zeigt sehr anschaulich, wie gut es den Erben Hitlers und Goebbels heut noch geht.
Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den obersten Einsatzleiter wäre auch berechtigt. Er sah sich „nicht in der Lage", das Verbot des NPD-Treffens, ausgesprochen um 11.11 Uhr, sofort durchzusetzen. Bis 12.50 Uhr brauchte er in einer von seinen Leuten total besetzten Stadt, um eine Versammlung von 100 Leuten aufzulösen. Während an sämtlichen Sperren die Antifaschisten mit Lügen - „alles längst aufgelöst" - hingehalten wurden, nahm er die Gefahr der Eskalation an allen Sperren bewußt in Kauf, ermöglichte so erst die ganze Reihe von Nazi-Angriffen auf Antifaschisten und trägt ein Gutteil Verantwortung für verletzte Demonstranten. Auch das gehört zum RgR-Erfolg von Eschwege und Philippsthal: die Bereitschaft der Staatsmacht, auch „im Kleinen" den Faschisten Vorteile zu verschaffen, so deutlich ans Tageslicht gefördert zu haben! In Philippsthal ging es nicht mehr um öffentliche Sicherheit und Ordnung - an jeder Sperre gab es Beweise dafür, daß sich die Bullen selbst die Durchführung des Deutschland-Treffens zum Ziel gesetzt hatten, daß so und nicht anders ihr Auftrag lautete; daß sie dafür zur umfassenden Zusammenarbeit mit den Nazis bereit waren und z.B. in Philippsthal selbst

tete; daß sie dafür zur umfassenden Zusammenarbeit mit den Nazis bereit waren und z.B. in Philippsthal selbst

auf Anordnung der NPD-Kontrolleure einen Journalisten zurückwiesen.
Trotz alledem gelang es wie im Vorjahr das Deutschlandtreffen zu verhindern, aus zwei Gründen: Erstens ließ sich die übergroße Mehrheit der Teilnehmer an dem Rockkonzert in Eschwege nicht davon abhalten, am Ort des geplanten Deutschland-Treffens selber zu demonstrieren. Zweitens ließen sich die Antifaschisten weder durch die hessische Bereitschaftspolizei noch durch

schisten weder durch die hessische Bereitschaftspolizei noch durch

supermoderne BGS Hubschrauberstaffeln, noch durch prügelnde NPDler einschüchtern.
RgR in Eschwege hat die Erwartungen vieler Linker weit übertroffen. Hatte man im Vorjahr der „kampferprobten" Frankfurter Linken schon zugetraut, mit nationaler Unterstützung das NPD Treffen zu verhindern, so zeigt sich nun, daß die Bereitschaft zum antifaschistischen Widerstand auch in der „Provinz" stark genug ist, um mit den Nazis fertig zu werden. Mehr noch: überall wo NPDler auf die Sperren der Antifaschisten gestoßen waren und diese leichtfertig angegriffen hatten, mußten sie schließlich in heller Flucht davoneilen. Und es gab nur eine ver-

ten sie schließlich in heller Flucht davoneilen. Und es gab nur eine ver-

schwindende Minderheit, die diese Akte antifaschistischer Selbsthilfe mit dem Hinweis auf „Gewaltfreiheit" kritisierten. Dieser Erfolg ist umso beachtlicher, als die Mehrheit der demokratischen und linken Organisationen es vorgezogen hatten, zur Teilnahme an einer DGB-Kundgebung im 30 km entfernten Sontra aufzurufen. Sie trafen erst dann vor Ort ein, als bereits alles gelaufen war (Jusos, DGB Jugend, DKP, KBW). Doch nur wenige ließen sich von ihrer Propaganda einfangen. RgR ist eben immer noch mehr, als der Konsum von antfaschistischen Sonntagsreden.



Nazis verüben Brandanschlag auf einen DDR-LKW

Das Schicksal eines Nazi-Autos



Letzte Meldung

Dieter aus Northeim wurde ziemlich schwer verletzt als ein NPD-PKW mit Vollgas in eine Gruppe von Demonstranten reinfuhr. Mit einem komplizierten Oberschenkelbruch wurde er nach Bad Hersfeld ins Krankenhaus gebracht.
Die Bullen am Tatort stellten sofort fest: **„Unfall!"**
Dieter erstattete Anzeige gegen den Nazi. Nach einigen Tagen erschienen Bullen am Krankenbett... Sie erklärten, daß seine Anzeige nach ihren Ermittlungen hinfällig sei und zerrissen sie vor seinen Augen...
Überhaupt sei die Sache anders gewesen:
Er, Dieter, habe den Fahrer mit einem Stein bedroht und der habe sich dagegen gewehrt. Der Fahrer habe inzwischen mit 3 Zeugen Anzeige gegen Dieter erstattet!
Das ganze ist reines Phantasieprodukt. Allerdings wäre es nicht der erste Meineid, den ein NPDler vor Gericht schwört...
Neben der schnellen Besserung, die wir Dieter über diesen Weg wünschen, fordern wir alle Augenzeugen dieses Vorfalls auf, sich bei RgR/Kassel oder der AK-Redaktion zu melden!



Dieser rechtsgescheitelte Herr ist mit Vollgas in eine Demonstranten-Gruppe hineingefahren – er scheute sich später nicht, über seine Tat auch noch herumzutönen.

Nicht alle Wege führten nach Philippsthal

Rock gegen Rechts/Eschwege. Wie sich die Solidarität und Verläßlichkeit ungewohnter Bündnispartner in kritischen Situationen „bewährt", zeigt ein Bericht aus Kassel über die Vorbereitung zur antifa-Demonstration in Nordhessen.

Auf dem ersten Treffen des Aktionsbündnisses, mit Beteiligung von DKP, VVN und SDAJ wurden mögliche Protestformen gegenüber dem Deutschlandtreffen der NPD diskutiert. In einer gemeinsamen Erklärung vom 20.5.80 wird als Diskussionsergebnis zusammengefaßt: Einigkeit bestand darüber, daß dort protestiert werden soll, wo die NPD ihr Deutschlandtreffen abhalten wird. Die Absicht, ‚vor Ort' zu demonstrieren, da wo die NPD sich trifft, wurde in nachfolgenden Flugblättern immer wieder bekräftigt. Ohne je ein Wort des Widerspruchs von DKP/VVN zu hören. In Gegenteil, das gemeinsame Flugblatt und Aufruf zur Demonstration wird auch von ihnen unterschrieben. Ein breites Bündnis scheint gesichert zu sein. Wie so oft, trügt auch hier der Schein. Nach Bekanntgabe des DGB-Kreis Werra-Meißner, am 17. Juni in Sontra eine Kundgebung durchzuführen, kommen die Freunde/innen der DKP ins Rotieren. Werden erst zaghafte Argumente gegen die Demonstration ins Feld geführt, startet die DKP/VVN mit näherrükkendem 17. Juni zu einem wahren Power-Play, um die Demonstration zu verhindern.

Noch am 15.6.80 unterstützt die DKP/VVN einen Plenumsbeschluß, der lautete: **„Unser Ziel ist es, so früh**

Fortsetzung nächste Seite



Eine alternative Band: Sector 27th

Glücklich waren sie sicher nicht, die Leute um Tom Robinson, als sie am Nachmittag des 17.6. in Eschwege eintrafen und statt der erhofften 10.000 nur noch 1500 bis 2000 Unermüdliche auf dem Platz waren. Viele Antifaschisten hatten schon den Heimweg angetreten, erschöpft, aber zufrieden darüber, daß das Nazitreffen verhindert war. Ohnehin ließ es ein mittäglicher Platzregen ungewiß erscheinen, ob Rock gegen rechts in Eschwege überhaupt noch fortgesetzt werden könnte.
Zusätzliche Ärgernisse: Die englischen Musiker waren wahlweise als „Tom Robinson Band" (inzwischen aufgelöst) oder auch „Tom Robertson" angekündigt, nie aber mit ihrem richtigen Namen, ein Teil der benötigten Instrumente fehlte und... und.. und. Jedenfalls machten sich RGR-Organisatoren schon mal auf einiges gefaßt: Sector 27th würde den Auftritt herunterspulen, nachher fürchterlich fluchen und möglichst rasch verschwinden. Starallüren linker Rockmusiker (auch von weit weniger bekannten) ist man ja inzwischen gewohnt. Aber weit gefehlt.
Die vier Musiker machten vergessen, was sich in Frankfurt an unschönen Szenen ereignet hatt. ROCK GEGEN RECHTS war wieder lebendig. Es war ein Auftritt ohne „Supermann"-Effekte, ohne künstliches Hochputschen der Leute und - wie wohltuend, auch bei RgR - ohne eine Spur von Arroganz. Bezeichnend schon die Ankündigung der Gruppe durch einen RgRler. *„Ich geh' hier über'n Platz, quatsch mit den Leuten ... auf einmal ist der eine Tom Robinson, - Also wer hat noch Mitfahrgelegenheiten nach Bremen"*, fährt er schnell fort. Tom Robinson bemüht seine 15 Jahre alten Schulkenntnisse und spricht die Leute in deutsch an. Wo's

Jahre alten Schulkenntnisse und spricht die Leute in deutsch an. Wo's

nicht mehr geht, formuliert er so langsam, daß ihn möglichst viele verstehen können. *„Wir haben gehört, daß es heute morgen Gewalt von Faschisten gegeben hat. Deshalb sind wir hier - um euch zu helfen."* Und später, den Beifall für die Gruppe unterbrechend: *„Klatscht nicht für uns. E u c h muß geklatscht werden!"* All dies vorgetragen mit einer verblüffenden Art von Höflichkeit gegenüber dem Publikum, wie sie scheinbar überhaupt nicht in die rauhen Umgangsformen der Rockszene paßt. Es dauerte nicht lange, da war auch der letzte Zuschauer 'erobert'. Alle schrieen sich die Kehlen heiser, um noch zwei oder drei Zugaben herauszuholen. Das war der erste BRD-Auftritt einer Band, bei der Lippmann & Rau oder Mama-Concerts wohl Schlange stehen würden, um sie für Tourneen zu engagieren. Die bürgerliche Presse nahm davon keine Notiz. Warum auch? Verstehen könnte sie's sowieso nicht. W i r dagegen können jetzt besser verstehen, warum gerade d i e s e Musiker vor zwei Jahren die große Rock against racism-Bewegung mit aus der Taufe gehoben haben.
Es war aber nicht nur Sector 27th gewesen, die das Eschwege-Konzert zu einem echten Kontrastprogramm im Vergleich zu Frankfurt gemacht hatten. Auch den anderen Gruppen gelang es scheinbar mühelos, die in Frankfurt vermißte Kommunikation mit den Leuten herzustellen - ob nun Octopus mit ihrem neuen, größtenteils deutschsprachigem Programm, oder Hammerfest und die Straßenjungs, die in der Nacht zuvor mit einer wilden Session erst vom Morgengrauen gebremst werden konnten. Daß es in Eschwege keine Riesen-Bühne und nicht einen einzigen Ordner gab, ist nur eine Erklärung dafür. Die andere ist, daß es - wie in Frankfurt ein Jahr zuvor - eine Einheit von alternativer Kultur und antfaschistischer Aktion gab.

Fortsetzung von Seite 4

wie möglich vom Industriehof (Festivalgelände in Eschwege) zu starten, um den Platz der NPD zu besetzen bzw. durch unsere Anwesenheit die Anreise der NPD unmöglich zu machen". Als eine ‚saubere, tragbare' Lösung wird von DKP/VVN die Absicht bezeichnet, bei Verbot aller NPD-Aktivitäten bzw. bei Unkenntnis des Veranstaltungsortes der NPD an der DGB-Kundgebung teilzunehmen. Praktisch unterstützen die DKP/VVN die Demonstration (Lautsprecherwagen etc.)

Gleichzeitig verteilt die DKP Eschwege ein Flugblatt zu dem Rock-gegen-Rechts-Festival in Eschwege, verbunden mit einem Aufruf zur DGB-Kundgebung in Sontra. Kein Wort über die geplante Demonstration des RgR-Bündnisses. Erst am 16.6. mittags erklärt der DKP-Vertreter auf der Sitzung der Demoleitung, daß die DKP/VVN nach Sontra aufrufen. Trotzdem versucht er durchzusetzen, daß er in der Demoleitung vertreten sein müsste.

Am Morgen des 16. Juni wird endgültig bekannt, wo die NPD sich versammeln darf. So zerbrechen die Hoffnungen der DKP/VVN, das Aktionsbündnis klammheimlich für den DGB nach Sontra zu ziehen. Mit einer gezielten Gerüchtepolitik versuchen DKP/VVN auf dem Festplatz die Antifaschisten zu verunsichern. Im besten Bildzeitungsstil wird ein ‚Blutbad' prophezeit, wenn zur NPD demonstriert wird. Gruppen und Personen des Aktionsbündnisses werden diffamiert, indem ihnen unterstellt wird, ausschließlich auf ‚Krawall' aus zu sein. Jede Unterstützung der Demonstration wird eingestellt. Diese Gerüchtepolitik war leider teilweise erfolgreich, die Leute auf dem Platz waren verunsichert, wußten nicht, wo sie nun am nächsten Morgen hinfahren sollten, hatten Angst, daß von der Demonstrationsleitung gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei eingeplant seien.

Daraufhin wurde für 23.30 Uhr noch eine Sitzung der Demoleitung einberufen. Hier starteten DKP/VVN noch einmal den Versuch, das RgR-Bündnis dazu zu bewegen, die Demo abzusagen und nach Sontra zur DGB-Kundgebung zu fahren – gegen den Willen aller anderen Teilnehmer des Bündnisses, für die klar war, daß wir nach Philippsthal fahren würden. Es wurde vereinbart, noch einmal über Lautsprecher die Planungen der Demoleitung bekannt zu geben, um der Verunsicherung auf dem Platz entgegen zu treten. Noch am 17. Juni um 4.00 Uhr morgens (!!!) verteilen DKP/VVN ein Flugblatt, in dem nochmals zur Nichtteilnahme an der Demonstration aufgerufen wird. In diesem Flugblatt verbreiten sie dreist die Falschmeldung, daß der Kundgebungsort der NPD noch nicht bekannt sei! Antifaschisten, die erst auf dem Platz in Eschwege eintrafen, nachdem der Konvoi schon abgefahren war, erhalten von DKPlern die ‚Information', der Konvoi sei nach Sontra gefahren!

Aber all die Mühe bleibt vergebens. Fast alle fahren nach Philippsthal. Übrig bleiben DKP/VVN.

An der DGB-Kundgebung in Sontra nahmen 500 bis 800 Antifaschisten teil. Nach der Versammlung kam von dort eine Delegation von 120 Leuten nach Friedewald, einer der Polizeisperren. Hat die DKP/VVN buchstäblich bis zur letzten Minute mit Falschinformationen, Lügen etc. alles versucht, um die Demonstration zu verhindern, will sie nach der erfolgreichen Aktion zu den Gewinnern gehören. Als wäre es immer eine klare Geschichte gewesen, drucken sie Erfolgsmeldungen in ihren Zeitungen.

„Die Aktionen tausender Antifaschisten haben auch dort eine Atmosphäre geschaffen, die es der neofaschistischen NPD unmöglich gemacht hat, ihre Hetzkundgebung an der Grenze zur DDR wie geplant durchzuführen". (UZ, 19.6.80).

„Doch das politische Klima in Nordhessen – die Demonstration und die DGB-Veranstaltung-erlaubte es der Polizei nicht, ihre Strategie durchzuhalten und die NPD zu schützen". (Tat, 20.6.80)

Eins kann man DKP und DGB nicht abstreiten: immerhin kam am 17.Juni Sontra als möglicher Ausweichort für die NPD nicht mehr in Frage!

• • •

weichort für die NPD nicht mehr in Frage!

• • •

Dieser Bericht ist der Kasseler „Stadtzeitung entnommen. Anschliessend ist ein „persönlicher" Beitrag einer VVN-Genossin abgedruckt, der relativ sachlich gehalten ist und in etwa den folgenden Tenor enthält: ‚Eigentlich wäre ich ja auch lieber nach Philippsthal gefahren, aber aus bündnispolitischen Überlegungen heraus war es doch richtig, dem DGB die Stange zu halten.' – *„unabhängig von der Wut, die ich mit über das Verhalten der DGB-Repräsentanten in der Vorbereitungsarbeit in Eschwege geteilt habe"*, wie es wörtlich heißt. Die Verfasserin spricht sich dagegen aus, an den zutagegetretenen Differenzen *„die weitere Zusammenarbeit scheitern zu lassen"*. Vielmehr habe ihr die gemeinsame Vorbereitungsarbeit *„Mut gemacht"*.

Auf den Sitzungen von Rock gegen Rechts- und Antifa-Gruppen in Hessen sind allerdings ganz andere Töne aus dem Mund von SDAJlern und DKPlern zu vernehmen. Dort wird versucht, antikommunistische Stimmung zu schüren, indem behauptet wird, der KB habe die Demoleitung in Eschwege/Philippsthal an sich gerissen. Richtig ist, daß zuletzt die Hauptlast bei der Organisierung der Demo am KB hängen blieb. Außerdem ist es natürlich ein gewaltiger Fortschritt, daß die DKPler – wenn schon nicht in der Presse, dann wenigstens mündlich – Erklärungen dafür liefern, wie denn die „Tausende von Antifaschisten" auf einmal nach Philippsthal kamen. Der Vorwurf, unser Beitrag dazu sei „undemokratisch" zustande gekommen, ist aber reichlich vermessen von Leuten, die in letzter Sekunde alle Beschlüsse umwarfen und sich aus der Verantwortung stahlen. Außerdem hatten sie ja bis zum Überdruß Gelegenheit, mit ihrer landes- und bundespolitischen „Prominenz" die Leute auf dem RgR-Konzert in Eschwege zu belabern. Da hilft alles nichts: DKP, SDAJ und VVN waren in Eschwege „wenig überzeugend".



Die Dokumentation zum verhinderten

Der Jahrmarkt der Alternativen

„Rock gegen rechts in Frankfurt - wer letztes Jahr dabei war, kriegt schon wieder glänzende Augen". Die SDAJ Hamburg, die dies schrieb, war zwar letztes Jahr nicht dabei - bekam aber gleichwohl glänzende Augen. So ging es wohl allen, die irgendwo unter dem weiten Dach des Antifaschismus ein Plätzchen finden. Der Sog eines nach zehntausenden zählenden Publikums zog sie alle an - so gebrochen ihr Verhältnis zu Rock gegen rechts bis dahin gewesen sein mag. Die Jungsozialisten, obwohl sich ihre Aktivitäten darauf beschränkt hatten, dem Bündnis ihre hochgeschätzte Unterschrift zur Verfügung zu stellen; die DKP, die eine Teilnahme bei Rock gegen rechts eindeutig abgelehnt hatte, gleichwohl aber an ihren Ständen Sprüche klopfte: *„Wir sind hier von den Veranstaltern"*(!); SDAJ und MSB, die zwar mitmachten, aber doch insgeheim gehofft hatten, das eine Woche zuvor in Mainz stattfindende VDS-Studentenfestival werde RGR übertreffen und ihm den Wind aus den Segeln nehmen; die Spontis, die sich zum hundersten Mal überlegt hatten, ob sie nicht doch eher gegen links als gegen rechts wären; das SB, das sich freilich wegen „personeller Lücken" ganz auf die Vorbereitung des „Großen Ratschlags" hatte konzentrieren müssen; die Grünen, die zwischen hochbrisanten Sitzungen ihrer Bundes- und Landeshauptausschüsse, Programmkommissionen und Vorstände auch mal den Kopf beim Aktionsbündnis hereinsteckten, um keine Pressekonferenz zu verpassen; schließlich die Bunten, die GIM und der KB, die sich zu verhindern mühten, daß eine noch junge Bewegung vollständig unter die Räder parteipolitischer Verwalter gerät... und jede Menge alternativer Kultur: Hunderte von Rockgruppen, zig Liedermacher und Dutzende von Theatergruppen, aus denen in z.T. qualvoller Prozedur das Programm ausgewählt worden war. Auch bei denen das gleiche Bild: Die „Schneeball"-Szene, die über das letztjährige Festival nur vernichtende Worte gefunden hatte, war ebenso in Frankfurt wie die RGR-kritischen Punkbands, und Hannes Wader, der Rock gegen rechts 1979 noch ganz klar abgelehnt hatte, drängte sich diesmal nach einem Auftritt (sagte aber ab, als er „nur" für eine der kleineren, dezentralen Veranstaltungen in Frankfurt eingeteilt wurde...). Was sich da also am 14./15.6. auf dem Rebstock einfand, brachte höchst unterschiedliche Vorstellungen mit - was keineswegs ein Unglück ist und auch so sein soll. Das Unglück bestand vielmehr darin, daß das einigende Band, der Antifaschismus, die konkrete Aktion zur Verhinderung des NPD-Treffens, mehr und mehr in

ist und auch so sein soll. Das Unglück bestand vielmehr darin, daß das einigende Band, der Antifaschismus, die konkrete Aktion zur Verhinderung des NPD-Treffens, mehr und mehr in

den Hintergrund trat und schließlich von einem beinahe schamlosen Ringen um „Marktanteile" verdrängt wurde. Denn der auf dem Rebstock versammelte Alternativ-„Markt" mußte den kummergewohnten Linken wie auch den um ihre Existenz kämpfenden Rockmusikern geradezu paradiesisch erscheinen. Da sich das Frankfurter RGR-Aktionsbündnis über die politischen Konsequenzen, die es für den 17.6. zu ziehen galt (Teilnahme an der Veranstaltung des DGB und der Kirchen in Frankfurt oder Mobilisierung gegen das NPD-„Deutschlandtreffen" in Philippsthal), nicht einig war, andererseits diesen Streit vor den 50.000 auch nicht austragen wollte - zweifellos der größte Fehler, der in der Vorbereitung begangen wurde - wurde aus einem Festival der Aktion, was es im Vorjahr noch gewesen war, ein Festival des Konsums. Und dies nicht zu knapp: Der augenfälligste Rekord von RGR Frankfurt war sicher die Zahl der „Alternativ"-Stände; die dicht an dicht die Umrandung des Rebstockgeländes säumten - ideales Betätigungsfeld für die Untersuchungen eines K.H.Roth. Coca-Cola für gefangene Gewerkschafter und Alu-Dosen für die Ökologie - ein guter linker Zweck für die Umsätze war immer schnell gefunden. Nur in den seltensten Fällen waren allerdings die Preise „alternativ" (sprich: niedrig). Unvergeßliche Erlebnisse bot dieser „bunte Bazar", der in der „UZ" wie auch im „Pflasterstrand" gleichermaßen auf Wohlgefallen stieß, für die Vertreter des Aktionsbündnisses, die dort die verabredeten 10% zur Deckung der Festivalskosten kassieren wollten: Immer wieder als „Schweine" oder „Faschisten"(!) beschimpft waren sie bald und wirksam außer Gefecht gesetzt. Die wenigen aufrechten Linken, die so deppert waren, ihre Zahlen korrekt anzugeben, zahlten also für alle übrigen mit. **S o läuft es jedenfalls ganz bestimmt nicht noch einmal!**

Der Verlauf des Samstags ist schnell erzählt. Kilometerlange Autoschlangen stauten sich bereits gegen mittag vor dem Rebstockgelände: Die Zahl der Festivalbesucher war mit rund 50.000 die gleiche wie 79 geblieben. Bei brütender Hitze nahm das Ganze den Charakter eines Massen-Sonnenbades an. Aber: Der Jazz-Rock von „Checkpoint Charly", „Munju" und einer Sessionband, den den Nachmittag bestritten, wirkte recht abgegriffen. Die Anti-Straußbekenntnisse, die sich ständig wiederholten, trafen auf so hundertprozentige Übereinstimmung, daß die Leute eher teilnahmslos und schlaff reagierten. Einzig den Hanauer Gruppe „Müsli" sorgte für Aufregung, als sie überraschend mit Rudolf Raabe auf die Bühne trat, der dort öffentlich ankündigte, daß er sich der Polizei stellen werde. Immerhin ein Positivum des Festivals: Die Öffentlichkeit, die auf diese Weise hergestellt wurde, mag dazu beigetragen haben, daß der Haftbefehl gegen Raabe zunächst außer Vollzug gesetzt wurde. Der Zusammenhalt des Aktionsbündnisses wurde durch diesen Auftritt noch nicht gefährdet: Diejenigen Gruppen, denen diese Art von Solidarität gegen den Strich geht, zogen es vor, stillschweigend darüber hinwegzugehen: Für die „UZ" hat Rudolf Raabe bei Rock gegen rechts „nicht stattgefunden".

Als jedoch am Sonntag morgen vorwiegend von Anarchos und Spontis ein Haus im traditionsreichen Frankfurter Westend besetzt wurde, brachte dies die Widersprüche zum Tanzen. Allzu glatt war bis dahin das Festival verlaufen. Was eigentlich die selbstverständlichste Sache hätte gewesen sein müssen, wurde von den Falken und der SDAJ zum Problem Nr.1 für dieses Festival hochstilisiert: Die Hausbesetzer ans Mikrofon zu lassen, um über das zu informieren, was sich in ein bis zwei Kilometer Entfernung vom Rebstock aktuell abspielte. Bürokratisch pochten die beiden Vertreter dieser Organisationen in der Festivalleitung auf die Einhaltung eines Beschlusses, den das Aktionsbündnis mit ganz a n d e r e r Stoßrichtung zuvor gefaßt hatte: keine „politischen Reden" zuzulassen in dem Sinne, daß dort nicht die Parteiprogramme von DKP bis TLD vorgetragen werden. Dieser Beschluß, der mittlerweile allgemein als Fehler angesehen wird, hatte auf Antrag der Grünen eine Mehrheit erhalten. Da eine Einigung über eine wie immer geartete „politische Moderation" nicht möglich war, sollten die vorhandenen gegensätzlichen Positionen per Stillhalteabkommen zum Schweigen verdonnert werden.

Für die Vertreter der Falken und der SDAJ war die Berufung auf

nicht möglich war, sollten die vorhandenen gegensätzlichen Positionen per Stillhalteabkommen zum Schweigen verdonnert werden.

Für die Vertreter der Falken und der SDAJ war die Berufung auf

diesen Beschluß freilich nur Vorwand für ihre totale Feindschaft gegenüber Hausbesetzungen. Insbesondere der Vertreter der Falken gab sich in den hektischen Debatten hinter der Bühne ganz als Sachwalter der offiziellen SPD-Politik: Hausbesetzungen seien eine „völlig verfehlte Politik", eine „Strategie der Gewalt", die „von den Kollegen in den Betrieben nicht mitgetragen" werden könne; sie schadeten nur dem Kampf gegen die Wohnraumzerstörung, und überhaupt sei den Hausbesetzern ein „berechtigtes Anliegen" abzusprechen. Gerade für Frankfurt ist es wichtig, diese Aussagen von einem Vertreter des „linken" SPD-Flügels („stamokap") in vollem Umfang zur Kenntnis zu nehmen: Zeigen sie doch, daß sich die SPD für den Fall eines Sieges bei den nächsten Kommunalwahlen nicht anders verhalten würde als zu Arndts Zeiten.

Dabei ging es aktuell nicht einmal darum, die volle Unterstützung von Rock gegen rechts für die Politik der Hausbesetzungen zu erklären, sondern lediglich darum, einer Gruppe R e d e r e c h t zu gewähren, die unmittelbar von einer Polizeiaktion bedroht war. Doch diese minimale Geste von Solidarität war für Sozialdemokraten wie auch die DKP-Jugend zuviel. Nachdem gegen mittag behelfsweise „Pimpanella Paprika" die Erklärungen der Hausbesetzer vorgetragen hatte, fanden sich anderthalb Stunden später 50 bis 80 Leute am Bühnenaufgang ein, um mit „Basisdruck" den Hausbesetzern zu ihrem Recht zu verhelfen. Mehrere Beiträge - zur Hausbesetzung, zur Kritik am Festival und zu Gorleben -, wurden gefordert. „Schröders Roadshow" solidarisierte sich, KB- und AStA- Leute überredeten die Protestierenden, auf eine „Bühnenbesetzung" zu verzichten. Man einigte sich darauf, daß vier Leute unzensiert die Kritik vortragen sollten. Als die besagten Vier jedoch am Bühnenaufgang festgehalten wurden und sich die letzten Stufen bis zur Bühne durchschlagen mußten, war das Chaos perfekt. Falken und SDAJ hatten in der Zwischenzeit „ihre Leute" unter die Ordner lanciert, um den Konflikt auf die von ihnen gewohnte Weise zu „lösen". Nun zeigte sich aber doch der Unterschied zu einem „UZ-Pressefest" oder einem „SDAJ-Sommerlager". Die Mehrheit der Ordner war nicht bereit, solche Praktiken mitzumachen, und

wohnte Weise zu „lösen". Nun zeigte sich aber doch der Unterschied zu einem „UZ-Pressefest" oder einem „SDAJ-Sommerlager". Die Mehrheit der Ordner war nicht bereit, solche Praktiken mitzumachen, und

Schröders Roadshow weigerte sich solange zu spielen, bis nicht jeder sein Anliegen vortragen könne. Eine längere Aussprache wirkte befreiend, und traf, wie der Beifall zeigte, auf Zustimmung bei den Festivalteilnehmern. Von der Indianerkommune bis zu Cohn-Bendit erhielt jeder das Wort; Sinniges (Kritik am Bürokratismus und am Versuch, die Widersprüche zu vertuschen) konnte ebenso ungestört verkündet werden wie Unsinniges (Cohn-Bendit: *„Jede Massenbewegung trägt den Keim des Faschismus in sich"*). Zum Teil verkniffene, ja haßerfüllte Gesichter bei der SDAJ, denen dieses „Chaos" zutiefst zuwider war, aber - auch das muß gesagt werden - nicht alle Mitglieder dieses Verbands reagierten so.

Anschließend bedurfte es keiner Ordner mehr, um die Bühne zu „sichern" - jedenfalls bis zum späten Abend, als der Punk seine Präsenz

Fortsetzung nächste Seite

DKP-Ordner langen wieder zu!

Frankfurt, 29.6. Wenig überzeugend wirkt die von der DKP in letzter Zeit zur Schau getragene „Offenheit" und „Diskussionsbereitschaft" gegenüber anderen Linken. Als fünf Frankfurter KB-Mitglieder eine in einem DKP-Flugblatt zum „Großen Ratschlag" des SB's ausgesprochene „herzliche Einladung" zu einem Besuch bei den parallel stattfindenden „Zelttagen" dieser Partei ernstnahmen und dort erschienen, wurde ihr kleiner Stand sofort mit roher Gewalt abgeräumt. 30 (!) primitive Schlägertypen taten wieder einmal ihr Werk. Ein Tapeziertisch ging zu Bruch, zahlreiche Zeitungen und Broschüren wurden „unschädlich" gemacht. Zum Vergleich: Bei Rock gegen Rechts wie auch beim SB-Ratschlag war es der DKP in äußerst großzügiger Weise gestattet worden, Stände zu errichten.



Antifaschisten schließen den Nazi-Laden in Frankfurt

Zumindest für einige Wochen dürfte die von der „Antifaschistischen Bürgerinitiative gegen den Nazi(buch)laden in Bornheim" gestellte Forderung nach Schließung dieser NSDAP-Absteige erfüllt sein:

Am 16. Juni, durchaus passend zu den dezentralen Aktivitäten von Rock gegen Rechts an diesem schönen Frühsommertag, stürmten etwa 15 beherzte Antifaschisten den Laden, verschafften dem Grundgesetz auf ihre Weise Geltung auch im Nazi-freundlichen Frankfurt und verpaßten einem 38 Jahre alten Angestellten des NSDAP-Büros, der glaubte, sich wehren zu müssen, *„ein blaues Auge, das ambulanter Behandlung im Krankenhaus bedurfte"* („FR", 18.6.). Hernach sah es im und um den Laden aus, als sei der mythologische Vorfahre seines Betreibers Platzdasch, der altgermanische Kriegsgott Wotan, in heiligem Zorn hindurchgefahren (Wer weiß!). Die Auslagen fanden sich mitsamt der Schaufensterscheibe im Rinnstein wieder und das nach Germanenart robust gebaute Invenar war wohl doch nicht aus Kruppstahl gefertigt.

Nach dieser ebenso schnell wie erfolgreich abgeschlossenen antifaschistischen Aktion blieb der Polizei für ihre Ermittlungen als Zeuge nur der 38-jährige „Angestellte" des Ladens. Ob der aber auf dem einen Auge viel gesehen hat, ist zweifelhaft, da die Antifaschisten sich vorsorglich mit Helmen und Tüchern getarnt hatten. Dagegen dürfte die sicher nicht unerhebliche Schwellung am rechten Auge des „Angestellten" kaum dessen verblüffende Ähnlichkeit mit einem der (damals der Polizei entkommenen) „VSBD"-Schläger vom 12. Januar verdeckt haben. Und falls doch: Die Broschüre der Bürgerinitiative zeigt ihn auf der Titelseite mit Stahlhelm und in einem Video-Film der BI ist deutlich zu sehen, wie er zusammen mit dem Oberschläger Frank Schubert auf eine unbeteiligte Passantin eintritt.

In Frankfurter antfaschistischen Kreisen war die Freude über die Aktion klammheimlich bis offen. Und nicht einmal die CDU glaubte die Stunde für gekommen, Hetze gegen linke „Terrorakte" betreiben zu können. Allein die Bürgerinitiative meinte, sich gebührend von der Aktion absetzen zu müssen: In einer Presseerklärung legte sie großen Wert auf die Feststellung, *„daß ihre Mitglieder nicht identisch sind mit den Akteuren des gestrigen Anschlages"* („FR", 18.6.). Nur, niemand hatte etwas Gegenteiliges behauptet und auch hätte die politische Zusammensetzung der BI kaum eine solche Aktion ermöglicht. Offenbar hatte sich bei der Formulierung der Presseerklärung der penetrante Distanzierungswille einiger Freunde des „real existierenden Sozialismus" durchgesetzt. Der BI stünde es gut zu Gesicht, offen auszusprechen, daß eine Schließung des Nazi-Ladens auch dann ihren Zielen entspricht, wenn sie durch antifaschistische „Dienststellen" erfolgt, die mit anderen Mitteln vorgehen als die BI selber. Wenn das eine gut ist, muß das andere doch nicht schlecht sein. In diesem Sinne wünscht der BI in Zukunft mehr Selbstvertrauen die

KB-Gruppe Ffm

Der große Fortschritt: DGB und Kirchen bekennen sich zum Antifaschismus

Am 17. Juni veranstaltete der DGB gemeinsam mit der Evangelischen und Katholischen Kirche, der Jüdischen Gemeinde und dem Stadtjugendring eine Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg: *„Demokratie verpflichtet zu Frieden, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Solidarität!"* Es kamen 20 000. 15 000 davon trafen allerdings etwas verspätet ein: Sie waren auf Sternmärschen des Aktionsbündnisses Rock gegen Rechts aus Frankfurter Stadtteilen zum Römer marschiert. Als die „FR" jedoch schrieb, drei Viertel der Teilnehmer seien von Rock gegen Rechts gestellt worden, handelte sie sich einen scharfen Leserbrief aus dem DGB-Hausein. Auch im Werra-Meißner-Kreis rief der DGB – parallel zur Anti-NPD-Aktion in (bzw. vor) Philippsthal – zu einer antifaschistischen Veranstaltung in Sontra auf. Einige hundert Menschen fanden sich dort ein. Bis auf etwa hundert „richtige Kollegen" waren es Jusos, DKP/SDAJ/VVN und der KBW, die sich dort versammelten (zum Vergleich: Die Teilnehmerzahl des Rock gegen Rechts-Konvois nach Philippsthal ist einigermaßen schwer zu schätzen; 5000 bis 6000 brachen am frühen Morgen gemeinsam aus Eschwege auf – ca. 2000 Antifaschisten trafen zusätzlich zu diesen, aus allen möglichen Orten kommend, an den Straßensperren ein).

Die Veranstaltungen des DGB, besonders die Frankfurter, haben in vielen linken Blättern eine begeisterte Resonanz gefunden. Dabei wird ganz übersehen. daß den Nazis ihre dies-
Resonanz gefunden. Dabei wird ganz übersehen, daß den Nazis ihre dies-
jährige Niederlage keineswegs auf dem Römerberg zugefügt wurde.

Die „UZ" der DKP verkündete bereits am 9.6., die Frankfurter Veranstaltung werde zum *„Höhepunkt"* antifaschistischer Aktivitäten am 17. Juni werden. Die ungeduldige Vorfreude trübte dem Verfasser (Rudi Maurer, Frankfurter DKP-Kreisvorsitzender) den Blick für die Vergangenheit: Bereits im vergangenen Jahr habe sich der DGB *„an die Spitze (!) dieser Bewegung zur Verteidigung der Demokratie"* gesetzt. Mehrfach wiederholte die „UZ" die Versicherung, daß von solchen Veranstaltungen *„eine solche Kraft"* ausginge, *„daß sich die Neonazis nirgends mehr an die Öffentlichkeit getrauen"*.

Nach dem 17.6. fand sich die „UZ" bestätigt. Die allzu breite Berichterstattung über die Römerberg-Veranstaltung wollen wir den AK-Lesern ersparen; sie schweigt geradezu in Begriffen wie „machtvoll", „entschlossen", „einig". Interessant sind jedoch die begrifflichen Schöpfungen, mit denen die „UZ" die Verhinderung des Nazi-Treffens in Philippsthal umschreibt. Demnach haben *„d i e Aktionen tausender Antifaschisten aus Nordhessen auch dort eine A t m o s p h ä r e geschaffen, die es der neofaschistischen NPD unmöglich gemacht hat, ihre Hetzkundgebungen (?) ...durchzuführen"* („UZ", 19.6.). Konkret erwähnt wird im folgenden nur eine Aktion, die DGB-Kundgebung in Sontra, deren Teilnehmerzahl mit „1500 Bürgern" auch gleich etwas „machtvoller" gestaltet wird. Antifaschistische „Atmosphäre" verhindert NPD-Treffen... – was es alles gibt! Im übrigen erwähnt die „UZ" ebenso wie die „tat" an keiner Stelle, daß Gruppen wie der KB, die GIM oder die Spontis an den Aktionen (ob in Frankfurt oder Eschwege) beteiligt waren.

Daß Jusos, Judos, Falken, Grüne u.a. kaum anders als die DKP agierten, ist nicht weiter überraschend. Erstaunlich ist jedoch, daß sich auch der KBW und die KPD/ML in die Streitmacht der „gewerkschaftlich orientierten Linken" einreihten. Vor lauter Euphorie über das antifaschistische DGB-Engagement in Frankfurt vergaßen „KVZ" und „Roter Morgen" ganz und gar, die in Nordhessen geplanten antifaschistischen Aktivitäten anzukündigen. Beide haben offenbar auch schon mal bessere Zeiten gesehen! Die „KVZ" (19.5) bescheinigte dem DGB Standhaftigkeit gegenüber den Bedrängnissen der CDU und die Kapitalistenverbände und sorgte sich ansonsten darum, daß es auch Losungen gegen die *„Aggressionskriege der Sowjetunion"* am 17.6. geben müsse. Als sich der DGB auf Druck der CDU von Rock gegen Rechts distanzierte, aber großzügigerweise hinzufügte, er sehe sich außerstande irgendjemandem die Teilnahme an seinen Veranstaltungen zu verwehren (!), kommentierte die „KVZ" kurz und bündig: *„Damit kann man leben"* (Ausg. v. 16.6.). In demselben Artikel – also einen Tag vor dem 17.6. ! – erweckt die „KVZ" immer noch den fatalen Eindruck, als käme die NPD eventuell doch noch nach Frankfurt – eine Methode, mit der auch die anderen Unterstützer der Römerberg-Veranstaltung in letzter Sekunde noch versuchten, Antifaschisten von der Fahrt nach Nordhessen abzuhalten (so erschien beispielsweise die Abendausgabe der „FR"
am 16.6. mit der dicken Schlagzeile:
weise die Abendausgabe der „FR" am 16.6. mit der dicken Schlagzeile: *„Gericht: NPD darf in Frankfurt demonstrieren"*).

Mißt man die Römerberg-Veranstaltung am grauen Alltag des Modell Deutschlands, so sticht sie in der Tat als beachtliches Novum hervor. Immerhin hatte Wallmann noch vor einem Jahr eine DGB-Veranstaltung zum gleichen Anlaß verboten, was er sich 1980 nicht leisten konnte. Immerhin sehen auch wir Gewerkschaften und Kirchen lieber auf antifaschistischen Kundgebungen denn auf solchen „zur deutschen Einheit". Doch reicht das aus, um in gänzlich unkritischen Jubel zu verfallen?

DGB und Stadtjugendring wiesen erfolgreich das Ansinnen der CDU zurück, „die Parteien" oder „die Stadt" an der Veranstaltung zu beteiligen. Aber schon bei der Forderung, dann wenigstens die „Vereinigung hessischer Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände (VHAW)" mitmachen zu lassen, scheint man sich nicht mehr ganz einig gewesen zu sein. So berichtet die „Neue Presse" (18.6.), der Frankfurter DGB-Vorsitzende Kiesewetter habe einer *„Beteiligung der Wirtschaft"* anfänglich *„positiv gegenübergestanden"*. Dann hätten sich jedoch die IG Druck, die Postgewerkschaft und die GEW mit der Auffassung durchgesetzt, die Haltung der Kapitalisten zur Aussperrungsfrage verbiete derzeit eine Zusammenarbeit. Der DGB widersprach dieser Meldung nicht – obwohl er sonst mit dem Dementieren ja nicht sehr zaghaft ist (s.o.). Jedenfalls macht sich die VHAW Hoffnung für zukünftige derartige Anlässe. Doch auch ohne die VHAW mobilisierte das Römerberg-Bündnis mit schwarz-rot-goldenen Plakaten für seine Veranstaltung... Gegenüber der Katholischen Kirche übrigens nahmen es DGB und Stadtjugendring nicht so genau: Deren Haltung zur Abtreibung war kein Hindernis für das Bündnis. So war es eine glatte Provokation, als die Sprecherin des „ZKs der Deutschen Katholiken", Frau Barbara Krause-Schmid-Egger, unter den Pfiffen der Zuhörer, „den Schutz des ungeborenen Lebens" propagierte und gegen Abreibungen hetzte.

Das Unternehmen Römerberg bekam einen besonders unangenehmen Beigeschmack, als die Veranstalter – allen voran Kiesewetter – ausdrücklich davor warnten, dorthin zu demonstrieren, wo die NPD ihre Veranstaltungen abhalte. Wer dies tue, suche nur die Konfrontation mit der Polizei.

Noch drastischer äußerte sich in Nordhessen der DGB-Vorsitzende des Werra-Meißner-Kreises, Theo Eichenberg. Er befürchtete *„ein zweites Bremen"*, weil *„nach seinen Informationen zahlreiche Linksradikale aus allen Teilen des Bundesgebietes in den Raum Eschwege kommen wollen"* („Hessisch Niedersächsische Allgemeine", 3.6.). Aus diesen Gründen lehne der DGB eine Zusammenarbeit mit Rock gegen Rechts ab. Wenige Worte sagen in diesem Fall sehr viel über die Haltung dieser „Kollegen" aus:

1. Der DGB akzeptiert, daß Nazi-Treffen von der Polizei geschützt werden.

2. Wer das nicht akzeptiert, sucht die Konfrontation mit der Polizei – ist mithin „Gewalttäter".

3. „Gewalt" und „Unruhe" seien von den „Linksradikalen" zu be-
fürchten (anscheinend) nicht von
von den „Linksradikalen" zu befürchten, (anscheinend) nicht von der NPD.

Was speziell Kiesewetter angeht, so liegt in seinen Aussagen nicht nur eine allgemeine Distanzierung von RGR, sondern auch konkret von denjenigen Demonstranten, die im Vorjahr Wallmanns Demonstrationsverbot durchbrachen und schließlich auch dem DGB eine Kundgebung bei RGR auf dem Rebstock ermöglichten.

1979 hatte der DGB einen ganz kleinen Schritt zu weit getan, ein bißchen zuviel Solidarität geübt. Dafür war er prompt mit dem Hammer des Verbots bestraft worden. In diesem Jahr hielt er sich sehr präzise an die Spielregeln dieses Staates. Welche Partei dies mit sanftem Nachdruck erreicht haben dürfte, ist klar: Dieselbe, die auch in diesem Jahr – für den Polizei- und BGS-Einsatz in Philippsthal verantwortlich – durchaus entschlossen war, den Nazi-Aufmarsch stattfinden zu lassen. In diesem Sinne fügen sich die gewerkschaftlichen Appelle, keinen Versuch zur Verhinderung des „Deutschlandstreffens" zu machen, nahtlos in die sozialdemokratische Regie ein, die ihrerseits elegant im Hintergrund blieb. Jedoch: Der Plan war gut, nur er klappte nicht.

Hätte die Römerberg-Veranstaltung tatsächlich ein Spektrum von Teilnehmern erreicht, das demjenigen der Veranstalter entspricht – also im wesentlichen bürgerliche Kräfte – dann wären wir sicherlich die Letzten, die diesen Versuch tadeln würden. Keinen Fortschritt können wir allerdings darin erkennen, einem zu über 90 % l i n k e n Publikum lauwarme antifaschistische Sonntagsreden vorzuführen. Für die eigenen Leute hätte Rock gegen Rechts sicher s e l b e r passendere Worte finden können.

KB/Gruppe Frankfurt



Fortsetzung von Seite 5

mit einer Bühnenbesetzung untermalte. Aufgefordert von der Gruppe „Hansaplast", ohne daß es dazu einen konkreten Anlaß gegeben hätte, kletterten an die hundert Punks in z.T. akrobatischen Aktionen von vorne auf die Bühne. Diese freilich hielt die Belastung kaum aus, und der Aufbau der lightshow fing an, bedrohlich zu schwanken. Daß „Hansaplast" dann erklärte, nun sei es aber zuviel, und sie würden nicht weiterspielen, bevor die Punks nicht wieder runter seien, machte die Situation auch nicht einfacher. Diesmal waren es die „Charge"- Leute, die mit den Punks redeten und die Situation retteten - ein ziemlich solidarischer Akt gegenüber RGR, wenn man bedenkt, daß „Charge"-Mitglieder am selben Nachmittag ebenfalls „Ordnergewalt" zu spüren bekommen hatten...

Auch diese abschließende Szene wurde im Aktionsbündnis Rock gegen rechts durchaus unterschiedlich verarbeitet. Die einen wunderten sich über unsere Unfähigkeit, auf die Punks einzugehen, und wußten immerhin von einzelnen Gesprächen zu berichten, wo man mit diesen reden konnte (offenbar sind es tatsächlich Angehörige der Gattung Mensch!). Für die anderen ist Punk „schwarzer Block" , Hausbesetzer usw. doch mehr oder weniger ein und dasselbe Schreckgespenst für linke Politik (bemerkenswerter Weise gerade für diejenigen, die sich die Zusammenarbeit mit „Wertkonservativen" zur Lebensaufgabe gemacht haben).

Uns als KBlern wird man kaum widersprechen können, wenn wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir gemeinsam mit anderen dieses Festival gerade in den kritischen Situationen ‚gerettet' haben. Hätten nicht KBler(innen) wechselweise wütende SDAJler oder empörte Hausbesetzer von der letzten Konsequenz abgehalten, wäre eine Massenschlägerei durchaus drin gewesen. Doch wozu? Organisiert man ein solches Festival, um nachher alle Hände damit zu tun zu haben, das „Schlimmste zu verhindern"? Unser erklärtes Ziel war es gewesen, auch in diesem Jahr das „Deutschlandtreffen" der NPD zu verhindern. Dieses Ziel wurde erreicht, aber der Beitrag des Frankfurter RGR-Festivals dazu war - gemessen an dem Aufwand - zu gering. Zwar gab es eine Ankündigung der in Eschwege und Philippsthal geplanten Aktivitäten an den beiden darauffolgenden Tagen; zwar verteilte der KB am Sonntag ein Flugblatt (Auflage: 20.000), in dem - im Gegensatz etwa zur „FR" - eine goldrichtige Einschätzung gegeben wurde (daß die Verwaltungsgerichte der NPD ihr „Deutschlandtreffen" in Nordhessen genehmigen würden, und und daß man dies gleichwohl verhindern könne, *„wenn wir genügend Leute sind und klug handeln"*). Die laufenden Konflikte auf dem Rebstock drängten dies jedoch in den Hintergrund und wirkten sich eher demobilisierend aus.

Dennoch: Eine Rock gegen rechts - Veranstaltung hat sicher auch ohne direkten Bezug zur antifaschistischen Aktion ihren Stellenwert. Zweifellos war die Masse der versammelten Leute eine eindrucksvolle Manifestation; zweifellos beeinflußte dies auch den Verlauf der folgenden Tage. Aber die Festivalteilnehmer mußten doch den Eindruck mit nach hause nehmen, daß es bei Rock gegen rechts ebenfalls handfeste r e c h t e Praktiken gibt, was der Glaubwürdigkeit der Bewegung einen schweren Schlag versetzt hat. Sozialdemokraten und DKPler haben es diesmal noch nicht geschafft, dem Festival ihren Stempel aufzudrücken und „Störungen" durch „chaotische" oder gar „asoziale" Elemente auf administrative Weise zu unterbinden. Aber sie stehen mit großem personellen und materiellen Einsatz bereit, um Rock gegen rechts unter ihre Kontrolle zu bringen und in eine harmlose, staatsloyale Reformbewegung zu verwandeln.

Rock gegen rechts steht an einem Wendepunkt. In Frankfurt denkt der linke Flügel des Aktionsbündnisses nicht daran, eine derartige Entwicklung als radikales Feigenblatt abzudecken. Das Minmum, was von den Falken und der SDAJ erwartet wird, ist, daß sie die von der Mehrheit der Festivalleitung am Sonntag abend vorgetragene Selbstkritik übernehmen und zusichern, daß politische Konflikte zukünftig nicht bürokratisch und schon gar nicht gewaltsam 'gelöst' werden. Sonst fliegt das „breite Bündnis" auseinander, und keiner soll ihm eine Träne nachweinen.

KB/Gruppe Frankfurt

DDR-Schweigen zu Rock gegen Rechts

G a r n i c h t s bekamen die Fernsehzuschauer in der DDR von dem Rock gegen Rechts-Konzert in Frankfurt mit. Weder wurde das Konzert überhaupt erwähnt, noch kam man auf die Idee, etwa Teile des Konzerts als Live-Mitschnitt zu senden. Stattdessen berichtete die „aktuelle kamera" ("Tagesschau" der DDR) am 14. 6. recht ausführlich über ein Konzert des - (DKP-nahen) Antiimperialistischen Solidaritätskomitees in Düsseldorf zur Solidarität mit dem ANC Südafrikas. Und statt Rock gegen Rechts bekamen die DDR-Zuschauer am Samstagabend die Sendung „Ein Kessel Buntes" serviert, in der sich allerlei mehr oder weniger abgetakelte Schlagerstars aus Ost und West dem Publikum präsentierten ...

RGW-Kommission

»Theater« bei Rock gegen Rechts

Frankfurt. Eigentlich sollte dieser Bericht ein ganz anderer werden – eigentlich sollte an dieser Stelle nur noch einmal inhaltlich auf das Theaterprogramm während RgR vom 14.6. bis 17.6.80 eingegangen werden. Eigentlich hätten die Theatermacher, sprich „Initiative Freiheit der Theaterarbeit IFTA", mehr Solidarität und weniger „Theater" von einigen Mitgliedern des Frankfurter Aktionsbündnisses erwartet – jedoch: dies scheint so manchen politischen Vorstellungshorizont überstiegen zu haben. Daran zu erinnern, daß Theater sehr politisch und eine weitere Variante zur Vermittlung politischer Inhalte sein kann, hätte sich an dieser Stelle erübrigen sollen, zu ramponiert und abgegriffen ist dieses Thema, ob Theater politisch ist und es sein darf.

Daß Theater bei RgR mehr sein sollte als der Griff in das Schminktöpfchen des politischen Alibis war von der IFTA vorprogrammiert und gewollt. Hier sollte nicht der alternative Jahrmarkt um eine weitere Attraktion interessanter, um einen politisch motivierbaren Farbkleckser bereichert werden, sondern es waren vielmehr andere Überlegungen Anstoß zu einer Beteiligung der IFTA an RgR.

Entstanden ist die IFTA am 17.6. 1977 in Wiesbaden aus der sich zuspitzenden Situation im Kultursektor, insbesondere wegen der sich häufenden Repressionen, Reglementierungen und Zensuren im Theaterbereich.



Der politische Kampf kann nicht vor

tierungen und Zensuren im Theater-
bereich.

Der Kampf gegen derartige Maßnahmen ist ein legitimer Kampf der Theatermacher gegen den Abbau demokratischer Rechte und muß mit anderen gegen Repression und politische Unterdrückung kämpfenden Organisationen und Personen gemeinsam geführt werden. Das RgR-Bündnis bot ein breites Spektrum politisch aktiver Organisationen und Personen an, zu dem die IFTA von ihrem Verständnis her nur ja sagen konnte. Das war der eine Beweggrund. Der andere war, daß immer mehr freie Theatergruppen auf vielfältige Weise daran gehindert werden, ihre Programme einem Publikum vorzustellen, passen diese doch zu einem sehr hohen Prozentsatz nicht in das Konzept des herrschenden Kulturbetriebes. RgR bot eine Möglichkeit, sich einem breiten Publikum zu stellen und über den reinen Kulturgenußcharakter hinaus mit diesem Publikum ins Gespräch zu kommen.

RgR konnte für die Theatermacher nicht bedeuten, nur die Stimme gegen die Nazis und Strauß zu erheben, sondern RgR sollte ein Podium gegen politische Unterdrückung und Repression, gegen Diskriminierung und geforderte Leisetreterei von Minderheiten sein. Darum war die IFTA bemüht und hat ein entsprechendes Programm gestaltet.

Für Kinder, die bei vielen linken und alternativen Festen zwar in grosser Anzahl anzutreffen sind, doch denen man in seltenen Fällen ein „kindergemäßes" Kulturprogramm anbietet, spielten das KLAPPMAUL-THEATER und die BAUSTELLE/mobiles Kinder- und Jugendtheater Stücke wie *„Ich auch"* und *„Wie zähmt man einen Drachen?"* im Theaterzelt auf dem Rebstock. Gezeigt wurde, wie von den Erwachsenen eingeimpfte Vorurteile abgebaut und wie dies zu einem größeren Verständnis füreinander führen kann; wie schlimm es für den einzelnen werden kann, wenn jeder gegen jeden kämpft, anstatt sich gegen einen Unterdrücker gemeinsam zu wehren.

Begeisterung und spontanes Mitwirken der Kinder zeigten die Aktualität dieser Stücke. Man kann begreifen, warum die hiesigen Kulturoberen Feuer spucken, wenn das SOG.2/Kinder- und Jugendtheater im JUZ Gallus *„Was heißt hier Liebe?"* spielt und damit die Diskussion um dieses Stück erneut entfacht wird.

Die „TÜRKISCHE FOLKLORE-GRUPPE" und das Schwulentheater „ROSA LÜSTE" fanden nicht zuletzt auch deshalb Einzug in das Theaterprogramm, da Minderheiten zusehends größer werdenden Repressionen ausgesetzt sind. *„Fünf Jahre nach Beendigung des 3.Reiches war die Schonzeit für Minderheiten in dieser Republik beendet, fünf Jahre waren für dieses Volk genug der Scham, die Schonzeit war zuende, die Jagd wurde wieder eröffnet und artet heute mehr und mehr zu einer Treibjagd einer blutrünstigen und blindwütigen Meute aus."* Dieser Äußerung eines vom Südfunk Stuttgart befragten Sintis wollen wir nicht mehr hinzufügen als soviel:

Der politische Kampf kann nicht vor gesetzten moralischen und ethnischen Grenzen Halt machen. Da wegen eines in „letzter Sekunde" durch einen städtischen Boten überbrachten Verbotes im JUZ Höchst keine Theaterveranstaltung abgehalten werden durfte, mußte die NACHTSCHICHT-THEATERROCKGRUPPE ihr Stück *„Was'n hier los? – Müll 80"* in der Pupille spielen – eine der vielen Improvisationen, mit denen man diese „Verbote" umging. Dieses von CDU-Dezernent Trageser ausgesprochene Verbot hat den Müll 80 nur um eine weitere Eskapade der Christdemokraten vergrößert. Daß das Programm der Nachtschichtleute bei der CDU nicht Halt machte, sondern die Widersprüche und schon hinreichend bekannten politischen Bocksprünge der DKP ebenso aufs Korn nahm wie das Larifari der Jusos oder die paradiesischen Sozialismus-Vorstellungen so mancher Linken anprangerte, machte diese Vorstellung zu einer aktuellen Geschichtsstunde.

Einhard Klucke, der „CLOWN GEGEN RECHTS", wie er sich nennt, reizte mit seinen kabarettistischen Einlagen nicht nur die Gesichts- und Bauchmuskeln seiner Zuschauer, sondern forderte spontane Reaktionen und Diskussionen beim Publikum heraus. Vergleiche der Wahlprogramme mit der Fernsehwerbung einschlägiger Konsumgüter waren nicht Zufall, sondern beabsichtigte Stiche in das Publikum, was auch von diesem aufgenommen wurde und zu einer inhaltlichen Diskussion über RgR führte. Einhardt war auch spontan am 15.6. im Theaterzelt auf dem Rebstock aufgetreten – ebenso wie eine Schülertheatergruppe aus Wilhelmshaven, die mit ihrem Stück *„Schneewittchen – oder immer noch werden Hexen verbrannt"* aufzeigten, wie von Justiz und Presse der Terroristinnen-Schreck aufgebaut wird. Ebenfalls im Theaterzelt trat Martina als „EIN FRAU THEATER" aus dem Publikum auf die Bühne, um mit wenigen Mitteln, dafür aber einer sehr einprägsamen Gestik die „Rolle Frau" vorzuspielen. All dies belegte das gegenseitige Bedürfnis von Theatermachern und Publikum, sich miteinander zu beschäftigen und auseinanderzusetzen.

„ASSEMBALE MUSICALE TEATRALE", eine Theatergruppe aus Genua, die eigens aus Solidarität für RgR nach Frankfurt reiste, trat gleich dreimal für RgR in Ffm auf und konnte bei jeder Vorstellung mit ihrem Programm das Publikum zu Begeisterungsstürmen herausfordern. Scheinbare Banalitäten des täglichen Lebens wurden zu einer Kette politischer Aussagen, zeigten, daß nicht nur Wahlprogramme die Politik bestimmen, sondern daß der Umgang untereinander schon konkreter, politischer Alltag ist.

Die erste Fahrradbühne entwickelte das „MOBILE EINSATZ THEATER ESSEN" und spielte darauf und davor *„Der Dra-Dra"* mit Musik, Masken, Puppen und Menschen. Daß das Stück quasi bei RgR seine Premiere feierte, kann die Solidarität des Mobilen Einsatztheaters mit RgR nur hervorstreichen und fand auch bei



den Zuschauern Beachtung und Anerkennung. Es wäre müßig, hier nun bemüht zu sein, eine gängige Theaterkritik herunterschreiben zu wollen, zumal ich mich nicht hierzu berufen fühle. Beachtung sollte die Bereitschaft aller Theatermacher in gleichem Maße finden, sich an RgR zu beteiligen und dafür auch einige lukrative Auftrittsangebote ausgeschlagen zu haben. Es kann nicht darum gehen, das Gute ins Töpfchen und das weniger Gute ins Kröpfchen zu werfen, gut war die Solidarität und wichtig war die politische Aussage und Stellungsnahme derTheaterleute. Daß „ERICH SCHAFNER" ebenso dazu beitrug wie „CAPTAIN SPERR-MÜLL" mit ihren Programmen, sollte als weitere Aussagen bewertet werden, ohne daß man eine ewige Laudatio hierüber abhält.

Freie Theatergruppen sind unmittelbar politischen und ökonomischen Repressalien ausgesetzt, und daß Politiker die im Grundgesetz verankerte „Freiheit der Kunst" in ihrem Sinne interpretieren, ist ein bekannter Hut nicht nur unter den Theatermachern. Erstaunen muß es jedoch, mit welcher Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit einige Mitgliederorganisationen des RgR-Bündnisses dem Theaterprogramm Beachtung schenkten. So fand in der endgültigen RgR-„Konzeption" der SDAJ das Theaterprogramm nicht eine Silbe Beachtung, obwohl doch die „Jungen Pioniere" parallel zum Kindertheater ein Kinderfest veranstalten wollten (was dann allerdings fünf Minuten vor Beginn des Festivals aus „personellen Gründen" ausfiel). Theaterplakate und -flugblätter wurden nicht mehr verteilt bzw. geklebt, weil man hierfür keine „Verantwortlichkeit" verspürte oder einfach die „Zeit nicht mehr fand". Bis auf zwei Ausnahmen machte in der Festivalleitung niemand die anrückende Presse auf das Theaterzelt bzw. das -programm aufmerksam, ja ein großer Teil der eingesetzten Ordner stand ratlos vor der Frage von Festivalteilnehmern, wo denn das Theaterzelt sei, geschweige denn, daß in den Publikationen der an dem Bündnis beteiligten Organisationen das Theaterprogramm nur eine Zeile Beachtung fand (so suchte man z.B. vergebens in der „TAZ", „UZ" und der „TAT" nach Beiträgen über das RgR-Theaterprogramm).

Alles rannte, rettete, flüchtete sich in die Nähe und Arme der Rockmusiker, Bühne und Presse. Die Festivalleitung tanzte den Reigen des Narzißmus, so mancher wollte doch allzugerne als „Mach(k)er" anerkannt werden. Charakterliche und politische Fehlbesetzungen konnten natürlich die schon weit vorher verlorengegangenen politischen Inhalte nicht wiederbringen, alles war durchorganisiert, der bürokratische Gang nahm seinen Lauf. Wehe dem, der es wagte, vielleicht auf den dummen Gedanken zu kommen, etwas politisch Ak-

Fortsetzung nächste Seite

Die alten Leiden des Mathias Beltz ...

In seiner Rubrik „Jedem seine Chance" stellte die allseits geschätzte theoretische Freizeitrevue „Pflasterstrand" in ihrer 82. Nummer den frankfurter Stadtphilosophen Mathias Beltz vor.

Anlaß: Rock gegen Rechts '80. Thema: *„Faschismus, Antifaschismus und die geistige Auseinandersetzung mit denselben"*.

Laut Selbstdarstellung hapert es bei den PS-Leuten *„am richtigen Begriff von lechts und rinks"*, weil sie *„einfach ein falsches politisches Bewußtsein"* haben.

Drum sprang ihnen M.B. zur Seite. Ist ja eigentlich alles ganz einfach, versucht man nur seinen Kopf von allen möglichen Klischees, Tabus und übrigem erstickenden Mist zu befreien. Also Freaks – denkt mal nach: ist euch diese *„antifaschistische Mode"* nicht auch schon lange suspekt? Es kommt ja noch so weit, daß der Bäcker um die Ecke einen für 'ne Anti-NPD-Demo agitieren will, und man nicht mehr in Ruhe seine Brötchen einkaufen kann! Man muß nur die Sachen radikal in Frage stellen. Es gibt 'ne Menge Leute, die meinen halt, vielleicht hätte man den Faschismus verhindern können, wäre man '33 mehr und konsequenter gewesen.

Vom allgemeinen Menschenverstand her gesehen, erstmal ganz plausibel. Die Wirklichkeit ist aber komplexer und widersprüchlicher:
Ist der Faschismus nicht vielmehr an die Macht gekommen, weil es z u v i e l e Antifaschisten gab? Köpfchen muß man haben, Leute, nicht immer sich mit den einfachsten Erklärungen vonwegen 1+1=2 abgeben! (Nebenbei gesagt: klingt zwar flott, habe ich aber von meinem Opa; der hat immer gesagt, wenn ich zu Demos wollte: „Junge, geh nicht hin! Gegensätze putschen sich gegenseitig hoch!"). Nun, ich kann es für die Studenten und SB-Sympis unter euch auch vornehmer ausdrücken:
„Der Antifaschismus gehört zu den Konstitutionsbedingungen des Faschismus". Alles klar?

Oder, wenn ihr's noch raffinierter serviert haben wollt:
„Zu fragen wäre, in einer kritischen Theorie, die sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzt, welche Bedeutung die innerstaatliche Feindeserklärung gegen den Nationalsozialismus in den zwanziger Jahren für dessen Stärkung hatte". (Die neue philosophische Grundfrage: Was war am Anfang? Der Faschist oder der Antifaschist?).

Das klingt vielleicht etwas abgehoben, unvermittelt – ich will es euch klar machen, wo es euch selber betrifft. Vorweg ein Hinweis: konzentriert euch jetzt gut, denn es ist doch einigermaßen kompliziert.

– Wenn ihr z.B. zu so 'nem *„antifaschistischen Zirkus"* wie RgR hingeht, dann stärkt ihr die *„innerstaatliche Feindesbildung"* (wäre sie doch zumindest außerstaatlich!), das heißt, ihr macht bei der *„Vereinfachung"* mit, *„sich am gemeinsamen Feind widerspruchsfrei aufzurichten"* (also gegen „Rechts", gegen „Neonazis").

– Was dabei herausspringt, habe ich euch schon weiter oben gesagt: wie schon die Geschichte bewiesen hat, wird der Faschismus um so stärker, je mehr man ihn bekämpft. Das allein wäre nicht schwer zu kapieren, es kommt aber noch was anderes hinzu:

– Obendrein stärkt ihr noch die Linke, denn diese widerum lebt davon, daß ihr gegen Rechts protestiert, bzw. besser ausgedrückt davon, daß Neonazis existieren: *„Der Neonazismus muß stark sein, sonst kann die Linke sich nicht einigen. Was noch schwach ist, kann kräftig werden, wenn es ordentlich bekämpft wird"*.

So ist es, Leute, und nicht anders. Wenn nachts ein K-Gruppen-Mitglied im Bett liegt, dann träumt es nicht von roten Fahnen, Kulturrevolution und den ganzen Schikanen, nein, was ein scharfsinniges, erfolgsorientiertes K-Gruppen-Mitglied sich wünscht, das sind Hakenkreuze noch und nöcher.

Eigentlich logisch, nicht? Wenn keine Ausbeuter existieren, braucht man keine Kämpfer gegen die Ausbeutung, also brauchen die Kämpfer die Ausbeutung (ich muß euch sagen: ich habe mal lauter Seminare in formaler Logik belegt, das formiert den Geist!)

Nun, was ist die Schlußfolgerung? Macht ihr was gegen die Rechten, stärkt ihr gleichzeitig zwei Übel, die Linken u n d die Rechten. Wenn ihr mich fragt: *„Ich lebe lieber im undemokratischen Parlamentarismus, als in der demokratischen Diktatur des Sozialismus"*. Aber, Kopf hoch, wir sind nicht machtlos, ihr braucht nicht traurig, wütend und betroffen zu reagieren. Denn eines gibt's noch: Die Auseinandersetzung m i t dem Nationalsozialismus. Wohlgemerkt: m i t , nicht ü b e r . Es ist eigentlich eine Schande, daß *„die Linke es zugelassen hat, daß in der Bundesrepublik Bücher der Nazizeit verboten bleiben. Warum diese Zensur? ... Es würde sich lohnen, den Nationalsozialismus als Ideologie und Theorie kennenzulernen"*!

Also Freaks: Geht nicht zu den antifaschistischen Zirkusveranstaltungen, lest lieber „Mein Kampf". Right on! Im übrigen bleibt es dabei:
Wir stehn nicht links,
wir stehn nicht rechts,
wir stehn in der Mitte!
Es sprach heute zu euch die Blüte der geistigen Elite Frankfurts. Verantwortlich für den Mitschnitt:
E., KB/Gruppe Frankfurt

Fortsetzung von Seite 7

tuelles mitteilen zu wollen, der bekam die Bracchialgewalt der Organisation im Nacken zu spüren.

Rudolf Raabe ließ den Kreislauf so mancher „Mach(k)er" auf höhere Frequenzen schnellen, und das Herzflimmern setzte erst wieder mit der Mitteilung Raabe's, sich in Karlsruhe stellen zu wollen, aus. Herr sei Dank, das Konzept stimmte wieder, der Brei blieb noch einmal im Topf. Mitteilungen aus Gorleben hatte man noch einmal durch kräftiges Rühren verhindern können, doch –Scheiße – da war's passiert, die Anarchos wollten mit Unterstützung der Spontis auch etwas von dem Brei abhaben, und als man sie an den Topf nicht ranließ, machten sie das, was ein Hungernder macht, wenn er was zu essen haben will: er holt sich, was er braucht, um satt zu werden. Das nahmen ihnen einige, die genug zu essen hatten und ihren schwerfälligen Hintern zuhause im weichen Bett wärmten, sehr übel. Man ist ja für Hausbesetzung und erachtet es auch als notwendig, aber d i e? Und s o?

Diesmal machte es nicht Neckermann möglich, sondern „Schröders Road Show", und so kam doch noch zur Zufriedenheit und Freude des zum linken Konsum verurteilten Publikums etwas Politisches rüber.

Die Festivalleitung übte in braver sozialistischer Tradition lapidare Selbstkritik, die Sonne schien dazu, und der Brei blubberte weiter gemächlich vor sich hin.

Einige der zur Leitung gehörenden hatten zwar noch Hornissen im Herzen und Eis in ihren politischen Hirnwindungen, was sie dazu hinriß, eine polemische Presseerklärung, die mit Angriffen gegen bestimmte Musiker und die Hausbesetzer nur so gespickt war, herausgeben zu wollen. Erst als ihnen klar wurde, daß ihre Hornissen sich gegen sie selbst kehren und so manchen schmerzhaften Stich hinterlassen könnten, zogen sie flugs ihre Presseerklärung zurück.

Was hat dieses „Theater" mit Theater zu tun?

Die da scheinbar mit den Honigschleckern der Hochkultur in Fehde liegen, verloren ihren politischen Anspruch zwischen den Grashalmen des Rebstockgeländes, waren bemüht, eine spontane Protestbewegung abzufangen und in geordnete Bahnen zu lenken, wie schon so viele alternative und linke Kulturangebote und politische Aktionen rechtzeitig „salonfähig gemacht wurden, um durch eine scheinbar liberale Kulturtoleranz der Sache die politische Brisanz zu nehmen.

Was hat dieses „Theater" mit Theater zu tun?

Die da scheinbar mit den Honigschleckern der Hochkultur in Fehde liegen, verloren ihren politischen Anspruch zwischen den Grashalmen des Rebstockgeländes, waren bemüht, eine spontane Protestbewegung abzufangen und in geordnete Bahnen zu lenken, wie schon so viele alternative und linke Kulturangebote und politische Aktionen rechtzeitig „salonfähig gemacht wurden, um durch eine scheinbar liberale Kulturtoleranz der Sache die politische Brisanz zu nehmen.

Das waren die offenen Formen politischer Unterdrückung und Zensur. Daß dabei das Theaterprogramm eine Prise Pfeffer im linken Auge so mancher „Mach(k)er" war, machte es doch bei der Pflichtkritik an Strauß und der CDU nicht halt, sondern waren seine Programme weiter, politischer, tiefer und historischer gefaßt, konnte an dem beharrlichen Verschweigen des Theaterprogramms abgelesen werden.

Eine Zensur findet nicht statt, die überläßt man der bürgerlichen Seite und deren Institutionen. Man verschweigt einfach einen Zustand, um ihm auf diesem Weg die Aktualität und die Luft zu nehmen. Man entschuldigt sich artig, eine Erwähnung des Theaters völlig vergessen zu haben. Es war selbstverständlich „toll" und „beachtenswert", mit welcher Energie sich die Theatermacher an RgR beteiligt hatten ... Allenfalls quälte man sich dann noch eine solidarische Botschaft ob des Trageser'schen Verbotes ab. Theater wollte man und zwar politisches und zwar gefälligst gegen Rechts.

Nichts vergessen blieb das Theaterprogramm beim Publikum. Dieses nahm dankbar die Möglichkeit auf, auf einer anonymen Kulturkonsumveranstaltung doch noch politische und inhaltliche Diskussionen führen zu können.

„Über den Protest hinaus", so die Überschrift eines Artikels der „FR" vom 18.6. über das Theaterprogramm bei RgR, soll auch dieser Artikel verstanden werden. Hier beklagt sich nicht eine eitle, mimosenhafte und rampenlicht-süchtige Zunft über mangelnde Beachtung, hier wird nicht moralisierend der Zeigefinger erhoben (was übrigens keine Gruppe in ihren Programmen tat), sondern hier sollen eine Kritik und ein berechtigter Kampf auch in die „Linke" getragen werden. Es geht nicht an, Theater zu fordern mit der stillen Hoffnung und der deutlichen Erwartung, daß dasselbe sich seine Grenze schon zu setzen weiß, und überschreitet es diese Grenzen – schweig drüber!

Eine Zensur fand nicht statt – nein!?

Andreas/IFTA Rhein-Main-Saar

Verfassungsschutz gegen antifaschistische Türken

Vor kurzem wurde vom Amt für Verfassungsschutz ein Bericht über den „türkischen Extremismus in der BRD" vorgelegt. Es geht bei diesem Pamphlet unserer Meinung nach hauptsächlich darum, Argumentationslinien für Propaganda und Maßnahmen gegen linke Türken anzubieten.

Dabei wird vor allem auf das bewährte Schema ‚links gleich rechts' gesetzt, wobei selbstverständlich behauptet wird, daß die linken türkischen „Extremisten" wesentlich stärker, aggressiver und gefährlicher seien als die Rechten. Für die Zukunft wird diagnostiziert, daß sich aus dem *„heftigen und schwer disziplinierbaren Volkscharakter"* der Türken eine *„hochbrisante Mischung ergibt"*, die *„unsere innere Sicherheit"* bedroht.

So klingt es für links

- Zuwachs bei den linken Gruppen um etwa die Hälfte auf etwa 29.000 Mitglieder;
- der Zuwachs komme vor allem von den „Scheinasylanten" (gleich ein Argument für die neue Asylregelung);
- Gruppen der türkischen „Neuen Linken" hätten zum Teil gemeinsam mit Gruppen der deutschen „Neuen Linken" einen *„aggressiven Aktionismus"* entwickelt, der sich bei *„gewaltsamen Demonstrationsexzessen"* gezeigt habe;
- zur Taktik der türkischen Linken gehöre es, Aktionen gegen die türkische Rechte als *„Kampf gegen den Faschismus in der BRD"* darzustellen; daran hätten sich auch *„Teile deutscher demokratischer Organisationen beteiligt"*. Dies habe wiederum die türkischen Linken zu *„Gegenleistungen veranlaßt"*: sie hätten ihrerseits *„bei Wahlveranstaltungen der CDU mit Strauß im September in Essen und Köln mit zu den Störern gehört"*;
- die Linken seien auf dem *„Feld der politischen Agitation stärker engagiert als die Rechten"*
- Eine besondere „Kunstfertigkeit" wird den linken Gruppen unterstellt *„mit der sie den politischen Gegnern Straftaten unterstellen, um diese dann, wenn sie von einer aufnahmebereiten Presse veröffentlicht worden sind* (man beachte den rechten Haken gegen die Presse – die Schreiberin), *als Beweis für schuldhaftes Tun des politischen Gegners auszugeben"*;
- Bei 107 *„angeblichen"* Straftaten, die die Linken den Rechten vorwarfen, *„fand das Bundesamt für Verfassungsschutz aber nur in drei Fällen die Beschuldigungen eindeutig bestätigt."*;
- Schlußsatz: *„Die linken extremistischen Organisationen sind nach wie vor in der Offensive"*.

–––––und so für rechts

- Zuwachs bei den rechten Gruppen um etwa 25% auf etwa 29.000 Mitglieder;
- Als Gegensatz zu den stark engagierten Linken seien die *„Kräfte der politischen Rechten nur einmal zu einer großen Demonstration zusammengekommen"*;
- der *„Eindruck von Ruhe und Disziplin"* bei den Rechten dürfe allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch dort eine *„grundsätzliche Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt vorhanden sei"*;
- Schlußsatz hier: für die Behauptung, die Rechten *„terrorisieren mit Billigung ihrer Regierung den politischen Gegner, hätten sich bislang keine Beweise gefunden. Die Mitgliederverbände seien angewiesen, sich strikt an die Gesetze des Gastlandes zu halten."* (alle Zitate nach FAZ vom 10.6.)

Verfassungsschutz verteilt Noten

Nach dem offiziellen Verbot der MHP-Auslandsorganisationen haben die MHP-Kader Tarnorganisationen aufgebaut, u.a. die „Idealistenvereine". Die Tatsache, daß ab 1978 die Behörden die Mitglieder einiger dieser Vereinigungen den türkischen Rechtsextremisten zurechneten, wird vom Verfassungsschutz zu folgender Zurechtweisung an die Bundesregierung genutzt: **„Kritiker stellen sich die Frage, ob hier der Versuch der Bundesregierung erkennbar wird, dem Block der Türkischen Linken in der bundesrepublik wenigstens statistisch einen gleich starken einer radikalen türkischen Rechten gegenüberzustellen, um vom Ausmaß der kommunistichen Aktivitäten unter den Türken in der BRD abzulenken".**

Ein Lob bekommt dagegen die DGB-Spitze. Mit Hinweis auf das Rundschreiben des DGB zur FIDEF vom 12.9.89 (s. AK 179) spricht der Verfassungschutz immerhin *„von ersten Anzeichen einer deutlichen Distanzierung von den orthodoxen türkischen Kommunisten"*.

Eine Hamburger Lehrergenossin

Drei Jahre Strafverfolgung wegen überklebtem Nazi-Plakat

Im August 1977 überklebten der Buchhändler Christian L. und seine Frau drei Plakate der faschistischen Deutschen Volksunion (DVU), deren Vorsitzender der berüchtigte Gerhard Frey ist. Die Plakate riefen zu einer Veranstaltung mit Frey auf. Die beiden Antifaschisten wurden erwischt und wurden wegen Sachbeschädigung verfolgt. Durch 4 Instanzen schleppte sich das Verfahren, nachdem die Antifaschisten gegen den Strafbefehl von 2400 DM Einspruch eingelegt hatten. Aus formaljuristischen Gründen stellte das Gericht jetzt das Verfahren ein. Ganz ausgestanden scheint die Geschichte aber immer noch nicht, denn der Staatsanwalt Görlach hat Revision angekündigt. Man/frau vergleiche diese Hartnäkkigkeit einmal mit dem Einsatz bei Prozessen gegen Naziverbrecher. (Nach „SZ", 20.6.80)

IKAH

Kongreß der »Islamischen Kulturzentren« in Hagen

Etwa 3000 türkische und westdeutsche Antifaschisten demonstrierten am 26.Mai in Hagen gegen den Kongreß der „Islamischen Kulturzentren" Diese „Kultur"zentren – sie haben inzwischen 211 Zweigstellen in der BRD – sind religiöse Tarnorganisationen der faschistischen türkischen Partei MHP (Vorsitzender: Türkeş) und deren Organisation „Graue Wölfe".

Während außerhalb die Antifaschisten von *„dem bisher größten Polizeiaufgebot, das in den letzten zehn Jahren bei Demonstrationen auf die Beine gebracht worden war"* („Westphalenpost",27.5.), in Schach gehalten wurden, versammelten sich drinnen 2000 Delegierte. Der erste Teil des Kongreßes war nicht öffentlich; Besucher wurden erst zum zweiten, dem „offiziellen" Teil zugelassen; vorher wurden sie allerdings noch gründlich nach Waffen untersucht. Dieser Teil war deutlich auf Zurückhaltung und Seriösität getrimmt.Dazu trug besonders die Anwesenheit von offiziellen BRD-Vertretern bei, dem CDU-Abgeordneten Reddemann aus Hagen und dem CSU-Bundestagsabgeordneten Hasinger. Zumindest Hasinger ist in der Szene nicht unbekannt; er hat gute Kontakte zu türkischen Faschisten und läßt keine Gelegenheit ungenutzt, um sie hoffähig zu machen. Zu seinen Verbindungen nennt die HDF („Föderation Progressiver Volksvereine") u.a. den „Hür-Türk-Bund", in dessen Vorstand die CDU-Abgeordneten Hasinger und George sitzen, zugleich auch ein Mann von den „Islamischen Kulturzentren". Diese gehören zu den Basisorganisationen der MHP und MSP (nach „TAT",28.3.).

Die Vertreter der „Islamischen Kulturzentren" setzen sehr stark auf diese hochoffiziellen Begegnungen, hoffen sie doch nachwievor, daß ihrem Antrag zugestimmt wird, sie als „öffentlich-rechtliche Körperschaft" anzuerkennen. Sie könnten dann jährlich in etwa eine „Kirchensteuer" von 200 bis 300 Millionen Mark kassieren.

Eine Hamburger Lehrergenossin

schisten von *„dem bisher größten Polizeiaufgebot, das in den letzten zehn Jahren bei Demonstrationen auf die Beine gebracht worden war"* („Westphalenpost",27.5.), in Schach gehalten wurden, versammelten sich drinnen 2000 Delegierte. Der erste Teil des Kongreßes war nicht öffentlich; Besucher wurden erst zum zweiten, dem „offiziellen" Teil zugelassen; vorher wurden sie allerdings noch gründlich nach Waffen untersucht. Dieser Teil war deutlich auf Zurückhaltung und Seriösität getrimmt.Dazu trug besonders die Anwesenheit von offiziellen BRD-Vertretern bei, dem CDU-Abgeordneten Reddemann

ein Mann von den „Islamischen Kulturzentren". Diese gehören zu den Basisorganisationen der MHP und MSP (nach „TAT",28.3.).

Die Vertreter der „Islamischen Kulturzentren" setzen sehr stark auf diese hochoffiziellen Begegnungen, hoffen sie doch nachwievor, daß ihrem Antrag zugestimmt wird, sie als „öffentlich-rechtliche Körperschaft" anzuerkennen. Sie könnten dann jährlich in etwa eine „Kirchensteuer" von 200 bis 300 Millionen Mark kassieren.

Eine Hamburger Lehrergenossin

Mahlzeit! Was hat die CDU mit China-Restaurants zu tun?

In Westberlin erscheint eine Zeitschrift mit dem Namen **„Die Weltkugel"**. Der Untertitel ist vielversprechend: *„Zeitschrift für Völkerverständigung und Weltfrieden"*. In der „Weltkugel" schreiben CDU-Politiker wie der ehemalige Gefangene des 2. JUNI, Peter Lorenz, und Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft; außerdem tauchen viele chinesische Namen auf. Gegenstand der Zeitschrift ist anscheinend in erster Linie

Mahlzeit! Was hat die CDU mit China-Restaurants zu tun?

In Westberlin erscheint eine Zeitschrift mit dem Namen **„Die Weltkugel"**. Der Untertitel ist vielversprechend: *„Zeitschrift für Völkerverständigung und Weltfrieden"*. In der „Weltkugel" schreiben CDU-Politiker wie der ehemalige Gefangene des 2. JUNI, Peter Lorenz, und Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft; außerdem tauchen viele chinesische Namen auf. Gegenstand der Zeitschrift ist anscheinend in erster Linie

die Förderung der wirtschaftlichen und aussenpolitischen Beziehungen zur VR China.

Bei näherer Betrachtung kann man feststellen, daß die Anschrift der „Weltkugel" (Berlin 30, Budapester Str. 50) identisch ist mit dem China-Restaurant TAI-TUNG. Überhaupt scheinen gastro-ökonomische Interessen bei den Unternehmen eine große Rolle zu spielen: Als Hintergrund der Zeitschrift stellt sich eine **„Union der China-Restaurants eG"** mit Hauptsitz in Düsseldorf vor. Eine Übersicht über die Mitglieder des Verbandes nennt allein in Düsseldorf neun Restaurants, zwölf weitere im übrigen NRW, sowie u.a. das PEKING in Frankfurt und in Göttingen sowie das NANKING in Hannover.

Chefredakteur der „Weltkugel" ist ein Dr. **Hsiao Yun-lay**. Dieser Herr ist gleichzeitig einer der drei **Vorsitzenden der Kuo-Min-Tan** in der BRD und Westberlin (Die Kuo-Min-Tan ist die antikommunistische Staatspartei Taiwans). Außerdem ist Herr Hsiao Vorsitzender der schon erwähnten „Union der China-Restaurants". Und schließlich ist er auch noch Vorstandsmiglied einer **„Union Antikommunistischer Chinesen in Westdeutschland und Westberlin"**. Dieser Verein ist, wie der Vorstandsliste zu entnehmen ist, ebenfalls engstens mit Restaurant-Interessen verbunden.

und Westberlin (Die Kuo-Min-Tan ist die antikommunistische Staatspartei Taiwans). Außerdem ist Herr Hsiao Vorsitzender der schon erwähnten „Union der China-Restaurants". Und schließlich ist er auch noch Vorstandsmiglied einer **„Union Antikommunistischer Chinesen in Westdeutschland und Westberlin"**. Dieser Verein ist, wie der Vorstandsliste zu entnehmen ist, ebenfalls engstens mit Restaurant-Interessen verbunden.

Hamburger Vorstandsvertreter der „Union Antikommunistischer Chinesen" ist ein Herr Chang Da-yong, Inhaber des **Typhoon Trade Center**, des größten Hamburger Ladens für Waren aus der VR China, in erster Linie Lebensmittel. Antikommunismus und China-Handel gehen anscheinend gut zusammen, wie auch die Artikel der „Weltkugel" demonstrieren. – Ein weiteres Vorstandsmitglied der „Union Antikommunistischer Chinesen" ist Herr **Lu Chong**, der gleichzeitig **Chef der Chinesischen Abteilung der „Deutschen Welle"** in Köln ist. Vorsitzender der antikommunistischen „Union" ist **Hsie Nun** aus München; sein in Stuttgart wohnender Bruder **Hsie Chi** gehört ebenfalls dem Vorstand der „Union" an.

Es wäre gewiß interessant, wenn Leser zu diesem Thema noch ein paar weitere Details beitragen könnten.

»MLD« bei CDU-Rechtsaußen hoch im Kurs

„Das alles hat zwar nichts mehr mit dem Marxismus-Leninismus zu tun, aber die Zeitung der MLD veranschaulicht, daß aus den Trümmern der 68er Studentenbewegung mehr zu bergen ist als nur ein Bedürfnis nach alternativem Leben im Winkel. Die nationalen Antriebe, die damals unter einem Wust von vulgärmarxistischen Phrasen zugeschüttet waren, sich aber immerhin gelegentlich in dem Eintreten für die Belange fremder Völker manifestierten, werden wieder freigespült". Zu dieser bemerkenswerten Aussage kommt das am rechten Rand der CDU/CSU angesiedelte Magazin „Criticon" in seiner Mai/Juni-Ausgabe 1980.

Herausgeber von „Criticon" ist Kaspar Freiherr von Schrenck-Notzing, ehemals Autor in der „Deutschen-National-Zeitung", in „Nation Europa" wie auch im „Bayernkurier", ehemals Mitarbeiter der „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit", über die Kontakte zwischen CSU und NPD gemanagt wurden.

Autoren in „Criticon" sind u.a.: **Armin Mohler**, ebenfalls Autor in der „Deutschen National-Zeitung" und in der „Welt"; seit langem „Vermittler zwischen der CSU und rechtsradikalen Kräften", 1967 Preisträger der „Deutschlandstiftung";
Hans-Georg von Studnitz, Autor in „Nation Europa" und „Deutschland-Magazin" sowie **Otto Habsburg**, Erik von Kuehnelt-Leddihn und weitere Größen des schwarz-braunen Sumpfes.

Es dürfte so manchem dieser Reaktionäre aus dem Herzen gesprochen sein, wenn die „MLD" („Marxisten-Leninisten-Deutschland") in ihrer Zeitung „die achtziger Jahre" von neuen Ritten gegen Ostland träumen. Gern zitiert „Criticon" die „MLD"-Kritik an Strauß: *„Allerdings wird ihnen* (dem MLD, Anm. AK) *nun auch Strauß zu lasch. Er wolle im Gegensatz zur SPD den durch die sowjetische Expansionspolitik gefährdeten ‚status quo wieder herstellen und das globale Gleichgewicht restaurieren'. Jedoch sehe Strauß damit ‚an den Realitäten vorbei'; er verkenne, daß die Russen nun zum ‚Kampf um die Weltherrschaft' angetreten seien"*.

Anti-BILD-Initiative

BILD-Journalismus ist Rowdytum

BERLIN-WEST (NEUE). – In einem „Offenen Brief wider das journalistische Rowdytum" haben die Professoren Fetscher, Flechtheim, Vilmar, Günter Grass und andere „die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft" aufgerufen, den von BILD praktizierten „schändlichen Journalismus durch öffentliche Kritik unmöglich zu machen". Angeregt wird, der BIlD-Zeitung Interviews zu verweigern.

Der Text des Offenen Briefes lautet: „Die Fakten, die G. Wallraff in seinem zweiten Buch über den BILD-Journalismus (Zeugen der Anklage ...) zusammengetragen hat, haben ein journalistisches Rowdytum (DIE ZEIT v. 16. 11.79) in der Praxis der BILD-Zeitung aufgedeckt, das nach übereinstimmendem Urteil der Kritk in renommierten Zeitungen ungeheuerlich ist:

– Menschen werden wegen der tödlich-diffamierenden BILD-Berichterstattung in den Selbstmord getrieben;

– Menschen die sich hilfesuchend an die BIlD-Aktion „BILD kämpft für Sie" wenden, werden, statt Hilfe zu finden, auf die gemeinste Weise in die Schlagzeilen gezerrt und verhöhnt;

– mit kriminellen Mitteln (z.B. Einbruch, Nötigung) wird versucht, Nachrichten von Menschen zu beschaffen; um nur die schlimmsten von Wallraff nachgewiesenen Untaten zu erwähnen.

Insgesamt zeigt der bislang in keinem wesentlichen Punkt widerlegte Tatsachenbericht Wallraffs, daß Springers BILD-Zeitung Schindluder mit Menschen und ihren Schicksalen treibt, um auflagensteigernde Sensationsmeldungen produzieren zu können.

Wir fragen den Multimillionär Axel Springer, was er zu tun gedenkt, um – auch auf Kosten immer höheren Profits! – dem ungeheuerlichen journalistischen Rowdytum ein Ende zu bereiten, das alle seine vielen Bekenntnisse zu „christlichen Werten" und „journalistischer Verantwortung" Lügens straft.

Wir fragen unsere Mitbürger, ob sie durch Kauf oder kritiklose Hinnahme dieser BILD-Zeitung länger dafür verantwortlich sein wollen, daß solches menschenverachtende journalistische Rowdytum auch noch „belohnt" wird.

Wir fragen die verantwortlichen Politiker, Gewerkschafter, Verbandfunktionäre und alle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, ob sie weiterhin solchen journalistischem Rowdytum einen Anschein von Seriosität verleihen wollen, indem sie der BILD-Zeitung Interviews geben, statt einen solchen schändlichen Journalismus durch öffentliche Kritik unmöglich zu machen."

Unterzeichnet haben den Brief bisher unter anderem: Dr. Gerhard Beier, Prof. Dr. Theodor Bergmann, Josef Beuys, Prof. Dr. Willy Bierter, Prof. Dr. Günter Brakelmann, Heinz Brandt, Peter Conradi (MdB), Prof. Dr. Horst Denkler, Dr. Karlheinz Deschner, Prof. Dr. Jörg Drews, Prof. Dr. Hartmut Eisenhans, Prof. Dr. Carl-Heinz Evers, Prof. Dr. Walter Fabian, Prof. Dr. Jürgen Fijalkowski, Prof. Dr. Imanuel Geiss, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Dr. Martin Greifenhagen, Prof. Dr. Norbert Greinacher, Dr. Rud. Hartung, Prof. Friedrich Heer, Günter Herburger, Prof. Dr. Michael Hereth, Prof. Dr. Karl Otto Hondrich, Prof. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Martin Jänicke, Prof. Dr. Walter Jens, Prof. Dr. Jiri Kosta, Franz Xaver Kroetz, Julius Lehlbach, Siegfried Lenz, Prof. Dr. Peter Lösche, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Mayer, Dr. Reinhold Neven Du Mont, Hans A. Nikel, Dr. Heinrich v. Nussbaum, Prof. Dr. Rolf Rendtorff, Prof. Dr. Richard Saage, Volker Schlöndorff, Dr. Wolfram Schütte, Prof. Dr. Karl Theodor Schuon, Sepp Siquila, Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Dr. Ulrich Steger (MdB), Prof. Dr. Berthold Stötzel, Vilma Sturm, Karsten Voigt (MdB), Martin Walser, Prof. Dr. Ernst v. Weizsäcker, Gabriele Wohmann, Prof. Konrad Wünsche, Prof. Dr. Thomas Zacharias, Heidemarie Wieczorek-Zeul (MdE) und Prof. Dr. Karl Georg Zinn.

aus: "Neue" 26.6.80

Vom A-Libi zum B-Libi

Fritz Teufels „alibidinöse Erklärung zur Frage der Beteiligung an zwei Sparkassenüberfällen und zum unsittlichen Alibizwang durch die moderne Inquisition – aus dem Hut gezaubert in Moabit am 25.6.1980"

Nachdem Fritz Teufel dem Westberliner Kammergericht ein Alibi für die Zeit der Lorenz-Entführung präsentiert hatte, mußten die, die ihn dafür fast schon zu 15 Jahren verurteilt hatten, den Haftbefehl gegen ihn aufheben. Doch Verfolgerwahn kennt keine Grenzen: Die Richter erließen gleichzeitig einen neuen Haftbefehl, diesmal wegen der zwei Banküberfälle der sogenannten „Negerkußbande" am 30. und 31.7.1975, so als müsse Fritz seine Unschuld und nicht das Gericht seine Schuld beweisen. Dagegen haben seine Anwälte am 16.6.80 beim Bundesgerichtshof Beschwerde eingelegt. Der BGH entschied am 20.6.80: *„Die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft stützt das Kammergericht auf den von ihm bejahten dringenden Verdacht, der Angeklagte habe sich als Mitglied an einer kriminellen Vereinigung beteiligt ...",* wiederholte den Tatvorwurf und verkündete: *„Die Beschwerde des Angeklagten hat keinen Erfolg".* Basta! Hierzu zauberte Fritz Teufel eine neue Erklärung „aus dem Hut", demselben des ersten A-libis, den er wieder mit zum Prozeß bringen wollte, der zuvor aber auf Beschluß von Richter Geus – kaum zu glauben, aber wahr – beschlagnahmt wurde. Im folgenden Auszüge aus der Erklärung.

IKAH

„... Das B-Libi ist kein A-Libi, sondern sozusagen ein A-Libi minderer Qualität. Das B-Libi ist eine Geschichte, die der Angeklagte nicht beweist dern sozusagen ein A-Libi minderer Qualität. Das B-Libi ist eine Geschichte, die der Angeklagte nicht beweist und die das Gericht nicht widerlegen kann. Es steht im Be-Lieben des Gerichts, ein B-Libi zu akzeptieren oder zu verwerfen. Darin besteht die unheimliche Macht des in der bürgerlichen Verfassungs-Theorie ‚unabhängigen' Richters in dieser Gesellschaft ... Genauso Theorie wie die Unabhängigkeit des Richters ist der Grundsatz ‚im Zweifel für den Angeklagten' ... Im Zweifel für den eingefleischten Staatsfeind oder, wie die Staatsanwälte gerne sagen, ‚Feind unserer freiheitlichen Rechtsordnung'? Wie sieht denn die Wirklichkeit aus?

... Das Schweigen eines Beschuldigten oder Angeklagten darf nicht gegen ihn verwendet werden. Darf es nicht? Ist es in meinem Fall in bezug auf die Lorenz-Entführung nicht geschehen?

(...) Nehmen wir einmal an: Der Teufel war zur Zeit der Negerküsse in einer anderen westdeutschen Großstadt. Etwa in Köln. Als ich das letztemal eine Erklärung aus dem Hut zog, habe ich bereits meinen Freund Leo erwähnt. In den Akten heißt er Werner Sauber. Die Akten über Leo sind geschlossen. Sein Beispiel bleibt. Wäre Leo nicht abgeknallt worden, er könnte neben mir auf der Anklagebank sitzen oder wir beide woanders. Leo braucht keine Alibis mehr nachzuweisen. Nehmen wir einmal an: Nach Leos Tod, nach der Kündigung beim Preßwerk und dem Intermezzo im Bochumer Studentenheim war ich in Köln. Versteckt. Im wahrsten Sinne des Wortes. Arbeitslos. Kein Kollege, kein Nachbar, der sich an mich erinnern könnte. Es waren ja auch nur noch etwa vier Wochen. Ab und zu irgendwo eine Begegnung mit Genossen, die mich unterstützt haben. Oder mit ebenfalls steckbrieflich Gesuchten. Was hätte es für einen Zweck, Namen zu nennen von Leuten, die als mutmaßliche Terroristen gelten oder wegen der Unterstützung von mir und anderen Gefahr liefen, für Monate und Jahre im Gefängnis zu verschwinden wie Waltraut Siepert, Eberhard Dreher, Christina Dömeland, Erhard Österreich und viele andere. Nehmen wir an: Ich habe noch einen Abstecher nach Frankfurt gemacht und bin von dort Mitte August nach Berlin geflogen.

Und noch eine Bemerkung zu Fingerabdrücken: Soweit ich mich erinnere, ist es nicht unmöglich, daß überall dort, wo Fingerabdrücke von mir gefunden worden sein sollen, tatsächlich auch ich sie verursacht habe. Umso mehr als sich diese Fingerabdrücke meistens auf beweglichen Gegenständen fanden. Es ist aber merkwürdig, daß die Kölner Polizei meine Fingerabdrücke n i c h t entdeckt hat in der Wohnung, in der Leo unter dem Namen Tangermann gewohnt hat, und in der ich mich noch am Tage von Leos Tod – besuchsweise – aufgehalten habe. Hat der perfekte Staatsschutzapparat diese Fingerabdrücke nicht gefunden oder hat man sie im BKA verschwinden lassen? In irgendwelchen Bei-Akten, da nicht passend zu den für die Erfolgstatistik günstigeren Gruppentheorien? ... Ausschließen kann ich auch nicht, daß die Fingerabdrücke von Ralf Reinders auf einer Bierflasche zwar echt sind, die Bierflasche selbst aber von einem ehrgeizigen Staatsschützer von irgendeiner konspirativen Wohnung, in der sie keinen besonderen Beweiswert gehabt hätte, in das mutmaßliche Lorenz-Versteck gebracht wurde, wo sie zum einzigen Beweismittel gegen Ralf Reinders wird. Wer kontrolliert den Staatsschutz? ...

W i e vereinbaren es Richter mit ihrem Gewissen, Haftbefehle aufrechtzuerhalten, wenn sie ernsthaft mit der Möglichkeit eines Alibis rechnen, wie beispielsweise Herr Geus persönlich dies letzte Woche in der Hauptverhandlung d e u t l i c h zu verstehen gab? Und auch Dr. Wolldecke hat sich verraten: Wenn es da Zeugen gäbe, dann bitte möglichst rasch benennen – schließlich sei die Frage der Haft dann neu zu prüfen. Vielleicht bereitet es auch Verdruß, wenn man dauernd das fertige Urteil umschreiben muß. Ist die Frage der Haft nicht auch zu prüfen im Zweifelsfall? Schämen sie sich nicht? ... Der neue Haftbefehl gegen mich, dieses Spitzenprodukt juristischer Kunstfertigkeit, wird sozusagen gekrönt durch eine Aussage über mich, die die Wahrheit ein bißchen arg ignoriert: **„Er hat sich in seinen Einlassungen während der Hauptverhandlung bis zuletzt zu den Zielen der Bewegung 2. Juni bekannt."** *Welches sind denn die Ziele der ‚Bewegung 2. Juni'? Und wer ist überhaupt die sind denn die Ziele der ‚Bewegung 2. Juni'? Und wer ist überhaupt die ‚Bewegung 2. Juni'? Ich habe niemals behauptet, ich sei ‚Mitglied' der Bewegung oder ‚Gefangener aus der Bewegung 2. Juni'. Nach meinem politischen Selbstverständnis bin ich vielmehr (mehr oder minder isolierter) Teil der revolutionären Bewegung in den Metropolen insgesamt – so verwaschen sich das in Hinblick auf die gerichtliche Verwertbarkeit und die Zwecke des linken Vereinslebens anhören mag – wer schon aus dem SDS rausgeflogen ist wie ich, eignet sich nicht für irgendwelche noch weitaus sektiererischere und elitärere Vereine als den damaligen SDS. Und auch diesem Gericht müßte doch bekannt sein, daß erst vor kurzem in einem Parallelverfahren ... die Angeklagte Gabriele Rollnik eine Erklärung verlesen hat, wonach sich die ‚Bewegung 2. Juni' ‚zum letztenmal' zu Wort meldet, sich mit einem anti-imperialistischen HURRA in die RAF aufgelöst und sich unter anderem von mir und meinem Konzept Spaßgerilja distanziert ...*

Und entsprechend schief liegt das Gericht mit seiner Einschätzung (letzter Satz des Haftbefehls vom 11.6.80): **„Es ist somit zu erwarten, daß er im Fall einer Freilassung sofort wieder in den Untergrund gehen und sich dem Strafverfahren entziehen würde".** *Ich bin doch kein Idiot, der sich ohne zwingende Notwendigkeit immer wieder ‚in den Untergrund' begeben würde. Tatsächlich habe ich mich in meinem gefängnisreichen Leben dreimal illegalisieren lassen. Lassen müssen.* (Fritz zählt hier eine Reihe seiner APO-Aktivitäten auf, für die er verurteilt wurde, die dann aber unter die Amnestie fielen, die *„der sozialliberale Osterhase den lieben Kleinen von der APO beschert hatte".* Dann doch zwei Jahre Knast – aufgrund fragwürdiger Indizien – wegen mißglückter Brandstiftung im Münchener Amtsgerichtsgebäude; nach der Entlassung dann Haftbefehl vom BKA gegen ihn als einer der „16 meistgesuchten mutmaßlich bewaffneten anarchistischen Gewalttäter", weil er angeblich eine kriminelle Vereinigung unterstützt habe und unflätige Parolen an die Gefängnismauer von Aichach gesprüht habe. Dieser Verhaftung entzog er sich, Anm. IKAH).

... Ich werde es den Herren des Morgengrauens nicht mehr so einfach machen, mich zu illegalisieren wie im August 1973. Hätte ich geahnt, was mir bevorstand, vielleicht hätte ich mir ... die Sache gründlicher überlegt.

Um aber meine Ankündigung wahr zu machen: Ich, Fritz Teufel, war an Vorbereitung, Planung und Ausführung der Sparkassenüberfälle vom 30. und 31. Juli 1975 n i c h t beteiligt ... Ich war in der fraglichen Zeit rauschgiftsüchtig und auf dem Trip. Shit und LSD taten mir nicht weh. Aber ich habe auch schon ein oder zweimal das Falsche genommen. Fixer sind meine unglücklichen Brüder. Ich war zu dieser Zeit nicht in Berlin. Übrigens hat die Hauptverhandlung ergeben, daß keiner der hier Angeklagten in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Überfällen zweifelsfrei erkannt wurde und daß somit von Rechts wegen alle freigesprochen werden müssen. Auch erhebt sich die Frage, ob Bundesanwälte und Richter bis drei zählen können. Ergebnis der Beweisaufnahme war, daß die Negerkußverteilungen jeweils von zwei Männern und drei Frauen ausgeführt wurden. Trotzdem hat die Bundesanwaltschaft in ihren Blödojes für d r e i männliche Angeklagte jeweils zehn Jahre gefordert als Einzelstrafen für die Negerküsse, nämlich für Ralf Reinders, Andreas Vogel und mich. Wenn diese Logik eine ist, dann die des Beweisnotstandes ...

Es ist der Bundesanwaltschaft mit Unterstützung der Medien gelungen, Zeugen aufzutreiben (mindestens zwei), die in verschiedenen Phasen des Verfahrens mich im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung gesehen haben wollen. Zu einer Zeit, als ich nachweislich nicht in Berlin sein konnte. Und diese Zeugen wurden sehr ernst genommen. Nicht nur von Herrn Widera (Bundesanwalt, Anm. IKAH). *Deshalb die Bitte an meine Todfeinde vom BeKaA und der Bundesanwaltschaft, an Axel Springer und Eduard Zimmermann: Laßt Euren Apparat spielen! Helft mir, unverdächtige Zeugen aus dem Volk zu finden, die bestätigen können, daß ich mich in der letzten Juli- und der ersten Augustwoche, und auch am 30. und 31. Juli 1975 Juli- und der ersten Augustwoche, und auch am 30. und 31. Juli 1975 in Köln aufgehalten habe! Oder soll ich alles alleine aus'm Hut ziehen? ...*

(Zu dem Vorwurf, Fritz habe bei allen Haftprüfungen zu allen Anklagepunkten geschwiegen:) *Daß ich bei Haftprüfungen immer wieder auf die Haltlosigkeit der Vorwürfe gegen mich hingewiesen habe, daß ich Richtern und Staatsanwälten ihre Blamage angekündigt habe, daß sich mein damaliger Rechtsanwalt Spangenberg den Mund fusselig geredet hat, ist Ihnen allerdings entgangen. Und ist auch in den Protokollen der Haftprüfungen nicht festgehalten worden. Über das Protokoll bestimmt der Haftrichter genauso diktatorisch wie Herr Geus in der Hauptverhandlung. Ich sehe das als Beweismittelvernichtung von Amts wegen. Alle Anträge auf Tonbandprotokoll sind abgelehnt worden ...*

Ich stehe tief in der Schuld der Genossen, die, weil sie mich angeblich unterstützten, im Zuge der Vorab-Verurteilung jahrelang im Knast saßen. Waltraud Siepert saß fast fünf Jahre unter den fürchterlichsten Haftbedingungen und Erhard Österreich hat länger als ein halbes Jahr gesessen und wurde zu einem Jahr verknackt. In seinem Urteilsspruch hat der Richter gesagt, ich sei einer der meistgesuchten und gefährlichsten Gewaltverbrecher gewesen und im Siepert-Urteil steht, meine Beteiligung an der Lorenz-Entführung stehe fest. Rechtskräftiges Moabiter Staatsschutzurteil! Ich weiß nicht, was dem Jörg Rasche noch alles passieren wird, Herr Österreich hat im Zusammenhang mit seinem Strafverfahren mindestens einmal seine Arbeit verloren. Ich muß davon ausgehen, daß Genossen dieser Qualität, als Alibizeugen benannt, zusammengerechnet mehr Knast riskieren würden als ich ohne Alibi. Sie würden als Verbrecher behandelt, die im Gegensatz zu gut präparierten Staatsschützern nicht glaubwürdig sind.

Der unsittlichen Aufforderung zum fortgesetzten Alibi begegne ich vorerst mit dem B-Libi. Um meine eigene Haut zu retten, soll ich andere anscheißen? Nein Danke, Herr Franke! Mit mir nicht, Herr Geus! Kommt nicht in Frage, Herr Weiß! Kommt gar nicht in die Tüte, Herr Wolldecke! So haben wir nicht gewettet, Herr Bauer! Das könnte Ihnen so passen, Herr Weichbrodt! Lecken Sie mich doch am Arsch, Herr Völz!

P.S. Als Kampfmethode in den Metropolen empfehle ich nach wie vor die S p a ß g e r i l j a , von der kein Mensch weiß, was ich damit meine. Vielleicht komme ich im Schlußwort in diesem Prozeß darauf zurück ..."



Rudolf Raabe ist wieder da!

Daß Rudolf Raabe uns am 14.6. in Frankfurt auf dem Rock gegen Rechtsfestival seine freiwillige Rückkehr in die BRD mitteilen konnte, ist allein der Unterstützungsarbeit seiner Freunde, seiner Anwälte und der Initiativgruppe Rudolf Raabe zu verdanken, nicht aber – wie in der bürgerlichen Presse jetzt zu lesen – ein Erfolg Baumscher 'Liberalisierung'. Wir freuen uns mit Rudolf und seinen Freunden über diesen schönen Erfolg ihres langen und zähen Kampfes.

Es ist aber noch nicht an der Zeit, daß wir uns zufrieden im Sessel zurücklehnen; Rudolf braucht weiterhin unsere Unterstützung, damit er jetzt die ärztliche Behandlung bekommt, die er schon seit langem braucht. Daß die Bundesanwaltschaft schon wenige Tage nach seiner Rückkehr einen Arzt ihres Vertrauens bestellte, der prüfen soll, ob Rudolf haftfähig ist, zeigt, wie wichtig diese Unterstützung gerade jetzt ist.

Westberliner Anti-Repressions-Kommission des KB

Erklärung der Initiativgruppe Rudolf Raabe:

Wie Rudolf Raabe sich seine Rückkehr selbst gestaltete

Nämlich wie es die „WELT" anderntags beschrieben hat: **„Am Abend begaben sich zwei Beamte der Bundesanwaltschaft, unter anderem Bundes-Anwalt HARMS, in die Klinik (..) des Prof. J. Schirmeister. Sie trafen den Patienten an, der aber jede Vernehmung zur Sache ablehnte. Er sagte lediglich, er wisse, daß ein Haftbefehlt gegen ihn bestehe, aber er bleibe hier (!)."**

Und so „begab" es sich nicht nur zu der Zeit, so geschah es auch; nachdem zuvor die Herren HARMS & PRECHTEL, bewaffnet mit großkalibrigen Regenschirmen und ganz allein gegen 20.30 Uhr, dem Gewitter eines badischen Platzregens und dem einer dpa-Eilmeldung trotzend, verstört und unvorbereitet in der schirmeisterischen Klinik eingetroffen waren.

Zuvor war RUDOLF RAABE – sei's auf der Kanonenkugel, sei's an Bord des yellow submarine – auf dem ROCK GEGEN RECHTS Festival in Frankfurt eingetroffen, während ihn zur selben Stunde immer noch ein „hochqualifiziertes Team" des BKA in Dublin suchte. Vor den 20.000 RgR-Teilnehmern erklärte Rudolf, warum er überhaupt und weswegen er auf d i e s e Weise seine Rückkehr realisiert wissen wollte. Er betonte, daß er tatsächlich freiwillig zurückkehre, nicht etwa nur seiner Krankheit wegen. Und das diese Freiwilligkeit gerade darin bestehe, einen offen aufrechten Gang öffentlich zu wählen, weil e r diejenigen, die ihn derart infam verfolgten und aufzubauen wußten, anzuklagen habe, und nicht etwa umgekehrt. Darin habe ihn die enorme SOLIDARITÄT der vielen Menschen bestärkt, die seine Kampagne unterstützt hätten: die zehntausende von Protestbriefen, der Einsatz seiner Bürgen, die ihm alle geholfen hätten, die oft schon dunklen Stunden & Situationen von Niedergeschlagenheit in der Immigration zu überwinden. Mit denen wolle er sich jetzt, bei diesem günstigen Anlaß, verbunden erklären in der gemeinsamen Auseinandersetzung mit der politischen Justiz und aktuell besonders den Hochsicherheitstrakten. Derart sei seine selbstgestaltete Rückkehr kein Akt der Unterwerfung, sondern ein bewußter Auftakt!

Und wer dabei war, wie der Rudolf danach ein wenig zittrig die riesige Bühne verließ, als die Zwanzigtausend ihm spontan ihre Sympathie bekundeten, wird tatsächlich erlebt haben, daß für einen Moment – wenn auch nur moralisch – die Macht der Bundesanwaltschaft gebrochen war.

Das alles gab dem Rudolf viel Mut. Der ging nämlich jetzt erst recht daran, das Arrangement seiner weiteren Rückkehr selbst zu bestimmen, als er dann – völlig ungehindert – mit seinen Anwälten unter grotesken Bedingungen in der Karlsruher Klinik eintraf. Kein Polizist, kein Bundesanwalt weit & breit, sondern lähmende Überraschung und die ganze Nation ungeschützt vor dem frei umherschweifenden „meistgesuchten Terroristen", wären nicht Rudolf und die perplexe, aber patente Oberschwester Erika gewesen, die die Sache resolut in die Hände nahmen.

Von wegen nämlich „monatelangen VERHANDLUNGEN" – wie dann Stunden drauf von einer verlegenen BAW behauptet wurde. Nicht nur, daß es diese nicht gegeben hat, wie auch keine „Zusagen": das ganze Klinikum war unvorbereitet, in keinem Tagebuch des Hospitals, in keiner Klinikakte irgendein Vermerk, und selbst der angeblich informierte Prof. Schirmeister wußte von gar nichts und schimpft heute auf alles, was Bundesanwaltschaft heißt. Kurz, man wollte energisch den Rudolf „nach Hause (!)" schicken, wozu es in Ermangelung eines jeden Polizisten auch gekommen wäre, hätte besagte Oberschwester nicht ein Einsehen mit „dem jungen Mann" gehabt.

Später ereigneten sich einige festzuhaltende Merkwürdigkeiten: Um möglichst rasch aus dem grellen Licht der Überraschung, der Peinlichkeit und des totalen Versagens herauszukommen, beeilte sich die BAW, den RUDOLF RAABE als „kleinen Fisch" (ARD-Tagesschau) herunterzuspielen.

Jene Leute nämlich, die den Rudolf fast eineinhalb Jahre lang auf eine beispiellose Weise als hochkarätigen Terroristen und Carlos II verfolgt, illegalisiert und an einer freigewählten medizinischen Behandlung gehindert hatten. Diese Herrschaften, die bislang für Rudolfs Krankheit nur zynische Sätze übrig hatten wie: „Was wollen sie denn, dem gehts doch gut" (Bundesanwalt HARMS), sorgten n u n in aller Eile dafür, daß Rudolfs Rückkehr e i n z i g unter dem Gesichtspunkt der Krankheit verstehbar sei: Von „WELT über BILD bis FAZ" eine Orgie von „Todkrank über sterbenskrank bis schwerkrank". Ja, warum ist euch das denn nicht vorher eingefallen? Es m u s s t e nun plötzlich um jeden Preis so sein, daß nur ein „sterbenskranker kleiner Fisch" aufgetaucht war – und er-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

innert uns nicht an unser dummes Geschwätz von gestern.

Dementiert werden sollte so, daß Rudolf gerade bewußt freiwillig zurückgekehrt war, daß er sich offen gegen alle Vorwürfe stellen will und gegen die, die sie erhoben.

Darum hat er seine Sache selber in die Hand genommen und damit die Bundesanwaltschaft, die an ihm auch zukünftig kein Glück erleben wird, zu ebenso dümmlichen wie verlegenen Reaktionen gezwungen. Weil es eben zuvor k e i n e Kungeleien mit der BAW gegeben hat und auch nicht geben wird.

Daher ist auch der nun gezielt verstreute Verdacht falsch, mit Rudolf Raabe sei nun „alles in Ordnung". In der Karlsruher Klinik wird Rudolf nämlich n i c h t behandelt, sondern nur untersucht. Ob er, wie er und wo er behandelt wird, darüber entscheiden erst noch die Bundesanwälte; d.h. daßes nun nicht etwa einen therapeutischen Automatismus gibt, sondern daß die aufmerksam gewordene Öffentlichkeit weiter dafür sich einsetzen muß, daß ihm eine freigewählte medizinische Behandlung zuteil wird. Auch der pausenlos erwähnte „Artz des Vertrauens" ist – wenn überhaupt – dann nur zur Diagnose zugelassen, nicht zur Behandlung, auf die es doch gerade ankommt. Und gewiß dürften diese Bundesanwälte, die bisher ohnehin an RR nicht glücklich wurden, nach dieser neuerlichen Schlappe einiges gegen ihn aufwenden, um heil aus der Schlappe herauszukommen, was nur dadurch geht, daß Rudolf einfährt. Das dies so weit nicht hergeholt ist, geht auch daraus hervor, daß wir – Mitglieder unserer INITIATIVE – in den nächsten Tagen bei Bundesrichtern &

unserer INITIATIVE – in den nächsten Tagen bei Bundesrichtern &

Bundesanwälten vorgeladen sind.

Es wäre ganz schlimm, käme nun eine Stimmung auf, Rudolfs Sache ad acta zu legen, die längst keinen „Einzelfall" mehr widerspiegelt, sondern einen handfesten politischen & justitiellen Skandal, dessen Klageschrift von uns verfaßt werden muß. Vor allem braucht Rudolf jetzt eine FREIGEWÄHLTE MED. BEHANDLUNG. Das setzt voraus Gutachter & Ärzte, die tausende von Mark kosten. Die nur dann zur Stelle sind, wenn jeder Leser(in) rasch einen Hunderter auftreibt und überweist, aus dem eigenen Budget oder aus dem bessergestellten von anderen. Rudolf hat sich auf die SOLIDARITÄT berufen, die bestimmend gewesen sei für seine Rückkehr und hat seine Sache gut gemacht, und wir dürfen ihn nun nicht im Stich lassen, dh. denen, die in Karlsruhe wieder nichts an Medizin vorbereitet hatten. Wir wollen auch eine ganz neue umfangreiche DOKU drucken, mit viel offensivem Material & interessanten Geschichten aus dem Hintergrund: die kosten auch GELD, was grad deshalb gebraucht wird & wichtig ist, weil der Rudolf sich in Ffm. politisch erklärt hat – nicht als „krankes Opfer". Und allerdings braucht der Rudi weitere Anwälte, die auch leben & arbeiten müssen.

Und – wie immer – bitten wir um feed back und Zuschriften von Menschen, die bei der Verbreitung des Materials & an der Fortführung der Kampagne mithelfen wollen, die sich weiter dafür einsetzen, daß der

- *HAFTBEFEHL AUSSER VOLLZUG GESETZT WIRD, daß*
- *RUDOLF EINE FREIGEWÄHLTE MEDIZINISCHE BEHANDLUNG ERFÄHRT,*

daß man ihn freiläßt! Die Forderungen sind also kein Jota überholt oder verstaubt; es kommt im Gegenteil jetzt gerade darauf an, sie erneut, verstärkt & unüberhörbar zu veröffentlichen und diesen öffentlichen Druck auf die verantwortlichen Instanzen zu fixieren.

Bis jetzt haben wir alle ganz schön gekämpft, und daher stehen jetzt auch nicht w i r dumm da; daran wollen wir weitermachen: ein Erfolg für RUDOLF ist ein Erfolg für uns alle.

FREIHEIT UND GLÜCK FÜR RUDOLF RAABE UND FÜR ALLE ANDEREN

Initiativgruppe RAABE c/o CORNELIA BRANSCHEIDT – 637 OBERURSEL 5 – PF 35 / 06171 / 73212

(Manchen dieser INFOS liegen Zahlkarten bei. Wo nicht, hier das SPENDENKONTO: Postscheck Frankfurt, Cornelia Branscheidt, 1990 61 - 608. Und bitte, wir benötigen wirklich Geld und das auch noch ganz schnell.

Die Rudolf Raabe Initiative trifft sich am 30.6.80 um 19.30 Uhr in den Räumen der TAZ – Hamburger Allee 45 – Frankfurt-Bockenheim, I. Stock, Frontgebäude)

Lebenslängliche Haftstrafe für Irmgard Möller endgültig – Bundesgerichtshof schafft neues Anti-Terrorismus-Recht

Am 11.6.80 verabschiedete der Bundesgerichtshof ein neues Grundsatzurteil in Sachen „Anti-Terrorismus", das in der bundesdeutschen Presse völlig unkritisch unter dem Stichwort „Strafklageverbrauch" gewürdigt wurde.

Eine Mehrfachverurteilung für „Terroristen" ist nun Recht in diesem Staat.



Irmgard Möller bei der Festnahme.

Irmgard Möller und Bernhard Braun wurden Anfang 1976 in getrennten Verfahren zu jeweils vier einhalb Jahren Knast verurteilt wegen Mitgliedschaft in der RAF (§129). Am 13.12. 76, also nach ihrer rechtskräftigen Verurteilung, erging gegen beide ein neuer Haftbefehl wegen Mordes und Mordversuchs in mehreren Fällen (Sprengstoffanschlag gegen das US-Hauptquartier in Heidelberg 1972), angeblich begangen während ihrer RAF-Mitgliedschaft. Der Revisionsantrag der Verteidiger, daß nach einer Verurteilung nach § 129 eine weitere Anklage der angeblich während der Zeit der „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" begangenen Einzeltaten nicht zulässig sei, wurde vom BGH (Bundesgerichtshof) abgewiesen.

Begründet wird diese Entscheidung des BGH damit, daß das Verbot der Doppelbestrafung (Grundgesetz Art. 3, Abs. 3) im Fall Möller und Braun nicht angewendet werden könne, weil der Sprengstoffanschlag in Heidelberg während der RAF-Mitgliedschaft eine so schwerwiegende Tat sei, daß sie mit der „Dauerstraftat" „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" nicht erfaßt sei

Tat sei, daß sie mit der „Dauerstraftat" „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" nicht erfaßt sei.

Einer Verurteilung zu einigen Jahren Knast nach § 129 kann also zukünftig schnell ein Lebenslänglich folgen, finden sich nur nach der Erstverurteilung für Staatsanwaltschaft und Gericht ausreichende „Indizien" oder gar ein endlich produzierter Kronzeuge für Einzeltaten.

„Mit dieser Rechtsauffassung ist ein Grundsatzurteil gefällt worden, das den Strafbehörden jederzeit erlaubt, Gefangene hinter Gitter zu bringen, indem sie kleinere Verfahren zur Aburteilung bringen und nach Opportunität, vor Beendigung dieser Haftstrafe, neue Strafverfahren eröffnen" (TAZ, 13.6.80).

Wie's gemacht wird, wurde bei Irmgard Möller bereits exemplarisch vorgeführt. Während des Verfahrens nach § 129 gemeinsam mit Ex-RAF-Mitglied und Kronzeugen Gerhard Müller, wurden dessen bereits damals gemachten Aussagen – auch zum Heidelberger Sprengstoffanschlag *„auf Weisung der Bundesregierung unter Verschluß gehalten und sogar den Richtern im Prozeß gegen Müller* (und Irmgard Möller, Anm. AK) *vorenthalten"* (Spiegel 20/79).

Für die zweite Verurteilung von Irmgard Möller und Bernhard Braun waren eben diese Aussagen Müllers ausschlaggebend; der Kronzeuge jedoch für das Kreuzverhör der Verteidiger in diesem Verfahren (man höre und staune!) „nicht mehr auffindbar". So der Sachverhalt, vom BGH als „Grundsatzurteil zur Frage des Strafklageverbrauchs" abgesegnet (Tsp., 12.6.80).

Bernhard Braun sitzt somit die nächsten 12 Jahre im Knast, Irmgard Möller als die einzige Überlebende der Stammheimer Todesnacht vom Oktober '77 ist lebenslänglich „sicher untergebracht". Die unpopuläre Sicherheitsverwahrung für „Terroristen", seit langem im Gespräch kann mit diesem Grundsatzurteil (noch) umgangen werden, das Ergebnis ist dasselbe.

„Wohl vor jedem deutschen Schwurgericht wäre Gerhard Müller unter normalen Umständen die lebenslange Freiheitsstrafe wegen mehrfachen Mordes sicher gewesen – aufgrund seiner eigenen Aussagen. Doch es ging nicht nicht mit rechten Dingen zu. Das Lebenslang wurde ihm geschenkt. Es war der Kaufpreis, um seine Zunge zu lösen... Das Geschäft mit Gerhard Müller war ein planmäßig vollzogener Rechtsbruch. In die Affäre verstrickt sind Justizangehörige und Politiker von hohem Rang. Gesetzliche Bestimmungen wurden verletzt, rechtsstaatliche Prinzipien unterlaufen und der Verdacht auf Begünstigung im Amt reicht bis in Bonner und Karlsruher Chefetagen" (Spiegel 20/79).

Den Medien in diesem Land ist das neue Grundsatzurteil in Sachen „Anti-Terrorismus" nur ein paar Spalten wert, getreu dem Wahlspruch: ich sehe nichts, ich höre nichts, ich sage nichts.

Die Verteidigung von Irmgard Müller und Bernhard Braun hat bereits Klage beim Bundesverfassungsgericht angekündigt. Hieran sind sicherlich keine großen Hoffnungen zu knüpfen; **zumindest die Presse der Linken allerdings sollte ihre (begrenzten) Möglichkeiten nutzen, das BGH-Urteil als das anzuprangern, was es ist: die juristische Handhabe, Gefangene hinter den Mauern der Knäste und Hochsicherheitstrakte für immer verschwinden zu lassen. Heute die RAF, 2.Juni und morgen?**

Westberliner Anti-Repressionskommission des KB

Santa Fu: Interne Gefangenenselbsthilfe gegründet

„Am 16.2.1980 haben wir, eine Gruppe Gefangener der JVA II, Hamburg-Fuhlsbüttel (Santa Fu), als Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit den Verein
INTERNE GEFANGENENSELBST-INITIATIVE e.V.
gegründet.

Diese Gründung wird von der Hoffnung getragen, daß wir Gefangenen uns nunmehr besser und effektiver gegen jegliche Art von „Unrecht", wie u.a. Willkürmaßnahmen und Repressalien wehren können.

Dies ist von elementarer Bedeutung, da allein schon der Verdacht gegen einen Insassen ausreicht, um ihn auf unbestimmte Zeit in der Isolierstation oder dem Hochsicherheitstrakt verschwinden zu lassen.

Für Gerechtigkeit im Strafvollzug und seine Humanisierung werden wir energisch kämpfen – unter Berufung auf § 160 Strafvollzugsgesetz.

Dieser Paragraph bietet die Beteiligung der Gefangenen an der Lösung von Problemen im Vollzug, welche von gemeinsamen Interesse sind, an – aber auch die Mitverantwortung.

Wir setzen uns ein für einen sinnvollen, menschlichen Strafvollzug, in welchem die Rechte tatsächlich beachtet werden und der Gefangene in optimaler Weise auf ein Leben in Freiheit vorbereitet wird.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit soll dazu beitragen, innerhalb der Gesellschaft mehr Verständnis und auch „aktives" Interesse für den Gefangenen und seine Situation aufzubringen.

Wir bitten um Solidarität und ideelle sowie materielle Unterstützung.

Hamburg, den 9. Juni 1980"

INTERNE GEFANGENENSELBST-INITIATIVE e.V.
Am Hasenberge 26
2000 Hamburg 63

Erklärung der Angehörigen von

Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen der BRD



Öffentlichkeitsaktion von Angehörigen von politischen Gefangenen in Stammheim vor dem Prozeßgebäude. Bei dieser Aktion wurde auch nebenstehende Erklärung verteilt.

Wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen, protestieren gegen die Maßnahmen, die seit den letzten Monaten vor Beginn des Prozesses gegen Knut Folkerts verhängt wurden, um seine Verteidigung massiv zu behindern:

- Zwei Anwälte wurden gegen den ausdrücklichen Willen von Knut Folkerts verpflichtet, während die Verpflichtung des Verteidigers seines Vertrauens abgelehnt wurde, wodurch die finanzielle Absicherung wegfällt, ohne die kein Anwalt in einem solchen Großverfahren tätig sein kann.
- Die Briefzensur wurde weiter verschärft, Bücher und Zeitungen zensiert oder gänzlich zurückgehalten.
- Die vollständige Isolation zielt darauf ab, seine Konzentrations- und Arbeitsfähigkeit im Hinblick auf den Prozeß zu zerstören, ebenso die verstärkt gegen ihn laufenden Streßmaßnahmen, wie z.B. die Anordnung einer allabendlichen Entkleidung und körperlichen Durchsuchung. Als Knut sich weigerte, diese entwürdigende Maßnahme freiwillig mitzumachen, wurde er von einem Rollkommando zusammengeschlagen.
- Seit seiner Verlegung nach Stammheim wird ihm auch der Hofgang verwehrt, so daß er 24 Stunden in der Zelle verbringen muß.
- Alle diejenigen Besucher, mit denen Knut eine politische Auseinandersetzung über den Prozeß führte, wurden abgelehnt. Diese Besuchsverbote gipfeln darin, daß selbst dem Bruder von Knut jeder weitere Besuch für immer verboten werden soll!

Wir betrachten dieses Besuchsverbot gegen einen Angehörigen als einen exemplarischen Angriff auf alle Angehörige, um somit uns alle Schritt für Schritt von dem Kontakt zu den Gefangenen abzuschneiden. Selbst in lateinamerikanischen Militärdiktaturen bleibt das Recht auf ungehinderte Angehörigenbesuche weitgehend unangetastet, die BRD scheint jedoch auch in dieser Hinsicht richtungsweisend zu sein.

In das wissenschaftliche Hirnwäsche– und Konditionierungsprogramm, das gegen die politischen Gefangenen läuft, sollen damit auch die Angehörigen miteinbezogen werden, um die Zellen weiter dicht zu machen. Die Erschwernisse, wie weite Anreise über hunderte von Kilometern, die teilweise Anwendung der Trennscheibe, das Verbot des körperlichen Kontakts (Umarmung etc.), Beschränkungen des Gesprächsthemas, Schikanen durch die Beamten vor und während der Besuche, entwürdigende Behandlung bei der körperlichen Durchsuchung, sowie die vielfältigen Einschüchterungsversuche, die Androhung von Kriminalisierung, polizeiliche Überwachung und beobachtende Fahndung sogar über die Grenzen des europäischen Auslands unter Einschaltung von Interpol, haben uns nicht abhalten können und werden uns auch künftig nicht abhalten, die solidarische Beziehung zu unseren gefangenen Angehörigen aufrechtzuerhalten, und weiterhin um den Kontakt mit ihnen zu kämpfen!!!

Abschaffung der Isolationsfolter!
Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Gruppen zu 15!
Ungehinderte Besuche für Angehörige!

Verpflichtung des Vertrauensanwalts von Knut Folkerts!

Westberlin: BUG-Info-Prozeß eingestellt

Das Westberliner Kammergericht hat mit Beschluß vom 2. Juni 1980 den sogenannten „BUG-INFO-Prozeß", in dem sich zwei angebliche Mitherausgeber des Sponti-Blattes „BUG-INFO" wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" und ähnlichem mehr verantworten sollten, einstellen müssen!

Der Einstellung war vorausgegangen, daß das Gerichtspräsidium das Verfahren einem anderen als dem eigentlich zuständigen Strafsenat zugewiesen wissen wollte und die Akten deshalb seit dem 30. August letzten Jahres erstmal liegengeblieben waren. Der dann für den Prozeß vorgesehene – vermeintlich besonders geeignete – Richter Zelle, der durch den Agit-Umgang mit Sponti-Zeitungen hatte (Urteil: Knast ohne Bewährung) entpuppte sich dann freilich als besonders ungeeignet: Seine eigenen Richterkollegen mußten einem Befangenheitsantrag der Verteidigung stattgeben, der auf Zelles Richtertätigkeit im Agit-Drucker-Prozeß gestützt war. Und über diesem ganzen Hin und Her ist der Vorwurf gegen Gert Müller und Gerald Endres schließlich v e r j ä h r t !!

Merke (und das gilt besonders für das Westberliner Teufel-Gericht): Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Im nächsten AK folgt ein längerer Prozeßbericht.

IKAH

Amerika-Haus-Besetzer ohne Verteidigung

Die 13 Frauen und Männer, die am 17. Mai in Westberlin das Dach des Amerika-Hauses besetzt und ihre Solidarität mit der RAF und der Bewegung 2. Juni bekundet hatten (siehe AK 178), sitzen noch immer im Knast. 10 ihrer 13 Anwälte mußten ihr Mandat wegen des Verbots der „Mehrfachverteidigung" niederlegen. Ein weiterer Anwalt darf seinen nach Tegel verlegten Mandanten nicht besuchen, da es dort keine Trennscheiben gibt.

Unterdessen versucht insbesondere der Trennscheiben-Einführer und Hochsicherheitstrakt-Bauherr Moritz Meyer (Justizsenator), sein „liberales" Image mit kritischen Äußerungen über das Verbot der Mehrfachverteidigung sowie über die zu extensive Auslegung des § 129a STGB zu retten.

Ursprünglich war den Amerika-Hausbesetzer(inne)n „nur'' schwerer Hausfriedensbruch vorgeworfen worden; als sich dann aber Generalbundesanwalt Rebmann der Sache annahm und den Haftbefehl um den Vorwurf der „Werbung für eine terroristische Vereinigung'' (§ 129 a) erweiterte, mußten 10 der 13 Anwälte ihr Mandat niederlegen, denn sie hatten in den letzten Jahren alle schon einmal in einem „129-Verfahren'' verteidigt.

Das Verbot für Verteidiger, mehrere Mandanten mit gleicher Beschuldigung zu verteidigen, wurde Anfang 1975 - kurz vor dem Stammheim-Prozeß - eingeführt (§ 146 StPO, „lex RAF'').

Dies geschah unter dem Vorwand, den Anwalt und seine Mandanten vor einer „Interessenkollision'' zu schützen, denn es sei nie auszuschließen, daß den einen Mandanten entlastet, was den anderen belastet. In Wirklichkeit aber ging es natürlich nicht um die angeblichen Interessen der Angeklagten, sondern um das Verbot bzw. die Zerschlagung einer kollektiven Verteidigung bei kollektiven Anklagen.

Darüber hinaus hat die extensive Anwendung des § 146 StPO dazu geführt, daß z.B. allein in Westberlin fast 100 Anwälte keine Mandanten mehr verteidigen dürfen, denen eine (wie auch immer geartete) „Unterstützung'' der RAF oder der Bewegung 2. Juni vorgeworfen wird. So standen die meisten der Amerika-Haus-Besetzer(innen) durch die Beschuldigung nach § 129 a plötzlich ganz ohne Verteidigung da. *„Eine Haftprüfung konnte deshalb bisher nicht stattfinden''*!! („Tagesspiegel'', 6.6.80).

Abschaffung der §§ 146 StPO, 129a StGB?

stützung'' der RAF oder der Bewegung 2. Juni vorgeworfen wird. So standen die meisten der Amerika-Haus-Besetzer(innen) durch die Beschuldigung nach § 129 a plötzlich ganz ohne Verteidigung da. *„Eine Haftprüfung konnte deshalb bisher nicht stattfinden''*!! („Tagesspiegel'', 6.6.80).

Abschaffung der §§ 146 StPO, 129a StGB?

Vor einigen Wochen sind nun erste Stimmen in SPD und FDP lautgeworden, die eine „kritische Überprüfung'' des Verbots der Mehrfachverteidigung sowie der Anwendung des § 129 a fordern. Unter ausdrücklichem Hinweis auf das Verfahren gegen die Amerika-Haus-Besetzer forderte der justizpolitische Sprecher der Westberliner SPD, Gerl, Justizsenator Meyer auf, *„von Berlin aus in Bonn einen Vorstoß zur Abschaffung des Paragraphen 146 der Strafprozeßordnung zu unternehmen''* („Tsp.'', 6.6.). Und auch der Hochsicherheitstrakt-Bauherr Meyer (FDP) *„bezeichnete gestern die durch den Paragraphen 146 entstandene Situation als ‚bedauerlich und wenig praktikabel'. Er halte die umstrittene Vorschrift des Verbots der Mehrfachverteidigung für ‚rechtspolitisch' verfehlt, weil sie durch extensive Auslegung die freie Advokatur einschränken könnte"* [?!] („Tsp.'', 6.6.). Daß inzwischen ein 129a-Beschuldigter in Westberlin kaum noch einen Verteidiger seines Vertrauens finden könne, sei vom Gesetzgeber *„mit Sicherheit nicht gewollt''* („FR'', 10.6.).

Gerl und Meyer wandten sich auch gegen die „extensive Auslegung'' der §§ 129, 129a StGB. Meyer hält diese Vorschriften in ihrem Kern zwar für *„kriminalpolitisch berechtigt''*, zu unbestimmt aber sei der Begriff des *„Werbens''* (für eine „kriminelle bzw. terroristische Vereinigung'').

Generalbundesanwalt Rebmann hält diese Diskussion für überflüssig: Die umstrittenen Paragraphen seien alle verfassungsgemäß, durch den § 146 StPO seien die *„Grundlagen der freien Advokatur nicht berührt;"* zwar sei es *„hier und dort schwer geworden, einen Verteidiger des Vertrauens zu finden''*, bisher habe aber jeder Beschuldigte *„immer noch einen gefunden''*; für die §§ 129, 129a StGB müsse *„die Rechtsprechung ein vernünftiges Maß finden''* („Tsp.'', 11.6.) - so einfach ist das! Und: Nach Rebmann sollten die Politiker *„nicht vor der Bundestagswahl noch schnelle Entscheidungen treffen''* („Tsp.'', 11.6.). Da braucht der Generalbundesanwalt sicherlich keine Sorgen zu haben. Und nach der Bundestagswahl ist erst recht nicht zu erwarten, daß die beiden schärfsten Waffen gegen „Terroristen'' und ihre „Sympathisanten'' sowie gegen deren juristische Verteidigung f r e i w i l l i g aufgegeben werden.

Während Justizsenator Meyer versucht, sein ehemals „liberales'' Image zu retten und mit dem Zuckerbrot von Gesetzesentschärfungen winkt, schlägt er gleichzeitig mit der Peitsche wieder einmal kräftig zu: Einer der Amerika-Haus-Besetzer wurde in die psychiatrisch-neurologische Abteilung des Tegeler Gefängniskrankenhauses verlegt, da er angeblich einen „Selbst''-mordversuch begangen haben soll. Weil es aber in Tegel keine Trennscheiben in den Besuchsräumen gibt, wird ihm seit dem 12. Juni ein Gespräch mit seinem Anwalt verweigert, denn *„bei derartigen Gefangenen''* (129a-Beschuldigte) sei *„nach Mitteilung der Justizverwaltung eine Trennscheibe für die Gespräche mit ihren Anwälten zwingend vorgeschrieben''*

Tegeler Gefängniskrankenhauses verlegt, da er angeblich einen „Selbst''-mordversuch begangen haben soll. Weil es aber in Tegel keine Trennscheiben in den Besuchsräumen gibt, wird ihm seit dem 12. Juni ein Gespräch mit seinem Anwalt verweigert, denn *„bei derartigen Gefangenen''* (129a-Beschuldigte) sei *„nach Mitteilung der Justizverwaltung eine Trennscheibe für die Gespräche mit ihren Anwälten zwingend vorgeschrieben''*

(„Tsp.'', 19.6.).

Der fürsorgliche Justizsenator hat aber schon eine Lösung des „Problems'' gefunden: *„Justizsprecherin Lilli Löbsack erklärte auf Anfrage, die Gefängnisverwaltung sei dabei, Vorkehrungen für den Einbau der Trennscheibe* (im Tegeler Knast, AK) *zu treffen''* („Spandauer Volksblatt'', 19.6.80).

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Somoskeoy hat wieder zugeschlagen

Wegen Beleidigung des Kölner Richters Victor Henry de Somoskeoy hat das Bonner Schöffengericht den Journalisten Ralph Giordano aus Köln zu 1400 DM Geldstrafe verurteilt. Der Verleger René Böll, Sohn des Schriftstellers Heinrich Böll, erhielt 900 DM Geldstrafe wegen Verstoßes gegen die Pflicht, Schriften von strafbarem Inhalt freizuhalten. René Böll hatte im vergangenen Sommer in seinem Verlag eine Broschüre unter dem Titel „Victor Henry gegen alle – der Fall Somoskeoy'' publiziert. Als Herausgeber hatten 86 Persönlichkeiten aus Politik (u.a. der Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing), Publizistik, Justiz und Kunst gezeichnet. Giordano hatte das Nachwort geschrieben. Dort wurde de Somoskeoy als *„unbelehrbarer Querulant und Prozeßhansel in Richterrobe''* bezeichnet, der *„in pathologischer Wut bis zur Selbstzerstörung''* gehe. Wie üblich hackte eine Krähe der anderen kein Auge aus. Die Richterin Antje Quantz sah den Tatbestand der Beleidigung und Diffamierung als erfüllt an. Die Entscheidung des Gerichts muß in mehreren großen deutschen Tageszeitungen veröffentlicht werden. Die Kosten hat Ralph Giordano zu tragen.

Wie lange kann dieser Richter noch sein Unwesen treiben? (nach „SZ'' vom 20.6.).

IKAH



Hinweis:

Im Saal 297 des Hamburger Strafjustizgebäudes findet am 7. Juli um 11 Uhr der Prozeß Somoskeoy gegen Gremliza/Broder statt. Es geht darum, daß Somoskeoy sich durch einen Artikel in der ‚konkret' 11/78 beleidigt fühlt.

Vorsitzender wird Amtsrichter Schmaltz sein (siehe zu diesem Fall AK 178).



Antimil-Nachrichten

SOLDATENAUFRUF GEGEN DEN KRIEG

Wir Soldaten und Reservisten der Bundeswehr wenden uns an alle, die wie wir den Frieden bedroht sehen.

Iran, Afghanistan, Erdölstopp und Handelsboykott - fast täglich werden wir mit neuen Krisenmeldungen aus aller Welt eingedeckt. Und für viele von uns aktiven Soldaten und Reservisten rückt vielleicht zum erstenmal der bisher kaum vorstellbare Gedanke in die Nähe, daß statt 15 Monaten Druck und Schinderei, Kriegsspielchen und Saufgelagen einmal Ernst sein könnte mit Schützengraben und Kampfstand, mit Tod und Vernichtung.

Wir wurden zur Bundeswehr eingezogen und man sagte uns: "nur zur Verteidigung". Für diesen "Verteidigungsfall" aber lernten wir Waffen zu bedienen, mit denen ganze Länder in Schutt und Asche gelegt werden können.

Schon zweimal gingen von deutschem Boden Kriege aus, die Millionen Menschenleben forderten. Wir wuchsen in dem Glauben auf, daß es nie wieder dazu kommen dürfe. Gerade unsere Regierung wäre verpflichtet, alles zu tun, um einen neuen Krieg zu verhindern, der beim heutigen Stand der Aufrüstung fast unweigerlich zur Vernichtung eines Großteils der Erde führen würde.

Und wie verhält sich Bundeskanzler Helmut Schmidt?
Er stärkt der Abenteurerpolitik der USA bedingungslos den Rücken, unterstützt Carters Olympiaboykott und beklatscht die gescheiterte US-Militärintervention zur Geiselbefreiung (?) im Iran.
CSU/CDU-Kanzlerkandidat Strauß dagegen redet bereits unverhohlen von "unserem" Öl und läßt seinen Rechtsaußen-Spezi Dregger offen für einen Einsatz der Bundeswehr am Persischen Golf plädieren. "Es gibt keine prinzipiellen Einwände gegen ein militärisches Eingreifen der Bundesrepublik Deutschland am persischen Golf", Alfred Dregger laut Frankfurter Rundschau vom 7.2.1980.
Es wäre ja auch eine Schande, wenn die 40 000 von der Bundeswehr in Koblenz gelagerten Tropenuniformen nutzlos vor sich hingammeln würden...
In diesem Sinne schickt Verteidigungsminister Apel denn auch trotz der explosiven politischen Lage eine Gruppe von Zerstörern und Begleitschiffen der Bundesmarine mitten ins Krisengebiet im Indischen Ozean.
Und wofür wohl Mammutveranstaltungen wie die zur Abnahme des feierlichen Gelöbnisses im Bremer Weserstadion unter Beisein allerhöchster Prominenz (Carstens, Apel, Koschnick), wenn nicht zu lautstarkem Säbelrasseln?
Außerdem wurde in letzter Zeit vom Wehrbeauftragten Berkhan (SPD) die Forderung nach Frauenwehrpflicht mal wieder erhoben. Und für die Zukunft sollen Reservisten ganz verstärkt zu Wehrübungen eingezogen werden.

Und wem nutzen diese "Kriegsvorbereitungen", warum sollen wir im Ernstfall unseren Kopf hinhalten?

Krieg hat von jeher nur den Mächtigen, der Groß- und Rüstungsindustrie Profite gebracht. Auch heute stehen hinter der Kriegstreiberei der USA und ihrer Bündnispartner die Interessen der Konzerne, die den unbegrenzten Zugriff auf die Ölfelder behalten wollen und versuchen, die Herrschaft über den Iran und die iranische Wirtschaft wieder zu erlangen.
Kriege werden heute wie 1914, 1939, in Vietnam und anderswo darum geführt, Absatzmärkte, Rohstoffe, Billiglohnländer und Einflußgebiete zu erobern bzw. zu verteidigen.
Wir sollen immer nur als Kanonenfutter der Herrschenden herhalten. Ein Krieg kann deshalb nie in unserem Interesse sein!

Wir wollen und werden nicht für Kapitalinteressen in den Krieg marschieren!
Wir wissen, Krieg ist kein Naturgesetz, dieser Krieg ist verhinderbar.
Wir wenden uns gegen den Mittelstreckenraketenbeschluß der NATO und jegliche Aufrüstung.
Keine Einführung der Frauenwehrpflicht!
Lieber ein Jahr im Bau als ein Tag an der Front!
Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Erstunterzeichner:
H. Aust, Gefr. d. R., 433 Mülheim,
Peter Begus, HG d. R., 6000 Frankfurt am Main,
Andreas Berlin, Gefr. d. R., 4300 Essen,
Detlev Doberselske, OG d. R., 433 Mülheim -Saarn,
Christoph Hamischmacher, Fähnrich d.R., 4100 Duisburg,
Peter Höninger, OG d.R., 4600 Dortmund,
Dirk Johanns, Fu. d.R., 527 Gummersbach,
Klaus Jung, Gefr. d.R., 637 Weißkirchen,
Daniel Klein, Fu. d.R., 6000 Frankfurt am Main
Klaus Kuczera, OG d.R., 433 Mülheim -Saarn,
Klaus Malwald, Gefr. d.R., 6000 Frankfurt am Main,
Karl-Heinz Neumann, HG d.R., 638 Bad Homburg v.d.H.,
Ulrich Rosin, HG d.R., 4600 Dortmund,
Hans-Joachim Schallnaß, Gefr. d.R., 6000 Frankfurt am Main,
Waldemar Schindowski, OG d.R., 6000 Frankfurt am Main,
Rüdiger Schulz, Gefr. d.R., 638 Bad Homburg v.d.H.,
Dieter Spornitz, OG d.R., 6000 Frankfurt am Main,
Lothar Spornitz, Gefr. d.R., 6000 Frankfurt am Main,
Johannes Wenning, Gefr. d.R., 4600 Dortmund,
Friedrich Wicke, Uffz. d.R., 4600 Dortmund,
Rainer Witting, Gefr. d.R., 6000 Frankfurt am Main,
und ein weiterer Gefr. d.R. aus Frankfurt am Main, der anonym bleiben will (Adresse und Unterschrift liegen uns vor)

Ich unterstütze den Soldatenaufruf gegen den Krieg

Name	Anschrift	Dienstgrad und Einheit (bei Reservisten mit Zusatz d. Res.)	Unterschrift

Kontakt: Waldemar Schindowski,6 Frankfurt 90, Adalbertstr. 6o, Tel: 0611/778701

Ein weiterer Soldatenaufruf mit sehr ähnlichem Text und inzwischen 55 Unterschriften kursiert ebenfalls:

Kontaktadresse
Carl Christian Ebell
Elsa-Brandström-Str. 4
6500 Mainz 1
Tel.: 06131 686155

Spendenaufruf! Wichtig!

Ermittlungsausschuß der BBA

Am 6. Mai, während und noch Tage nach der Gegendemonstration gegen die Demonstration von Militär und Staatsmacht im Weserstadium zu Bremen, sind über 30 Leute festgenommen worden.

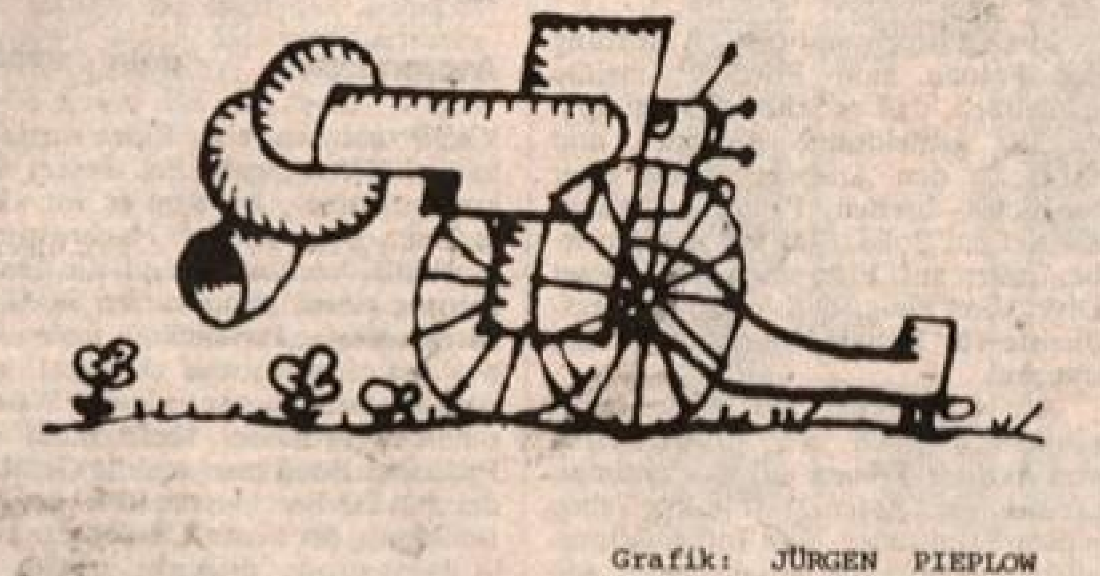
Spendenaufruf! Wichtig!

Ermittlungsausschuß der BBA

Am 6. Mai, während und noch Tage nach der Gegendemonstration gegen die Demonstration von Militär und Staatsmacht im Weserstadium zu Bremen, sind über 30 Leute festgenommen worden.

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war, sind demnächst gegen eine ganze Reihe Leute Prozesse zu erwarten. Die Liste der Vorwürfe ist lang: Schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Diebstahl, versuchter Totschlag bis hin zu Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Wie gesagt, da kommt noch einiges auf uns zu. Im übrigen haben unsere Freunde von der staatlichen Gewalt immer noch 2 VW-Busse beschlagnahmt und sich dieses mindestens in einem Fall auch gerichtlich bestätigen lassen. Der Besitzer ist aber unbedingt auf einen fahrbaren Untersatz angewiesen. Son paar hundert Mark werden ja wohl für noch ein paar Monate zugelassene Blechkiste aufzutreiben sein. Übrigens, dieses Auto ist auf der Demo ausschließlich als Sanitätsfahrzeug benutzt worden und war weder Waffentransporter noch Kommandozentrale. Also, wie schon alle gemerkt haben, es geht um Kohle und zwar 'ne ganze Menge und deshalb haben wir ein Sonderkonto eingerichtet:

R. Seekamp
Sparkasse in Bremen
BLZ 290 501 01
Konto-Nr.: 1121 2743



Mit einer Postkartenaktion (s. Abdruck) an das Bundesjustizministerium wird das Verbot von Kriegsspielzeug gefordert. Die Aufrufenden, Koordinationskreis Jugend gegen Rechtsextremismus, DFG/VK, Amt für Jugendarbeit der evangelischen Kirche in Westberlin und die Aktion Sühnezeichen, erinnern daran, daß schon (noch) am 23.6.1950 der Bundestag die Bundesregierung beauftragt hat, *„Herstellung und Vertrieb von Kriegsspielzeug jeglicher Art"* in der BRD verbieten zu lassen.

Aus diesem Anlaß hat der Kreis am diesjährigen 23.6. in Bonn 9.000 Unterschriften gegen Kriegsspielzeug übergeben.

13 Monate Gefängnis

Am 12.6. wurde der Totalverweigerer Horst Balzer in Kassel vom Schöffengericht wegen „Fahnenflucht'' zu 13 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Horst Balzer hatte nach 6 Wochen Grundausbildung 1975 die Bundeswehr verlassen; nach 3 Jahren Aufenthalt in Österreich war er 1978 in die BRD zurückgekehrt.

Er würde von vornherein jeden Befehl bei der Bundeswehr verweigern, außerdem lehne er die Gewissensinquisition und die Ableistung des Zivildienstes ab, da dieser ein „Kriegsdienst'', wenn auch ohne Waffen, sei.

Horst Balzer ist einer von derzeit ca. 50 Totalverweigerern in der BRD, die regelmäßig wegen Fahnen- oder Dienstflucht ins Gefängnis geworfen werden. Die gegen Horst Balzer ausgesprochene Strafe ist allerdings die bisher höchste.

***

Ein unsinniges Dementi

Kriegsminister Apel soll auf einer Versammlung Hamburgischer Bürgervereine zum Zivilschutz erklärt haben, daß Bunker zum Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfalle „überflüssig'' seien. Diese Meldungen wurden vom Ministerium empört zurückgewiesen, man würde sogar den Schutzraumbau finanziell fördern. Dennoch hieß es im „Dementi'', daß für die gesamte Bevölkerung kein Schutz vorgesehen sei, denn dann könne man nicht *„gleichzeitig die Abschreckungsfähigkeit der Bundeswehr''* erhalten. Eine richtige Einsicht, will man die Bevölkerung schützen, so sollte man am besten die Bundeswehr abschaffen!

***

Ein Bundeswehroffizier kann nicht zurücktreten

Kriegsdienstverweigerung ist im Kriegsfalle nicht möglich — sondern nur aus generellen moralischen Erwägungen. Inzwischen wurde am „Fall'' Axel Wilser deutlich, daß man nicht einmal von seinem Offiziersposten zurücktreten kann. Axel Wilser hatte vor einiger Zeit an Kriegsminister Apel seine Urkunden zurückgeschickt, weil die NATO *„vom Wege der Entspannungspolitik abgekommen''* sei. Daraufhin erhielt Wilser überhaupt keine Antwort. Erst auf Anfrage der

Kriegsdienstverweigerung ist im Kriegsfalle nicht möglich — sondern nur aus generellen moralischen Erwägungen. Inzwischen wurde am „Fall'' Axel Wilser deutlich, daß man nicht einmal von seinem Offiziersposten zurücktreten kann. Axel Wilser hatte vor einiger Zeit an Kriegsminister Apel seine Urkunden zurückgeschickt, weil die NATO *„vom Wege der Entspannungspolitik abgekommen''* sei. Daraufhin erhielt Wilser überhaupt keine Antwort. Erst auf Anfrage der

„Frankfurter Rundschau'' teilte das Ministerium mit, daß man Wilser nicht mehr zu Reserveübungen heranziehen wolle, da stört er offenbar dann nur, aber seinen Titel kann er nicht zurückgeben, d.h. im Kriegsfalle muß er Offizier bleiben.

***

Antimil-Demonstration in Amsterdam

Amsterdam. Mehrere tausend Menschen demonstrierten im Amsterdamer Zentrum am 21.6. unter der Hauptlosung *„Keine zwei Milliarden für die F-16''* gegen den Plan der niederländischen Regierung, 111 F-16-Düsenjäger anzuschaffen, die auch mit Atomwaffen bestückt werden können. Bemerkenswert ist, daß neben den linken parlamentarischen Parteien (den Pazifisten-Sozialisten PSP, den Radikaldemokraten PPR und der revisionistischen KP, der CPN), den Kriegsdienstverweigerern und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsjugend auch die sozialdemokratische Partei, PvdA, Träger der Demonstration und Unterzeichner des gemeinsamen Aufrufes war. Und zwar, wie es in einem speziellen PvdA-Nachsatz des Aufrufes heißt: *„Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten mit anderen politischen Parteien, nämlich CPN, PPR und PSP, über die zukünftige Luftmachtpolitik in den Niederlanden ... hält auch die PvdA insbesondere vor dem Hintergrund der Notwendigkeit von Einsparungen auf dem Verteidigungsgebiet gemeinsamen Widerstand dagegen geboten, daß zwei Milliarden aus Steuermitteln für die Anschaffung von 111 F-16-Düsenjägern ausgegeben werden sollen. Ein Nachfolger der NF-5* (das jetzige Kampfflugzeug — Anm. AK) *wird in jedem Fall keine nuklearen Aufgaben erfüllen dürfen.''* (Nach dem Bericht eines niederländischen Genossen).

Kongreß und Festival „Jugend gegen Kriegsdienst" der DFG/VK in Hamm 13.-15. Juni

Wäre es als eines jener Festivals angekündigt worden, bei dem sich all die Gruppen in trauter Eintracht treffen, die sich schon seit Jahren in allen wichtigen Fragen völlig einig sind und immer wieder mit sich selbst Bündnisse eingehen - ich glaube, wir wären nicht nach Hamm gefahren, zumal der DFG/VK-Kongress ja (peinlicherweise!) parallel stattfand zu Rock gegen Rechts in Frankfurt. Aber die Ankündigung, dieser Kongress solle zum „Treffpunkt für alle Rüstungsgegner werden, bei dem Erfahrungen des Friedenskampfes ausgetauscht und neue Anregungen gesammelt werden können", („TAT", 6.6.80), hatte uns gespannt gemacht, und auch das Programm für die 3 Tage ließ Interessantes erwarten: Diskussionsrunden zu Themen wie Ökologie und Frieden, Frauen und Bundeswehr mit Podiumsteilnehmer(innen) mit unterschiedlichen politischen Standpunkten; ein antimilitaristischer Info-Markt mit 15 verschiedenen politischen Gruppen und Organisationen, ein Musik- und Kulturprogramm, wo sogar Ina Deter mit engagierten Frauenliedern nicht fehlte. Sollte es wirklich so sein, daß der traditionelle Teil der Friedensbewegung erste Ansätze macht zu einer solidarischen Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit anderen Strömungen der antimilitaristischen Bewegung?

Die Diskussionen: Frauen und Bundeswehr

Gleich zu Beginn des Festivals, am Freitagabend, gabs die erste spannende Kontroverse: zum Thema „Frauen

Freitagabend, gabs die erste spannende Kontroverse: zum Thema „Frauen
und Bundeswehr" war Alice Schwarzer geladen, und sie stellte sich der Diskussion. Etwas verwunderlich, daß sie einen ganzen Abend allein zur Verfügung hatte, während sich am nächsten Abend sieben antimilitaristisch engagierte Frauen gemeinsam das Podium teilen mußten. Nun ja, ein Star hat seine/ihre Ansprüche bzw. Vorgaben.

„Ich habe nie gesagt, ‚Frauen in die Bundeswehr', wie es mir so häufig in der Presse unterstellt wurde", argumentierte Alice Schwarzer, denn *„ich wäre natürlich die erste, die den Kriegsdienst verweigern würde"*. Ihr Interesse sei es vielmehr, ohne ständige Diffamierungen einmal öffentlich darüber nachzudenken, warum Frauen der Zugang zur Bundeswehr verweigert würde.

Andererseits stellte sie dann wieder ihre (altbekannte) Forderung, den Frauen selbstverständlich den Zugang zu eben dieser Bundeswehr zu ermöglichen: *„Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens für die Frauen zu öffnen, daß ist mein radikalfeministischer Anspruch"* (Zitate: Westfälischer Anzeiger, 14./15.6.).

Als ihr Ziel formulierte sie dann, *„Sand ins Getriebe dieses Systems zu streuen"* und forderte deshalb *„eine ganz entschlossene Bewegung zur Abschaffung der Bundeswehr."* Etwas kurzsichtig (gerade angesichts der aktuellen Kriegsvorbereitungen) meinte sie, daß es sexistisch sei, den Frauen den Zugang zum Bund zu verweigern. Es müsse ihnen erst Mal dieses Recht zugestanden werden, und dann können sie es ja verweigern. Daß aus dem Recht sehr schnell eine Pflicht werden kann, die das Gros der Frauen ausführen müßte, fällt ihr anscheinend nicht ein.

Im Saal war die Stimmung 50 zu 50 Prozent. Nachdem Alice immer wieder in Frage gestellt wurde, verstieg sie sich schließlich wütend zu der Behauptung, sie hätte n i e Frauen aufgefordert, zum Bund zu gehen. Und wenn man ihr nicht zuhören würde, wäre das ein „faschistischer Umgang" mit ihr, was sie sich nicht bieten lassen würde.

Nach 2 Stunden stellte sie fest, daß alles gesagt sei und verließ den Saal, ohne sich um die vielen Rednerinnen zu kümmern, die sich noch zu Wort gemeldet hatten.

Bei einem weiteren Gesprächsforum zum Thema ‚Frauen und Bundeswehr', diesmal ohne Alice, konnte frau/man dann schon eher die Meinung von engagierten Teilen der Frauenbewegung erfahren: Sabine Zurmühl von der Courage konterte gegen die *„scheinbar emanzipatorische Arbeit an der Waffe"*, denn schließlich hätte es keine Kriege gegeben, wenn nicht Frauen Infrastrukturarbeiten dazu geleistet hätten. Außerdem hätten Militär und Krieg negative Auswirkungen auf Familien - und Liebesstrukturen, denn *„Frauen versuchen dem zu entkommen, was Männer im jeweils feindlichen Land anrichten."* Auch den Begriff ‚Friedensdienst' stellte Sabine als falschen, harmonisierenden Begriff heraus, denn ihrer Meinung nach sollte es überhaupt nicht akzeptiert werden, einen Dienst zu leisten, der unter Umständen das ‚Inganghalten' einer Kriegsmaschinerie erst möglich macht. Sie wies in diesem Zusammenhang auf die Kurzausbildung der Schwesternhelferinnen hin, die sich verpflichten müssen, im Krisen- und Kriegsfall Dienst zu tun. Sabine folgerte daraus: *„Krieg hat geschlechtsspezifische Formen"*, d.h. es gibt eine zivile Seite des Kriegs, der andererseits mit Waffen geführt wird. Wenn die zivile Seite des Kriegs nicht abrufbar ist, werden keine Kriege geführt werden können. Dies heißt natürlich umgekehrt auch, daß Frauen bislang an jedem Krieg beteiligt gewesen sind. Soll der Krieg verhindert werden, brauchen sich die Frauen ihrer Meinung nach nicht zu ‚scheinemanzipieren', indem sie sich durch Verweigerungsverfahren vom Kriegsdienst befreien lassen, dann aber vielleicht einen Zivildienst leisten müssen, der genauso den Kriegsvorbereitungen dient!

Ruth Gruber, Landesfrauenleiterin der IG Druck und Papier, stellte es als einen Erfolg heraus, daß die Bundesfrauenkonferenz ihrer Organisation im März einen Antrag formuliert hat, der entschieden nein sagt zur Wehrpflicht für Frauen und auch zum „freiwilligen" Eintritt von Frauen in die Bundeswehr. Bundeswehr und Unternehmerverband gehe es ihrer Meinung nach darum, „Arbeitslose *von der Straße zu bekommen"*, ande-

Meinung nach darum, „Arbeitslose *von der Straße zu bekommen"*, ande-
rerseits die durch die Auswirkungen des sogenannten ‚Pillenknicks' (der allerdings erst in 10 Jahren eintreten werde) entstehenden Rekrutierungslücken beim Militär zu ersetzen. Statt Raketen sollten Kindergärten und Kinderkrippen, statt Rekrutierungsplätze sollten lieber Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bernadette Ridard von den Graswurzel-Revolution kam zu dem Schluß, daß nur die Totalverweigerung sinnvoll sein könnte, damit Brüder und Schwestern nicht aufeinander schießen.

Mechthild Jansen (DFI) wies auf die aktuelle Kriegsgefahr hin, die von Carters Ölkriegsplänen ausgehe; dies werde auch durch den NATO-Nachrüstungsbeschluß und die Militäraktion im Iran deutlich. Deshalb sei es heute die wichtigste Aufgabe, den Krieg zu verhindern, denn die BRD und die DDR seien die ersten Opfer eines solchen Krieges. Die Entspannungspolitik müsse fortgesetzt werden, d.h. auch, daß die Rechtskräfte, die die Unterordnung unter die USA gefordert haben, sich bei uns nicht weiter durchsetzen dürften, denn das würde auch zu einer weiteren Militarisierung unserer Gesellschaft führen, in der dann auch bedingungsloser Gehorsam gefordert würde. Deshalb gelte es, Strauß zu verhindern, und *„nein"* zum Frauenwehrdienst und zu jeder weiteren Militarisierung zu sagen.

Ähnlich allgemein behandelte Renate Janßen (DFG/VK) das Problem: Sie sprach sich dafür aus, gemeinsam mit den Männern Alternativen zu entwickeln und stellte grundsätzliche Forderungen nach Abrüstung in Ost und West. Renate betonte: *„Die Sicherheit wird nicht durch den Pillenknick, sondern durch das Wettrüsten gefährdet."*

Eva Quistorp von der „Anstiftung der Frauen zum Frieden" meinte schließlich, daß es schon fast zu spät sei für gemeinsame Aktionen und skizzierte den Anspruch nach einer möglichst breiten Protestbewegung. Sie rief zur Solidarität mit den Gorlebenfrauen auf. Frau war sich in dieser Diskussion einig, daß jegliche Kriegsdienste für Frauen abgelehnt werden müssen.

Am Rande des Kongresses fand schließlich noch ein Arbeitstreffen von aktiven Frauen aus der antimilitaristischen Frauenarbeit statt. Neben einem Erfahrungs- und Informationsaustausch über die verschiedenen Ansätze der örtlichen Arbeit wurde hier angeregt, zu Beginn des nächsten Jahres ein Arbeitstreffen von möglichst vielen aktiven Frauen zu organisieren.

Jugend gegen Rechts - Stoppt Strauß

Wie im Programmheft des Kongresses angekündigt, trafen sich verschiedene Anti-Strauß-Initiativen im Rahmen des Kongresses. Allerdings wurde nicht angekündigt, daß es sich hierbei weitgehend um die ‚Stoppt Strauß - Jugend gegen Rechts'-Initiativen handelte. Reinhard Opitz (Kühnl-Initiative-VVN) betonte zwar in seinem Einführungsreferat die Notwendigkeit, die Anti-Strauß-Bewegung nicht mit einer Wählerinitiative zu verwechseln. Auf die Frage allerdings, nach welchem Modus denn die Anti-Strauß-Initiativen eingeladen worden seien, bekam ein Diskussionsteilnehmer zu hören, daß es sich hierbei weitgehend um die Initiativen handeln würde, die den Kühnl-Aufruf unterstützen würden. ‚Begründet' wurde dies damit, man habe die Adressen der anderen Initiativen eben nicht gehabt.

In der Diskussion wurde problematisiert, ob die Anti-Strauß-Initiativen sich nicht zum Wahlhelfer der SPD machen würden; so berichtete ein Vertreter einer Neußer Initiative, daß sie kurz davor stünden, sich aufzulösen, da man nicht Schmidt unterstützen wolle; schließlich sei auch unter der SPD-Regierung die Demokratie weiter abgebaut worden. Von einem Diskussionsteilnehmer wurde dann noch der desolate Zustand einiger Anti-Strauß-Initiativen bedauert. Dies liege oft daran, daß man Schwierigkeiten habe, sich inhaltlich zu fassen. Es gäbe aber da doch die Möglichkeit, sich zum Beispiel an die SDAJ oder an andere Verbände zu wenden, die mit der Organisierung solcher Initiativen mehr Erfahrung hätten. Er kenne eine Initiative, die



sich einfach dem Kühnl-Aufruf angeschlossen habe, mit der Begründung: *„Der gefällt uns!"* Damit könne man sich eben viel Streit und Arbeit ersparen und schneller zur praktischen Arbeit kommen (... und eh ich mich verseh', schwups bin ich in der DehKahPeh).

Bei dieser Mentalität sicherlich nicht verwunderlich, daß die großen Erfolge der Anti-Strauß-Bewegung - nach Reinhard Opitz beispielsweise die Wahlniederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen - ausschließlich dem eigenen Bündnis zugeschrieben wurden.

Atomraketen - nein danke!

Viel Prominenz, aber leider wenig inhaltlich Neues, gabs bei diesem Diskussionsforum, bei dem es vor allem um den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO und die Stationierung neuer Atomwaffen in Westeuropa ging. „Prominente Referenten wie der französische Admiral a.D. Antoine Sanguinette, wie der Wissenschaftler Professor Huffschmid und Professor Booß machten die Gefahren des NATO-Beschlusses über die Stationierung der neuen US-Atomraketen in Westeuropa deutlich, wiesen die Lüge von einer sowjetischen Bedrohung und Überrüstung zurück und ermunterten zu Aktionen, um die Vorhaben der NATO zu verhindern... Deutlich wurde bei dieser Diskussion der einheitliche Wille aller Teilnehmer, sich entschieden und gemeinsam gegen die neuen Raketen einzusetzen, auch wenn unterschiedliche Motivationen und Begründungen vorhanden waren" („UZ", 16.6.). Der Widerstand gegen die NATO-Beschlüsse, so meint die „UZ" vom 18.6., sei das ‚Hauptthema' des Festivals der DFG/VK gewesen. Schade nur, daß es kaum dazu kam, über konkrete Perspektiven und Möglichkeiten dieses Kampfes zu diskutieren.

Ökologie und Frieden

Pluralistisch besetzt war das Podium bei diesem Gesprächsforum: Roland Vogt (BBU-Vorstand), Gunnar Matthiessen (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit), Hans Bubenzer (DFG/VK), Terry Provance (Koordinator der amerikanischen Ökologie- und Friedensbewegung) diskutierten über die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktionen von Friedensbewegung und Umweltschutzorganisationen. Roland Vogt meinte, die NATO-Raketenbeschlüsse hätten auch in der Ökologiebewegung einen Bewußtseinswandel bewirkt. *„Die Gefahren der atomaren Rüstung, der Vorbereitung auf die chemische Kriegsführung, die Vernichtung von Erholungsgebieten durch Truppenübungsplätze - all das sind Berührungspunkte für den gemeinsamen Kampf"* („UZ", 18.6.). Für das KOFAZ bezeichnete Matthiessen Krieg und Rüstung *„als die höchste Form der Umweltvernichtung überhaupt. Das bedeutet, daß wir zusammengehen müssen, wenn wir gemeinsam überleben wollen ... Die neuen amerikanischen Atomraketen, die in Europa Millionen Menschen vernichten können, sind die größte Bedrohung, der wir ausgesetzt sind."*

Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst

Zwei Podiumsdiskussionen und eine KDV-Scheinverhandlung gabs zu diesem Thema; geplante Arbeitskreise mußten leider mangels Interesse ausfallen. Über die weiteren Perspektiven der neuen KDV-Gesetzgebung diskutierten am Samstag Manfred Coppik (SPD), Sigfried Stasig (Sozialarbeiter und Ex-Beisitzer in einem Prüfungsausschuß und als Diskussionsleiter Heinrich Häberlein (DFG/VK). Die FDP und die Junge Union hatten ohne Begründung abgesagt, die CDU hielt es gar nicht erst für nötig zu antworten. Auch die ‚Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer' hatte abgesagt - wegen starker Belastungen sei niemand in der Lage zu kommen.

Häberlein meinte in seinem kurzen Einführungsbeitrag, es sei eine Tendenz zum Arbeitsdienst im Zivildienst erkennbar; deutlich werde dies z.B. in den Versuchen, Zivildienstleistende zu kasernieren und den Einsatz im nichtsozialen Bereich auszudehnen. Stasig berichtete von seinen Erfahrungen bei den Anerkennungsverfahren: Er war Beisitzer, weil er gedacht habe, er könne dort, von seiner Position als Antimilitarist aus, die Konflikte zuspitzen; aber er habe die Erfahrung gemacht, daß dies vor den Prüfungskammern nicht möglich sei. Die Menschen würden dort mit Füßen getreten, vergewaltigt durch die Militaristen, die die Gewissensprüfungen durchführen. Mit einer Darstellung einer Gewissensentscheidung habe das Ganze überhaupt nichts zu tun; die Entscheidungen würden nach militärischen Gesichtspunkten getroffen, nicht nach der Glaubwürdigkeit einer Gewissensentscheidung. Die Möglichkeiten, dort als Beisitzer wirkungsvoll einzugreifen, sieht er inzwischen als aussichtslos an, denn selbst wenn in der ersten Instanz einmal positiv entschieden würde, hätte die nächsthöhere Instanz die Möglichkeit, diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Aus all diesen Erfahrungen heraus stelle er die Forderung nach vollständiger Abschaffung des diskriminierenden Prüfungsverfahrens auf.

Coppik versuchte es gleich zu Beginn mit einem ‚spritzigen' Linksaußen-Einstieg: Er begrüßte den VS, der sich ja sicherlich auch im Saal befände. Er charakterisierte die heutige Situation als eine Phase, in der es Kriegsgefahr und eine zunehmende Militarisierung gäbe, deswegen sei die Kriegsdienstverweigerung heute so wichtig. Schwierig sei heute allerdings die Verteidigung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, da zunehmend konservative Verfassungsrichter am Werk seien. Das wichtigste am Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei es, daß jetzt nur noch ein neues KDV-Gesetz mit Zustimmung einer Allparteienkoalition gemacht werden könne. Dies sei eine sehr schwierige Situation, und er bat das Publikum, doch bitte selber Vorschläge zu machen, wie dies denn gelöst werden könne. Seiner Meinung nach gebe es nur zwei Alternativen: Entweder man akzeptiere ein Gesetz, mit kleinen individuellen Verbesserungen für die Kriegsdienstverweigerer, was insgesamt allerdings die Kriegsdienstverweigerung diskriminiert; oder aber man gehe grundsätzlich in Konfronta-

weigerung diskriminiert; oder aber man gehe grundsätzlich in Konfronta-
tion.

In der Diskussion wurde Coppik dann allerdings auf die Mitverantwortung der SPD am BVG-Urteil ‚aufmerksam' gemacht: Schließlich habe sie die (gefälschten) KDV-Zahlen, mit denen das Bundesverfassungsgericht gearbeitet hätte, nicht richtig gestellt. Coppiks Antwort: Dieser Vorwurf treffe die Bundesregierung, aber nicht die SPD, da müsse man unterscheiden.

Und dann wurde er gaaanz grundsätzlich: Die stärkste Linke innerhalb der BRD sei schließlich immer noch die Linke in der SPD; es seien 40 % in der SPD, die sich gegen die Militarisierung, für die Rücknahme der Rüstungsbeschlüsse und der Militärhilfe für die Türkei einsetzen würde. Wenn diese ach so starke Linke in der SPD als ‚Alibi' bezeichnet werde, dann müsse noch viel mehr Teilen der übrigen Linken Alibifunktion zugesprochen werden.

Eine weitere Diskussion stand unter dem Thema: Zivildienst 1970 - 1980: Bestandsaufnahme. Hier gabs ein fast schon bunt besetztes Podium: Gerd Bauz (Sprecher der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, 1970); Henning Schierholz (Friedensforscher, Referent für staatsbürgerliche Bildung im Zivildienst); ein Vertreter der heutigen SOdZDL; Vertreter der ‚Gruppe kollektiver gewaltfreier Widerstand/Totalverweigerer; ein Vertreter des Sozialistischen Büros (SB).

Gerd Bauz stellte die Entwicklung des Zivildienstes (ZD) seit der Studentenrevolte dar: Die ersten Versuche des Bundesamtes für Zivildienst, Kasernen für Zivildienstleistende (z.B. in Schwarmstedt) zu bauen und wie es den damaligen ZDLs gelang, durch Streiks und Öffentlichkeitsarbeit diese Pläne zeitweise zu durchkreuzen.

Henning Schierholz stellte einige Thesen in den Raum:
— unter den Zivildienstleistenden ist kaum Bewegung zu erkennen;
— die Orientierung, daß Zivildienst Friedensdienst bedeute oder bedeuten kann, ist nach wie vor richtig;
— Hauptaufgabe der ZDLs im kommenden Jahrzehnt sollte die Arbeitsplatzgestaltung an ihren Dienststellen sein (Stichwort: arbeitsmarktpolitische Neutralität).

Die restlichen Thesen waren noch gewagter:
— diejenigen, die dem Zivildienst jegliche friedenspolitische Bedeutung absprechen, haben zur Desorientierung der ZDLs beigetragen (speziell waren die Totalverweigerer angesprochen);
— das Konzept der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) hält er für gescheitert und schlägt die Auflösung der SOdZDL in die DFG/VK vor.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 12

Ein Vertreter der SOdZDL (Hamburg) stellte die Einbeziehung der ZDLs in die Kriegsvorbereitung in den Vordergrund und hielt angesichts der kriegerischen Entwicklung der BRD ein Zusammenrücken innerhalb der Friedensbewegung für notwendig. Insbesondere forderte er zu einer Zusammenarbeit ohne kleinkarierte Ausgrenzung auf (was bei der DFG/VK ja schon immer ein Problem war). Diskussionen über „sinnvollen Friedensdienst" oder „Entspannungspolitik" hielt er angesichts der aktuellen Kriegsvorbereitungen für überholt. Er hob hervor, daß die Militaristen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zum Ausnahmerecht degradiert hätten und heutzutage die Kriegsdienstverweigerung lediglich einen kleinen antimilitaristischen Schritt darstellt. Die Kriegsdienstverweigerung darf heute nicht mehr politisch begründet werden und bleibt damit ein stark individueller Schritt.

Als zukünftige Aufgaben schlug er eine allseitige Politisierung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden vor, die frühzeitig, also schon an den Schulen, beginnen müsse, um der Offensive der Militaristen etwas entgegenzusetzen.

Dieser Beitrag stand völlig kontrovers zu den Ausführungen von H. Schierholz. Der Vertreter der KGW arbeitete in seinem Beitrag die Unterdrückung im Zivildienst heraus und bewies, daß der Zivildienst nicht zum Friedensdienst umgewandelt werden könne. Er bemängelte die Anpassung der Zivildienstleistenden an ihren Dienst und stellte kurz das Konzept der Ablehnung jeglicher Gewaltstruktur, und damit der Verweigerung jedes Zwangsdienstes, vor.

Der Vertreter des SB schloß sich der Meinung an, daß Zivildienst und Friedensdienst unvereinbar seien und sein müßten. Auch für das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft sei ein staatlich organisierter Friedensdienst nicht möglich. Außerdem empfände er den Sozialdienst, der oftmals nur durch die ZDLs aufrechterhalten werden kann, als Ausbeutung der Arbeitskraft der ZDLs, aber nicht als friedensfördernd und somit als entpolitisierend.

Nach diesen Podiumsbeiträgen schloß sich eine lebhafte Publikumsdiskussion an. Leider drehte sich der größte Teil der Debatte um die (Un)Möglichkeit eines Friedensdienstes; die These vom ‚Zivildienst als Friedensdienst' scheint bei sehr vielen DFG/VK-lern noch fest verwurzelt zu sein. Es ging sogar soweit, daß vielen Diskussionsrednern, die diese These nicht teilten, unterstellt wurde, sie würden die Möglichkeiten antimilitaristischer Arbeit im Zivildienst generell bestreiten - was natürlich weder richtig ist, noch behauptet wurde.

Die Konzeption dieser Veranstaltung, nämlich die unterschiedlichen Positionen zu Wort kommen zu lassen, war sicher gut gewählt. Die Diskussion wäre noch wesentlich besser gelaufen, wenn die Arbeitsgruppen vorher stattgefunden hätten. So konnte der Anspruch, Aufarbeitung und Auswertung von 10 Jahren Zivildienst, nicht eingelöst werden. Es fand eine solidarische Diskussion statt, die hoffentlich wiederholt und weitergeführt wird.

Antimilitaristische Zeitungsarbeit

Am Rande des Kongresses fand schließlich auch noch ein Arbeitstreffen von Vertretern antimilitaristischer Zeitungen aus der BRD, Schweiz, Österreich und Holland statt. Eingeladen hierzu hatte die „Antimilitarismus-Information", und so gab es (zum ersten Mal) einen recht informativen Erfahrungsaustausch über Schwierigkeiten und Erfolge in der antimilitaristischen Zeitungsarbeit. Von allen wurde berichtet, daß in der letzten Zeit das Interesse an friedenspolitischen Veröffentlichungen rapide gestiegen sei; teilweise haben sich die Abos um 100 % erhöht. Problematisiert wurde die bisher überhaupt nicht stattfindende Kooperation, Unterstützung und Zusammenarbeit. Ein holländischer Vertreter drückte sein vollständiges Unverständnis über diese Situation in der westdeutschen Friedensbewegung aus: In Holland würden viel mehr Anstrengungen unternommen, trotz politischer Differenzen zusammenzuarbeiten. Konkretes Ergebnis dieser Diskussionsrunde waren erste Absprachen über eine gegenseitige Unterstützung und die Abmachung, im Herbst ein weiteres Arbeitstreffen zu veranstalten, bei dem dann über ein gemeinsames Zeitungsprojekt diskutiert werden soll.

Mehr Festival als Kongreß ..

Sicher, das Spektrum der auf diesem Kongreß andiskutierten Themen war größer als man es bislang von diesem Teil der Friedensbewegung gewöhnt war; auch die Auswahl der eingeladenen Podiumsteilnehmer drückte eine gewachsene Bereitschaft zu pluralistischer Diskussion aus. Für alle diejenigen, die erst seit kurzer Zeit in der Friedensbewegung aktiv sind, waren viele der Veranstaltungen sicher informativ und anregend. Allerdings: viel Neues haben all diese Diskussionen nicht gebracht, wichtige Fragen und Kontroversen der antimilitaristischen Bewegung wurden gar nicht erst angesprochen. Wäre es nicht gerade in der derzeitigen Situation von Kriegshetze und Kriegsvorbereitung notwendig gewesen, über die Bilanz von 10 Jahren Entspannungspolitik zu diskutieren, und zwar wirklich kontrovers und an den Fakten. Wäre es nicht furchtbar gewesen, die Frage der Gefahr eines Dritten Weltkriegs zu analysieren? Und wäre es nicht nützlich gewesen, eine ehrliche Bilanz von Erfolgen und Fehlern der bisherigen antimilitaristischen Arbeit vorzunehmen und konkret die nächsten Schritte und die weitere Perspektive zu planen? Vielleicht wäre es dann ja möglich gewesen, mit konkreteren Ergebnissen nach Haus zu fahren als mit jenem Schlußappell, in dem die Jugend Europas und Amerikas (wieder einmal) aufgerufen wird, sich *„zusammenzuschließen gegen neue Atomraketen, die unser Leben bedrohen!, nicht Nachzulassen im Kampf gegen die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen und Widerstand zu leisten gegen Atomdepots und neue Abschußbasen!"*

So war Hamm insgesamt eher ein Festival, mit einem ganz interessanten inhaltlichen Angebot nebenbei. Das Kultur- und Musikprogramm bildete eindeutig den Schwerpunkt, im Veranstaltungskalender und auch im Interesse der Teilnehmer: Auf drei Bühnen gleichzeitig gab's von morgens bis in die späte Nacht ein reichhaltiges, meist recht gutes Programm, was wesentlich mehr frequentiert wurde als die Podiumsdiskussionen und Arbeitskreise. Recht informativ war der Info-Markt, wobei eine Dominanz von DKP-orientierten Ständen nicht zu übersehen war. Andererseits gabs aber an den Ständen der einzelnen DFG/VK-Landesverbände hier und da Material zu kontroversen Fragen, wie der Einschätzung der SU in Afghanistan oder der Abrüstungsstrategie. Beeindruckend und erschreckend waren einige Fotoausstellungen über die Folgen des Krieges.

Wo der Pluralismus aufhört ...

Auch wenn es bei diesem Festival nicht zu brutalen Prügelszenen gegen politisch Andersdenkende gekommen ist, wie wir es von „UZ"-Festivals oder KOFAZ-Demonstrationen kennen, so können doch einige unschöne Vorkommnisse nicht unerwähnt bleiben.

War es ein Zufall, daß alle Gruppen und Organisationen, die eine politisch andere Position als die Mehrheit des Bundesvorstandes vertreten - wie die Antimilitarismus-Information, die Totalverweigerer, die Graswurzler und die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden - ihren Platz in einer recht stillen Ecke des Info-Marktes zugewiesen bekommen hatten? Nun ja, alle sind gleich, aber manche sind halt gleicher als andere...

Wesentlich ärgerlicher war es da schon, daß einem Genossen etwas handgreiflich der AK-Verkauf von einem Ordner verboten wurde, er aus der Halle ‚entfernt' werden sollte und erst dann bleiben durfte, als die AKs in einer Plastiktüte verschwunden waren. Die „elan" der SDAJ konnte dagegen überall ganz offen angeboten werden!

Eine weitere unerfreuliche Angelegenheit wurde in einem Flugblatt dargestellt, das in Hamm verteilt wurde: Dem Antimilitaristischen Buchversand aus Frankfurt war von der Bundesgeschäftsstelle der DFG/VK die Teilnahme am Info-Markt verwehrt worden. Offizielle Begründung dieses Verbots: Angesichts der Kosten des Kongresses müsse die DFG/VK bestrebt sein, einen erheblichen Teil der Kosten durch den Materialverkauf des DFG/VK-Bücherbazars zu decken. Die verschiedenen Gruppen hätten nur die Erlaubnis, Produktionen zum eigenen Verkauf anzubieten, die *„nicht im Buchhandel einschließlich alternativer Buchhandlungen"* erhältlich seien.

Riecht selbst dies schon ein wenig nach Zensur - denn selbstverständlich waren beim DFG/VK-Buchbazar n i c h t alle interessanten Bücher zu finden, *„die im Buchhandel erhältlich sind"*, so muß man das Weitere wohl tatsächlich als Zensur charakterisieren: Das Angebot des Antimilitaristischen Buchversandes, ihre eigenen Verlagsprodukte mit auf dem DFG/VK-Bücherbazar auszulegen, wurde abgelehnt mit der Begründung, auf dem offiziellen Büchertisch würde eh schon genug liegen... Irgendwo merkwürdig war das Ganze schon, da andererseits Gruppen wie Graswurzelwerkstatt und SB ihr Publikationen ungehindert verkaufen konnten.

Skandalös wurde es allerdings, als das Flugblatt, in dem dieser Vorfall bekannt gemacht wurde, auf dem Büchertisch der Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand ausgelegt wurde: Bundesvorstandsmitglied Janßen forderte, dieses ‚Pamphlet' müsse sofort verschwinden, da es nur Lügen enthalte; ansonsten würde er *„räumen lassen"*. Auf die Frage, wie sich so etwas mit dem im DFG/VK-Programm verankerten Pazifismus vertrage, antwortete er, er sei kein Gewaltfreier, jedenfalls nicht in dem Sinn, wie andere dies verstehen würden. Nach einigem Debakel verschwand er und zog es wohl vor, dieses taktische Verhältnis zum Pazifismus nicht auch noch in aller Öffentlichkeit zu präsentieren - der Tisch nebst Flugblatt blieb stehen!

Mit dem ‚Pazifismus' gabs dann auch noch beim Musikprogramm äußerst peinliche Episoden: Daß Ina Deters Lied von und für Astrid Proll mit eisigem Schweigen quittiert wurde, entspricht ja der bekannten Distanzierungsmentalität gewisser Kreise. Daß sich allerdings der Generalsekretär der südafrikanischen Befreiungsorganisation ANC, Alfred Nzo, ein wahres Pfeifkonzert anhören mußte, als er ankündigte, den Kampf gegen das Rassistenregime in Südafrika mehr denn je als bewaffneten Kampf zu führen, war wohl mit das beschämendste Ereignis dieses Kongresses.

Trotz alledem: es wäre schön, wenn es in Richtung der positiven Ansätze dieses Kongresses in der antimilitaristischen Bewegung weitergehen würde!

Genossinnen und Genossen aus Münster, Hamburg und Nürnberg

Minuten vor dem 3. Weltkrieg

Eine Reaktion auf den Computer-„Irrtum", der einen verhehrenden Atomkrieg hätte auslösen können, hielten wir vonnöten. So entwarfen wir aus dem Stegreif ein kleines Drehbuch und setzten es auf dem Initiativen-Fest am 14.6. auf dem Altonaer Spritzenplatz in Szene. Ein Computer löste mitten im Fest die Atomkatastrophe aus. Die Beteiligung des Publikums war überraschend gut, etwa 50 Leute „starben" beim Stichwort „nehmen Sie Jod, nehmen Sie Abschied".

Die Frage bleibt offen, ob die positive Reaktion auf das Spiel zurückzuführen ist, oder aber – was wichtiger wäre – auf die Betroffenheit, auf die enorme Gefahr, in der wir uns befinden. Unser Computer verteilte anschließend ein kleines Flugblatt, in dem auf diese Gefahr hingewiesen wurde.

Beteiligte aus den Hamburger Antikriegsinitiativen

ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACH

WUSSTEN SIE,DASS DIESES SPIEL IN DEN VERGANGENEN SIEBEN MONATEN 3-MAL FAST BITTERER ERNST GEWORDEN WAERE. (9. NOV. 79, 3. JUNI 80 UND 6. JUNI 80)

AUFGRUND EINER COMPUTER-FALSCHMELDUNG WURDE IN DEN USA ATOMALARM AUSGELOEST

DASS WIR NOCH LEBEN IST NUR EIN ZUFALL

EIN ZUFALL, DASS DIE FEHLER NICHT NACH 25 MINUTEN, SONDERN EINIGE MINUTEN EHER GEFUNDEN WURDEN. UEBER DEN ATOMKRIEG ENTSCHEIDEN HEUTE NAEMLICH 25 MINUTEN. (REAKTIONSZEIT DES US-PRAESIDENTEN AUF DEN VERMEINTLICHEN ATOMANGRIFF).

FUER DIESES WAHNSINNS-SYSTEM BEFINDEN SICH SAENDIG STRATEGISCHE ATOMBOMBER IN DER LUFT - UND UEBERFLIEGEN 1 X TAEGLICH HAMBURG *********

380.00 MENSCHEN WURDEN DURCH DIE BOMBE VON HIROSHIMA VERNICHTET***

HEUTE GIBT ES 10.000ENDE VON ATOMWAFFEN IN DER WELT ****

** IN DER BRD ALLEINE 7000 ****

DAMIT KANN DIE GESAMTE MENSCHHEIT MEHRFACH VERNICHTET WERDEN ****

ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUNG * ACHTUN

STOPPT DIESEN WAHNSINN

VERNICHTUNG ALLER ATOMWAFFEN *****

NATO RAUS AUS DER BRD *****

BRD RAUS AUS DER NATO *****

ANTI-KRIEGS-INITIATIVE

V.I.S.D.P.: MILTRUD VOSS,BLEICHERSTR.62,2 HH 50

KONTAKTADRESSE: ESG, GRINDELALLEE 9, NAECHSTER TREFF: 23.6.80 19 UHR 30

Anti-Kriegs-Kongreß in Hamburg

Am 14. Juni fand in Hamburg–Wandsbek ein eintägiger Kongreß unter dem Titel „Den Frieden wagen" statt. Veranstalter war die eng mit der DFU zusammenarbeitende Gruppe „Christen für Abrüstung CfA", unterstützt von der Hamburger kirchenoppositionellen Initiative „Christen in der Verantwortung CiV", die bisher wesentlich im Anti–AKW–Bereich arbeitete und der ESG. Trotz der starken Konkurrenz an diesem Wochenende (Rock gegen Rechts, Anti–Atom–Kongreß „Der Götze wackelt") kamen an die 150 Leute, überwiegend Pastor/inn/en und andere kirchliche Mitarbeiter.

Nach einem Gottesdienst gab es zur Einleitung zwei Referate: Konrad Elsässer (Vorsitzender des Christlichen Friedensdienstes) berichtete so allgemein wie richtig aber auch langweilig von den ständigen Aufrüstungen des Westens und betonte, daß Christen dagegen sein müßten und angesichts der bedrohlichen Situation auch Bündnisse mit politischen Kräften inklusive Kommunisten nicht scheuen dürften.

Konkreter wurde da schon Ton Veerkamp, ESG-Pastor in Westberlin. Er analysierte sehr genau die Situation in der BRD und hob hervor, daß z.Zt. gerade die SPD mit Schmidt und Apel zwei der profiliertesten Aufrüstungsbetreiber stellt. Dabei verwies er auf den von der BRD–Regierung wesentlich forcierten westlichen „Nach"rüstungsbeschluß ebenso wie auf die Bremer Provokation, als dort auf Betreiben Koschniks die öffentliche Massenvereidigung veranstaltet wurde. Ferner zeigte er durch seine holländischen Erfahrungen auf, daß der Kampf gegen Kriegstreiberei nicht nur international und appellativ geführt werden dürfe, sondern mit der Auseinandersetzung mit den Verhältnissen im eigenen Land beginnen müsse (z.B. Anti–Neutronenbombe–Kampagne in Holland).

In den anschließenden Arbeitsgruppen ging es 1. um die verschiedenen Möglichkeiten, im Falle einer echten Abrüstung die freiwerdenden industriellen Kapazitäten volkswirtschaftlich effektiv zu nutzen; 2. um den im Friedenskampf zu leistenden jeweiligen persönlichen Einsatz und 3. um die politische Zusammengehörigkeit der auch in linken Kirchenkreisen noch unabhängig voneinander laufenden Anti-AKW-, Friedens- und 3. Weltkriegs-Arbeit.

Zum Schluß handelte sich der Veranstalter noch einige Rüffel aus dem Plenum ein, als diesem eine bis dahin unbekannte Resolution vorgelegt wurde, mit der Bitte, sie möglichst ohne Kritik anzunehmen, da sie schon eingetütet sei. Da diese Resolution aber auch weitgehend unverbindlich und nichtssagend war, wurde sie durch eine zweite – in einer AG erarbeitete – ergänzt, in der auf die aktuellen Vorfälle innerhalb der nordelbischen Kirche eingegangen wurde.

So hat bspw. Bischof Stoll vom *„Dienst gegen den Krieg mit schweigenden Waffen"* gesprochen, und der evangelische Militärbischof Sigo Lehming (Pinneberg) meinte, es diene *„dem Frieden mehr, wenn man Soldat in der Bundeswehr sei."* Außerdem wurden in dieser Resolution alle in letzter Zeit aufgetretenen Proteste gegen öffentliche Vereidigungen uneingeschränkt begrüßt.

Dem ganzen Kongreß mangelte es insgesamt an der Bereitschaft, an den schon begonnenen Aktivitäten anzuknüpfen, was besonders verwunderlich war, da z.B. gerade aus Flensburg etliche kirchliche Mitarbeiter anwesend waren, die dort vor gut 3 Monaten gegen eine der ersten öffentlichen Vereidigungen mit einer breiten Bündnisarbeit erfolgreich vorgegangen waren.

Positiv an diesem Kongreß schließlich war jedoch die Tatsache, daß zwei bislang nebeneinander her arbeitende Gruppen, also CfA und CiV zu einer Zusammenarbeit gefunden hatten.

Kirchenkommission

den frieden wagen

sa. 14. juni

veranstalter

hh-wandsbek
gemeindehaus, schloßstr.

Friedenstreffen in Mainz

Am 16. und 17.6. trafen sich in Mainz verschiedene Gruppen aus der Friedens- und Ökologiebewegung zu einer „Koordinierungskonferenz Aktionen gegen Rüstung und Atom" (vgl. auch AK 178,S.2). Dieses Treffen geht zurück auf eine Initiative des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), gemeinsame Aktionen gegen Aufrüstung und Militarismus sowie gegen „zivile" Nutzung von Atomenergie durchzuführen. Im Hintergrund steht dabei die Vorstellung, zu einer stärkeren „Zusammenarbeit zwischen Ökologie- und Friedensbewegung" zu kommen.

An der Podiumsdiskussion vor ca. 150 Personen (16.6.) nahmen teil: Eva-Maria Bannach-Epple und Hans Bubenzer von der DFG/VK, Uwe Stehr (SPD), J.-Bernd Runge (FDP), Karl Kerschkens (Die Grünen), Solange Fernex (Femmes pour la paix), Wolf Schenke (Neue Politik) und Wolfgang Harich. Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um die verschiedenen Modelle zur Friedenssicherung. Sie reichte von der Abschreckungsphilosophie (SPD, FDP) über die Forderung nach Blockfreiheit bis zur Idee, die Politik von der militärischen Gewalt abzukoppeln.

Dem Koordinierungstreffen am 17.6., an dem sich zur Hauptsache Bürgerinitiativen aus dem BBU (Rheinland-Pfalz, Emsland) und Gruppen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (z.B. DFG/VK, DFI, DFU, DKP) beteiligten - insgesamt etwa 150 Personen -, lagen Vorschläge von BBU und DFG/VK für eine Herbstaktion gegen „zivile" und militärische Atomanlagen vor.

Hans Bubenzer (DFG/VK) hatte in einem Aufruf-Entwurf das ursprüngliche Motto einer solchen Aktion: „Atomanlagen und Atomwaffen - gemeinsam abschaffen" umgeändert in „Atomraketen verhindern - Kernkraftwerke stillegen". Kontroversen tauchten daran auf, daß in seinem Entwurf speziell vom „*Bonner Atomprogramm*" die Rede ist, daß F.J. Strauß als „*Wortführer*" einer Kalten-Krieg-Politik hervorgehoben wird (während die SPD gar nicht erwähnt wird) und daß der Streit um Atomwaffen allzusehr auf die Forderung „*Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und BRD*" reduziert wird. Das Ansinnen der KOFAZ-Gruppen, die sonst so gern vom 'Konsens'-Prinzip ausgehen, den Entwurf mit ihrer Mehrheit einfach zu verabschieden, ihn zumindest aber zur Grundlage der weiteren Diskussion zu machen, konnte vom BBU vereitelt werden. Insofern ist für den Aufruf noch so ziemlich alles offen.

Neben Vorschlägen zu diversen Friedenskampagnen im Herbst einigte man sich vorläufig auf eine zentrale Demonstration im September (zwischen dem 13. und 28.9. an einem Samstag oder Sonntag) von einem „zivilen" Atomprojekt zu einer Militäranlage (entweder im Emsland oder vom AKW Mühlheim-Kärlich nach Koblenz).

Über Ort und Zeit der Aktion soll endgültig auf einer erneuten offenen Koordinierung am 12.und 13. Juli in Bonn (ab 10 Uhr, Gaststätte Rheinterrasse, Estermannstr. 138) entschieden werden. Anmeldung beim BBU, Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21.

Bereits am 29.6. soll ein „Arbeitsausschuß" einen Konsens für den Aufruf finden. Dieser Ausschuß ist zugleich Trägerkreis für die Aktion. Die Zusammensetzung des Ausschusses (8 Gruppen aus der Ökologiebewegung, 8 Gruppen der Friedensbewegung, 3 Gruppen der Frauenbewegung, 2 Gruppen der Menschenrechtsbewegung) war von dem Willen geleitet, ein möglichst pluralistisches Bild ohne Dominanz eines Teils zustande zu bringen. Das Feilschen um einzelne Gruppen (deren Mehrheit übrigens noch gar nichts von ihrem Glück wußte) hinterließ dabei einen bitteren Nachgeschmack. Das mag aber vor allem daran liegen, daß bislang diese an sich unterstützenswerte Initiative gemessen an der anzustrebenden Breite der Aktion noch nicht aus ihrer Hinterzimmer-Diskussion herausgekommen ist. Die Einladungen waren bislang entweder sehr kurzfristig und/oder sehr begrenzt ausgesprochen worden. Insofern kann zur Zeit noch nicht die Rede davon sein, daß d i e Umweltschutz- und d i e Friedensbewegung die Aktionsvorschläge wirklich tragen. Bislang dominieren BBU und DFG/VK noch eindeutig die Szene.

Jedoch verdient es die Initiative dieser beiden Gruppen, stärkeres Interesse bei Initiativen aus Umwelt- und Friedensbewegung zu finden, zumal es wichtig ist, vor den Bundestagswahlen ein deutliches Zeichen gegen den Ausbau des Atomprogramms und gegen die Kriegsvorbereitungen zu setzen.

Das neue BtmG

Anatomie eines Gangsterstücks



Am 26. Juni 1980 wurde vom Bundestag das neue Betäubungsmittelgesetz (BtmG) verabschiedet, das allerdings erst ab 1. Juli 1981 in Kraft tritt und das alte Gesetz von 1972 ablösen wird.
Damit ist nach knapp einjähriger Debatte im Hau-Ruck-Verfahren die gesetzliche Grundlage staatlicher Drogenpolitik als weiteres „sozialliberales Reformwerk" Recht geworden. Begleitet wurde dies von einer Propagandakampagne, deren Kernsatz „Therapie statt Strafe" die öffentliche Diskussion nachhaltig prägen konnte und hinter dem sich das genaue Gegenteil verbirgt.
Seit dem Opiumgesetz von 1929 hat die Vermengung von Polizei- und Drogenpolitik Tradition. Sämtliche Drogengesetze werden seitdem von dem staatlichen Ansatz durchzogen, Verbraucher und Opfer illegaler Drogen seien ein Fall für die Strafverfolgungsbehörden anstelle einer unterstützenden Behandlung.
Der direkte äußere Anlaß für die Reformierung des BtmG sind zwischenzeitlich in Kraft getretene internationale Übereinkommen. Diese Verträge jedoch regeln ausschließlich die Verkehrsfähigkeit psychotroper Substanzen; die strafrechtliche Fassung ist Aufgabe der nationalen Gesetze. Bei ihnen haben die bundesdeutschen Gesetzesmacher allerdings derart hingelangt, wie es nur unter den Bedingungen eines perfekten Zusammenspiels, in erster Linie von Regierung, BKA und Pharmakonzernen, stattfinden konnte.

Chronologie des neuen innenpolitischen Schwerpunktprogrammes

Bis 1978 war es still um die Drogenszene geworden. Zwar hatte sich von Jahr zu Jahr die Zahl der registrierten Herointoten fast verdoppelt, aber im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion standen andere Themen. Nicht zuletzt durch die „Stern"-Serie „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo" wurde eine publizistische Drogenwelle angeheizt, die den Boden für die folgenden politischen Schritte bereitete. Nach der Erledigung des Kapitels „Terrorismus" wurde dem neuen Thema der innenpolitische Vorrang gegeben. Die sogenannte Heroinwelle bot einen günstigen Anlaß: Der Polizeiapparat war in diesem Bereich offensichtlich ineffizient, Gerichte und Knäste meldeten Überlastung durch kriminalisierte Drogenabhängige, die Hauptanbaugebiete für Mohn hatten sich aus Südostasien in Einflußbereiche bundesdeutscher Wirtschafts- und Außenpolitik verlagert, und es wurden Rekordernten gemeldet. Eine aufgeschreckte Öffentlichkeit verlangte Maßnahmen. Gleichzeitig stieß der Ausbau des Modell Deutschland mit Begründung „Terrorismusbekämpfung" auf zunehmenden (internationalen) Protest. Ein neues Drogen-Gesetz, flankiert von einem Bündel sicherheitspolitischer Maßnahmen, wurde vorbereitet.

Februar 79: *Staatssekretär von Schöler (FDP) fordert vor dem Innenausschuß des Bundestages, das Augenmerk stärker auf den Rauschgiftbereich zu richten +*

März 79: *Das Gesundheitsministerium legt einen ersten Referentenentwurf vor. Er sieht die Straffreiheit bei Besitz einer berechenbaren Menge zum Eigenverbrauch vor (wird später fallengelassen); ansonsten bestimmen erweitere Straftatbestände und Anhebung der Mindeststrafen den Inhalt + Das BKA hält im Jahresbericht für 1978 die gesetzlichen Bestimmungen für ausreichend + Türken werden als Haupt-Schmugglergruppen benannt + Todeszahl für 1978: 430 + Erste, völlig unkoordinierte Programme verschiedener Behörden und Ministerien +*

Juni 79: *Die handfesten Verwicklungen türkischer Faschistenorganisationen in den Heroinhandel werden gerichtskundig; der Vorsitzende der ‚Heilspartei', Erbakan, wird als Großdealer namentlich genannt +*

Juli 79: *Der christdemokratische Ministerialdirigent Dr. Osker Schröder vom Gesundheitsministerium legt nach „Einzelarbeit und mit ungeheuren Überstunden" das sozial-liberal reformierte BtmG als Entwurf vor + Der Heroingrammpreis sinkt zeitweilig unter 100 Mark +*

August 79: *Todeszahl des gesamten Vorjahres fast erreicht + Das BKA legt ein Sofortprogramm vor + Zahl der Heroinsüchtigen 45.000 (laut Gesetzesentwurf), 60.000 (lt. BKA), 160.000 (lt. vertraulicher Verschlußsache des Gesundheitsministeriums) + Die Jungdemokraten fordern „kein Knast für Hasch" +*

September 79: *Der Slogan „Therapie statt Strafe" wird in der Öffentlichkeit vorgestellt + Rauschgiftbekämpfung erhält den gleichen politischen Stellenwert wie Terrorismusbekämpfung (Innenminister Baum) + Das BKA gibt den Aufbau mehrer Computerprogramme (PIOS etc., siehe AK 173) bekannt + In Hessen wird eine „generelle Mobilmachung" der Polizei gegen Rauschgift bekanntgegeben +*

Oktober 79: *Matthöfer (als Finanzminister auch Chef der Zollbehörde und im weiteren Verlauf auch Verhandlungsführer in der Türkei und mit Kolumbiens Regierung) regt eine Gesamtkonzeption der nebeneinander stehenden Programme an + Innenausschuß segnet Maßnahmen-Katalog zur Aufrüstung der Polizeibehörden ab + Herold spricht vom „Krieg an den Dardanellen" + BKA gibt Jahresverbrauch an Heroin mit 10 Tonnen an + Zur „Reinigung" der heroinverseuchten Knäste werden von Regierungsseite Isolationseinheiten vorgeschlagen + CDU/CSU: Strafmilderung für Drogenabhängige nur bei Aussagebereitschaft. Intakte Familien seien beste Prävention + Koordinierung der US-Rauschgiftbehörden mit dem BKA, Einrichtung eines gemeinsamen Büros und Computers + Kabinett verabschiedet den Gesetzesentwurf +*

November 79: *Jugoslawien und andere Balkanländer (angebliche Transitwege) werden in die Vorfahndung einbezogen und mit westdeutscher Technik sowie Computeranschlüssen ausgerüstet + Der Zollcomputer „Inzoll" zur Erfassung a l l e r Zollvergehen wird aufgebaut + „Linke" im Bundestag protestieren gegen den Verherrlichungsparagrafen im neuen BtmG, sie fürchten um Beaudelaire + Lt. Gesundheitsministerium „stagniert" die Drogensituation (45.000 konstant) +*

Dezember 79: *Der Bundesrat (CDU/CSU-Mehrheit) setzt Strafen im Entwurf hoch + Innenministerkonferenz beschließt gemeinsames Konzept auf Länderebene und Einrichtung einer Arbeitsgruppe für „Sonderprogramme Rauschgift" (Vorsitz: A. Stümper) + Drogenberatungsstellen sprechen sich bundesweit gegen die Vorlage aus und beziffern die Zahl der Abhängigen auf mindestens 80.000 +*

Januar 80: *Herointote 1979: 615 (lt. BKA), 3.000 bis 5.000 (Hochrechnung unter Einbeziehung der Dunkelziffern, AK) + Baum distanziert sich vom Entwurf, da Therapieparagrafen fehlen + Jahresverbrauch lt. „Spiegel" 15 Tonnen + Justizminister Vogel meldet juristische Bedenken an: „keine Sonderregelungen (sogenannte Therapie) für Drogentäter" da 1. Schuld- und Strafspruch nicht getrennt werden können und 2. für Alkoholiker auch keine Ausnahmegesetze bestehen; solange Therapieplätze fehlen (Ländersache), muß eben weiter bestraft werden + Gesundheitsministerium bezeichnet Drogenabhängigkeit als „abweichendes Verhalten" + 1. Lesung im Bundestag + BKA Jahresbericht für 79: 50.000 ermittelte Straftäter (unter 1 Tausendstel mittlere und Großdealer); 207 kg Heroin beschlagnahmt (entspricht 2% des Gesamtverbrauches nach BKA-Zahlen, in Wirklichkeit unter 1%) + Innenministerium: „keine Anzeichen für Drogen-Tendenzwende" +*

Februar 80: *Zulieferung an Heroinraffinerien durch bundesdeutsche Chemiekonzerne werden bekannt (siehe AK 172) + Baum in USA, informiert sich über Knasttherapien, grenzübergreifende Aufklärung und Methadon-Programme + Umstellung bzw. Gleichstellung der Polizeiprogramme von Terrorismus auf Rauschgift in vollem Gange + Studie der FU-Berlin schätzt doppelte Anzahl von Abhängigen als von Senatsseite angegeben; Hauptanteil der Abhängigen kommt aus der „Unterschicht" + Die Auslandspresse berichtet von afghanischen Rebellengruppen, die Waffen mit Opium bezahlen +*

März 80: *Jusos lehnen BtmG ab + „Drogenattaches" für Auslandsvertretungen werden vorgeschlagen + Caritas: täglich 250 Suchtkranke mehr (Alkohol, Medikamente und Opiate) + 5,4 Tonnen Jahresverbrauch Heroin lt. Baum + Gesundheitsministerium schmetterte alle Bedenken hinsichtlich einer Gleichstellung von Hanf und Opiaten ab (siehe dazu AK 178) +*

April 80: *Im Zusammenhang mit Rauschgiftfahndung lobt Baum den „konsequenten Ausbau des BGS zur Bundespolizei" + Gesetzesverabschiedung gerät unter Zeitdruck + Einigkeit zwischen Huber, Vogel und Baum hinsichtlich Strafaussetzung: Therapieparagrafen gelten nur bei Strafen unter zwei Jahren + Therapie-Expertenhearing des Bundestages mit einem Drittel Bullen und Ministerialbeamten, 50% Mediziner, Psychologen und Drogenbeauftragten, 3 Drogenberatern (davon zwei aus repressiven Einrichtungen), kein Betroffener, kein Sozialarbeiter +*

Mai 80: *Matthöfer weiht Zollcomputer ein + Durchleuchtung von Post- und Gepäckstücken aus „Drogenländern" mit speziellen Weichstrahler-Geräten + Einigung über Therapieparagrafen + Hamburg: Hälfte der Vorjahrestoten bereits überschritten + SPD-Initiative für lebenslange Freiheitsstrafe für Großdealer +*

Juni 80: *BGH segnet Spitzelwesen und agent-provocateur-Tätigkeit von Rauschgiftbullen höchstrichterlich ab + CDU/CSU: Kampf gegen Drogenmißbrauch dient dem „Schutz der gesunden jungen Menschen" + Berliner Untersuchung rechnet Gesamtzahl der Heroinabhängigen in der BRD mit 150.000 hoch, Jahresverbrauch deshalb 30 Tonnen + bundesweit scheinen Abmachungen über die Nichtveröffentlichung von Todesfällen getroffen zu sein + Rechtsausschuß für lebenslänglich, Jugendausschuß dagegen, es bleibt bei 15 Jahren Höchststrafe + Antwort von Baum auf Anfrage der CDU/CSU: 45.000 Fixer, Haupteinfuhr aus Nah- und Mittelost; Einflußnahme auf Polizeibehörden im Ausland wird weiterhin verstärkt, leidet aber unter „instabilen" Verhältnissen in den betreffenden Ländern (Türkei u.a.), keine „Drogenattaches", dafür w e i t e r h i n BKA-Experten im Ausland +*

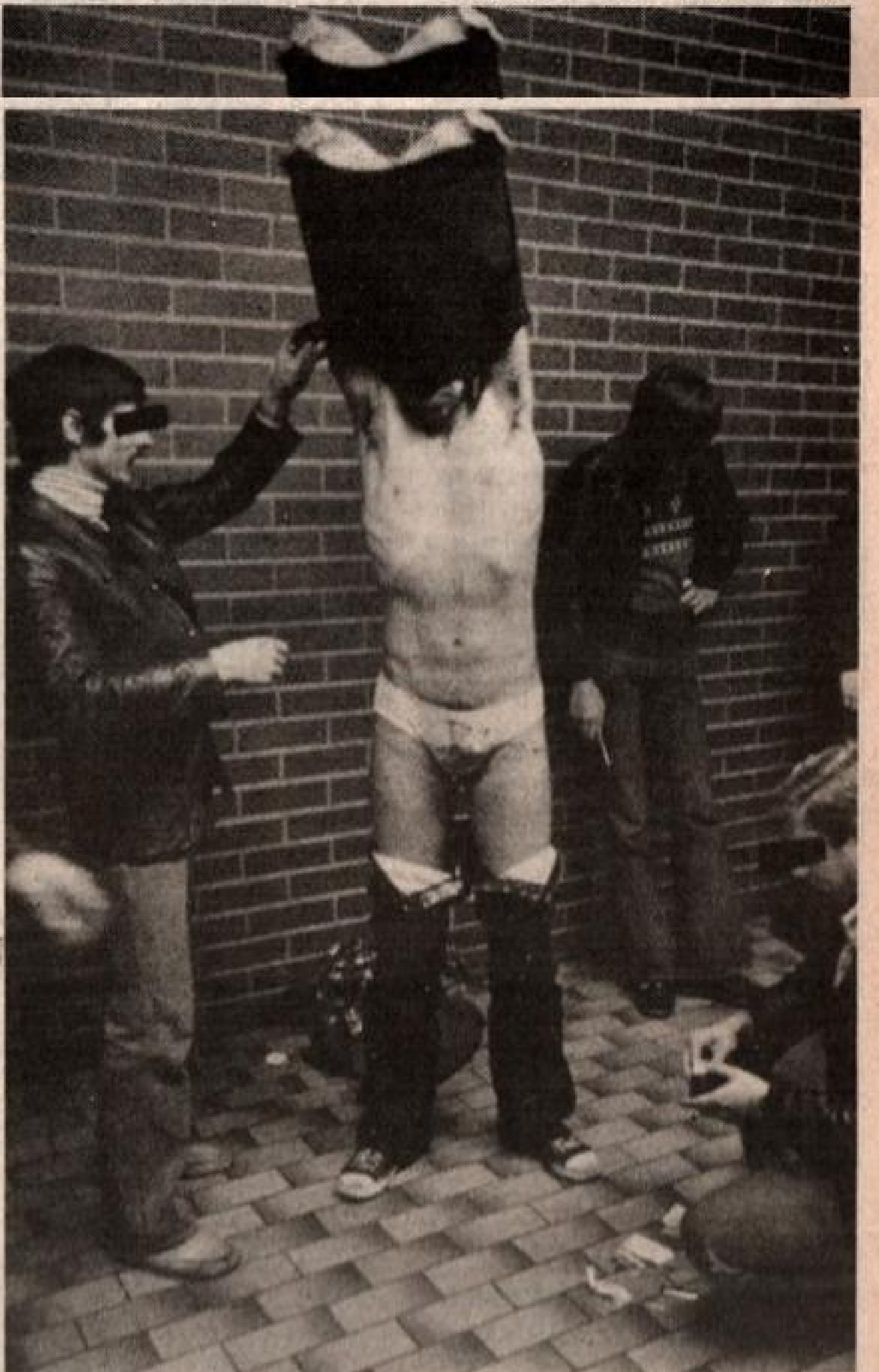
26. Juni 80: *Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag + Frau Huber beziffert die Zahl der Abhängigen auf 49.000, für 1980 gibt das BKA voraussichtlich unter 500 Herointote an + Auf Empfehlung des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit entfällt der Verherrlichungsparagraf (§ 28,11) +*

1. Juli 1981: *das Gesetz tritt in Kraft (kann im Wahlkampf also noch als sozialliberales Reformwerk angepriesen werden, bevor die praktische Umsetzung auf Länderebene geklärt ist) +*

Ein Volk von Kriminellen?

Für den Fall, daß nicht alle Abgeordneten den Text vollständig lesen sollten, wird ihnen in der Einleitung eine kurze Zusammenfassung angeboten. Es heißt dort unter „Zielsetzung", daß beabsichtigt sei, eine „Strafverschärfung für die schwere Rauschgiftkriminalität" zu regeln „*unter möglicher (!) Beachtung der Belange abhängiger kleiner bis mittlerer Rauschgifttäter, bei denen der sozialtherapeutischen Rehabilitation wesentliche Bedeutung zukommt*". Frecher kann kaum noch gelogen werden. Tatsächlich wurde eine allumfassende Erweiterung von Straftatbeständen, Bildung von neuen Verbrechenstatbeständen und Anhebung von Mindeststrafen verankert, die sich in der Praxis überwiegend gegen die Verbraucher bzw. Opfer richten. Die einzige Verbesserung gegenüber dem alten Gesetz besteht darin, daß nicht nur wie bisher bei Erwerb oder Besitz geringer Mengen zum Eigenverbrauch von einer Strafe abgesehen werden k a n n , sondern auch die Einfuhr einer solchen Menge straffrei bleiben kann. Dies entspricht allerdings nur einer durchaus seit langem verbreiteten Gerichtspraxis im Einzelfall und gilt im Wiederholungsfall meist nicht.

Ansonsten folgt im § 28 Schlag auf Schlag: jegliches in-den-Verkehr-bringen, ob Erwerb, Veräußerung oder Anbau (von Hanf – neu hinzugekommen – s. AK 178, „Legalize it?") ist, unabhängig von einer bestehenden Sucht, strafbar und kann bis zu drei Jahren Haft bringen; auch der Versuch ist strafbar. Gleiches Strafmaß gilt bei: Besitz von Betäubungsmitteln, Bereitstellung von Geld (neu hinzugekommen, formuliert gegen Handel-Treibende, mögliche Anwendung auch bei gemeinsamer Finanzierung von Suchtdrogen in Cliquen bzw. bei elterlicher Hilfe); Mitteilung oder Gewährung einer Gelegenheit zum Verbrauch oder Erwerb (betrifft z.B. Sozialarbeiter/innen in Jugendzentren etc., die ihnen bekannte Verbraucher nicht zur Anzeige bringen, Hauptmieter in kiffenden Wohnge-



„Vorbeugung . . . . .

meinschaften und Freundeskreise, in denen mindestens ein Mitglied bekanntermaßen kifft oder fixt); **Verherrlichung des Mißbrauchs von Betäubungsmitteln** (neu, gilt für Stones, Beatles, Jefferson, Easy-Rider usw. usf., Hanfbücher, „TAZ" und AK, z.B. wegen differenzierter Darstellung der Auswirkungen von Hanf). Dieser Abschnitt wurde kurz vor Beschlußfassung gegen den Willen der CDU/CSU zurückgezogen, vor kurzem erfolgte Beschlagnahmungen zeigen jedoch, daß seine praktische Anwendung durch andere Strafgesetze abgedeckt ist. –

Vorspiegelung einer Betäubungsmittel ähnlichen Wirkung bei Abgabe bzw. Handel (in dieser Form neu; bisher als Betrug bestraft, wenn einem V-Mann statt Haschisch beispielsweise Knetgummi verkauft wurde oder auch als strafbarer Versuch bei Verkauf von Puderzucker statt Heroin, u.a.m....)

Besonders schwere Fälle sind beispielsweise in den Augen des Gesetzgebers, wenn jemand **Betäubungsmittel in den Verkehr bringt und dadurch die Gesundheit anderer Menschen gefährdet** (also auch Junkies, die untereinander unsauberes Heroin weitergeben) oder **wenn jemand über 21 Jahre BTM an unter 18jährige abgibt** (betrifft z.B. Fixerpärchen). Strafe: nicht unter einem Jahr. Weggefallen ist der „moralische Zuschlag"-Paragraph, der früher aus Grenzübertritten mit besonders versteckten Drogen einen besonders schweren Fall machte.

Ein weiterer Paragraph (§ 29) beinhaltet die Verbrechenstatbestände, nämlich den Begriff der **Bandenbildung** (alt) und das **Kronzeugenprinzip** (neu). Die Mindeststrafe beträgt zwei Jahre (bisher ein Jahr), Höchststrafe 15 statt 10 Jahre Freiheitsentzug. Banden sind demnach nicht nur örtliche Unterweltkartelle oder gewisse rechtsradikale türkische Gruppen, die am Heroinhandel beteiligt sind, sondern in Zukunft möglicherweise auch Wohngemeinschaften, die gemeinsam ein paar Hanfpflanzen im Fenster stehen haben und sich mehr als einmal erwischen lassen. Dieser Tatbestand trifft bei scharfer Gesetzesauslegung ebenso auf Fixer-Cliquen zu. „Tröstlich" ist, daß minder schwere Fälle mit drei Monaten bis fünf Jahren davonkommen können.

Wer nun allerdings *„freiwillig sein Wissen einer Behörde offenbart, so daß Straftaten anderer Bandenmitglieder verhindert werden können"*, bei dem k a n n wiederum das Gericht die Strafe nach seinem E r m e s s e n mildern. Dazu ein Beispiel aus der bestehenden Rechtspraxis: Unter dem Druck der Vernehmung und sich einstellender Entzugserscheinungen gab in einer westdeutschen Stadt ein Junkie eine Reihe Namen von Fixern und kleinen, selbst süchtigen Händlern an; er wurde trotzdem verknackt, das Gericht hatte ein eigenes Ermessen ...

Mit zwei Paragraphen sind im Handumdrehen also 150.000 Fixer, ein bis zwei Millionen Kiffer und al-

bei dem k a n n wiederum das Gericht die Strafe nach seinem E r m e s s e n mildern. Dazu ein Beispiel aus der bestehenden Rechtspraxis: Unter dem Druck der Vernehmung und sich einstellender Entzugserscheinungen gab in einer westdeutschen Stadt ein Junkie eine Reihe Namen von Fixern und kleinen, selbst süchtigen Händlern an; er wurde trotzdem verknackt, das Gericht hatte ein eigenes Ermessen ...

Mit zwei Paragraphen sind im Handumdrehen also 150.000 Fixer, ein bis zwei Millionen Kiffer und al-

le, die von deren Verbrauch wissen, zu Verbrechern abgestempelt. Situationen und Handlungen, die auf Verbraucherebene Alltäglichkeiten sind, werden unter Umständen schwere Straftaten. Die Belange kleiner und mittlerer abhängiger „Täter" finden keine Beachtung.

Nun gibt es im Bereich illegaler Drogen nur selten eine sogenannte Täter-Opfer-Beziehung, d. h. Täter und Opfer sind häufig ein und dieselbe Person bzw. gibt es selten ausschließlich Geschädigte. Wo kein Geschädigter – da auch keine Anzeige – und genau dort setzt auch die Zange des Gesetzes in der praktischen Anwendung an. Durch die **Pflicht zur Anzeige**, die sich fast zwangsläufig aus dem Duldungs- und Gewährungsparagraphen ergibt, wird bei Nichtbeachtung ein Heer von ebenfalls Kriminalisierten oder Denunzianten geschaffen. Es ergeben sich ganz neuartige, weit gespannte Erfassungs- und Denunziationsketten.

Insbesondere das fehlende Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter/innen wird gerade bei ihnen Anlaß für vielfältige staatliche Eingriffe bieten, zumal alle anderen an der Drogenproblematik beteiligten Berufsgruppen wie Ärzte, Priester, Anwälte, Polizisten und Journalisten dieses Recht in Anspruch nehmen können und ihre Arbeit geschützt ist.

Ganz gewiß ist nicht daran gedacht, a l l e vom Gesetz Betroffenen strafrechtlich zu verfolgen – dann müßte die BRD bald eingezäunt werden –, aber allein das Bewußtsein, praktisch als Mitwisser illegalen Drogenkonsums schon mit einem Bein im Gefängnis zu stehen, wird für einen ungeheuren Anpassungsdruck sorgen, der wiederum eine verschärfte Ausgrenzung der am stärksten Betroffenen zur Folge hat. „Deutsche, kümmert euch nicht um Fixer!" – Endlösungspolitik 1980. Ganz abgesehen davon eröffnet dieses Gesetz polizeilicher Willkür Tür und Tor.

Das „Herzstück" des BtmG – Auswahl zwischen Pest und Cholera

Wenn man den Aussagen der beteiligten Minister Glauben schenken dürfte, dann wären die genannten Paragrafen ja gar nicht so schlimm. Es ist ihnen schließlich gelungen, in knapp vier Monaten die „Vorrangigkeit des Therapiegedankens" gesetzlich zu fassen; für diese Premiere hatte es seit dem Opiumgesetz von 1929 immerhin 50 Jahre benötigt.

Dieser Therapieteil ist immer wieder von den zuständigen staatlichen Stellen groß herausgestellt worden, auch bevor er überhaupt existierte, um ihr soziales Engagemant in der Drogenfrage zu beweisen. Auch Hoffnungen von Betroffenen, daß der Gesetzgeber nun doch von der reinen Strafverfolgung abkommen könnte, knüpten sich gerade an diesen Gesetzesteil.

Doch bei einer genaueren Betrachtung dieser Vorlage (am 24. 5. 80 in der „Frankf. Rundschau" abgedruckt – alle weiteren Zitate, soweit nicht anders gekennzeichnet, beziehen sich hierauf) bleibt lediglich, daß dieser Staat auf den anschwellenden Drogenkonsum wiederum nur mit Unterdrückung der Opfer reagieren will.

„... *trägt die Formulierungshilfe* (gemeint ist die gemeinsame Vorlage der drei Minister - AK) *der Erwägung Rechnung, daß der Drogenabhängige unter dem Druck einer drohenden Freiheitsstrafe eher bereit sein wird, sich einer Therapie zu unterziehen.*"

Dies ist der Grundgedanke der vielgerühmten Therapiebemühungen: Durch Strafandrohung soll der Drogenabhängige dazu „motiviert" werden, sich medizinisch und psychisch behandeln zu lassen. Diese „Einsicht" zur Therapie will die Ministercrew,... auf zweifachen Weg erreichen, *indem sie einerseits dem Abhängigen in Aussicht stellt, im Falle einer freiwilligen Therapie auf die Vollstreckung der Strafe zu verzichten, andererseits aber zugleich auch deutlich macht, daß dort, wo eine solche Bereitschaft nicht besteht, die Verbüßung der Strafe unvermeidlich ist.*"

Bei der alleinigen Alternative Knast kann wohl kaum noch von einer freiwilligen Therapiemotivation gesprochen werden.

Zunächst einmal können überhaupt nur diejenigen in Therapie gehen, die eine Strafe bis zu zwei Jahren haben. Schon wenn die Gesamtstrafe bei Zusammenziehung von mehreren Strafen länger als zwei Jahre wird, ist diese Möglichkeit nicht mehr gegeben.

Daraus folgt, daß alle, die nach § 29 verknackt sind (d.h. nicht unter zwei Jahren) nur in den Genuß einer Therapie kommen, wenn sie das Strafmaß dadurch drücken, daß sie vom Kronzeugenprinzip Gebrauch machen, also sich vor Gericht soweit erniedrigen, gegen ihre „Bandenmitglieder" auszupacken. Dadurch erhöht sich natürlich der Druck auf die An-

eine Strafe bis zu zwei Jahren haben. Schon wenn die Gesamtstrafe bei Zusammenziehung von mehreren Strafen länger als zwei Jahre wird, ist diese Möglichkeit nicht mehr gegeben.

Daraus folgt, daß alle, die nach § 29 verknackt sind (d.h. nicht unter zwei Jahren) nur in den Genuß einer Therapie kommen, wenn sie das Strafmaß dadurch drücken, daß sie vom Kronzeugenprinzip Gebrauch machen, also sich vor Gericht soweit erniedrigen, gegen ihre „Bandenmitglieder" auszupacken. Dadurch erhöht sich natürlich der Druck auf die An-

geklagten, andere zu denunzieren. Andererseits wird durch diese neue gesetzliche Möglichkeit, Therapie zwangsweise zu verordnen, die Chance, Bewährung zu bekommen, immer weiter eingeschränkt. Mit dem Argument, Drogenabhängige von der Szene 'runterbekommen zu wollen und ihnen als Chance ihres Lebens eine Langzeittherapie zu verordnen, wird sich ein Strafmaß von zwölf bis achtzehn Monaten einpendeln (allgemein übliche Zeitdauer bei Langzeittherapien).

Gefangene, die kein Interesse an einer Therapie haben, z.B. weil sie befürchten, dort in ihrer Persönlichkeit gebrochen zu werden, können sicherlich nicht mit Milde rechnen.

Bemerkenswert sind auch die Regelungen zur Durchführung dieser Absichten: Zunächst wird nämlich bei Therapieauflage die Strafvollziehung lediglich z u r ü c k g e s t e l l t, also keineswegs a u f g e h o b e n. Weiter heißt es unter § 31a (3): *„Der Verurteilte ist verpflichtet, zu Zeitpunkten, die die Vollstreckungsbehörde festsetzt, den Nachweis über die Aufnahme und über die Fortführung der Behandlung zu erbringen,* **die behandelnden Einrichtungen teilen der Vollstreckungsbehörde einen Abbruch der Behandlung mit.**" D.h. nicht nur, der Therapiewillige muß ständig Rechenschaft ablegen, nein, nun sollen auch die Behandlungseinrichtungen total in den staatlichen Vollzugsapparat miteinbezogen werden. Nach der Meldung eines Abbruches fährt der Betreffende zunächst wieder in den Knast ein; ein Widerspruch gegen den Vollzug hat keine aufschiebende Wirkung (siehe § 31 a (6).

In der Begründung zu dieser Vorschrift liest sich das sehr menschenfreundlich: *„Bricht er wegen eines Rückfalles die Behandlung ab, so muß es darum gehen, sofort die Strafe weiter zu vollstrecken, um nicht zuletzt auch im Interesse des Verurteilten zu verhindern, daß er wieder über einen längeren Zeitraum der Droge ausgesetzt wird.*"

Ein kleiner historischer Rückblick mag verdeutlichen, welchen Coup hier der Staat beabsichtigt: Bildeten sich Anfang der 70er Jahre alternative Therapieeinrichtungen, die z.B. zur Wahrung des Freiwilligkeitsprinzips keine Leute aus Haftanstalten aufnahmen, so versucht der Staat nun, diese freien und andere Einrichtungen zu Handlangern seines Justizapparates umzufunktionieren, sie gesetzlich zu verpflichten, Betroffene zu denunzieren und damit wieder in den Knast zu befördern.



„. . .Therapie und Rehabiliation müssen im Vordergrund stehen."

Bislang haben nur sehr wenige Therapieeinrichtungen sich auf eine derartige Zusammenarbeit mit dem Justizapparat eingelassen. Umsomehr gilt es zu erreichen, daß sich alle Einrichtungen geschlossen gegen ein derartiges Ansinnen wehren; andernfalls könnten die Gerichte zukünftig entscheiden, denjenigen, die sich unbotmäßig verhalten, die Aufnahme von Klienten nach diesem Paragrafen zu verwehren. Interessant ist, daß in dieser Vorlage offensichtlich von zwei verschiedenen Formen der Therapieeinrichtung ausgegangen wird. So heißt es z.B. unter § 31b (1): *„Ist die Vollstreckung zurückgestellt worden und hat sich der Verurteilte in einer staatlich anerkannten Einrichtung behandeln lassen,* **in der die freie Gestaltung seiner Lebensführung erheblichen Beschränkungen unterliegt,** *so wird die vom Verurteilten nachgewiesene Zeit seines Aufenthaltes in dieser Einrichtung auf die Strafe angerechnet, bis infolge der Anrechnung zwei Drittel der Strafe erledigt sind.*" Diese Formulierung beschreibt nichts anderes als Knastbedingungen, also z.B. die jetzt überall in der BRD geplanten Drogenknäste.

Läßt sich der Betroffene in einer anderen als oben beschriebenen Einrichtung behandeln, *„so setzt das Gericht die Vollstreckung der Freiheitsstrafe oder des Strafrestes zur Bewährung aus, sobald verantwortet werden kann zu erproben, ob er keine Straf-*

sene Zeit seines Aufenthaltes in dieser Einrichtung auf die Strafe angerechnet, bis infolge der Anrechnung zwei Drittel der Strafe erledigt sind." Diese Formulierung beschreibt nichts anderes als Knastbedingungen, also z.B. die jetzt überall in der BRD geplanten Drogenknäste.

Läßt sich der Betroffene in einer anderen als oben beschriebenen Einrichtung behandeln, „so setzt das Gericht die Vollstreckung der Freiheitsstrafe oder des Strafrestes zur Bewährung aus, sobald verantwortet werden kann zu erproben, ob er keine Straf-

taten mehr begehen wird." Hier finden wir also nur eine K a n n -Vorschrift. Oder wie es in den Ausführungen zu den Paragrafen heißt: *„.... wird die Anrechnung allerdings nur für den Fall zwingend vorgeschrieben, daß der Aufenthalt in der Einrichtung dem Vollzug der Strafe oder Maßregel in seiner Wirkung nahekommt .... In anderen Fällen der Behandlung muß es dem Gericht überlassen bleiben anzuordnen, daß die Zeit der Therapie ganz oder zum Teil auf die Strafe angerechnet wird, wenn dies unter Berücksichtigung der Anforderungen, welche die Behandlung an den Verurteilten gestellt hat, angezeigt ist.*"

Der Eindruck, daß mit den erstgenannten Einrichtungen die Drogenknäste gemeint sind, drängt sich auf. Diese Drogenknäste und hochgesicherten Psychiatrien werden mit dem Ziel eingerichtet, drogenabhängigen Gefangenen jeglichen Zugang zu Drogen unmöglich zu machen, was natürlich nur unter den besonderen Bedingungen der Isolation möglich ist. D.h. die wenigen Errungenschaften des modernen Strafvollzuges wie z.B. Urlaubsregelung müssen abgeschafft werden. Deutlich hat dies Baden-Württembergs Justizminister Eyrich am 25. 1. 80 in der „Welt" gesagt: *„Das Sicherheitsproblem ist enorm. Aber wir werden damit fertig werden.*" Er verweist auf „**einige Erfahrungen, die wir in Stammheim gesammelt haben.**" Hochsicherheitstrakts nun auch für Drogenabhängige?!

Mit einigen Psychologen und Sozialarbeitern soll hier hinter Trennscheibe und bei Besuchsverbot **Therapie im Knast** gemacht werden. Schon allein die Rahmenbedingungen und die Personalsituation lassen gar nichts anderes als ein durchorganisiertes Anpassungsprogramm zu. Wer nicht mitmacht, wird in den Normalvollzug zurückverlegt.

Das ganze Gerede um „Therapie statt Strafe" verkehrt sich bei genauerer Betrachtung ins Gegenteil: **Zwangstherapie als Strafe.** Die Betroffenen werden gezwungen, sich völlig vor den Gerichten zu demütigen; der Denunziation wird noch gesetzlich nachgeholfen. Dann landen sie in staatlichen Anpassungsanstalten, die viel weitreichendere Einschränkungen ihres Lebens beinhalten. Falls ihnen dieses „Zuckerbrot" nicht schmeckt, dürfen sie wieder in den Normal-Knast zurück, ohne daß ihnen irgendwie geholfen wird.

Die freien Therapieeinrichtungen sind gleichfalls im hohen Maße von diesem staatlichen Unterdrückungsprogramm bedroht. So heißt es in der Vorlage: *„....Im übrigen erscheint es unrealistisch anzunehmen, der Straf- und Maßregelvollzug werde von seiner personellen wie sachlichen Ausstattung her in absehbarer Zeit in der Lage sein, die für die Behandlung aller Therapiebedürftigen erforderlichen Voraussetzungen zu erfüllen; schon deshalb wird die Strafrechtspflege auf lange Sicht auf die Hilfe der einer Langzeittherapie dienenden Einrichtungen freier Träger angewiesen sein.*"

Andererseits sind per Gesetz diejenigen Einrichtungen b e v o r z u g t , in denen *„die freie Gestaltung seiner Lebensführung erheblichen Beschränkungen unterliegt.*"

Es bleibt also abzuwarten, ob der Staat aufgrund der knappen Therapieplätze und der überquellenden Knäste zukünftig noch stärker als bisher die freien Träger unter Druck setzen wird, auch hier knastähnliche Bedingungen zu schaffen. Eindeutig vorangeschritten ist die Verknastung der Therapieeinrichtungen bereits durch die enge Einbindung in den Strafvollzug durch die Abbruchmeldepflicht. Zur Vervollständigung der staatlichen Kontroll- und Reglementierungsmöglichkeiten besteht natürlich nach wie vor kein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter, d.h. ggfls. müssen die Sozialarbeiter gegen ihre eigenen Klienten aussagen. So hat der Staatsapparat beide – Klient und Sozialarbeiter – immer schön am Kanthaken.

Bonbons

Nicht alle, deren Tun und Lassen im Gesetz geregelt wird, dürften unzufrieden damit sein. Ganz gewiß jedenfalls hat die Lobby der Pharmaindustrie rechtzeitig Einfluß genommen. Nicht nur, daß sie ihre Bestände an neu unter das Gesetz fallenden Produkten noch innerhalb der Schonfrist verdealen können (siehe AK 178), sondern insgesamt ist auch die Liste der nicht verkehrsfähigen bzw. verschreibungspflichtigen Stoffe so angelegt, daß lediglich einzelne Präparate und Substanzen anstelle ganzer Stoffgruppen aufgenommen worden sind. Bei einigen von ihnen reicht schon eine kleine Veränderung der Zusammensetzung aus, sie als „neue" Stoffe zu behandeln, obwohl ihre betäubende Wirkung dieselbe geblieben ist.

Nicht nur, daß sie ihre Bestände an neu unter das Gesetz fallenden Produkten noch innerhalb der Schonfrist verdealen können (siehe AK 178), sondern insgesamt ist auch die Liste der nicht verkehrsfähigen bzw. verschreibungspflichtigen Stoffe so angelegt, daß lediglich einzelne Präparate und Substanzen anstelle ganzer Stoffgruppen aufgenommen worden sind. Bei einigen von ihnen reicht schon eine kleine Veränderung der Zusammensetzung aus, sie als „neue" Stoffe zu behandeln, obwohl ihre betäubende Wirkung dieselbe geblieben ist.

Obendrein sind eine Reihe als Ersatzstoffe bekannte Mittel gar nicht erst mit aufgenommen worden; es wird also weiterhin profitträchtig über Arztpraxen- und Apothekentische geschoben werden. Zwar wird der Bundesminister ermächtigt, durch Verordnung die Liste zu ändern, aber wir wissen ja nicht erst seit dem Chemikaliengesetz, wer in solchen Fällen die Entscheidungen von Ministern lenkt.

Auch für den Verteidigungsminister gelten Sonderregelungen: Wenn „zwingende Gründe der Verteidigung" es erfordern, können einzelne Ausnahmen von diesem Gesetz zugelassen werden, können also die Angehörigen der Streitkräfte vollgepumpt mit angstvertreibenden Medikamenten in den Krieg gehetzt werden. 1870/71 war es Morphium, 1914-18 Heroin, 1939-45 Pervitin...

Kriegsdroge Opium

Die Bundeszivilschutzdirektion (Federal Emergency Management Agency) will die nationalen Vorräte an Opiumsalzen verdoppeln. Die Behörde ist zuständig für die Einlagerung von Materialien für den Katastrophen- und Kriegsfall. Opiumsalze sind Grundlage vieler Medikamente, insbesondere von Schmerzmitteln. Die Maßnahme wird begründet, eventuelle Überlebende nach Nuklearkriegen ausreichend mit diesen Medikamenten versorgen zu können (aus „Newsweek" nach „taz", 13.5.80).

Zum Vergleich die Opiumimporte des Deutschen Reiches vor und nach dem Ersten Weltkrieg (1912 – 87 to, 1913 – 162 to, 1920 – 79 to). *(aus Lewin, „Phantastica", zweite erweiterte Auflage, 1927, Berlin).*

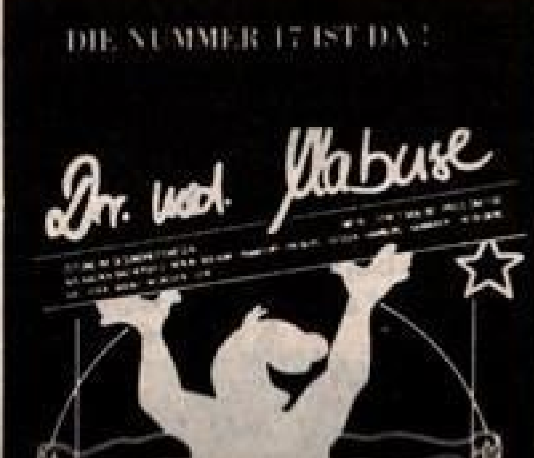
Ein nicht geführter, verlorener Kampf

Das neue Drogen-Gesetz, das laut Begründung „dem Schutzgut Volksgesundheit" dient, für das es „keine Alternativen" gibt, und für dessen Durchführung obendrein „keine Kosten entstehen", unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht besonders auffällig von einer Reihe anderer sozialliberaler Reformwerke, bei denen die Kompromißbereitschaft vor noch reaktionäreren Vorlagen bei gleichzeitiger Beachtung möglichst billiger Umsetzung ja auch Triumphe feierte. Zudem ist es nicht gerade einer der Hauptschwerpunkte linker Politik, in die sogenannten sozialen Fragen aktiv einzugreifen (z.B. „Wir sind ja schließlich keine Organisation von Sozialarbeitern"). In diesem Fall jedoch hätte es weitaus früher klingeln müssen:

Die gesetzliche Fassung der Straftatbestände „Gewährung" und „Bereitstellung von Geld" bzw. des Verbrechenstatbestandes „Bandenmitgliedschaft" und des „Kronzeugenprinzips" zeigen schon unübersehbare Parallelen zu den Terrorismus-Gesetzen auf. Die kurz aufeinanderfolgende Installierung von fünf Computerprogrammen bei gleichzeitiger Umorientierung des Polizeiapparates sowie die Einrichtung von Hochsicherheitstrakts für Drogenabhängige weisen in die gleiche Richtung. Wenn darüberhinaus die Grundgesetzartikel hinsichtlich des Postgeheimnisses und der Unverletzlichkeit der Wohnung (§ 30 (1) - 14 und § 21 (3)) eingeschränkt werden und das Arztgeheimnis durch die ebenfalls im BtmG geregelte Einrichtung eines Zentralcomputers zur Erfassung a l l e r Btm-Rezepte (Vorwort zum Gesetz, Absatz D) im Bundesgesundheitsamt unterlaufen wird, dann hätte eine Kampagne ähnlich der zur Zeit des Russell-Tribunals gegen die Entdemokratisierung ins Haus stehen müssen.

Bis auf den Widerstand des Großteils der Beratungs- und Therapieeinrichtungen, vereinzelter Mediziner und Juristen sowie von Gefangenengruppen hat sich bis heute allerdings fast nichts gerührt. Das Inkrafttreten des Gesetzes ist jetzt kaum mehr zu verhindern, aber gegen seine A n w e n d u n g läßt sich vielleicht etwas in Bewegung bringen.

Drogenkommission
KB/Gruppe Hamburg





Aufkleber



Schrift schwarz, Zeichnung gelb auf hellblau



Schrift weiß, Zeichnung gelb auf hellblauem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund



Farbe Schrift + Zeichnung schwarz auf rotem Grund

Diese Aufkleber (Ø 10 cm) sind zum Stückpreis von DM 1,– (+ Porto, auf Nachfrage Mengenrabatt) zu beziehen über:

Kinderhaus in der Heinrichstraße
Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/433949

Sind wir zu hart zu unseren Kindern?



„Kinder von Genoss/inn/en haben ein Recht auf Liebe, Zuwendung und eine Erziehung, die sie in die Lage versetzt, an unsere politische Arbeit (sofern sie gut war) anzuknüpfen und weiterzumachen..."

„Kinder im KB haben das Recht auf emotionale Sicherheit. Dabei gibt es die unterschiedlichsten Rahmen für diese Sicherheit ... Sicherheit gewinnen Kinder in solchen Verhältnissen, wenn sie sich auf deren Langfristigkeit und Ernsthaftigkeit verlassen können".

Als wir u.a. im November 1979 auch diese beiden **„Thesen zum Leben und Arbeiten mit Kindern und ihren Interessen"** zur Diskussion stellten (AK 168, S. 33), kamen neben Zustimmung vor allem zwei Kritiken. Die einen meinten, das sei doch selbstverständlich im Umgang mit unseren Kindern. Mit den Thesen werde der Eindruck erweckt, als herrsche ein recht liebloser Umgang mit Kindern im KB vor.

Ganz anders die zweite Kritik: Die „Thesen" würden überhöhte Anforderungen an die Eltern stellen. Besonders verärgert waren diese Genoss/inn/en über die kritische Auseinandersetzung mit dem häufigen Auseinanderbrechen von „Beziehungen", in denen Kinder leben. Dies sei nun einmal, zumindest für die Linken, natürlich, wo Beziehungen auf Neigung und nicht irgendwelchen Zweckerwägungen basierten, mithin also beim Ende der Zuneigung auch aufgelöst würden. Hier werde Familienideologie betrieben, ja, insbesondere die Mutterideologie verbreitet. Diese Kritik war schon vielfach in schriftlicher Form angekündigt, ist bislang aber noch nicht vorgelegt worden. Wir wollen diesmal darauf deswegen nicht näher eingehen.

Stattdessen wollen wir anhand einiger Beispiele aus jüngerer Zeit versuchen aufzuzeigen, wie notwendig die eingangs zitierten „Thesen" sind, und hoffen dazu auf zahlreiche Reaktionen, insbesondere natürlich von Eltern. Vorausgeschickt sei noch die Versicherung, daß wir uns keines der folgenden Beispiele ausgedacht haben. Ehrlich.

Fraueninteressen gegen Kinderinteressen

Im AK 167 hat eine Genossin, Mutter eines kleinen Kindes, in einem Erfahrungsbericht sehr anschaulich geschildert, mit welcher Wucht sie nach der Geburt ihres Kindes in die Mutterrolle hineingedrängt worden ist und sich plötzlich in einer Situation befand, von der sie sich längst schon emanzipiert glaubte. Sie hat die Babywäsche im Kopf, sein Essen, sein Bauchweh, und, und, und. Sie geht in die Baby-Initiative, auf die Elternabende. Nicht, daß er nichts macht. Aber eben nicht so viel. Und er denkt eben auch nicht an all die Sachen, die frau, jahrelang zur „Mutter" erzogen, im Zusammenhang mit dem Kind bewegen. Die Genossin hat sicherlich recht mit massiven und hohen Ansprüchen, die sie dann an ihn stellt.

Besonders problematisch wird diese Situation, wenn frau nicht nur Frau und Mutter ist, sondern zudem noch Erzieherin und den ganzen Tag mit ganz Kleinen (oder anderen Kindern) zusammen ist. In solchen Fällen hat sich in den letzten Monaten eine Position entwickelt, die wir für schlicht kinderfeindlich halten: Frau, Mutter eines ganz kleinen Kindes und Erzieherin in einer Kleinstkinder-Initiative will nach Ablauf des Mutterschutzes in ihrer Initiative weiterarbeiten (logisch!). Ihr Kind jedoch soll in eine andere Kleinstkinder-Initiative. Begründung 1: Es soll keine „zu starke" Fixierung zwischen Mutter und Kind aufkommen. Begründung 2: Frau will nicht den ganzen Tag mit dem eigenen Kind zu tun haben.

Unserer Meinung nach wird das Kind nach einiger Zeit dahinterkommen, daß die Mutter, mit der es gern zusammen ist (das setzen wir voraus), jeden Tag in eine a n d e r e Initiative geht, um mit Babys zu spielen, Kind selbst aber woanders hin muß. Wir halten es für ausgeschlossen, daß kind dem irgendwelche positiven Aspekte abgewinnen wird. Es wird sich wohl eher die Frage stellen: hat ... mich noch lieb? Denn diese Frage ist kein Privileg von Kindern nichtlinker Eltern.

Wir bringen dieses Beispiel nicht, um die betreffenden Mütter in die Ecke „Rabenmutter" zu stellen. Wir bringen es, weil diese Lösung des Problems „Mutter-Kind-Fixierung" auf einige Zustimmung stößt.

Da wird darauf verwiesen, daß die Erfahrung beweise, daß Kinder und Elternteile in e i n e r Initiative immer Probleme aufwerfen. Eine Reihe von Eltern weigern sich, darüber zu diskutieren, ob und wie diese Probleme überhaupt irgendwie innerhalb der Initiative zu lösen sind. In einem anderen Elternkreis raten dann einige gar einer Erzieherin, die ihr Kind mit in diese Initiative nehmen will, sich das doch noch einmal zu überlegen. Sie könnte sich ja zu sehr ans eigene Kind binden und käme nicht mehr mit den anderen Kindern zurecht. (Da spricht der Arbeitgeber. Vor einigen Jahren wurde für eine Initiative sogar ausdrücklich eine „Erzieherin o h n e Kind" gesucht).

Wir sind noch nicht einmal so sicher, daß die Erfahrung dafür spricht, daß Elternteil und Kind in einer Ini miteinander g e n e r e l l so große Probleme haben müssen. Unserer bisher beschränkten Einsicht in solche Fälle nach war es eher so, daß es d a Probleme gab, wo eh schon Bezugsängste, Verlustängste der Kinder bestanden. Wenn nun aber tatsächlich die Erfahrung dafür spricht, daß hier ein massives Problem besteht, dann erhebt sich doch die Frage, was bisher unternommen worden ist, diesem Problem beizukommen. Die Verpflichtung dazu hat die Initiative doch doppelt: einmal gegenüber der Mutter/Frau/Erzieherin, weil sie in der Ini arbeitet, und gegenüber dem Kind, das ein Anrecht auf einen Platz in der Ini der Mutter hat. Diese Diskussion allerdings ist im Zusammenhang der „Zwei-Initiativen-Lösung" (mutter hier, Kind da) unseres Wissens nach nicht geführt worden.

Stattdessen wird das Problem zu Lasten des Kindes gelöst, die Lösung als „pädagogisch sinnvoll" bezeichnet. Unserer Meinung nach ist das kinderfeindlich. So richtig es ist, bei der Lösung des Problems, Mutter geworden zu sein, Ansprüche an Männer, an die Initiative zu stellen, also an die Stärkeren in dieser Situation, so falsch ist es, das Kind hier zu „fordern".

Kollektive Erziehung richtet Kinder auf

Im Zusammenhang dieser Situation wird von Befürwortern der „Zwei-Initiativen-Lösung" angeführt, Kritiker unterschätzten einfach die Bedeutung der Initiativenerziehung für die Kinder, die eventuell entstehende emotionale Defizite zu Bezugspersonen zu Hause schon wieder wettmachen würde. Ein Argument, das im übrigen auch gegen unsere kritische Auseinandersetzung mit dem häufigen Auseinanderbrechen von Bezugsrahmen für Kinder, im wesentlichen Beziehungen, aber auch Wohngemeinschaften u.ä. angeführt wird. Motto: Zu Hause bricht zwar manches zusammen, aber die Initiative steht.

Darin scheint uns ein grundlegendes Mißverständnis der Möglichkeiten der derzeit bestehenden Kinderinitiativen zu sein. Das sind keine Initiativen, in denen die Kinder rund um die Uhr leben und nur, z.B. am Wochenende, ihre Eltern oder jeweils ein Elternteil besuchen. Ein solches Projekt derzeit zu machen, erscheint leider wohl auch ziemlich verwegen, weil die materiellen, aber wohl auch pädagogischen Voraussetzungen mit den derzeitigen Kräften alternativer Erziehungsprojekte kaum zu schaffen sind.

D.h. solange Kinder tagsüber in einer Initiative sind, abends, nachts und am Wochenende bei Eltern oder Elternteilen, brauchen sie in beiden Bereichen „emotionale Sicherheit". Kracht es abends oder am Wochenende, wird kind ärgerlich und missgelaunt in die Initiative kommen. Wenn das, montags z.B. bei fünf von zehn Kindern passiert, dann spitzt sich da der Alltag mächtig zu. Und abends ist kind dann sauer über die Initiative, wo es Streit und Ärger gab usw.

Natürlich kann, gerade über den Kontakt zu anderen Kindern, in der Initiative einem Kind, das Ärger mit den Eltern, mit den Verhältnissen zu Hause u.ä. hat, der Rücken gestärkt werden, Mut gemacht, kann's getröstet werden. Was die Ini aber sicher nicht leisten kann, ist: den Ärger, die Angst den Kindern ganz zu nehmen. In dem schiefen Bild über Initiativen als „Allheilmittel", das gemeinhin mit der „Überlegenheit kollektiver Erziehung gegenüber individueller Erziehung" begründet wird, setzt sich ältere linke Tradition fort. Die Kinder werden nicht mehr „irgendwo" abgegeben, wie KB-Kinder in den ersten Jahren, sie werden in einer „Reparaturwerkstatt" abgegeben. Der entscheidende Punkt ist unserer Meinung nach, daß das A b g e b e n aufhört.

In krassem Gegensatz zu dieser hohen pädagogischen „Wertschätzung" der kollektiven Erziehung in den Initiativen, steht dabei allerdings, wieviel (bzw. wie wenig!) die dort von Erzieherinnen und Erziehern geleistete Arbeit manchen, gerade linken Eltern konkret wert ist. Einerseits werden von den Erzieher/inne/n Wunderdinge erwartet; auf der anderen Seite erwartet man von ihnen „selbstverständlich", mit erheblich geringerem Gehalt als in anderen Betrieben auszukommen; an Urlaubsgeld und sonstigen „Sozialleistungen" wird ebenso selbstverständlich gespart. Einige linke Eltern haben es schon fertiggebracht, Arbeitszeitberechnungen vorgelegt haben zu wollen, um zu überprüfen, ob nicht hier und da noch ein Mitarbeiter „eingespart" (vor die Tür gesetzt) werden kann.

In München hat's übrigens mal das Modell gegeben, daß die Erzieher das Durchschnittsgehalt der Eltern bekommen. Ein allemal interessanter („utopistischer"?...) Gedanke!

Tatsache ist: Leute, die in alternativen Projekten arbeiten, sind erfahrungsgemäß leicht bereit, im Interesse des Projektes auf „Annehmlichkeiten" zu verzichten, Überstunden unentgeltlich zu machen etc., um so ihren Beitrag zum Überleben zu leisten. Ärgerlich ist nur, wenn das von den an der Ini beteiligten Eltern als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Besonders verdrießlich – so daß der Spaß an der Arbeit teilweise flöten geht – wird's, wenn erzieher/in auch noch automatisch für alles Mögliche, was „mit dem Kind nicht stimmt", verantwortlich gemacht wird.

„Ich weiß selbst, was gut für mein Kind ist..."

... sagten unsere Eltern, sofern sie sich überhaupt die Mühe machten, Schikanen zu begründen. So ganz sind wir davon auch noch nicht weg. Ein paar Beispiele.

Die langen Haare – bei den meisten unserer Kinder beliebt. Und plötzlich läuft dann – und das ist kein Einzelfall – das Kind mit den gestern noch langen Haaren heute kurzgeraspelt herum. Nicht weil es mal kurze Haare haben wollte. Sondern weil's Erwachsene so wollten. Ein kleiner Punkt? Da sollte man doch mal 10, 15 Jahre zurückdenken, an die Auseinandersetzungen mit den eigenen Eltern um die langen Haare, an die persönliche Bedeutung, die dieser Clinch für viele hatte. Unsere Eltern hatten damals, wenn sie sich Mühe gaben, auch die Begründung zu Hand: die fetten so schnell, die fliegen in die Augen und rufen Entzündungen hervor. Naja, heute argumentieren linke Eltern: die verfilzen, dann tut das Kämmen weh. Es lebe der Fortschritt der Argumentation ...?

Der „Süßigkeiten- und Gesundheitskrieg" – auch ein unangenehmes Thema für unsere Kinder. Zucker soll nicht gut sein für die Zähne; neue Theorien sprechen gar davon, daß dieses Teufelszeug „abhängig" macht *(„Zuckerabhängiger Säugling tot auf dem Topf aufgefunden – das 30. Zuckeropfer dieses Jahres im Rhein-Main-Gebiet"*, „FZZ", 31.6.80).

Aber auch gilt wohl eher: „Was verboten ist, das macht uns gerade scharf" (Wolf Biermann).

Und es wird viel verboten in diesem „Krieg". Opas Pädagogik tobt sich aus: Ich weiß, was besser ist für mein Kind! Also: kein Zucker im Haus, der ewige Zeigefinger, der vor dem Zeug warnt. Und in der Initiative wird allen Ernstes von den Erzieher/inne/n verlangt („selbstverständlich" auch gegen ihre Überzeugung) den Kindern keine Süßigkeiten zu geben und sie am Kauf von Süßigkeiten zu hindern!

Häufiger als direkte Verbote wird es mit Tricks versucht (wie lotse ich mein Kind unauffällig an den 23 Kaugummiautomaten auf dem Nachhauseweg vorbei), oder man/frau hat „leider" kein Geld bei sich, um kind noch was zu kaufen.

Oder – höchstes Pädagogenglück – kind hat sein Taschengeld zu Hause vergessen. Originalbeispiel: Kind steht mit Elternteil im Laden, Taschengeld ca. 100 m und vier Stockwerke entfernt, möchte aber trotzdem was kaufen. Leihen kommt natürlich nicht in Frage, kind kann ja erst einmal nach Hause gehen, Geld holen, wieder herunterkommen und dann einkaufen. Welcher Erwachsene würde das machen? Der/die würde in den Haushaltsgeldtopf langen und das Geld „auslegen" – oder kind anpumpen (wenn kind sein Taschengeld dabei hat).

Sind wir zu hart zu unseren Kindern?

Das ist zum ersten oftmals unheimlich hart (meßbar daran, wie oft

Fortsetzung von Seite 16

auch Kinder von Linken bei solchen Sachen weinen). Zum zweiten ist es pädagogisch meistens auch erfolglos, weil kind dann eben umsomehr Süßes in sich hineinstopft, wenn eltern(teil) nicht dabei ist. Zum dritten ist es auch fehlendes Zutrauen zu Kindern. Warum sollten sie nicht begreifen, daß es Gesünderes als Bonbons gibt, wenn man versucht, sie ohne Tricks und Verbote davon zu überzeugen? Das ist zum Vierten oftmals auch politisch unglaubwürdig. Denn während auf der einen Seite mit dem Kind das „Für und Wider" von Bonbons, Brötchen (sollen auch ungesund sein) u.a. ausgiebigst erörtert wird (und so manches Kind „zu seinem Glück gezwungen" wird), ist elternteil vielfach erheblich zaghafter, wenn's darum geht, mit den Kindern über sehr viel größere Gefahren für Leben und Gesundheit, z.B. Atomkraftwerke oder gar Krieg zu sprechen („Das versteht kind noch nicht", „Da kriegt kind Angst"). Zum fünften sind die meisten Erwachsenen auch persönlich unglaubwürdig. Die verzichten nämlich durchaus nicht auf Gesundheitsschädigendes. Manche Kinder haben das glücklicherweise schon herausgefunden.



Insgesamt ist das vielfach eine völlig unsinnige Kraftprobe, mit der sich Kinder und Eltern die Zeit klauen, in der man schöne Sachen miteinander machen kann, und zudem auch noch die Sympathien, die dafür nötig gebraucht werden.

Der Süßigkeiten- und Gesundheitskrieg erfährt manchmal eine „antikapitalistische Abwandlung". Da argumentiert elternteil damit, daß die Kapitalisten mit den verflixten Süßigkeiten nur den Kindern das Taschengeld abluchsen wollen. Die Kinder sollen aber konsumkritisch werden. Die Methoden sind dann die gleichen wie bei den Süßigkeiten. Die Glaubwürdigkeit der meisten Erwachsenen ist auch mit diesem Argument nicht grösser. Und wie beim Süßigkeitenkrieg wird ein wohl noch eher berechtigtes Anliegen mit völlig falschen Mitteln zu erreichen versucht. Denn welches Kind wird durch die „harte Hand" konsumkritisch (eher elternkritisch!)?

Unserer Meinung nach wird man auch hier nur etwas erreichen, wenn man kind die Freiheit läßt, zeitweise nicht konsumkritisch zu sein, und versucht, vor diesem Hintergrund Erfahrungen und Wissen zu vermitteln.

Das letzte Beispiel mutet etwas mittelalterlich an. Ein ganz kleines Kind (einige Monate alt) freundet sich mit einem wenige Wochen älteren Kind in der Initiative an. Das Kind hat bei einigen Eltern keinen guten Ruf, es ist seit Geburt ein bißchen krank. Auch Freundins Eltern sind nicht begeistert (auweia). Da heißt es dann „Argumente" suchen: vom schlichten *„Ich will nicht, daß mein Kind mit dem Kind befreundet ist"* über *„Rosa ist ein Mädchen, Karl ist ein Junge, das riecht nach Frauenunterdrückung"* bis zum pädagogisch ausgefeilten *„Man soll Kinderfreundschaften in dem Alter nicht zu viel Bedeutung beimessen"* reicht da die Palette. Mit Franz Josef Degenhardt könnte man ergänzen *„Spiel nicht mit den Schmuddelkindern"*. Es soll ja Zeiten gegeben haben, wo Kinder schon vor der Geburt mit anderen Ungeborenen verheiratet wurden, damit auch wirklich nichts schief geht.

Aus solchen Beispielen spricht unserer Meinung nach eine reichliche Portion erwachsener Überheblichkeit, zeigen sich „Erziehungsmethoden", gegen die wir bei unseren Eltern früher angegangen sind.

Kinder auf der Bühne

Bei Veranstaltungen, die vom KB getragen oder unterstützt werden (–Bei sonstigen linken Veranstaltungen ist es sicherlich ähnlich –), ist es üblich, daß 5 bis 10 Kinder auf der Bühne herumtollen. Also je nach Alter angeregt und neugierig herumkrabbeln, sich gegenseitig juchzend über die

daß 5 bis 10 Kinder auf der Bühne herumtollen. Also je nach Alter angeregt und neugierig herumkrabbeln, sich gegenseitig juchzend über die

Bühne jagen usw. usf.

Man/frau findet das wohl in der Regel ganz lustig; kinderfreundlich sind Linke sowieso, autoritär ist man/frau ja selbst schon genug erzogen worden, und stundenlang Stillsitzen hält kaum ein Kind aus. Nicht problematisiert wird allerdings die Tatsache, daß das Treiben der Kleinen speziell bei langen und komplizierten Ansprachen die Konzentration auf die Inhalte zusätzlich erschwert. Da erzählt dann z.B. ein ausländischer Genosse gerade vom faschistischen Terror in seinen Land, während ein paar putzige Kindchen auf der Bühne mit irgendwelchen Streichen für Heiterkeit im Publikum sorgen.

Besonders ärgerlich ist mir das beim letzten Konzert der Genoss(inn)en von Karaxu/MIR in Hamburg aufgefallen: Da rasten ein oder mehrere Süßchen fröhlich auf der Bühne hin und her, während die Genoss(inn)en von Karaxu in einer Haltung kämpferischer Trauer zwei Lieder zu Ehren gefolterter und ermordeter Genoss(inn)en vortrugen. Dabei rannten die Kinder den Genoss(inn)en mehrmals fast über die Füsse, kamen wiederholt den Mikrophonen bedrohlich nahe – bis schließlich ein Kind gerade im ‚Finale' der Sängerin das Mikro wegschlug.

Klar, Linke sind kinderfreundlich. Chilenische Linke sind besonders kinderfreunlich. Aber d a s war meinem Eindruck nach selbst den Genoss(inn)en von Karaxu etwas zu dicke.

Es gibt Situationen, wo Kinder auf der Bühne voll im Recht sind, wenn sie z.B. zu fröhlicher Musik tanzen, mitsingen, klatschen, toben und was ihnen sonst noch alles gerade einfallen mag.

Es gibt Situationen, wo sie ein bißchen die Konzentration stören. Und es gibt Situationen – und dies schien mir so eine gewesen zu sein – wo die Elterngenoss(inn)en genügend Sensibilität und Voraussicht haben sollten, die Kleinen mal ein paar Minuten fest bei sich zu halten und ihnen dies bitte sehr auch inhaltlich zu erklären. Oder „versteht das Kind das noch nicht"?...

Ein Genosse aus Hamburg-Altona

„Konsequenz" – Debatte

„Konsequenz" – Debatte

In gewissem Widerspruch zum sonst in vielen praktizierten Nicht-Ernst-Nehmen der Kinder steht die derzeit recht lebhaft geführte „Konsequenzdebatte". Da werden die Kinder nämlich, im Gegensatz zu den oben gebrachten Beispielen, vielfach von den gleichen Eltern „für voll genommen".

Z.B. das Kind, das sich für abends mit einem Freund verabredet hat und nun beim Abholen auf einmal nicht mehr will: *„Aber Friedrich, du hast doch heute morgen gesagt, du gehst mit zu Karl"* Eltern(teil) haben/hat sich am Ende schon etwas vorgenommen, und nun schießt dieses verflixte Kind quer. Abgemacht ist abgemacht, heißt es dann!

Nun ist es unserer Erfahrung nach aber nicht so, daß kind seine Pläne so einfach über den Haufen geworfen hat, weil sie/er Sponti ist oder ihren/seinen Spontitag hat (obwohl's auch das gibt, wie bei den Erwachsenen).

Viele Kinder, gerade von Genossen, werden morgens mit der Anweisung losgeschickt, sie m ü ß t e n heute mal woanders schlafen, weil eltern(teil) etwas Wichtiges vorhat. Oft haben diese Kinder Angst, abgeschoben zu werden. Logisch, daß das in der Situation, wo es „ernst" wird, abends, aufbricht, und kind seine Zusage vom Morgen, woanders zu übernachten, nicht mehr wahrhaben will.

Zum anderen haben gerade solche Kinder oft genug die Erfahrung gemacht, daß eltern(teil) selbst getroffene Verabredungen über den Haufen wirft. Verständlich, daß kind da nicht viel Verständnis entwickelt, Absprachen einzuhalten.

Bei den in solchen Situationen geführten Konsequenzkämpfen (und den „Konsequenzdebatten" nachher unter Eltern und Erziehern, wo das Ganze theoretisch erörtert wird) findet sich oft die ganze Sturheit und Härte wieder, die wir schon im Vorhergehenden kritisiert haben. (Womit aufgeklärt wäre, warum zwischen erwachsenem Machtpoker bei Süßigkeiten u.ä. und dem „Ernstnehmen" von Kindern in der Konsequenz-Debatte nur ein scheinbarer Widerspruch besteht). Es wird zu selten hinterfragt, ob kind nun tatsächlich Grund hat, sich nicht an Verabredungen zu halten, wird zu selten gefragt, welche durch Erwachsene verursachten Ängste da durchbrechen, sondern stur argumentiert: *„An Verabredungen muß man sich halten!"* Ganz schlaue Eltern sind sogar schon auf die Idee gekommen, prompt dann eben die nächste Verabredung mit dem Kind platzen zu lassen, „damit das Kind mal merkt, wie das ist".

Um nicht mißverstanden zu werden: Wir halten es auch für sinnvoll, wenn ein Kind lernt, sich an Absprachen, Verabredungen zu halten. Die sind da gar nicht so uneinsichtig. Voraussetzung ist allerdings, daß kind sich auch darauf verlassen kann, daß erwachsener hält, was er verspricht. Voraussetzung ist weiter, daß erwachsener sich fragt, ob er nicht Anlaß gegeben hat, daß kind nun auf einmal nicht mehr will wie verabredet.

Und außerdem ist das „Wort halten" eine Sache, die kind l e r n t, wie tausend andere Sachen auch. Dazu braucht man/frau nicht Holzhammer, Sturstellen oder die modernen Varianten dieser traditionellen Erziehungsmethoden.

Erziehung – nein danke! oder: Zurück zur antiautoritären Erziehung?

Im Zwischenbericht an den 1.KB-Kongreß zur Kinderfrage wurde angekündigt, sich mit der Frage verstärkt zu beschäftigen, ob bei uns genug von der antiautoritären Erziehung übrig geblieben ist, und es wurde die Befürchtung geäußert, daß da zuviel „verloren gegangen ist".

Die hier zusammengestellten Beispiele bestätigen unserer Ansicht nach diese Befürchtung. Die Ursachen dafür sind sicherlich vielfältig:

- Es ist für uns, die wir kaum eine sonderlich freie Erziehung bekommen haben, sicherlich ein Problem, das, was von der „Autorität" unserer Eltern haften geblieben ist, aus unserem eigenem Verhalten herauszukriegen.
- Der harte Kurs ist sicherlich auch eine Begleiterscheinung der Schwierigkeiten, mit der Vierfach-bzw. Fünffachbelastung zurechtzukommen: Beruf – Privatleben – (Frauenunterdrückung) – Kind(er) – Politische Arbeit, über die im Laufe der Debatte um Kinder im KB schon Einiges geschrieben und diskutiert worden ist.
- Die politische Geschichte unseres Verhältnisses zu Kindern ist kurz und wechselhaft. Der kurze Aufbruch antiautoritärer Erziehung, allzu schnell beendet durch die Erkenntnis, Kindererziehung sei nur eine unwichtigere „Nebenfront" des Klassenkampfes„ mit der man sich jetzt nicht befassen

beendet durch die Erkenntnis, Kindererziehung sei nur eine unwichtigere „Nebenfront" des Klassenkampfes„ mit der man sich jetzt nicht befassen

könne. Die Negation des Kinderhabens und -kriegens in den ersten Jahren unserer Organisation, weil Kinder beim Klassenkampf behindern, erpreßbar machen. Die daraus abgeleitete Position, unsere Kinder sollten von früh auf vor allem „KÄMPFEN" lernen (im Kindertagesheim, in der Schule usw.), ohne einen ausreichenden Beitrag dazu zu leisten, ihnen die Stärke und das Selbstbewußtsein zum Kämpfen zu geben (z.B. so etwas wie „Geborgenheit", man erschlage uns für diesen „bürgerlichen Begriff"!).

Die Erziehungsvorstellungen der 20er und 30er Jahre, unter ganz anderen Bedingungen entwickelt, wenig schöpferisch auf die Gegenwart übertragen, vielfach auch nicht hinterfragt. Der Anspruch, daß Kinder sich aktiv mit den beschissenen gesellschaftlichen Zuständen auseinandersetzen müssen, und die Ungeduld, wenn sie da nicht schnell genug die erhofften Fortschritte (z.B. im Kampf gegen den Konsumterror) machen. In den letzten Jahren dazu der Irrtum, mit Kinderinitiativen derzeit so viel „kollektive Erziehung" betreiben zu können, daß kaum noch was schiefgehen kann.

Man mag jetzt die Befürchtung äußern, daß wir einer Art „Diktatur der Kinder" das Wort reden (Motto: Kindern ist alles erlaubt, was ihnen Spaß macht). Das wäre eine andere Variante, ihre Fähigkeiten, die Schritte, die sie machen, zu übergehen, nicht ernst zu nehmen.

Und gerade darum, Kinder ernst zu nehmen, sollte es mit diesem Diskussionsbeitrag gehen. Die „Antipädagogen", deren Ansichten wir demnächst auch kritisch beleuchten wollen, machen derzeit eine Kampagne „Erziehung – nein Danke" (vielleicht besser bekannt in der englischen Übersetzung von Pink Floyd: „We don't need no education"). Wenn damit gemeint ist, mit erwachsener Überheblichkeit, „harten Erziehungsmethoden" und Psycho-Druck aufzuhören, sollte diese Leitlinie auch auf die Zukunft unserer Kinder zutreffen.

Eine Genossin und ein Genosse der Kinderkommission (Hamburg)

Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040 / 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74
Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend 11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 -20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 -13 Uhr Kettwiger Str. Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh. H. Heine, Viehofer Pl. 8 und Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39
Stoppenberger Str. 13-15

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend von 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz c/o Kommunistischer Bund Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag Büchertisch 11 - 13 Uhr Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach AK-Erscheinen, Alte Mensa

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 (BLZ 200 100 20) oder Dresdner Bank Hamburg 4810 68500 (BLZ 200 800 00); Einzelpreis DM 2,- ; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 8.800.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Grüne Hochschulpolitik in Hamburg:

Linke Phrasen, rechte Politik und keine Ahnung

Seit einigen Wochen gibt es auch an der Hamburger Universität eine Grüne Hochschulgruppe. Ganz undogmatisch und 'basisdemokratisch' hatte es begonnen mit einem Aufruf an alle, die sich für die Zusammenarbeit in einer solchen Gruppe interessieren. Der erste Erfolg war beachtlich, es versammelten sich ca. 20 Interessierte. Man kann sicherlich sagen, daß dies nur ein kleiner Ausschnitt des Spektrums ist, das für eine solche Gruppe (gegenwärtig) zu gewinnen wäre. Aber es wurden nicht mehr, sondern beständig weniger, so daß heute ganze fünf Leute an den Sitzungen teilnehmen. Dies liegt wesentlich darin begründet, daß von den Initiatoren eine rigide Ausrichtung auf die ‚reine ökologische' Linie gefahren wurde. Den Anfang bildete eine Satzungsdiskussion, durch die die Hochschulgruppe auf Mitglieder der Grünen eingeschränkt werden sollte. Dies wurde von der Mehrheit nicht gebilligt. Der nächste Akt war der Versuch, die Mitarbeiter programmatisch auf die Grünen festzulegen, womit die Mitarbeit von Linken ausgeschlossen werden sollte. Auch dies fand keine große Begeisterung. Erreicht wurde durch diese Wiederholung der Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen jedoch, daß der größte Teil der Interessierten auf den Hacken kehrt machte.

So verblieb vom anfangs formulierten Anspruch, eine grüne Hochschulpolitik zu entwickeln, allein eine Arbeitsgruppe zur Frage der Ökologie.

Vollends deutlich wurde der Kurs der Macher dieser Hochschulgruppe an den Studentenparlamentswahlen. Dies sollte der große Einstieg der Grünen an der Uni werden. Das SP wird gegenwärtig beherrscht durch die Koalition aus Jusos, MSB und SHB. Die linke Opposition bildet die Fraktion der Linken Liste (LiLi, bestehend aus Mitgliedern des SSB und unabhängigen Linken), hinzu kommt als liberale Opposition der LHV.

SSB und LiLi boten den Grünen an, eine gemeinsame Liste zu den SP-Wahlen zu bilden, um durch ein einheitliches Auftreten eine größere Chance bei den Wahlen zu haben. Die Grünen lehnten dies mehrheitlich mit der Begründung ab, sie wollten nicht ins linke Fahrwasser geraten und dies würde rechte Stimmen kosten, also die Gruhl'sche Argumentation.

Die jetzt veröffentlichte Wahlplattform der Grünen Hochschulgruppe hat dabei verdeutlicht, daß es dabei weniger um eine inhaltliche Abgrenzung geht, sondern um die formale Abgrenzung gegen links. In der Wahlplattform sind alle gängigen linken Argumente gegen die AStA-Politik phrasenhaft zusammengefaßt, ohne auch nur in Ansätzen eigene (grüne!) Vorstellungen zu entwickeln.

Die einzige Kritik am ASta besteht darin, daß seine Politik *„keinen ausreichenden Bezug zur Basis hat"*. Inhaltlich wird nichts kritisiert. So vorgetragen, ist dieser Vorwurf sogar unsinnig, denn natürlich hat die AStA-Politik ihre Basis unter den Anhängern von Jusos, MSB und SHB. Phrasenhaft wird damit lediglich ein Vorwurf von bereichsbezogenen Basisgruppen aufgegriffen, daß die AStA-Politik an ihren Bedürfnissen und Vorstellungen vorbeigeht.

Vollends daneben liegen die Grünen, wenn sie weiter behaupten, daß dies *„zu einem Rückzug ins Privatleben und genereller Interessenlosigkeit gegenüber den hochschulspezifischen Problemen"* führt. Dafür sind die Ursachen natürlich in erster Linie in den gesellschaftlichen Veränderungen, in der Durchsetzung der kapitalistischen Hochschulreform(ierung) trotz aller Kämpfe der Studenten zu suchen. Aber es macht sich eben im Wahlkampf gut, der 'verfehlten' Politik der Linken alle Übel zuzuschieben.

In der gleichen Phrasenhaftigkeit wird die AStA-Politik der bundesweiten Großaktionen kritisiert. An der Uni gibt es einen breiten Unmut über die Politik des AStA, uniweite oder sogar bundesweite Aktionen festzulegen, ohne daß darüber in der Studentenschaft diskutiert werden kann. Dies hat dazu geführt, daß bei Aktionen dieser Art in den vergangenen Semestern nur noch MSB-Mitglieder als Aktivisten auftraten, 'Streikaufrufe' völlig ignoriert wurden usw. Das haben auch die Grünen mitbekommen, verstanden haben sie aber nichts, denn ihre *„Perspektive"* (so ist dieser Teil der Wahlplattform überschrieben) beschränkt sich auf den glorreichen Vorschlag: *„Wir schlagen deshalb vor, in Zukunft die Prioritäten auf regionale Aktionen zu legen, ohne damit zentrale Aktionen auszuschließen"* – als wüßte nicht jeder, der ein wenig Ahnung von der Situation an der Uni hat, daß in regionalen Aktionen die gleichen Differenzen gegenüber dem AStA auftreten.

Die einzige positive Aussage unter der anspruchsvollen Überschrift *„Perspektiven"* (der Hochschulpolitik) ist: *„Die Entfremdung und Vereinsamung des Einzelnen an der Massenuniversität ist ein Thema, mit dem sich noch keine Organisation und kein Gremium ausreichend befaßt hat."* Wer nun erwartet hätte, daß sich die Grünen damit befassen, liegt fehl. Es bleibt bei dem Hinweis auf dieses Problem – soweit sind die Linken (und zwar alle) allemal schon gekommen.



Karikatur aus der Wahlplatform der Grünen Hochschulgruppe, aus dem Repertoire des RCDS entnommen.

Aber dann fällt noch das Reizwort *„Kommunikation"*. Die Grünen meinen: *„Der Aufbau einer funktionierenden Kommunikationsstruktur ist unserer Ansicht nach die entscheidende Voraussetzung für eine Unipolitik mit 'massenhafter' Unterstützung und damit auch mit Aussicht auf Erfolg."* Damit ist man bei einer weiteren dem linken Spontijargon entlehnten Phrase, daß die Strukturen der entscheidende Faktor zur Gewinnung der Studenten sind. Aber unter Studenten hört sich das allemal gut an: Kommunikationsstrukturen schaffen! Nun könnten die Grünen es ja damit versuchen, aber es folgt nicht ein konkreter und machbarer Vorschlag, wie diese Strukturen aussehen sollen. Das einzige, was dazu konkret überhaupt gesagt wird, ist, die Zeitung des AStA zu einem Kommunikationsorgan zu machen – wofür aber erstmal dieser AStA gestürzt werden müßte!

Auffallend ist, daß in der gesamten Wahlplattform nicht ein einziges Wort zur Anti-AKW-Bewegung gesagt wird, ebensowenig zu anderen demokratischen und sozialen Bewegungen.

Die Wahlplattform richtet sich mit den verschiedenen Versatzstücken linker Kritik an von der AStA-Politik frustrierte Linke, wobei jedoch gleichzeitig die Abgrenzung gegen die radikale Linke erfolgt. Der totale Mangel an konkreten, inhaltlichen Alternativen reduziert das Ganze zudem noch auf einen einzigen Zweck: Die Macher möchten gern einen Posten haben. Was die Karrieristen bei den Grünen für eine wichtige Rolle spielen, hat selbst an so untergeordneter Stelle wie dem SP schon durchgeschlagen. (Ein Wort zur Rettung der Ehre der 'Gruppe Z': Sie hat sich wacker mit ihrem einzigen Vertreter gegen diese Richtung gestemmt.)

Bunt-grüner Wahlsieg in Marburg

Eine Liste bestehend aus Mitgliedern der GLH (Grüne Liste Hessen, die sich selbst den buntalternativen Listen zuordnet), der Grünen, des Marburger Sozialistischen Zentrums, örtlicher Bürgerinitiativen und der Spontis ist als stärkste Fraktion aus den Studentenparlamentswahlen hervorgegangen. Sie erreichte insgesamt 1320 Stimmen und 11 Sitze. – Die weiteren Ergebnisse: Jusos 8 Sitze, MSB 6, SHB 4, RCDS 7, SLH 4 (Angaben nach „taz", 24.6.). Damit hat die bisherige AStA-Koalition (Jusos, MSB und SHB) im Studentenparlament keine Mehrheit mehr.

CDU will »Göttinger Nachrichten« verbieten lassen

Der Präsident der Universität Göttingen hat in einer Verfügung gegen den AStA die letzte Ausgabe der AStA-Zeitung „göttinger nachrichten" – „gn" beanstandet, dem AStA *„erneut untersagt, Erklärungen allgemein-politischen, nicht hochschulbezogenen Inhalts abzugeben"* und den AStA-Referenten auferlegt, zwei Drittel der Druckkosten aus eigener Tasche zu bezahlen.

Das Titelblatt der inkriminierten „gn" präsentiert einen mild lächelnden F. J. Strauß, über dessen Konterfei ein Auszug der berüchtigten Sonthofener Rede montiert ist, sowie die Bildunterschrift *„Ein Gespenst geht um in Deutschland ..."*. Die Zeitung selbst enthält – ebenso wie die beiden vorhergehenden Ausgaben – u. a. einige Beiträge verschiedener linker Gruppierungen zur Diskussion um die Bundestagswahlen.

Diese Artikel sind im allgemeinen weit weniger heikel, als das Thema an sich, und die Debatte über Strauß, die Grünen, große und kleine Übel etc. in der „gn" eher gemütlich als engagiert geführt, wie es eigentlich angesichts marodierender CDU-Ortsgrößen angebracht wäre. Denn es ist nicht das erste Mal, daß diese Kreise, im Verbund mit den Uni-Bürokraten, überaus empfindlich auf Aktivitäten zur Bundestagswahl reagieren, bei denen sie selbst naturgemäß schlecht wegkommen:

- Die Univerwaltung wollte Miete für einen Raum kassieren, den der AStA für eine Veranstaltung der (SPD-)Initiative „Freiheit statt Strauß" angemeldet hatte.
- Für eine Ausstellung mit politischen Plakaten der Künstler Staeck und Volland wurden dem AStA die Räumlichkeiten in der Uni verwehrt. Begründung: es handele sich um Wahlkampf.
- Kurz danach überschlugen sich die Zensoren wahrhaft, als im Rahmen des Göttinger Kunstmarktes (unter dem brandaktuellen Motto: Kunst und Obrigkeit) der Film „Der Kandidat" gezeigt werden sollte. Die Absetzung desselben sowie die Ausladung von Prof. Peter Brückner von einer Podiumsveranstaltung zum Thema „Zensur" (!) verlangte der Göttinger CDU-Rechtsaußen und MdB Klein, was der zuständige SPD-Dezernent auch umgehend vollstreckte.
- Kaum war die letzte Ausgabe der „gn" auf dem Markt, meldete sich der CDU-Ortschef Fischer mit einer Presserklärung zu Wort und forderte die Uni-Leitung auf, gegen diese „Wahlkampf-Postille" einzuschreiten – was nun geschehen ist.

Fischer kündigte zugleich an, daß er auch die Landesregierung in Kenntnis setzen und um Maßnahmen ersuchen werde, da *„Aufmachung und Inhalt dieser bereits mehrfach ins Zwielicht geratenen AStA-Information zeigen, daß der Göttinger AStA nicht gewillt ist, die ihm übertragenen Aufgaben nach Recht und Gesetz wahrzunehmen"* („Göttinger Tageblatt", 18.6.). Daß Fischer hier eine Umschreibung wählt, anstatt das Stichwort zu geben, nämlich den „Buback-Nachruf" (in der „gn" vom April 1977), mag wohl daran liegen, daß es damals – trotz einer bundesweiten Hetzkampagne gegen den sogenannten „Terroristen-AStA" – nicht gelang, dem AStA eine Distanzierung von dem Mescalero-Artikel abzupressen. Diese und viele andere Auseinandersetzungen, bei denen es auch um das Politische Mandat ging, haben dazu beigetragen, daß bisher (nicht nur) der Göttinger AStA faktisch das Recht auf allgemeinpolitische Meinungsäußerung hat behaupten können. Die Uni-Spitze hat dies über lange Zeit stillschweigend „toleriert" bzw. nur selten mehr oder weniger dezent um die Einhaltung der Gesetze gebeten.

Ob hier nun eine generelle Kurskorrektur eingeleitet werden soll, wird sich noch zeigen.

Abgesehen davon, bleibt es indes fraglich, ob die Rechten auf diesem Weg ihr Ziel erreichen, den Wahlkampf, d. h. in erster Linie eine Anti-Strauß-Kampagne, aus der Uni zu verbannen. Schließlich führen die Strauß-Apostel und ihre Gefolgschaft in der Uni-Verwaltung mit jeder Aktion erneut vor Augen, mit welchen Verhältnissen bei einem Sieg der Unionsparteien auch an den Hochschulen zu rechnen ist. Andererseits bedeutet dies aber auch eine Politisierung (nicht nur) des Wahlkampfes von rechts her, die die Linke, legt sie nicht bald Akademismus und provinzielle Trägheit ab, unter Umständen zu überfluten vermag. So oder so: Die Wahlen und die Strauß-Kandidatur werfen ihre schwarzen Schatten auch an der Uni schon seit langem voraus.

KHB Göttingen

Schwarzbraune Wege aus der Orientierungskrise der Jungend

Nun bemüht sich auch der „Ring Christlich Demokratischer Studenten" um „Wege aus der Orientierungskrise" der Jugendlichen. In der RCDS-Hauspostille „Demokratische Blätter" 2/80 analysiert Jürgen Fuchs die Lage der Jugendlichen aus schwarzbrauner Sicht und bietet erste Lösungsansätze für eine Bewältigung des Vertrauensschwundes – den er als „krankhaft" ansieht – der jungen Menschen in dieser Gesellschaft an:

Die Kluft zwischen den Generationen wird immer größer. Die Jugend wird der Erwachsenenwelt ferngehalten. Es *„bleibt ihnen eine frühzeitige Erfahrung von den Problemen, Schwierigkeiten, Nöten und Zwängen eben dieser Welt erspart. Sie können, von Verantwortung weitgehend entlastet, Kenntnisse und Fähigkeiten entfalten ..."*. Dieser *„Schutz- und Schonraum"* hat sich in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt. Bis zum 25. Lebensjahr und länger werden die Jugendlichen unselbständig und abhängig *„auf der Spielwiese der praxisfernen und oft praxisfremden Ausbildung fest(ge)halten"*. Die Herabsetzung der Volljährigkeit ist angesichts dieser Tatsachen der reine Hohn. Allein aus diesem Grund war die CDU schon immer gegen die Herabsetzung dieser Altersgrenze.

Es geht um die Anerkennung, um die Selbständigkeit unserer Jugend. Wir können und müssen ihr mehr zutrauen, mehr Verantwortung für diesen Staat. Aber wir sagen es ganz offen, die Jugend kann nicht nur bekommen, sie muß auch geben. Mehr Verantwortung – das *„meint eben nicht nur die Rechte, sondern auch die Lasten und Pflichten"*.

Der Schonraum darf nicht weiter ausgedehnt, er muß im Gegenteil eingeengt werden. Vielleicht mag dies für unsere jungen Menschen anfangs etwas härter sein, aber wäre dies nicht einfach eine angemessene Vorbereitung auf die Realitäten des Erwachsenenlebens? Schließlich ist das Leben kein Kinderspiel, sondern beinhaltet zahlreiche Nöte und Probleme. Sie früh erdulden zu lernen, ist besser für unsere Jugend, als plötzlich und unvorbereitet mit dem Ernst des Lebens konfrontiert zu werden.

In diesem Sinne haben doch die vielen tausend jugendlichen Arbeitslosen anderen Gleichaltrigen sogar etwas voraus: Sie erfahren nicht erst mit 30 oder kurz vor der Rente, daß es Arbeitslosigkeit gibt, sie können sich schon in jungen Jahren auf diese Zustände einstellen. In gewisser Weise sind im Verlauf der letzten Jahre auch schon positive Schritte in Richtung Abbau des übermäßigen Schonraums festzustellen gewesen. Die Schüler erfahren stärker und früher, daß ihnen das Leben nicht automatisch einen Platz an der Sonne beschwert. Sie wissen schon in der Grundschule, daß sie arbeitssam sein und sich gegen ihre Mitschüler durchsetzen müssen, wenn sie mal aufs Gymnasium wollen. Und auch ein Studienplatz kostet Mühe; es kann nicht mehr einfach jeder studieren, unabhängig von Leistungsbereitschaft und Begabung. Und wer von zu Hause wegziehen will, erfährt schon früh, daß er viel Geld braucht, um eine Wohnung zu bekommen; Wohnungen können schließlich nicht so zahlreich und billig vorhanden sein wie Sand am Meer. Weitere Schritte in diese Richtung wären wünschenswert und würden das Verantwortungsbewußtsein unserer Jugend fördern.



Doch gleichzeitig muß ein weiterer Mangel behoben werden, welcher daraus entspringt, daß *„die moderne Gesellschaft kaum noch in der Lage ist, jungen Menschen Orientierungen und Werte zu vermitteln, die ihnen bei aller Vorläufigkeit und Korrekturbedürftigkeit Halt und Richtung geben können"*. Diese Schwierigkeiten der Wertevermittlung beruhen nicht zuletzt auf der *„sogenannten emanzipatorischen Erziehung"*. Diese hat den bestehenden gesellschaftlichen *„Konsens über Erziehungsziele"* bewußt abgelehnt, sie hat die ihr anvertrauten Kinder von dieser Gesellschaft *„entfremdet und isoliert"*, sie hat das Vertrauen der jungen Menschen in diese unsere Gesellschaft geschwächt. Damit ist sie *„Mitverursacher von Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen"*. Denn *„gerade junge Menschen brauchen solche Orientierungen"*. Sollen wir ihnen in ihrer Jugend und Unerfahrenheit etwa zumuten, sich allein für einen Lebensweg zu entscheiden, allein ihre Identität zu finden? Früher war das alles ganz anders. Da gab es nicht diese pluralistische Vielfalt von nebeneinander stehenden Werten. Da konnte man noch eindeutig unterscheiden, die mit den langen Haaren sind die Mädel und die mit den kurzen die Jungs, und die Jugend wußte, woran sie sich zu halten hatte. Fleiß, Ordnung, Bescheidenheit und Ehrlichkeit – das waren von der Volksgemeinschaft allgemein anerkannte Erziehungsziele. Da gab es

Fortsetzung nächste Seite

keine roten Kinderkaderschmieden. die diesen gesellschaftlichen Konsens einfach über den Haufen werfen konnten.

Wir sehen ja heute, wohin Orientierungslosigkeit und der ausgedehnte Schonraum führen: Es bilden sich eigenständige Jugendsubkulturen. Sie bilden ihre *„eigenen Ideologien"*, die *„der Erfahrungs- und Wirklichkeitskontrolle entgleiten"*. *„Vereinfachten Weltbildern"* wird auf den Leim gegangen. Der Schonraum produziert auch seine „eigenen Pathologien" (Krankheiten). Es entstehen nicht nur *„Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen"*, sondern auch „Neurosen, Hysterie und Fanatismus". Schon haben diese Krankheiten Verbreitung gefunden. Neurotische Punks, hysterische Feministinnen, triebhafte Schwule, fanatische Kommunisten sind keine Seltenheit mehr.

Manche neigen dann zu einer Flucht vor dieser Welt, indem sie sie *„zerstören wollen oder sich ausschließlich parasitär zu ihr verhalten"*. Natürlich greifen linke Theorien diese Situation auf und versuchen, die jungen Menschen *„für politische Zwecke (zu) mißbrauchen"*.

Es gilt, diese Entwicklung aufzuhalten! Man sollte nicht denken, die Lebenskrise junger Menschen sei durch ökonomische Mittel zu lösen, denn sie *„beruht nicht auf wirtschaftlicher Not"*. *„Sowohl der theoretische Materialismus marxistischer Provenienz* (Herkunft – Anm. AK) *wie auch der praktische Materialismus der westlichen Industrienationen führen Irrwege. Trotz unbestrittener Schwierigkeiten ist die Bundesrepublik Deutschland eine der reichsten Nationen der Welt"*. Zumindest einige Bewohner des freien Teils Deutschlands können sich zu den reichsten Menschen der Welt zählen. Und außerdem: *„Wohlstand befriedet nicht"*. Zu den Ursachen der gegenwärtigen Krise zählen vielmehr das *„Leiden an der Komplexität und am gesellschaftlichen Wandel"*.

Es muß endlich Schluß sein mit der verantwortungslosen und Unruhe stiftenden Reformpolitik! Verschaffen wir den alten Traditionen wieder ihre Gültigkeit! .

Eine menschliche Politik muß die Orientierungsfähigkeit der Menschen fördern, *„indem sie auf die Grenzen der Neuorientierungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Menschen Rücksicht nimmt"*. Hat die Geschichte nicht immer wieder erwiesen, daß die Menschheit wesentlich fähiger ist, sich an a l t e Wertvorstellungen anzupassen als an neue? Im Sinne einer Stabilisierung sollte es darauf ankommen, d i e s e Fähigkeit zu stärken, anstatt ständig eine Orientierung auf neue Experimente zu fordern. Auch die Politiker müssen ihre Haltung ändern. *„Mehr Mut zu klaren Entschei-*

anstatt ständig eine Orientierung auf neue Experimente zu fordern. Auch die Politiker müssen ihre Haltung ändern. „Mehr Mut zu klaren Entschei-

dungen" müssen sie aufweisen, klarmachen, daß politische Entscheidungen immer *„Entscheidungen für das kleinere Übel"* sind, und sie dürfen *„nicht jede Frage zur Schicksalsfrage hochstilisieren"*. Wenn es kein Geld gibt für ein Jugendzentrum oder eine bessere Ausbildung, dann müssen sie dies klar und deutlich, ohne Entschuldigung sagen. Das mag Einzelne hart treffen, doch vom Standpunkt der Gesamtheit, des Gemeinwohls aus betrachtet sind dies nur kleinere Probleme; schließlich muß der Staat immer irgendwo streichen. Nicht zuletzt sind es die Bildungspolitiker, die sich gegen eine weitere Ausdehnung des Schonraumes erklären müssen. So ergeben sich aus dem oben gesagten *„erhebliche Bedenken gegen die Einführung des 10. Pflichtschuljahres wie auch gegen eine weitere Ausdehnung von Studienzeiten"*. Dagegen zeigt sich unter diesen Gesichtspunkten der *„Vorteil des betrieblichen Teils der dualen Berufsbildung"*. Denn dadurch erlebt der Jugendliche den Eintritt in die Berufswelt nicht so abrupt als unzumutbar und entfremdet. *„Jungen Menschen mehr Verantwortung übertragen"*, heißt die Parole, die dazu beitragen soll, Jugendliche wieder zu einem reibungslosen Funktionieren in d i e s e r Gesellschaft und für d i e s e Gesellschaft zu bewegen.

Ist der RCDS im allgemeinen als konservativ-reaktionär zu charakterisieren, so zeigt dieser Aufsatz, wie fließend die Grenzen zwischen reaktionär und faschistoid sind. Denn was anderes ist es, wenn Jugendliche, denen die beschissenen Verhältnisse in dieser Gesellschaft stinken, als pathologisch bezeichnet werden?! Was sollte es anderes sein als der faschistische Gedanke von der „Volksgemeinschaft", wenn in diesem Zusammenhang von „Gemeinsinn und Solidarität" die Rede ist?!

SSB/Hamburg

Anmerkung: Alle Zitate und Vorschläge aus: „Demokratische Blätter", Mai 1980.

„Klein-Chicago" oder politischer Kampf?

Die „Nacht der langen Messer" und ihre Folgen

Der folgende Beitrag eines ‚anarchistischen Genossen" über die Vorfälle in Hamburg-St. Pauli hat in der Redaktion des AK erheblichen Widerspruch hervorgerufen. Wir halten die hier von Teilen der Anarcho-Punk-Szene eingeschlagene Linie für ziemlich selbstmörderisch und politisch blind. Was in Bremen und in Freiburg richtig und politisch gewinnbringend war, muß es im Krieg mit Hamburgs Zuhältern noch lange nicht sein! Wem soll die hier anvisierte Schlacht gegen die Zuhälter nützen? – Wir haben uns trotzdem entschlossen, den Artikel zur Diskussion zu stellen, weil wir eine Auseinandersetzung darüber für dringend notwendig halten, insbesondere wenn man bedenkt, daß z.B. die ‚taz' – sonst eher dem gewaltfreien grünen Weg zugeneigt – die Linie der gewaltsamen Konfrontation mit der Hamburger Zuhälter-Mafia rückhaltlos propagiert.

Wir hoffen auf eine bewegte Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb unserer Organisation.

AK-Redaktion

In der Nacht von Freitag auf Sonnabend (20./21. Juni) ging es in Hamburg gehörig rund. Nach 3.00 Uhr nachts machten ca. 30 Zuhälter die Flohmarktkneipe am Fischmarkt „platt".

Die 20 Fischmarktleute, Rocker und Punks, konnten nur noch flüchten, bzw. sie wurden mit Stahlruten, Eisenstangen und Schlagstöcken brutal zusammengeschlagen. Dabei gab es vier Schwerverletzte (Krankenhaus) und mehrere Leichtverletzte auf seiten der Fischmarktleute, Rokker und Punks.

Nebenbemerkung: Bei dieser Auseinandersetzung waren nur wenige Punks dabei – die bürgerliche Presse machte daraus einen Privatkrieg zwischen Zuhältern und Punks.

Wie kam es nun dazu?

Am Freitagnachmittag hatten sich Zuhälter durch Punks und spielende Kinder provoziert gefühlt und wollten diese verprügeln. Sie wurden aber von mehreren Fischmarktleuten vertrieben, sodaß sie mit ihrem Luxusauto mit Vollgas im Rückwärtsgang flüchten mußten. Am Abend und in der Nacht fuhren dann einige Zuhälterwagen mehrmals um die Flohmarktkneipe, trauten sich aber nicht hinein, weil 40-50 gutausgerüstete Fischmarktleute, Rocker und Punks sie abschreckten. Diese machten um 1.30 Uhr die Flohmarktkneipe dicht und begaben sich in ihrer Ausrüstung zur Schickeriakneipe „Loretta" in der Thadenstraße und schlugen dort alles zu Bruch – bravo!

Dann machten sie jedoch einen für sie verhängnisvollen, ja unglaublich törichten Fehler: Ein Teil von ihnen (ca. 20 Leute) gingen wieder zur Flohmarktkneipe zurück (der andere Teil ging in eine Kneipe im Schanzenviertel) und machten die Flohmarktkneipe wieder auf !!!

andere Teil ging in eine Kneipe im Schanzenviertel) und machten die Flohmarktkneipe wieder auf !!!

Das war dann für die Zuhälter eine günstige Gelegenheit, Rache zu nehmen und ihre Macht zu demonstrieren!

Danach trafen sich Fischmarktleute, Rocker und Punks in eben erwähnter Kneipe im Schanzenviertel und berieten, wie man sich um die Verletzten im Krankenhaus am besten kümmern könnte.

Die „Nacht der langen Messer" endete damit, daß um 5.00 Uhr morgens zwei besoffene Typen (mitte 30, Arbeiter?), die sich im Suff stark fühlten und einen Rocker vor der Kneipe anpöbelten, gehörig verdroschen wurden. Ein Typ mit Frau, der aus einer Nachtbar in der Nähe kam und in ein davor wartendes Taxi einsteigen wollte, wurde als „Scheiß-Zuhälter" angemacht und er antwortete mit „Scheiß-Punks". Daraufhin wurde das Taxi angegriffen und der Taxifahrer funkte Notruf – sogleich kamen ca. 40 Taxis an und „begleiteten" die Fischmarktleute, Rocker und Punks bis 6.00 Uhr morgens durchs Schanzenviertel.

Am Sonntag fuhren die Zuhälter vorm „Gewinde" vor, vor dem einige Punks saßen und fragten diese, wer von ihnen der Boß sei. Sie forderten Geld für die Schäden an der Schikkeriakneipe „Loretta" – weil dies nämlich ihr Revier sei! Auf die Antwort der Punks, daß niemand hier der Boß sei, schlugen die Zuhälter die Punks brutal zusammen und stürmten das Gewinde. Ein Genosse, der in einem Imbiß in der Nähe war, wurde dort von Zuhältern derartig brutal zusammengeschlagen (er bekam mit einem „Morgenstern" einen Schlag auf den Kopf!), daß er jetzt mit schwerer Gehirnerschütterung im Krankenhaus liegt und noch in Lebensgefahr schwebt!

Die Folgen aus diesen Ereignissen:

Es ist zu erwarten, daß die Zuhälter sich nördlich von St. Pauli ausbreiten wollen und dieses Gebiet zu ihrem festkontrollierten Revier machen wollen: Trinity, Loretta und Picken-Pack (alles drei neueingerichtete Schickeriakneipen in einem Stadtteil, der sonst von Arbeitern, Studenten, Linken bewohnt wird, Anm. AK) sind nur die ersten Anzeichen davon! Was bedeutet das nun für die Punks und die anderen Betroffenen?

Diese sind also nun der ständigen Bedrohung ausgesetzt, zusammen- oder sogar totgeschlagen zu werden! Die einzige Konsequenz für sie muß sein: Sich Hieb-, Stich-, wenn möglich Schußwaffen zu besorgen und diese s t ä n d i g bei sich zu haben, um sich bei einem erneuten Überfall handfest wehren zu können!

Das größte Hindernis zur Bewaffnung, das bei fast allen Betroffenen zu finden ist: Sie haben den Mythos der Unbesiegbarkeit von Zuhältern in ihren Köpfen – natürlich hat die Angst vor Zuhältern ihre Berechtigung!

Was bedeutet das nun für uns Linke, die sich ja auch zum Teil mit der Punk-Szene vermischen?

Wir müssen auch daran denken, uns bei möglichen und wahrscheinlichen Angriffen der Zuhälter (im weiteren Zusammenhang: Bullen, bezahlte Schlägertrupps usw.) auch uns zu bewaffnen.

Aber wenn man sieht, w i e die Linke aus dem bewaffneten Kampf der marxistischen RAF und des anarchistischen 2. Juni und deren militärischen Niederlagen „gelernt" hat – nämlich zu verbürgerlichen – da kann man – außer viel Geschrei, daß der Staat doch auch seine linken Bürger gefälligst zu schützen habe – im wesentlichen n i c h t s erwarten!

Aber diese wahrscheinliche Reaktion der Linken wäre nur logisch, denn sie würde nahtlos an die Entwicklung der letzten Jahre anknüpfen:

– An den Zerfall der K-Gruppen, die unbeirrt ihre jeweilige metaphysisch-idealistische „heile Weltvorstellung" als materialistische Weltanschauung verkauften und denen es nur wenig

unbeirrt ihre jeweilige metaphysisch-idealistische „heile Weltvorstellung" als materialistische Weltanschauung verkauften und denen es nur wenig

zu denken gab, daß viele Genossen auf Grund von aktuellen Ereignissen und geschichtlichen Studien zu erheblich anderen Ergebnissen kamen und absprangen.

– An die bürgerliche Versumpfung der Anarcho/Sponti/Pazi/Alternativ-Szene.

– An den Niedergang der Anti-AKW-Bewegung, die sich Anfang Juni gewaltlos (!) in Gorleben knüppelnden Bullen widersetzte usw., usw.

Am Sonnabend, dem 5. Juli, ist eine Demo über St. Pauli geplant (Treffpunkt 11.00 Uhr Sternschanze).

Ein anarchistischer Genosse

Bericht 1

Wir, ca. 10-15 Punks, saßen gerade vor dem Imbiß, da kamen ungefähr 10 Wagen, so große Staßenkreuzer, und hielten vor dem Imbiß. Lauter Zuhälter mit Knüppeln, Pistolen und so etwas stiegen aus und kamen auf uns zu und haben zu uns gesagt, daß sie mit unserem Anführer reden wollen. Wir haben gesagt, daß wir keinen Anführer haben. Daraufhin hat er gesagt, wenn er nicht mit irgendeinem redet, auf den wir hören, dann will er uns alle „niedermähen" und will keinen übriglassen und das ganze Karolinenviertel auseinandernehmen. Er meinte, er will in einer Stunde wiederkommen mit 30 Wagen. Er hat eben immer gesagt, daß er mit uns reden will. Er sei der Anführer von den ganzen Zuhältern und wir hätten seinen Laden zusammengeschlagen. Wir haben gesagt, wir wissen davon nichts, weil wir in Kiel waren, aber er meinte, das sei ihm völlig egal. Er wolle mit einem von uns reden, sonst macht er eben alle kaputt. Dann sind die ganzen Zuhälter alle eingestiegen. Einer von uns hat gesagt:*„Mit wem will er denn von uns reden?"* Da dreht sich der Anführer von den Zuhältern um und sagt: *„Warum grinst du mich an?"* und dann ist er zurückgekommen und der Typ hat zu ihm gesagt:*„Ich hab dich nicht angegrinst ich hab nur was gesagt"*. Da meinte der Zuhälter:*„Spinn nicht rum"* und dann hat der Typ eben eine sitzen gehabt und die ganzen Zuhälter sind aus dem Wagen gekommen und auf uns zu. Viele von uns sind abgehauen und da haben sie eben welche verprügelt. Einen „Beetzel" haben sie zusammengeprügelt und eine Frau. Und sonst weiß ich nichts, ich weiß nur, daß einer einem Zuhälter mit einem Brett ins Gesicht gehauen hat.

Der Imbißbesitzer und die anderen Leute wollten uns alle nicht reinlassen, um die Polizei zu rufen. Die haben also Angst gehabt. Und sonst ist der Imbißbesitzer immer der Erste, der die Bullen ruft, wenn wir irgendwas machen. Die Aktion hat höchstens zwei Minuten gedauert, danach waren die Zuhälter weg. Und als die weg waren, bin ich in eine Kneipe und habe die Polizei gerufen. Das war so richtig Klein Chikago. . .

Als die Zuhälter dann alle weg waren, kamen zwei Wagen mit höchstens 6 Bullen. Die haben nichts weiter ge-

Als die Zuhälter dann alle weg waren, kamen zwei Wagen mit höchstens 6 Bullen. Die haben nichts weiter gesagt. Ich hab nur gesehen wie sie auf einen von uns losgestürmt sind, der einen Knüppel in der Hand hatte und sagten:*„Schmeiß das Ding weg!"* Und kein einziger Mannschaftswagen, nichts.

Vor allem finde ich das so witzig, was die Leute von uns wollen, wir können das effektiv beweisen, daß alle Hamburger Punks in Kiel waren, bis auf einige wenige.

Die Chance, daß einer von uns tödlich verletzt wird, besteht auf jeden Fall. Die Schlagwerkzeuge, die sie benutzt haben, gingen vom Stuhlbein bis zum Kegel, und so ein Kegel vom Bowling besteht aus massiv Holz und so ein Ding wiegt gut und gerne 1-2 Kilo. Und wenn man das mit aller Wucht über den Schädel kriegt, ganz klar, daß der platzt wie 'ne reife Wassermelone. Und da die Leute auch keinerlei Skrupel gehabt haben, diese „Werkzeuge" einzusetzen, bin ich voll der Überzeugung, daß diese Leute auch mit Leichtigkeit einen von uns umbringen. Und daß wir ihnen auch nichts entgegenzusetzen haben, wissen sie auch.

Da hat der Anführer zu uns gesagt: *„Wenn keiner mit uns redet, dann müssen wir eben ... Entweder Ihr bezahlt den Schaden oder wir mähen Euch alle um."*

***

Bericht 2

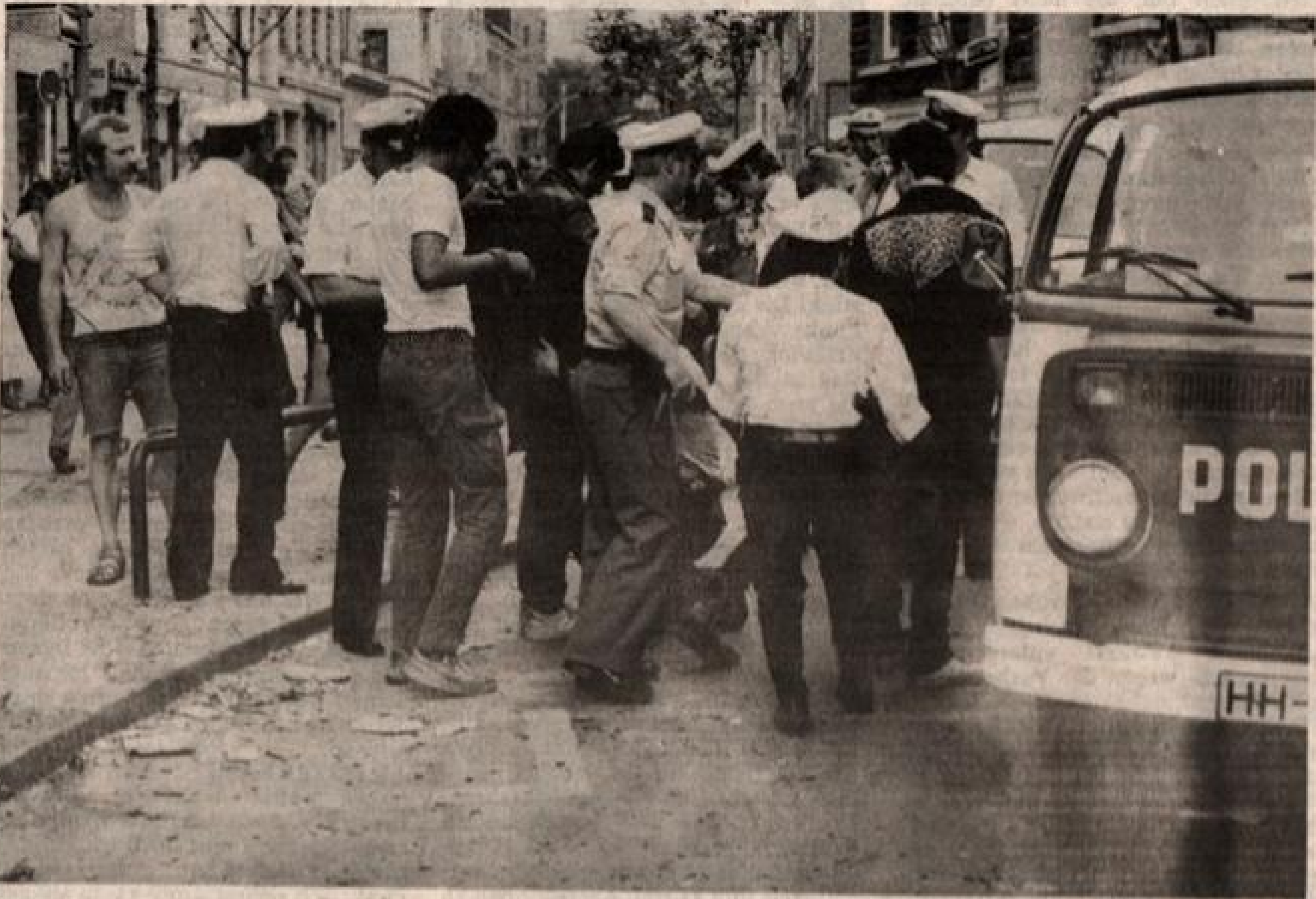
Das zweite Mal kamen sie mit mehr, das waren mindestens 14 bis 15 Autos und über 50 Leute. Alle mit Helmen und Knüppeln, also Armlänge. Und diese Aktion hat mindestens fünf Minuten gedauert. Und ich find' das komisch: Zur Wache Budapester Straße fährt man mit Blaulicht keine Minute. Die Polizei kam aber erst, als sämtliche Autos verschwunden waren, und sie sind nicht im Selbstmordtempo durch die Straßen gefahren. Die sind in Kolonne da raus gekommen und weg waren sie. Vielleicht drei bis vier Minuten später kam erst die Polizei. Also ich find' das alles ein bißchen merkwürdig... Die zweite Schlägerei gab's im Gewinde – die hatten wohl gesehen, daß in der „Marktstube" keiner war – mit Leuten, die absolut nichts mit uns zu tun haben. Das sind alles ganz friedliche Hippies, die da rumhängen und ihren Dope rauchen. Hinterher war ich im Gewinde, dort sind also Gläser, Flaschen, Vasen von den Tischen geschlagen worden, die Scheiben wurden eingeschlagen, und da lagen auch mehrere Verletzte, z.T. mit ernsthaften Gesichtsverletzungen. Ich hab' einen gesehen, dessen Gesicht konnte man vor Blut nicht mehr erkennen.

***

***

Bericht 3

Auf mich ist so ein Zuhälter zugelaufen gekommen, die Zuhälter sind aus den Autos rausgesprungen. Ich bin noch geflüchtet in die Richtung, aus der die Zuhälter kamen, weil die andere Richtung schon völlig dicht war. Und bin mit Händen vor dem Kopf in Richtung „Gewinde" hoch gelaufen. Da hat mich noch ein Zuhälter mit so einer Art Tschacko am Kopf gestreift, daß ich runtergefallen bin. Geblutet habe ich nicht, aber Prellungen auch am Arm und so. Neben mir ist noch einer von den „Beetzels" zusammengehauen worden.



Alltägliches Bild im Karolinen-Viertel: Polizei gegen Punks

Punks
ein Interview mit 3 Frauen

Im vorliegenden Interview äußern sich drei Punk-Frauen zu Fragen ‚was ist Punk', ‚wogegen richtet sich Punk', ‚ist Punk unter Jugendlichen eine Bewegung?' usw. Mit Sicherheit sind ihre Aussagen nicht an allen Punkten repräsentativ für d i e Punk-Szene. In Anbetracht der Tatsache jedoch, wie schwierig es war, dieses Interview überhaupt zustande zu kriegen, und angesichts der zunehmenden Repressionen gegen Punks halten wir es für richtig und auch für wichtig, dieses Interview zu veröffentlichen, zumal Punk wohl ohnehin nicht als eine einheitliche Bewegung verstanden werden kann. Wir hoffen auf Zuschriften von Leser/inn/en, die aus eigener Kenntnis oder Erfahrung berichten.

ARBEITERKAMPF: In letzter Zeit hört man viel über Punk, vor allem viel Unsinn und Hetze. Deshalb zuerst: Was ist eigentlich Punk?

Punk: Punk ist in England entstanden aus einer Arbeitslosenbewegung und von Leuten, die aus dem Ghetto kamen und hat sich dann eben weiterentwickelt. Heute sind nicht mehr nur Arbeitslose Punks, sondern auch Leute, die aufs Gymnasium gehen oder die arbeiten. – Wann Punk entstanden ist? – So 1977 kam es mit den Sex-Pistols hier rüber. Fast gleichzeitig brachte der „Spiegel" als erster einen Artikel, der schon damals ziemlich gehetzt hat. Wir wurden abgestempelt als Modewelle und idiotische Bewegung, die nur zerstört. Langsam entstand Punk auch hier. Punk ist eine musikalische und politische Bewegung von Jugendlichen, die angekotzt sind, die aber irgendwie noch nicht genau wissen, was sie machen sollen.

ARBEITERKAMPF: Wißt ihr, wie es in anderen Städten damit ist?

Punk: In Berlin, Bremen und Hannover sind auch tierisch viele Punks, in Wien auch. Soweit ich gehört habe, soll aber zum Beispiel in London die Punk-Szene ziemlich tot sein. Da sind ja auch die ganzen Punk-Läden aus dem Boden geschossen, und damit ist es jetzt irgendwie kaputt gegangen.

ARBEITERKAMPF: Gegen Punks laufen ja im Moment eine ganze Menge Razzien, Verhaftungen von der Straße weg u.ä. Wir möchten gerne wissen, was da im Moment vor sich geht und warum das jetzt so knallt.

Punk: Ja, die Punks sind im Moment aktiver. Noch vor einem Jahr oder so haben sie noch nichts gemacht und sind in den Kneipen rumgehangen. Jetzt gehen sie auf die Straße und machen mal was. Zur Zeit ist der Treff an der Mönckebergstraße. Außerdem machen wir jetzt auch was gemeinsam mit den Teds. Vorher ging das ja immer gegen die Teds, da haben sich die Jugendgruppen gegenseitig auf die Birne gehauen. Und jetzt ist es eben so, daß sich zwei Jugendgruppen – oder drei sogar mit den HSV-Fans – zusammengetan haben, um gemeinsam etwas gegen die Bullen zu machen und gegen das, was uns ankotzt. Auch gegen diese ganzen Spießer auf der Straße, die einen immer nur dumm von der Seite anlabern.

Deswegen werden die Bullen wohl auch so aggressiv jetzt.

ARBEITERKAMPF: Gab es in

anlabern.
Deswegen werden die Bullen wohl auch so aggressiv jetzt.
ARBEITERKAMPF: Gab es in

letzter Zeit auch Prügeleien mit der Polizei oder Verhaftungen?

Punks: Neulich wurden 4o Punks im Karolinenviertel verhaftet auf dem Weg zu einem Stadteilfest. Ein paar Leute hatten wohl Bierflaschen auf die Straße geworfen und sollen einen Kioskbesitzer bedroht haben. Da ist der wohl durchgedreht und hat die Bullen gerufen, und die kamen an mit mehreren Mannschaftswagen und Hunden. Sie haben alle festgenommen, auch die, die nicht beteiligt waren und die um den Imbiß herumsaßen. Auch ein paar hundert Meter weiter haben sie zwei oder drei Leute festgenommen ...

ARBEITERKAMPF: Wie wehrt Ihr Euch gegen die Polizei. Habt ihr da schon etwas unternommen?

Punk: Also meine Eltern haben eine Klage oder eine Dienstaufsichtsbeschwerde gemacht. Da habe ich jetzt einen Wisch gekriegt, daß mein Foto vernichtet worden sei, daß ich aber an einer vorbereiteten Sache gegen Popper teilgenommen hätte, war überhaupt nicht stimmt. Ich war da so mehr oder weniger zufällig in der Stadt und bin festgenommen worden. Und dann habe ich eine Vorladung gekriegt, wohl auch wegen der Dienstaufsichtsbeschwerde. Da ruft mein Anwalt aber erst am, warum ich da erscheinen soll. Mehr ist noch nicht gelaufen.

ARBEITERKAMPF: Wißt Ihr, ob noch mehr Punks juristisch etwas gegen die Polizei unternommen haben, z.B. wegen der Vorbeugehaft gegen Euch?

Punk: Mein Typ, mit dem ich zusammen festgenommen worden bin, da ist die Mutter bei den Bullen gewesen, aber sie hat nichts erreicht. Mehr ist da wohl nicht gelaufen, wohl auch weil wir ziemlich resigniert sind und nicht glauben, juristisch etwas gegen die Bullen erreichen zu können.

ARBEITERKAMPF: Was macht Ihr denn zusammen?

Punk: Wir treffen uns, meinetwegen an der Mönckebergstr. und machen so ein bischen die Leute an und hängen da so ein bischen herum und fahren auch irgendwie mal gemeinsam weg. Aber sonst, ich meine, was soll man machen? Ein Jugendzentrum ist nicht da für die Punks, wo wir nicht gleich rausfliegen. Und irgendwelche Kneipen, wo man hingehen kann, gibt es außer der Marktstube auch nicht in Hamburg.

ARBEITERKAMPF: Gibt's bei Euch feste Gruppen, seid ihr richtig organisiert oder trefft Ihr Euch mehr zufällig?

Punk: Also organisiert sind wir nicht, aber es ist eben bekannt, daß wir uns in der Mönckebergstr. treffen und jeder, der davon hört, kommt eben hin. Da sind immer ein paar Leute. Es gibt natürlich auch so Cliquen bei uns, aber nicht so fest, daß jeder zu einer Clique gehört. Man trifft sich eben am Mönckebergbrunnen. Dort sind dann auch Teds.

ARBEITERKAMPF: Warum bist Du eigentlich zu den Punks gegangen und nicht zu irgendeiner anderen Gruppe?

Punk: Bei mir kam es aus dem Gefühl heraus, weil mich alles so angekotzt hat, was überhaupt so abläuft. Auch weil die Musik voll meinen Gefühlen entspricht. Ich war früher mehr mit linken Leuten zusammen und mir ging das ein bischen auf den Keks, daß die Leute zum Teil immer so ein bischen rumlallen, also rumdiskutieren um jede Sache. Das geht mir so ein bischen auf den Wecker. Und da bin ich zu den Punks gegangen. Das sind Leute, die auch irgendwie mal was machen, wenn sie etwas ankotzt oder sie irgendeinen Haß auf jemanden haben. Die etwas machen, wenn sie angenervt sind von irgendwelchen Spießern, die in ihr Auto steigen. Daß sie da auch mal gegen das Auto treten und nicht Diskussionen anfangen mit den Leuten.

Ja eben aus dem Gefühl heraus ist das bei mir gekommen.



ARBEITERKAMPF: Du meintest eben,daß Du zu den Punks gegangen bist, weil Dir viele Sache stinken. Was stinkt Dir und den anderen.?

Punk: Also erst einmal die Bullen natürlich, die wie gesagt jeden Samstag in der Innenstadt einkassieren, die auch andauernd im Karo-Viertel (Karolinenviertel, die Red.) rumfahren und nachts Leute einkassieren. Oder die in der Marktstube Razzien durchziehen. Aber auch die Leute, die einen auf der Straße andauernd anmachen wegen des Aussehens. Und daß man total von der Gesellschaft abgestempelt wird, z.B. von der Springerpresse, die Sachen über uns schreibt, die an den Haaren herbeigezogen sind.

Und dann eben meinetwegen so verschiedene Jugendliche, wie z.B. die Popper, die sich nur unterordnen und überhaupt nichts machen, sondern nur auf ihre Kleidung abfahren. Uns stinkt, daß man von denen andauernd angepöbelt wird. Auf der anderen Seite finde ich es auch doof, daß viele ihre ganzen Aggressionen an den Poppern auslassen, obwohl sie vielleicht über die Bullen oder den Staat sauer sind. Daß die Popper so zum Buhmann aufgebaut werden.

Ja, das stinkt uns eben, Leute, die sich unterordnen und auch nichts akzeptieren, was irgendwie mal ausgefallen ist.

ARBEITERKAMPF: Ihr lehnt die Popper auch deswegen ab, weil sie so viel auf ihre Kleidung achten. Ihr habt aber doch auch eine ganz bestimmte Art, Euch zu kleiden und achtet da doch sicher auch sehr drauf?

Punk: Ich sehe da schon einen Unterschied. Die Popper kleiden sich z.B. so, wie es von irgendwelchen Modezeitschriften und Modemachern vorgeschrieben ist, aber bei uns ist es so, daß wir zum Teil unsere Kleidung selber nähen oder irgendetwas abändern. Jedenfalls sind wir kreativ in unserer Kleidung und nicht so wie die Popper, die nur vorgegebene Sachen anziehen. Wir färben uns auch die Haare so, wie es uns paßt und tragen nicht so einen Seitenscheitel. Da sehe ich schon einen Unterschied drin.

ARBEITERKAMPF: Was für Erfahrungen hast Du denn zum Beispiel in der Schule oder mit Behörden gemacht – mal abgesehen von der Polizei?

Punk: In der Schule wird man natürlich ein bischen dumm angepflaumt, auch von den Lehrern. Wenn man im Unterricht irgendwas sagt, heißt es gleich „aah, die Punkerin wieder" und so, aber das ist so das kleinste Übel...

Mir ist gestern etwas passiert, da war ich auf dem Bahnsteig Hauptbahnhof und hatte mich hingesetzt. Da kam gleich einer von der HVV und fragte, ob er meinen Fahrtausweis sehen könnte. Ich war die einzige, die kontrolliert worden ist! Den Fahrtausweis hat er mir abgenommen weil ich meinen Antrag nicht dabei hatte und ich mußte wieder nach Hause turnen und meinen Antrag holen. Das hat er richtiggehend gezielt gemacht; ich schließe daraus, daß Punks nicht mal mehr U-Bahn fahren dürfen ohne ständige Kontrollen. Das war gestern wieder so ein Beispiel, das mich mal wieder hochgetrieben hat. Das hat mich in meiner Meinung bestätigt, daß die Springer-Presse „gute Arbeit" geleistet hat.

ARBEITERKAMPF: Wirst Du in der Schule angemacht, weil Du anderst aussiehst oder weil Du eine andere Meinung hast als die anderen?

Schule angemacht, weil Du anderst aussiehst oder weil Du eine andere Meinung hast als die anderen?

Punk: Erstmal natürlich, weil ich anders aussehe. Und weil mich viele Leute auch gar nicht näher kennen, nur so vom Sehen. Natürlich werde ich auch angemacht, weil ich andere Meinungen habe. Aber da bin ich nicht die einzige. Angemacht werde ich hauptsächlich wegen meinem Aussehen.

ARBEITERKAMPF: Ich habe von einem Streit zwischen Rockern und Euch gehört. Was ist eigentlich damit?

Punk: Die Rocker sind im Moment ziemlich sauer auf uns, weil wir in der Presse immer als „Punk-Rocker" beschrieben werden, obwohl wir das nicht wollen. Wir sind keine Rocker und verstehen uns auch nicht so. Die sind sauer auf uns, weil wir auch in Lederklamotten rumrennen, mit Nieten und so. Da meinen sie eben, wir sind ein Abklatsch von ihnen. Im Fernsehen, in der Nordschau, sind wir einmal verglichen worden mit den Rockern der 6oer Jahre. Da war direkt der Vergleich von heute zu den Rockern. Jetzt sind sie ziemlich sauer auf uns und drohen auch schon immer damit, in die Marktstube zu kommen und den ganzen Laden auseinanderzukloppen...

Am Mönckebergbrunnen hängen auch manchmal so komische Rocker rum, die auch einem schon mal fast eine in die Fresse gehauen hätten. Das wäre für uns natürlich das tödlichste, was uns passieren kann. Jetzt mit der nächsten Gruppe vollkommen Streit zu haben, das ist irgendwie schwachsinnig, da hab' ich auch keinen Bock mehr drauf, man sollte lieber irgendwas zusammen machen oder so.

ARBEITERKAMPF: Was ich noch fragen wollte: Wollt Ihr, daß alle Leute Punks werden, oder wenigstens ganz viele, und seht Ihr Euch als politische Bewegung an?

Punk: Ich nehme wohl kaum an, daß alle Leute Punkc werden von ihrer Art und Weise her, wie sie Sachen sehen, aber es können ruhig noch etwas mehr werden. Aber ich finde z.B. ätzend, wenn irgendwelche Pseudopunks rumrennen, die 2o Plaketten an der Jacke haben aber nach Jonny Rotten überhaupt nichts mehr kommt in der Birne. Aber ein paar Punks mehr könnten wir schon werden, das wäre ganz geil.

Ich meine, eine politische Bewegung ist es schon irgendwie. Sie ist zwar noch nicht groß, aber politisch ist die Sache schon. Aber ich weiß nicht, ob es noch weiter ansteigen wird und noch viele zu uns kommen. Denn in der Presse wird alles völlig falsch dargestellt , was wir genau denken, dabei kommt nichts politisches raus. Sondern wir werden praktisch als Idioten dargestellt mit bunten Haaren und Sicherheitsnadeln.

ARBEITERKAMPF: Ihr habt also alle eine zumindest ähnliche politische Richtung?

Punk: Ja, das würde ich schon so sehen. Die Punks sind eben gegen den Staat und gegen die Regierung. Es ist ja praktisch hier so wie 1933, Polizeistaat, daß man nicht mehr auf die Straße gehen kann. Die Punks sind wohl anarchistisch, nicht organisiert in irgendwelchen anarchistischen Gruppen oder so, aber jedenfalls sind die meisten anarchistisch eingestellt. Es tragen auch viele den schwarzen Stern.

ARBEITERKAMPF: Arbeitet Ihr sonst mit politischen Gruppen und Organisationen zusammen?

Punk: Einzelne Punks arbeiten in – wenn dann anarchistischen – Gruppen mit. Aber die meisten sind unorganisiert und haben auch keinen Bock mehr auf irgendwelche Organisationen, weil in vielen Organisationen immer um Sachen drumherum geredet wird und wochenlang irgendetwas vorgeplant wird wird, anstatt mal spontan eine Aktion zu machen.

ARBEITERKAMPF: Wie ist es dann, mit einer kommunistischen Zeitung ein Interview zu machen?

Punk: Ich hab' öfter mal 'nen AK gelesen. Zum Teil finde ich es ganz gut, was drin steht und ich meine, daß es besser ist, dem AK ein Interview zu geben als der Springer-Presse, die jeweils die Sachen verdreht. Und da der AK fortschrittlich ist, steht mir ja nichts im Weg.

ARBEITERKAMPF: Wie ist es denn so als Frau? Man wird doch als Frau dazu erzogen, hübsch auszusehen und ich glaube, daß es ein ganz schön großer Schritt ist, als Frau und Punk

so als Frau? Man wird doch als Frau dazu erzogen, hübsch auszusehen und ich glaube, daß es ein ganz schön großer Schritt ist, als Frau und Punk

eben ganz anders auszusehen.

Punk: Ja, so ist es bei mir auch, daß mich das eben anstinckt, wie meinetwegen die Popper-Frauen rumrennen. Mir bringt es auch Spaß, z.B. meine Haare zu färben, um gerade gegen dieses Klischee anzugehen. Oder auch mit Lederjacke rumzurennen, was ja aggressiv ist, z.B. auch die Bullen tragen. Das wirkt irgendwie aggressiv und abschreckend. Und das ist für mich auch ein Grund, Punk zu sein: Mal völlig ausgefallen auszusehen und mal was gegen die Klischees zu machen, in die Frauen reingedrängt werden.

ARBEITERKAMPF: Habt Ihr als Frauen bei den Punks besondere Schwierigkeiten?

Punk: Besondere Schwierigkeiten würde ich nicht sagen, es sind Schwierigkeiten, die einem überall begegnen, daß man als Frau immer zu kämpfen hat, um akzeptiert zu werden. Ich finde es nur doof, daß es auch bei den Punks so ist, denn man hängt eben jeden Tag mit denen zusammen und merkt, daß man von machen Typen überhaupt nicht akzeptiert wird. Also in keiner Weise, sondern man ist nur so fürs Bett da. Da haben wie es eben so gemacht, daß wir immer so mit 6 bis 7 Mädchen zusammenhängen und immer zusammen losgehen, ins Karo-Viertel z.B. und auch immer zusammenhalten. Denn man muß sich da tierisch durchsetzen. Die haben so Gruppenverhalten, wenn sie in der Clique sind, dann müssen sie den Makker raushängen lassen. Das ist natürlich nicht so bei allen, es gibt manche die ganz korrekt sind, aber bei den meisten ist es so, daß man sich ganz schön durchsetzen muß. Weils eben so Cliquen sind, wo z.T. nur Typen drin sind. Wenn sie dann so auf einem Haufen sind, kann man schon manchmal kotzen.

Wir haben uns so zusammengeschlossen, weil es nicht so viele Punk-Frauen gibt wie Typen. Ich finde es da schon wichtig, daß man zusammenhält. Weil die Frauen manchmal, wenn sie keine Lust haben mit einem Typen ins Bett zu gehen, tierisch angemacht werden von der ganzen Clique, das geht dann manchmal ne Woche lang so. Wenn man da nicht zusammenhält als Frau, ist man die gelackmeierte. Denn allein kann man gegen so eine Clique von Typen nichts ausrichten.



Arbeiterkampf: Ich habe neulich einen Punk mit einem Hakenkreuz gesehen. Wie geht Ihr denn mit so etwas um?

Punk: Wir haben eigentlich nur einen Punk, der mit Hakenkreuz öffentlich rumrennt. Der ist zwar in der Gruppe drin, bzw. bei den Punks akzeptiert, aber eben nur so als Kumpel, politisch wird der z.T. nicht akzeptiert, wenn er so sagt, Nazis waren geil. Da sagt man dann ‚ja, ja", geht aber nicht weiter auf ihn ein. Das hat keinen Zweck, da weiter mit ihm zu reden, er steht da dahinter.

Die Faschos versuchen, bei uns Fuß zu fassen.Es waren schon irgendwelche Hansa-Banden-Leute in der

reden, er steht da dahinter.
Die Faschos versuchen, bei uns Fuß zu fassen.Es waren schon irgendwelche Hansa-Banden-Leute in der

Marktstube und haben versucht, ihre Sachen abzusetzen, einen Schlagring mit Hakenkreuz dran und so.

Und dieser Michael David hängt bei uns auch in der Marktstube rum, viele distanzieren sich auch von ihm oder hängen nicht richtig mit ihm zusammen. Sondern er wird mehr geduldet, man grüßt ihn und weiter nichts. Aber in letzter Zeit habe ich sonst keine Hansa-Banden-Leute in der Marktstube gesehen, die versucht haben ihr Zeug zu verscheuern. Die haben wohl gesehen, daß das nicht so der richtige Platz ist. Michael David, mit dem hängen vielleicht zwei Leute herum, aber sonst. . . Er ist auch keiner richtig mit ihm befreundet.

Arbeiterkampf: Was hat die Musik für eine Bedeutung bei Euch?

Punk: Musik ist für uns ein ziemlich großer Teil der Sache, weil Punk ja praktisch als Musikbewegung nach Deutschland gekommen ist. Es hat eine ziemlich große Bedeutung für die Leute, weil sie sie sich in der Musik wiederfinden, ihre Aggressionen und ihre Gefühle. Das zeigt sich auch daran, daß es jetzt in Hamburg Punk-Bands gibt, wie ‚Buttocks' meinetwegen oder ‚Razors' oder einige mehr, die echt auch in ihren Texten mal so zeigen, was eigentlich angesagt ist. Da würde ich schon sagen, daß die Musik eine ziemlich starke Bedeutung hat für uns.

Arbeiterkampf: Machen die Bands auch mit bei Rock gegen rechts?

Punk: Eine Punk-Band macht bei Rock gegen rechts mit, die anderen nicht. Ich meine, das sind Leute, die auch Texte gegen rechts machen und auch gegen die Faschos sind, die aber keinen Bock haben, in irgendeine Organisation zu gehen. Das kann ich auch irgendwie verstehen. Mir kommt es hauptsächlich darauf an, daß die Texte und die Einstellung der Leute gegen rechts ist oder nicht.



Anschläge auf Pro-Familia — Wir Frauen protestieren!

In Bremen, Hamburg und Kiel gab es in der dritten Juni-Woche Brandanschläge auf Beratungsstellen von pro familia, in denen Frauen sich auch bei ungewollten Schwangerschaften beraten und helfen lassen können, ohne dem sonst üblichen moralischen Druck ausgesetzt zu sein.

Boulevard- und sonstige bürgerliche Presse versuchten einträchtig, das Ganze als einsame Tat eines „Irren" oder „Fanatikers" abzutun. So soll davon abgelenkt werden, daß wir hier die Quittung für die vielfältige Hetze von Kirchen und reaktionären Kreisen vorliegen haben, die die Frauen als Mörderinnen und die Beratungsstellen von pro familia als Schlachtbänke beschimpfen.

In mehreren Städten gab es nach den Anschlägen Demonstrationen, bei denen auf diesen Zusammenhang hingewiesen wurde.

Bremen

Auf Initiative mehrerer Frauengruppen fand am 18.6. eine Protestdemonstration statt, an der sich ca. 2.000 Leute beteiligten – in Anbetracht der kurzen Mobilisierungszeit ein recht großer Erfolg. Die Demo fand außerdem starke Aufmerksamkeit in der Bremer Bevölkerung. Die Solidarität mit der pro familia-Stelle hier in Bremen hat für uns Frauen eine besondere Bedeutung: es ist die bislang einzige Einrichtung in der BRD, wo konsequent eine Entscheidung der Frau zum Schwangerschaftsabbruch akzeptiert wird. Frauen können hier auf schonende

schaftsabbruch akzeptiert wird. Frauen können hier auf schonende

Art – ohne Erniedrigung und ohne Schuldgefühle eingeimpft zu bekommen – ambulant abtreiben. Charakteristisch waren auf der Demo aber gleichzeitig Parolen für den Kampf gegen den § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.

Braunschweig

Nach dem Bremer Anschlag schickten Braunschweiger Frauen sofort ein Solidaritätstelegramm an pro familia. Das wurde initiiert vom Frauenzentrum, dem Frauenreferat der Fachhochschule, den KB-Frauen, dem Frauenhaus und dem Frauenbuchladen. Am Freitag organisierten die Beratungsgruppe aus dem Frauenzentrum und einzelne Frauen einen Stand in der Innenstadt. Sie verteilten Flugblätter und trugen Sandwiches. Sie sammelten innerhalb kurzer Zeit mehrere hundert Unterschriften gegen die Anschläge und für eine Unterstützung von pro familia.



pro familia Hamburg — total ausgebrannt

pro familia Hamburg — total ausgebrannt

Hamburg

In der Nacht auf den 19. Juni wurde auf eine pro familia-Beratungsstelle in Hamburg ebenfalls ein Anschlag verübt. Das Mobiliar wurde demoliert, Polster aufgeschlitzt und Brandsätze gelegt. Die Beratungsstelle ist total ausgebrannt.

Am Mittwoch fand im Rathaus ein Hearing statt, das von Journalistinnen initiiert war. Politiker wurden von Frauengruppen zur Rede gestellt. Im Mittelpunkt standen dort die Einrichtung eines Familienplanungszentrums der pro familia, ähnlich dem Bremer Modell, und die Forderung der Frauen nach sofortiger Einstellung des Abtreibungsmittels Prostaglandine, das in Hamburger Krankenhäusern an Frauen ausprobiert wird.

Ein Aufruf von pro familia Hamburg und der § 218-Gruppe zu einer Demonstration am Samstag wurde von vielen Frauen-Gruppen unterstützt (Arbeiterwohlfahrt, ASF Hamburg und Altona, der autonomen Beratungsgruppe Kampstraße, Frauen aus dem Frauenausschuß der GEW, Feministische Initiative Lohnloser Mütter, Biff-Eimsbüttel (Beratung für Frauen), AFI (Altonaer Fraueninitiative), FDP-Frauengruppe, Kinderhaus-Frauengruppe, KB-Frauengruppe, Jungdemokraten, MSB, Jusos, DFI (Demokratische Fraueninitiative), DFU, SHB, Initiativentreffen der Bunten Liste, Grüne Frauen, Z-Frauen, FG Hamm, Frauenmedienladen, FG zu Verhütungsmitteln, verschiedene Buchläden und Verlage). An der Demonstration nahmen ca. 1.200 - 1.500 Menschen teil.

Alle Redner/innen der Abschlußkundgebung wiesen darauf hin, daß die Anschläge aus einer Stimmungsmache und Kampagne von Rechts enstanden sei. Pro familia rief zur Unterstützung für die Einrichtung eines Familienplanungszentrums auch in Hamburg auf.

PRESSEERKLÄRUNG der pro familia Bremen

In der Nacht von Samstag auf Sonntag brachen bisher unbekannte Täter in das Beratungszentrum der Pro Familia Bremen ein. Durch Brandsätze an verschiedenen Stellen des Zentrums, durch Verspritzen ätzender Chemikalien und Gewalteinwirkung verwüsteten sie fast vollständig Räume, Mobiliar und Unterlagen. Der Schaden wird auf mindestens 25o.ooo DM angesetzt. Es wurden keine Gegenstände entwendet.

Ziel der Zerstörung war offensichtlich, die Arbeit des Beratungszentrums für Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch unmöglich zu machen. Nachdem bereits am Freitag, den 13.6.8o, religiös und faschistisch gefärbte Drohungen gegen Mitarbeiter ausgesprochen wurden, schließt das Zentrum nicht aus, daß es sich um di- Tat religiöser Eiferer handelt, die die Absicht verfolgen, die von der Bundesregierung und vom Land Bremen finanzierte Modelleinrichtung gewaltsam zu zerstören. Dieses Ziel ist nicht erreicht: trotz der Zerstörung wird die Arbeit ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Vorstand und Mitarbeiter des Zentrums sehen damit Befürchtungen bestätigt, daß die seit Monaten andauernde Verleumdungskampagne gegen jede Form der Familienplanung und des Schwangerschaftsabbruchs erste gewalttätige Folgen hat.

In einer Stellungnahme schreibt der Vorstand: "Die Gegner der Familienplanung, insbesondere die katholische Kirche und die CDU/CSU, sollten erkennen, wohin ihre Polemiken und die Gleichsetzung von Schwangerschaftsabbruch mit Mord und Faschismus führt. Sie werden aufgefordert, zur Sachlichkeit zurückzukehren und auf ihre Anhänger mäßigend einzuwirken."

Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung Pro Familia Bremen, für den Vorstand: Prof. Dr. Gerhard Amendt, Dr. Barbara Knieper

Die CDU zu den Anschlägen auf „pro familia"

„Das Thema Schwangerschaftsabbruch", meint Norbert Blüm, MdB und Vorsitzender der sog. Sozialausschüsse der CDU, *„eignet sich nicht für lautes Feldgeschrei. Der Schutz des Lebens kann nicht Fanatikern und Gewalttätern überlassen werden. Nur in einer sanften Gesellschaft wächst das Verständnis für das ungeborene Leben."* Nach dieser Pflichtübung kommt er zur Sache: *„Wie sehr allerdings der blinde Eifer bereits das Klima der Diskussion über den § 218 bestimmt, beweisen nicht nur die Anschläge auf ‚pro familia', sondern auch der haßerfüllte Verdacht, Kardinal Höffner und der Bundesärztetag hätten den Boden für die Gewalttätigkeit bereitet. Das ungeborene Leben ist weder von den Kirchen noch von den Ärzten mit Aggressionen und Haß verteidigt worden. Deshalb war die Kampagne der Verdächtigung auch ein Beitrag zur Aufheizung des Diskussionsklimas ..."* („Deutschland-Union-Dienst", 20.6.) – womit die Befürworter/innen einer Freigabe der Abtreibung zumindest der geistigen Mittäterschaft an den Brandanschlägen überführt sind ...

Klerikale Rechte kontra »pro familia«

Im AK 174 ist schon einmal die Rede gewesen von reaktionären Sammlungsbewegungen innerhalb der evangelischen Kirche. Damals war in Schleswig-Holstein der „Initiativkreis evangelischer Frauen" als Gegengewicht zum Frauenwerk der nordelbischen Kirche gegründet worden. Der „Initiativkreis" warf dem Frauenwerk einseitige Politisierung („Kauft keine Früchte Südafrikas") vor; es würden dort *„Positionen des politischen Feminismus"* vertreten und außerdem seien *„Tendenzen zu beobachten, die auf eine weitere Liberalisierung der Abtreibung hinauslaufen"* („Flensburger Tageblatt vom 29.10.79).

Angesichts der Brandanschläge auf vier pro-familia-Stellen in Norddeutschland und der überschnellen Erklärungen der katholischen Kirche, mit solchen Anschlägen nichts zu tun zu haben, soll im folgenden gezeigt werden, wie auch in der evangelischen Kirche rechte Kreise nahezu planmäßig eine Kampagne organisiert haben, auf deren Boden solche Sabotageakte wie in Bremen, Hamburg und Kiel ihre Berechtigung finden.

1966 wurde die „Konferenz bekennender Gemeinschaften" (KbG) aus den bis dahin zahllos zersplitterten Gruppen der klerikalen Rechten gebildet. Von Beginn an standen die Themen Ehe, Familie und Sexualität im Mittelpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Und dort speziell wiederum lag der Schwerpunkt in der Propaganda gegen jede Abtreibungsmöglichkeit überhaupt: „Damit kommt Auschwitz frei Schlafzimmer in Sicht".

Seit Frühjahr letzten Jahres gibt es auch eine zentrale Zeitung: die „Deutsche Evangelikale Zeitung DEZ", in der nahezu in jeder Ausgabe das Thema § 218 erwähnt wird. Bereits in der ersten Ausgabe behandelt sie eine Statistik der pro familia unter der Überschrift „Kindermord" („DEZ" vom 1.4.79). So „richtig" eingestiegen in das Thema ist die „DEZ"-Redaktion erst, als Kardinal Höffner sich hinter den Münchner Ärztefunktionär H. Holzgartner stellte und Abtreibung als *„Mord in Massen"* bezeichnete („FR" vom 2.8.79). In der „DEZ" vom 15.8.79 wurde dann unter der etwas verfeinerten Überschrift *„Abtreibung ist Mord"* Holzgartners These zitiert und ausgeführt: *„Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volke passiert, ist exakt der Weg nach Auschwitz."* Zwei Monate später ging es dann direkt um pro familia: Nach dem der pro familia unterstellten Motto *„wer leben will, bestimmen wir"* diffamiert der Schreiberling in kaum zu überbietendem Zynismus ein Beratungsgespräch: *„Die Verhandlung findet, wie immer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil vollstreckt ‚pro familia', und der Henker heißt ‚pro vita'. Bei der Hinrichtung ist streng darauf zu achten, daß der ‚unglücklichen Mutter' nicht schlecht wird."* Am Ende steht das *„Todesurteil"*, formuliert in *„humaner Henkersprache"* (alle Zitate aus „DEZ" vom 15.10.79). Zum Schluß folgt der anscheinend unvermeidliche Vergleich mit Nazi-Massenmorden.

Welcher Zynismus sich übrigens hinter all diesen Artikeln wirklich verbirgt, wird angesichts eines Beitrags unter der Überschrift „Raum ohne Volk" („DEZ" vom 10.3.80) deutlich: ob „Volk ohne Raum" oder „Raum ohne Volk" – das Mutterkreuz winkt. Wenn Vergleiche mit Nazi-Methoden angebracht sind, dann hier: *„Wer den Schutz des werdenden Lebens ohne die Zukunft des geborenen Lebens propagiert, setzt sich dem historisch begründeten Verdacht aus, nicht am Leben des Einzelnen interessiert zu sein, sondern allein am Wachstum der Bevölkerungszahlen. Diese Moral ohne soziale Verbindlichkeit ging in der Vergangenheit auch immer zu Lasten der Arbeiterklasse und sozialer Randgruppen"* (aus einem offenen Brief der Bremer pro familia an den Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, Juni 1979).

Das mag zunächst ausreichen. Die aus diesen reaktionären kirchlichen Vereinigungen zu erwartenden empörten Zurückweisungen aller Verdächtigungen auf Mittäterschaft erweisen sich als pure Heuchelei. Sie sind genauso schuldig wie seinerzeit Springer an dem Attentat auf Rudi Dutschke schuldig war. Und wer will schon behaupten, das habe Springer nicht gewollt? Immerhin war er noch so ehrlich, daß er das Gegenteil noch nicht einmal behauptet hat...

Kirchenkommission

§-218 – vier Jahre nach der "Reform"



– SITUATION IN MÜNSTER

– ANGRIFFE VON SEITEN DER KIRCHEN UND REAKTIONÄRER POLITIKER

Wir, die § 218-Gruppe in Münster, haben eine Broschüre gemacht, die die frauenfeindliche Abtreibungspraxis in NRW aufzeigt. Neben der Darstellung der Situation in Münster haben wir uns besonders mit den Angriffen von Seiten der Kirchen und reaktionärer Politiker auseinandergesetzt.

Aus dem Inhalt: Erfahrungsbericht, Ärzteadressen, Abtreibungsmethoden, Beratungsstellen, Bericht über Pro Familia Bremen, Strauß und sein reaktionäres Familienprogramm, die Kampagnen des Kardinal-von-Galen-Kreises, und vieles anderes

Zu bestellen bei:
Siegrid Rokassa, Hammer Straße 37 44 Münster

Frauenkonferenz in Kopenhagen

Im „Jahr der Frau", 1975, wurde in Mexiko auf einer UNO-Frauenkonferenz ein „Weltaktionsplan zur Förderung der Position der Frauen" beschlossen. Welche Fortschritte seither gemacht worden sind, soll eine **UNO-Frauenkonferenz** mit Teilnehmerinnen aus rund 150 Ländern **vom 14. Juli bis 30. Juli in Kopenhagen** untersuchen. Besondere Aufmerksamkeit soll auf die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Ausbildung gerichtet werden, die gemeinsam die Unterthemen der Konferenz bilden.

Parallel zu diesem Treffen offizieller Repräsentantinnen findet (ebenfalls in Kopenhagen) **vom 14. bis 24. Juli eine alternative Konferenz, „Forum"**, statt, an der nicht-offizielle, nichtregierungsgebundene Frauenorganisationen unterschiedlichster Art teilnehmen werden. Um den Frauen aus der Dritten Welt die Teilnahme am „Forum" zu ermöglichen, haben sich verschiedene UNO-Länder mit allerdings sehr unterschiedlicher Gebefreude an der Finanzierung beteiligt: Während die kleineren Niederlande für diesen Zweck 50.000 Dollar zahlen, konnten sich die riesigen USA gerade zur doppelten Summe aufschwingen.

Das „Forum", das auf dem Amager Campus (Universität) stattfindet, ist in vier Themenschwerpunkte gegliedert, zu denen in Arbeitsgruppen (mit spezieller Themensetzung) gearbeitet werden soll:

- Frauen aus der Friedensbewegung
- Frauen aus der Ökologiebewegung
- Frauen aus der Bewegung gegen Atomenergie, die ebenfalls eine Technologiekritik erarbeiten wollen
- Frauen aus Frauengruppen, die auf allen Ebenen gegen die Unterdrückung der Frauen aktiv sind
- Frauen, die in alternativen Projekten arbeiten.

Die Kontaktadresse für die alternative Konferenz ist:
K.U.L.U. Women and Development
Kobinagergade 67 1TV, Kopenhagen
Tel.: 0045 1 157870

Am Tag der Eröffnung, am 14.7., werden die **dänischen Friedensfrauen** dem UNO-Generalsekretär Waldheim die Unterschriften der Frauen übergeben, die sich an der internationalen Friedens-Frauen-Aktion beteiligt haben.

Die westdeutschen Aktivistinnen für den Frieden sollen am 12. Juli in Eckernförde eintreffen. Dort ist Gelegenheit zum Feiern und Übernachten. Von Eckernförde aus wird die Weiterfahrt nach Kopenhagen mit einem Sonderzug organisiert.

Kontaktadresse hierfür:
Helga Bunk
Jungfernstieg 74
2330 Eckernförde

Am 19. Juli veranstalten die Gruppierungen der dänischen Frauenbewegung ein **internationales Frauenfestival**. Die Trägerinnen sind u.a. die autonome Frauenbewegung (Rodstromper), einzelne Frauengruppen (wie „Frauen über vierzig"), internationalistische Gruppierungen (wie der „Lateinamerikanische Frauenbund" und MIR) und die Frauengruppen der organisierten Linken (von VS, SF, SAP – 4. Internationale, DKP).

Unter der Hauptparole „Der Kampf gegen die Frauenunterdrükkung ist international" haben die Vorbereitungsgruppen zu verschiedenen Themen gearbeitet:

- Das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper (Kampf für freie Abtreibung in allen Ländern, gegen die Zwangssterilisation, für freie, sichere und risikofreie Verhütungsmittel); Kontakt über Telefon 00451 228911 (Thora).
- Die Probleme der Einwandererfrauen (Kampf für wirklich gleichen Lohn von ausländischen und dänischen Frauen, für Sprachunterricht in der Arbeitszeit, gegen die Ausländerhetze); Kontakt über Telefon 00451 837459 (Dorte).
- Frauen in der Dritten Welt (Unterstützung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, für das gewerkschaftliche und politische Organisationsrecht der Frauen); Kontakt über Telefon 00451 311860 (Dorte).
- Kampf der Frauen in Dänemark (Frauenkampf im gewerkschaftlichen und politischen Bereich, für ein neues Frauenbewußtsein, für den Frieden); Kontakt über Telefon 00451 203291 (Kirsten).

K., (BO Hamburg-Barmbek) und Dänemark-Kommission



Bx. aus Münster schreibt (AK 179): *„Ich bin mir wirklich nicht sicher, ob es sinnvoll war, Co.'s Leserbrief abzudrucken"*. Was auch immer sie damit sagen will, ich finde, die drei Leserinnenbriefe, die sich ja im wesentlichen auf meinen beziehen, sprechen für den Abdruck. Außerdem glaube ich, daß ich sicher nicht die einzige Frau bin, die auf den Film so oder ähnlich reagiert hat.

Der Grund dafür, daß ich überhaupt etwas zu dem Film geschrieben habe, war nicht, daß ich meine Meinung sonderlich bemerkenswert und meine Beurteilung des Films als einzig Zutreffende empfunden hätte. Vielmehr hat der Film auch mich sehr beschäftigt; ich habe tagelang daran geknackt, wieso er bei mir nicht dasselbe Ausmaß an Betroffenheit geweckt hat wie bei anderen Frauen, ob ich denn wirklich so schrecklich unsensibel und distanziert bin. Das hat dann zu Überlegungen über die Stilmittel des Films usw. usf. geführt, also zu Erklärungsversuchen für dieses Defizit an Betroffenheit, und zwar solchen, die möglichst weit weg von mir liegen. Die Zuschriften aus Hamburg, Münster und Frankfurt haben mich da durchaus auf bessere Erklärungsmöglichkeiten gestoßen.

Die Hamburger Genossin hat sicher recht: Ein wesentlicher Faktor

Die Hamburger Genossin hat sicher recht: Ein wesentlicher Faktor ist, daß ich tatsächlich (bisher) nicht vergewaltigt wurde. Eine Vergangenheit wie ihre ist für mich irgendwie unvorstellbar, auch gerade weil ich sie kenne und weiß, was für eine tolle Frau sie ist. Natürlich bin ich wie jede Frau Benachteiligungen ausgesetzt, von denen viele im Zusammenhang mit Sexualität und – möglicher – Vergewaltigung stehen: Angst, abends, nachts, gelegentlich auch tagsüber, allein bestimmte Straßen zu gehen, Schritte hinter mir zu hören oder eine Gestalt vor mir auftauchen zu sehen; Belästigungen in der Bahn, in Lokalen, im Ausland; eingeschränkte Bewegungsfreiheit in jeder Hinsicht. Aber das alles trifft mich nur als p o t e n t i e l l e s Opfer von Vergewaltigung und ärgert mich hauptsächlich deswegen, weil es mir alle möglichen Aktionen stressiger oder gar unmöglich macht, die Männern ohne weiteres möglich sind.

Es besteht wohl schon ein qualitativer Unterschied zwischen Vergewaltigt-werden-können und wirklich Vergewaltigt-worden-sein; verglichen mit einer Vergewaltigung erscheinen mir diese alltäglichen Behinderungen relativ unbedeutend.

Wie ich auf eine Vergewaltigung reagieren würde, weiß ich nicht. Wahrscheinlich würde ich mich nicht besonders wehren (das habe ich anscheinend mißverständlich ausgedrückt in meinem ersten Brief); ich hätte viel zu viel Angst, daß es nicht klappt und der Typ dann noch brutaler wird. Allerdings, als meine Freundin und ich aus dem Kino kamen, war so ungefähr das erste, worüber wir sprachen, daß wir uns ein Messer wünschten, möglichst schmal und scharf, und daß wir uns ausmalten, wo wir es im Ernstfall am leichtesten und effektivsten plazieren könnten. Entsprechend haben wir auch im letzten Sommer auf eine versuchte Vergewaltigung meiner Freundin im Urlaub reagiert, daß wir uns eine Waffe wünschten. Insofern denke ich mir, daß ich, wenn ich selbst vergewaltigt würde, nicht mich selbst umbringen wollen würde, sondern den Vergewaltiger – aber ich würde es wahrscheinlich nicht tun.

Was nun das Akzeptieren der eigenen (bzw. unserer kollektiven) Opferrolle betrifft, so bereitet mir das zugegebenermaßen einige Schwierigkeiten. Abgesehen davon, daß ich mich in meiner momentanen Situation beim besten Willen nicht so recht als Opfer fühlen kann – es geht mir eigentlich ganz gut, und besser als manchen Männern –, ich habe auch überhaupt keine Lust dazu! Sicher, ich weiß und merke es auch dauernd, daß ich als Frau unterdrückt werde, und ich weiß auch, daß sich das nicht so schnell ändern wird, aber deswegen will ich mich noch lange nicht global als „Opfer", also als Objekt, Leidende, Ohnmächtige abstempeln lassen. Es gibt auch viele Situationen, wo ich mich stark fühle

gegenüber diesen langweiligen Ge-
peln lassen. Es gibt auch viele Situationen, wo ich mich stark fühle

gegenüber diesen langweiligen Geschöpfen in ihren grau-blauen Anzügen, die es nötig haben, über Autos, Fotoapparate und Fußball zu reden (auch'n büschen arrogant, was? Aber solange es gegen die Männer geht...), deren seelisches Gleichgewicht schon außer Kontrolle gerät, wenn frau sich von ihnen nicht den Wein einschenken oder die Tür aufhalten läßt.

Die Anerkennung der Frau als Opfer ist m.E. generell eine zweischneidige Sache, denn sie birgt die Gefahr in sich, die eigene miese Situation als „normal" für Frauen hinzunehmen, sich der eigenen Fähigkeiten nicht bewußt zu werden, oder aber auch, eigene Bequemlichkeit oder eigenen Opportunismus damit zu verschleiern. Wer aber, wie ich, nur die potentielle oder schon vorhandene Stärke von Frauen im Kopf hat bzw. fast nur mit Frauen zu tun hat, für die bestimmte, in unserer Gesellschaft eher typische Frauenschicksale schon kaum noch in Frage kommen, läuft Gefahr, eine Art von weibliche „Jede ist ihres Glückes Schmied"-Ideologie zu entwickeln, und eine dementsprechende Arroganz gegenüber Frauen, die unter weniger günstigen Bedingungen leben.

Es ist allerdings e i n e Sache, solche Weisheiten in seinem Kopf mit sich herumzutragen, um sie ggf. in politischen Diskussionen oder Artikeln wieder von sich zu geben, und eine a n d e r e Sache, auch spontan so zu empfinden.

Co., Hamburg

Gut Holz!

Zur Frage der Frauenzeitung verkaufenden Genossen

Liebe B.,
da bist Du wohl in Deinem pseudofeministischen Übermut etwas über das Ziel hinausgeschossen. Erst einmal ist es schon erstaunlich, was Du alles an Verurteilenswertem aus einem Artikelchen von vielleich 100 cm² Fläche herausinterpretierst. Möglicherweise war dieses Artikelchen nur der willkommene Anlaß, aufgestauten Unmut über ganz andere Genossen und Verhaltensweisen loszuwerden?

– Du glaubst also dem Genossen nicht, daß ihn die Anmachen beim Verkauf der Frauenzeitung überrascht haben, sondern unterstellst ihm, er habe diese geradezu erhofft, um sich damit wichtig zu machen und als besonders frauenfreundlich profolieren zu können. Und er soll sich auf die Anmachen bloß nichts einbilden, das sei schließlich gar nichts gegen das, was wir Frauen tagtäglich mitmachen (Wenn hier jemand angemach. wird, dann sind das wir!).

Da ist natürlich was dran, ein Mann wird unsere Erfahrungen beim Zeitungsverkaufen ebenso wie in anderen Bereichen nicht vollständig nachvollziehen können. Aber darum ging es hier ja auch gar nicht. Du übersiehst, daß hier eine ganz andere Art von Anmache vorlag, die, wenn auch in gewisser Weise vorhersehbar, s o doch neu war, einfach deshalb, weil frauenzeitungsverkaufende Genossen selbst in unserer Organisation noch verhältnismäßig selten sind; anscheinend kommen nur ganz durchtriebene Softis auf solche Ideen.

Wenn Frauen nicht nur als Linke, sondern auch speziell als Frauen angemacht werden, dann oft in der Weise, daß ihre politische Meinung ignoriert oder bestenfalls als exotisches Beiwerk betrachtet wird (womit eine Frau sich so beschäftigt, ist eh nicht von Bedeutung), während das Hauptaugenmerk dem potentiellen Sexualobjekt gilt. Oder aber die aktive und energische Frau wird als unweiblich empfunden; die Aggressionen richten sich dagegen, daß ihr Gebrauchswert für den Mann herabgesetzt ist.

Ein Mann hat beim „Kunden" natürlich erstmal den Vorteil, daß er ganz anders wahr- und ernstgenommen wird. Es wird ihm aber umso mehr übelgenommen, wenn er sich als Verkäufer einer Frauenzeitung aus freien Stücken in einen diskriminierten Status hineinbegibt.

Der Unterschied läßt sich illustrieren an der unterschiedlichen Einstellung von Männern gegenüber Lesben bzw. Schwulen.

Was Lesben betrifft, so läßt den Männern hier wohl hauptsächlich der Umstand keine Ruhe, daß Frauen möglicherweise ohne sie, insbesondere ohne ihre prächtigen Schwänze, auskommen könnten. Das erklären sie sich dann dadurch, daß es sich entweder um Frauen handelt, die „keinen abgekriegt" haben oder aber, daß nur der „Richtige" noch nicht gekommen ist. „Männliches" Verhalten lesbischer (und anderer) Frauen ist nur in dem Zusammenhang relevant, daß sie „keine richtigen Frauen", d.h. keine in der üblichen Weise verfügbaren Sexualobjekte darstellen. Die sonstige Anerkennung (als „Kumpel") muß dadurch nicht beeinträchtigt sein.

Was die Männer in bezug auf die Schwulen beschäftigt, ist offensichtlich am wenigsten deren mangelndes Interesse an Frauen; das Interesse richtet sich ausschließlich auf die „weiblichen" Attribute wie Sprache, Kleidung, Gang. Schwulenwitze zeigen, daß Männer, d9e sich in die untergeordnete weibliche Rolle hineinbegeben, von ihren Geschlechtsgenossen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

– Du schreibst, Du würdest es auch merkwürdig finden, als Frau eine Schwulenzeitung zu verkaufen, weil Du deren Position nicht vertreten könntest, wenn Du z.T. noch „auf der anderen Seite" stehen würdest und außerdem von ihrer Unterdrükkung nicht betroffen seist.

Zum ersten: Wir stehen immer „punktuell noch auf der anderen Seite". Auch wenn ich als Frau eine Frauenzeitung verkaufe, ist damit doch noch lange nicht gesagt, daß nicht auch in meinem Kopf noch „Relikte meiner bürgerlichen Erziehung und Anpassung" auch über die Rolle der Frau in rauhen Mengen ihr Unwesen treiben; es wäre ganz unerklärlich, wenn dem nicht so wäre. Soll ich daraus die Konsequenz ziehen, keine Frauenzeitungen mehr zu verkaufen, zu erstellen? Und wie kommen wir dann dahin, daß diese Relikte dezimiert werden?

Zum zweiten: Wir sind auch von unserer eigenen Art von Unterdrükkung immer in unterschiedlichem Maße betroffen. Ab wann kann z.B. eine Frau nach Deiner Meinung eine Frauenzeitung glaubwürdig verkaufen: Muß sie vergewaltigt worden sein? Muß ihr Ehemann oder Freund sie prügeln? Muß sie abgetrieben haben, oder reicht es, daß sie die Pille nicht verträgt? Darf sie überhaupt eine gute Ausbildung haben oder einen qualifizierten Arbeitsplatz?

Mit Deinen Kriterien für Betroffenheit wird Solidarität von vornherein abgewürgt. Was wir wollen, ist doch, daß sich m e h r Menschen auch von der Unterdrückung anderer betroffen fühlen, daß diese für sie selbst auch unerträglich wird und sie sich auch gegen diese Unterdrückung wehren. Wir können doch nicht bei jedem Protestierenden erst einmal untersuchen, ob er sich durch persönliche Betroffenheit auch ein Anrecht auf diesen Protest erworben hat.

Wenn also ein Mann eine Frauenzeitung und eine Frau eine Schwulenzeitung verkauft, so ist das ein positiver Ansatz, der zeigt, daß der/diejenige sich bemüht, über verbale Zugeständnisse hinaus etwas zu tun. Die Gefahr, daß sich daraus eine Massenbewegung entwickeln könnte, besteht m.E. nicht.



– Dir sind Männer, die offen sagen, daß sie mit einer Frauenzeitung nichts anzufangen wissen, lieber als solche, die ihre Position als Mann und Unterdrücker ablehnen bzw. sich durch „Solidarität" von ihr „freikaufen" wollen. Die Jungs sollen offen sagen, was sie im Kopf haben. Die „befreienden" Theorien eines Mr. Knittel müßten ja ganz nach Deinem Herzen sein. Ist Dir auch ein Nazi, der sich ungeniert zu seinen rassistischen Ideen bekennt, lieber, als einer, der sich das nicht traut?

Deine Forderung an die Männer, ihren Gehirnschrott vor uns auszubreiten, damit wir sie besser fressen können, ist doch naiv.

Erstens werden sie sowas höchstens tun, wenn wir ihnen nicht ernsthaft gefährlich werden können (also nix vonwegen angreifen!) und dann geht das Ganze nach hinten los.

Zweitens: woher sollen sie bei ihrem unterentwickelten Bewußtsein in diesen Dingen eigentlich wissen, was alles „Mist" ist und was nicht?

Drittens werden und müssen wir Frauen ihrem „Mist" früher oder später sowieso auf die Spur kommen, ob sie das nun wollen oder nicht; in ihren Äußerungen und Handlungen verraten sich die Typen ja doch.

Dieser Meinung bist Du anscheinend auch und hast also versucht, dem „Mist" in diesem Artikelchen auf die Spur zu kommen. Ich kann Dein Bedürfnis, „Mist" in Zukunft etwas deutlicher aufbereitet vorgelegt zu bekommen, gut verstehen, denn offensichtlich ist Dir sein Nachweis an diesem besonders hinterlistig geschriebenen Objekt nicht überzeugend gelungen.

Nichts für ungut! Co./
AG Frauen, Hamburg

Liebe Genossin B.,

Leider bin ich aus zeitlichen Gründen bisher nicht dazu gekommen, auf Deinen Artikel zu antworten. Dies will ich im bzw. für den nächsten AK nachholen.
Der Frauenzeitung-verkaufende Genosse

Schocker in der Frauenkneipe?

Am 13.6. habe ich der Hamburger „Frauenkneipe" einen Besuch abgestattet, um freundlich nachzufragen, ob ich ein Veranstaltungsplakat (Henning Venske, Duo Z, vom Kinderhaus veranstaltet) aushängen dürfte. Ich wurde mit einem schroffen „Nein" abgebürstet. Auf immer noch freundliche Nachfrage, warum denn nicht?, bekam ich die Antwort: „Wir können solche Ficker nicht gebrauchen"! Ich fragte nochmals nach, wie sie das denn gemeint hätten – und wurde verabschiedet mit der „freundlichen Aufforderung": „Tschüß Tante". Ich fand, daß das ein unmögliches Verhalten von Frauen Frau gegenüber war, zumal ich zu jeder Auseinandersetzung bereit war. Nicht genug, daß Frau sowieso schon beim Verkauf und Aushängen von Materialien angemacht wird, nun auch noch in der Frauenkneipe?

Die anwesenden Frauen waren sich anscheinend sehr einig, von Protest oder Einlenken habe ich nichts vernommen. Dies schreibe ich, weil mir schon mal Ähnliches passiert ist, ich von Frauen angemacht wurde, ich soll doch zu meinem Ficker gehen. Wahre Liebe gäbe es nur unter Frauen. Schade, ich dachte mal, daß die Frauenkneipe Zufluchtsort für Frauen sein soll, wo sie ungestört diskutieren, sich frei von Anmachen unterhalten können! Ich weiß von Frauen, die „bewußt" die Frauenkneipe meiden, weil sie ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Ich möchte nun nicht dahin tendieren, daß alle Frauen in der Frauenkneipe solche Auseinandersetzungen führen, dazu weiß ich zu wenig, möchte aber schon, daß es möglich sein muß, eine andere Auseinandersetzungsform zu finden, nämlich solidarisch. Möchte alle Frauen, die die Frauenkneipe besuchen, dazu auffordern, bei ähnlichen Erfahrungen, dies nicht einfach ruhen zu lassen und sich privat zu ärgern. Denn eine Frauenkneipe finde ich immer noch POSITIV. Oder findet Ihr das Verhalten in Ordnung? Ich bin jedenfalls sehr betroffen, einmal über die Art und Weise der Auseinandersetzung und diese platten Argumente, die keine sind, und wünsche mir eine solidarische Auseinandersetzung mit Frauen, auch wenn andere Meinungen dazu da sind. Es ist uns Frauen nun wirklich nicht damit gedient, uns auch noch gegenseitig fertig zu machen.

Eine AK-Leserin

Betrifft: Chauvinismus – Vergewaltigungsdiskussion in der »Z«



Alle Jahre wieder reckt der Chauvinismus in der Linken sein abgetakeltes Haupt zwecks Auskundschaftung der HERRschenden Lage: Ist Mann noch HERR im Hause?
Die Handlanger/innen dieser Frauenverächter, dieser Eiferer, dieser bürgerlichen, kleinmütigen Kapitalismusprodukte im linken Gewande, funktionieren schon: Anfang Juni bescherte uns diese Gesinnung eine Broschüre: „Z-Frauen Sondernummer".Thema: „betrifft: Vergewaltigung"; Verfasserin Christine Peters. Dieses Heftchen (zum moderaten Preis von nur 1,50 DM) gibt in einem 10-Seiten-Artikel vor, zu folgenden Themen aufzuklären:

- **Auseinandersetzung mit Aspekten feministischer Theorie..**
- **Symptom der Ausbeutergesellschaft oder Ausdruck der Männerherrschaft?**
- **Ist der Täter ‚psychisch krank'?**
- **Strafverschärfungen sind keine Lösung.**

Vorsicht – Feministischer Sumpf!

Aber bevor es inhaltlich werden soll, sorgt im Vorwort die Frauenkommission der „Z-Fraktion" (wieso eigentlich Fraktion? Leidet die ‚Z' unter Halluzinationen?) für die richtige Stimmung:

In der Debatte über Vergewaltigung sei das *„linke Selbstverständnis ... über Bord gekippt"*, weil *„einige linke Gruppen ... auf die ... emotionalisierte und subjektive Sichtweise (von) Teilen der feministischen Frauenbewegung eingegangen"* seien. Diese *„Subjektivität ergeht sich in der A b s c h e u vor der Tat – und dem Täter – und in dem M i t l e i d mit dem Opfer"* (Hervorheb. von mir). Frau/man soll sich doch bitte schön nicht dem Haß hingeben, sich *„nicht gehen lassen in Gefühlen ...., (da) sie einem Rechtsdrall wenig gefeit sind ... (und) deutlich reaktionäres Gedankengut zuspielen"*. Der Artikel solle **„das Thema aus dumpfer Emotionalität herausnehmen"**. Gemeint ist selbstverständlich die „dumpfe Emotionalität" der Feministinnen und ihrer GRAUZONEN im KB.

Ganze z w e i rechtschaffende Punkte entdecken die Z-Frauen bei den Feministinnen: den Anfang der

Ganze z w e i rechtschaffende Punkte entdecken die Z-Frauen bei den Feministinnen: den Anfang der Gewaltdiskussion in der Öffentlichkeit und Frauenhäuser.

Aber welch internationaler Horror an ‚feministischen Formen des Widerstandes' steht dem (auf 1,5 Seiten) gegenüber:
Bemalte Pornoläden, eingeworfene Pornoscheiben, eine Bombe in 'nem Sexkino, Belästigung von linken Vergewaltiger-Anwälten, Flugblätter mit Tathergang und Name des Vergewaltigers, Parolen an seiner Haustür, Forderungen nach Gesetzesverschärfungen und Erweiterungen (z.B. die Ahndung von Vergewaltigung in der Ehe, oder von oraler und analer Vergewaltigung). Außerdem erwischten die Z-Frauen „Teile der westdeutschen feministischen Frauenbewegung" bei der dumpf-emotionalisierten Diskussion *„ob und wie man an einzelnen Vergewaltigern Rache nehmen kann"*. Last not least *„hängen sich andere, z.B. die KB-Frauen, an die feministische Bewegung dran, ohne sich analytisch mit dieser Frage auseinanderzusetzen"* (Seite 5).

Diese und ähnliche scharfsinnige Analysen wie: **„KB-Frauen tappen blind hinter den Feministinnen her"** (S.7) ziehen sich als ML'iger Faden durchs Artikelchen.

Wissenschaft ade!

Nach dieser Einstimmung wird „die feministische Theorie des Vergewaltigers" erläutert. Laut Z-Frauen gibt es nur 2 Bücher in deutscher Sprache zu dem Thema. Deshalb muß die/der Leser/in auch verstehen, daß die Z-Frauenkommission nicht in der Lage war, umfassend und fundiert zu dem Thema Stellung zu beziehen! (Wir empfehlen: Annette Dröge, Zur Lage der Frau, ein Bücherverzeichnis, 1978, Seite 25 = 11 Bücherangaben zu diesem Thema).

Aber wer suchet, die findet auch in einem einzigen Buch (hier: „Gegen unseren Willen" von Susan Brownmiller) d i e feministische Theorie. Also bitte Achtung bei der Z-Interpretation der zwei folgenden Brownmiller-Zitate:
„Seine (des Mannes) von der P s y c h e (Hervorh. von mir) *ausgelöste Triebregung hängt nicht im mindesten ab von ihrer (der Frau) biologischen Bereitschaft und Empfänglichkeit".*

„Vergewaltigungen (finden) seit prähistorischer Zeit statt, unabhängig von den verschiedenen Gesellschaftssystemen". Vergewaltigung soll ein Problem sein, das lediglich in Kriegszeiten verschärft auftritt und ansonsten *„nicht mehr und nicht weniger als eine Methode bewußter systematischer Einschüchterung (ist), durch die a l l e M ä n n e r a l l e F r a u e n in permanenter Angst halten"* (Hervorh. Brownmiller).

Diese Theorie ist laut Z-Frauenkommission: Sexistisch, biologistisch, eine Feststellung der angeborenen Aggressivität; sie solle Frauen vom Kampf gegen die Männer überzeugen, und außerdem fühlen sich die Z-Frauen an den reaktionären Biologismus a la Konrad Lorenz erinnert (Die faschistische Keule wird noch öfter geschwungen – Zitate S. 5 und 6).

Brownmiller, die sich selber als Linke bezeichnet, glaubt nicht, daß durch den Sozialismus automatisch die Frage der Vergewaltigung gelöst wird. Sie behauptet, daß es solange Vergewaltigung geben wird (auch im Sozialismus), wie sich die HERRschende Sexualität nicht ändert, solange, wie die Funktion dieser Sexualität – nämlich Eroberung – nicht abgeschafft wird. Sie behauptet außerdem (als gravierende Widersprüche zur „Z"), daß es keinen „Prototyp des Vergewaltigers" gebe, daß die Mehrheit der Vergewaltiger weder aus der Unterschicht komme noch neurotisch oder sexuell gestört sei (alles Hauptthesen der Z-Frauen).



eine Feministin (KB-Frau?) auf dem besten Wege, einen „räuberischen Diebstahl" an einem Mann zu begehen

Eine Auseinandersetzung darum kann sich die „Z" sparen, da sie Brownmiller ja bereits zur reaktionären Feministin gestempelt hat. Außerdem wird – oberflächlich begründet – nachgeschoben, daß die amerikanische Untersuchung eh nicht auf BRD-Verhältnisse zu übertragen seien

Die „Sozialisation des Vergewaltigers" aus HERRschender Sicht

Nachdem nun Feministinnen samt Grauzonen total demaskiert und widerlegt worden sind, erfährt die/der gespannte Leser/in endlich, wo's lang gehen muß: Es geht um die „Frage der Ursache", um die S o z i a l i s a t i o n des Vergewaltigers: *„Woher (kommt) der Vergewaltiger, was (ist) das für ein Mann, der zum Vergewaltiger wurde?"* (Seite 7). Und weil wir mit den Amis nichts am Hut haben (von wegen „nichtrepräsentativ"), suchen wir uns ein westdeutsches Buch; das ist zwar schon neun Jahre alt (Eberhard Schorsch, „Sexualstraftäter", 1971) und handelt von 416 Sexualstraftätern, wo immerhin sage und schreibe 56 Vergewaltiger drunter sind (bei jährlich über 100.000 Vergewaltigungen), und es handelt sich ausschließlich um Insassen einer psychiatrischen Universitätsklinik – also gerade dem Ort, wo der echte, der „t y p i s c h e" Vergewaltiger zu finden ist. Ja, und besonders repräsentativ sind die untersuchten Täter, weil sie alle „Gewohnheitstäter" sind. Man nehme 56 Insassen einer psychiatrischen Klinik und schlußfolgere: Die meisten Vergewaltiger sind psychisch kranke Menschen!...

Hier haben die Z-Frauen die richtigen, die absolut repräsentativen Vergewaltiger gefunden; da erblassen doch Brownmiller und Butzmühlen mit ihrem amerikanischen Flitter vor Neid...

Und diese 56 Psychiatrie-Insassen müssen jetzt (auf 3 Seiten) für die folgende 'Theorie' herhalten:

1. Die meisten Vergewaltiger lassen sich in „Tätertypen" unterscheiden:

1a) den 'kriminellen, meist asozialen Täter': mit häufigen Bordellbesuchen, ungünstigen Familienverhältnissen, schlechter Schulausbildung etc. Außerdem spielt da bei der Vergewaltigung Alkohol eine große Rolle. *„Die Vergewaltigung selbst besteht überwiegend in abrupten sexuellen Überfällen, ohne Rücksicht auf die Frau"*, schreiben die Z-Frauen. Sie meinen das sicherlich im Vergleich zu den rücksichtsvolleren Vergewaltigungen anderer „Tätertypen".... Originalton „Z": *„Es kommt auch* gelegentlich *vor, daß solche Überfälle ohne eine solche 'Vorgeschichte' des Täters durchgeführt werden. Dann aus einer momenta*nen, situationsausgelösten *Haltung von Frauenverachtung und Haß von* enttäuschten *und* betrogenen *Ehemännern, die* unter Alkohol *eine Frau überfallen"* (Alle Hervorh. von mir – d. Verf.).

Merke: „Normalerweise" braucht ein Vergewaltiger folgendes Vorspiel: 'ne sozialisationsgeschädigte Vorgeschichte, bestenfalls Unterschichtsangehöriger, ein momentanes, möglichst durch Alkohol bedingtes Ausklinken und 'ne Ehefrau, die just fremdgegangen ist. – Nach dieser Analyse weiß frau wenigstens genau, wen und was sie meiden muß.

Unter diesen Bedingungen kann der Vergewaltiger sich der Solidarität der Z-Frauen sicher sein; sie bescheinigen ihm, daß nicht er, sondern seine sozialen Verhältnisse verantwortlich sind.

1b) Mann hat auch noch die Chance, ein *„zurückgebliebener Spätentwickler"* zu sein. In diesem Fall muß seine Familie nicht ganz so kaputt sein, aber Unterschicht, Einzelgängertum und Minderwertigkeitskomplexe sind erforderlich. Seine Entschuldigung ist, daß er psychisch gestört ist.

1c) Dann hat die Z noch *„die geschlechtsspezifische Situationsverkennung"* zu bieten (die bezieht sich in der von der „Z" zitierten Untersuchung noch auf sage und schreibe 11 untersuchte Männer). Wer sich hinterher entschuldigt, wem es leid tut, oder wer gar die vergewaltigte Frau fragt, ob es ihr Spaß gemacht hat, bei dem war es halt eine „Situationsverkennung".

Das muß frau verstehen (Die „Z" versteht's).

Vorsicht vor den Männern der Arbeiterklasse!

2. Nachdem wir nun erkannt haben, daß die meisten Vergewaltiger aufgrund ihrer Sozialisation und Psyche nicht verantwortlich gemacht werden können, wird noch die Klassenzugehörigkeit genauestens 'recherchiert':

Es sind nämlich von den 56 Vergewaltigern in der Psychiatrie nur 2% der Täter aus der Mittel- und Oberschicht.

Da sich also kaum Oberschichtler bei Vergewaltigungen erwischen lassen, da sie sich cleverer verhalten (können Frauen besser einschüchtern oder mit Geld schmieren) und weil schlimmstenfalls in den psychiatrischen Unikliniken feudale Privatstationen für Oberschichtler zur Verfügung stehen, waren halt unter 56 Vergewaltigern nur 2% Oberschichtler. Diese 'wissenschaftliche' Untersuchung ist doch wirklich blendend, oder? (Achtung: Antifa-Kommission! Wie wäre es mit einer Statistik über Sozialisationsschäden, Neurosen und Schichtzugehörigkeitsüberprüfung von Nazis, zwecks selbstkritischer Überprüfung unserer antifaschistischen Aktionen?! 56 Nazis reichen, den Rest könnt ihr dann schätzen!).

Natürlich haben es die Unterschichtler (wie in jeder Beziehung) schwerer, auf ihre Kosten zu kommen: Sie vergewaltigen eher auf der Straße, wo sie leichter erwischt werden, sie geraten an Opfer, die sich eher trauen, sie anzuziegen (da der Vergewaltiger ihnen fremd ist); die Mittel- und Oberschichtler vergewaltigen eher gegen Bezahlung (Salons, Privatzirkel, Edelpuffs...).

Sexuelle Probleme und Neurosen machen's möglich

Sexuelle Probleme und Neurosen machen's möglich

Übel kann frau/man bei der Sexualitätsauffassung der „Z" werden: Ein (Unterschichts-) Vergewaltiger hat sexuelle Probleme, und leider kann er die nicht so günstig lösen wie die Oberschichtler: *„Das Benutzen von Pornos und sexuellen Phantasien ist aber eine Möglichkeit um mit sexuellen Schwierigkeiten fertig zu werden. ... Das 'Klarkommen' mit der Sexualität (ist) von der Klassenlage abhängig"*. Logisch: Mit Schotter findet Mann sogar Frauen, die sich „freiwillig" vergewaltigen lassen; außerdem können die 'Oberen' auch mit der Wohltätigkeit der Klassenjustiz rechnen.

„Z"-These: **Vergewaltiger sind psychisch krank** – und wer das Gegenteil behauptet, ist faschistoid! Im AK 171 stand das Gegenteil, und die „Z" weiß auch warum: Um *„die letzten sozialen Bedenken, die letzten Skrupel gegenüber einer vollständigen Verurteilung zu beseitigen, die man bei einem Linken erwarten dürfte"* (Erwartet werden hier Skrupel, nicht die Verurteilung!). Der AK hat, laut „Z", den bedauernswerten Hartmut Scharmer (linker Anwalt) auf die Fährte von Charles Bronson getrieben (Seite 10), hat ihn dazu gebracht, wie Bronson 'rot zu sehen', denn aus Hartmuts manipulierter Feder (bzw. Schreibmaschine) floß: *„Es ist eine Frage, welche Interessen an erster Stelle stehen, die der Frau oder die des Aggressors"*. Und der AK schürt die Stimmung, bringt die Leute zum Durchdrehen (immer noch Vorbild Charles Bronson), bis sie *„alsbald dort landen, wo 'Triebtäter' allgemein vernichtet gehören, wo man nach der Todesstrafe für 'Kinderschänder' schreit, wo Ordnung und Sauberkeit auf Deutschlands Straßen gefordert werden"* („Z", Seite 10).

Wenn die „Z" das wirklich von uns denkt, wird mir angst und bang, was wir als KB noch von ihnen an politischen Bekämpfungen zu erwarten haben. Und so geht es weiter: Wer das Interesse der Frau vor die Sozialisation, Psyche, Sexualnöte, Schichtzugehörigkeit etc. des Vergewaltigers stellt, der *„stimmt in den Ton der Leute ein, für die 'Triebtäter' eine Sündenbockfunktion (haben) ... Die Taten eines Sadisten wecken sadistische Phantasien, denen bei einer solchen Gelegenheit freier Lauf gelassen werden kann ... verpönte Triebregungen schaffen sich bei solchen Gelegenheiten ein Ventil ..."* („Z", Seite 10).

„Dieser Mechanismus wird von der politischen Reaktion immer wieder ausgenutzt..." (ebd.).

Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?

Nachdem uns nun auf 10 Seiten erklärt wurde, warum Vergewaltiger psychisch krank sind, aufgrund ihrer Sozialisation nicht verantwortlich gemacht werden können, Unterschichtler sind und deshalb die volle Solidarität der Linken zu bekommen haben (wer behauptet, daß die meisten Vergewaltiger ganz 'normale' Männer sind, wurde kurzerhand in die faschistische Ecke geschoben), erklärt uns nun die „Z" (Ja, wir bekommen was geboten für 1,50 DM):

„An dem Aspekt, daß es sich bei Vergewaltigern nicht um einen psychisch kranken Mann handelt, ist in gewisser Sicht natürlich etwas dran", denn *„ein Mann, der vergewaltigt, ist in seiner Sexualität äußerst selten auf Vergewaltigungen f e s t g e l e g t. Insofern handelt es sich nicht um einen 'sexuell-kranken' Menschen, (sondern) Schorsch* (und „Z") *vergleicht Vergewaltiger eher mit D i e b e n ; er schreibt: 'Das Notzuchtdelikt ist vielfach einem räuberischen Diebstahl verwandter als der sexuellen Deviation (Abweichung)'. Insofern ist der Hinweis richtig, daß es sich bei Vergewaltigern um 'normale' Männer handelt"* („Z", Seite 11, Hervorhebungen von mir).

Erst war es ein sozialer Schaden, dann ein psychologischer, dann eine sexuelle Störung, eine Situationsverkennung, dann die Unterschicht, nun, mittlerweile ist die „Z" bei der Erkenntnis gelandet, daß es sich schließlich nur um ein Delikt handelt, das mit Diebstahl gleichzusetzen ist. Und welche/r Linke hat, bitte schön, was gegen Klauen?!
Sagte mal jemand: Vergewaltigung ist Folter?
Sagte mal jemand: Vergewaltigung zerbricht eine Frau?
Sagte mal jemand: Vergewaltigung Folter?
Sagte mal jemand: Vergewaltigung zerbricht eine Frau?
Sagte mal jemand: Vergewaltigung macht dich innerlich tot?
Alles Unsinn!
Vergewaltigung = räuberischer Diebstahl!

Sprach die „Z" nicht von „dumpfer Emotionalität" (was immer das sein mag)? Bei diesem Passus ist mir schlecht geworden, ich zittere und habe Tränen in den Augen vor so viel Frauenverachtung!

Abschließend muß die „Z" noch den M/L strapazieren: *„Nicht der Vergewaltiger ist krank* (er ist eine Art Dieb mit sexuellen Schwierigkeiten) *„sondern die Gesellschaft ist krank ... Also kann ein Vergewaltiger nicht allein verantwortlich gemacht werden"*. Denn es gibt nun nicht mehr nur e i n Opfer, sondern z w e i: Mann und Frau!

Vorschlag an die „Z" (z.B. zum Einbringen in die Grünen): Ersatzlose Streichung des §177 (Vergewaltigung) – und für jede Vergewaltigung kommt ein Kapitalist in den Knast. 1. ist das schön wirklichkeitsnah und 2. hören dann die Vergewaltiger sicherlich auf, zu vergewaltigen...

Daß die „Z" gegen Strafverschärfungen, Selbsthilfe-Aktionen von Frauen etc. ist, ergibt sich von selbst. W o f ü r sie ist, verschweigt sie schamhaft.

Ich habe diesen schrecklichen Artikel nicht wegen der „Z" geschrieben, sondern weil ich weiß, daß etliche dieser Positionen auch von anderen (Schein-) Linken vertreten werden. In diesem Zusammenhang muß ich leider auf das nächste „Kursbuch" verweisen (nicht kaufen!), in dem die Diskussion um Verteidigung von Vergewaltigern durch linke Anwälte von einem hohen SBler ähnlich widerlich geführt wird wie von der „Z". Hier gibt es natürlich keine Scheu, massenhaft den AK zu zitieren. Im Radio war schon eine 20-minütige Ankündigung.

Ich hoffe in j e d e m F a l l auf massenhafte Selbstjustiz!

Bx., KB Münster
Mit Hilfe nächtlicher Telefonate bei Frankfurter Genossinnen

Gay Pride '80
Ein voller Erfolg!



Es wird wärmer in der BehÄrrDeh. Mehr als 3.000 Lesben und Schwule und Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren, haben in diesem Jahr am „Christopher-Street-Day" (28. Juni) gegen die Diskriminierung der Homosexuellen demonstriert. Mit über 1.300 Menschen (die Veranstalter sprachen sogar von 1.500) war die Hamburger Demo die größte. In Westberlin demonstrierten rund 1.100, in Reutlingen 400 und in München etwa 300. (Voriges Jahr waren es in Bremen 600, in Berlin 500 und in Stuttgart 300 gewesen.)

Der Christopher-Street-Day erinnert an die großen Straßenkämpfe

Der Christopher-Street-Day erinnert an die großen Straßenkämpfe und Massendemonstrationen gegen Bullen-Razzien und -Überfälle in der Nacht vom 27. zum 28. Juni 1969 und an den darauffolgenden Tagen und Wochen in .der Christopher Street im New Yorker Stadtteil Greenwich Village. Mit diesem Ereignis, bei dem die Schwulen und Lesben zum ersten Mal massenhaft öffentlichen und körperlichen Widerstand gegen ihre Unterdrückung leisteten, verbindet sich international der Beginn der modernen Schwulen- und Lesbenbewegung (siehe auch AK 179).

In der BRD war 1980 das zweite Jahr, in dem am Christopher-Street-Day demonstriert wurde. In Hamburg ging es mit Musik, Transparenten und viel Konfetti durch die Innenstadt, wo natürlich eine Menge los war. Überall am Rand staunten, lachten, schimpften und diskutierten die Passanten über Lederkerle, Tunten und die, die eigentlich gar nicht „so" aussahen.

Auf einer Kundgebung auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz wurde über die Geschichte des Gay-Pride, Schwulen/Lesbendiskriminierung heute und die Forderungen der Kundgebungsteilnehmer informiert. Eine Frau begründete die Teilnahme einer heterosexuellen Unterstützergruppe, der Hamburger Tuntenchor sang für die Umstehenden und schließlich kamen Solidaritätsadressen für die Demo, u.a. von der SDAJ (!), aus Holland, Dänemark und den USA.

Zu einer Bullen-Provokation kam es am Ende der Demo. Während der Abschlußkundgebung im Sternschanzenpark wurde in der Grünanlage ein Bulli umstellt, aus dem schon die ganze Zeit Schwule und Lesben fotografiert worden waren.

Rotzfrech erklärten die Insassen des Wagens auf Anfragen, daß sie vom Jugendamt seien und für die Kartei fotografieren würden. Das alles zwei Tage nach dem großen Parteien-Hearing, auf der erklärt wurde, es gebe keine Rosa Listen, bzw. man würde sich für die sofortige Abschaffung einsetzen!

Auf diese Provokation antworteten die Demo-Teilnehmer mit der Forderung nach Herausgabe der Filme. Nachdem daraufhin als einzige Reaktion nun noch hektischer aus dem Wagen fotografiert wurde, setzten Schwule und Lesben den Bulli kurzerhand außer Betrieb. Als schließlich die Bullen Verstärkung holten und den Wagen aus dem Park schieben wollten, wurde versucht, den Ausgang der Grünanlagen zu blockieren.

Kompromißlos prügelten daraufhin die Polizisten mit Schlagstock und Chemischer Keule den Ausgang frei. Einige Demonstranten wurden dabei verletzt!

Klatschnaß vom Regen und voller Wut über diese Schweinerei verließen wir am Ende den Sternschanzen-Park. Eins ist klar: Wir lassen uns durch diese Provokation nicht einschüchtern. In diesem Land wird es noch viele Gay-Pride-Days geben.

In Hamburg gab es während der ganzen Woche vor dem Christopher-Street-Day eine „Gay-Pride-Week" mit Feten, Filmabenden, Kulturveranstaltungen und einem mit rund 800 Leuten hervorragend besuchten politischen Hearing im Audi-Max der Universität. Vertreter der Grünen, der FDP, der SPD, der DKP und sogar der CDU stellten sich unter der Diskussionsleitung der Fernseh-Journalistin Luc Jochimsen den bohrenden Fragen des Publikums.

Wir werden über diese Veranstaltung ebenso wie über die Einzelheiten der Christopher-Street-Day-Feiern im In- und Ausland im nächsten AK noch ausführlicher berichten. Erlebnisberichte von AK-Lesern sind uns dazu herzlich willkommen (über Verlagsadresse).

Schwulengruppe des KB

Westberlin : Beratungsstelle von Lesben und Schwulen für Lesben und Schwule

„Nach langem Hin und Her bekam ich endlich einen Termin und stellte mich in der Klinik für psychosomatische Krankheiten in der Müllerstraße (AOK-Institut) vor, wo ich meinen Zustand und meine Erlebnisse, wie dann so oft später, schilderte. Von dem dortigen Arzt wurde ich an die Poliklinik Nußbaumallee verwiesen. Der dortige Arzt zeigt sich zunächst — welche Offenbarung für mich — verständnisvoll und hilfreich. Es wurde alles für folgende Einzelgespräche abgesprochen. Die für mich als selbstverständlich geltende Erwähnung meiner Homosexualität (Sind Sie verheiratet? Ach, geschieden? Warum?) beendete jedoch unser Gespäch. Eine Therapierung sei infolge meiner lesbischen Neigung nicht möglich" (aus „Courage" Nr. 4/79).

Entweder wird Homosexuellen eine Therapie verweigert, oder aber sie wird unter der Bedingung durchgeführt, daß man/frau bereit ist, sich „umpolen" zu lassen. Unzählige hilfesuchende Lesben und Schwule geraten gerade in der Come-out-Phase, in der sie sich selber mit Zweifeln an ihrer Normalität herumschlagen, in die Fänge von Therapeuten, die versuchen, sie von ihrer Homosexualität „zu kurieren". Eltern, die von der Homosexualität ihrer Kinder erfahren, schicken diese panikartig zum Psychiater. An wen kann Lesbe/Schwuler sich wenden bei Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, bei dem „Wie-sag-ich's-meinen-Eltern", beim Umgang mit heterosexuellen Freunden und Bekannten? An wen können sich ältere vereinsamte Homosexuelle wenden, die es auf Grund der Erfahrungen während des Faschismus, des jahrzehntelangen erzwungenen Versteckspiels nie gelernt haben, mit ihren Problemen an die Öffentlichkeit zu gehen, die Angst haben, in den Lokalen, wo Jugendlichkeit gefragt ist, keinen Anschluß mehr zu finden?

Außerdem hinterläßt die gesellschaftliche Disriminierung der Homosexualität natürlich ihre Spuren, z.B. in Form von erhöhter Suchtgefährdung. Lesben, die als Lesben und Frauen unterdrückt sind, halten sich zu einem höheren Prozentsatz als heterosexuelle Frauen für therapiebedürftig.

„Bis vor ein paar Jahren waren diese Probleme der totgeschwiegene Abfall einer heterosexuellen Gesellschaft, in der von jedermann/frau erwartet wird zu heiraten und eine Familie zu gründen" („taz", 22.2.80).

Da die bestehenden staatlich geförderten Beratungsangebote dementsprechend darauf ausgerichtet sind, die herkömmliche Familie wieder funktionstüchtig zu machen, bemühen sich seit einiger Zeit Homosexuelle, die Probleme in Selbsthilfe aufzufangen. So gibt es in Berlin zwei schwule Telefondienste, das „Rosa Telefon" und „Rat und Tat", außerdem eine Gruppe schwuler Ärzte und Therapeuten. Lesben engagieren sich in Frauenprojekten wie z.B. PSIFF, die Therapien für Frauen durchführen und im LAZ (Lesbisches Aktionszentrum), wo einmal wöchtlich ein Neuenabend durchgeführt wird.

Allen Beratungsangeboten, die sich speziell an Homosexuelle richten, ist allerdings gemeinsam, daß sie keinerlei Unterstützung von staatlichen Stellen erhalten. D.h. die Beratung muß in der Freizeit durchgeführt werden, die Kontinuität ist gefährdet, es fehlt an räumlichen und finanziellen Mitteln, um eine effektive Beratung zu gewährleisten.

Wie groß demgegenüber der Bedarf ist, wird z.B. daran deutlich, daß die einzige öffentliche Beratungsstelle für Homosexuelle in Düsseldorf in dem einen Jahr seit Bestehen 1500 Anrufe erhielt und 200 Besucher betreute, einige sogar aus Oberbayern. Dieses „Institut für Lebens- und Sexualberatung, Arbeitsschwerpunkt: Psychosoziale Beratung homosexuell liebender Menschen", eingerichtet von der Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung e.V. (GFSS), erhält allerdings auch keine staatlichen Gelder und ist darauf angewiesen, von besser gestellten Klienten Honorare zu verlangen. Außerdem wird die Beratung nur von einem Schwulen durchgeführt, so daß für Lesben, die mit einer Frau Kontakt aufnehmen wollen, keine Ansprechpartnerin vorhanden ist.



Die Westberliner Initiative

Am 4.12.79 ist in der Bezirksversammlung Kreuzberg mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und Alternative Liste gegen die Stimmen der CDU ein Antrag zur Erarbeitung einer Konzeption für eine Beratungsstelle für Homosexuelle beschlossen worden. In dem Antrag, den die FDP einbrachte, heißt es, daß die Konzeption mit den in Berlin bestehenden Selbsthilfegruppen und ihren Beratungsdiensten zu erarbeiten ist. Es stellte sich allerdings heraus, daß die Schwudos (schwule Jungdemokraten) diese Passage eher so gedacht hatten, daß die bestehenden Beratungsdienste ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen sollten, ohne aber gleichberechtigt an dem Projekt beteiligt zu sein. Die AL-Lesbengruppe griff den Antrag sofort auf und machte ihn besonders unter Lesben bekannt. Es bildete sich dann eine Initiative für eine Beratungsstelle, an der praktisch alle in Westberlin wesentlichen Selbsthilfegruppen beteiligt sind, wie LAZ, AL-Lesbengruppe, FFGZ (Frauengesundheitszentrum), Rat und Tat, Rosa Telefon, Rosa Februar, Berliner Schwulen-Zeitung, Gruppe schwuler Ärzte und Therapeuten, DSAP und weitere Einzelpersonen. Während der Erarbeitung einer Konzeption für die Beratungsstelle gab es vor allem an zwei Punkten Differenzen mit den Schwudos. Zum Einen hatte eines ihrer Mitglieder im Alleingang eine Konzeption an das Bezirksamt geschickt und war zunächst auch nicht bereit, diese Konzeption zugunsten derjenigen der Initiative zurückzuziehen, zum anderen befürworteten die Schwudos eine bezirkliche Beratungsstelle, wohingegen die Initiative auf der Einrichtung eines selbständigen Vereins bestand. Ein e.V. bietet die Vorteile, daß er über Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern selbst entscheiden kann, in der Öffentlichkeitsarbeit keinen Beschränkungen unterworfen ist und generell unabhängiger von staatlicher Kontrolle ist. Aus Verärgerung darüber, daß die Sache nicht ihren Vorstellungen entsprechend lief, ließ derjenige Schwude, der als Kontaktmann zum Bezirksamt fungierte, diese Aufgabe „schleifen". Nur dadurch, daß die Initiative schließlich selber einen Brief an das Bezirksamt richtete, konnte verhindert werden, daß der ganze Antrag in der Versenkung verschwand, bzw. ohne Beteiligung der Selbsthilfegruppen entschieden worden wäre.

Die Konzeption

Die starke gleichberechtigte Beteiligung der Lesben an diesem Projekt drückt sich auch in der erarbeiteten Konzeption für die Beratungsstelle aus. In ihr wird ausdrücklich auf die besonders benachteiligte Situation von homosexuellen Frauen hingewiesen und daraus abgeleitet, daß die Beratungsstelle in Form von zwei selbständigen, aber kooperierenden Beratungssystemen aufgebaut werden muß. D.h. Frauen müssen von Frauen, Männer von Männern beraten werden können. Demzufolge sollen auch alle der Beratungsstelle zur Verfügung stehenden Stellen paritätisch besetzt werden.

In der Konzeption ist ein umfassendes Beratungsangebot vorgesehen; geplant ist u.a.: Täglicher Informations- und Beratungsdienst, ein Bereich für Kontakt und Kommunikation, Einzelgespräche, verschiedene Therapieangebote, Beratung von Suchtgefährdeten und -abhängigen, Betreuung der Kinder während der Beratungszeit, juristische Beratung, Arbeit mit Strafgefangenen, Vermittlung an Selbsthilfegruppen und andere Instituationen und als gleichgewichtig die Öffentlichkeitsarbeit, bis hin zur dokumentarischen Auswertung der Erfahrungen mit diesem Projekt.

Da dieses Projekt das erste dieser Art in der BRD und Westberlin ist, ist es von exemplarischer Bedeutung, ob es gelingt, eine Förderung durch staatliche Gelder durchzusetzten oder nicht.

Inzwischen ist der Verein gegründet (im Vorstand zwei Lesben und zwei Schwule) und ein erstes Gespräch mit einem Vertreter des Bezirksamtes (SPD) hat stattgefunden, in dem dieser sein grundsätzliches Wohlwollen gegenüber dem Projekt äußerte. Klar ist allerdings, daß die Kompetenzen der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg sehr gering sind, daß der Antrag zur Bewilligung von Geldern einen langen Gang durch Senats- bzw. Bundesinstanzen vor sich hat und daß eine evt. Finanzierung entscheidend von dem öffentlichen druck abhängt, der hinter einem solchen Projekt steht. Neben dem Bemühen, schon vor der Vergabe von Geldern zumindest teilweise die Arbeit aufzunehmen, wird deshalb der Schwerpunkt der Initiative in der nächsten Zeit auf der Öffentlichkeitsarbeit liegen.

Wer sich näher für das Projekt interessiert, Mitglied oder Förderer (Spenden) des Vereins werden will, wende sich bitte an folgende Adresse:

Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer e.V.
c/o Drogenhilfe Berlin e.V.
Richardplatz 5
1000 Berlin 44

Auch die Konzeption ist über diese Adresse zu beziehen.

IR., Lesbengruppe des KB

»Manchmal hätte ich kräftig Lust, meine sexuelle Identität ans Schwarze Brett zu pinnen!!!«

Ich arbeite seit gut einem Jahr als Krankengymnastin in einem Centrum für behinderte Kinder. Das Personal – vorwiegend weiblich – besteht aus ca. 10 Therapeut/inn/en (Pädagogen, Beschäftigungstherapeut/inn/en, Erzieher/innen, Psycholog/inn/en), 30 Mitarbeiter/inne/n in der Pflege, Putz- und Küchenpersonal und 2 Ärzten.

Durch mein Auftreten habe ich dort mittlerweile die Rolle einer linken Feministin inne. Mir ist es eigentlich nie schwergefallen, dort über meine Arbeit in Frauengruppen zu berichten, Flugblätter zu verteilen und Diskussionen anzuzetteln. Als Linke bin ich etwa zurückhaltender gewesen, habe weniger agitiert, aber dennoch immer meine Meinung vertreten. Trotzdem bin ich im Centrum bei meinen Kolleg/inn/en anerkannt und ziemlich beliebt; das aber nur, weil ich täglich meine Persönlichkeit reduziere/reduzieren lasse, weil ein wesentlicher Teil von mir jeden Morgen vor der Tür bleibt. Sehr entwürdigend empfinde ich es z.B. jeden Morgen, wenn ich kurz vorm Centrum meine Lesbenplakette vom Pullover reiße (weil ich es mal wieder fast vergessen hätte).

Zu Beginn meiner neuen Tätigkeit habe ich total im Verborgenen gelebt. Nach einigen Monaten – als ich einmal mehr in der Beziehungs-„scheiße" mit einer Bi-Frau steckte – hatte ich es satt: Ich habe es nicht mehr ertragen, daß all meine Kolleginnen locker-flockig von ihren Schwierigkeiten innerhalb ihrer Beziehung berichteten, ich nicht selten dabei beliebt Anlaufstelle war, mir diesen HETERROR anzuhören, Tips zu geben – und dabei mit meinen e i g e n e n Problemen völlig auf der Strecke blieb.

Nach langem Hin und Her habe ich meine Ängst beiseite geschoben und es drei Frauen der Vertrauensskale entsprechend erzählt. Kurz darauf erfolgte auch der erste und bisher letzte Versuch bei einem Vertreter des männlichen Geschlechts, einem Psychologen (!). Von einer Reaktion abgesehen – die von einer mir sehr vertrauten Frau stammt – waren alle ziemlich bilderbuchhaft, d.h. frau, besser lesbe, kennt sie schon zur Genüge: Nach kurzem, interessierten Zuhören geht das Gespräch sehr schnell wieder zu den Problemen der Zuhörer über. Der Typ verknallte sich seltsamerweise einige Wochen später auch noch in mich, was für mich ein eindeutiges Zeichen dafür war, daß er mein Lesbisch-Sein nicht ernst genommen hatte, sondern es nur als interessante Variante für sich selbst auskosten wollte! Beim großen Rest der Mitarbeiter/innen „spiele" ich weiterhin: mache zwar meine Andeutungen, ticke ab und zu mal aus, wenn die Frauenfeindlichkeit einen bestimmten Grad erreicht hat, aber mehr auch nicht. Mitunter ist die Situation unerträglich: eine Kollegin angelt auf einer Montagmorgen-Besprechung ein langes blondes Haar meiner Freundin von meinem Pullover. Kommentar: „Oh, hat Dein Freund aber lange Haare!" Am liebsten würd' ich es ihr aus den Händen reißen (und wieder einstecken!) und ihr a l l e s ins Gesicht brüllen. Mir gelingt allerdings nur ein Achselzucken. Scheiße!!

Mitunter habe ich allerdings auch die Vermutung, daß die mehr wissen, als sie zeigen oder äußern: Neulich berichtete ich auf einer Besprechung von einem netten Erlebnis mit einem kleinen Patienten von 6 Jahren. Er fragte mich, was ich denn nachts immer anziehen würde, und daß er mich ganz doll lieb hätte. Reaktion meiner lieben Mitarbeiter/innen: „Und das muß gerade Dir passieren . . ."

Objektive Bedrohung

Mir ist eigentlich klar, daß ich als Linke um einiges mehr bedroht bin, als als Lesbe. Dennoch ist es für mich um einiges leichter abzuschätzen, wie eine/r auf mein Links-Sein reagiert, als abzuschätzen, wie die Reaktionen aussehen, wenn sie erführen, daß ich lesbisch bin.

Natürlich spielen auch ganz konkrete Ängste eine nicht unbedeutende Rolle: Einmal ist es die repressive Toleranz der Therapeuten, die ich fast noch mehr fürchte als die offene Ablehnung, die ich von Seiten des Putz- und Küchenpersonals (diese Einschätzung hängt mit den Persönlichkeiten und nicht, wie vielleicht mißverstanden werden könnte, mit ihrem sozialen Status zusammen!) erwarte.

Zum anderen ist es mein Herangehen an die Kinder. Ich habe mich dabei ertappt, daß ich mir selber Grenzen setze, was Zärtlichkeiten, Schmusen etc. angeht, wenn „Eingeweihte" in der Nähe sind. Hier ist mir auch klar geworden, daß was dran ist an dem Spruch: „Die Minderheit in den Köpfen der Minderheit".

Wie ich mich bei diesem Versteckspiel fühle

Kurz und knapp: Wie eine weißgetünchte Farbige mitten im „Weißen Haus". Was mich am meisten belastet, ist daß ich genau die politische Arbeit, die bei mir Priorität hat, nicht ansatzweise auf meinen Arbeitsplatz tragen kann. Ich muß meine Agitation diesbezüglich ziemlich reduzieren. Ich lebe in einem totalen Widerspruch: Ich verstehe zwar mein Lesbisch-Sein als politisch, packe es jedoch nicht einmal, den ersten und wichtigsten Schritt zu tun, nämlich die Öffentlichkeit mit meinem Lesbisch-Sein zu konfrontieren.

B., Lesbengruppe des KB

Meldungen von und für Schwule

Nürnberg
Nachdem anläßlich eines Strauß-Besuches in Nürnberg eine Gegendemonstration stattgefunden hat, die von einem starken Schwulenblock angeführt wurde (Transparent: „Rosa Front gege Strauß"), hat sich jetzt die CSU Postille „der nürnberger" dazu geäußert: Der Bezirksvorsitzende der CSU, Oscar Schneider, sagt in einem „Interview":
„Wir haben deutlich gesehen, daß der Gegner jedes nur mögliche Mittel zur Diffamierung von Strauß einsetzt. Daß - wie in Nürnberg geschehen - bereits Schwule und Lesben als sogenannte Rosa Front gegen den Kanzlerkandidaten der Union als Demonstranaten eingesetzt werden, zeugt von einer beispiellosen Geschmacklosigkeit" (CSU-Organ „der nürnberger", No.6, Juni 80).

Die Nürnberger Schwulengruppe „Fliederlich" hat inzwischen den Vorwurf der Geschmacklosigkeit zurückgewiesen. Der Schwulenblock war ein voller Erfolg.

HBV-Jugend für Schwule

Die HBV-Bundesjugendkonferenz hat sich mit dem wegen seines Schwulseins gefeuerten ALDI-Kollegen (siehe AK 179) solidarisiert. Die ALDI-Unternehmer hatten die Homosexualität als Vorwand genommen, um einen unbequemen Gewerkschafter loszuwerden.
nommen, um einen unbequemen Gewerkschafter loszuwerden.

In einer Resolution traten die HBV-Jugendlichen weiterhin für die Entkriminalisierung von Homosexuellen ein und forderten die Streichung des § 175 StGB sowie die bedingungslose Rücknahme der fristlosen Kündigung. Außerdem solle sich die Geschäftsleitung öffentlich bei dem gefeuerten Kollegen entschuldigen (Nach TAZ v.9.6.80).

Bielefeld
Die Schüler einer 10.Klasse in Bielefeld wollten zum Thema „Randgruppen" (??) den Schwulenfilm „Rosa Winkel? - Das ist doch schon lange vorbei" in der Klasse zeigen. Der Film wurde 1976 von der Fakultät für Soziologie der Uni Bielefeld produziert und schildert die Schwulenunterdrückung vom Faschismus bis heute. Der Lehrer wollte sich den Film erst einmal vorher ansehen, ob er keine „sittliche Gefährdung" für die Schüler darstelle. Eine Diskussion mit einem der schwulen Filmautoren lehnte er jedoch von vornherein ab. Als der Direktor der Schule von den Plänen erfuhr, verbot er alles Beides mit den Worten *„Das hat es hier nie gegeben und das wird es auch nicht geben."*

In einem Flugblatt forderten die Schüler weiterhin ihr „schwules Projekt" und wurden dabei durch einen Brief der Autoren des Films an den Direktor unterstützt. Der Lehrer bekam nun total kalte Füße und blies das ganze Projekt ab (Nach „TAZ", 13.6.80).

Westberlin
Die Mitgliederversammlung der Alternativen Liste verabschiedete Anfang Juni eine von den Schwulen vorgelegte Plattform ohne inhaltliche Änderungen. In dieser Plattform werden u.a. auch die Abschaffung der §§ 174 (sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen) und 176 (Sexueller Mißbrauch von Kindern) gefordert (Nach „TAZ", 11.6.80).

2. „konkret"-Heft über Sexualität

Der „konkret"Verlag hat jetzt das 2. Heft über Sexualität herausgebracht. Folgende Themen werden u.a. behandelt: Sexualität und Gesellschaft, Moral, Pädophilie, Zölibat, Hausmänner....

Das erste Heft wurde trotz diverser Zensurmaßnahmen 100.000 mal verkauft. Dieses erste Heft wurde z.B. in Bayern beschlagnahmt und von Pressegrossisten in Hamburg zwei Monate lang nicht ausgeliefert - nicht weil es pornographisch wäre, sondern weil es den Versuch unternahm, *„die Geschäftsgrundlagen der Porno-Presse zu demolieren"* (Nach „Stern", 22.5.80).

In England
gründete sich jetzt der „Gay Youth Help Service", der schwulen und lesbischen Jugendlichen bei psychischen und materiellen Problemen helfen will. Dieser „Service" wurde nun staatlich anerkannt und verhandelt zur Zeit über eine finanzielle Unterstützung seiner „Fachkräfte".

Vier Telefonanschlüsse sind rund um die Uhr erreichbar, um medizinische und juristische Hilfe anzubieten. Außerdem gibt es ein „Safe House", in dem bis zu 5 Jugendliche aufgenommen werden können. Die Gruppe arbeitet politisch unabhängig mit allen Schwulen- und Lesbengruppen in England zusammen (Nach „TAZ", 11.6.80).

Dänemark
Nach der 1967 erlassenen totalen Freigabe von pornographischen Erzeugnissen ist jetzt in Dänemark aufgrund der Proteste von Frauenorganisationen die Pornographie mit Kindern verboten. Das Dänische Parlament stimmte einem Gesetz zu, das u.a. auch Bücher verbietet, in denen dieses Thema behandelt wird, bzw. in denen Darsteller und Modelle im Kindesalter zu sehen sind (Nach „FAZ" v. 6. 6. 80).

Wien
Eine „Homosexuelle Initiative" (HOSI) beteiligte sich am Rahmenprogramm der Wiener Festwochen. Auf einem Alternativ-Jahrmarkt, den das städtische Kulturamt organisiert hatte, verkündete die HOSI lautstark „Schwulsein kann schön sein!!" Und schon schritt die Polizei ein. Die *„öffentliche Werbung für gleichgeschlechtliche Unzucht"*, so die Polizei, sei *„ein ständiger Unruheherd"* und habe das *„angesprochenen Publikum in zum Teil unberechenbare Erregung versetzt"*. Der Magistrat ließ zur *„Abwehr von weiteren Gefährdungen für Straßenpassanten"* den Stand abtransportieren. Die Schwulen mobilisierten daraufhin die anderen Jahrmarktteilnehmer unter dem Motto „Wir sind alle HOSI" zu einem Gegen-Festival. Das gemeinsam heausgegebene „Manifest" dokumentieren wir nebenstehend im Wortlaut (Nach „Spiegel", 16.6.80).

Namensänderung für Transsexuelle jetzt möglich

Der Bundestag verabschiedete jetzt ein Gesetz, das es den Transsexuellen ermöglicht, ihren Vornamen zu ändern. Es gibt zwei Lösungen: Bei der „kleinen" muß der/die Transsexuelle 18 Jahre alt sein. Er/sie braucht lt. Gesetz nicht „zeugungsunfähig" zu sein oder sich einer Operation unterzogen haben, die seine/ihre Geschlechtsmerkmale verändert. Er/sie darf dann einen anderen Vornamen führen. Rechtlich gilt weiterhin sein/ihr ursprüngliches Geschlecht. Bei der „Großen Lösung" sind Zeugungsunfähigkeit, geschlechtswandelnde Operation und ein Alter von 25 Jahren Voraussetzung. Damit verbunden sind sehr weitreichende Rechtsfolgen wie z.B. frühere Pensionierung, keine Wehrpflicht usw. (bei einem Mann) („FR", 13.6.80).

Pädophilen-Prozeß in Arnsberg

Anfang Juni wurde vor dem Landgericht Arnsberg der ehemalige Heimerzieher Dieter F. U., Vorstandsmitglied der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie e.V. (DSAP) nach den §§ 174 - 176 StGB zu 2 1/2 Jahren Knast ohne Bewährung verurteilt.

Dieter wurde aufgrund einer 1978 durchgeführten bundesweiten Großrazzia gegen Mitglieder der späteren DSAP und des Arbeitskreises Päderastie vor Gericht gebracht. Im Prozeß verzichtete Dieter auf die Vernehmung der betroffenen Kinder und somit auch auf den Nachweis der Freiwilligkeit von seiten der Kinder. Seiner Meinung nach entstehen Schäden bei den Kindern nicht durch sexuelle Kontakte, sondern erst durch die öffentliche Aufrollung eines solchen Prozesses.

Das Gericht wies alle wissenschaftlichen Beiträge von Fachleuten mit der Begründung zurück, daß der Gesetzgeber so entschieden habe, wie die Mehrheit der Bevölkerung über die sexuelle Gefährdung von Kindern denke. Und so hat das Gericht eine abstrakte Gefährdung angenommen.

Der Staatsanwalt forderte eine Strafe von 4 1/2 Jahren Knast mit anschließender Führungsaufsicht (das grenzt an Sicherheitsverwahrung) (nach „taz", 10.6.80).

N., Nürnberg
Schwulengruppe des KB

Für eine neue Liebesunordnung

Manifest der Budenstraßen-Gruppen anläßlich der gewaltsamen Schließung des Informationsstandes der „Homosexuellen Initiative" durch den Veranstalter – die Verantwortlichen der Wiener Festwochen 1980:

Demokratische Psychiatrie, Kritische Medizin, Infogruppe General Motors, AG Zivildienst, Frauen für den Frieden, Infogruppe Gerasdorf, Frauenzentrum, Frauengegenöffentlichkeit, Frauenemanzipationsgruppe, Zirkus der Kurpfuscher, Forum Alternativ, Info-Bude, Programmzeitschrift FALTER, Gewerkschaftsgruppe Schülerzeitungen, Arena-Stadtzeitung, Technikergruppe des Forum Alternativ, Gruppe Visueller Kunst, Wiener Medienzentrum, Bergbauern-Infostand, Wühlmäuse, Kommunikationszentrum Klagenfurt, Fotobus, Lesbengruppe Wien, HOSI, Frauenzimmer

Unsere Befreiung ist unteilbar wie unser Leben:
Es gibt keine Befreiung ohne Befreiung der Sexualität!
Es gibt keine Befreiung der Sexualität ohne Befreiung der Homosexualität!
Es gibt keine Hierarchie in der Befreiung: alles und jeder ist wichtig, nichts ist unwichtig.

Die Befreiung der Homosexualität in unseren Beziehungen ist nur möglich im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Befreiung aus ökonomischen und sozialen Zwängen – also:

- im Kampf gegen die vielfältige Unterdrückung der Frauen
- im Kampf gegen das psychische und physische Elend der Lohnarbeit
- im Kampf gegen das Wachstum der Profite und einen mehr und mehr zweifelhaften „Wohlstand", der die Befriedigung auch der elementarsten Bedürfnisse nur mehr über den Umweg aufwendiger Konsumhandlungen zuläßt
- im Kampf gegen die Bereicherung der Reichen auf Kosten der Natur und auf Kosten der sogenannten Dritten Welt und auf Kosten unseres wahren Wohlstandes
- im Kampf gegen die vielfältige Unterdrückung der Kinder, gegen ihre totale Rechtlosigkeit, gegen die brutale Unterwerfung und das seelische Elend der Kinder, gegen die totale Beschneidung elementarster Persönlichkeitsrechte der Kinder, also auch des Rechts auf selbstbestimmte Sexualität
- im Kampf gegen das maßlose und institutionalisierte Elend, die brutale Entrechtung, Isolierung und medizinisch legitimierte Bestrafung psychisch Leidender, Abweichender oder Kranker: sie, die ohnehin schon Opfer der Gesellschaft sind, dürfen nicht länger die „Sündenböcke" unserer krankmacher-ben Gesellschaft bleiben
- im Kampf gegen die wahnsinnige – wenn auch als „notwendig" hingestellte – Zerstörung unserer Umwelt in Stadt und Land und somit gegen die fortlaufende industrielle Produktion eines akuten ökologischen Notstandes unserer Umwelt
- im Kampf gegen ein ausbeuterisches und durch industrielle Gewalt geprägtes Verhältnis zwischen Stadt und Land
- im Kampf gegen faschistische Tendenzen und Bewegungen und ihre Ursachen – also auch im Kampf gegen den Atomstaat
- im Kampf gegen die Unterdrückung und Entmündigung durch Technokraten, Experten, Bürokraten und deren Institutionen
- im Kampf gegen jede Form der Verstümmelung und Beschneidung unserer schöpferischen Lebensmöglichkeiten und Bedürfnisse und gegen jede erzwungene Unterordnung unter die herrschende weil bestehende Realität.

Wir verwehren uns gegen eine höchst bedrohliche politische (Un-)Moral, bei der Menschen mit abweichendem Verhalten selbst und allein verantwortlich für ihre Konflikte mit reaktionären Teilen der Gesellschaft gemacht werden.[1]

Wenn wir nur solange als „Homosexuelle" oder sonstwie Normabweichende gönnerhaft toleriert werden, als wir uns nicht auch als solche verhalten, können wir auf diese unterdrückerische Scheintoleranz gerne verzichten.

Wir kämpfen für eine neue Liebesunordnung: jeder mit jedem, je nach Neigung.

Sexualität als Teil und Medium der Lust und Befreiung und nicht der Unterdrückung. Sexualität darf an keinen Zweck wie Herrschaft, Unterdrückung, Angst, Abhängigkeit, Zeugung, Konsum, Vermarktung gebunden sein. Sexualität als Teil von partnerschaftlichen Beziehungen, in denen Solidarität und Verbindlichkeit ohne Unterdrückung möglich ist.

- Wir kämpfen für das umfassende Recht eines jeden, einen adäquaten Ausdruck für sich uns seine Gefühle von Liebe, Haß, Leiden, Sehnsucht, Verzweiflung und seine vielfältigen Bedürfnisse zu suchen und zu entwickeln und auch für das umfassende Recht auf Öffentlichkeit für jeden.
- Wir kämpfen im besonderen für die Befreiung und gegen die Unterdrückung der Homosexualität in unserer Gesellschaft: offene Homosexualität stellt in besonderem Maße Funktionsweise, Zusammenhalt und Herrschaft der Männergesellschaft in Frage – also: ▸ gegen die Zwangsheterosexualität, ▸ gegen die Zwangsfamilienhaltung, ▸ gegen die Funktionalisierung der Frau als Sexualobjekt und Gebärmaschine der Männergesellschaft, ▸ gegen die fortlaufende Begründung von Herrschaft, Angst und Aggression auf der zwanghaften Produktion und gleichzeitiger gewaltsamer Verdrängung und Unterdrückung von Homosexualität in unserer männerbündischen Gesellschaft.

Die offen „Homosexuellen" sind in einer dominierenden Männergesellschaft zwangsweise nur als Minderheit existent und in ein subkulturelles Getto abgedrängt und isoliert. An ihrer gesellschaftlichen Unterdrückung und Ächtung, die in totalitären Systemen bis zur physischen Ausrottung führt und führte (auch in den Nazi-KZs!!) manifestiert sich die **allgemeine Unterdrückung der Homosexualität** als Teil einer nicht herrschaftsgerechten Sexualität überhaupt.

Wir treten daher ein für das **Recht eines jeden auf Homosexualität**, auf die freie und selbstbestimmte Verbindung zwischen jedem und jedem, **unabhängig von Geschlecht und Alter und frei von sonstigen Regeln und Einschränkungen. Wir wenden uns also gegen die Diskriminierung praktizierter Homosexualität von uns allen:**

Unsere Befreiung ist unteilbar und nicht nur Sache isolierbarer und scheinbarer „Minderheiten".

Wir wenden uns in diesem Sinne **gegen die diskriminierenden Sondergesetze gegen „Homosexuelle"**:

§ 209: „Gleichgeschlechtliche Unzucht (!!) mit Jugendlichen unter 18 Jahren",
§ 210: „Gewerbsmäßige gleichgeschlechtliche Unzucht" (Das Problem der Prostitution ist nicht durch Kriminalisierung zu lösen!)
§ 220: Verbot der „Werbung für Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechtes oder mit Tieren"[2]
§ 221: Verbot von „Verbindungen zur Begünstigung gleichgeschlechtlicher Unzucht"[3]

Wir wenden uns gegen die Versuche (schein-)liberaler Öffentlichkeit, offen „Homosexuelle" oder sonstige politisch engagierte Gruppen als sogenannte „Minderheiten" in scheindemokratischer Weise gönnerhaft zu tolerieren, um ihnen im gleichen Atemzug jedes eigentliche Recht gegenüber einer willkürlich (pseudodemokratisch, weil lediglich nach wahlarithmetischen Gesichtspunkten) definierten Mehrheit abzusprechen.

Wir verwehren uns also gegen die Diskriminierung durch liberale Scheintoleranz und Scheindemokratie und gegen die Isolierung als sogenannte „Minderheiten". **Wir lehnen eine Definition der sogenannten „Homosexuellen" als „Minderheit" in diesem Sinne ab:** Wir halten etwa eine Zählung der Slowenen für genauso belanglos und absurd wie eine Zählung von „Homosexuellen".

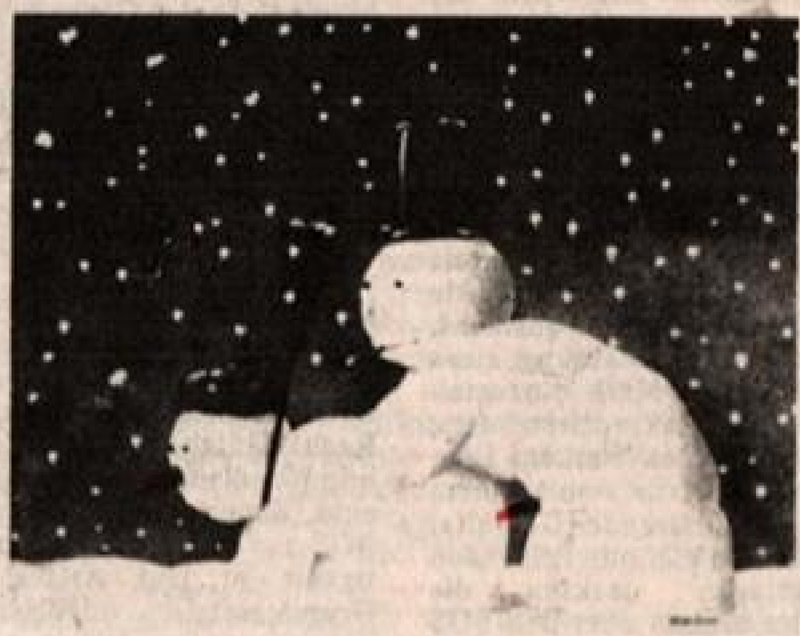
Homosexuell, das ist nicht alles was wir sind, aber es gehört zu allem was wir sind.
Solange Homosexualität nicht selbstverständlicher Teil befreiter Sexualität ist, sondern Gegenstand von Unterdrückung, Tabuisierung, Diskriminierung, Angst, Elend, Vereinsamung, Verzweiflung, werden wir nicht aufhören, für die Befreiung der Homosexualität von uns allen zu kämpfen!

Anmerkungen zu Fußnoten auf Seite 1:

1 Laut Stadtrat Zilk seien die „Homosexuellen" ja selber schuld, wenn ihnen von Seiten der Festspielleitung zugesperrt wird u.ä.m. (Sind also im Konfliktfall auch die Linken? Auch die Slowenen? Auch die Zigeuner? Auch die Gastarbeiter? Auch die Frauen? Auch die psychisch Kranken? selber schuld?)

2 „Wer in einem Druckwerk, in einem Laufbild oder sonst öffentlich zur gleichgeschlechtlichen Unzucht oder zur Unzucht mit Tieren auffordert oder sie in einer Art gutheißt, die geeignet ist, solche Unzuchtshandlungen nahezulegen(!), ist ... mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen."

3 „Wer eine Verbindung einer größeren Zahl von Personen gründet, deren wenn auch nicht ausschließlicher Zweck es ist, gleichgeschlechtliche Unzucht zu begünstigen, und die geeignet ist, öffentliches Ärgernis zu erregen, ferner, wer einer solchen Verbindung als Mitglied angehört oder für sie Mitglieder wirbt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen."



Impressum: Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Homosexuelle Initiative Wien – für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Förster – alle: 1070 Wien, Margaretenstraße 98, Druck: Rema-Print-Druck, 1160 Wien

Meldungen

Belgien: Atommüllverschiffung mit Hindernissen

Nachdem bereits im holländischen Hafen Ijmuiden der Frachter ‚Andrea Smits' Ziel heftiger Proteste war, sorgte er nun auch im belgischen Zeebrugge am vorletzten Wochende für einige Aufregung. Von dort wollte die ‚Andrea Smits' wieder Atommüll abtransportieren, um ihn irgendwo im Atlantik — vermutlich im Golf von Biskaya — über Bord zu kippen. 5000 Atommüllfässer mit angeblich schwachradioaktiven Abfällen hatte der Frachter in Zeebrugge geladen. Dagegen bildete sich ein Aktionskomitee von Umweltschutzgruppen und Organisationen. Einige Güterwagen des Atommüllzuges wurden besetzt, sechs Demonstranten ketteten sich an die Wagen. Die Aktionen, darunter auch eine Demonstration von 250 Menschen, stießen auf die brutale Reaktion der „Rijkswacht", die mit Knüppelaktionen und Festnahmen den Abtransport durchsetzen wollte.

In der Nacht vor dem Auslaufen besetzte dann eine Gruppe Jugendlicher die Brücke des Frachters, wobei einige Gerätschaften in Mitleidenschaft gezogen wurden. Allerdings wurde das Auslaufen dadurch nur um einen Tag verzögert.

Die Presse überschlug sich dann völlig: über aufgefundene Mollis, Flugblätter, auf denen die Sprengung des Frachters angekündigt wurde, den gelpanten Klau eines Atommüllfasses war da zu lesen. Mehrere Millionen Sachschaden sei entstanden. Auch die westdeutsche Presse sprach von einer „gut organisierten Terroraktion". Man kann sich vorstellen, was die Presse geschrieben hätte, wenn durch eine größere Aktion der Frachter ernsthaft am Auslaufen gehindert worden wäre.

Belgien-Kommission

Demonstration in Brunsbüttel

Recht schwach besucht war mit 600 Teilnehmern die Demonstration gegen die Wiederinbetriebnahme des Katastrophenreaktors Brunsbüttel am 21.6. Die geringe Teilnehmerzahl ist offensichtlich nicht nur auf das schlechte Wetter, sondern vor allem auf die sehr schlechte Mobilisierung zurückzuführen. Die Demonstranten zogen bis kurz vor das AKW, das von mehreren Hundertschaften Bullen, mit Wasserwerfern und Hunden massiv gesichert war. Beim Rückmarsch statteten wir dem (unbewachten) Bayer-Konzern (einer der größten Umweltverschmutzer im Unterelbegebiet — Anm. AK) einen kleinen Besuch ab, der einigen Scheiben dort gar nicht gut bekommen ist. Zu Zwischenfällen in Form von Festnahmen kam es erfreulicherweise nicht.

Ein Genosse aus Pinneberg

Atomanlagen und Atomwaffen gemeinsam abschaffen

20 km von Flensburg entfernt ragt auf einem Bundeswehrgelände ein Control-tower empor. Er gehört zum Atomwaffenlager Meyn, in dem amerikanische Atomsprenköpfe für Lance Raketen gelagert werden. Diese sind sowohl für die in Flensburg stationierten US-Truppen als auch für die Bundeswehr gedacht. Die Reichweite dieser Raketen beträgt nur 112 km. Die Ziele eines Atomwaffeneinsatzes könnten also in Schleswig-Holstein liegen, bzw. in den Randgebieten Hamburgs.

Schon vor drei Jahren wurde hier in Meyn die Auflösung einer Demonstration geprobt, die alsbald zustande kommen könnte. Im September 1977 wurde auf dem Exerzierplatz der Flensburger Brisenkaserne eine kleine Übung durchgeführt. Einige Kompanien übten für den Fall einer Demonstration gegen das Atomwaffenlager. Die Hälfte der Soldaten mußte sich Zivilkleider anziehen und wurde mit Peace-Schildern und Anti-AKW-Parolen ausgerüstet. Der andere Teil der Bundeswehrsoldaten scheuchte diese dann „gekonnt" auseinander.

Als sich in der vorigen Woche einige Leute das A-Waffenlager nur von außerhalb des ersten Sicherungsringes ansehen wollten, entsicherten eifrige Bundeswehrsoldaten im Gebüsch ihre G3-Gewehre.

Am Wochenende hatte die BI-Flensburg zu einer Demonstration gegen das Atomwaffenlager aufgerufen. Nach einer Rundfahrt und Kundgebung in Flensburg radelten 150 bis 200 Demonstranten nach Meyn. Hier wurde unter den Argus-Augen der Bundeswehr ein Theaterstück aufgeführt und eine antimilitaristische Kundgebung abgehalten — insgesamt ein recht guter Auftakt für weitere Aktionen. Anzumerken bleibt daß die BI-Flensburg schon für die Beratung in Brunsbüttel vor Pfingsten vorgeschlagen hatte, auf einer Bundeskonferenz den Zusammenhang zwischen Atomkraftwerken und Atomrüstung zu diskutieren, ein Ansatz, der nicht in Vergessenheit geraten sollte.

AKW-Nein-Kommission

Risse im AKW — Was macht das schon?

Fessenheim, Frankreich. Aufgrund des Verdachts von Rissen im Stahlmantel des AKWs mußte es abgeschaltet und untersucht werden. Die Untersuchungen mit Ultra-Schall gaben den schlimmen Befürchtungen recht: Das Reaktordruckgefäß ist durch und durch mit feinen Haarrissen besetzt. Diese Risse können (unter welchen Bedingungen kann keiner sagen, theoretische Voraussagen gibt es nicht) sich weiterentwickeln bis zum vollständigen Bruch, z.B. der Kühlmittelleitungen oder des Reaktordruckgefäßbodens — in jedem Fall mit fatalen Folgen für die Umgebung!

Französische Ingenieure schätzen die Dauer, bis ein solcher Riss sich zu einem Bruch entwickelt, auf ca. 5 Jahre. Und der Reaktor läuft bereits drei Jahre . . .

Nichtsdestotrotz ist die Betreiberfirma unverdrossen optimistisch: Die Risse seien *„unbedeutende Schäden"* („taz", 16.6.80). Das AKW könne den Betrieb noch gut und gerne weitere 20 bis 25 Jahre aufnehmen. Dazu vermerkt die CFDT: *„Woher die Kontrollkommission jetzt ihre 30 Jahre Sicherheitsreserve nimmt, bleibt deren Geheimnis. Trotz allem verlassen sich die AKW-Betreiber dankenswerterweise nicht ganz darauf, daß sie die Haarrisse an ihre von Optimismus diktierten Expertisen halten werden: In Zukunft sind jährliche Überprüfungen vorgesehen"*. Vorausgesetzt es kommt noch dazu ... (ebd.).

AKW-Nein-Kommission



Güterwagen mit Atom-Müll wurden besetzt

Atomstaat im Verwaltungsgebäude

In Hannover hat die DWK ein neues Domizil bezogen. Sie mietete die 6.-15. Etage des Bredero-Hochhauses am Raschplatz. Wie im Wendland baute sie auch hier ihr Gebiet zu einer Festung aus, die sogar Springer vor Neid erbleichen lassen muß. Das neueste Vorzeigeobjekt zeichnet sich durch ein System ausgeklügelter Sicherheitsmaßnahmen aus:

- 15 Kameras überwachen ständig Passerelle, den Bereich um das Hochhaus, Parkdecks, alle Fahrstühle und Durchgänge;
- Alarm- und fernsehüberwachte Trenntüren grenzen ihre Stockwerke gegen die übrigen ab;
- die technische Meldezentrale ist rund um die Uhr besetzt;
- Besucher bekommen nach Angabe ihrer Personalien einen Passierschein und Besucherausweis und werden ständig begleitet;
- sämtliche Telefongespräche werden aufgezeichnet;
- eine bewaffnete Gruppe von mindestens 14 Personen, davon 3—4 Frauen, kontrollieren ständig den Innen- und Außenbereich des Hauses;
- das 15. Obergeschoß für den Vorstand ist mit einer Alarmtapete an der Decke und einer Außenfassadenüberwachung (elektrisches Feld) ausgestattet.

Kein Wunder, daß die Strompreise erhöht werden müssen.

AKW-Nein-Kommission

Gorleben: Skandale im BGS-Prozeß

Bereits mehrere Verhandlungstage lang läuft ein Prozeß, der durch die Nichtigkeit des Anlasses sowie die Menge der Skandale hervorsticht, die in seinem Verlauf zutage treten.

Begonnen hatte das ganze am 25. August 1979. Im Rahmen einer Demonstration bei Gorleben wurde ein zufällig mit seinem Traktor vorbeikommender Landwirt mitsamt seiner zwei aus West-Berlin stammenden Helferinnen vom BGS festgenommen. Dabei wurden sie mehrere Stunden gefesselt festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Denn obwohl der Traktor einen vollbeladenen Heuwagen zog, hielt der Einsatzleiter das Fahrzeug für einen Demonstrationswagen. Statt nun den Traktorfahrer aufzufordern, rechts ranzufahren und zu halten, gab der Einsatzleiter lediglich ein Handzeichen, welches der Fahrer offenbar nicht sofort verstand. Angeblich soll dann der Landwirt dem Einsatzleiter ans Knie gefahren sein, woraufhin dieser „einen Stich" verspürt haben will. Er forderte daraufhin seine Leute zur Festnahme auf: „Holt's ihn runter, und wenn ihr ihn runterschlagen müßt". Dabei soll es zu einem Handgemenge gekommen sein.

Natürlich reichte das dann aus für einen Prozeß, in dem allen Widerstand gegen die Staatsgewalt und dem Fahrer außerdem Körperverletzung vorgeworfen wurden. Bereits am ersten Verhandlungstag wurde der Vorschlag vom Richter gemacht, das Verfahren gegen Zahlung eines Bußgeldes von 200 Mark einzustellen. Bauer Schulz akzeptierte dies, nicht aber die beiden Frauen. Eine von ihnen erklärte dies mit einem *„nicht wegzudiskutierenden Gefühl(s) der Unschuld."* In den nun folgenden Verhandlungstagen deckten die Rechtsanwälte einiges über den BGS auf.

Nach Aussagen dort eingesetzter BGS-Beamter werden sie durch „geeignete" Filme, Schriften und Fotos in die für Einsätze „notwendige Stimmung" gebracht. Als im Prozeß die BGS-Zeugen, eigens aus Bayern angereist, hierzu befragt wurden, zogen sie sich auf ihre „eingeschränkte Aussagegenehmigung" zurück. Einer der Anwälte hat daraufhin an den Kommandeur des Grenzschutzkommandos Süd in München geschrieben, in dem er beantragt, die Aussagegenehmigung der BGS-Zeugen zu erweitern. Bei einer Ablehnung werde er dann per einstweiliger Verfügung vorgehen. Kommentar des Richters: „Hier steht eigentlich nicht der BGS vor Gericht, sondern die beiden Frauen."

Ein weiterer Skandal ist die hier offensichtliche Präparierung der BGS-Zeugen. Am zweiten Verhandlungstag bestätigte der Einsatzleiter, ein Oberkommissar aus Bayern, er habe die Aussagen der ihm unterstellten Beamten selbst handschriftlich aufgenommen, die diese ihm vortragen mußten. Er will lediglich „Formulierungshilfen" gegeben haben. Ein später befragter BGSler: *„Der hat gesagt, was wir gemacht haben!"* Ein weiterer Zeuge gab zu, daß der Oberkommissar ihn in der Pause über den Verhandlungsverlauf und die gemachten Aussagen informiert habe. Über Einzelheiten wollten die beiden betroffenen Zeugen jedoch nichts sagen können, da das Ganze schon so lange her sei. Sogar der Richter bemerkte, daß ihm ein so schwaches Gedächtnis noch nicht oft begegnet sei.

Aber auch im weiteren Prozeßverlauf wurde der Richter damit konfrontiert: Die BGSler verwickelten sich laufend in Widersprüche oder wichen ab von daheim gefertigten kriminalpolizeilichen Vernehmungsprotokollen. Parallel zum Strafprozeß wollen die Anwälte vor dem Verwaltungsgericht die grundsätzliche Rechtmäßigkeit des BGS-Einsatzes im Wendland prüfen lassen. Denn eine dauerhafte Stationierung von BGS zur Übernahme polizeilicher Tätigkeit ist laut Artikel 35/II des Grundgesetzes unzulässig. Dieses Thema werden wir in einem späteren Artikel gesondert behandeln — denn es verdient eine genauere Betrachtung.

Der Strafprozeß hat inzwischen fünf Verhandlungstage gehabt. Alles andere als ein Freispruch wäre ein (schlechter) Witz.

AKW-Nein-Kommission

Zur Gorleben-Berichterstattung

Liebe Genoss/inn/en !

.... auch wenn wir bislang gepennt haben, wir also nicht allzuviel Grund zu Schulmeisterei haben, auch dann sollte die Berichterstattung KEINE JUBELBERICHTERSTATTUNG werden!

Wenn man auch einen neuen Aufschwung konstatieren und entsprechend feiern sollte, so sollte man doch benennen, auf welcher Welle dieser Aufschwung stattfindet, d.h. in welche Richtung dieser Aufschwung zu lenken versucht wird! Ich kann das nur auf unseren Ort bezogen sagen.

Weit ab von jeder dörflichen Bevölkerung, auf die es womöglich Rücksicht zu nehmen gilt, singen bei uns alle Spatzen von den Dächern das Lied von der Gewaltfreiheit. A,B sowie andere Gewaltfreie (C) bejubeln - noch den Ruß im Gesicht und die blauen Flecke auf dem Arsch - die „neue Qualität der AKW-Bewegung". Dabei hatten wir das Gefühl der Ohnmacht so drastisch wie kaum jemals angesichts der 1000enden von Bullen. - Das sind übrigens dieselben Leute, die Kalkar für d e n Mißerfolg schlechthin erklärt hatten! Wenn sich da Leute breit machen und eine Kirche besetzen mit der Begründung, dies sei der l e t z t e Ort, der Zuflucht bietet, dann ist das (angesichts des Unterschieds unserer Situation zu der in Chile beispielsweise) nichts anderes als das Recht auf Widerstand zurückzunehmen - auch durchaus innerhalb ihrer eigenen Logik (man könnte ja z.B. ‚gewaltfrei' die VEW besetzen).

Derartiges herauszuarbeiten müßte unsere Berichterstattung leisten. Bei uns ging dieser Kurs ziemlich gut über die Bühne. Außer über reichlich organisatorische Mängel sowie einiges krass Klerikales gab es von keiner Seite offenen Protest. Die ‚Linke' hat sich kaum eingemischt, - nicht nur wir haben die Sache ‚verschlafen'. Das Majorisieren durch die Gewaltfreien war so wahnsinnig einfach, da sich keine organisierte Opposition artikulierte.

(Aus einem internen Bericht von Thomas)

* * *

Ich war von dem zentralen Artikel zur Räumung von 1004 verwirrt. In dem Artikel wird eine sehr positive Einschätzung vom Verhalten der AKW-Gegner in Gorleben und von der Anti-AKW-Bewegung vermittelt, die ich derart einseitig nicht teilen kann.

Viele Berichte (ich war nicht während der Räumung auf 1004) von der Räumung waren von Wut auf die Staatsmacht und erheblicher Enttäuschung über das Verhalten der Besetzer/innen geprägt. Behelmte wurden angepöbelt, unter Druck gesetzt; Leute, die nur scharfe Worte gegen die Bullerei losließen, bereits als „Provokateure" beschimpft. Auch einige Berichte in der neuen BUU-Broschüre machen deutlich, daß einige kritische Worte zu den Ereignissen bei und vor der Räumung angebracht sind. Wenn, wie offensichtlich geschehen, „Gewaltfreie" ihre Vorstellungen von Widerstand mit aller Gewalt durchsetzen, dann sollte in einem AK-Artikel verdeutlicht werden, daß wir auch unter „gewaltfreiem Widerstand" mehr verstehen als das Sitzenbleiben unter den Schlägen der Bullerei.

Der Schlußabsatz des Artikels klingt mit verhalten optimistischen Tönen zur Zukunft der Anti-AKW-Bewegung aus: *„Ein weiterer Erfolg der Besetzung besteht darin, daß alle Strömungen der Anti-AKW-Bewegung ein gemeinsames, der Situation angemessenes Vorgehen beschlossen und verwirklicht haben, was gute Voraussetzungen für weitere offensive Aktivitäten der gesamten Anti-AKW-Bewegung geschaffen hat"* (AK 179). Die Loblieder aus den höchsten Etagen des Staates auf die Friedfertigkeit der Besetzer/innen waren derartig laut, daß nicht wenige begannen, sich im Gefühl des „diskussionsbereiten Staates" einzurichten, aus e i n e r Variante des Widerstand wurde plötzlich d i e Widerstandsform. Ich habe viele Diskussionen mit Leuten geführt, die nach dem Motto *„Hurrah — wir haben verloren"* den „gewaltfreien Widerstand" zur Strategie erheben wollten, die die Militanz prinzipiell ausklammerten. Wir sollten m.E. klar benennen, daß die staatlichen Manöver bei Teilen der Bewegung leider fruchtbareren Boden finden als uns lieb ist. Es wäre vielleicht günstig, die Auseinandersetzungen aus den verschiedenen Orten soweit wie möglich zusammenzufassen und die eigene Position zu beziehen.

fo./Bremen

Zum Bremer Leserbrief zu Gorleben

So ärgerlich es ist; sowohl für den letzten Arbeiterkampf, als auch für diese Nummer lagen Artikel zu diesem Komplex vor. In beiden Fällen mußte die redaktionelle Bearbeitung (unter Protest der Artikelschreiber) zugunsten anderer Komplexe eingestellt werden. Im letzen AK fiel auch eine Ankündigung dazu Kürzungen zum Opfer. Dann sollte es eigentlich nächstes Mal sicher klappen (?).

Nun noch einige Bemerkungen dazu: Richtig finden wir, daß wir unbedingt zu den gewaltfreien Vorstellungen und was sich an dieser Ecke tut, im AK noch berichten müssen (s.o.). Trotzdem war es u.E. ein Sieg der Geschlossenheit.

Bis zuletzt hat es Bemühungen gegeben, um gewaltfreie Anhänger zum friedlichen Abzug zu bewegen. Solche Planungen waren teilweise mit Möcklinghoff direkt abgesprochen, Teile hatten ihre „Vermittlungsdienste" angeboten. Gerade diese Kreise sind es, die im Nachhinein den neuen Stil, den „Sieg" der Gewaltfreiheit und ähnliches feiern wollen.

In den Medien wurde dies ebenfalls von interessierter Seite her als „neuer Stil" der Polizei und der „Vernunft" gefeiert. Das ganze ist ein großartiges Ablenkungsmanöver von der Tatsache, daß dies bisher wohl der größte Polizeistaatseinsatz in der Geschichte der Bewegung war, zumindest vergleichbar mit Kalkar, obwohl in Gorleben „nur" 3000 Demonstranten waren.

Trotz Schwerstverletzter konnte sich Möcklinghoff rotzfrech verteidigen: Es gebe fast keine Anzeigen

Fortsetzung nächste Seite

Einige Gedanken zum autofreien Sonntag

Bekanntlich gibt es in der BRD seit ein paar Jahren einen derartigen Fahrradboom, daß die Hersteller schon nicht mehr nachkommen. Angesichts steigender Benzinpreise und aufgrund seiner Umweltfreundlichkeit ist es vor allem unter Umweltschützern und AKW-Gegnern zum bevorzugten Fortbewegungsmittel geworden. Eine ständig steigende Anzahl von Anti-AKW-Demonstrationen findet per Rad statt, und die Parole „Umwelt schützen, Rad benützen", wird immer populärer.

Doch auch folgendes ist zu beobachten: Umweltschutzverbände mit Unterstützung durch Innenminister Baum riefen auch in diesem Jahr zum autofreien Sonntag auf und empfahlen, aufs Rad umzusteigen, das Auto sei überhaupt d e r Umweltverschmutzer, hieß es da frech! Folgte auch der größte Teil der Bevölkerung diesem Aufruf keineswegs, war doch wunderliches an diesem Tag zu sehen. Außenminister Genscher fuhr für das Fernsehen fünf Kilometer zu einem Interviewtermin. Ebenso konnten Baum in Bonn und Strauß in München per Rad gesichtet werden. Unter der Parole „Mit dem Fahrrad nach Biblis, mit Kernkraft in die Zukunft" rief die „Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung" zu einer Fahrradsternfahrt nach Biblis auf.

Die „Welt" und die „FAZ" wetterten gegen den autofreien Sonntag unter der Parole „Autofrei ist unfrei", bzw. „unsozial". *„Der Mensch in der Industriegesellschaft ist in automatische und schematische Arbeitsabläufe eingezwängt. Am Wochenende will er frei sein, und das Auto ist ein Stück seiner Freiheit"* („Welt", 9.6.).

Auch die „FAZ" warf sich ähnlich pharisäerhaft für die „Freiheit des Bürgers" in die Bresche. Nachdem sie ausgeführt hatte, das unter dem Stichwort „Energiesparen" solch ein autofreier Sonntag lachhaft ist (Ersparnis: 0,3% bezogen auf die jährliche Treibstoffmenge), kam sie lobend zur Sache. *„Die andere, für die Initiatoren des ,autofreien Sonntags' viel wichtigere Seite, ist die Veränderung des Bewußtseins, die damit erreicht werden soll... Man kann sich gerade in der Bundesrepublik nicht oft genug klarmachen, unter welch angenehmen Bedingungen man lebt – und wie könnte man das besser, als wenn man (gottlob nur vorübergehend) den Mangel erprobt"* („FAZ", 6.6.)

gerade in der Bundesrepublik nicht oft genug klarmachen, unter welch angenehmen Bedingungen man lebt – und wie könnte man das besser, als wenn man (gottlob nur vorübergehend) den Mangel erprobt" („FAZ", 6.6.)

Nicht zufällig kommt der Autor dann zu den Eintopf-Sonntagen des „Dritten Reiches", nicht ohne diese ebenso wie den autofreien Sonntag als „aufgezwungen" zu kritisieren. Beim „Eintopf-Sonntag" wurde das ersparte Geld der „Winterhilfe" gespendet und diente so dem Aufbau von SA und SS. Weitere Kampagnen wie „Kanonen statt Butter" waren später Teil der psychologischen wie tatsächlichen Kriegsvorbereitungen und dienten der Finanzierung der damaligen „Nachrüstung" gegenüber den „Siegermächten". Wenn heute das bundesdeutsche Innenministerium sowohl alte Naziwissenschaftler zur Mitarbeit am Aufbau einer Recycling-Wirtschaft auffordert, als auch den autofreien Sonntag unter dem Aspekt der „Grenzen der Bedürfnisse" unterstützt, gehört dies dann nicht ebenso zur heutigen psychologischen Kriegsvorbereitung wie die Propaganda von der „Energiekrise" und von der „verhängnisvollen Abhängigkeit von den Ölscheichs"?

AKW-NEIN-Kommission

Fortsetzung von Seite 26

gegen die Polizei, die „Verleumdungen" würden sich „selbst richten", heißt es heute aus seinem Ministerium.

Wenn man sich einen anderen Ausgang in Gorleben vorstellt, muß man auch hinterfragen, wieweit die Linke tatsächlich dazu mobilisiert hat, oder derzeit überhaupt in der Lage dazu wäre. Das soll der Artikel im nächsten AK etwas hinterleuchten. Das soll vor allem ein Beitrag für die Beratungen über das weitere Vorgehen sein.

AKW-Nein-Kommission

Dortmunder Parteitag der Grünen

Noch vor wenigen Wochen hatte es so ausgesehen, als ob der Dortmunder Parteitag der Grünen eine scharfe Konfrontation des linken und des rechten Flügels der Partei bringen und die „mittleren Kräfte" klar vor die Alternative stellen würde, sich entweder der einen oder der anderen Position anzuschließen. Nach der erpresserischen „Erklärung zur Lage der Grünen", formuliert von Gruhl und unterzeichnet von weiteren 23 prominenten Grünen, mit der eine weitgehende Revision der fortschrittlichen Passagen des Saarbrücker Programms durchgesetzt werden sollte, kündigten die Linken ihren Widerstand gegen eine Veränderung des Saarbrücker Programms an.

Gleichzeitig wurde aber schon an Kompromißlösungen für eine „Wahlplattform" gearbeitet, die alle umstrittenen Teile des Saarbrücker Programms „ausklammern" sollte. Gruhl stieg wieder in die Programmkommission ein und konnte in einem GAZ-Rundschreiben am 15.6. die Erfolgsmeldung verbreiten, mit dem Entwurf der Wahlplattform sei eine annehmbare Grundlage für eine „Demonstration der Einheit der Grünen" gefunden; gleichzeitig richtete er an seine Gefolgschaft die Aufforderung, nicht allzu kleinlich zu sein.

Die Taktik der Linken

Auf einem von knapp 100 linken Grünen besuchten Treffen am Vorabend des Parteitages wurde nur festgelegt, nach Möglichkeit die Diskussion einer „Grundsatzerklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie" v o r die Verabschiedung der Wahlplattform zu stellen. Damit sollte den Grünen die Unzulänglichkeit ihrer eigenen Positionen zur Ökologie vor Augen geführt werden. Die Mehrheit der linken Grünen sprach sich allerdings - entsprechend dem Votum der Programmkommission – dagegen aus, die Grundsatzerklärung auf dem Parteitag abstimmen zu lassen, da das den Bruch mit Gruhl, der die Erklärung als „unmöglich" und unannehmbar bezeichnet hatte, bedeutet hätte. Ein Antrag von KB-Mitgliedern auf dem Treffen der linken Grünen, beim Parteitag die Wahlplattform abzulehnen und das Saarbrücker Programm zu bestätigen, blieb nur knapp in der Minderheit; die Z-Gruppe stimmte geschlossen g e g e n diesen „Spaltungsversuch".

Streit um die Tagesordnung und „Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms"

Streit um die Tagesordnung und „Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms"

Zur Tagesordnung stellte Gruhl den Antrag, unbedingt zunächst die Wahlplattform zu beschließen, da das Gemeinsame in den Vordergrund gerückt werden müsse. Mit diesem Argument konnte er sich auch durchsetzen. Das Vorhaben der linken Grünen, die inhaltliche (aber konsequenzlose) Diskussion über Ökologie an den Anfang zu stellen, wurde abgelehnt.

Ganz im Sinne der „Demonstration der Einheit der Grünen" war vom Bundeshauptausschuß außerdem eine „Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms" auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ein Antrag, diese Erklärung hinter die inhaltliche Diskussion zurückzustellen, wurde nicht befaßt; eines der vielen Beispiele für das Krisenmanagement des Präsidiums und anderer Spezialisten für Geschäftsordnungsanträge. Fast ohne Diskussion und bei nur wenigen Gegenstimmen wurde diese Erklärung dann auch angenommen. Es handelt sich dabei um eine Vorlage des Bundeshauptausschusses der Grünen, die dieser auf einer Sitzung in Hildesheim e i n s t i m m i g gefaßt hatte. Es heißt darin, daß das Saarbrücker Programm *„eine Reihe von konkurrierenden Zielvorstellungen"* enthalte und deshalb *„einer kontinuierlichen Weiterentwicklung"* bedürfe. Eine Erklärung also, mit der als Zugeständnis an Gruhl & Co. der Stellenwert des Saarbrücker Programms stark relativiert wurde.

Das erste Solo der Vertreter der „Bremer Linie"

Direkt nach der Abstimmung der Erklärung zum Stellenwert des Saarbrücker Programms lud Bernd Vogel (Bremer Grüne Liste) zu einer Pressekonferenz ein. Er stellte dort noch einmal den Antrag der Bremer Delegierten zur Tagesordnung vor, der im Interesse der „Betonung der Gemeinsamkeiten" (Gruhl) abgelehnt worden war:

„1. Abwahl des Bundesvorstands und Neuwahl; 2. Diskussion über die Linie der Grünen; 3. Zurückverweisung des Saarbrücker Programms und Beschlußfassung über eine ökologische Wahlplattform (damit ist wahrscheinlich das Papier „Bremer Linie" gemeint – vgl. AK 179, S. 11; Anm. AK); *4. Danach erst Beschlußfassung über Beteiligung an der Bundestagswahl mit Empfehlung an die Landeslisten, auch personell diese Tendenzwende in Dortmund zu repräsentieren".* Neben Bernd Vogel produzierte sich auf der Pressekonferenz auch G. P. Werner, Pressesprecher der GLSH, der Märchen über die „Unterwanderung" des Landesverbandes Schleswig-Holstein durch die Z-Gruppe zum besten gab.

Dieser vorübergehende Auszug der Bremer Delegierten (später nahmen sie weiter am Parteitag teil) war insgesamt eher eine Demonstration der Schwäche. Die Bremer Rechten waren damit genau so isoliert wie Baldur Springmann, der während der zwei Tage mehrmals versuchte, eine militant antikommunistische „Grundsatzerklärung" zu verankern. Springmanns offen vorgetragene Aufforderung zur Spaltung – er verteilte ein Flugblatt „Spaltung? Ja!", in dem u.a. der Ausschluß der Z-Gruppe gefordert wurde – hatte angesichts des Wunsches der großen Masse der Delegierten nach Versöhnung und Eintracht keine Chance.

Die Verabschiedung der Wahlplattform

Dem Einheitstrend trugen auch die meisten Verfasser rechterer Alternativanträge zur Wahlplattform Rechnung: sie zogen unter dem Jubel des Parteitages ihre Entwürfe zurück (Kreisverbände Fürth und Regensburg), oder erklärten sie kurzerhand zu „Ergänzungsanträgen" (Wilfried Heidt vom Achberger Kreis, Georg Otto vom KV Hildesheim). Eingestimmt durch Herbert Gruhl und Wilfried Kretschmann als offizielle Berichterstatter der Programmkommission, die die „Ausgewogenheit" des Wahlplattformentwurfs rühmten,sollte die Versammlung dann dazu bewegt werden, die Plattform als Ganzes anzunehmen. Ein entsprechender Antrag des Präsidiums wurde allerdings abgelehnt. Dennoch wurde die Wahlplattform, nach dem Willen der Programmkommission das zentrale Einigungspapier mit den Gegnern des Saarbrücker Programms, im Eilverfahren durchgezogen. (Zum Inhalt der Wahlplattform und den wenigen linken Änderungsanträgen vgl. Artikel in diesem AK: „Die Wahlplattform – ein sinnloser und fauler Kompromiß" und von W. Maier „Der Dortmunder Parteitag – ein Festival der linken Selbsttore".)

kommission das zentrale Einigungspapier mit den Gegnern des Saarbrücker Programms, im Eilverfahren durchgezogen. (Zum Inhalt der Wahlplattform und den wenigen linken Änderungsanträgen vgl. Artikel in diesem AK: „Die Wahlplattform

Theater um eine Erklärung zum Faschismus

Am 2. Tag stellte der linke Rechtsanwalt Otto Schily (Westberlin) mit einer gewaltigen Agitationsrede eine schon vom Bundeshauptausschuß gebilligte Resolution vor, in der vor der Gefahr eines neuen Faschismus gewarnt und die Grüne Partei in eine antifaschistische Tradition gestellt wurde. Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit verabschiedet; mit nicht ganz so großer Mehrheit wurde beschlossen, sie als eine Aussage mit dem „Status einer besonderen politischen Erklärung" als Anhang zur Wahlplattform herauszugeben. Kaum war das geschehen, da meldete sich Georg Otto mit dem (lt. Tagesordnung unzulässigen) Antrag, nunmehr auch eine Erklärung gegen den Kommunismus zu beschließen. Gruhl erklärte, daß er eine Wahlplattform, in deren Anhang nur eine Erklärung gegen den Faschismus abgegeben würde, nicht mittragen könne. Darauf hin erging an Schily und Otto die Aufforderung, „etwas Konsensfähiges" vorzulegen. Dabei gab es dann eine etwas peinliche Panne: Nachdem die angeblich neu formulierte „konsensfähige" Erklärung (Abgrenzung vom Faschismus und vom „real existierenden Sozialismus") von Schily vorgetragen worden war, verplapperte sich Georg Otto: er habe diese Erklärung schon am Freitag vorgelegt bekommen und habe da bereits erklärt, daß er sie unterstütze! Bei nur 30 Gegenstimmen wurde die Erklärung angenommen. Doch damit nicht genug: die Abstimmung, ob die Erklärung in den Anhang der Wahlplattform aufgenommen werden solle, wurde wiederholt – und revidiert: mit knapper Mehrheit wurde der Erklärung ihr „besonderer politischer Status" wieder aberkannt.

Vorstandswahlen

Nach dem Rücktritt von August Haußleiter und der Abwahl von Grete Thomas als Bundesschatzmeisterin (siehe Interview in diesem AK) mußte zunächst Haußleiters freigewordener Sessel im geschäftsführenden Bundesvorstand neu vergeben werden. Es kandidierten Gruhl, Schily und Dieter Burgmann (Bayern). Bettina Hoeltje (von der abgespaltenen Minderheit der BuLi Hamburg) zog in letzter Minute zugunsten von Schily und Burgmann zurück. Der erste Wahlgang ergab 371 Stimmen für Gruhl, 249 für Burgmann und 198 für Schily. Da lt. Satzung im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit vorgeschrieben ist, mußte ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden, bei dem Schily dann zugunsten von Burgmann verzichtete. Ergebnis: 432 Stimmen für Burgmann, 371 für Gruhl. Jubel bei den Linken, eisige Miene bei Gruhl, der zwar Burgmann noch gratulierte, dann aber sogleich mitten im Saal mit einer „Pressekonferenz" begann. Seine Wahlniederlage sei eine „Sachentscheidung" gegen die ökologische Position bei den Grünen gewesen. Von der Einigung auf die Wahlplattform war keine Rede mehr. (Inzwischen hat Gruhl seine Interpretation des Dortmunder Parteitages als „Sieg der Linken" weiter ausgebaut; siehe den Text seines Interviews mit dem NDR in diesem AK.)

Alle Versuche des Bundesvorstandes und einzelner Delegierter, Gruhl doch noch zu einer Kandidatur für den erweiterten Vorstand zu bewegen, waren vergeblich. Neu in den Vorstand gewählt wurden: Christiane Schnappertz (Essen, 293 Stimmen); Bettina Hoeltje (Hamburg, 271); Helmut Lippelt (Niedersachsen, 260; der einzige Rechte unter den Neugewählten); Hannelore Saibold (Passau, 247); Ursula Alverdes (206) und Erich Knapp (171). Neue Schatzmeisterin wurde Eva Reichelt (Westberlin).

ANTRAG

Antragsteller: Bundeshauptausschuß

Es formieren sich Kräfte, die eine neue Form des Faschismus anstreben.

Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung vor den Völkern der Welt. In Deutschland wurden unter der Hitlerdiktatur mehr als sechs Millionen Menschen ermordet: Juden, Zigeuner, Kommunisten, Sozialdemokraten, Anarchisten, konsequente Christen und viele andere. Widerstandskämpfer ebenso wie völlig unpolitische Menschen, Greise ebenso wie Kinder. Das deutsche Reich war es, das mit seinem Eroberungsfeldzug gegen Polen den 2. Weltkrieg begann, der für Millionen Unterdrükkung, Elend und Tod brachte und für die deutsche Nation mit einer beispiellosen Katastrophe endete. Dies darf sich niemals wiederholen. Gerade deshalb, weil nach 1945 viele Mitschuldige und Hintermänner des Nazismus nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, sondern nach kurzer Zeit wieder in wirtschaftliche und politische Schlüsselstellungen einrückten, müssen wir wachsam bleiben und den Widerstand gegen jeden Versuch einer neuen Machtergreifung organisieren.



Otto Schily bei seinem Dortmunder Kunststück

BESCHLUSS

Ökologische Politik heißt, ökologisch-naturwissenschaftliche und soziale Lebenzusammenhänge bei allen Eingriffen in die Umwelt umfassend und vorrangig zu berücksichtigen.

DIE GRÜNEN wollen deshalb weder die Wachstums-, Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik des Kapitalismus noch die irgendeines „realexistierenden Sozialismus". Von den GRÜNEN ist keine Politik der Großbanken und Großkonzerne, aber auch keine Politik der Politbüros staatskapitalistischer Länder zu erwarten.

Sie haben allerdings auch nicht jene weitverbreitete, gedankenlose Antikommunismuspropaganda der Etablierten nötig, die alle Kommunismusformen, wie z.B. des Ur-Christentums, der Pariser Kommune, des Prager Frühlings, der demokratischen osteuropäischen Oppositionen oder Befreiungsbewegungen von Entwicklungsländern „in einen Topf wirft" mit denjenigen heutiger sogenannter real existierender Staaten oder gar des Stalinismus. DIE GRÜNEN bekennen sich zu jedem demokratischen Widerstand in Europa und in der Welt.

Erst recht ist die Politik der GRÜNEN unvereinbar mit jeder Art von Faschismus und Neofaschismus.

Wir wissen, daß die Propaganda der Etablierten versuchen wird, DIE GRÜNEN „rot" oder sogar „braun" einzufärben. Die doppelte Lüge „grün gleich rot" oder „grün gleich braun" soll ihnen Stimmen bringen. Wir antworten darauf: Wir werden dafür sorgen, daß es ihnen nicht gelingt, davon abzulenken, daß die Politik der GRÜNEN – als Lebens-, Friedens- und Umweltschutzpartei – die einzige Alternative ist zu der lebensfeindlichen Wachstums-, Kernenergie- und Atomrüstungspolitik von SPD, FDP und CDU/CSU.

Mit großer Mehrheit angenommen.

»Meine Kompromißfähigkeit ist in der Tat mißbraucht worden«

Der Interviewer kommentiert zunächst die Dortmunder „Flügelkämpfe" und stellt dann die Frage, ob eine Spaltung nicht das „politische Aus für die Grünen" bedeuten würde.

Gruhl: Vorübergehend. Denn es geht hier um Zukunftsprobleme dieser Welt, die sich in den letzten zehn Jahren immer schärfer herausgestellt haben. Diese Probleme werden bleiben. Aber diese Probleme werden nur einer echt ökologischen Partei auf die Dauer die Chance des Erfolges geben, nicht einem Sammelsurium von unterschiedlichen politischen Vorstellungen, die lediglich versuchen, durch den größtmöglichen Zusammenschluß die Wählerzahl zu erhöhen, nicht durch die Konkretheit ihres Programms.

Frage: Herr Dr. Gruhl, welche Rolle werden sie dann künftig bei den Grünen übernehmen? Sie haben ja noch den Vorsitz der Grünen Aktion Zukunft, aber Sie haben auch erklärt, eine Einigung zwischen der Grünen Aktion Zukunft und den Grünen sei mißlungen. Sie selbst sagen, Sie seien für Kompromisse eingetreten, doch diese Kompromisse habe niemand honoriert. Welche Rolle werden sie übernehmen?

Gruhl: Meine Kompromisfähigkeit ist in der Tat mißbraucht worden. Man hat zwar vieles in Aussicht gestellt, aber dann doch wiederum nicht erfüllt. Und in jeder Beziehung dort, wo entsprechende Mehrheiten waren, sind sie rücksichtslos ausgenützt worden. Es kam zu keiner Kooperation. Und die echt ökologischen Kräfte, nicht nur in der Grünen Aktion Zukunft, auch in der Grünen Liste Schleswig-Holstein, in der Bremer Grünen Liste und auch in den Bundesländern überall verbreitet, haben mir ohnehin schon seit Monaten den Vorwurf gemacht, ich gehe zu viele Kompromisse ein, unser Programm werde zu stark durch andere gesellschaftspolitische Forderungen verwässert, die dann auch einen marxistischen und kommunistischen Geruch haben, auch schon in der Art der Schlagworte, die man da verwendet; und daß wir auf diese Art und Weise nicht weiterkommen, daß wir zwar gewisse Extremgruppen damit einfangen, die aber noch nie eine große Wählerzahl gestellt haben bei bundesdeutschen Wahlen, daß wir aber unser eigentliches Potential, was nur im Normalbürger liegt, der jetzt noch die drei alten Parteien wählt, daß wir dies dadurch geradezu abschrecken; daß wir hier wieder auf unsere eigentliche, und ich muß sagen historische Aufgabe uns zurückbesinnen und die in den Vordergrund stellen und die Nebenprobleme auch als Nebenprobleme behandeln, was eben leider viele der Bunten, die in die Grünen hineingekommen sind, nicht tun.

Frage: Ist das so zu verstehen, Herr Dr. Gruhl, daß sie sich von den Grünen trotz der gegenwärtigen Spannungen nicht zurückziehen werden?

Gruhl: Ich kann keine persönliche Entscheidung treffen, ich muß das in Übereinstimmung treffen nicht nur mit der Grünen Aktion Zukunft, sondern den genannten und anderen uns nahestehenden Gruppierungen und daraus wird sich dann herausstellen, welche Arbeit wir auf Dauer für aussichtsreich halten. Nicht nur wegen der Bundestagswahl, das ist ein einmaliges Ereignis, da läßt sich ohnehin kaum noch groß was ändern bis zum 5. Oktober, sondern längerfristig auf die Bundestagswahl 84 hin und auf dazwischen stattfindende Landtagswahlen sich zu konzentrieren und erstmal die ganze Bewegung stärker zu konsolidieren. Das ist die Aufgabe.

Frage: Herr Dr. Gruhl, auf dem Parteitag in Dortmund schmückte sich die Partei Die Grünen sehr gern mit dem Prädikat „basisdemokratisch". So war es z.B. auch zu lesen auf einem Spruchband über dem Podium. Ist durch die Vorgänge in Dortmund nicht dieser Anspruch ad absurdum geführt worden?

Gruhl: Ja, ich möchte sagen, nicht nur durch die Vorgänge in Dortmund. Es ist ohnehin etwas strittig, was dieser Begriff „basisdemokratisch" denn nun soll. Mir kommt so nach und nach immer mehr der Verdacht, daß hier beinahe so etwas drinsteckt wie „nicht mehr demokratisch".

Frage: Ja, und wie ist das nun zu verstehen, welche Möglichkeit sehen sie? (der Interviewer ist an dieser Stelle etwas verwirrt.)

Gruhl: Das gibt ein großes Fragezeichen: soll das dann vielleicht auch heißen so was ähnliches wie Rätedemokratie; dies hat aber noch nie in der Geschichte für längere Zeit funktioniert, und daher sind große Zweifel angebracht, ob plötzlich in Zukunft ein ähnliches System unter einem anderen Schlagwort, also „basisdemokratisch", funktionieren wird. Das ist eine unausgegorene Sache. Aber da ich Schlagworten nicht die allergrößte Bedeutung beimesse, habe ich mich bisher nicht an dem Begriff gestoßen. Aber man wird langsam darangehen müssen, dieses Wort „basisdemokratisch" auf seinen realen Gehalt abzuklopfen.



Raum für eigene Interpretationen

Leider erst nach dem Dortmunder Parteitag ist uns ein sehr interessantes „linkes" Gegenstück zu der von Gruhl und 23 anderen verfaßten „Erklärung zur Lage der Grünen" bekannt geworden.

Es handelt sich dabei um einen Offenen Brief „Nach Saarbrücken" (abgedruckt im Mitgliederrundbrief Nr. 9 der AL Westberlin). Dieser Brief ist bereits im April vor der Erklärung der 24 verfaßt worden und soll sich offensichtlich in erster Linie an die Linken bei den Grünen richten. Unterzeichnet ist er von Amery, Axt, Bahro, Beckmann, Beuys, Bueb, Flechtheim, Hasenclever, Heidt, Horacek, Hoss, Josewski, Kelly, Schata, Schily, Steincke, Tönges, Trautmann und Winkler. Auffällig ist bei diesen Namen einmal, daß einige davon sich auch unter Gruhls Erklärung wiederfanden (Amery, Beuys, Flechtheim, Bueb, Heidt, Hoss).

Mit Rudi Steincke hat zugleich ein bekanntes Ex-SPD-Mitglied bei den Grünen diese Erklärung mit unterzeichnet.

Eingeleitet wird der Brief mit einem neuen Aufguß der Story von der „gnadenlosen linken Abstimmungsmaschinerie" von Saarbrücken: „*Nach Saarbrücken war den meisten Beteiligten und Betroffenen klar: Wir können uns keinen weiteren Parteitag leisten, bei dem unser Umgang miteinander so dem Ziel, das wir verfolgen, widerspricht. Wenn wir Positionsunterschiede mit Abstimmungskämpfen glattbügeln, spiegelt sich wieder, womit wir hoffnungslos an den bestehenden Verhältnissen festhalten, die wir überwinden wollen.*" [...] „*Das ganze Verfahren, das der Vorbereitung der Programmdiskussion zugrundelag, war nicht auf Dialog, sondern auf Konfrontation, auf Druchdrücken der eigenen Standpunkte gegen die anderen abgestellt.*" Die Ermahnung zu Partnerschaftlichkeit statt Konfrontation haben sich die meisten Linken in Dortmund ja zu Herzen genommen. Auch die bemängelte „Vorbereitung der Programmdiskussion" muß diesmal ganz nach dem Geschmack der Verfasser gewesen sein: auf kontroverse (Minderheits-) Anträge aus der Programmkommission wurde vor Dortmund ganz verzichtet. Die schriftlich vorliegenden Globalanträge zur Wahlplattform waren allesamt rechtere Alternativen.

Als positives Beispiel „*wenn nicht gleich brüderlicher, so jedenfalls kameradschaftlicher Diskussion*" werten die Verfasser die Saarbrücker Formulierung zum § 218, „*wo es mit großem Zeit- und Krafteinsatz schließlich gelang, einen echten Kompromiß zu finden.*" Zur Erinnerung: dieser „echte Kompromiß" kam nur deshalb zustande, weil die Linken trotz einer Mehrheit für die ersatzlose Streichung des § 218 darauf verzichteten, diese Forderung auch programmatisch festzuschreiben.

„*Wie wichtig ist es wirklich, ob wir das, was wir in die Schranken weisen wollen, ‚im Trend des Großkapitals' oder ob wir es ‚zentralistische Industriemächte' nennen?*" fragen die Verfasser - die Formulierung der Dortmunder Wahlplattform gegen „*kapitalistische Konkurrenzwirtschaft*" und die „*existierenden zentralistischen Planwirtschaften*" dürfte dieses Problem für sie zufriedenstellend gelöst haben.

Zwar spricht sich der Brief gegen eine „Textrevision" des Saarbrücker Programms aus; gleichzeitig wird aber doch wieder das Unverbindliche dieses Programms betont: „*Alle Grünen sollten das Programm als ein protokoll über den Stand der Diskussion auffassen, nicht als eine Endstation.*" Was liegt also näher, dem Protokoll der Saarbrücker Diskussion ein neues Protokoll hinzuzufügen? Das wird auch empfohlen: „*Was wir jetzt brauchen, ist eine Wahlplattform für den Herbst, die kurz und klar das besondere Anliegen der Grünen, ihr unverwechselbares Profil hervorhebt. Wir müssen es in einer Sprache tun, die den Beteiligten ausdrücklich Raum für eigene Interpretationen läßt...*" - wer denkt da nicht an die „weise" Formulierung der Wahlplattform „35-Stunden-Woche ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen".

Der Brief endet mit einem Appell, in Dortmund eine „*Atmosphäre der Solidarität*" zu schaffen und etwas von dem Ziel sichtbar werden zu lassen, „*das wir verfolgen: eine Gesellschaft in Freiheit, Gleichheit, Solidarität, die sich jenseits kapitalistischer Wachstumsdynamik und ihrer verheerenden Folgen, in Einklang mit der Natur bewegt.*" Mag sein, daß die Verfasser den Dortmunder Parteitag nicht zufriedenstellend finden, was dessen „Einklang mit der Natur" angeht. Ihren sonstigen Regieanweisungen ist aber in so weitgehendem Maße Folge geleistet worden, daß sie das sicher verschmerzen können. Vielleicht klappt's beim nächsten Mal. Von diesem Kreis dürfte man noch hören.

Die „Bremer Linie"

Stärker noch als die Gruppe um Baldur Springmann hat die Landesprominenz der Bremer Grünen zum Feldzug gegn die grüne Partei geblasen. Das was bereits bei der Bürgerschaftswahl 1979 als „Bremer Modell" praktiziert wurde, versuchten sie vor und in Dortmund unter dem Namen „Bremer Linie" durch-

um am 21.6., dem Beginn des Dortmunder Parteitags, in der „Frankfurter Rundschau" diese Position zu untermauern: geschickt beruft er sich in dem Artikel auf die mangelnde „Basisnähe" der Grünen und versucht die Bedeutung der Bundestagswahl im Verhältnis zur sonstigen Arbeit herunterzuspielen: „Oberstes Prinzip

zumindest presseöffentlichen Wirbel gegen die grüne Partei zu machen. An den meisten Abstimmungen beteiligten sie sich nicht.

Auseinandersetzung um Kandidatur in Bremen

diskussion" muß diesmal ganz nach dem Geschmack der Verfasser gewesen sein: auf kontroverse (Minderheits-) Anträge aus der Programmkommission wurde vor Dortmund ganz verzichtet. Die schriftlich vorliegenden Globalanträge zur Wahlplattform waren allesamt rechtere Alternativen.

Als positives Beispiel „wenn nicht gleich brüderlicher, so jedenfalls kameradschaftlicher Diskussion" werten die Verfasser die Saarbrücker Formu-

renden Folgen, in Einklang mit der Natur bewegt." Mag sein, daß die Verfasser den Dortmunder Parteitag nicht zufriedenstellend finden, was dessen „Einklang mit der Natur" angeht. Ihren sonstigen Regieanweisungen ist aber in so weitgehendem Maße Folge geleistet worden, daß sie das sicher verschmerzen können. Vielleicht klappt's beim nächsten Mal. Von diesem Kreis dürfte man noch hören.

Die „Bremer Linie"

Stärker noch als die Gruppe um Baldur Springmann hat die Landesprominenz der Bremer Grünen zum Feldzug gegn die grüne Partei geblasen. Das was bereits bei der Bürgerschaftswahl 1979 als „Bremer Modell" praktiziert wurde, versuchten sie vor und in Dortmund unter dem Namen „Bremer Linie" durchzupowern. Ziel: Säuberung der Grünen von den Linken.

Die „Bremer Linie"

In Dortmund wurde die am 19. April vom Kreisverband Bremen - Stadt vorgelegte Linie bekanntgegeben. Inhaltlich heißt es dazu:

„*Wir Grünen übersehen dabei keineswegs, daß auch andere als unmittelbar ökologische Forderungen berechtigt und wichtig sind (z.B. mehr Verteilungsgerechtigkeit und die Emanzipation von Frau und Mann). Doch wir wissen:*
a) daß ökologische Frage momentan Vorrang haben: erst weiter atmen können, dann neue Übungen machen!
b) daß durch eine ökologische Politik überhaupt erst weitergehende Forderungen auf die Tagesordnung der deutschen Geschichte kommen werden. Denn erst eine Welt, die ihre Grenzen erkannt hat, wird solche Forderungen nicht mehr vor sich herschieben können, wie es die heutigen sogenannten Arbeiterorganisationen machen und damit im Westen den Kapitalismus stabilisieren und im Osten unter dem Deckmantel des Sozialismus durchsetzen".

In einer Presseerklärung vom 17.6. schreiben Delphine Brox und Olaf Dinne: „*Die Bremer Linie bedeutet u.a. ein Zurückdrängen des Einflusses von K - Gruppen aller Art bei den Grünen ... Konkrete Bremer Forderungen für Dortmund sind deshalb:*
a) Rücktritt des bisherigen Vorstandes
b) statt des ‚Saarbrücker Programms' eine eindeutige grüne Wahlplattform
c) eine Bundestagskandidatenliste, die für die Bevölkerung wählbar ist, weil sie eindeutig eine Position vertritt wie z.B. von Herbert Gruhl, Willi Hoss, Heinz Brandt". Nur unter diesen Bedingungen wollten sie zur Bundestagswahl kandidieren.

Peter Willers nutzte sein Image, um am 21.6., dem Beginn des Dortmunder Parteitags, in der „Frankfurter Rundschau" diese Position zu untermauern: geschickt beruft er sich in dem Artikel auf die mangelnde „Basisnähe" der Grünen und versucht die Bedeutung der Bundestagswahl im Verhältnis zur sonstigen Arbeit herunterzuspielen: „*Oberstes Prinzip sollte bleiben: Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung, keine Apparatebildung, Dezentralismus, Eigenverantwortlichkeit*" (FR,21.6.). Ausführlich widmet er sich den „K-Gruppen". „*Ihre Macher haben Kreide gefressen und sind heute die eifrigsten Grünen*" (ebenda). Gesamtfazit von Willers: „*Eine Bundestagswahlbeteiligung ist der dritte Schritt vor dem ersten*".

„Basisnähe" von Dinne & Co

Auf der Sitzung der Bremer Grünen im Kreisverband Stadt (es gibt drei Kreisverbände in Bremen: Nord, Bremerhaven und Stadt) zog die Machtpolitiker - Fraktion der Bürgerschaftsabgeordneten ihren Kurs durch: mit 24 gegen 16 Stimmen setzte sie ihre Beschlüsse durch und belog die Öffentlichkeit, daß es sich um einen Beschluß des gesamten Landesverbands handele. Gleichzeitig wurde ein Delegierter der 40 % Stimmen-starken Minderheit durch einen linientreuen ersetzt; von Minderheitenschutz keine Rede.

Die Minderheit beschreibt in einer Erklärung das geplante Vorgehen der Dinne - Crew: „ *Die neu gewählten Delegierten wurden verpflichtet, wenn die Bremer sich in Dortmund nicht durchsetzen, Verbündete aus anderen Landesverbänden zu gewinnen und diesen Eklat* (Anm.: die Spaltung der Partei) *zu provozieren und auszuziehen*". Bereits auf dem Vorbereitungstreffen rechter Grüner am Vorabend des Parteitags versuchten sie ihren Konfrontationskurs durchzusetzen, wobei insbesondere Gruhl davon mit der Befürchtung Abstand nahm, daß die Basis hierfür zu schwach sei. So blieben die rechten Bremer zusammen mit Springmanns Gruppe hoffnungslos in der Minderheit. Sie versuchten mit einer Pressekonferenz, auf der die Parteispaltung bekanntgegeben wurde und ihrem (eher lächerlichen) Auszug zumindest presseöffentlichen Wirbel gegen die grüne Partei zu machen. An den meisten Abstimmungen beteiligten sie sich nicht.

Auseinandersetzung um Kandidatur in Bremen

Noch in Dortmund wurde die Linie der Bremer Grünen - Führer deutlich: Hetze gegen die grüne Partei, um ihre Wahlchancen erheblich zu mindern und Sammlung eines rechten Spalterpotentials (siehe nebenstehende Erklärungen). Auf jeden Fall wollen sie in Bremen eine Kandidatur verhindern. Olaf Dinne wird wohl wieder seine bereits zweimal öffentlich geäußerten Gedanken reaktivieren, die SPD - seine alte (?!) Partei - zu wählen. Interessant ist auch, daß Axel Adamietz und Berd Vogel, die bereits bei der Bürgerschaftswahl zur Hetzkampagne gegen die Alternative Liste eingesetzt wurden und die Linken zu den Grünen rüberziehen sollten, heute in vorderster Front der rechten Bremer Angriffe stehen.

Die linkeren Mitglieder der Grünen, die bisher sehr defensiv auf die „Bremer Linie" reagiert haben, haben jetzt erstmals öffentlich Widerspruch angemeldet. In Dortmund protestiereten sie schriftlich „*entschieden gegen eine solche Machtpolitik*" der „*Kern - Grünen*" die eine „*neue Kaderpolitik*" betreiben und „*die Frage der Ökologie schon zur neuen Heilslehre ... bei der jede Kritik oder auch nur Diskussion zwangsläufig ausgeschlossen ist*", machen.

Halbherzig wie die linken Grünen in Bremen sind, legen sie ihre Kritik „ausgewogen" an und drücken ihre Ablehnung von „*Erpressungsmanövern*" aus, ein „*Verhalten, wie es auch schon in Schleswig - Holstein praktiziert wurde, wo ein ganzer Landesverband gesäubert wurde ... von ‚seiten' der Z - Fraktion genauso wie von anderen Abgrenzungspolitikern*".

Immerhin hat sich jetzt endlich auch in der Bremer grünen Partei der Widerstand formiert. Die Linkeren Grünen hoffen, daß auf einer Landesversammlung Mitte Juli der machtpolitische Kurs von Dinne eine mehrheitliche Absage erhält.

Bremer Grüne zum Dortmunder Parteitag

Auszüge aus Interviews mit der Bremer „Prominenz"

Olaf Dinne: „*Olaf Dinne gehört eigentlich zu denjenigen ... die nur meinen, daß es nicht möglich ist, sich völlig ins Privatleben zurückzuziehen und zu sagen, laß doch die anderen den Mist aus der Karre ziehen (?), weil, wenn man sich ein noch so weit entlegenes Häuschen beschafft, irgendwann doch die Autobahntrasse auf einen zurollt. Und allein aus dieser Erkenntnis mache ich überhaupt nicht mit. Ich bin da relativ ehrgeizlos in der Frage, aber wenn sich dieser Versuch, nun mit einem grünen Mantel andere Sachen durchkriegen zu wollen, wenn der also scheitert, dann habe ich nicht den Ehrgeiz, weiterhin unter irgendwelchen Gruppen subsummiert zu werden*".

Auf die Frage zur Beteiligung an der Bundestagswahl: „*Das ist 'ne Frage, die wird heute schon heiß diskutiert in den grünen Büros, wo auch immer und wenn's nach uns ginge, würden wir meinen, wir sollten uns nicht dieser vernichtenden Wahlniederlage, die die Grünen mit der jetzt eingeschlagenen Richtung empfangen werden, sicher stellen, insbesondere auch in Bremen nicht*".

Auf die Frage, ob eine Kandidatur in Bremen möglich ist: „*Also unmöglich ist ja in der Politik nichts, das ist aber relativ unwahrscheinlich, was Sie genannt haben. Wahrscheinlicher ist es dann schon, daß die Bremer zur Bundestagswahl vielleicht nicht grün wählen können - nicht das grün, was kein grün ist*" (Interview mit Radio Bremen, 23.6.80).

Peter Willers, Delphine Brox, Andreas Jordan und Bernd Vogel: „*Die Inhaber der Partei - Schlüssel - Positionen haben die Organisation in die Rolle eines Mitte - Links - Bündnisses hineinmanövriert, das weder die dringensten ökologischen Fragen zu bewältigen, noch die Vorherrschaft der etablierten Parteien zu brechen in der Lage ist*".

„*In Dortmund sei endgültig deutlich geworden, daß die ‚Geschäftsordnungs - Demokraten' in der Partei die Oberhand gewonnen hätten über die ‚Basis - Demokraten'*" (Weser - Kurier, 24.6.80)

„*Unter der ungeliebten Einheit versteht die ökologische Bewegung im kleinsten Bundesland das Konglomerat mit ‚Bunten, Alternativen und K - Sektierern', die Willers als Konservative einordnet, , weil sie dem alten Klassenkampfdenken verhaftet sind'. Aber nicht der Klassenkampf dürfte heute auf der Tagesordnung stehen, sondern letztlich wie es Rudolf Bahro formuliert habe, ‚die Rettung der Gattung'* " (Weser-Kurier, 26.680).

Zur Spaltung der Grünen und Bundestagskandidatur: „*Adamietz will denn auch zumindest ‚theoretisch nicht ausschließen, daß es noch einmal zu einem Sonderparteitag der Grünen kommt, um sich doch noch auf ein klares grünes Konzept zu einigen*". Rund Dreiviertel der Bremer Grünen - Mitglieder seien gegen eine Kandidatur. „ *Und wenn es keine Chance gibt, die Fünf - Prozent - Hürde zu überspringen, wäre es doch reiner Masochismus, überhaupt anzutreten*" (Willers, WK, 26.6.).

Und Delphine Brox zur Kandidatur in Bremen: „*Wir sind zwar nicht autoritär, aber da haben wir als Abgeordnete auch noch ein Wörtchen mitzureden*" (ebenda).

Die Wahlplattform – ein sinnloser und fauler Kompromiß

Die Forderung nach Erarbeitung und Verabschiedung einer **„Bundestagswahlplattform mit ökologischem Schwerpunkt"** war einer der drei Punkte des Ultimatums von Gruhl und Co. nach den Landtagswahlen in NRW. Vor allem ging es ihnen darum, die Vielzahl konkreter sozialer Forderungen, die von Gruhl mit dankenswerter Offenheit als *„illusionistischer Firlefanz"* und *„Selbstbedienungsladen"* diffamiert werden (nach „Frankf. Rundschau", 24.6.), stark zu reduzieren. Ein besonderes Ärgernis war den Rechten die Forderung nach „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich".

Vom Bundesvorstand wurde daraufhin beschlossen, in Dortmund eine Wahlplattform zu verabschieden, **„die von allen Strömungen der GRÜNEN getragen werden kann"**. Die umstrittenen Teile des in Saarbrücken beschlossenen Programms sollten also „ausgeklammert" werden.

Konsequent in diesem Sinn wurde von der Programmkommission – in der auch Gruhl mitarbeitete – ein sogenannter „vorläufiger Entwurf" für die Wahlplattform ausgearbeitet. Mit diesem vorläufigen Entwurf setzten wir uns im AK 179, S. 12, auseinander. Dieser Entwurf wurde an die Delegierten für Dortmund verschickt. Danach fand vom 13. bis 15.6. eine abschließende Beratung der Programmkommission statt, auf der noch kleinere Veränderungen am „Vorläufigen Entwurf" eingearbeitet wurden.

Hierüber teilte Gruhl der GAZ in einem Rundschreiben (15.6.) mit: Der überarbeitete Entwurf zur Wahlplattform sei in der Programmkommission nunmehr einstimmig angenommen worden. *„Ich konnte noch eine ganze Menge Verbesserungsvorschläge ... hineinbekommen."* **„Diese Endfassung ist für mich annehmbar"**. Lediglich mit den Formulierungen zu § 218 sei er nicht einverstanden. Das mache aber nichts, fügte Gruhl zynisch hinzu, *„da sich an diesem § auf Jahre ohnehin nichts ändern wird."*

Ein Vergleich von vorläufigem und überarbeitetem Entwurf der Programmkommission zeigt allerdings, daß die von Gruhl angeblich durchgesetzte *„Menge Verbesserungsvorschläge"* nur Eigenpropaganda ist. Tatsächlich wurden im Wesentlichen nur fortschrittliche Verbesserungen an dem vorläufigen Entwurf (allerdings nur geringfügig) vorgenommen.

Keine demokratische Diskussion

Keine demokratische Diskussion

Eine demokratische Beratung dieser Wahlplattform in der Grünen Partei fand nicht statt:

1. War der vorläufige Entwurf der Programmkommission so spät fertiggestellt und verschickt worden, daß er nicht mehr Gegenstand von Beratungen an der Basis, entsprechenden Mandaten für die Delegierten usw. sein konnte.
2. Lag die endgültige Fassung des Entwurfs den Delegierten erst in Dortmund vor – eine denkbar schlechte Voraussetzung, die Sache ernsthaft zu beraten.
3. Wurde durch Manipulationen der Kongreßleitung eine inhaltliche Debatte um die zahlreichen Abänderungsanträge fast vollständig abgewürgt.

So wurde der Entwurf der Programmkommission in Dortmund in einer Weise und in einem Tempo durchgepeitscht, die auch etablierten Parteien allen Respekt abnötigen müßten. Lediglich in zwei Punkten (Demokratische Rechte und § 218) setzte die Delegierten-Mehrheit noch nennenswerte Veränderungen am Entwurf der Programmkommission durch.

Zuletzt erwies sich dieses Kompromißangebot an die Rechte auch noch als reichlich sinnlos, da Gruhl am Ende auch noch seine Wahl in die Dreier-Spitze des Bundesvorstands als Beweis für die saubere ökologische Gesinnung der Delegierten forderte, aber nicht erhielt. So steht diese Wahlplattform nun vollends als ein Schildbürgerstreich da: Seitens der Linken sind eigene Wahlplattformen (z.B. für Hamburg) angekündigt, die Rechten werden mit der Wahlplattform voraussichtlich auch nicht arbeiten.

Zu den Einzelpunkten der Wahlplattform

Mit dem vorläufigen Entwurf der Wahlplattform hatten wir uns bereits im AK 179 auseinandergesetzt. Wir wollen dies hier nicht alles wiederholen, sondern vor allem auf die Überarbeitungen der Programmkommission am vorläufigen Entwurf und auf die darüberhinaus in Dortmund beschlossenen Abänderungen eingehen.

– **„Grundsätze"**. Hier war der Abgrenzung von der *„kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft"* (vorläufiger Entwurf) in der überarbeiteten Vorlage der Programmkommission gleichwertig die Abgrenzung von *„den existierenden zentralistischen Planwirtschaften"* hinzugefügt worden. Hierzu gab es in Dortmund einen Antrag von Rolf Stolz (Mitglied des Bundesvorstands), dies abzuändern, da diese Formulierung auch als Polemik gegen Länder der 3. Welt verstanden werden müsse. Mit riesiger Mehrheit enschieden die Delegierten für Nichtbefassung des Antrags von R. Stolz.

Ein Westberliner Delegierter beantragte, im Punkt „gewaltfrei" das (im Saarbrückener Programm enthaltene!) **„Recht auf Notwehr"** aufzunehmen. Wieder gab es eine große Mehrheit für Nichtbefassung.

Der Gesamttext dieses Abschnitts „Grundsätze" (=Präambel) wurde schließlich bei nur acht Gegenstimmen angenommen.

– **Wirtschaft und Arbeitswelt.** Hierzu sind im Saarbrückener Programm immerhin ein paar – wenn auch reichlich ärmliche – grundsätzliche Aussagen zu den gesellschaftsverändernden Vorstellungen der GRÜNEN enthalten, nämlich:

– **„Die Großkonzerne sind in überschaubare Betriebe zu entflechten, die von den dort Arbeitenden demokratisch selbstverwaltet werden".** (Ein Antrag auf die zusätzliche Formulierung „ ... *Überführung in gesellschaftlichen Besitz*" war bereits in Saarbrücken abgelehnt worden).

– **„Die Arbeitenden müssen über Arbeitsplanung, Arbeitsdurchführung und Arbeitsergebnis selbst bestimmen."**

Die Forderung nach „Entflechtung der Großkonzerne" (der einzige Satz des Saarbrückener Programms, der überhaupt auf das Eigentum an den Produktionsmitteln eingeht!) ist in den Entwürfen der Programmkommission zur Wahlplattform gar nicht mehr enthalten. Aus der Forderung nach Arbeiterselbstbestimmung ist in den Entwürfen zur Wahlplattform die weit schwächlichere Forderung nach *„Ausweitung*

der Forderung nach Arbeiterselbstbestimmung ist in den Entwürfen zur Wahlplattform die weit schwächlichere Forderung nach „Ausweitung

der demokratischen Rechte innerhalb der Betriebe und der Arbeitsstätten" gemacht worden.

Im Übrigen enthält der Saarbrükkener Programmteil „Arbeitswelt" einen detaillierten, klar von linker Handschrift geprägten Katalog von wirtschaftlichen und politischen Arbeiterforderungen – Streikrecht, Verbot von Schwarzen Listen, „freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in den Betrieben" usw. usf. Hiervon fand sich im vorläufigen Entwurf der Programmkommission fast nichts mehr wieder. Als einzige Veränderung wurde dazu im überarbeiteten Entwurf die Forderung nach Verbot der Aussperrung aufgenommen.

Ein besonderer Streitpunkt war die Forderung nach **„Fortschreitender Verkürzung der Wochenarbeitszeit (als Einstieg die 35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich"** (Saarbr. Programm). Hieraus wurde in den Entwürfen der Programmkommission zur Wahlplattform: **„Verkürzung der Arbeitszeit (35-Stunden-Woche) ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen. Dies sagen wir GRÜNEN deshalb, weil die Ungleichheit der Einkommensverteilung sehr groß ist und bei Zeitverkürzung der Arbeit die sozial Schwachen nicht noch ärmer werden dürfen."**

Von linken Grünen – beispielsweise von der „Gruppe Z" – wurde allerlei Beschönigendes zugunsten dieser Formulierung vorgetragen: Es gehe nur darum, daß Direktoren u.ä. nicht in den Genuß des vollen Lohnausgleichs kommen sollten. Mit „untere Einkommen" seien eben die Arbeiter gemeint. Nun tragen diese Formulierungen aber klar Gruhls Handschrift, und der hält erklärtermaßen die Arbeiter schon für „privilegiert". Ihm geht es darum, den Lohnausgleich auf verelendete Randschichten der Arbeiterklasse u.ä. zu begrenzen.

Außerdem weiß man ja, daß die gewerkschaftliche Forderung nun mal ganz klar lautet: **„35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich"**, und zwar nicht bloß für „sozial Schwache". Der Einfall, den Arbeitern stattdessen eine Neuformulierung anzubieten, die stark nach Spaltung der Arbeiterklasse (in „untere" und sonstige Einkommen) riecht, ist wieder ein echter grüner Schildbürgerstreich. Die SPD wird im Wahlkampf nicht versäumen, aus diesem grünen Unfug kräftig Kapital zu schlagen.

Der gesamte Plattform-Abschnitt „Wirtschaft und Arbeitswelt" wurde ohne Debatte und ohne Änderungen von der wahrhaft ‚überwältigenden' Mehrheit der Dortmunder Delegierten angenommen. Ein Glanzstück der linken Grünen!

Daß die Grünen in ihrer spärlichen Kritik an den kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen weit hinter den Ansätzen der Reformisten (linke SPD, DKP) zurückbleiben, war schon in Saarbrücken klar. Daß sie aber sogar hinter Forderungen der (SPD-dominierten) Gewerkschaften zurückfallen, ist von entlarvender Peinlichkeit.

– **Sozialpolitik.** Dieser Abschnitt der Plattform ist von der astrein „ökologischen" Tendenz gekennzeichnet, Forderungen nach „Selbsthilfe" anstelle sozialer Forderungen an den Staat in den Mittelpunkt zu stellen: Statt der *„zentralistischen Sozialhilfestellen"* werden *„dezentrale Stellen"* gefordert, *„die von den Betroffenen selbst organisiert werden"*; gefordert wird ferner die *„nicht-materielle Hilfe der Mitmenschen"*; *„durch Aufklärung (soll) die Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation der Betroffenen"* gefördert werden. Dies erschien offenbar selbst der Programmkommission zu durchsichtig, so daß dem unverändert übernommenen „Selbsthilfe"-Paket in der endgültigen Fassung noch der Satz vorangestellt wurde: *„Wir wollen den Staat nicht aus der Verantwortung entlassen, fordern aber ..."* usw. wie gehabt.

Der ganze Punkt wurde in Dortmund bei etwa 20 Gegenstimmen angenommen.

Demokratie und Recht. An diesem Abschnitt des Plattform-Entwurfs wurde, auf Initiative des Westberliner Abgeordneten Dieter Kunzelmann, die weit umfangreichste Veränderung (Ergänzung) vorgenommen. Nach einer sehr überzeugenden Rede Kun-

die weit umfangreichste Veränderung (Ergänzung) vorgenommen. Nach einer sehr überzeugenden Rede Kun-

zelmanns wurde auf seinen Antrag hin mit großer Mehrheit folgende Ergänzung beschlossen:

1. *„Hilfe zur Selbsthilfe für Gefangene statt des staatlichen Straf- und Sühneanspruchs. Dies heißt besonders Meinungs- und Informationsfreiheit, Mitsprache der Gefangenen durch frei gewählte Gefangenenvertretungen. Wir wenden uns gegen jede Form von Isolation (z.B. Hochsicherheitstrakte) und treten ein für gleiche und verbesserte Haftbedingungen für alle Gefangenen. Wir GRÜNEN fordern das Recht jedes Angeklagten, durch einen Anwalt seines Vertrauens vertreten zu werden, das Verbot jeder Zwangsverteidigung und keine Verfolgung von Rechtsanwälten wegen ihrer Tätigkeit als Verteidiger. Die Anti-Terroristen-Gesetzgebung muß aufgehoben werden, da sie die demokratischen Rechte aller Menschen einschränkt.*
2. *Wo Menschen ihre berechtigten Interessen für Umweltschutz, Demokratie und Besserung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse in die eigenen Hände nehmen, gelangen sie sehr schnell in den Bereich polizeilicher Maßnahmen. Wesentliche Verschärfungen der Polizeigesetzgebung haben die Grundrechte ausgehöhlt. Die umfassenden Eingriffsbefugnisse der Polizei wie Kontrollstellen und Durchsuchung von Gebäudekomplexen müssen aufgehoben werden. Es darf keine Todesopfer durch polizeilichen Schußwaffengebrauch mehr geben. Verbot aller chemischen Kampfstoffe.*
3. *Erhebung und Verarbeitung von Daten durch Staat, Wirtschaft, Verbände und Privatpersonen ist ein tiefgehender Eingriff in die private und politische Sphäre eines jeden Bürgers. Deshalb: unabhängige Kontrollorgane aller Betroffenen mit weitgehenden Kompetenzen bis hin zur Anweisung der Datenvernichtung; strikte Benachrichtigungspflicht für jede Datenerhebung und -weitergabe; Datenverweigerungsrecht für jeden Bürger; Vernichtung von persönlichen Daten und Programmen, die politisch mißbraucht werden können."*



Die unheilige Allianz in der Programm-Kommission: Lippelt (l.), Gruhl (m.) und Hoplitschek (r).

Anschließend gab es eine Kontroverse mit Hasenclever, der beantragte, die bereits beschlossene Ergänzung von der Programmkommission und Kunzelmann „überarbeiten" (=kürzen) zu lassen, da dieser Teil sonst zuviel Gewicht innerhalb der Wahlplattform bekommen würde. Hasenclevers Antrag wurde angenommen. Im Endeffekt beschränkte sich die Überarbeitung aber darauf, den 2. Satz zu streichen und stattdessen den 1. Satz umzuformulieren: *„Hilfe zur Selbsthilfe für Gefangene und autonome Gefangenenvertretungen statt ..."* usw. wie von Kunzelmann beantragt.

In den Abschnitt Demokratie und Recht wurde außerdem eine Forderung gegen die Berufsverbote aufgenommen, die in der Vorlage der Programmkommission nicht enthalten war.

– **Frauen.** Hier war im vorläufigen Plattform-Entwurf der Programmkommission der detaillierte Forderungskatalog des Saarbrückener Programms bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden. Daran waren im endgültigen Entwurf keinerlei Verbesserungen vorgenommen worden. In Dortmund brachte dann Frau Wieczorek (eine rechte Delegierte) zwei Anträge ein, die Anerkennung des Hausfrauenberufs und ein Erziehungsgeld für den Erziehenden (plus Wiedereingliederung des Erziehenden in das Berufsleben) mit in die Plattform aufzunehmen. Beide Anträge wurden von den Delegierten mit Mehrheit angenommen.

Eine linke Delegierte aus Essen beantragte, statt der z.T. verstümmel-

mit Mehrheit angenommen.

Eine linke Delegierte aus Essen beantragte, statt der z.T. verstümmel-

ten Formulierungen im Entwurf der Programmkommission zu § 218 (vgl. AK 179) den vollen Wortlaut dieses Punktes aus dem Saarbrückener Programm in die Plattform zu übernehmen. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen.

– **Kinder und Jugendliche.** Auch hierzu hatte die Programmkommission eine gegenüber dem Saarbrückener Programm schlimm beschnittene Fassung vorgelegt (siehe AK 179). Im endgültigen Entwurf der Programmkommission sind gegenüber dem vorläufigen Entwurf nur zwei Erweiterungen vorgenommen worden:

1. *„Einhaltung* (nanu? – Anm. AK) *des Verbotes von Kriegsspielzeug".*
2. statt *„Förderung von Kinderhäusern"* heißt es in dem überarbeiteten Entwurf: *„Kommunale Förderung von Elterninitiativen für Kinderhäuser".*

Der Punkt wurde mit deutlicher Mehrheit, bei wenigen linken Gegenstimmen (darunter auch ein paar von den „Z"-Delegierten), angenommen.

– **Alte Menschen.** Dieser im vorläufigen Entwurf gleichfalls sehr schwache Punkt (vgl. AK 179) war im endgültigen Entwurf der Programmkommission deutlich verbessert worden durch Hineinnahme wesentlicher Forderungen des Saarbrückener Programms.

– **Soziale Randgruppen.** In diesem Punkt sind Roma-Sinti (Zigeuner), „ausländische Mitbürger", „Sexuelle Außenseiter" und Obdachlose zusammengefaßt.

Im vorläufigen Entwurf war für die „Sexuellen Außenseiter" lediglich ein Satz vorgesehen gewesen: *„Homosexualität und Heterosexualität sind gleichwertige Ausdrucksformen von menschlicher Sexualität".* In der überarbeiteten Fassung wurde noch ein Satz angefügt: „ ... *Deshalb sind wir gegen jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens".*

Zu den Sinti war im vorläufigen Entwurf gleichfalls nur ein magerer Satz geplant: *„Die Roma-Sinti (‚Zigeuner') haben ein Recht, nach ihrer eigenen Kultur und Geschichte zu leben".* Stattdessen heißt es im überarbeiteten Entwurf: *„Den Roma-Sinti (‚Zigeuner') muß der Erhalt ihrer kulturellen Eigenarten garantiert werden. Sie müssen für erlittenes Unrecht während des ‚Dritten Reiches' und in den Konzentrationslagern zusammen mit allen anderen Opfern dieser schrecklichen Vergangenheit entschädigt werden."*

– Der erste Satz stellt allerdings keine gelungene Verbesserung, sondern eher einen Unfall der deutschen Sprache dar: Niemand als sie selbst kann den Sinti *„den Erhalt ihrer kulturellen Eigenart"* garantieren. Wir können uns nur für die allseitige Respektierung dieser ‚Eigenart' einsetzen.

Gegenüber dem vorläufigen Entwurf etwas erweitert worden war auch der Punkt „Ausländische Mitbürger". Alle Punkte bleiben aber weit hinter dem Saarbrückener Programm zurück.

– **Bildung und Forschung.** In diesem Punkt weist der überarbeitete und in Dortmund angenommene Entwurf der Programmkommission deutliche Verbesserungen gegenüber dem vorläufigen Entwurf auf: Im vorläufigen Entwurf waren Lehrinhalte gefordert worden, *„die den Menschen seiner äußeren und inneren Natur näherbringen. Deshalb muß der Schwerpunkt auf ökologische Ziele gesetzt werden, nämlich auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und der humanen Regelung der Politik".* Diese stramm

der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und der humanen Regelung der Politik". Diese stramm

„ökologische" Orientierung ist im endgültigen (in Dortmund angenommenen) Entwurf nicht mehr enthalten. Stattdessen sind Formulierungen aus dem Saarbrückener Programm neu eingearbeitet worden: Die Lehrinhalte sollen *„die Schüler in die Lage versetzen, die den gesellschaftlichen und individuellen Konflikten zugrunde liegenden Interessen zu durchschauen"; „Die Schüler sollen die Fähigkeit bekommen, zwischenmenschliche Konflikte auf solidarische Weise zu lösen, eigene Interessen zu formulieren und ihnen durch gemeinsames Handeln Nachdruck zu verleihen".* Außerdem wurde aus dem Saarbrückener Programm der Satz übernommen: *„Eltern, Lehrer und Schüler müssen das Leben an den Schulen gleichermaßen verantwortlich gestalten".*

– **Umwelt und Gesundheit.** Dieser Punkt ist schon im Saarbrückener Programm trostlos (dazu folgt ein Artikel im AK 181). Im vorläufigen Plattform-Entwurf war er noch etwas schlechter (s. AK 179). Für die Endfassung der Plattform wurde dieser Abschnitt des vorläufigen Entwurfs ohne Veränderung wörtlich übernommen. (Abgesehen von der Aufnahme der Forderung nach Verbot von Nikotin- undAlkohol-Werbung).

Insgesamt erfüllte diese Wahlplattform trotz der in Dortmund noch vorgenommenen Erweiterungen (Demokratische Rechte und § 218) hinreichend die Forderung der Rechten nach Demontage des Saarbrückener Programms. Daß Gruhl dann seine Nichtwahl in die Vorstands-Spitze doch noch zum Anlaß eines schmollenden Abgangs nahm, ist jedenfalls nicht mangelnder „Kompromißbereitschaft" der linken Grünen in Programmfragen zu verdanken. Und ebenso wenig ist diesen linken Grünen die Tatsache zu verdanken, daß dieses peinliche Produkt eines faulen Kompromisses nun wahrscheinlich – nach dem Abgang der Rechten – in den Papierkorb wandern kann.

Willfried Maier

Dortmunder Parteitag der Grünen

Ein Festival der linken Selbsttore

„Die Gewinner von Dortmund sind nicht die Grünen, sondern die Roten. Die eigentliche ‚Ökologie-Fraktion' um Baldur Springmann und Herbert Gruhl hat eine weitere schwere Niederlage einstecken müssen." So der Kommentar der CDU zum Parteitag der Grünen in Dortmund. Wenn das ein „Sieg der Roten" war, dann bewahre uns der Himmel vor weiteren solchen Siegen wie auf diesem ‚Wahlparteitag', der zugleich die Beteiligung an den Bundestagwahlen beschlossen und die Bedingungen, das erfolgreich zu tun, untergraben hat.

Der rechte Flügel der Grünen Partei hatte nach dem Saarbrücker Parteitag dessen Programmbeschlüsse für untragbar erklärt. Auf dem Dortmunder Parteitag wurde nun über ein Kompromißpapier verhandelt, das als Wahlplattform bezeichnet und von der Programmkommission vorgelegt war. Die entscheidenden Zugeständnisse an den rechten Flügel sind die folgenden:

Die in Saarbrücken beschlossene Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurde fallengelassen. Jetzt heißt es: „Verkürzung der Arbeitszeit (35-Stunden-Woche) ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen." Was „untere Einkommen" sind, wurde offengelassen. In der ersten Vorlage der Programmkommission waren die unteren Einkommen noch so umschrieben worden: „... untere Lohn- und Gehaltsgruppen". Das hätte bedeutet, Lohneinbußen für die Masse der angelernten und Facharbeiter zu fordern, die ja in mittleren bis höheren Lohngruppen rangieren. So weit geht der nun beschlossene Kompromiß nicht; vielmehr wurde versucht, die Sache offen zu halten.

Tatsächlich ist das aber nicht gelungen. Die gefundene Formulierung ist für eine radikale, interessenbewußte Strömung in den Gewerkschaften unannehmbar – und das ist die einzige, die für die Grünen potentiell erreichbar wäre. Warum die Formulierung nicht geht, darüber belehrt ein Blick in die Einkommensstatistik. Für 1978 weist das Statistische Jahrbuch (1979) aus, daß 90,2 % aller Erwerbstätigen (ausgenommen Selbständige in der Landwirtschaft) ein Nettoeinkommen unter 2.500 DM monatlich bezogen. 9,8% lagen darüber. Bei den Selbständigen lagen 37,4 % über dieser Grenze, bei den Beamten 23,1 %, bei den Angestellten noch 12,4 % und bei den Arbeitern ganze 0,8 %. Unter dieser Grenze lag also die komplette Arbeiterschaft, die tariflich bezahlten Angestellten, die mittleren und gehobenen Beamtenlaufbahnen und die Masse der kleinen Selbständigen. Darüber lagen die außertariflichen Angestellten, die Beamten des höheren Dienstes und die Selbständigen an der Schwelle zu kapitalistischen Unternehmern, die in größerem Umfang auch von fremder Arbeitskraft leben. Wenn man „Einbussen" zumuten will, muß man ungefähr an dieser Linie, vielleicht noch etwas höher, die Grenze ziehen. Legt man sie niedriger an, zieht man sie mitten durch die Arbeiterschaft bzw. durch die Masse der Angestellten und kleinen Handwerker und Händler. Das würde bedeuten, gerade die Masse der Lohnabhängigen an der Frage der „Einbußen" zu spalten, was den Kampf für die 35-Stunden-Woche unmöglich macht. Im Zusammenhang der Grünen Partei mit ihrer Polemik gegen den sog. „quantitativen Lebensstandard" hat die Frage nach dieser Grenze darüberhinaus die Bedeutung, welchen Klassen und Schichten die aus ökologischen Gründen angeblich nötigen Opfer abverlangt werden sollen.

Die beschlossene Formulierung von den „unteren Einkommen", die geschont werden sollen, legt nun keineswegs den Schluß nahe, damit sei die Gesamtmasse jener 90 % Einkommensbezieher gemeint, die unter 2.500 DM netto liegen. Eher denkt man dabei an das untere Drittel, allenfalls an die untere Hälfte der Einkommensbezieher. Der Schnitt ginge dann mit bis zu 1.200 DM netto oder bis zu 1.400 DM netto mitten durch die Masse der Lohnabhängigen hindurch und würde sie gegeneinander stellen. Will man erreichen, daß dieser Schnitt jenseits der 90 % liegt und die Schicht der tatsächlich Wohlhabenden und Reichen erfaßt, so wäre das vielleicht zu leisten mit der Festlegung: „ohne Einbußen für alle Einkommen bis zur Sozialversicherungspflichtgrenze".

Diesen ersten schwerwiegenden Kompromiß sind die linken Vertreter in der Programmkommission wohl bewußt eingegangen; bewußt wenigstens in dem Sinne, daß ihnen klar war, daß hier wichtige Interessen der Gewerkschaftsbewegung auf dem Spiel stehen. Kaum in dem Sinne, daß sie mal gerechnet haben. Bei den beiden folgenden Punkten ist man eher geneigt an Dummheit zu glauben als an Opportunismus; so bodenlos ist die Formulierung, die ihre Zustimmung gefunden hat.

Eine Steuerpolitik a la CSU

In punkto Steuer- und Sozialpolitik enthielt das vom Saarbrücker Parteitag beschlossene Programm noch keine Festlegungen, sondern erklärtermaßen eine offene Stelle. Diese ist jetzt in der Wahlplattform gefüllt worden vom Interessenstandpunkt des kleinen und großen Eigentums. Das Ganze umrankt mit grünen Girlanden.

Nach einer einleitenden Polemik gegen Inflation und Staatsverschuldung, die nur zum Sinn haben kann, zur Sparsamkeit in der staatlichen Haushaltsführung aufzurufen, und die deckungsgleich ist mit entsprechenden Passagen im CSU-Grundsatzprogramm, folgt an Forderungen zur Steuerpolitik: *„Die Besteuerung der Arbeit ist zu verhindern zugunsten einer Energie- und Rohstoffsteuer."* Weiter: Besteuerung umweltschädlicher Verfahren und Hilfe für kleinere und mittlere Betriebe.

„Besteuerung der Arbeit verhindern", das heißt übersetzt auf das Steuersystem in der BRD: Abschaffung der progressiv steigenden Lohn- und Einkommenssteuer, also der direkten Steuer. Und stattdessen Erhöhung der indirekten Steuern, also z.B. der Mineralölsteuer und einer neuen Steuer, die auf alle Rohstoffe gelegt und entsprechend im Preis aller Güter erscheinen würde, bis sie am Ende vom Verbraucher bezahlt wird. Die soziale Wirkung liegt auf der Hand: Aus dem Steuersystem verschwindet die nach steigendem Einkommen gestaffelte Progression. Die relativ höchste Steuerlast hätten dann vielmehr jene Einkommen zu zahlen, die ganz für den Konsum verausgabt werden müssen, also die n i e d r i g s t e n. Eine relativ geringere Steuerlast hätten jene Einkommen zu tragen, die durch Sparen Geldkapital bilden können, also die höheren und höchsten. Am stärksten betroffen wären Rentner, Sozialhilfeempfänger, Studenten, die heute gar keine direkte Steuer zahlen, dann aber die wachsende Last der indirekten Steuer im Preis der Waren unvermeidlich zahlen müßten.

Auf den Rohstoffverbrauch hätte eine solche Steuer, wenn sie gleichmäßig auf alle Rofstoffe erhoben würde, im übrigen keine Auswirkungen. Sie würde lediglich bestimmte Waren aus dem Konsum der unteren Volksklassen verdrängen, weil sie diese nicht mehr bezahlen können, und oben neue Konsummöglichkeiten eröffnen. Es wäre eine Maßnahme, die ausschließlich der Umverteilung der Steuerlast auf die niedrigen Einkommen dient. Mit einem derart reaktionären steuerpolitischen Programm riskiert nicht einmal die CSU, vor ihre Wähler zu treten.

Sozialpolitik: Statt Aussagen über die Rente – Nächstenliebe und Eigenverantwortlichkeit

Ähnliches gilt für den Punkt „Sozialpolitik". Dort wird die Anonymität und der Verordnungswirrwarr der entsprechenden Bürokratien beklagt: *„Der Sinn der Sozialhilfe, nämlich menschliche Zuwendung, ist längst verloren gegangen"*. Gefordert werden „Alternativen": „... *dezentrale* (Sozialhilfe) *Stellen, die von den Betroffenen selbst organisiert werden ...*"; *„Zur reinen Finanzhilfe muß die nicht-materielle Hilfe des Mitmenschen kommen, um durch Aufklärung die Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation der Betroffenen zu fördern"*.

Bekanntlich ist die Rentenversicherung in einer Krise, die sich mit dem nächsten Einbruch von Arbeitslosigkeit noch einmal verschärfen wird. Ähnlich steht es mit der Arbeitslosenversicherung. Es wird lebhaft gestritten, ob und wie die Rentenbemessung generell verschlechtert werden kann (endgültige Abschaffung der bruttolohnbezogenen Rente, Belastung mit Krankenversicherungsbeiträgen oder Steuern). Bei der Arbeitslosenversicherung wurde über neue Zumutbarkeitsregelungen die Leistungen gekürzt. Eine Partei, die in dieser Lage die Herzlosigkeit aufbringt, zur Sicherung der Rente nichts zu sagen, als daß *„den Rentnern ein unversteuertes Einkommen zugesichert wird, das den Mindestlohn für Arbeitnehmer nicht unterschreitet"*, dafür aber die „Eigenverantwortung" zu betonen, liegt auch hier schlimmer als die CSU.

Bekanntlich gibt es in der Bundesrepublik keinen garantierten Mindestlohn. Das Minimum an Einkommen wird bei uns gebildet durch den Sozialhilfesatz. Und gerade soviel will die grüne Wahlplattform den Rentnern unversteuert belassen. Das ist eine so drastische V e r s c h l e c h t e r u n g des bestehenden Zustands, daß sich an einen solchen Vorschlag die wildesten Rentensanierer der offiziellen Parteien noch nicht gewagt haben. Das CSU-Grundsatzprogramm deutet nur vornehm die Richtung an, in welche die Reise gehen soll: *„Der Staat allein kann die Aufgaben gegenüber unseren alten Mitbürgern nicht erfüllen. Altenhilfe verlangt die persönliche Bereitschaft aller zu mehr Mitmenschlichkeit"*. (CSU-Grundsatzprogramm).

Im Resultat: Die Fassung der Arbeitszeitforderung und die direkt reaktionären Formulierungen zur Steuer- und Sozialpolitik machen es so gut wie aussichtslos, die Wahlplattform der Grünen im Bereich von Betrieb und Gewerkschaft gegen die Sozialdemokratie zu vertreten. Die grüne Wahlplattform verschärft so die ohnehin bestehende Gefahr, die im engeren Sinn ökologischen Ziele in Widerspruch zu den unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen zu stellen. Das muß unmittelbar dem Kampf z.B. gegen den Bau von Atomkraftwerken schaden, dessen soziale Reserven damit verstellt werden. Man kann sich auch nicht damit trösten, daß Wahlplattformen ohnehin von kaum jemandem gelesen werden. Sie prägen und bilden die Partei zunächst einmal nach innen, und bei einer so jungen Partei, der es noch überall an Substanz und Kontur mangelt, werden die Mitglieder im Wahlkampf zu d e r Leitlinie greifen, die ihnen gegeben ist, wenn sie nach den Zielen der Partei gefragt werden. Und das ist eben die Wahlplattform, deren Auswirkungen auf das ideologische Gepräge der Partei nicht unterschätzt werden dürfen.

Die Unfähigkeit der Linken

Wie konnte er geschehen, daß die große Mehrheit der Delegierten ein Programm beschließt, das massiv und eindeutig die Interessen der Lohnabhängigen verletzt, während doch dieselben Delegierten mit eindeutiger Mehrheit einen linken Betriebsrat an Stelle von Gruhl in den geschäftsführenden Vorstand wählten? Das hat etwas zu tun mit dem Charakter dieser Linken in der Grünen Partei und speziell mit der Politik, die ihre federführenden Programmierer in der Programmkommission betrieben haben. Zunächst zum letzten Faktor, weil der für die Rahmenbedingungen auf dem Parteitag verantwortlich war.

Insbesondere die unter den Linken in der Programmkommission wohl dominierenden „basisdemokratischen, undogmatischen Sozialisten" (Selbstbenennung) Ernst Hoplitschek und Manfred Zieran verfolgten die erklärte Absicht, die grüne Partei zusammenzuhalten und einen Bruch zwischen ihren Flügeln zu verhindern. Der Z-Fraktion, vertreten in der Kommission durch Jürgen Reents, warfen sie vor, durch rabiate Personalpolitik einen solchen Bruch zu betreiben, wofür freilich die Beweise spärlich bleiben. Daß die „Undogmatischen" die Absicht verfolgt haben, einen Bruch zu vermeiden, kann man ihnen nicht vorwerfen. Wohl aber den Weg, den sie dabei beschritten haben. Die Linke hat in der Programmkommission ohne jede Not schwerwiegende Zugeständnisse in der Sache gemacht. Sie hat bewußt darauf verzichtet, notfalls Minderheitenvoten abzugeben, wenn man sich nicht einigen konnte und dann die Sache dem Parteitag zur Entscheidung vorzulegen. So in der Frage der 35-Stunden-Woche, in der des §218, in bezug auf einige demokratische Forderungen.

In der Frage der Steuern und Sozialpolitik hat sich diese Linke offenbar überhaupt keine eigenen Gedanken gemacht, wäre also auch zu keinem Minderheitenvotum fähig gewesen. Es handelt sich dabei um Themen, für die sich die undogmatisch-kenntnislose studentische Linke ohnehin nie interessiert hat und auf die z.B. auch der „Arbeiterkampf" nur soweit einging, als er dabei einen Witz über die „KBW-Klamotte" von der Selbstverwaltung der Versicherungen ablassen konnte. Heute lassen sich die so erzogenen Sozialisten und Kommunisten auf diesem Feld von jedem Mittelständler und Sylvio-Gesell-Anhänger hereinlegen, wenn er nur das grüne Jäckchen anhat.

Den Delegierten wurde am ersten Konferenztag eine einstimmig von der Programmkommission verabschiedete Wahlplattformvorlage auf den Tisch gepackt, zusammen mit der Versicherung, wie extrem schwierig es gewesen sei, sich zu einigen, und daß man die Sache von allen Seiten jetzt großzügig betrachten solle. Der erste Tag war fast vergangen mit Tagesordnungs- und Geschäftsordnungsstreitereien, als endlich in die Erörterung der Plattform eingestiegen werden sollte. Ad hoc waren noch 76 Abänderungsanträge zur Plattform verfaßt und eingebracht worden. Beratung wegen der Menge also unmöglich. Also möglichst überhaupt keine Beratung. Also lediglich Abstimmung über die Plattformvorlage.

Da fast alle anwesenden politischen Fraktionen und Strömungen durch ihre Vertreter in der Programmkommission auf die Vorlage mehr oder weniger verpflichtet waren, konnte zu den bisher von uns behandelten Punkten nicht einmal die Debatte oder auch nur die Kenntnisnahme von Änderungsanträgen gegen die Geschäftsordnung durchgesetzt werden. Einzig zum Punkt der Steuern gab es einen knappen und diffusen Beitrag eines Bielefelder Delegierten, der leider seine Zeit darauf veschwendete, einen wesentlich besseren, von Bielefeld schriftlich gestellten Änderungsantrag für diese Passage im Großen und Ganzen wieder zurückzuziehen.

Den meisten Delegierten dürfte kaum aufgefallen sein, was sie da verabschiedet haben. Anders wurde die Lage, als Punkte berührt wurden, die traditionelle Interessen und Themen dieser Linken sind. (...)

Programmatische Mittelstandspartei ohne Mittelstand: Eine „undogmatische" Mißgeburt

Die Grüne Partei, soweit sie soziale Interessen anspricht, präsentiert sich in ihrer Dortmunder Wahlplattform als eine Mittelstandspartei, die nicht in der Lage sein wird, den linken Flügel der Gewerkschaftsbewegung nennenswert anzusprechen. Das ist die eine Seite des von der Linken zustandegebrachten Ergebnisses. Hat nun der Dortmunder Parteitag nach der anderen Seite wenigstens Zugang zu mittelständischen Schichten eröffnet? Georg Otto, ein Vertreter der mittelständisch-konservativen Richtung in der Grünen Partei, hatte in seinen „Gedanken zur Führung der Wahlauseinandersetzung 1980", die dem Parteitag vorlagen, an ‚Zielgruppen' aus seiner Sicht die folgenden benannt: 1. den festen Wählerstamm der Grünen. *„Sie rekrutieren sich aus dem Protestwählerreservoir und aus den traditionell Grünen (Umweltschutz- und Naturschutzverbänden)"*; 2. Sympathisanten aus der „traditionellen Naturschutzbewegung" (eher CDU) und „neue Mittelschicht des neuen Bildungsbürgertums" (eher SPD), sowie 3. direkt Betroffene von umweltgefährdenden Maßnahmen.

Die Umweltschutz- und Naturschutzverbände, die traditionelle Naturschutzbewegung und auch das „neue Bildungsbürgertum" in den Städten sehen sich innerhalb der Grünen am ehesten repräsentiert durch Personen wie Gruhl, Hasenclever, Dinne oder auch Springmann. Weil das jeder weiß, wurde ja wohl auch der Versuch unternommen, diese politisch vergleichsweise rechtere Gruppierung durch Abrücken vom Saarbrücker Programm und Zugeständnisse in der Plattform in der Partei zu halten. Diese Absicht muß – zumindest in bezug auf die Bundestagswahlen – als gescheitert angesehen werden (...)

Im Ergebnis hat der Dortmunder Parteitag die Grünen in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung p r o g r a m m a t i s c h ziemlich unmöglich gemacht, in bezug auf die eher konservativ-bäuerlich-mittelständischen Schichten p e r s o n e l l. Ein Signal gesetzt wurde lediglich für das städtische, zumeist jugendliche Protestpotential, das sich in Attacken gegen Polizei, Bürokratie, Bevormundung wiederfindet, in liberalen Freiheitsrechten das Zentrum seines politischen und im Traum vom alternativen Leben sein soziales Interesse sieht. Dieser Schicht entstammte zugleich die Mehrheit der Delegierten, und sich machen den Kern der Linken in der Grünen Partei aus. Unter der genialen Führung ihrer undogmatischen Programmierer ist es ihnen gelungen, alle möglichen politischen Verbindungen zu sozial benachbarten Schichten nach Kräften anzusägen und d a s an Isolierungsschritten zu tun, was sich maximal auf nur einem Parteitag tun läßt.

Die Verteidigung der Programmierer wird lauten: Erstens, es sei alles nicht so schlimm. Zwar wird das Dortmunder Ergebnis „Wählerstimmen kosten"; dafür sei jetzt aber der „Bezug zur Basis" gestärkt durch Verlust einiger Prominenter (So Klaus Wolschner in der „taz" vom 24.6.). Und zweitens sei die geniale Taktik bloß an ihrer Entfaltung gehindert worden: *„Eigentlich war am Anfang der Versammlung eine offene Aussprache über die grundlegende Kontroverse, das Verhältnis Ökologie-Ökonomie vorgesehen – Gruhl selber hatte dies verhindert durch sein vehementes Eintreten für die Behandlung der konsensfähigen Plattform"* (ebenda).

Fortsetzung nächste Seite

Erich Rauschenbach: **Ein praktischer Vergleich**



aus „Vorwärts" 19. 6. 80

Fortsetzung von Seite 30

Mit anderen Worten: Eingeleitet werden sollte der Parteitag, indem die Linke theoretisch über Ökologie und Ökonomie vorturnte aus Anlaß eines theoretisch indiskutablen und politisch trüben Papiers von Ernst Hoplitschek. Wohlgemerkt, ohne alle Absicht auf Abstimmung, nur um sich ökologisch dem staunenden Parteitag als beschlagen zu präsentieren. Und dann rasche Abstimmung der „konsensfähigen" Plattform. Selten ist Klügeres erdacht worden.

Heute sitzt die „Basis", der es mehrheitlich links ums Herz ist, da mit einer unmöglichen Plattform, mit der sie auf der Linken nichts werden kann, und ohne die Prominenten, die in die Mittelstände wirken sollten. Also ziemlich im Dreck. Gewaltige Motivation für den Bundestagswahlkampf ist das nicht.

Was die Grünen heute von den anderen Parteien in ihren erklärten politischen Zielen unterscheidet, nicht soweit sie Gesellschaftspoesie verbreiten, das ist das entschiedene Nein zur industriellen Nutzung der Atomenergie, weiter eine neutralistische Position gegenüber NATO und Warschauer Pakt (begründet allerdings nicht aus einer Kalkulation der Kräfte und ihrer Ziele, sondern aus pazifistischen Hoffnungen und darum zerbrechlich). Und schließlich ein Beharren weniger auf radikaldemokratischen als auf radikalliberalen Forderungen. Das sind allesamt wichtige Sachen. Für die Behauptung einer eigenständigen Position bei den Bundestagswahlen wird es zu wenig sein, zumal dann, wenn die Partei sozial reaktionär auftritt, also insoweit bekämpft werden muß.

Es wäre wirklich falsch, für diese Situation Herbert Gruhl oder die sogenannten rechten Erpressungen verantwortlich zu machen. Auf diesem Parteitag hatte wie in Saarbrücken die Linke die Mehrheit. Sie hat sich als unfähig erwiesen, damit Politik zu machen. Insbesondere hat sie sich als unfähig erwiesen, Politik unter Kalkulation sozialer Interessen zu machen und – wenn Kompromisse gemacht werden sollen – sich zu überlegen, an welchen Punkten die Interessen sozialer Gruppen konvergieren *(zusammenlaufen – Anm. AK)* und unter welchen gemeinsamen Forderungen sie zusammengehen können. Sowohl in bezug auf die Arbeitszeitfrage wäre der Parteitag in der Lage gewesen, eine deutliche Entscheidung zu treffen, ohne sich zu spalten, als auch in bezug auf die Steuer- und Sozialpolitik, wenn ihm die Gesichtspunkte und Alternativen nur vorgelegt worden wären.

Stattdessen wurde auf dem Parteitag, der ja kein Seminar ist, die weltanschauliche Debatte gesucht über Ökologie-Ökonomie, über den Faschismus, fast auch noch über den „realen Sozialismus".

In der Personalfrage war der Partaitag von vornherein in einer schwierigen Situation, weil auf dem Saarbrücker Parteitag „dank der Taktik weniger undogmatischer Linker" (Zitat Ernst Hoplitschek) die Wahl einer linken Kandidatin verhindert worden war, weil falsche Fraktion. Den Platz besetzte dann im dreiköpfigen geschäftsführenden Ausschuß Norbert Mann, in seiner politischen Richtung eher konturlos.

Als jetzt August Haußleiter von dem Vorstandsposten zurücktrat, den er nach seinem Wort von Saarbrücken für Gruhl „kommissarisch" wahrnehmen wollte, mußte die Linke Gruhl einen Kampf um diesen Posten liefern, damit sie überhaupt personell im Vorstand vertreten war. Der Eklat war da. Wenn es dafür eine persönliche, zurechenbare Verantwortung gibt, so gebührt auch hier der Gruppe um Hoplitschek die Palme.

Was nötig ist, das sind jetzt keine Fraktiönchenmachereien von sog. undogmatischen Sozialisten in den Grünen gegen die „ML-Gruppen" und umgekehrt. Nötig wäre, daß sich die Sozialisten und Kommunisten in den Grünen ein Minimum an politischen und sozialen Kenntnissen erarbeiten und versuchen, die Umrisse eines gemeinsam vertretbaren wirtschaftspolitischen und sozialen Programms festzulegen. Vielleicht wären dazu sozialistische Arbeitsgemeinschaften nützlich, die allen Interessierten offenstehen.

(Dieser Artikel von Willfried Maier ist ein Vorabdruck aus der Nr. 3/80 der „Hefte für Demokratie und Sozialismus". Das Heft wird ab 7. Juli erhältlich sein und kann über folgende Adresse bezogen werden: Hefte für Demokratie und Sozialismus Willfried Maier, Neckarpromenade 15/252 6800 Mannheim 1).

Interview mit Jürgen Reents

(Mitglied der Gruppe Z und für den Hamburger Landesvorstand der Grünen in der Programm-Kommission)

AK: *Jürgen, in einem Artikel für die letzte Ausgabe Eurer Zeitschrift ,,Z'' hast Du [zusammen mit einer Genossin Eurer Gruppe] einen Artikel zur augenblicklichen Lage der Grünen im Hinblick auf den Dortmunder Parteitag und im Hinblick auf die Bundestagswahlen geschrieben, in dem Du eine Art Forderungskatalog an die Dortmunder Versammlung aufstellst [nämlich auf die und die Fragen der Basisbewegungen zu antworten] und in dem Du zu folgender Kernaussage im Hinblick auf Dortmund kommst: Dort könne es nicht nur ,,darum gehen, einer Rückentwicklung hinter die Saarbrückener Ergebnisse bloß entgegenzusteuern, sondern die im Programm angelegte Alternative zu den etablierten Parteien gesellschaftspolitisch zu fundieren''. Was wurde von diesen Zielen erreicht und was nicht?*

J.Reents: Erstens zur ,,gesellschaftspolitischen Fundierung'': Da muß man im Endergebnis sagen, daß dies auf dem Parteitag nicht erreicht worden ist. Wir wollten auf diesem Parteitag ja das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie diskutieren. Dazu lag ein Diskussionspapier vor, das zum Ziel hatte, die Definition der Ökologie endlich aus einer unhistorischen und unmaterialistischen Art der Behandlung herauszuholen, und ein tieferes Bewußtsein darüber zu schaffen, daß es die kapitalistische Produktionsweise ist, die - wie Marx sagt - die Springquellen des Reichtums, die Erde und die Arbeit untergräbt.

Von den Rechten wird Ökologie dagegen schlicht als ,,Schutz des Lebens'' proklamiert und nicht danach gefragt, um welches gesellschaftliche Leben es sich handelt, und was die Hindernisse ganz konkret in dieser kapitalistischen Gesellschaft sind, die der Durchsetzung ökologischer Forderungen und Ziele entgegenstehen. Diese Diskussion hat es nicht gegeben.

Zweites zur Wahlplattform: Hier meine ich schon, daß die Wahlplattform in wesentlichen Bereichen das widerspiegelt, was das Saarbrückener Programm beinhaltet. Es hat auf dem Parteitag ja auch noch Verbesserungen gegenüber der Vorlage der Programm-Kommission gegeben, namentlich im Bereich ,,Demokratie und Recht''.

Es gibt aber drittens in dieser Wahlplattform auch Dinge, die nicht identisch sind mit dem Saarbrückener Programm und die auch hinter dieses Programm zurückfallen. Ich meine damit vor allem die Teile Sozialpolitik und Steuerpolitik, wo die Programmkommission nicht in Form von Zusammenfassungen des Saarbrücker Programms arbeiten konnte, da es diese Teile darin nicht gegeben hat. Und hier ist nun anders als z.B. im ,,Demokratie und Recht''-Teil kein derart eindeutiger Bezug auf die Belange der sozial Benachteiligten oder auch allgemeiner auf die Interessen der Werktätigen in diesem Lande zu finden. So ist beispielsweise im Sozialpolitik-Teil nicht davon die Rede, was die Grüne Partei konkret angesichts von 2 Millionen Sozialhilfeempfängern, angesichts von 3,4 Millionen Rentnern mit einem Einkommen von weniger als 600 Mark für Forderungen zu stellen hat - sondern es ist dort allgemein die Rede davon, daß das Sozialsystem in diesem Staat zu einem reinen Bittstellersystem geworden ist. Das trifft natürlich zu. Aber hier finden sich gleichzeitig Formulierungen mit der möglichen Interpretation, daß die Grüne Partei, nachdem sie die ,,Grenzen des Wachstums'' proklamiert hat, nun auch die ,,Grenzen des Sozialstaats'' proklamiert. Und das ist etwas, was zumindest nach außen hin leicht identifiziert werden kann mit ähnlich lautenden Programmaussagen der CDU, auch wenn von der Mehrheit der Grünen etwas ganz anderes gemeint ist.

Ich würde viertens aber auch sagen, daß trotz der Schwächen, die es in dieser Wahlplattform gibt, Dortmund doch insgesamt eine Kontinuität des Mitte-Links-Bündnisses gezeigt hat, sowohl in politischer als auch in personeller Hinsicht.

AK: *Hier möchte ich nochmal einhaken. Zum einen fällt bei der jetzt verabschiedeten Wahlplattform auf, daß die Ansätze im Saarbrückener Programm zu einer grundsätzlichen Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und des Eigentums an Produktionsmitteln sowie die dagegen gerichteten konkreten Forderungen [Demokratisierung und Vergesellschaftung der Produktion, Forderungen nach Mitbestimmung und konkrete Schutzforderungen] nicht fortgeführt werden. Und zum zweiten wurde in der wichtigen Frage der Arbeitszeitverkürzung in der Wahlplattform jetzt auf die Forderung nach vollem Lohnausgleich verzichtet. Die Grünen propagieren nunmehr die Einführung der 35-Stunden-Woche in einer Weise, die sich auf k e i n e Strömung [mit fortschrittlichen Anspruch] in der Gewerkschaftsbewegung stützen kann. Wie wird die Wahlaussage der Grünen in diesen beiden wesentlichen Punkten qualifiziert?*

J.Reents: Zunächst einmal: auch im Saarbrückener Programm ist die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel leider nicht enthalten. Es ist damals vom Kreisverband Hamburg-Nord ein entsprechender Antrag gestellt worden, der aber abgelehnt wurde. Ich würde Dir aber Recht geben, daß das, was im Saarbrückener Programm an Konkretion bezüglich Demokratisierung der Wirtschaft (z.B.) enthalten ist, in der Wahlplattform nicht durchgeschlagen ist. Die Änderung der Passage zur 35-Stunden-Woche beinhaltet tatsächlich a u c h ein Zugeständnis an den rechten Flügel der grünen Partei. Allerdings kommt es schon darauf an, wie man das interpretiert. Die Formulierung in der Wahlplattform ist: ,,35-Stunden-Woche ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen'' - und es gibt natürlich innerhalb der Grünen unterschiedliche Auffassungen darüber, was untere Einkommen sind. Wir haben einer solchen Formulierung natürlich nur zustimmen können, weil von einem vollen Lohnausgleich selbstverständlich nicht die obere Ministerialbürokratie und die obere Beamtenschaft profitieren sollen. D.h., man muß hier auch von linker Seite aus sagen, daß das nicht unser Interesse ist. Man muß allerdings auch sagen, daß das nicht mit der Forderung nach vollem Lohnausgleich, wie sie in der Arbeiterschaft gestellt wird, gemeint ist. Es gibt aber mit Sicherheit in der Partei Leute, die die Grenze von ,,unteren Einkommen'' viel tiefer ansetzen, als wir es tun. Insofern ist diese Formulierung tatsächlich problematisch und hätte besser in eine präzise Verbindung gebracht werden sollen ähnlich der alten Juso-Forderung nach Begrenzung der Einkommen bei 5.000 Mark - ohne mich damit jetzt auf diese konkrete Zahl festlegen zu wollen.

Im übrigen muß man natürlich noch eins anfügen: das Saarbrückener Programm ist in Dortmund - und das halte ich für entscheidend - nicht revidiert worden. Damit ist der rechte Flügel völlig gescheitert. Und wir werden jedenfalls in Hamburg (und ich glaube, das Gleiche passiert auch in anderen Landesverbänden) sehr viel mehr mit dem Saarbrückener Programm als mit der Wahlplattform arbeiten.

AK: *Warum wurde - anders als im Falle des Saarbrückener Programms - von den Linken in der Programm-Kommission darauf verzichtet, zu den umstrittenen Punkten in der Wahlplattform Minderheitsvoten abzugeben und den Delegierten auf diesem Wege überhaupt eine Alternative anzubieten? Hat nicht der Verzicht der Linken auf diese wohlbegründete Praxis die an sich notwendige Diskussion auf dem Dortmunder Parteitag quasi unmöglich gemacht und zudem verhindert, daß in Abstimmungen festgestellt werden konnte, wie die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse sind? Kannst Du dazu etwas sagen und dabei auch Deine eigene Rolle als Mitglied der Programm-Kommission mit einbeziehen?*

J.Reents: Ich würde jetzt sagen, daß es ein Fehler gewesen ist, daß wir keine Minderheitsvoten in der Kommission formuliert und dem Parteitag vorgelegt haben. Wir sind davon ausgegangen, daß die Wahlplattform auf dem Parteitag relativ unproblematisch behandelt werden kann.Wir sind davon ausgegangen, daß nicht die Wahlplattform, sondern das Papier zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie im Zentrum der Auseinandersetzung stehen würde. Das hat sich nicht nur nachträglich als falsch herausgestellt, sondern ich würde auch sagen, daß dies angesichts des realen Inhalts der Wahlplattform ein Fehler gewesen ist.

Die Arbeit der Linken in der Programm-Kommission ist vor Dortmund an ihre Grenzen gestoßen. Wir haben in der Programm-Kommission nicht in allen Punkten authentisch das durchsetzen können, was Ergebnis des Saarbrückener Parteitags gewesen ist. Das hängt vor allem damit zusammen, daß es einen sehr großen Druck auf



Wolf-Dieter Hasenclever und Jürgen Reents (r): "Es läuft doch nicht schlecht, oder?" ... "Na, ja ..."

die Programm-Kommission gegeben hat zur Herstellung der ,,Einheit der Partei'', zur Herstellung eines ,,neuen Konsenses'', wie es von einigen Vertretern in der Programm-Kommission bezeichnet worden ist. Dieser massive Druck hat auch bei den Linken in der Programm-Kommission in der Vermeidung von Minderheitsvoten und dem Bemühen um optimal einstimmige Formulierungen seine Spuren hinterlassen. Aber das Optimum in der Programmkommission ist eben nicht identisch mit dem Optimum der breiten Parteidiskussion. Das ist gleichzeitig ein inhaltliches Problem und ein Problem des Verhältnisses von Gremienarbeit und Basisdemokratie in der Partei. Ich beziehe mich da ausdrücklich ein, daß dies von den Linken in der Programmkommission unzulänglich gehandhabt wurde. Wir hätten nachdrücklicher parteiöffentlich hintreten und sagen müssen: Das ist die Grenze des Durchsetzbaren in der Programmkommission, jetzt muß der Parteitag das korrigieren. Und dazu hätten Vorlagen gegeben werden können.

Im Teil ,,Demokratie und Recht'' ist das ja auch geschehen, aber ohne Vorlagen aus der Kommission. Für noch wichtiger halte ich aber die Frage, woran es liegt, daß die Linke in der Programm-Kommission und die Linke in der Partei insgesamt gerade auf den Sektoren Sozialpolitik und Steuerpolitik doch gewissermaßen versagt hat. Hier geht es überwiegend um Themen, mit denen sich innerhalb der Linken bislang relativ wenig auseinandergesetzt worden ist, wo es sehr wenig konkrete Vorstellungen gegeben hat. Ihr müßt z.B. selbst zugeben, daß auch Eure Kritik an der Wahlplattform im letzten AK vor Dortmund (,,Demontage des Saarbrückener Programms?'', AK 179, S. 12) diese Punkte völlig ausgespart hat. Was Ihr an konkreten Kritiken dort vorgetragen habt, konnte zu einem guten Teil sogar noch innerhalb der endgültigen Vorlage der Programmkommission verbessert werden. Die Linke hat traditionell eben mehr den Bereichen Demokratie und Recht, Frauen, soziale Randgruppen etc. Aufmerksamkeit geschenkt. Ich glaube, daß daraus jetzt der Schluß zu ziehen ist, daß die Linke in der Grünen Partei gerade hinsichtlich solcher Bereiche wie Sozialpolitik und Steuerpolitik stärker zu arbeiten beginnen muß.

AK: *Jürgen, in dem schon eingangs zitierten ,,Z''-Artikel findet sich eine längere Passage zu den rechten Spaltungs- und Erpressungsmanövern in den Grünen und zu den hauptsächlichen Akteuren auf diesem Feld. Wird darin nicht falsch gewichtet? Springmann und seine Crew werden zu gefährlichen Buhmännern aufgeblasen, während die Gefahr, die der Grünen Partei [und speziell den Linken darin] von Gruhl droht, leichtfertig heruntergespielt wird. Gruhl sei - so heißt es da - ,,durchaus etwas realistischer und ,gemäßigter' '' und schließlich: ,,Daß Gruhl im Sinne des GAZ-Rundschreibens die ,Gründung einer neuen ökologischen Bewegung' anfassen würde, ist kaum wahrscheinlich.'' Hat nicht der Dortmunder Parteitag gezeigt, daß der eigentliche K o p f und O r g a n i s a t o r der rechten Spaltungspolitik und auch einer neuen Sammlungsbewegung gerade Herbert Gruhl ist? Daß Gruhl seine Ziele z.Zt. hauptsächlich i n der Grünen Partei verfolgt, muß dem doch gar nicht widersprechen!?*

J.Reents: Die Unterschiede zwischen Springmann und Gruhl sind in dem Artikel nicht heruntergespielt worden, sondern es gibt tatsächlich Unterschiede zwischen ihnen. Eigentlich haben wir früher doch auch gemeinsam im KB die Auffassung vertreten, daß man in der politischen Analyse mehr mit dem Skalpell als mit dem Schlachtermesser arbeiten sollte.

Springmann ist die ganze Zeit nach Saarbrücken mit vehementen Erpressungen aufgetreten, mit der Vorlage von Papieren, deren Verabschiedung in der Tat die Mitarbeit von Linken und Demokraten unmöglich gemacht und zu einer relevanten Spaltung der Partei geführt hätten. Ich siedele die Unterschiede zwischen Springmann und Gruhl nicht so sehr im ideologischen Bereich an, sondern in dem Auftreten gegenüber der gesamten Partei. Springmann und andere Grüne aus Schleswig-Holstein haben in Dortmund bekanntlich ein Flugblatt mit der Überschrift ,,Spaltung - Ja!'' verteilt, das fast ausschließlich gegen die Arbeit der Z in den Grünen gerichtet ist.

Ich glaube auch nach Dortmund, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß Gruhl eine neue Partei aufbauen wird. Gruhl ist in der grünen Bewegung ursprünglich mit der GAZ angetreten, hat mit der GAZ nicht das erreichen können, was er erreichen wollte, und ist jetzt innerhalb der Grünen Partei in eine eindeutige Minderheitenposition gedrängt worden. Diese Partei ist über die Position von Gruhl hinweggegangen und hat nicht unwesentlich durch die Art ihres Diskussionsprozesses, durch die Art der Herausbildung eines ,,Mitte-Links-Bündnisses'' als tragender Kraft, den Spielraum für den rechten Flügel verengt, etwas Neues hochzuziehen, was zu einer ernsthaften Konkurrenz im Protestpotential werden könnte, und damit zu den Bundestagswahlen anzutreten. Der Meinung bin ich, auch wenn die Größenordnung von Austritten wohl nicht nur bei ein paar Dutzend liegen wird. Gruhl hat mittlerweile im übrigen die Behauptung der ,,Bild'', er wolle eine neue Partei aufbauen, dementiert. Aufmerksam verfolgen muß man das aber natürlich schon, da gibts noch einige Unbekannte in der Rechnung.

AK: *Bevor wir auf die möglichen Perspektiven einer rechten Sammlungsbewegung zu sprechen kommen, möchte ich zunächst noch das Verhalten der Linken bei den Wahlen zum neuen Bundesvorstand der Grünen hinterfragen. Es hat selbst aus dem Lager der linken Delegierten [darunter z.B. auch die Hamburger Kandidatin für den Bundesvorstand] Plädoyers für eine Kandidatur Herbert Gruhls für den Bundesvorstand und für dessen Wahl gegeben. Zu diesem Engagement kontrastiert für meinen Geschmack in bemerkenswerter Weise die Tatsache, daß von Seiten der Linken dem Abwahlantrag gegen Grete Thomas, der als gemeines Manöver der rechten Bremer Grünen im Rahmen ihres gesamten Konfrontationskurses gewertet werden muß, nichts entgegengesetzt wurde. Wie siehst du diese Problematik?*

J.Reents: Im Fall von Grete Thomas würde ich dir einfach zustimmen, daß die Linke hier ein sehr schlechtes Bild geboten hat. Wir haben entweder nicht die nötige Einsicht oder nicht den nötigen Mut gehabt, den Fehdehandschuh der Auseinandersetzung an dieser personellen Frage aufzugreifen. Zu Gruhl: ich bin schon der Meinung, daß Gruhl mit seiner Position im Vorstand hätte repräsentiert werden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 31

können, nicht im geschäftsführenden, aber im erweiterten Vorstand. Das hat nichts mit Opportunismus oder wahltaktischem Beibehalten eines für bestimmte Kreise ganz schmucken Aushängeschilds zu tun, sondern mit unserer Konzeption, daß sich eine politisch wirksame Repräsentanz dieser Partei nicht aus ihrer Verdünnung zur Mitte hin ergeben sollte, sondern aus einer ehrlichen Kenntlichmachung ihrer Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse.

Deine Frage zielt aber sicher tiefer auch auf die Situation unserer Gruppe, der Z, innerhalb der Linken bei den Grünen und unser Verhalten in der Parteiauseinandersetzung insgesamt. Und da möchte ich mal etwas Grundsätzlicheres über die Entwicklung der letzten Monate sagen. Da hat es sozusagen einen Mehrfrontenkrieg gegeben, den wir zu führen hatten. Das Feuer des rabiat rechten Flügels ist immer vorrangig auf die Mitarbeit „organisierter Kommunisten" und damit zum wesentlichen Teil konkret auf Mitglieder der Z gerichtet gewesen. Das von Baldur Springmann und anderen in Dortmund verteilte vierseitige Pamphlet, das als Begründung für eine Spaltung immer wieder den Namen Z nannte, habe ich schon erwähnt. Und diese Auseinandersetzung ist ja auch konkret vor Ort, namentlich in Schleswig-Holstein, von uns zu bestehen gewesen. Und sie ist bestanden worden mit dem Ergebnis, daß der rabiat rechte Flügel in Schleswig-Holstein weit zurückgedrängt werden konnte, und damit vor allem auch die eifrig geschmiedete Achse Bremen/Schleswig-Holstein in ihrer gesamten Wirkung in der Bundespartei auf ein wackeliges Gerüst reduziert werden konnte, das jedenfalls nicht mehr im Namen von zwei Landesverbänden auftreten konnte. Die Ausgangsbedingungen solcher Auseinandersetzungen sind in anderen Bundesländern wie etwa Hessen, oder in Westberlin, wo die sogenannten Undogmatischen innerhalb der Linken eindeutig dominieren, weit günstiger gewesen. Aber während wir - um es mal etwas salopp zu sagen - den Hauptteil der „Dreckarbeit" mit wie ich meine für die weitere Entwicklung der Grünen insgesamt erfolgreichen Ergebnissen zu tragen hatten, waren einige Undogmatische der Meinung, es nicht diesem rechten Flügel, sondern uns anlasten zu müssen, wenn sich auch einige Mitglieder aus den Grünen zurückgezogen haben, an deren Mitarbeit und Zusammenarbeit wir zumindest nicht weniger interessiert sind. Ich nenne da nur stellvertretend Namen wie Boje Maaßen oder Karsten Buhk in Schleswig-Holstein. Die konkreten Abläufe sind dabei nie untersucht worden, sondern es herrschte Spekulation, und die wurde auch verbreitet. Ich weiß nicht, ob sich dabei ausgedacht wurde, daß auf diese Weise die rechten Erpressungsmanöver besser und mit weniger Personalverlust bewältigt werden könnten. In der Praxis war das jedenfalls irrig und von Sachkenntnis ungetrübt, und wir würden ja auch nicht behaupten, daß es die Schuld der undogmatischen Linken ist, falls Gruhl sich jetzt von den Grünen trennen sollte, obwohl die undogmatische Linke rein quantitativ und damit auch von ihren Einflußmöglichkeiten her wirklich viel relevanter innerhalb der Grünen ist als wir es sind. Hinzuzufügen ist allerdings, daß solche falschen Feindbilder in der undogmatischen Linken schon in Saarbrücken sichtbar gewesen sind, als einige von ihnen die Wahl einer linken Kandidatin in den geschäftsführenden Bundesvorstand verhindert haben. Damit ist sich inzwischen sogar gebrüstet worden, und ich denke, daß es hier auch tatsächliche Konzeptionsunterschiede gibt, in dem Sinne, was ich vorhin als Verdünnung zur Mitte hin bezeichnet habe, was aber real keinen Bestand haben kann und mit den personellen Ergebnissen von Dortmund auch schon als überholt anzusehen ist.

Mit dieser Kritik schließe ich mich aber keineswegs Thesen von einer „äußerst komplizierten Aktion" an, wie ihr sie im AK angestellt und bislang auch nicht - trotz positiverer Meinung, die ihr seit Saarbrücken vertretet - revidiert habt. Das ist weder unser Stil der Auseinandersetzung, noch entspricht es den viel differenzierteren Tatsachen und Bewegungen bei den Grünen. Die Kontroverse zwischen dem KB und der Z, die gehört zumindest der Vollständigkeit halber ja auch noch zum Mehrfrontenkrieg der letzten Monate, läßt sich am ehesten vielleicht mit einem Vers von Dante umschreiben: Der eine wartet, daß die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt. Wir sind da wohl unbestritten und trotz aller Mängel und notwendigen Manöverkritik nach Dortmund in der letzten Position.

AK: *Aus Presseberichten und Meldungen in anderen Medien ist bereits unmittelbar nach Dortmund bekannt geworden, daß sich verschiedene Gruppierungen in der Grünen Partei mit Austritts- und Abspaltungsgedanken tragen [Springmann und seine GLSH] oder auf andere Weise ihre Distanz zum augenblicklichen Kurs der Partei äußern wollen. Für wie relevant schätzt ihr diese konservativen, rechten Kräfte zur Zeit ein und wie bewertet ihr diese Entwicklung? D.h., wird die Trennung der Rechten von der Grünen Partei von Euch im Sinne eines notwendigen Klärungsprozesses begrüßt oder sollten Eurer Meinung nach Bemühungen gemacht werden, sie durch Verhandlungen und Angebote in der Partei zu halten?*

J.Reents: Ja, es handelt sich hier um einen Klärungsprozeß, der auch nach meiner Meinung unvermeidbar ist. Die Grünen müssen sich aus einer Situation herausentwickeln, in der sie mit Verzichtsideologie und Weltuntergangsstimmung identifizierbar sind. Und es gibt Kräfte innerhalb der Partei, die solchen Positionen, immer wieder Nahrung verschaffen und dann mit Vorliebe natürlich auch von der SPD und anderen, die nicht differenzieren können oder nicht differenzieren wollen, stellvertretend für die Grünen genommen werden.

Die Positionen eines Baldur Springmann sind in einer Partei, die sich als eine Alternative zu den Etablierten begreift, nicht tragbar. Aber es gibt mit Sicherheit auch Mitglieder der Grünen, die sich jetzt mit Gedanken nach Austritt oder Abspaltung tragen, um deren Verbleiben in der Partei wir uns weiter bemühen. werden.

AK: *Gilt das auch für Herbert Gruhl?*

J.Reents: Diese Entscheidung liegt jetzt nicht bei uns. Es sind in der Vergangenheit reichlich Bemühungen in dieser Richtung gelaufen, und Herbert Gruhl hat sich trotz aller dieser Bemühungen von den Grünen distanziert. Ich meine deshalb, daß es Bemühungen gegenüber Gruhl nicht in der Richtung geben darf, daß wir ihm weitere Zugeständnisse machen - daß es aber sehr wohl Bemühungen in der Richtung geben kann, die nochmals klarstellen, daß auch Herbert Gruhl mit seiner Minderheitsposition weiter in der Grünen Partei wirken kann.

AK: *Als wir vor fast genau einem Jahr [im Juni 1979] im KB über die Frage einer Beteiligung an den Bundestagswahlen eine Diskussion begonnen haben, hat Genosse Langer [der heute mit Dir in der Z arbeitet] einen Artikel für den ARBEITERKAMPF geschrieben, in dem er als eine Schlußfolgerung zieht, daß eine nicht aussichtsreiche Kandidatur einer grün-bunten Liste zu den Bundestagswahlen [d.h. eine Kandidatur, bei der von vornherein klar ist, daß die 5 %-Hürde nicht übersprungen werden kann] abzulehnen sei, weil sie die Wahlchancen für Strauß verbessern müßte. Heute sind wir in einer Situation, wo nach den Wahlergebnissen der letzten Monate [insbesondere denen in Nordrhein Westfalen] selbst die größten Optimisten nicht mehr davon ausgehen, daß die Grünen eine Chance haben, in den Bundestag zu kommen.*

Wie würdest Du die damalige Argumentation aus heutiger Sicht bewerten? Und wie würdest Du die Entscheidung von Dortmund [die ja auch von Dir mitgetragen wird] begründen wollen?

J.Reents: Die Position von uns, nicht dazu beizutragen, daß Strauß an die Regierung kommt, ist historisch völlig richtig gewesen. Und sie ist es nach wie vor. Vor allem nach den Wahlen in NRW kann man aber wohl kaum in dieser Weise dabei stehenbleiben. Ich habe auch auf dem Dortmunder Parteitag, als ich die Erklärung der Programm-Kommission zur Bundestagswahl vorzutragen hatte, gesagt, daß das Argument, eine Kandidatur der Grünen könne Strauß an die Macht bringen, heute nur noch als ein schlichter Bluff der SPD-Wahlpropaganda zu bezeichnen ist.

Es kann in erster Linie nicht um das Erreichen der 5 Prozent gehen, sondern es muß darum gehen, daß die Grünen mit ihrer Kandidatur zur Bundestagswahl die radikaldemokratische und ökologische Opposition in diesem Land weiterentwickeln helfen, über den 5. Oktober hinaus.

AK: *Bestehen bereits Überlegungen [bzw. ist daran überhaupt schon gedacht worden], die Grünen gegenüber anderen Organisationen und Gruppen zu öffnen und ihnen eine Plattform zur Mitarbeit [sowohl in programmatischer Hinsicht als auch bei der Kandidatenaufstellung] aufzutun? Denn es dürfte wohl unstrittig sein, daß die große Mehrheit der Basisinitiativen und linken Gruppen der Grünen Partei bisher mehr oder weniger skeptisch gegenüberstehen!?*

J.Reents: Das letzte, was Du gesagt hast, ist keineswegs unstrittig. Oder wenn Du so willst: skeptisch bin ich auch. Das ist ja ein sehr dehnbarer Begriff. Ich habe zu einem früheren Zeitpunkt unserer Auseinandersetzung ausdrücklich in Abgrenzung von Bahros Position davon gesprochen, daß die Grüne Partei sich durchaus bald als ein historischer Irrtum herausstellen könnte, über den hinausgegangen werden muß. Aber wenn Ihr von Skepsis der großen Mehrheit der Basisinitiativen und linken Gruppen sprecht, dann beinhaltet das zwei Fehler: Erstens die Behauptung, die Grüne Partei existiere irgendwie künstlich außerhalb dieser Bewegung. Und zweitens, daß Ihr die spezifische KB-Position der Abstinenz und frontalen Gegenagitation gegen die Grünen mit dem dafür völlig falschen Begriff der Skepsis überwölbt. Ich sage das, damit es zu dieser Frage von Dir keine Identifikationen von KB und Basisbewegung einerseits und keine Dissoziationen von Grünen und Basisbewegung andererseits gibt, die Ihr zwar wiederholt behauptet, aber nie belegt habt.

Aber nun zum Erstgesagten: In Hamburg wird am 5.Juli eine Landesversammlung der Grünen stattfinden, wo über den Beginn des Wahlkampfes hier am Ort diskutiert werden wird. Wir werden dort dafür eintreten, daß für die Hamburger Situation eine zusätzliche Programmatik ausgearbeitet wird, mit der wir auch die Schwächen der Wahlplattform ausbügeln können. Und wir werden ebenso dafür eintreten, daß zur Ausarbeitung einer solchen Programmatik und zur Beteiligung am Wahlkampf andere Gruppierungen und Strömungen, die sich bislang distanziert zu den Grünen verhalten, mit daran beteiligt werden. Das Gleiche könnte m.E. auch für die Aufstellung der Kandidatenlisten gelten - d.h., daß auch hier Angebote zur Beteiligung von Nicht-Mitgliedern der Grünen Partei gemacht werden, sofern sie selbst die Bereitschaft dazu haben.

Interview mit Grete Thomas

(bis Dortmund im Bundesvorstand der Grünen)

Grete Thomas war auf dem Saarbrückener Parteitag als Schatzmeisterin in den Bundesvorstand der Grünen gewählt worden. In Dortmund wurde sie von diesem Amt auf Antrag von Bernd Vogel (Bremer Grüne Liste) abgewählt wegen angeblich fehlerhafter Kassenberichte, Unterstützung der Alternativen Liste im Bremer Wahlkampf und „Bespitzelung" von Helmut Lippelt (Lippelt ist in Dortmund in den erweiterten Bundesvorstand gewählt worden; vor knapp zwei Jahren verdiente er sich im AK (Nr. 135, Extra-Ausgabe zu bunten und grünen Listen) wegen seiner dubiosen Rolle als „Vermittler" bei den Einigungsgesprächen zwischen GLU und GLW (später GLH) in Hessen den Titel „die Qualle des Monats").

AK: Vielleicht kannst Du zunächst noch einmal erzählen, was dem Abwahlantrag gegen Dich zugrundegelegen hat?

Grete Thomas: Meine Abwahl ist betrieben worden vom Kreisverband Hildesheim und vom Landesvorstand Niedersachsen aus. Es sollte nicht meine persönliche Abwahl vorgenommen werden, sondern es sollte der gesamte Vorstand zurücktreten. Dieses Zurücktreten des gesamten Vorstands wollte man erzwingen, das war in Hildesheim (Sitzung des Bundeshauptausschusses; Anm. AK) ganz deutlich geworden, indem die Berliner August Haußleiter ganz stark angegriffen haben, und dann sollten wir anderen vier uns mit August Haußleiter solidarisch erklären und sollten gemeinsam zurücktreten. Und das haben wir nicht getan. Dazu habe ich eine Erklärung geschrieben: *„Der Bundesvorstand sieht sich selbst als eine demokratisch gewählte Arbeitsgruppe in dienender Funktion und in selbstverständlicher Unterordnung unter die Meinungsbildung und die Interessen der Gesamtpartei. Mit ruhigem Selbstbewußtsein können wir sagen, daß bei allen gemachten Fehlern die seit März geleistete Arbeit weder durch Machthunger, Machtmißbrauch, Profilierungssucht, noch durch einsame Beschlüsse gekennzeichnet war. Wir kleben nicht, wie einige unterstellt haben, an unseren Stühlen, sondern stellen ganz ausdrücklich fest: wir bekennen uns ausdrücklich zum Charakter der Grünen als weltanschaulich offenes breites Bündnis, das entsprechend den in Offenbach, Karlsruhe und Saarbrücken bekräftigten Prinzipien den Kampf gegen die drohende Menschheitskatastrophe und für eine neue ökologische und soziale Gesellschaftsordnung aufnimmt. In unserer Partei haben sich Menschen, die bestimmte Reformen wollen, mit Menschen vereinigt, die für eine grundlegende revolutionäre Umwälzung eintreten. Wertkonservative, Liberale, Kommunisten und andere Sozialisten haben gemeinsam einen neuen Anfang gemacht. Anhänger des Parlamentarismus und Anhänger eines Rätesystems suchen gemeinsam nach einer Alternative zu Bürokratentum und Unterdrückung. Dieser hoffnungsvolle Beginn darf nicht zerstört werden durch Selbstzerfleischung, Vormachtansprüche einer bestimmten Doktrin und schlagwortartige Ausgrenzung und Verteufelung Andersdenkender. Von uns allen hängt es ab, was wird; von uns allen hängt es ab, ob die bankrotten etablierten Kräfte noch einmal triumphieren."* So war unsere gemeinsame Erklärung. Nun muß man sagen, daß im Grunde genommen die Abwahl von August Haußleiter und von mir, als man nicht erreichen konnte, daß der Vorstand geschlossen zurücktritt, betrieben worden ist auf Wunsch Gruhls. Herbert Gruhl wollte sowohl August Haußleiter wie mich raushaben. Und da mußte man nun nach Aufhängern suchen, damit man uns beide raushaben konnte.

AK: Hat Gruhl nicht ausdrücklich gesagt, daß er nur ohne eine Schatzmeisterin Grete Thomas bereit sei zu kandidieren?

Grete Thomas: Ja, das hat er direkt gesagt. Nun mußte man ja nach Aufhängern suchen, daß ich abgewählt werden konnte, oder, was ihm lieber gewesen wäre, daß ich freiwillig zurückgetreten wäre. Und da hat Gruhl gesagt, er werde mir völlige Unfähigkeit nachweisen können. Das wollte er mit Hilfe der Geschäftsstelle, die mir überhaupt keinen Einblick in die Bücher gegeben hat. Wenn ich ganz ehrlich bin – diese Aufgabe als Bundesschatzmeister war für mich auch ein bißchen zu schwierig, aber man hat das auch sehr erschwert in der Geschäftsstelle.

AK: Nun ist es ja kein Zufall, daß ausgerechnet Bernd Vogel den Abwahlantrag vorgetragen und begründet hat. Nach seinem Umschwenken von der Alternativen Liste zur Bremer Grünen Liste hat er doch ganz offensichtlich die Gelegenheit genutzt, um alte Rechnungen zu begleichen. Außerdem hast Du darauf hingewiesen, daß es Gruhl darum ging, möglichst viele Vorstandssitze neu zu vergeben und dann entsprechend seine Ansprüche für sich und seine Gefolgsleute geltend zu machen. Da wäre es in Dortmund doch die Aufgabe der Linken gewesen, klarzumachen, daß es mit dem Abwahlantrag gegen Dich genau darum ging und nicht um ein persönliches Mißtrauensvotum.

Grete Thomas: Das ist gar nicht versucht worden. Z.B. auf der letzten Landesvorstandssitzung hieß es noch: wir müssen die „Affaire Grete Thomas" geräuschlos vom Tisch bringen, damit die Sachen von Bernd Vogel gar nicht laut werden. Man wollte es am liebsten so haben, daß man mir Unfähigkeit nachweisen konnte. Daran haben die Hildesheimer gearbeitet, weil ich in meiner Kassenführung für die letzten drei Monate GLU Niedersachsen, die von den Belegen her stimmte – da war jeder Beleg nachgeprüft – bei der Addition der Ausgaben in der Tausenderzeile eine 4 übersehen habe; dafür waren rein rechnerisch 4000 DM z u v i e l in der Kasse. Das hat Lippelt in Dortmund ja auch gleich noch mal vorgebracht, der lief ja in Windeseile ans Mikrophon, ehe ich überhaupt hingehen konnte. Das wollte Lippelt gern in den Mittelpunkt stellen, um von seiner Sache mit dem Nachforschen wegzukommen. Bernd Vogel wollte mit dem Abwahlantrag erstmal eine Rechtfertigung für sich selbst geben, weil er ja zunächst in Bremen bei der AL war, dann umgeschwenkt ist zur BGL, und ich ihm sehr klar und sehr deutlich gesagt habe, was ich von ihm halte. Daß die Linke sich nicht für mich eingesetzt hat, finde ich selber merkwürdig. Es wollte sich z.B. für mich einsetzen der alte Werner Schirr, der von den ganz Rechten in Niedersachsen kommt. Bei der letzten Landesversammlung in Niedersachsen hatte Osterholz hier in der Nähe von Bremen den Antrag gestellt auf Abwahl von Grete Thomas als Bundesschatzmeisterin, was die Landesversammlung ja gar nicht kann. Da hatte Werner Schirr für mich gesprochen, und da war dieser Antrag mit großer Mehrheit abgewehrt worden. Es sind im Grund die Rechten gewesen, die sich offen für mich eingesetzt haben, während die Linken gar nicht dieses Problem haben sehen wollen.



Typische Szene auf dem Dortmunder Parteitag: Gruhl bearbeitet von achtern die Versammlungsleitung. Mehrfach wurde zu seinen Gunsten Regie geführt

AK: Wie bewertest Du denn – abgesehen von Deiner Abwahl – insgesamt den Verlauf und die Ergebnisse des Dortmunder Parteitags?

Grete Thomas: Ich finde, es ist so gut gelaufen, wie es eigentlich nicht besser laufen konnte. Die Bremer wollten ja von Anfang an die Spaltung haben. Die Niedersachsen wollten

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 32

mehrheitlich nicht die Spaltung und wollten Gruhl weiterhin einbinden. Die Niedersachsen sind es gewesen, die Gruhl goldene Brücken noch und noch gebaut haben. Die Niedersachsen haben in vielen Vorgesprächen mit Gruhl dafür gesorgt, daß man das Saarbrücker Programm zwar nicht abschafft, aber daß man es zurückstellt bis nach der Bundestagswahl. So sieht auch dieser niedersächsische Beschluß aus (der vom Dortmunder Parteitag übernommen worden ist; Anm. AK), daß jeder sich auf das Saarbrücker Programm berufen kann, aber man immer noch den Rückzug machen und sagen kann: das an dem Programm gefällt mir nicht, und das gefällt mir nicht.

AK: Dieser niedersächsische Beschluß ist ja in Dortmund nun von fast allen Linken mitgetragen worden.

Grete Thomas: Er ist von allen mitgetragen worden; also man ist Gruhl entgegengekommen noch und noch. Dann ist die Sache mit der Erklärung zu Ökologie und Ökonomie, die eigentlich die undogmatischen Linken – die Berliner sind das ja vor allen Dingen – voranstellen wollten in der Diskussion. Und dann hat Gruhl es in der Versammlung erreicht, daß diese Erklärung hintenangestellt und gar nicht mehr behandelt wurde, weil er die nicht tragen kann.

AK: Die Politik der goldenen Brücken für Gruhl hat zwar eine Reihe von Zugeständnissen der Linken gebracht. Gruhl hat man dennoch nicht halten können; einzig und allein weil er nicht gewählt worden ist.

Grete Thomas: Daß er nicht gewählt wurde, muß er sich einzig und allein selber zuschreiben. Denn wir sind ihm vom Programm her so entgegengekommen, daß er mit allerbestem Gewissen sagen konnte: diese Wahlplattform ist so verwässert und so nichtssagend, daß sie eigentlich von jedem bejaht werden kann. Wir sind Gruhl so weit entgegengekommen, daß er mit bestem Gewissen sagen konnte: so, ich stehe wieder für einen Vorstandsposten zur Verfügung. Und dann ist er nicht gewählt worden. Auf ganz demokratische Weise.

AK: Wie siehst Du die Perspektive der Grünen Partei nach der Bundestagswahl? Wir gehen ja, grob gesagt, davon aus, daß das Datum 5. Okto-

tagswahl? Wir gehen ja, grob gesagt, davon aus, daß das Datum 5. Okto-

ber das einzige ist, was den Laden noch zusammenhält und immer wieder kurz vor dem Knall zu Kompromissen führt.

Grete Thomas: Das glaube ich nicht. Wenn ich mal ehrlich sein soll: weggehen werden Springmann, Olaf Dinne, und Herbert Gruhl tritt auch aus. Das ist gar keine Frage. Und wenn man es so nimmt, dann sind, von mir aus gesehen – das klingt jetzt sehr hart – die Störenfriede weg, die immer wieder den Laden aufgehalten haben. Man kann es natürlich auch feiner formulieren und sagen: die grüne Prominenz, die immer wieder von den Medien hochgejubelt wurde, ist weg. Wir haben jetzt einen Vorstand, der wirklich die Basis vertritt. Es hat sich in Dortmund durchgesetzt eine wirkliche Basispartei ohne Prominenz. Ich würde vielleicht sogar sagen, mit diesem Vorstand mit Dieter Burgmann, der ja auch direkt aus der Basis kommt – ein in der Öffentlichkeit völlig unbekannter Mann – der aber Betriebsrat ist und Arbeitnehmer ansprechen kann, könnte es uns sogar gelingen, die Bundestagswahl noch zu gewinnen. Könnte – wenn wir da ganz viel Schwung reinstecken, wenn wir diese ewigen Querelen mit Baldur Springmann los sind. Es werden nicht sehr viele rausgehen. Die Masse der Konservativen wird bleiben, es gehen nur diese ewigen Nörgler, die immer die K-Leute raushaben wollten. Gewinnen wir die Bundestagswahl nicht – so ist das auch nicht schlimm. Meiner Meinung nach sind wir für den Bundestag noch gar nicht bereit, daß wir da irgendetwas erreichen könnten. Meiner Meinung nach geht der Trend doch zur Basis zurück. Man hat zu Recht gesagt: in Gorleben waren die Grünen nicht vertreten. Daß wir uns doch wieder mehr auf unsere Basis besinnen. Und wenn wir nicht im Bundestag sind nach dem 5. Oktober, daß wir dann vielleicht noch mal etwas mehr Ballast von uns wegschieben, nämlich all die Leute – das muß man ja auch mal überlegen – die aus anderen Parteien gekommen sind, weil sie da nichts wurden und bei uns Karriere machen wollen. Wenn wir die nach dem 5.10. wieder los sind, ist das wieder eine Rückbesinnung auf unser eigentliches Anliegen. Was ich jetzt sage, klingt vielleicht für manche nicht gut; die Sozialistische Konferenz hat ja gesagt, daß man erst an die Gründung einer sozialistischen Partei nach der Bundestagswahl denken könnte, und es ist durchaus möglich, daß die Grünen dazu ein Anfang sind. Das ist nicht sicher, aber es ist möglich.

Die Bunte-Liste Parlamentsfraktion flippt aus

Eine traurige Entwicklung und einen anschaulichen Beleg für die „Professionalisierung alternativer Politik" liefert die Mehrheit der Parlamentsfraktion der Bunten Liste, die aufs Engste mit der Gruppe Z verbündet ist und sich von der gesamten Bunten Liste abgespalten hat.

1978 erreichte die BuLi mit 5 % zwei Sitze im Eimsbüttler Bezirksparlament. Auf öffentlichen Versammlungen wurden Mitglieder und Stellvertreter für die diversen Parlamentsausschüsse gewählt. Heute umfaßt die Fraktion fast 25 (genau wird niemandem die Zahl bekanntgegeben) Personen, einen hauptamtlichen Sekretär und demnächst, so wurde angekündigt, noch einen zweiten; genannt wird dies der „Arbeitsstab".

Parallel zur Herausbildung der Parlamentsfraktion setzte eine Entwicklung ein, die die Eimsbüttler Fraktion zunehmend von der einstmaligen Basis der Bunten Liste abkoppelte. Zeitlich ist diese Entwicklung etwa gleichzusetzen mit dem Entschluß der Z-Gruppe und der Mehrheit der Parlamentsfraktion, das Gewicht der Bunten Liste zunehmend bei der grünen Parteibildung einzusetzen, auch auf Kosten der Selbständigkeit der Bunten Liste.

Im Dezember 1979 treten auch die Abgeordnetinnen der BuLi in die grüne Partei ein und lassen sich demonstrativ für den Karlsruher Gründungsparteitag der Grünen delegieren.

Im Februar/März 1980 kommt es zu einem heftigen Streit in der Bunten Liste um die Verwendung der beträchtlichen Gelder, die über die Parlamentsarbeit der BuLi zugute kommen. Die Mehrheit der Fraktion erklärt laut und vernehmlich: über die Verwendung der Gelder bestimmen wir, sonst niemand. Kaschiert hinter aufgeregtem Geschrei gegen den KB, er denunziere und diffamiere die Fraktion, vollzieht diese auf einer BuLi-VV am 2.März zusammen mit der Z-Gruppe und wenigen anderen Kräften die Spaltung der Bunten Liste.

Danach ist der Kurs auf Spaltung stramm eingehalten worden:

– Ein eigener Sprecherrat wird gebildet, der schamlos als Vertreter der ganzen BuLi auftritt;

– Zum 1. Mai Volksfest werden die Initiativen der BuLi mit dem Mietvertrag für die Messehallen ausgetrickst und das Fest als bunt-grüner Wahlkampfauftakt für die Grünen genutzt.

Die „Professionalisierung" marschiert

Im April 1980 veröffentlicht die Mehrheit der Fraktion einen Artikel, in dem sie ihren Kurs der „*Professionalisierung alternativer Politik*" unwiderruflich erklärt: „*hausgemachte Ansprüche*" wie Rechenschaftspflicht, demokratische Kontrolle und imperatives Mandat werden ad acta gelegt. Die Herstellung einer Verbindung zwischen Parlamentsfraktion und Basisinitiativen wird als „*utopisch*" abgelehnt. Stattdessen soll jetzt „*mit der Einrichtung eines selbstverständliche tariflich entlohnten Arbeitsstabes für die Innenarbeit der Fraktion begonnen werden*". Einwände dagegen werden schon im Vorwege als „linkspuritanische Vorstellungen" abgetan. Selbstverständlich wurden diese Vorstellungen nirgendwo (außer im Mehrheitskreis) diskutiert, nicht einmal die 5-köpfige Fraktionsminderheit wußte von dem Artikel, der auch in ihrem Namen mitveröffentlicht wurde und von dem sie sich mittlerweile distanziert hat.

Als nächste Schritte der Professionalisierung wird jetzt die personelle Säuberung der Fraktion vorgenommen. Das erste Opfer gehört von Beginn an der Fraktion an und wird jetzt wegen „Faulheit" und abweichender politischer Meinung geschaßt. (siehe nebenstehenden Artikel) Neuaufnahmen in die Fraktion werden ebenfalls auf ihre Haltung gegenüber der Parlamentsfraktions-Mehrheit und nicht mehr gegenüber den Zielen der Bunten Liste überprüft. Stramme Parteigänger werden bevorzugt.

Jede Kontrolle der Basis über die Fraktion und die Verwendung ihrer Gelder ist ausgeschaltet worden. Nichtgenehme Mehrheiten werden ignoriert und duch Entscheidungen der Fraktionsmehrheit ersetzt. Die Eimsbüttler „Wählerversammlung", die in der letzten Zeit eh nicht viel mehr als gutbesuchte Fraktionssitzungen waren, sollen jetzt abgeschafft werden, man will sich „neue Formen" überlegen. Die Begründung dafür wurde auch schon geliefert: wenn was wichtiges auf der Tagesordnung stünde, würde ja doch nur der KB „majorisieren". Stattdessen sollen zukünftig die Mitglieder der Fraktion als professionelle „Tansmissionsriemen" zur Basis fungieren.

Interessant anzumerken bleibt noch, daß die Spaltung der Bunten Liste auf einem Treffen vollzogen wurde, auf dem es hauptsächlich um die Diskussion um Entscheidungsfindung über demokratische Strukturen in der BuLi gehen sollte. Die Parlamentsfraktion hat sich rechtzeitig vorher aus dem Staube gemacht.

Im Initiativenkreis der Bunten Liste hat das Fraktionsvorgehen heftige Reaktionen hervorgerufen. So haben noch am 12.6. eine Reihe von Mitgliedern des Vorbereitungskreises an der „Wählerversammlung" teilgenommen, um die Fraktion zu veranlassen, ihre Drohungen und Maßnahmen gegen die Fraktionsminderheit zurückzunehmen. Vergebens. Jetzt hat eine Diskussion eingesetzt, die Parlamentsfraktion zum Rücktritt aufzufordern und diese Entwicklung stärker öffentlich zu machen. Die Initiativen der Bunten Liste sind nicht mehr bereit, hinzunehmen, daß die Parlamentsfraktion weiter im Namen der Bunten Liste-Initiativen agiert. Die einstigen Grundlagen der BuLi sind von der Mehrheit der „Parlamentarier" verlassen worden.

Gleichzeitig hat eine Diskussion über alternative Parlamentsarbeit begonnen, um inVorbereitung der Bürgerschaftswahl 1982 rechtzeitig die Lehren aus der Verselbständigung der Parlamentsfraktion von der Bunten Liste zu ziehen.

Tumulte im Parlament

Rund 20 AKW-Gegner/innen nahmen eine gerade laufende Bezirksverordnetenversammlung in Tiergarten, wo die AL mit zwei Abgeordneten vertreten ist, zum Anlaß, auch dort gegen die Räumung des Anti-Atomdorfes in Gorleben zu protestieren. Die „Große Koalition" aus CDU und SPD sah sich plötzlich mit dem Einmarsch eines langen „Plutonium-Wurms" konfrontiert und es kam zum Eklat: SPD-Fraktionsvorsitzender Naujokat, der Bezirksbürgermeister Koffke (ebenfalls SPD) und natürlich auch Mitglieder der CDU-Fraktion pöbelten herum und bezeichneten die AKW-Gegner/innen u.a. als „ Ostfaschisten". Eine ältere Frau mit drei Kindern wurde mit „alte Henne" beschimpft und überdies prügelten diese ehrenwerten „Volksvertreter" auf die AKW-Gegner/innen ein. Auf Initiative des Bezirksbürgermeisters rückten noch zwei Mannschaftswagen der Polizei an, und die AKW-Gegner/innen zogen es angesichts des Kräfteverhältnisses lieber vor, sich von diesem Parlament mit dem Lied „Wehrt Euch..." zu verabschieden. Die beiden großen Parteien haben bereits erklärt, daß sie nunmehr die Öffentlichkeit des Bezirksparlaments für die Zukunft ausschließen wollen.

Einige AKW-Gegner/innen wollen Strafanzeigen gegen verschiedene Abgeordnete von CDU und SPD stellen.

Eimsbütteler Parlamentsfraktion

Eimsbütteler Parlamentsfraktion

wählt Schulausschußmitglied Ursel ab

Der Vorbereitungskreis des Initiativentreffens der Bunten Liste hat zu den jüngsten Auseinandersetzungen in der BuLi eine kleine Dokumentation erstellt, aus der wir den Teil über die Absetzung des Schulausschußmitgliedes Ursel abdrucken. Diese Dokumentation kann bezogen werden über:
Bunte Liste Initiativen
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6

Vor zwei Jahren wurde Ursel auf einer öffentlichen Versammlung der BUNTEN LISTE in Eimsbüttel in den Schulausschuß gewählt.

Am 10.6.80 wählte die Parlamentsfraktion der BUNTEN LISTE Ursel auf einer nichtöffentlichen Sitzung ab. Bei 13 von 25 anwesenden Mitgliedern wurde dieser Beschluß mit 11 Für-, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung gefaßt.

Ursel ist das Opfer einer politischen Säuberung durch die Mehrheit der Parlamentsfraktion einerseits und ihrer „Professsionalisierung" andererseits geworden. Der Fall Ursel zeigt außerdem sehr deutlich, daß die Fraktionsmehrheit sich mittlerweile jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen hat.

Wir wollen dies hier kurz dokumentieren:

Der Ausschluß wird eingeleitet

Mit Datum vom 3.6.80 verschickte der Eimsbüttler Sekretär Herbert eine Einladung an alle Ausschußmitglieder. In dieser heißt es u.a.:

„*Als Tagesordnung schlage ich vor: 1. Ausschußbesetzung. Hier teilte mir kürzlich Wulf (Schulausschuß) mit, daß er seinen Stellvertreter-Posten im Schulausschuß zur Disposititon stellen wird, da er eine sinnvolle und vertrauensvolle Arbeit zusammen mit Ursel in diesem Ausschuß nicht mehr als gegeben ansieht.* **Hier sollten wir unbedingt über Möglichkeiten einer Weiterarbeit von Wulf diskutieren.**"

Bereits in dieser Formulierung wird deutlich, wie die Gewichte verteilt sind. Herbert und Wulf, die beide der Mehrheit der Fraktion angehören, sorgen sich nicht etwa um eine Zusammenarbeit , sondern nur noch um Wulfs Weiterarbeit. Ursels Mitarbeit steht gar nicht mehr zur Debatte. Prompt meldet sich Aram mit einem Brief auf diese Mitteilung an die Mitglieder der Fraktion:

„*Mit Erstaunen und Erschrecken habe ich Herberts Mitteilung unter TOP 1 der Tagesordnung zur Kenntnis genommen. Ich meine, daß wir – das haben die Diskussionen der letzten Sitzungen ergeben – darauf drängen sollten, daß Wulf seine m.E. schon alberne ultrademokratische Haltung aufgibt und mit uns dafür Sorge trägt, daß Ursel – die ja bislang keine Gelegenheit , die Fraktion zu schädigen ausgelassen hat, – statt seiner die Tätigkeit im Schulausschuß aufgibt. Allein Ursels Androhung, eventuell im Ausschuß gegen Wulf zu stimmen, rechtfertigt allemal, daß wir von Ursel fordern, zuzrüchzutreten.*

Ich kann nur hoffen, daß es uns gelingt, Wulf zu überzeugen, daß in der Sache nichts gewonnen ist, wenn er seinen Sitz zur Disposition stellt. Im Gegenteil, Ursels Destruktionslinie könnte einen vollen Erfolg verbuchen.

Selbstkritisch möchte ich noch anmerken, daß wir in der Vergangenheit wohl zu leichtfertig insbesondere mit Wulfs Schwierigkeiten in Bezug auf Ursel umgegangen sind, so daß wir das momentane Ergebnis zumindest teilweise mitverschulden."

So wird dann auch auf der Ausschußsitzung am 10.6. verfahren: Um Wulfs Weiterarbeit zu sichern, wird Ursels Ausschluß beschlossen. Im nicht-öffentlichen Ausschuß wird gleichzeitig darüber beraten, wie diese Maßnahme am besten durchgezogen wird. Man einigt sich mit der Mehrheit darauf, diesen Ausschluß klammheimlich durchzuziehen.

Nur zwei Tage später, am 12.6.80 gibt die Abgeordnete Ilona gegenüber dem Eimsbütteler Bezirksparlament lapidar eine Umbesetzung des Schulausschusses bekannt: an Stelle von Ursel besetze nun ihr bisheriger Stellvertreter Wulf diesen Ausschuß.

Was die Fraktionsmehrheit da praktiziert hat, entspricht nach unseren Kenntnissen, den üblichen Gepflogenheiten des bürgerlichen Parlamentarismus: die Abgeordneten bestimmen die Ausschußmitglieder, im Parlament fragt natürlich keiner nach, wie solche Entscheidungen zustande kommen.

„Wählerversammlung" am 12.6.80

Auf dieser Eimsbüttler Versammlung macht Ursel die Geheimdiplomatie der Fraktion öffentlich. Es kommt zu einer Debatte, innerhalb derer die Parlamentsfraktions-Mehrheit die Abwahl Ursels begründet:

Eine Zusammenarbeit mit Ursel sei nicht mehr möglich, da sie sich nicht von einem Artikel im „Arbeiterkampf" zu den Eimsbüttler Finanzen distanziert habe; Ursel habe beim Streit um das 1. Mai-Fest eine andere Position bezogen als die Fraktionsmehrheit und sich nicht aktiv beteiligt; sie überweise ihre Sitzungsgelder nicht mehr auf das Eimsbüttler Konto (über das allein die Mehrheit der Fraktion bestimmt); **sie betreibe Diffamierung der Fraktion** und schließlich: **sie sei faul, sie tue nichts weiter, als an den Ausschußsitzungen teilzunehmen und dort Anträge und Anfragen zu stellen.**

Außerdem erklärte die Fraktionsmehrheit ausdrücklich, **daß für sie zukünftig keine Instanz mit „ zufällig zusammengesetzten Mehrheiten" (wie die „Wählerversammlung") irgendwelche bindenden Entscheidungen treffen kann.**

Beim derzeitigen Stand der Dinge heißt das:

allein der exklusive Kreis der Mitglieder der Parlamentsfraktion entscheidet noch, wie und was Bunte-Liste-Politik ist, wie die Gelder verwendet werden usw.

Entsprechend dieser Selbstherrlichkeit lehnte es die Fraktionsmehrheit auch ab, einen Antrag abzustimmen, der die Rücknahme des Beschlusses zu Ursels Absetzung forderte (sie befürchtete daß die Mehrheit der Versammlung dies unterstützt). Das Mindestmaß an demokratischemVorgehen, über die Absetzung von Ursel mit jenen zu beraten, die sie einstmals gewählt haben, wurde abgelehnt. Warscheinlich wird es demnächst auch keine „Wählerversammlungen" mehr geben.

„Politische Säuberung" – eine Übertreibung?

Die Entscheidung gegen Ursel (siehe auch Arams Brief) ist eine deutliche Erklärung der Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit anderen Positionen. Die Parlamentsfraktion ist heute kaum noch pluralistisch zusammengesetzt, sondern besteht aus strammen Parteigängern der Fraktionsmehrheit und wird auch nur noch um solche ergänzt oder erweitert.

Ursels Fall hat einen Vorläufer. Auf der Wählerversammlung am 3.4.80 schlug Doris für den Haushaltsausschuß einen Vertreter vor - Harry vom Förderverein – froh, nach 8 Monaten Suche, endlich jemanden gefunden zu haben. Was passierte, schreibt Doris in einer schriftlichen Stellungnahme so:

„*Da war die Überraschung groß – nicht, daß man sich freute, endlich jemand für diese Arbeit gefunden zu haben – nein, es wurde gesagt, daß man nicht bereit wäre, mit ihm zusammenzuarbeiten, weil er in einer früheren Versammlung Kritik an der Finanzregelung der Bezirksfraktion geäußert habe... Es ist doch wirklich absurd, ein Ausschußmitglied deshalb abzulehnen, weil an einer bestimmten politischen Frage, die mit der Ausschußarbeit überhaupt nichts zu tun hat, unterschiedliche Meinungen bestehen. Erstens gibt es noch mehr Ausschußmitglieder, auch ich, die an dieser Frage eine andere Meinung haben und außerdem paßt so ein Vorgehn wirklich besser in die SPD, als zu einem Bündnis , das den Anspruch hat, basisdemokratisch und pluralistisch zu sein.*"

Die anwesende Mehrheit der Parlamentsfraktion (die auch die Mehrheit dieser „Wählerversammlung" stellt) lehnte Harrys Wahl ab – per Abstimmung. Einen Monat später, auf der Wählerversammlung im Mai, präsentierte sie ihren eigenen Kandidaten, den sie inzwischen alternativ ausgesucht hatte: einen strammen Parteigänger der Fraktionsmehrheit. Er wurde mit den Stimmen der Fraktionsmehrheit auf dieser „Wählerversammlung" – ohne Rücksprache mit Doris – zu ihrem Stellvertreter gewählt.

In diesem Fall war der Fraktion eine „demokratische" Abstimmung nur recht.

Wir halten fest:

Es gibt heute keine Instanz mehr, außer der Mehrheit der – zunehmend gesäuberten – Parlamentsfraktion, der gegenüber die Parlamentarierinnen und Ausschußmitglieder sich heute rechenschaftspflichtig zeigen. Sie haben sich von der BUNTEN LISTE vollständig abgekoppelt.

Grüner Bezirksvertreter aus Köln wirft das Handtuch

Am 4.6.80 hat der Grüne Dieter Springer aus Köln sein Mandat als Bezirksvertreter der Kölner Alternative – einem Kommunalwahlbündnis zwischen Grünen und Bunten – beim Kölner Oberbürgermeister zurückgegeben.

Für Dieter Springer rückt nun das Bunte Liste-Mitglied Peter Baum als Vertreter für Springer in die Bezirksvertretung III der Stadt Köln nach.

Dadurch stellt die Bunte Liste Köln zwei der insgesamt drei gewählten Bezirksvertreter der Kölner Alternative.

Während im Stadtbezirk I die Zusammenarbeit zwischen der dort vertretenen Grünen Melissa Krostina und dem Bunten R. Schmidt von Beginn an erfreulich verlief, bestand an der Arbeit des Grünen Springer im Stadtbezirk III schon frühzeitig Kritik. Springer handhabte sein Mandat so lasch, daß seitens des SSK (Sozialistische Selbsthilfe Köln), der Kölner Juristen-Zeitung und Mitgliedern der Bunten Liste in der Stadtbezirksgruppe bereits im Januar 80 eine handfeste öffentliche Kritik geäußert wurde.

Nach einer mehrwöchigen Enthüllungskampagne, der sich auch die bürgerliche Presse nicht verschließen konnte, wurde vom SSK und anderen die Ablösung des skandalumwitterten Heimleiters des Viktor-Scheffel-Heim – Horst Tschapke – betrieben.

D. Springer sollte als Bezirksvertreter diesen Antrag in der Bezirksvertretung für die Initiativen stellen. Wie sich herausstellte, hatte Springer nicht einmal versucht, den von Initiativen-Vertretern und Bunten formulierten Antrag auf die Tagesordnung der Bezirksvertretersitzung zu bringen. Die Sitzung, zu der erheblich mobilisiert worden war, fand zum Gaudi der bürgerlichen Parteien gar ohne den grünen Bezirksvertreter statt. Die Bürgerinitiativen fragten daraufhin öffentlich an, „ ...*welches basisdemokratische Verständnis hat D. Springer, als grüner Bezirksvertreter der Kölner Alternative, wenn er die Interessen derjenigen, die mit ihm zusammenarbeiten um einer Politik der Betroffenen auch in der Bezirksvertretung Gewicht zu verschaffen, mit Füßen tritt?* ..." („Kölner Volksblatt", Febr. 80). So gescholten, wurde er auf einem der folgenden Plena der Grünen sowohl von den Grünen als auch von den präsenten Bunten um eine Erklärung zu den vorgebrachten Kritiken gebeten. In der anschließenden Debatte über das basisdemokratische Verständnis D. Springers stellte dieser konkrete Vorfall lediglich die Spitze des Eisberges dar.

So schwer er sich beispielsweise bei der Umsetzung der an ihn herangetragenen Anträge in der Bezirksvertretung tat, so leicht ging ihm andererseits die Verwendung der Aufwandsentschädigungen für die Bezirksvertreter-Arbeit von der Hand: als „mittelloser Student" vereinnahmte er sie für seinen persönlichen Lebensunterhalt.

Springer, der zusammen mit Werner Knecht erheblich an der Redaktionsarbeit der grünen Postille „anders leben" beteiligt ist, versprach nach der Debatte „Besserung" und in Zukunft ein stärkeres Engagement im Rahmen der Kölner Alternative.

Dabei ging ihm offensichtlich nach kurzem Anlauf wieder die Puste aus. Die Kritiken von Grünen, Bunten und Initiativen nahmen wieder zu. Fünf Monate nach der ersten Schelte stand Springer vor seiner zweiten öffentlichen Schelte. Durch seinen Rücktritt ist er dieser Kritik zuvorgekommen und hat den Grünen sowie dem grün/bunten Wahlbündnis weitere Peinlichkeiten erspart.

Ein Kölner Genosse

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Erfolge für Alternative und Grüne

Das Ergebnis der Kommunalwahlen vor vierzehn Tagen liegt wegen des komplizierten Wahlsystems immer noch nicht endgültig vor. Folgende grobe Trends können angegeben werden:
- die CDU hatte leichte Gewinne und liegt nun zwischen 37 und 38 % der Stimmen
- die SPD konnte unwesentlich zunehmen, erhält etwa 30 %
- die FDP wird bei knapp über 5 % liegen
- die Grünen liegen landesweit fast 1 % unter ihrem Landtagswahl-Ergebnis von 5,3 %; dieser Rückgang ist auch für die Ergebnisse im Einzelnen zu verzeichnen
- die zumeist konservativen, mittelständischen „Freie Wählervereinigungen" mußten erhebliche Verluste hinnehmen (1975: 20 % der Stimmen und 40 % der Mandate).

Herausragend erscheinen uns die Erfolge einer Reihe grüner Listen und vor allem von alternativen Listen in Klein- und Mittelstädten. Rechnet man die DKP (5 Sitze) und sonstige Listen hinzu, die Protestwähler auf sich vereinen konnten, werden diese Listen mit etwa 50 Sitzen in die Kommunalparlamente einziehen.

In Tübingen errangen die Grün/Alternativen und die DKP zusammen 18,1 % und 10 von 58 Sitzen. Zusätzlich schnitten BI - Vertreter auf den Listen der „freien" Wähler (die meisten Stimmen) sowie der SPD (die zweitmeisten Stimmen) hervorragend ab. Auf der CDU - Liste bekam ein CDU - Kandidat, der Opponent gegen umstrittene Bauprojekte ist, die meisten Stimmen. Dies sind Belege, daß hier entsprechend den Möglichkeiten des Kommunalwahlrechts zweierlei Protestwahl stattgefunden hat: indem fortschrittliche Listen gewählt wurden und auf den bürgerlichen Listen die Protestkandidaten.

In Freiburg, wo Grüne und Bunte 11,1 % der Stimmen erhielten, büßte die SPD mit 27,5 % 3 Sitze ein, was u.a. auf die Unterstützung des Polizeiterrors kurz vor den Kommunalwahlen durch die SPD - Führung zurückgeführt wird. Innerhalb der SPD haben jetzt massive Differenzen eingesetzt, u.a. wird gegen den SPD-Oberbürgermeister ein Parteiausschlußverfahren verlangt.

Über die Frauenliste Ellwangen (20.000 Einwohner) ist uns nur bekannt, daß sie aus Frauen verschiedener Parteien zusammengesetzt ist, die damit gegen die Benachteiligung von Frauen auf den Parteilisten protestierten (nur zwei der 24 Gemeinderatsmitglieder waren Frauen). Angeblich sollen die Frauen ausdrücklich betont haben, daß sie sich nicht als „Emanzen" verstehen (Neue, 20.6.80). Sie erhielten auf Anhieb 10 % und 2 Sitze.

drücklich betont haben, daß sie sich nicht als „Emanzen" verstehen (Neue, 20.6.80). Sie erhielten auf Anhieb 10 % und 2 Sitze.

Hervorragend sind auch die Ergebnisse bunter und alternativer Listen, die wir auch als Bestätigung dafür sehen, daß eben nicht nur „reines" ökologisches Grün Wahlerfolge sichert, sondern daß Alternativen zu bürgerlichen Parteien heute sehr konfliktnah und durchaus bunt zusammengesetzt arbeiten müssen.

Sowohl die Liste in Bietigheim-Besigheim (3,2 %) als auch im schwäbischen Murrhard (7.500 Einwohner, 13 %, 3 Sitze) sind aus den örtlichen Jugendzentrumsbewegungen entstanden.

Die erfolgreichen Listen in Bad Schussenried (12,3 %), Bad Buchau (9 %) und Zell (3.8 %) hatten alle ein überwiegend buntes Programm.

Die Grünen

Ausgewählte Ergebnisse

	%	Sitze	
Filderstadt	7,4	3	
Freiburg	8,4	4	
Heidelberg	6,9	2	
Heilbronn 3	3,9	1	
Karlsruhe	4,4	2	(1)
Lörrach	6,8	1	
Ludwigsburg	?	1	
Offenburg	2,7	1	
Pforzheim	2,7	1	
Reutlingen	3,3	1	
Stuttgart	5,5	3	

(1) Grüne Liste mit stark buntem Charakter

Alternative Listen Grüne-Alternative

Bietigheim-Besigheim	3,2	1	(1)
Eßlingen	4,8	2	(2)
Freiburg	2,4	1	(3)
Murrhard	13	3	(4)
Bad Schussenried	12,3	3	(5)
Stuttgart	2,3	1	(6)
Tübingen	11,5	7	(7)
Zell	3,8	1	(8)
Bad Buchau	9,0	1	(9)

1) Alternative Liste
2) Alternative/Grüne Liste
3) Bunte Liste
4) Murrharder Demokraten/Alternative Liste
5) Unabhängige Liste
6) Partei Freies Bündnis (Eugen Eberle)
7) Alternative/Grüne Liste
8) Unabhängige Liste
9) Alternative Liste

DKP

	%	Sitze
Freiburg	0,9	–
Heidenheim	?	1
Mannheim	?	1
Stuttgart	0,8	–
Tübingen	6,6	3

Sonstige Listen

Boxberg ca. 10 ? (1)

Sonstige Listen

Boxberg	ca.	10	?	(1)
Ellwangen		10	2	(2)

1) Bundschuh-Liste gegen die Teststrecke Daimler-Benz
2) Frauenliste

AL-Grüne: Wat nu?

Fast alle grünen Delegierten in Dortmund aus der Westberliner AL haben gegen die Wahlplattform gestimmt, 3 Delegierte sind außerdem gegen eine Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen

Vor Dortmund hatte der Delegiertenrat der AL harte Worte zur Entwicklung bei den Grünen gefunden: Das „*Erpressungsmanöver*" der 24er-Erklärung wurde verurteilt, der „*allumfassende*" Anspruch der Ökologie sei „*unhaltbar*, „*wachsende Kriegsgefahr... entfremdete Arbeit*" sei ökologisch nicht erklärbar. Falls in Dortmund „*Forderungen der Arbeiter und Angestellten als am ‚Haben orientiert' gebrandmarkt werden*" halte die AL „*eine weitere Mitarbeit in den Grünen nicht für sinnvoll*"; ein Bundestagswahlkampf „*ohne Aussagen über die Arbeitswelt, die Arbeitsbedingungen des 8-Stundentages, die herrschenden Technologieeinsatzmethoden*" sei „*es nicht wert, politisch unterstützt zu werden*".

Peter Sellin hatte im AL-Rundbrief zusätzlich erklärt, daß eine Wahlplattform, die nicht auf der Basis des Saarbrückener Programms stehe, ein Zurückverweisen der „*umstrittenen Teile des Bundesprogramms*", die Mitarbeit bei den Grünen in Frage stelle. Nun, man wird sehen, welche Schlußfolgerung die AL-Grünen nach Dortmund ziehen. Die AL-Grünen, vor allem Ernst Hopplitschek, Peter Sellin, Klaus Wolschner und Johanna Mayr etc. propagierten Ende letzten Jahres den Eintritt bei den Grünen mit dem Ziel, die Mittelkräfte bei den Grünen mit auf fortschrittliche Positionen zu einigen, 450 AL-Mitglieder (inzwischen 500) traten in die Grüne Partei ein und haben dort zahlenmäßig die große Mehrheit.

Mitarbeit bei den Grünen in Frage stelle. Nun, man wird sehen, welche Schlußfolgerung die AL-Grünen nach Dortmund ziehen. Die AL-Grünen, vor allem Ernst Hopplitschek, Peter

Nach Karlsruhe wurden von Ernst Hopplitschek noch einmal die restlichen (formellen) 1000 AL-Mitglieder aufgefordert, in die Grünen einzutreten (allerdings ohne Erfolg). Selbst von einem möglichen „Verschmelzungsprozeß" mit den Grünen in Westberlin war die Rede.

Dem hat sich inzwischen auch die Z-Gruppe angeschlossen, die nach Saarbrücken eine „weitere Mitarbeit" und ein verstärktes Engagement für „wünschenswert" erklärte („Z" 3/4) und auch von einem „*Prozeß der Überführung der AL in den grünen Landesverband*" sprach (S. 18).

Das nach wie vor distanzierte Verhältnis der ALer gegenüber der neuen Partei äußert sich vor allem in mangelnder Beteiligung der AL-Grünen im grünen Landesverband. Auf der Gründungsversammlung (am 18.4.) waren ganze 101 stimmberechtigte „Grüne" anwesend. Peter Sellin beklagte (im AL-Rundbrief Nr. 9), daß dadurch „*zwei in der AL-verankerte Grüne nicht in das Geschäftsführende Gremium gewählt*" wurden, und die „Mittelkräfte", d.h. die Gruppe um Flechtheim, Schily und Steinke dominieren konnte. Prompt zog sich Sellin den Vorwurf von Trautmann und Eva Reichelt zu, er wolle „manipulieren" bzw. seine „Hausmacht" mobilisieren.

klagte (im AL-Rundbrief Nr. 9), daß dadurch „zwei in der AL-verankerte Grüne nicht in das Geschäftsführende Gremium gewählt" wurden, und die

Auf der letzten grünen MVV waren es sage und schreibe noch 70 grüne Anwesende.

Ein weiterer Punkt war, daß die AL-Grünen gegen eine kommunalpolitische Konkurrenz bei den Grünen eintraten bzw. das mit ihrer Mehrheit verhindern wollten. Mit ihrer Vorstellung, daß die Grünen keine eigenen Bezirksgruppen bilden sollten, konnten sie sich nicht durchsetzen. Keine Konkurrenz bzw. Zusammenarbeit heißt bei Dieter Trautmann aus der sog. „Mittelgruppe", daß die AL in Zukunft gleich das grüne Zeichen bei der Öffentlichkeitsarbeit mitverwenden sollte. Nun arbeiten in vielen Bezirken grüne Mitglieder tatsächlich in den AL-Bezirksgruppen mit, in Schöneberg, Zehlendorf und Spandau gibt es eigene grüne Bezirksgruppen. In Steglitz bildeten die rechten „Spandauer" Grünen unter Federführung von Peter Deutsch (GAZ) („wer Schily wählt, ist pervers" - Deutsch in Dortmund) eine Bezirksgruppe unter Abgrenzung von der AL. Dieses Manöver wurde vom Sprecherrat der Grünen verurteilt, wirft allerdings ein insgesamt bezeichnendes Licht auf diesen „Verschmelzungsprozeß".

Abgrenzung von der AL. Dieses Manöver wurde vom Sprecherrat der Grünen verurteilt, wirft allerdings ein insgesamt bezeichnendes Licht auf

DKP: »National« in den Wahlkampf

Als „n a t i o n a l e Alternative" will die DKP im Bundestagswahlkampf diesmal ihr Glück versuchen. Diese Argumentationslinie wurde jedenfalls auf dem Wahlkongreß der DKP im April festgelegt.

In seiner Rede vor dem Wahlkongreß gab der DKP-Vorsitzende Mies den neuen Ton an: Er wurde nicht müde, die „*Unterordnung der Interessen unseres Landes unter die Interessen der USA-Machthaber*", die „**totale Abhängigkeit**" der BRD „*von den USA-Machthabern*", die „**USA-hörige Politik**" der Bundesregierung, die „*Nachgiebigkeit Bonns gegenüber der Wallstreet*" usw. usf. anzuklagen.

Den „*Bonner Politikern*" warf Mies vor, sie betrieben „*eine vom Standpunkt unseres Landes zutiefst antinationale Politik*", indem „*sie unsere nationalen Interessen den Interessen des USA-Imperialismus unterordnen*"; sie betrieben , wie Mies an anderer Stelle wiederholte, „**eine antinationale, an den Interessen des USA-Imperialismus orientierte Politik**".

Konsequent wurden in der Rede von Mies die e i g e n e n imperialistischen Interessen der BRD unerwähnt gelassen. So sprach Mies von einer „*Sozialdemontage im Interesse der Nato und des Pentagon*" von einer „*Steigerung der Ausgaben für die Rüstung und für die Unterstützung der Globalstrategie des amerikanischen Imperialismus*". Selbst die Unterstützung der BRD für die Regimes der Türkei und Pakistans griff Mies nur als „Unterordnung" unter US-Interessen an. Den Olympia-Boykott kritisierte er folgerichtig als „*Unterordnung unseres Sports unter amerikanisches Diktat*" und als „*mit der nationalen Würde unseres Landes unvereinbar*".

Dieselben scharfen „nationalen" Töne wurden im Wahlprogramm der DKP angeschlagen, das auf dem Kongreß verabschiedet wurde: „*Die USA und die NATO eröffnen eine neue Runde des Wettrüstens... Wer sich dieser Abenteurerpolitik unterordnet und so unsere nationalen Interessen preisgibt, der setzt alles aufs Spiel ... Der legt unser Schicksal in die Hände Washingtons.*

Nicht die Sowjetunion bedroht uns. Es ist die antisowjetische Politik der herrschenden Kreise der USA, die unsere Sicherheit bedroht ... Sie wollen uns für ihre abenteuerliche Politik zahlen und bluten lassen. Aber unser Volk ist nicht dazu da, für Carter die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Es ist nicht dazu da, sich für die amerikanischen Kapitalinteressen einspannen oder gar verheizen zu lassen".

Mies trieb in seiner Rede die Komik auf die Spitze, indem er dagegen wetterte, „**daß die Bundesrepublik zu einer Bananenrepublik oder gar zum 51. Bundesstaat der USA gemacht wird**".

Gegen die „*zutiefst antinationale Politik*" der Herrschenden der BRD setzte Mies die Forderung : „*Die Bundesrepublik muß sich den Spielraum für eine eigenständige, an den nationalen und an den europäischen Interessen orientierte Politik erhalten*". Daß die DKP unter einer solchen Politik in erster Linie „*vorteilhafte Beziehungen zur Sowjetunion und DDR*" und „*Wirtschaftsbeziehungen zum k r i s e n f e s t e n Markt des Sozialismus*" versteht, ist wohl selbstverständlich. Für eine solche „nationale Alternative" will Herbert Mies auch bei den „*Herrschenden und Regierenden*" der BRD Verbündete finden : „*Auch in Bonn*" wisse man, daß die Carter-Regierung „*ein völlig unberechenbarer und äußerst gefährlicher ‚Verbündeter'* " sei. „*Wir spüren die Unsicherheit und Ratlosigkeit der Herrschenden und Regierenden unseres Landes angesichts der Unabwägbarkeiten der Carterschen Politik*". Auch bei den „*Herrschenden und Regierenden*" der BRD gebe es „*Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Wahrung bundesdeutscher Interessen*". „*Selbst Teile der deutschen Großbourgoisie*"will Mies überzeugen : „*Es mag ungewöhnlich sein, daß eine kommunistische Partei auch an diese Kräfte appelliert. Aber ungewöhnliche Situationen erfordern auch ungewöhnliche Schritte, und so sagen wir den Herrschenden und Regierenden unseres Landes: Zeigt Vernunft! ... Handelt so, daß wir nicht in einen Konflikt hineingezerrt werden!*"

(Alle Zitate aus ‚UZ'-Beilage,29.4.80).

Es ist kaum zu vermuten, daß die DKP die BRD w i r k l i c h für einen Marionettenstaat der USA statt für die zweitstärkste imperialistische Macht der Welt hält. Es ist kaum zu vermuten, daß die DKP w i r k l i c h die durchaus „eigenständigen" Interessen des BRD-Imperialismus bei der Unterstützung pro-imperialistischer Regimes (Türkei, Pakistan usw.), bei den Drohungen gegen den Iran, bei der Rückkehr zum Kalten Krieg gegen die Sowjetunion usw. usf. verkennt. Die DKP weiß alles dies, und selbst wenn sie es plötzlich vergessen haben sollte, kann sie es ja jederzeit im „Neuen Deutschland" und in den Stellungnahmen der SED nachlesen.

So ist klar, daß die „nationalen" Bekenntnisse der DKP ein rein t a k t i s c h e r Versuch sind, nach einer Kette von politischen Niederlagen der DKP die Resonanz neuer, diesmal eben „nationaler", Töne beim Wähler anzutesten. Ob aber ausgerechnet die DKP, die sich 100%ig jeder Aktion der Sowjetunion unterordnet, als „nationale Alternative" beim Wähler glaubwürdig sein wird, ist zu bezweifeln.

Die CDU und die Grünen

Das Unwohlsein, das einen packte, wenn dieser oder jener Unionspolitiker „den Grünen" oder zumindest Teilen von ihnen Seriosität bescheinigte oder gar augenzwinkernd mit Zusammenarbeit winkte, sind wir nun wohl los.

Kurz vorm Dortmunder Parteitag ließ der Generalsekretär der CDU, Heiner Geissler, im CDU/CSU-Pressedienst („DUD", 16.6.) schon wissen „*Die Grünen sind unseriös*". Zwar wurde noch taktische Nähe zur Umweltschutzbewegung gesucht - „*Die CDU weiß, daß heute viele Menschen, vor allem junge Leute, den Umweltschutzgedanken als Botschaft einer alternativen, ihrem Lebensgefühl besser entsprechenden Daseinsgestaltung begreifen*" -, sofort aber auch gemahnt, „*diejenigen Bürger, die nicht bereit sind, sich in und mit der Partei der Grünen für die indirekte Durchsetzung marxistisch-kommunistischer Politik mißbrauchen zu lassen*", möchten sich doch bitteschön der CDU anschließen.

Nach dem Dortmunder Parteitag war es mit diesen vergleichsweise maßvollen Tönen vorbei. Eine niedrigere Charge als der Generalsekretär, der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jenninger, stellte nun klar: „*Die 'Grünen' – eher eine rote Splitterpartei*" („DUD", 23.6.), und bedauerte: „*Die eigentliche 'Ökologie-Fraktion' um Baldur Springmann und Herbert Gruhl hat auch diesmal eine schwere Niederlage einstecken müssen.*" Und er langte dann voll zu: „*Ausgiebig beschäftigte sich der Parteitag mit dem Popanz eines angeblichen 'Neo-Faschismus', sprach sich aber zugleich entschieden gegen die 'gedankenlose Anti-Kommunismus-Propaganda der Etablierten' aus.*" Womit auch die Schlußfolgerung hinreichend ausgewiesen ist: „**Die Gewinner von Dortmund sind nicht die 'Grünen', sondern die Roten.**"

Die Grünen sollten sich an dem Gezeter nicht weiter stoßen, sondern sehr froh sein, daß es mit dem fettfleckenden Schultergeklopfe der CDU nun vorbei ist.

HBV-Oldenburg:

Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP

„Die Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ist mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) unvereinbar".

Diesen Beschluß als Antrag an den Gewerkschaftstag der HBV im September haben die Delegierten der Verwaltungsstelle Oldenburg mit 26 gegen 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen gefaßt. Einen ähnlichen Antrag, der den Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen die „K-Gruppen" entspricht, hat es zuletzt 1977 auf dem Gewerkschaftstag der „Deutschen Postgewerkschaft" gegeben (damals wurde er nicht verabschiedet).

Gestellt wurde der Antrag von der Mitgliederversammlung der Beschäftigten aus Parteiverwaltungen, Gewerkschaften sowie Rechtsanwalts- und Notariatsbüros, also überwiegend von Gewerkschafts-Beschäftigten und Angestellten der bürgerlichen Parteien. Begründet wurde der Antrag auf vier Seiten umfassend, beigelegt war eine siebenseitige Materialmappe mit Zitaten aus DKP-Materialien, Lenins „Linksradikalismus" und Komintern-Materialien.

Das Verfahren gleicht aufs Haar dem, mit dem seit 1973 die UVBs gegen die sogenannten „Chaoten"-Gruppen im DGB durchgezogen wurden.

Die inhaltliche Argumentation ist primitv antikommunistisch. Das Muster: Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit der DKP, da sie die Gesellschaft verändern wolle, die DDR und die Sowjetunion unterstütze. Zitiert werden hauptsächlich Verfassungsgerichtsurteile. Lieferant des Materials ist mit Sicherheit der Verfassungsschutz selber.

Speziell die Gewerkschaft HBV ist seit zwei Jahren Zielscheibe einer koordinierten Kampagne von CSU, Löwenthal, Springer und dem Verfassungsschutz. An der HBV soll die „kommunistische Unterwanderung" des DGB nachgewiesen werden. Erst in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „Capital" wird unter der Überschrift *„Faust im Nacken"* die HBV und ihre „Unterwanderung" durch die DKP aufs Korn genommen. Als Beleg neben den bisher schon bekannten Argumenten wird neu angeführt, daß 50 der 200 hauptamtlichen HBV-Funktionäre das alternative Wirtschaftsgutachten „Memorandum '79" unterschrieben hätten, das – so „Capital" – weitgehend aus der Feder von „DKP-Mann Professor Huffschmid" stamme. Wie weit die Gewerkschaft HBV bereits kommunistisch unterwandert sei, werde darüberhinaus an dessen Chefredakteur Götz deutlich, der Überlegungen darüber anstelle, *„ob die gleichzeitige*

teur Götz deutlich, der Überlegungen darüber anstelle, „ob die gleichzeitige

Mitgliedschaft in der CSU und einer DGB-Gewerkschaft noch hingenommen werden könne, da ja die CSU, nicht aber die DKP die Einheitsgewerkschaft ständig in Frage stelle."

Der Oldenburger Fall ist durchaus ernstzunehmen, wenngleich nicht damit zu rechnen ist, daß der Antrag auf dem Gewerkschaftstag mehrheitsfähig ist. Allerdings geht hier die Saat einer gezielt betriebenen Kampagne auf, die das Ziel hat, den DGB immer rabiater nach links abzuschotten. Für das gezielte Vorgehen spricht einiges: so die umfangreiche Materialzusammenstellung, die Mühe, die sich eine kleine Verwaltungsstelle hiermit gibt, obwohl allein schon das Abstimmungsergebnis zeigt, daß drohende „Gefahr" nicht bevorsteht. Vielmehr geht es den Betreibern dieser Kampagne auch wesentlich darum, überhaupt solche Anträge in die innergewerkschaftliche Debatte zu bringen. Interessanterweise schreibt die Oldenburger Nord-West-Zeitung am 21.6.: *„Eine ähnliche Initiative hatte es kürzlich in Bremerhaven gegeben; dort ist es aber zu einem formellen Beschluß nicht gekommen".*

Mitgliederversammlung
der Beschäftigten aus
Parteiverwaltungen,
Gewerkschaften sowie
Rechtsanwalts- und Notariatsbüros
am 20. Mai 1980

Antrag an die 3. Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Ortsverwaltung Oldenburg am 19. Juni 1980

Wir bitten um Zustimmung durch die Delegiertenkonferenz und Weiterleitung des Antrages an den 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag

"Die Mitgliedschaft in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ist mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) unvereinbar."

Begründung:

1. Die DKP verfolgt ausweislich ihrer programmatischen Aussagen verfassungsfeindliche Ziele. Danach lehnt sie das nach dem Grundgesetz als unabänderlich vorgesehene oberste Strukturprinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab.

Welche Art von Staats- und Gesellschaftsordnung diese Partei anstrebt, hat sie auf dem Düsseldorfer Parteitag der DKP unmißverständlich in folgenden Thesen manifestiert:

"Wer den Sozialismus wirklich will, der muß den Sozialismus erkämpfen, den Marx, Engels und Lenin in ihren Grundprinzipien konzipiert haben und der als Grundmodell in Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft verwirklicht ist. Die DKP kämpft für den Sozialismus und ist dabei bestrebt, die Theorie von Marx, Engels und Lenin schöpferisch auf die Bedingungen der Bundesrepublik anzuwenden.

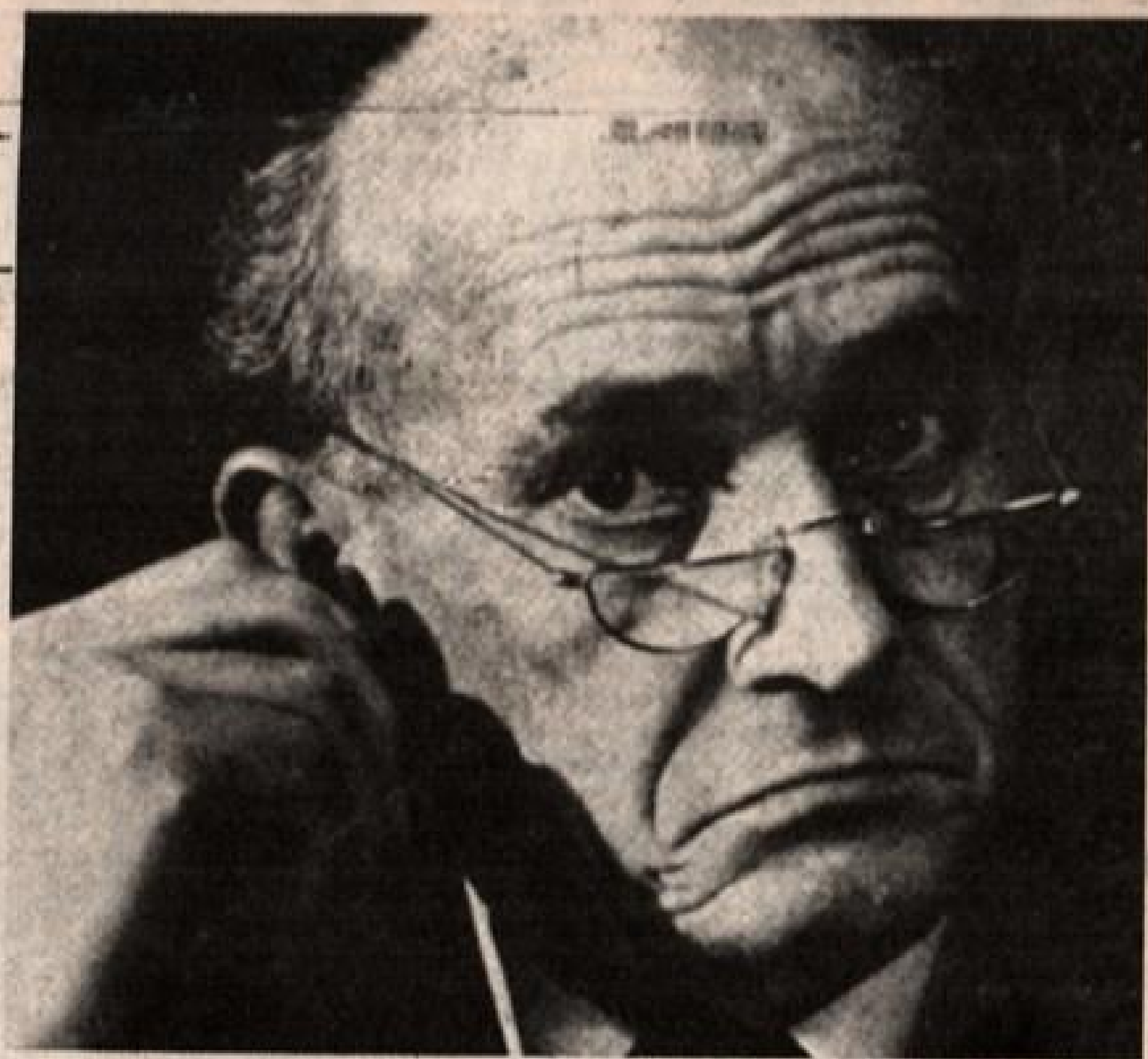
In der DDR haben die Arbeiter, unsere Klassengenossen, die Macht. Ihre politische und marxistisch-leninistische Partei, die SED, haben sie befähigt, ihre von Marx, Engels und Lenin begründete historische Rolle zu verwirklichen".

Damit ist es als erwiesen anzusehen, daß die DKP die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen und die Diktatur des Proletariats einführen will. Die Diktatur des Proletariats ist aber mit den Grundwerten unserer Verfassung unvereinbar.

Wenn auch diese Partei bisher nicht nach Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz verboten worden ist, so ist dies für die hier allein maßgebende Frage nicht entscheidend. Wenn weiter die nach § 43 BVerfGG berechtigten Institutionen (Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung) von der Stellung eines Verbotsantrages bisher abgesehen haben, so deshalb, weil sie den Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die politische Auseinandersetzung mit der DKP nicht nur für ausreichend, sondern auch für wirkungsvoller als ein Parteiverbot halten.

Beschluß und Auszug aus der Begründung des UVB gegen die DKP

Beschluß und Auszug aus der Begründung des UVB gegen die DKP



Schwab hat wieder zugeschlagen:

Neuer Bundesjugendsekretär eingesetzt!

Besonders diejenigen, die gehofft hatten, daß der DGB-Jugendverantwortliche Karl Schwab aufgrund der massiven Kritik einiger IGM-Führer demnächst abdanken muß, werden enttäuscht sein. Vor kurzem hat er wieder in seiner unmißverständlichen Art zugeschlagen. Im Eilverfahren will Schwab Hanns Brauser zum neuen DGB-Bundesjugendsekretär machen. Brauser, der das Amt des Bundesjugendsekretärs praktisch seit dem Winter kommissarisch wahrgenommen hat (anstelle des hinausgeworfenen Heinz Hawreliuk) soll Positionen vertreten, wie sie von Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule Oberursel entwickelt worden sind (nach „Neue" vom 25.6.). Die Oberurseler hatten bisher von Schwab besonders dann Unterstützung erhalten, wenn es darum ging, die vermeintliche Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend durch DKP und SDAJ anzuprangern.

Der neue Konflikt zeigt recht deutlich, daß die rechten Strömungen im Streit um die Ausrichtung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit nach wie vor auf dem Vormarsch sind. Sie setzen sich damit über Beschlüsse der Jugendkonferenzen der größeren Gewerkschaften hinweg (IGM, HBV, ÖTV, DPG), die sich eindeutig gegen die Oberurseler Konzepte ausgesprochen hatten, vor allem gegen das Gerede von der „kommunistischen Unterwanderung".

Die Methoden und das Tempo, welches Schwab drauf hat, sind wirklich atemberaubend. Die „Neue" schreibt dazu: *„Anläßlich einer Sitzung in Frankfurt informierte Schwab am 23. Mai lediglich einen Teil der für Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften über sein Vorhaben, Brauser zum Bundesjugendsekretär zu machen. ... Erst tags darauf wurde der Bundesju-*

über sein Vorhaben, Brauser zum Bundesjugendsekretär zu machen. ... Erst tags darauf wurde der Bundesju-

gendausschuß erstmals über das Vorhaben Schwabs informiert" (Der Bundesjugendausschuß [BJA] ist eigentlich das höchste Beschlußgremium zwischen den Bundesjugendkonferenzen und hat nach den „Leitsätzen der Gewerkschaftsjugend" Vorschlagsrechtz bei der Einstellung des Bundesjugendsekretärs) *„So hatten die Mitglieder des Bundesjugendausschusses nicht einmal zehn Tage Zeit, sich über einen anderen Kandidaten auch nur Gedanken zu machen."* Die „Frankfurter Rundschau" (FR) vom 24.6.80 berichtet dazu: *„Zwei Tage vor der BJA-Sitzung protestierte, wie zuverlässig zu erfahren war, Georg Benz (IGM-Vorstand) gegen dieses seiner Ansicht nach zu kurzfristige Verfahren. Er forderte eine Vertagung der Wahl. Sollte Brauser dennoch jetzt gewählt werden, schrieb Benz, werde er seine Mitarbeit in der DGB-Arbeitsgruppe einstellen, die die seit Jahren schwelenden Konflikte in der DGB-Jugend über den Einfluß von kommunistischen Gruppen auf den gewerkschaftspolitischen Kurs ausräumen soll. Die fünfköpfige Arbeitsgruppe hat sich bisher über ein Grundsatzpapier zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit nicht einigen können."* Sogar der IGM-Vorsitzende Eugen Loderer soll während der BJA-Sitzung Schwab telefonisch davon zu überzeugen versucht haben, die Wahl des Bundesjugendsekretärs zu vertagen.

Doch man soll es kaum glauben, Schwab konnte sich auf der BJA-Sitzung am 17./18. Juni in Gmund/Tegernsee mit seinem Günstling durchsetzen. Mit 17 gegen 8 Stimmen (bei drei Enthaltungen) wurde vom BJA die Einstellung Brausers vorgeschlagen. Für eine Vertagung der Wahl stimmten die Vertreter der IGM, der DPG, der HBV sowie die DGB-Jugendsekretäre aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Nordmark.

Geschichte der Unterwerfung

Daß der BJA mehrheitlich einen Schwab-Günstling und offensichtlich auch Oberursel-Sympathisanten zum Bundesjugendsekretär vorschlägt, scheint verwunderlich. Immerhin hatte der BJA vor einem Jahr in einer Stellungnahme zum Oberurseler Papier noch erklärt: *„Der DGB-Bundesjugendausschuß distanziert sich auch von Inhalten des Papiers. Der erweckte Eindruck der Unterwanderung bzw. Beherrschung gewerkschaftlicher Jugendarbeit durch SDAJ und DKP trifft so nicht zu."* (mit knapper Mehrheit verabschiedet). Das war am 5./6. April 1979.

Darauf folgte dann die schrittweise Entmachtung des BJA: Am 8.6.79 wurde die Bundesjugendschule aus der Abteilung Jugend und damit auch aus dem Einflußbereich des BJA ausgegliedert. Gleichzeitig werden die Kompetenzen des Schulleiters Hinrich Oetjen erweitert. Nachdem dann Karl Schwab auf der DGB-Bundesausschuß-Sitzung am 5.9.79 gegen die Antikriegstagsbroschüre zu Felde gezogen war, wird der bis dahin amtierende Bundesjugendsekretär Hawreliuk beurlaubt und seine Entlassung beantragt. Der BJA wird bei dieser Maßnahme völlig übergangen. *„Schwab hatte damals eine Abstimmung darüber, ob Hawreliuk vor dem Gremium, das ihn immerhin einstimmig zum Bundesjugendsekretär nominiert hatte, auftreten dürfe oder nicht, mit der Drohung verhindert, er werde im Fall einer Abstimmung über diese Frage die Sitzung abbrechen"* („Neue", 25.6.80). Dieser politische Druck scheint sich inzwischen so ausgewirkt zu haben, daß Schwab für seine Positionen im BJA sogar Mehrheiten erringen kann (Gerüchten zufolge hat sich im letzten Jahr im BJA auch personell einiges geändert).

heiten erringen kann (Gerüchten zufolge hat sich im letzten Jahr im BJA auch personell einiges geändert).

Hennig – Gegenkandidat der IGM?

Zu den personellen Vorstellungen der IGM-Führung berichtet die „FR" vom 24.6. folgendes: „... *die IG Metall* (hat sich) *in den letzten Wochen vergeblich bemüht, den Landesjugendsekretär des DGB in Nordrhein-Westfalen, Klaus Peter Hennig, zu einer Gegenkandidatur zu Brauser zu gewinnen".* Hennig jedoch stand schon seit längerem im Schußfeuer rechter Gewerkschaftsführer, z.B. von der IG Bergbau, weil er das Oberurseler Konzept zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit scharf ablehnt. Außerdem versuchten ihn z.B. die rechten IG Bergbau-Führer für die Proteste mitverantwortlich zu machen, die Vetter am Antikriegstag 1979 in Dortmund einstecken mußte.

In unserem ARBEITERKAMPF-Bericht über die Bundesjugendkonferenz der IG Chemie (21.-23. Februar) zitierten wir Karl Schwab, der auf dieser Konferenz ankündigte, daß die Auseinandersetzung im Bundesjugendausschuß um die Jugendpolitik des DGB durch eine politische Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes von oben beendet werde: *„Bundesvorstand und Bundesausschuß nehmen damit dem Bundesjugendausschuß keine Kompetenz, sondern sie nehmen aus ihrer politischen Verantwortung eine Aufgabe auf sich, die das zuständige Gremium — der Bundesjugendausschuß — nicht leisten konnte".* Wenn der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB demnächst in Düsseldorf den neuen Bundesjugendsekretär bestätigt, wird man mal wieder sehen, daß die Schwabs in der DGB-Führung das Sagen haben und nicht Leute wie Benz und Preiß von der IG Metall.

Lehrlingskommission

Die DGB-Spitze liebäugelt mit UVB gegen die DKP

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Mitglieder linker Organisationen kommen wieder in „Mode". Die alten UVBs gegen „K-Gruppen" werden erneuert (wie jüngst auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag), neue werden geschaffen und ausgedehnt. Zielscheibe: die DKP. Der Gewerkschaftsrat der Postgewerkschaft und der Beirat der Gewerkschaft NGG haben Beschlüsse gefaßt, die einem Funktionsverbot für DKP-Mitglieder gleichkommen. Die DKP selber weiß in den ihr nahestehenden „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik" zu berichten, daß dies von weiteren Gewerkschaftsvorständen diskutiert wird. So hat im Januar in Hinterzarten ein Treffen von DGB-Führern am Rande einer Bundesvorstandssitzung stattgefunden, auf dem über die Übernahme solcher Beschlüsse im ganzen DGB diskutiert wurde. Zumindest Spitzenfunktionäre der ÖTV und der GEW liebäugeln mit solchen Vorstellungen, und es sollte nicht wundern, wenn ähnlich wie 1973/74 jetzt eine Welle von Beiratsbeschlüssen die UVBs auf die DKP ausdehnt.

Gleichzeitig läuft um das neue DGB-Grundsatzprogramm die Debatte, die kommunistische Strömung mit „freiheitlicher Gewerkschaftspolitik" für unvereinbar zu erklären.

Jetzt hat eine – zugegeben wenig bedeutende – Verwaltungsstelle der HBV in Oldenburg einen direkten UVB gegen die DKP beantragt (siehe nebenstehenden Artikel). Interessant ist, daß das von ihr verwandte Material anscheinend identisch ist mit dem, das der NGG-Vorsitzende Döding vor dem Beirat seiner Gewerkschaft verwandte. Döding hatte den Beschluß gegen die DKP mündlich begründet und diese Begründung anschließend vom Beirat abstimmen lassen (gegen jeweils zwei Stimmen und Enthaltungen angenommen). Darin begründet er das Funktionsverbot:

- mit der Haltung der DKP zu Afghanistan;
- mit der DKP-Position zur DDR und zur Sowjetunion;
- sowie mit der Berufung auf Marx, Engels und Lenin.
- Ebenso wie der HBV-Antrag übernimmt er, daß die DKP verfassungsfeindlich sei, daß aber aus Gründen der „wirkungsvolleren Bekämpfung" diese Partei nicht verboten werde.

Während die Postgewerkschaft noch feststellte, daß eine bloße Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und der DKP noch *„vereinbar"* sei, heißt es bei der NGG bereits, daß diese *„möglich"* sei.

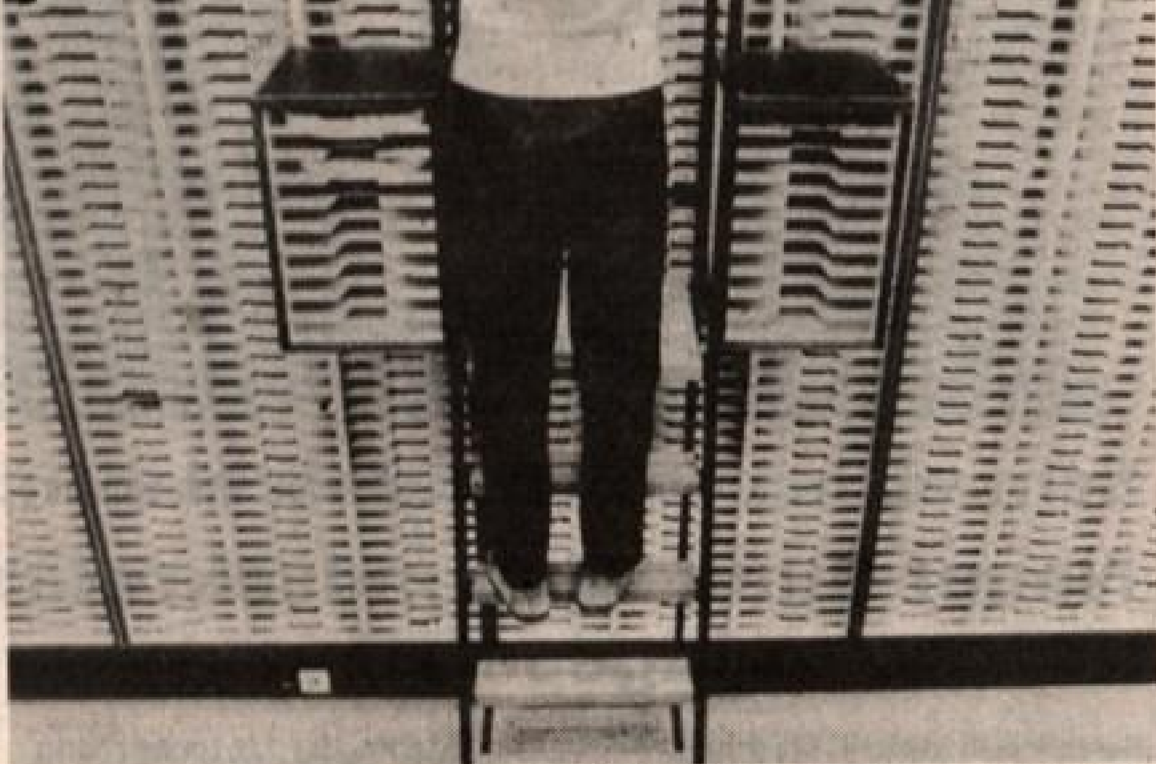
Alles spricht dafür, daß hier DGB-Führungskreise gezielt und mit gleichlautenden Materialien gegen die DKP vorgehen und der CSU-Forderung nach Kommunistenverbot nachkommen. (Stoiber-Papier zur Gewerkschaftsspaltung: *„Unter dem Gesichtspunkt der Gewerkschaftsfrage sind daher die erneuten Bemühungen ... um ein Verbot der kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik zu begrüßen. Der entschlossene Widerstand gegen den Kommunismus ist die entscheidende Garantie, um eine Radikalisierung der Tarifauseinandersetzungen zu verhindern."*)

Wie dumm nimmt es sich dagegen aus, wenn Werner Petschick (DKP) in den „Nachrichten" zum NGG-Beschluß und seiner Begründung jammert: *„Besteht damit nicht die Gefahr, daß morgen christlich orientierte Gewerkschafter, die aus religiösen Gründen zum Paragraphen 218 eine andere Meinung vertreten, als der DGB, als nicht mehr für gewerkschaftliche Gremien wählbar bezeichnet und wegen ihrer Meinung diffamiert werden?"* (Nachrichten, 6/80).

Hat er wirklich nicht erkannt, daß der Wind von einer anderen Seite weht? Daß die „ran"-Redaktion gerade wegen ihrer nicht-christlichen Sicht zum § 218 entlassen wurde?

Vielleicht versuchen die Linken ja trotz allem mal einen neuen Vorstoß Richtung DKP: gegen jeglichen Unvereinbarkeitsbeschluß in den Gewerkschaften mit Ausnahme der Faschisten.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Verfassungsschutz schnüffelte jahrelang bei der Lufthansa

„Viel Aufwand, wenig Ergebnis": Jährlich 4.000 Lufthansa-Anfragen an NADIS.

Kenner der Schnüffel-Szene konnte es kaum noch überraschen: Seit etwa zwanzig Jahren läßt die Lufthansa jeden neu einzustellenden Mitarbeiter vom Verfassungsschutz überprüfen. Vom Piloten und Bordingenieur über das Personal an der Gepäckabfertigung bis zur Putzfrau in der Verwaltung — fern ab von jedem Flugbetrieb — ausnahmslos jeden.

Überraschen konnte da schon eher die Nachricht, daß das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz seit Oktober 1979 die Anfragen der Lufthansa nicht mehr bearbeitet. Ein echtes Kuriosum stellt allerdings die Tatsache dar, daß Innenminister Baum die sogenannten ,,Dateianfragen'' auf Vorschlag des Verfassungsschutz-Präsidenten Meier gestoppt hat. Sollte im Bundesamt etwa eine Liberalisierungswelle eingesetzt haben?

Schnüffelei jahrelang verheimlicht

Geahnt hatten die Lufthansa-Mitarbeiter schon lange etwas. Aber erst der Kündigungsschutz-Prozeß eines während der Probezeit entlassenen Elektrikers im Februar 1978 hatte die Gewißheit erbracht, daß jeder Kollege bei der Einstellung datenmäßig vom Verfassungsschutz-Computer überprüft worden ist — routinemäßig, wie es so schön heißt. Die jeweils einstellende Personalabteilung leitete die persönlichen Daten an die Abteilung CGNCJ 3 (,,Externe Sicherheit'') nach Köln weiter. Dort wurden diese Daten in ein EDV-Formular eingetragen, das anschließend an das Bundesverkehrsministerium als vorgesetzte Behörde weiterwanderte (die Lufthansa ist mehrheitlich in Bundesbesitz). Auf dem Dienstweg gelangten die Daten so zum Bundesinnenministerium und damit zum Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Etwa vorhandene Informationen über den Bewerber — politische Aktivitäten, Führerscheinentzug, Vorstrafen — laufen auf dem gleichen Weg zurück an CGNCJ 3 und werden so für die Lufthansa ,,offen'' gemacht. Die Sicherheitsabteilung gibt auf Grundlage dieser Information eine Empfehlung an die örtliche Personalabteilung, die dann letztlich über Weiterbeschäftigung oder Entlassung in der Probezeit entscheidet. Es gehört dabei zu dem Geheim-Ritual, daß dem Betriebsrat — und damit auch dem Betroffenen — die tatsächlichen Entlassungsgründe verschwiegen und stattdessen willkürlich gesuchte andere Gründe genannt werden.

Verfassungsschutz ,,überlastet''

In bitteren Briefen an das Verkehrsministerium hat sich mittlerweile der Lufthansa-Vorstand beim Verkehrs- und beim Innenministerium über die Einstellung der so liebgewordenen lückenlosen Überpfüfungspraxis beschwert. Wenn seit gut einem halben Jahr Einstellungen ohne Überprüfung vorgenommen werden mußten, dann hätten auch jene Stellen die Verantwortung für eventuelle Vorfälle zu tragen, *,,die es zu diesem unbefriedigenden Zustand haben kommen lassen''*. Getreu der von Strauß ausgegebenen Linie, daß die Bonner Koalition *,,diesen Staat kriminellen politischen Gangstern überläßt''* (Sonthofener Rede), hat sich auch die CDU zu dieser Frage zu Wort gemeldet. Der Abgeordnete Erhard warf dem Innenminister vor, er habe ein weiteres Stück Sicherheit *,,demontiert''* und würde nicht für Recht und Sicherheit sorgen.

Was also ist dran an der Baum'schen Liberalisierung?

Nach übereinstimmenden Angaben des Innenministeriums und der Lufthansa hatte der Verfassungsschutz jährlich etwa 4000 Anfragen der Fluggesellschaft zu bearbeiten, die in etwa vier Prozent der Fälle ,,Erkenntnisse'' erbracht hätten, so daß es etwa 160 bis 200 Rückfragen jährlich gegeben hatte. In ein bis drei Fällen durchschnittlich, so ein Lufthansa-Sprecher gegenüber der ,,Frankfurter Rundschau'', seien Bewerber wegen Sicherheitsbedenken nicht eingestellt worden.

Verfassungsschutz-Schnüffelei soll rationalisiert und intensiviert werden

Durch diese Massenanfragen, so das Innenministerium, sei der Verfassungsschutz *,,überlastet''* gewesen (schließlich hat man ja auch noch andere Kundschaft zu bedienen, die beispielsweise etwas über ihre Betriebsräte erfahren will . . .). Außerdem stehe der Aufwand in keinem Verhältnis zum Ergebnis.

Schon in der Diskussion um die Regelanfragen bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst hatte die Bonner Koalition ihre neue Linie in Sachen Schnüffelei entwickelt, die auf ein Durchrationalisieren der Geheimdienste hinausläuft: drastisches Zurückstutzen der mit großem Verwaltungsaufwand verbundenen Routine-Überprüfungen mit dem Ziel, Agenten vom Innendienst freizuschaufeln und sie dafür verstärkt mit scharfen Augen und großen Ohren auf die Menschheit loszulassen. Nicht also Einschränkung der Spitzelei, sondern Intensivierung der Observierung verdächtiger Personen ist das Motto sozial-liberaler Geheimdienst-Politik.

In diesem Sinne hat Baum den Lufthansa-Vorstand aufgefordert, den Kreis der ,,sicherheitsrelevanten'' Beschäftigten genauer einzugrenzen. In welche Richtung die Überlegungen im Innenministerium gehen, deutet sich bereits in Hamburg an. Dem von der CDU heftig bekämpften ,,liberalisierten'' Hamburger Verfassungsschutzgesetz von 1978 hat es die Lufthansa zu verdanken, daß — wie sonst nur noch in Bremen — hier der einzige Bereich ist, wo gegenwärtig Überprüfungen stattfinden. Die dort Beschäftigen benötigen einen sogenannten ,,Vorfeldausweis'', zu dessen Vergabe sich die Lufthansa der gefälligen Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz bedienen kann.

Baum konnte seinen Kritikern im Lufthansa-Vorstand sogar nachweisen, daß das bislang praktizierte Verfahren durchaus nicht lückenlos war. So sei etwa das Personal anderer Fluggesellschaften oder Catering- und Reinigungsfirmen, die durchaus Zugang zum Flugplatz und zu den Maschinen hätten, bislang noch gar nicht erfaßt gewesen. Hier deutet das Innenministerium also durchaus eine Erweiterung des von der Ausspähung betroffenen Personenkreises an. In erster Linie jedoch zielen Baums Überlegungen auf eine qualitative Steigerung der Verfassungsschutz-Tätigkeit. Die damit verbundenen Einzelheiten sind bislang nicht bekannt. Diese Fragen sollen Gegenstand von Erörterungen unter ,,grundsätzlichen Gesichtspunkten'' auf der nächsten Konferenz der Länderinnenminister am 27. Juni sein.

Man darf gespannt sein, was für sozial-liberale Eier da noch ausgebrütet werden sollen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

9. ÖTV-Gewerkschaftstag

„Dieser Staat ist unser Staat, darum werden wir ihn verteidigen"

Vom 8. bis 14. Juni fand in Westberlin der 9. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) statt. Die ÖTV ist mit 1,1 Mill. Mitgliedern nach der IG Metall die zweitstärkste Gewerkschaft im DGB.

Den 647 stimmberechtigten Delegierten lagen fast 1.200 Anträge und Entschließungen vor. Davon befaßten sich allein an die 350 Anträge mit der Tarifpolitik.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete das Bekenntnis und die Identifizierung der ÖTV-Führung mit diesem Staat, der so der ÖTV-Vorsitzende Kluncker *„auch der Staat der Gewerkschaften sei"* („FAZ", 14.6.).

Ausdrücklich bejaht wurde die NATO. Ein Antrag, die in Brüssel beschlossene Stationierung neuer NATO-Raketen abzulehnen, fand keine Mehrheit.

Während der Debatte um den Geschäftsbericht ging Kluncker auch auf die umstrittenen Entscheidungen der DGB-Spitze ein.

Das Verbot der Anti-Kriegs-Broschüre begründete er damit, daß die ursprüngliche Fassung *„Negativbeiträge schlechthin"* enthalten hätte, die *„die Geschichte der Gewerkschaften nur in schwarzen Farben gemalt"* hätten. Das sei für den DGB untragbar gewesen.

Zum Rauswurf der „ran"-Redakteure: Man solle die Vorgänge nicht zu einem Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit hochstilisieren. Er würdigte „ran" als kritisches Magazin, das die Gewerkschaftsjugend brauche. Bei aller journalistischen Freiheit müsse auch „ran" die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft respektieren.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den internationalen Frauentag entwickelte sich Kluncker zum *„Kritiker ritualisierter Kampftage"*. Er verwies auf den 1. Mai, den Anti-Kriegstag, den Tag der Befreiung vom Faschismus. Aber *„mehr Rechte für die Frauen ist keine Sache von Feiertagen"*.

Auch Kluncker kennt keine Berufsverbote

Jemand hatte die Berufsverbote beim Namen genannt. Für Kluncker war es das Signal, um sich mit aller Deutlichkeit zu diesem Staat zu bekennen, und allen „Staatsfeinden" den Kampf anzusagen.



Die erste Gratulation nach der Wiederwahl. Der israelische Botschaftsrat David Faran umarmt Heinz Kluncker.

Berufsverbote *„ist nicht unser Sprachgebrauch"*. Nicht jeder hat einen Anspruch auf Beschäftigung beim Staat. *„Es kann doch nicht angehen, daß diejenigen, die diesen Staat zerschlagen wollen, dies noch mit Pensionsberechtigung tun dürfen"* („FR", 12.6.).

Es gibt Menschen, die darauf warten, diesen „freiheitlichen Staat" mit *„Gewalt und anderen Mitteln zu zerstören"*. Aber *„dieser Staat ist unser Staat, darum werden wir ihn verteidigen"* (ebenda).

Volles Lob erntete Kluncker hierfür von der bürgerlichen Presse. Die „FAZ" kommentierte sehr zufrieden, dieses Bekenntnis *„ist nicht immer so deutlich zu vernehmen gewesen"*.

Zur Bespitzelung von Betriebs- und Personalräten durch den Verfassungsschutz lagen dem Gewerkschaftstag eine Reihe von Anträgen vor, die sich in scharfer Form gegen diese Praxis richteten.

Der Vorstand bemühte sich, diese Anträge zu verwässern, indem er seinerseits einen Leitantrag vorschaltete, der lediglich gesetzliche Regelungen und parlamentarische Kontrolle gegen zu übertriebene Pauschalüberprüfungen und die Integration des Verfassungsschutzes in den Öffentlichen Dienst forderte. Die hiermit versuchte Legitimierung der Schnüffelpraxis wurde von den Delegierten jedoch abgelehnt. Außerdem setzte sich der Antrag des Kreises Duisburg durch, der sich eindeutig für die Einstellung der Schnüffelei und die Vernichtung aller Unterlagen aussprach.

Ebenfalls gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission lehnten die Delegierten mit großer Mehrheit die Einführung und Anwendung von Personalinformationssystemen ab.

Ein Kollege hatte diese als *„ungeheuerlichste Bedrohung"* bezeichnet, die zur totalen Überwachung der Belegschaften führt.

Einheitsgewerkschaft neu definiert

Bestätigt hat der Gewerkschaftstag die im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm des DGB enthaltene Formulierung, daß *„die Einheitsgewerkschaft die Traditionen, die politischen und weltanschaulichen Richtungen der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozalen, in einer Organisation zusammengeführt habe."*

Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß eine Einzelgewerkschaft die von der DGB-Führung vorgeschlagene Neufassung übernimmt.

Eine Formulierung, die den antifaschistischen Ausgangspunkt der Einheitsgewerkschaft nach 1945 liquidiert und die Kommunisten ausgrenzt.

In derselben Entschließung wird zudem bestätigt, daß die ÖTV an den Unvereinbarkeitsbeschlüssen festhält.

Klunker hatte die Debatte hierüber zur „Stunde der Wahrheit" erklärt. *„Wer die freiheitliche und demokratische Ordnung der Gesellschaft ablehnt oder bekämpft, hat in der Einheitsgewerkschaft keinen Platz"* („FR", 13.6.).

In der Konsequenz bedeutet dieses Selbstverständnis, daß die staatliche Überprüfungs- und Schnüffelpraxis auch über die Mitgliedschaft in der ÖTV entscheidet.

Der Delegierte Anton Kaiser erklärte hierzu: *„1933 stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser. Das war der Auftakt zu einer beispiellosen Verfolgung von Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten und Kommunisten. Sind denn die Mörder von damals gleichzusetzen mit den Ermordeten und Verfolgten? Das wäre doch ein unbeschreiblicher Zynismus"* („Neue", 20.6.).

Anträge, in denen allein Strauß und Stoiber als „Hauptgegner" der Einheitsgewerkschaft bezeichnet wurden und die dazu aufforderten, die Legende von der kommunistischen Unterwanderung zurückzuweisen, wurden als „Material" an den Vorstand überwiesen.

Alle Anträge, die die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse forderten, wurden abgelehnt.

Laut Geschäftsbericht wurden in den letzten vier Jahren wegen Verstoß gegen den UVB 294 Mitglieder ausgeschlossen.

Herbe Kritik an der Tarifpolitik

Mit Begriffen wie Lustlosigkeit, Ärgerlichkeit, Resignation und Mangel an Vertrauen in die Organisation kennzeichneten auf dem ÖTV-Kongreß zahlreiche Delegierte die Reaktion vieler Mitglieder nach der diesjährigen Tarifrunde.

Ein Redner meinte, *„es sind grosse Sprüche gemacht worden, es ist der Mund zu voll genommen worden, es sind entscheidende Ziele nicht erreicht worden. Wir Vertrauensleute sind in den Betrieben unmöglich gemacht worden"* („FR", 11.6.).

Kritisiert wurde dabei nicht nur der Tarifabschluß, sondern auch die mangelnde Einbeziehung der Mitglieder bei der Festlegung der Forderungshöhe. Es gehe nicht an, daß die Kollegen einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wenn sich *„der Fernsehbildschirm mit dem Kollegen Kluncker füllt"* und dieser die ÖTV-Forderung verkündet.

Großes Unverständnis herrschte durch das abrupte Ende der Tarifrunde. Die Kollegen fragten sich nachträglich, wofür sie überhaupt in Warnstreiks eingetreten wären, wenn über Nacht eine Einigung erzielt wird, die weitab von der ursprünglichen Ausgangsforderung liegt.

Obendrein wurde die nur auf Abwehr ausgerichtete ÖTV-Politik in bezug auf Rationalisierung und Automation in Frage gestellt.

„Bei den Manteltarifverhandlungen ist die Grenze zum Dilettantismus inzwischen überschritten worden", meinte Erich Bracker. Als Beispiel führte er an, daß der Vorstand den Kapitalisten bereits einen Tarif-Vertragsentwurf für die Arbeit an Datensichtgeräten übergeben habe, der erstens ohne jede Beteiligung der Betroffenen erarbeitet wurde und zweitens weit unter der Bremer Dienstvereinbarung liegt. *„Einen solchen Abschluß wünschen wir uns nicht einmal als miesesten Kompromiß"* („Neue", 12.6.).

Gegen die Kritik aus den eigenen Reihen verteidigte Kluncker seine Tarifpolitik: *„Wir haben das Machbare durchgesetzt ..."*

In diesem Zusammenhang richtete er dann scharfe Angriffe an die Adresse seiner Kritiker: *„Es gibt noch zu viele Kollegen in der ÖTV, die gerne streiken lassen und selbst keine Bereitschaft zu einem dauerhaften Arbeitskampf mitbringen"* („Welt", 11.6.).

Die Unzufriedenheit zahlreicher Delegierter mit den Tarifabschlüssen sahen Beobachter als Ursache dafür, daß Kluncker bei der Wiederwahl zum ÖTV-Vorsitzenden deutlich weniger Stimmen als vor vier Jahren erhielt. Er erhielt von den 647 Stimmberechtigten 528 Stimmen. Sein Stellvertreter Merten erhielt sogar 157 Gegenstimmen. Optimisten hatten sogar einen noch deutlicheren Denkzettel erwartet.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Ein Lebenswerk wird abgesichert: Grundig plant die Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen

Mit diesem zweiten Teil vervollständigen wir den Abdruck eines Artikels, den wir von Grundig-Kollegen erhalten haben. Der erste Teil, den wir in AK 179 brachten, gab einen Überblick über die forcierten Firmenzusammenschlüsse im Bereich der Unterhaltungselektronik und beleuchtete die Rolle der japanischen Hersteller auf dem europäischen Markt. Die Kollegen, die den Artikel verfaßt haben, gehen nun mehr auf die konkreten Rationalisierungsvorhaben bei Grundig ein und schildern die Folgen für die Beschäftigten.

Wie man auf „natürliche" Weise seine „Mitarbeiter" los wird

Fassen wir kurz Grundigs bisherige Erfolgsbilanz bei der Arbeitsplatzvernichtung zusammen: Im Geschäftsjahr 1979/80: 10% der gewerblichen Arbeitsplätze; 2% der Angestellten-Arbeitsplätze. Insgesamt 3600 Arbeitsplätze. 1980/81 sollen auch die Angestellten auf einen Freistellungssatz von 10% gebracht werden – Grundigs „Jahr der Angestellten"!

Es stellt sich die Frage, wie Grundig und seine Unternehmer„kollegen" es schaffen, diese drastischen Reduzierungen relativ ruhig „über die Bühne" zu bringen – angesichts einer Million Arbeitsloser in der BRD?

Den Schlüssel zur Antwort liefern zwei Worte: NATÜRLICHE FLUKTUATION, genauer: Nichtersetzung der natürlichen Fluktuation. Hinter diesen „wissenschaftlich"-kühlen Worten verbirgt sich der schleichende Abbau von Arbeitsplätzen, Nichtersetzung der „natürlichen Fluktuation" heißt zunächst einmal nichts anderes, als daß ein allgemeiner Einstellungsstop verhängt wird. Danach läßt die Firma auf „natürliche" Weise die Kolleginnen und Kollegen „abfliessen": Kündigung seitens der Firma, firstgemäß und fristlos, Ausscheiden älterer Kollegen bei Erreichen der Altersgrenze oder auch schon einige Jahre früher, Eigenkündigung der Kollegen.

Wenn die „Natur" nicht so arbeitet, wie sich die Konzernleitung das vorgestellt hat, dann verfügt die Firma über ein ganzes Arsenal von Mitteln, um der „Natur" etwas auf die Sprünge zu helfen.

Häufig werden Sozialpläne aufgestellt. Der Sozialplan soll die negativen sozialen Folgen der Rationalisierung abmildern. Hier wird geregelt, wie bei Versetzungen die Höhe des Lohns bestimmt wird, welche Abfindungen die Kollegen bei Kündigungen aus betrieblichen Günden (Rationalisierung) erhalten. Für den einzelnen Kollegen ergibt sich tatsächlich eine gewisse Abmilderung der nagativen Folgen; insgesamt jedoch ist der Sozialplan eine sehr zweischneidige Angelegenheit: Er sichert keine Arbeitsplätze, sondern erleichtert deren Vernichtung.

Die Leistungen aus dem Sozialplan werden nur gewährt, wenn es sich um „betriebliche Veränderungen" im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes handelt. Dies bedeutet konkret im Falle der Kündigung, daß nur die/derjenige Ansprüche hat, die/der aus „betrieblichen" Gründen gekündigt wird. Wer aus „persönlichen" Gründen (Krankheit, Fehlzeit, Ordnungswidrigkeiten etc.) gekündigt wird, hat keine Ansprüche. Aus diesem Grund ist die Unternehmensleitung bestrebt, den „natürlichen Abfluß" so zu gestalten, daß die Kollegen per „personelle Einzelmaßnahme" aus dem Betrieb fliegen. Das hat für die Firma den unschätzbaren Vorteil, daß sie einen Haufen Geld spart. Es geht also darum, die Zahl der Einzelkündigungen zu erhöhen!

Ein Beispiel: Die Firma stellt fest, daß der Alkoholkonsum um sich greift. Sie verfügt, daß ab sofort in der Kantine keine starken alkoholischen Getränke mehr ausgeschenkt werden dürfen. (Bier wird weiterhin verkauft: Die Firma Grundig z.B. hat Verträge mit Großbrauereien und dürfte am Bierverkauf nicht schlecht verdienen; die Flasche kostet DM 0,75.) Gleichzeitig kündigt die Geschäftsleitung an, daß Trunkenheit in Zukunft drastisch geahndet wird. Auf diese Weise fallen schon mal ein paar Kollegen aus dem Sozialplan heraus. Der freiwerdende Arbeitsplatz wird natürlich nicht wieder besetzt, bzw. mit einem Kollegen besetzt, der aus einer Abteilung kommt, wo rationalisiert wird.

Über die Ursachen des Alkoholismus – Stress, Schichtarbeit, Antreiberei – macht sich die Firma keine Gedanken, schließlich ist die Firma kein Guttempler-Orden.

Sehr beliebt ist die Kündigung wegen „Fehlzeiten". Die Firma führt eine systematische Untersuchung durch, welche Kolleginnen und Kollegen wie oft am Arbeitsplatz fehlen. Hier zeigt sich, wie segensreich – für die Unternehmer – die elektronische Datenverarbeitung ist. In der Konzernzentrale in Fürth spuckt der zentrale Computer auf Anfrage Listen aus, aus denen die „Fehlzeiten" jedes einzelnen Kollegen hervorgehen. Dabei spielt es zunächst einmal keine Rolle, ob es sich um Krankheit, unentschuldigtes oder entschuldigtes Fehlen handelt. Je nachdem, wie schnell der „natürliche Abfluß" sein soll, wird die kritische Marke für die Fehlzeiten auf 5%, 8% oder 10% der Gesamtarbeitszeit festgelegt. Wer über der kritischen Marke liegt, steht zur „Freisetzung" an. Man kann sich vorstellen, welchen enormen Druck die Geschäftsleitung auf diese Weise auf die Kolleg/inne/n ausübt, das „Betriebsklima" hat sich entsprechend verschlechtert. Es ist eine Entwicklung abzusehen, daß sämtliche persönliche Daten der Kollegen im Computer gespeichert werden, wenn wir dem „Großen Bruder" nicht auf die Finger klopfen.

„Wenn es ihnen nicht paßt, können sie ja gehen"

Auch den Beschäftigten bei Grundig ist es kein Geheimnis, daß Arbeitsplätze knapp geworden sind. Umso mehr überrascht eine Meldung, daß in einem Grundig-Werk 150 Arbeitsplätze „freiwillig" von den Kolleginnen und Kollegen geräumt worden sind. Offenbar waren die Arbeitsbedingungen so „gut", daß die Leute das Risiko der Arbeitslosigkeit dem Verbleib in der Firma vorgezogen haben. Das „Betriebsklima" heute: immer mördererische Akkorde; diskriminierende Versetzungen, wenn man den Akkord nicht schafft; freche Anmachen seitens der Meister und Abteilungsleiter treiben Menschen dahin, daß sie „freiwillig" „das Handtuch werfen". So sieht es also aus mit der „natürlichen Fluktuation".

Gleichzeitig jedoch wirbt Grundig Schichtarbeiter an, weil sich innerbetrieblich nicht genügend Leute finden, die bereit sind, ihre Gesundheit langfristig zu ruinieren, ihr Familienleben zerstören zu lassen und sozial isoliert zu werden. Die Automatisierung „verlangt" jedoch den Schichtarbeiter, schließlich kauft Grundig die teuren Automaten nicht, um sie 16 Stunden am Tag ungenutzt stehen zu lassen.

Ist gegen die schleichende Vernichtung der Arbeitsplätze kein Kraut gewachsen?

Es hat bisher den Anschein: der Firma ist es im großen und ganzen gelungen, ihr Konzept durchzusetzen. Die Betriebsräte stehen vor einer unlösbaren Aufgabe: Entlassungen wegen Krankheit sind vom Gesetz her möglich, der Betriebsrat kann zwar Widerspruch einlegen, der betroffene Kollege kann vors Arbeitsgericht gehen. Häufig jedoch ziehen sich die Prozesse endlos hin, sodaß viele Kolleginnen und Kollegen in der Zwischenzeit eine neue Arbeit angenommen haben. Nötig ist die gemeinsame Verteidigung der Arbeitsplätze durch die Kolleginnen und Kollegen selbst, erster Schritt hierzu müßte die Aufklärung darüber sein, in welchem größeren Zusammenhang die vielen Einzelkündigungen zu sehen sind, die der betroffene Kollege zunächst einmal als sein individuelles Problem sieht (War ich zu lange krank?). Eine solche Aufklärung könnte Voraussetzungen für eine gemeinsame Abwehr der Arbeitsplatzvernichtung schaffen.

Elektronische Datenverarbeitung

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, hat Grundig das laufende Geschäftsjahr zum „Jahr der Angestellten" erklärt, d.h. in den Büros soll aufgeräumt werden, die elektronische Datenverarbeitung (EDV) ist der Hebel zur Vernichtung der Angestelltenarbeitsplätze.

Seit einiger Zeit tauchen in den Büros immer mehr Bildschirme auf, die mit dem zentralen Computer in Fürth verbunden werden. Ein Bereich nach dem anderen wird umgestellt, EDV-„unterstützt" werden inzwischen der Wareneingang, die Terminverfolgung, die Materialsteuerung, der Bauelemente-Versand, die Fakturierung (Schreiben von Rechnungen).

Analog zur schleichenden Arbeitsplatzvernichtung wird die EDV unauffällig und schrittweise eingeführt. Häufig wird der Betriebsrat erst informiert, wenn die Elektriker bereits die Kabel für die Bildschirme verlegen.

Die EDV bedeutet für die Angestellten Dequalifizierung und Arbeitsplatzverlust: *„Wissen und jahrelange Erfahrung werden von der Maschine aus den Köpfen herausgesaugt und in diesem System objektiviert. Danach tritt einem dieses ehemals eigene Wissen als fremde, vielleicht sogar feindselige Macht gegenüber. Man hat sich selbst dequalifiziert."* (METALL Nr. 6/80) „Akkord im Büro?", so betitelt die METALL Nr. 5/80 einen Artikel über Bildschirmarbeit. *„Acht Stunden täglich saßen die Kolleginnen vor flimmernden Bildschirmen. Stündlich mußten sie 15000 und mehr Anschläge schaffen, das sind mehr als vier pro Sekunde. Ohne Wissen des Betriebsrates zeichnete der Bürocomputer insgeheim auf, wer wie lange an welchem Terminal arbeitete, wie viele Fehler machte oder Pausen einlegen mußte, welche Stunden-, Tages-, Wochen- und Monatsleistungen erbracht wurde. Fiel sie zeitweise unter die unmenschlich hohe Norm, drohte der Abteilungsleiter mit Kürzung der übertariflichen Gehaltsbestandteile. Der Kontakt zu anderen Abteilungen war durch die räumliche Isolierung erschwert, der Weg zum Betriebsrat durch massive Einschüchterungen des Vorgesetzten verbaut. Zu ihrer menschenunwürdigen Arbeit kam der Hohn ihres Sklaventreibers: ‚Eure Tätigkeit erfordert keinen Geist, ihr müßt schon tun, was intelligente Menschen sagen.'"*



Diese Schilderung bezieht sich auf die Zustände bei der Großwerft Bremer Vulkan. Die 11 Datentypistinnen mußten zwei Wochen streiken, um diese Zustände öffentlich zu machen und Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. So wie bei der Bremer Vulkanwerft wird es auch bei Grundig aussehen, wenn die Betroffenen sich nicht wehren.

Automatische Bestückung

Jedes Fernsehgerät besitzt ein Chassis, auf dem diverse elektronische Bauelemente zusammengefaßt sind. Die Chassis werden bis heute mit der Hand bestückt, im Akkord von Frauen der sog. Leichtlohngruppen. Ausgehend von Japan soll nun die Bestückung durch Automaten erfolgen. Die ersten Automaten laufen schon. Ihre Anwendung in großem Stil bedeutet für tausende von Frauen den Verlust ihres Arbeitsplatzes, für den Rest Schichtarbeit. Wie oben bereits erwähnt, hat die AEG-Telefunken sich für das Werk in Celle eine komplette Anlage beim japanischen Matsushita-Konzern bestellt. Grundig wird mit Sicherheit folgen. Auf die Frauen kommen schwere Zeiten zu.

Qualitätskontrolle oder: der Mensch ist ein schlechter Automat

Ein Grundig-Ingenieur läßt sich in der Fachzeitschrift „Funkschau" Nr. 8/80 über Qualitätssicherung aus. Er schreibt u.a.: *„Trotz automatischer Bestückungsanlagen sitzen in den Fertigungsstätten der Unterhaltungselektronik auch heute noch (!) Hunderte von Mitarbeitern, die Tausende von Leiterplatten mit Hunderttausenden von Bauteilen bestücken müssen. Daraus leitet sich bereits die Wahrscheinlichkeit von Fehlbestükkungen deutlich ab. ....Typische Fehler ... können jedoch mit entsprechenden automatischen Prüfsystemen leicht gefunden werden."* Und weiter schreibt der Autor zum Thema Funktionsprüfung: *„Abgleiche von Hand sind zeitraubend und teuer, deshalb sind selbstabgleichende Schaltungen oder Laserabgleiche anzustreben."*

Das ist die „nüchterne" Sprache eines Ingenieurs. Er fragt nicht danach, aus welchen Gründen Fehler gemacht werden. Ihn interessiert nicht der mörderische Akkord oder gar die persönlichen Probleme der Frauen, die jetzt herausrationalisiert werden sollen. Sie sollen „zurück an Heim und Herd", sagt die Regierung, sie sollen sich auf den „Wert der Ehe und Familie" rückbesinnen, predigt die Kirche. So bekommt der Rausschmiß der Frauen die nötige ideologische Weihe.

Gemeinkostensenkung

Sehr beliebt sind augenblicklich sog. „Gemeinkostenwertanalysen". „Gemeinkosten" sind für den Betriebswirt alle Kosten, die im sog. „nichtproduktiven" Bereich entstehen, z.B. die Werkerhaltung bei Grundig: Hier arbeiten Betriebshandwerker (Maler, Schlosser, Elektriker, Schreiner, Hydrauliker usw.). Auch die Putzfrauen gehören dazu, außerdem eine ganze Reihe von Angestellten. Grundig legte zum Jahreswechsel 1979/80 zunächst geheim einen Plan vor, der einen Personalabbau von 20% bei der Werkerhaltung vorsah. Die Handwerker sollten ihre Tätigkeit auf reinen „Service" beschränken, der zur Aufrechterhaltung der Produktion erforderlich ist. Die Arbeitsplätze der Putzfrauen sollten schlicht und einfach gestrichen werden, die Reinigung sollte von einer Reinigungsfirma übernommen werden, die angeblich um 50% billiger arbeiten läßt. Diese Unternehmen sind nur deshalb so „kostengünstig", weil die bei ihnen Beschäftigten nahezu rechtlos und unter unwürdigen sozialen Bedingungen arbeiten müssen. Offensichtlich sollen diese „Sklavenhalter" die neuen Geschäftspartner von Grundig werden, eine feine Gesellschaft!

Die Betriebshandwerker haben von vornherein nicht aufgegeben. Als die Pläne der Geschäftsleitung ruchbar wurden, gingen viele Kollegen gemeinsam zu den Betriebsratsbüros, um sich dort ausführlich zu informieren, was man mit ihnen vorhat. Ein kleiner Erfolg wurde erreicht; einige „Freistellungen" wurden zurückgenommen, ein Teil der Kollegen wurde versetzt, einige Handwerker kündigten selber.

Zur „Endlösung" der Arbeitsplatzfrage hat sich Grundig ein besonderes „Einsatzkommando" aufgebaut, die sog. „Brassel-Gruppe", so genannt nach ihrem Chef, im Volksmund auch „Kopfjäger" genannt. Diese Spezialisten für Arbeitsplatzvernichtung sind nicht bei der Grundig-Aktiengesellschaft angestellt, sondern bei der Grundig-Stiftung, somit unterliegt ihre Tätigkeit zunächst einmal nicht der Mitbestimmung des Betriebsrates. Die Brassel-Gruppe macht ganze Arbeit. Im Eifer des Gefechts setzte sie sogar einen Schwerbehinderten auf ihre „Abschußlisten".

Neben den geschilderten Rationalisierungsmaßnahmen soll nicht unerwähnt bleiben, daß Grundig zu alledem noch einen massiven Abbau von Sozialleistungen eingeleitet hat: z.B. Kürzung der Betriebsrente, Erhöhung der Kantinenpreise (geplant) sowie Verminderung des Firmenzuschusses für die Werksbusse.

„Überzeugungsarbeit" Marke Grundig und was man daraus lernen kann

Am 14.April fand in Vohenstrauß eine Protest- und Informationsveranstaltung gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Werk 13 statt. In der überfüllten Stadthalle sprachen sich alle Redner gegen die weitere Auszehrung des Grenzlandes aus und verlangten von Unternehmern und bayrischer Staatsregierung, die Arbeitsplätze in Vohenstrauß zu erhalten.

Zu der Veranstaltung war ein Reisebus aus Neusorg (Fichtelgebirge) angekündigt. Die Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeitsplätze im dortigen Grundig-Werk ebenfalls gefährdet sind, wollten sich mit den Vohenstraußern solidarisch zeigen. Doch der Bus kam nicht. Noch während der Versammlung äußerte der Amberger Verwaltungsstellenleiter der IGM, Sepp Donhauser, seine Beunruhigung über das Fernbleiben der Neusorger. Er deutete an, daß da evtl. dran gedreht worden sein könnte. Seine Vorahnungen waren gerechtfertigt. Später stellte sich Folgendes heraus: Der Betriebsrat von Neusorg hatte bereits einen Bus für 250 DM angemietet, als Herr Dierolf, Verantwortlicher für Personalfragen in der Konzernzentrale in Fürth, anrief: er rate den Neusorgern ab, nach Vohenstrauß zu fahren. Dem Vernehmen nach konnte er die Kolleginnen und Kollegen „überzeugen", daß eine Teilnahme an der Versammlung in Vohenstrauß nichts nütze und man zur Erhaltung der restlichen Arbeitsplätze den geplanten Abbau von 160 bis März 1981 hinnehmen müsse. (Dies ist im übrigen auch die Einstellung der bayerischen Staatsregierung.) Dierolf unterstrich seine „Überzeugungsarbeit" mit dem Angebot, die Busmiete von DM 250 zu übernehmen, darüber hinaus bekam jeder Teilnehmer DM 15 als Zehrgeld. Die Kollegen akzeptierten das großzügige Angebot. Der Bus fuhr in ein Lokal, wo man auf Grundigs Kosten speiste. Der Bissen ist den Kollegen, so hört man, nicht im Hals stecken geblieben?! Böswillige Menschen könnten die erfolgreiche „Überzeugungsarbeit" des Herrn Dierolf auch als Erpressung und Einschüchterung, kombiniert mit Bestechung, bezeichnen. Wir tun dies nicht; immerhin wirft dieses Ereignis ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken der Geschäftsleitung: eine Solidarisierung der Belegschaften der einzelnen Werke soll verhindert werden. Nach dem Motto: Friß, Vogel, oder stirb! wird den Kollegen angedroht, sie würden noch viel mehr Arbeitsplätze verlieren, wenn sie einen gewissen Abbau nicht hinnehmen. Andererseits hat Grundig noch nie eine Garantie dafür gegeben, daß der nächste Abbau auch der letzte sein werde. Das heißt, es nützt uns nichts, wenn wir in den sauren Apfel beißen, Grundig hält den noch saureren Essig schon bereit.

Die Taktik der Geschäftsleitung, die Belegschaften einzelner Werke gegeneinander auszuspielen, zwingt dazu, daß die Belegschaften, die Betriebsräte sowie die Verwaltungsstellen der IGM der einzelnen Werke ihren Abwehrkampf nicht isoliert führen, sondern untereinander in Kontakt treten und sich miteinander absprechen.

Die Kolleginnen und Kollegen von Saba sind da schon einen Schritt weiter: Da nach der Übernahme des Unternehmens durch den französischen Thomson-Brandt-Konzern sog. „Nachfolge-Rationalisierungen" zu befürchten sind, haben die Vertrauensleute, Betriebsräte sowie Vertreter der Stuttgarter Bezirksleitung der IGM einen überregionalen IGM-Arbeitskreis gebildet.

Flucht oder Neuorientierung?

Diskussion um die Betriebsarbeit im KB

Auf der Arbeitskonferenz Betrieb und Gewerkschaft des KB am 7./8. Juni gab es auch eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Problem der „Flucht aus Betrieb und Gewerkschaft" befaßte. Diese Arbeitsgruppe war die am besten besuchte und fand in der Auswertung im Plenum die größte Resonanz.

Nachstehend drucken wir den größten Teil der Plenumsdebatte am Abend des 7. Juni ab. Von einigen Genoss(inn)en wurde die Befürchtung geäußert, die Veröffentlichung einer solchen Debatte könne ein zu schlechtes Bild auf die Betriebsarbeit des KB werfen. Das mag in den Augen vieler so aussehen. Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, daß es sich hier nicht um ein KB-spezifisches Problem handelt. Sämtliche linken Organisationen sind hiervon betroffen, die DKP nicht ausgenommen. Die „KPD" beispielsweise hat mit ihrer Auflösung zum großen Teil den völlig undiskutierten Rückzug der Genossinnen und Genossen aus der Betriebsarbeit vollzogen.

Auch im KB ist diese Debatte bisher nicht geführt worden, obwohl die Probleme wesentlich älter sind als der Plan, hierzu eine offene Diskussion zu führen. Die vielfältigen Probleme, die zum Rückzug aus der Betriebsarbeit führen/geführt haben, lassen sich mit Sicherheit nicht besser lösen, Erfahrungen nicht besser vermitteln, wenn darüber nicht diskutiert wird.

Wir wollen einen Versuch machen. Vielleicht geht die Debatte ja weiter.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Eine Gleichsetzung, aus dem Betrieb rauszugehen und sich politisch zurückzuziehen, ist eine Unterstellung, die ich ablehnen würde."

G: Ich bin jetzt 10 Jahre im Betrieb und für mich steht mein Entschluß fest, daß ich ab Oktober was anderes mache. Ich persönlich kann für mich auf jeden Fall sagen, daß ich den Begriff Flucht ablehne und das auch ziemlich wichtig finde. Von daher haben wir auch eine ganze Zeit in der Arbeitsgruppe über diesen Begriff diskutiert, auch kontrovers diskutiert und die Widersprüche sind meiner Ansicht nach auch noch nicht irgendwie eingeebnet. Wenn von Flucht gesprochen wird, dann muß ich auch sagen, daß ich in der Zeit, als ich in den Betrieb gegangen bin, ich damals auch eine Flucht gemacht habe, nämlich eine Flucht vor mir selber. Die Bedingung damals war, daß man aufgrund einer allgemeinen Einsicht in den Betrieb gegangen ist, was man natürlich nicht nachträglich verurteilen kann, weil das in einer bestimmten Zeit eine Entscheidung war. Aber was ich z.B. für mich im nachhinein sehe, ist, daß ich meinen Packen daran zu tun habe, bestimmte Dinge für mich selber aufzuarbeiten, die ich damals habe den Berg runtergehen lassen. Eine Gleichsetzung, aus dem Betrieb rauszugehen und sich politisch zurückzuziehen, ist eine Unterstellung, die ich ablehnen würde.

Es geht ja auch nicht darum, daß Genossen, die jetzt für sich die Entscheidung treffen, eine Reklamekampagne machen, daß alle aus dem Betrieb raus sollen. Aber unsere Arbeit ist doch darauf ausgerichtet, daß man insgesamt was im gesellschaftlichen Prozeß macht.

• • •

H.P.: Ich finde es schade, daß das hier so defensiv behandelt wird. Ich kann auch von 9-jährigen Erfahrungen berichten. Das sah damals so aus, daß in Glanzzeiten 10 Genossen in

„Als Arbeiter muß ich da weitermachen, bis ich meine Rente bekomme."

dem Chemiebetrieb waren und daß es am Ende aber so war, daß wir rausgeschmissen wurden, Gewerkschaftsausschlüsse, dies und jenes. Trotzdem haben sich einige von uns nicht gescheut, wieder weiterzumachen.

Ich bin in einen anderen Chemiebetrieb gegangen und habe mich da wieder als Betriebsrat aufstellen lassen und bin glücklicherweise wieder reingekommen und habe auch wieder die Gremienarbeit und alles andere aufgenommen. Ich seh das gar nicht so negativ und ich finde für mich auch gar keine Chance. Als Arbeiter muß ich da weitermachen, bis ich meine Rente bekomme. Ich kann mich da nicht in irgendwelche Alternativen begeben, die für mich eine Sackgasse sind. Also versuche ich auch im nächsten Betrieb wieder weiterzumachen, natürlich unter anderen und schlechteren Bedingungen. Jetzt bin ich im Betrieb Einzelkämpfer, während wir damals als Gruppe agierten. Aber ich sehe diese defensive Haltung, daß man auch mal was anderes machen soll, nicht, weil das auch damals nicht so war, daß ich aus der Universität in den Betrieb ging, sondern schon im Betrieb war. Nach wie vor halte ich diese Betriebsarbeit für so notwendig, daß solche Konferenzen wie hier weiter stattfinden müssen. Ich seh gar keinen Grund aufzugeben, trotz dieser Schwierigkeiten.

• • •

G.: Ich kann akzeptiern, was Du sagst. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß z.B. ich selber unter Vorzeichen in den Betrieb gegangen bin, die man auch ganz gut nachlesen kann. Und zwar in der „E-K-E"-Ausgabe („Einheit-Kritik-Einheit", theoretisches Organ des SALZ, einer Vorläuferorganisation des KB, Anm.), wo unter dem Thema „Das Flipperproblem" („E-K-E" Jan./Feb. '71) anhand der Möglichkeit des Arbeiters, über den Zweiten Bildungsweg etwas anderes zu machen, der wesentliche Weg des Kapitals aufgezeigt worden ist, die Arbeiterklasse zu bestechen. Der andere Teil von der Geschichte ist der, daß mit diesem Artikel mit Genossen wie mit mir diskutiert worden ist, in den Betrieb zu gehen, obwohl das für mich überhaupt nicht zutrifft. Ich bin nirgendwo ausgeflippt. Ich hatte Abitur gemacht und dann beim Fernsehen gearbeitet. Ich stehe dazu, daß ich damals in den Betrieb gegangen bin, aber ich stehe jetzt nicht mehr dazu, aufgrund der Entwicklung, die ich durchgemacht habe und auch aufgrund bestimmter Perspektiven, die ich für mich sehe und die genausso politisch sind wie meine Arbeit, die ich bisher im Betrieb gemacht habe. Ich wehre mich dagegen, daß ich mit Tendenzen, sich aus der politischen Arbeit zurückzuziehen, in einen Pott geschmissen werde und gesagt wird: Der ist aus dem Betrieb raus, also zieht er sich zurück. Das ist meiner Ansicht nach eine Haltung, die sehr wenig selbstkritisch ist und sehr wenig beinhaltet, die Dinge, die in de Krise nach oben gekommen sind, aufzuarbeiten und die Chance zu nutzen, aus Fehlern zu lernen. Das muß also kein Widerspruch sein zu dem, was Du da gesagt hast.

• • •

U.: Ich finde es nicht richtig, wenn gesagt wird, das sei ein politischer Bankrott, wenn ein Genosse den Betrieb verläßt, weil das ganz bestimmte persönliche Gründe haben kann, die nicht ein Bankrott der B & G - Politik sind. Sondern vielleicht sind das erstmal bestimmte Fehler, die gemacht worden sind; daß der Genosse da hingekommen ist, daß er sich als Agent, als derjenige, der die Massen führen muß, verstand. Die Arbeiterbewegung wird ja auch ohne den Genossen da irgendwie weiterlaufen. Es wurde auf der „Flucht"-Arbeitsgruppe von einigen gesagt, wenn ich da jetzt gehe, bricht da einiges zusammen. Ich finde das als Argument eigentlich nicht zulässig, das gegenanzustellen gegen viele persönliche Gründe, die der Genosse oder die Genossin eben auch hat. Der ist vielleicht unwahrscheinlich unglücklich, das bringt ja nichts.

• • •

B.: Die Zurückhaltung, die da an den Tag gelegt wird von denjenigen, die noch weitermachen, die kommt ja auch aus der Einsicht, daß das eben nichts nützt. Leuten, die nicht mehr weitermachen wollen, dnen kann ich nicht sagen: Weitermachen!

Aber das ist ja nicht so ganz richtig, was Du sagst: 'Ich bin Arbeiter und ich habe keinen Ausweg.' Ganz so ist die Sache ja nicht. Das betrifft ja nicht nur die Neue Linke. Wir haben da bei uns im Betrieb eine DKP'lerin, die macht jetzt Umschulung. Wir haben einen freigestellten Betriebsrat (nicht freigestellt, aber der hat sich selber sehr oft freigestellt), der hat aktive Arbeit gemacht, der geht aus einem Werk raus, wo jetzt die Hölle brennt, weil da laufend rausgehauen wird, um sich einen besseren Job im Hauptwerk zu suchen. Es hält ihn nicht, daß da jetzt was gemacht werden muß. Oder wir haben insgesamt eine Stimmung nicht nur bei den Linken, daß sie sehen, wie sie sich nach der Decke strecken jetzt. Gerade die Leute, die Betriebsarbeit und politische Arbeit gemacht haben und die so ein bißchen Durchblick haben und vielleicht auch ein bißchen mehr gelernt haben, die strecken sich jetzt nach der Dekke und machen Umschulung und sehen zu, wie sie zurechtkommen. D.h. für sie individuell kann da schon was rauskommen, auch Kohle usw. Teilweise sind ja auch Genossen von uns in Jobs gegangen, für die sie tausendmal überqualifiziert waren, die also unheimlich hart waren, was an sich ein Irrsinn ist.

• • •

H.P.: Ich kann nur sagen, daß wenn der Betriebs- und Gewerkschaftsbereich tendenzmäßig nach individuellen Ansprüchen sich immer weiter einschränkt, ob ich da noch den Ar-

„Ob der KB für mich als Arbeiter noch in Frage kommt, das frage ich mich echt, wenn die Tendenz Betriebsarbeit immer weniger wird."

beiterkampf verkaufen kann ... Man muß dann auch die Sache umbenennen und Farbe bekennen. Ich weiß, daß viele Genossen in wichtigen Bereichen arbeiten, aber ob das dann noch für mich als Arbeiter in Frage kommt, das frage ich mich dann echt, wenn die Tendenz Betriebsarbeit immer weniger wird.

• • •

Ha.: Das ist nicht nur ein Problem der Linken. Bei uns ist es so, daß bei jedem Jahrgang an Lehrlingen, die gerade auslernen, die durchgängige Haltung ist: Bloß raus hier; daß im Endeffekt bloß eine Minderheit wirklich da bleibt. Die meisten sind drei Jahre im Betrieb und haben dann die Nase voll und wollen irgendwie raus. Für die ist das eine Flucht, ganz eindeutig, wobei der Punkt nur der ist, ob sie Chancen haben. Manche fahren zur See, viele gehen zur Schule; also bloß weg, egal, was danach kommt. Die meisten werden zwischendurch hängenbleiben, einige schaffen den Weg. Aber das Bewußtsein, der Wille auszubrechen, das

„Sich nicht als jemand verstehen, der da reingeschickt ist mit einem bestimmten Auftrag, der da der große Politiker ist und kein persönliches Verhältnis zu den Kollegen hat."

ist unheimlich weit verbreitet. Das ist in jedem Jahr eine Minderheit von denen, die wirklich im Betrieb bleiben. Und das sind entweder Kollegen, die keine Chance haben, weil sie echt keine Schule schaffen würden, nicht rankommen würden oder es sind eben Linke.

Es ist auch so bei älteren Kollegen, daß sie lieber was anderes machen wollten, da eine Schule abgebrochen haben, da mal diesen und jenen Kurs gemacht und in den Sand gesetzt haben; also die wollen wirklich irgendwie raus. Sagen:'Was willst du hier? Was machst du diesen Scheißjob?' Aber die finden nichts. Daß sie rauswollen, das hört man von so vielen Kollegen.

• • •

P.: Ich glaube, das ist nicht richtig, was der Genosse hier gesagt hat. So ein ähnliches Beispiel bin ich. Ich habe nach der Volksschule verschiedene Lehren abgebrochen, in verschiedenen Jobs gearbeitet als Hilfsarbeiter; Umschulung gemacht zum Bürokaufmann. Das war ziemlich mies. In manchen Punkten zur Arbeitssituation habe ich mich auch eingesetzt, und dann hat man echt die Schnauze voll.



Aber den Anspruch, den man hat, den nimmt man ja durchaus über eine Strecke mit. Ich hätte die Möglichkeit, eine Zulassungsprüfung zu machen. Das Studium hatte für mich einen unheimlichen Reiz, Sachen aufzuarbeiten, zu denen man persönlich vorher nicht die Zeit hatte. Wo immer andere, die Oberschule oder universi-

„Man kommt durch die Alternativszene teilweise schon etwas unter Druck, wenn man so ein Idiot ist, der noch weitermacht. Jeden Morgen diese Blindheit hat, um halb 6 aufzustehen."

tären Bereich gemacht hatten, unheimlich viel voraushatten, was man einfach nicht gepackt hat. Und bis das zunächst auch bei einem Linken da ist, der Reiz, auch für sich selbst was zu tun, also was man theoretisch als Manko für sich empfindet, die Zeit sinnvoll für sich zu nutzen. Na gut, ich habe dann gewerkschaftliche Bildungsarbeit gemacht und bin darüber dann auf den KB gestoßen. Das heißt also nicht, daß Genossen, die aus dem Betrieb rausgehen, weil sie erst mal die Schnauze voll haben, total für die Arbeiterbewegung abgeschrieben sind. Das würde ich nicht sagen. Da muß man differenzieren. Das ist ein anderer Grund als Genossen, die aus dem universitären Bereich in den Betrieb reingegangen sind oder aber Genossen – was ich damals nicht war – in einer funktionsfähigen Gruppe waren und daher auch die Möglichkeit haben, auch politisch zu arbeiten im Betrieb.

• • •

„Du fühlst dich zu der Szene auch dazugehörig, aber andererseits schleifst du dich immer noch 8 Stunden in den Betrieb."

K.L.: Ich glaube, die Situation in den Betrieb reinzugehen, die praktisch schon eine Auszeichnung für den korrekten Kommunisten war, war eine bestimmte Situation am Ausgang der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Linken. Das war eine einmalige Situation um 1970. Das Problem heute für viele, die nicht Arbeiter von Herkunft und Ausbildung sind, ist eigentlich eine normale Situation. Die gesellschaftliche Situation ist so, daß unheimlich viele Reize sind, etwas anderes zu machen, und zwar auch falsche Reize: „Alternativ geht nichts schief" und so. Ich finde, das müssen wir in Rechnung stellen, z.T. auch mit unserer Bündnispolitik aufarbeiten. Wir haben die Situation nicht, daß sich sehr viele junge Arbeiter neu bei uns organisieren. Da muß man eine Bündnispolitik machen, wo wir unser politisches Ideengut als Kommunisten mit SBlern, mit Sozialdemokraten und mit DKPlern in die Betriebspolitik hineinbringen. Und wir müssen innerhalb dieser Bündnisarbeit auch gucken, wo wir eine politische Zusammenarbeit mit solchen Leuten intensivieren können. Dann werden wir z.T. Verluste, die objektiv sind, und nicht, weil wir so unheimlich schlechte Arbeit machen, ausgleichen. Die Zeiten, wo glasklare Genossen von uns in den Betrieben arbeiten, die werden bestimmt nicht leichter werden, davon müssen wir ausgehen, das werden auch nicht viele werden.

• • •

Hi.: Das halte ich für einen sehr wichtigen Beitrag, weil ich in der Arbeitsgruppe eben den Eindruck hatte, daß einige sagten, das sei ja auch sehr verständlich, wenn man als abgebrochener Oberschüler oder als abgebrochener Student in den Betrieb gegangen ist, daß man das dann irgendwann nicht mehr schnallt und einem dann irgendwann mal bewußt wird, daß man nur eine Agentenrolle hatte. Dann ist es ja auch klar, daß die dann rausgehen. Ich finde, das nur so zu sagen, ist ein bißchen gefährlich . Mal von meiner Sicht aus, der ich auch so ein Typ bin, der irgendwann einmal Oberschule abgebrochen hat. Ich habe z.Zt. zumindest noch den Anspruch, im Betrieb zu bleiben. Durch dieses aus einem bestimmten Grund in den Betrieb reingehen mit tausend Rosinen im Kopf sind heute noch tausend Schwierigkeiten vorhanden. Das äußert sich oft durch Krankmachen, möglichst viel Bildungsurlaub und kurz mal abhauen und sich drücken, wo man eben kann. Wenn ich dann nur höre, das ist ja auch verständlich, wenn man dann irgendwann aus dem Betrieb rausgeht, dann ist das ein bißchen frustig. Man sollte sich da viel mehr Gedanken machen, was man mit solchen Leuten machen kann. Wie die das lernen können, sich irgendwie zurechtzufinden und sich nicht als jemand zu verstehen, der da reingeschickt ist mit einem bestimmten Auftrag, der da der große Politiker ist und kein persönliches Verhältnis zu den Kollegen hat. Ich glaube, daß man so etwas auch lernen kann. Das ist zwar nicht so, wie man sich das vielleicht vor 8 Jahren vorgestellt hat, als die große Kampagne war „Studenten rein in die Betriebe". Es war eben ein bißchen die Tendenz, daß das mit solchen Leuten eh keinen Zweck hat, daß klar ist, daß die irgendwann mal wieder abhauen und resignieren.

• • •

B.: Ich weiß nicht, wie das bei Euch ist, aber bei uns ist es so, daß man durch die Alternativszene teilweise schon etwas unter Druck kommt. Wenn man also so ein Idiot ist, der noch weitermacht. Jeden Morgen diese Blindheit hat, um halb 6 aufzustehen und irgendwelchen Leuten hinterherzulaufen. Konkret kommt ja auch noch einiges andere hinzu. Wir brin-

Fortsetzung nächste Seite

gen ja auch die dicke Kohle an Beiträgen, und es sind eben andere da, die mehr Zeit haben, die machen eben 6 Wochen Urlaub im Jahr oder auch mal 8 Wochen Urlaub im Jahr oder fahren auch mal eine Woche weg. Und dann darf man sich von denen auch noch bedauern lassen, daß man Arbeiter ist und so blöd ist, das noch mitzumachen. Diese Szene ist total im Wachsen, daß die Leute glauben, sie könnten irgendwie alternativ was auf die Beine stellen. Vielleicht müssen die auch erst wieder auf den Arsch fallen.

* * *

K.: Ich mache jetzt gerade eine ganz gute Erfahrung, weil ich jetzt seit 9 Jahren rumkrebse und nie länger krank gewesen bin. Ich war nur krank, wenn ich wirklich im Bett lag.

„Es gibt sicherlich auch Genossen, denen ihr Beruf Spaß macht, trotz kapitalistischer Unterdrückung."

Ich bin jetzt eigentlich in einer ganz guten Situation (der Genosse ist aufgrund eines Armbruchs für längere Zeit krankgeschrieben, Anm.) und kann jetzt das Leben in vollen Zügen genießen. Ich kann aber auch merken, daß mir das ziemlich fehlt, daß ich jetzt nicht – gerade wo Gorleben war – mit den Kollegen diskutieren kann. Ich fühle mich irgendwie ein bißchen abgeschnitten. Andererseits merke ich natürlich auch, wie schön das Leben ist. Mir geht es auch öfter so, daß, wenn ich mit Leuten zusammentreffe, sie fragen, was arbeitest Du denn, sagen sie: „Ach, du Schande". Gleich verstummt es, oh Gott, reden wir nicht darüber. Wenn man dann weiterredet darüber, was die teilweise für ein inhaltsloses Leben führen, erst mal weiter erzählt und sich da nicht einschüchtern läßt, dann kommt man auch teilweise wieder zum Reden, wenn das auch sehr unterschiedlich ist. Teilweise ist das bei Genossen so – ich merke das bei mir auch – daß man eingeschüchtert ist und denkt, oh Gott oh Gott, das darfst du gar nicht sagen. Du fühlst dich zu der Szene auch dazugehörig, aber andererseits schleifst du dich immer noch 8 Stunden in den Betrieb.

Die Widersprüche habe ich bei mir selber auch. Letztes Jahr war ich auf einem Gewerkschaftsseminar; das hat mich wieder ziemlich hochgebracht, zu sehen, den anderen Leuten geht das genauso, daß die sich auch beschissen fühlen und alle möglichen Gedanken haben, wie kann ich dem entrinnen. Das ist die Frage, was kann man gemeinsam machen. Ich weiß für mich nicht, ob ich nach den Betriebsratswahlen auch die Mücke mache, aber ich sage für mich, die Betriebsratswahlen will ich noch mitmachen und diese ganze Scheiße mit Computern, da will ich noch was gegen machen. Andererseits sehe ich nicht ein, mich noch 30 Jahre so hinzuschleppen.

* * *

P.: Ich glaube, da muß man auch unterscheiden zwischen Aussteigen aus dem Betrieb, wenn man im Betrieb als Kommunist arbeitet und die Situation untragbar ist, man so kaputt ist, daß man erstmal raus muß. Es kann aber auch andererseits sein, daß man sich tatsächlich weiterqualifizieren will und nicht der Kohle wegen. Das müßte dann in der jeweiligen Ortsgruppe diskutiert werden. Ich fühle mich heute als Sozialpädagoge wesentlich wohler, als damals als Fahrer bei Lehning damals, wo ich die Leute mit Bier versorgt habe.

* * *

K.L.: Ich will noch was Wichtiges sagen, für das im-Betrieb-bleiben. Vorweg: Es gibt an der Uni Sachen, die sind richtig und notwendig. Es gibt alternative Projekte, die sind gut und notwendig. Aber was ich in meinem Bereich beobachtet habe, ist, daß die meisten Alternativen darein fallen, was Karl Heinz Roth über die linken Geschäftsführer geschrieben hat. Bei uns am Ort ist das so, daß welche als Profi Rockmusik machen. Also unheimlich stark wäre das. Da wird mit Methoden gearbeitet, mit Methoden an Kohle rangegangen unter dem Deckmantel Alternativ-Sein und die Gesellschaft verändern wollen, wo ich inzwischen einen größeren Ekel vor habe als davor, in den Betrieb zu gehen. Da gibt es Leute, die sind verläßlich. Und wenn jemand sich ernsthaft der Auseinandersetzung stellt und dann was macht, was sinnvoll ist, auch alternative Projekte, ist das gut und richtig. Aber eine Reihe Sachen, das sind keine Alternativen, da ist es nicht so schlimm, weiter in den Betrieb zu gehen.

* * *

B.N.: Ich wollte das mal sagen, es gibt auch Leute, die gerne arbeiten und ich gehöre dazu. Ich arbeite nun schon ziemlich lange, einfach aus dem ganz simplen Grund, weil ich muß, weil ich sonst nicht leben kann. Es gibt sicherlich auch Genossen, denen ihr Beruf Spaß macht, trotz kapitalistischer Unterdrückung. Die also auch ein relativ gutes Verhältnis zu Kollegen haben, die die Arbeit nicht als Frust begreifen. Ich glaube, daß das ein wichtiges Argument ist, welches Verhältnis die Genossen aufgrund ihrer Arbeit im Betrieb zu den Kollegen haben. Ich würde aber nicht so platt argumentieren, daß die, die aussteigen, daß die zu verteufeln sind. Bei uns im Betrieb ist es ähnlich, da sind ehemalige Genossinnen und Genossen, die z.T. in Bereichen arbeiten, die fürchterlich beschissen sind. Da ist ein Genosse, der hat 8 Stunden nur an einer Schlammstrahlmaschine gesessen in einem Raum mit wahnsinnigem Getöse, er hatte überhaupt zu keinem Kollegen Kontakt, ein sehr bewußter Genosse, der irgendwann gesagt hat, das ist ein Punkt, wo ich nicht weiterkann und wo ich auf einer anderen Seite viel effektiver bin für die Bewegung, für den KB. Von daher sollte man solche Pauschalisierungen nicht machen.

* * *

He.: Ich finde, wir sollten diese Relativierungen nicht nur auf diejenigen ausdehnen, die aus ganz bestimmten gesundheitlichen oder sonstigen Sondergründen jetzt aus den Betrieben rausgegangen sind, sondern m.E. zählen da auch diejenigen zu, die einfach auch aus rein subjektiven Gründen für sich eine andere berufliche Perspektive gewählt haben. M.E. ist das zum Schluß hier ein bißchen holterdipolter gegangen. Ich meine das angesichts unserer Geschichte und angesichts der Erfahrungen, die ich berichten kann. Das, was der Genosse aus der E-K-E vorhin zitiert hat, das ist doch reihenweise so gelaufen. Heute diskutieren wir darüber. Vor ungefähr drei Jahren ist das in unserer Ortsgruppe angefangen, daß sämtliche Betriebsarbeit zusammengebrochen ist, die Genossen ausgestiegen sind, schließlich aus dem KB ausgestiegen sind.

„Wir haben damals unheimlich fehlerhaft auf die ersten Austritte aus der Organisation reagiert. Nämlich wütend, wir haben gesagt, das ist eine Flucht, ihr laßt uns im Stich."

Ich freue mich über solche Genossen, die sagen, ich bin gerne im Betrieb. Ich finde es auch unheimlich gut, wenn sie sagen, das ist meine Perspektive. Aber andersrum finde ich, daß wir diese Geschichte, die wir durchgemacht haben, berücksichtigen müssen. Wir haben damals z.B. bei uns unheimlich fehlerhaft auf die ersten Austritte aus der Organisation reagiert, nämlich wütend. Wir haben gesagt, das ist eine Flucht, ihr laßt uns im Stich usw. Ich weiß nicht, was so eine Haltung uns angesichts der jetzigen Krise überhaupt bringen kann, wenn wir jetzt, wo Genossen aus dem Betrieb rausgehen, ähnlich reagieren. Meines Erachtens muß man das Problem insgesamt sehr differenziert und auch sehr individuell diskutieren und dabei die verschiedenen Seiten, die dieses Problem hat, berücksichtigen. Ich glaube auch nicht, wenn wir so rangehen, daß dann demnächst der Arbeiterkampf nicht mehr Arbeiterkampf heißen kann. Das ist echt Schwarzmalerei und Druckmachen auf die Genossen, die noch drin sind und sich da sehr schwer tun mit ihren Widersprüchen, die sie da haben. Ich halte es für wesentlich besser, wenn diese Widersprüche auf den Tisch kommen, daß sie diskutiert werden können und zwar frei und tatsächlich auch ohne Druck.



„Heute käme mir der Gedanke an Kündigung nicht mehr"

In unserem Bereich haben wir in der letzten Zeit verstärkt Tendenzen, den Betrieb zu verlassen, wieder zur Schule zu gehen oder zur Uni, bzw. ohne konkrete Pläne, nur eben raus aus der Tretmühle. Die Begründung ist relativ einheitlich: „Die Arbeitssituation wird immer ätzender, mit den Kollegen läßt sich wenig dagegen machen, ich ersticke in dieser Routine, da muß ich raus!"

Ein Grund für diese Tendenzen kann m.E. sein, die Möglichkeiten einer Betriebsarbeit sowohl objektiv als auch subjektiv zu zerstören. Wobei objektive Gründe wären: massive Repressalien von seiten der Kapitalisten und nicht vorhandene Möglichkeiten, „seine" Bedingungen, Gedanken, Schwierigkeiten und Pläne für die eigene Betriebsarbeit zu diskutieren, gerade auch innerhalb des KB.

Subjektive Gründe wären: Resignation nach einer Kahlholzpolitik, falschverstandener Anspruch an die eigenen Möglichkeiten und daraus resultierend Enttäuschung über die Kollegen.

Ich glaube, am Beispiel „meines" Betriebes läßt sich da eine Menge nachvollziehen. Auf dem Höhepunkt unserer Betriebsarbeit umfaßte unsere Betriebszelle 12 Genossen. Wir hatten die Möglichkeit, im Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe (BG), die von uns aufgebaut wurde, zu arbeiten. Die BG umfaßte ca. 30 aktive Kollegen. Bei der BR-Wahl '75 bekamen wir 25 % der Stimmen. Aufgrund einiger sehr „ungeduldiger" Aktionen wurden 7 Genossen gekündigt. Gleichzeitig trennten sich einige Genossen von uns, die diesen Clinch nicht durchstanden, bzw. bei heutiger Betrachtung im KB nicht richtig organisiert waren, weil ihr politischer Anspruch nicht soweit ging. Die Betriebsgruppe schlief ein, die Gewerkschaft hatte ihre Finger bei den Kündigungen dick drin, wobei sie den Bankrott der Gewerkschaftsarbeit im Betrieb in Kauf nahm.

Im Zeitraum '75 – '77 verließen alle Kollegen der ehemaligen BG den Betrieb. 1977 gab es vorgezogene BR-Wahlen. Die Gewerkschaft hatte aus diesem Anlaß ihre Arbeit wieder aufgenommen mit einigen SPD'lern und DKP'lern. Sie weigerten sich, mit uns irgendetwas gemeinsam (selbe Liste etc.) zu machen – gut, einer der größten Fehler war sicherlich der absolute Schmollwinkel, in den wir uns der Gewerkschaft gegenüber nach den Kündigungen zurückgezogen haben und damit den Rechten das Feld überlassen haben.

Nach der BR-Wahl wurden die seit '75 laufenden Prozesse durch Abfindungen beendet und außer mir verließen alle Genossen den Betrieb. Bei der BR-Wahl hatten wir mit unserer eigenen Liste einen Sitz bekommen. Ich hatte großartige Ansprüche im Kopf über meine alternative BR-Arbeit. Kollegen-Treffen, Flugblätter, alles das, was früher 30 Leute getragen hatten, das mußte natürlich weiterlaufen. Die Folge davon war ein völliges Gelähmtsein. Im BR hab ich mich in kaum eine Debatte eingemischt, ja, war sogar total genervt, überhaupt zu den Sitzungen zu gehen. Ich hatte überhaupt keine Lust, mal aus meinem Büro rauszugehen, um ein bißchen zu hören oder zu reden. Ich glaube, man kann dieses Gefühl der totalen Resignation, der Unlust, überhaupt was im Betrieb zu machen, gar nicht beschreiben, genau wie dieses Gefühl, für eine solche Arbeit unfähig zu sein, weil's ja nun früher geklappt hat und nun nicht mehr. Ich war eigentlich immer kurz davor, meine Kündigung einzureichen, zumal sich das alles in einer Phase abspielte, wo Betriebsarbeit im KB überhaupt nicht diskutiert wurde und man/frau sich schon allein durch diese Fragen und Probleme durchwurschteln mußte.

Wegen eines bestimmten Problems, das im BR anstand, fing ich an, mich mit den BR's abzusprechen – und siehe da, das ging sogar. Das war eigentlich ein Punkt, wo ich anfing, mich mit dieser ganzen Situation auseinanderzusetzen. Zuerst schätzte ich unsere vergangene Arbeit als total sektiererisch ein. Es dauerte eine ganze Zeit, zu verarbeiten, daß unsere Arbeit gar nicht so sektiererisch war und ich dadurch sogar den großen Vorteil hatte, im Betrieb als Linke bekannt und – noch wichtiger – akzeptiert zu sein.

D.h., auf dieser Grundlage hatte ich sehr gute Möglichkeiten, eine Betriebsarbeit zu machen. Nicht eine, wie früher mit 12 Gen., sondern „meine", d.h. die ich alleine mit meinen Möglichkeiten machen konnte.

Ich fand, dieser Weg, sich das klarzumachen, war sehr schwierig, war der größte Hemmschuh, im Betrieb was zu machen, denn der „Rest" war dagegen relativ einfach, nämlich im BR eine Bündnisarbeit aufzunehmen. Ich arbeite heute z.B. sehr eng mit den BRs zusammen, ohne jetzt aber anderen ein 100%iger Teil ihrer Fraktion zu sein. Genauso bin ich heute wieder ein Teil der BG und diese Arbeit macht mir wieder Spaß. Unabhängig davon habe ich einen Kreis von 5 Kollegen, mit denen ich mich sporadisch treffe, mal zusammen, mal alleine, um verschiedenste Sachen zu diskutieren.

Unabhängig davon, ob ich '81 wieder in den BR komme oder nicht, käme mir heute der Gedanke an Kündigung nicht mehr, weil ich meine Möglichkeiten einer Betriebsarbeit sehr gut finde.

U., Hamburg

„Ich will für eine bestimmte Zeit weglaufen vor Problemen"

Erstmal einiges über meinen Werdegang, ich glaube das ist recht wichtig, um meine Gedanken zu verstehen.

Als erstes habe ich eine 2 1/2 jährige Ausbildung als Kaufmann im Groß- und Außenhandel hinter mir. Ich hatte überhaupt keine Lust zu diesem Beruf, aufgrund des Geldverdienen-Müssens bin ich da mit 15 Jahren reingeraten, obwohl ich sehr gerne Erzieherin werden wollte. Die ganze Ausbildung habe ich nur zu Ende gemacht, da ich danach zur Schule für Sozialpädagogik gehen wollte. Das habe ich mir dann nach der Lehre überlegt, daß dort zu viele Arbeitslose sind und ich nachher in dem Beruf keinen Job kriege. Na ja, die Zeit war um. Was nun? Die Firma hat mich nicht übernommen. Es hieß, sie hätten keinen Platz für mich. Daß war aber nicht der Grund, sie wollten mich lossein. Ich sie allerdings auch, deshalb war ich ganz froh.

Danach war ich 1/2 Jahr arbeitslos und habe dann im Kaufhaus als Verkäuferin angefangen, da ich aufgrund meines Alters von 17 Jahren nirgendwo eine Stelle als Sachbearbeiterin kriegen konnte. Im Kaufhaus war es dann der absolute Horror. 2 1/2 Jahre habe ich es da ausgehalten, ich weiß immer noch nicht wie. Die Arbeitsbedingungen waren absolut kaputt, die Bezahlung ebenfalls. Was die politische Arbeit angeht, so wurde ich nach einiger Zeit auf psychischer Ebene total fertiggemacht. Mit den Kollegen hatte ich während der Arbeitszeit Sprechverbot. Sie wurden einzeln reingerufen, und ihnen wurde verboten, mit mir zu reden. Man stellte mich an eine Kasse, wo am Tag 5 Kunden kommen, daß heißt, frau steht da von kurz vor neun bis nach 18.30 Uhr und weiß nicht, wie sie die Zeit rumbringen soll. Eine absolute Katastrophe: Es gab ständig Knartsch, um freie Tage etc., was dann so aussah, daß man angeschrien wurde, wenn dem Chef was nicht paßte. Da ich aufgrund der Arbeitssituation auch sehr häufig krank war, wurde mir dies unter die Nase gerieben, bis zum-geht-nicht-mehr. Beim Krankmelden wurdest du sofort zum Filialleiter bestellt, der versucht hat, dich fertigzumachen. Hausbesuche wurden gemacht etc. Dann bekam ich eine Änderungskündigung und wurde in die Lebensmittelabteilung versetzt. Die Kollegen und die Arbeit waren dort am beknacktesten. Außerdem hatte ich nach ein paar Tagen vom Kassieren eine Sehnenscheidenentzündung, die fast 1/2 Jahr anhielt. Gegen die Änderungskündigung habe ich versucht, einen Prozeß zu führen. Da es aber „nur" eine Änderungskündigung war und ich noch im Betrieb war, ließ sich das Gericht mit den Terminen sehr viel Zeit. Die Güteverhandlung hatte ich erst nach 5 Monaten. Als ich nach der Krankheit nach etlichen Monaten wieder in den Betrieb kam, stand ich total alleine da. Meine netten Kollegen waren inzwischen gegangen worden. Mir wurde die Arbeit so unangenehm wie möglich gemacht. Das habe ich grade noch 2 Wochen ausgehalten und bin dann gegangen, ganze 1.200 DM Abfindung habe ich bekommen.

Gleich darauf habe ich eine Stelle als Sachbearbeiterin bekommen. Hier habe ich mich erstmal erholt, was die Arbeitsbedingungen und die Kohle angeht. Aber hier geht es wieder los. Ich sehe nicht ordentlich genug aus. In letzter Zeit habe ich deshalb einigen Ärger und ich muß sagen, ich habe keine Lust mehr. Bzw., nicht daß ihr denkt ich gehe nur nach dem Bockprinzip, ich habe zur Zeit auch keine Kraft. Eine Auseinandersetzung wie im Kaufhaus würde ich jetzt nicht überstehen. Mich macht dieser Kleiderfirlefanz schon ganz schön an.

Auf der anderen Seite gehen mir aber auch solche Gedanken durch den Kopf, daß ich mir sage: ich will einmal leben. Ich will mich nicht „freiwillig" dazu verdonnern, durchgehend diese Scheiße zu machen. Es ist für mich möglich, zumindest für drei Jahre oder so zur Schule zu gehen. Warum denn nicht? Ich will endlich mehr Urlaub haben, wie lange dauert es denn, bis wir 6 Wochen haben, da kann ich noch 10 Jahre warten. Ich möchte so gerne mehr Freizeit haben, nicht jeden Tag 8 Stunden arbeiten müssen. Nicht abends ins Bett gehen mit dem Gefühl, du darfst morgen nicht verschlafen, sonst gibt es wieder Ärger. Nicht, wenn ich krank bin, Angst haben müssen, im Betrieb anzurufen. Oder wenn ich ein paar Tage zu Hause bleiben will, überlegen müssen, daß ich so oft schon krank war und nicht krankmachen kann. Rumlaufen mit den Klamotten, auf die ich Lust habe. Durch diese jahrelange Anmache auf meine Kleidung habe ich mittlerweile ein Bedürfnis, mich wahnsinnig ausgeflippt anzuziehen. Ganz kurz gesagt, ich will für eine bestimmte Zeit weglaufen vor Problemen, die mir sicher mein ganzes Leben über den Weg laufen werden, denn um das Arbeiten komme ich schon allein wegen meiner finanziellen Situation nicht rum. Aber ich will kein Jahr freiwillig mehr diese Scheiße mitmachen, als nur irgendmöglich. Ich bin mir auch darüber klar, daß ich in der Frage zur Schule zu gehen, eine ganze Menge Illusionen im Kopf habe. Und daß ich auch dort Ärger haben werde. Aber es ist auf eine ganz andere Art und Weise. Ich kann in der Schule mit jedem diskutieren, ohne Angst haben zu müssen, deshalb fliege ich raus oder kriege Sprechverbot oder was weiß ich. Ich habe eine andere Möglichkeit, mich zu kleiden; ich habe mehr Freizeit. Auch wenn ich arbeiten muß, so ist das nur eine Jobtätigkeit und alleine die Semesterferien bieten eine Menge freie Zeit.

Ich habe meinen betrieblichen „Lebenslauf" deshalb mit in dieses Papier geschrieben, damit einigen Leuten vielleicht klar wird, was mich zu diesen Gedanken bringt. Die ganzen betrieblichen Auseinandersetzungen haben mir soviel Kraft gekostet, daß ich das Gefühl habe, ich brache jetzt etwas Ruhe – ich bin ausgelaugt. Ich habe diese Gedanken aufgeschrieben, damit erkannt wird, daß dieses wirklich ein Problem ist, mit dem man sich ernsthaft auseinandersetzen muß. Auch wenn sicherlich einiges zu kritisieren ist, so sind dieses doch Gedanken, die sich sehr viele machen und die sehr viele belasten, denn so ohne weiteres bringe ich es auch nicht, aus dem Betrieb zu gehen, und ich habe schon ein schlechtes Gewissen. Auf jedenfall halte ich die Frage des Rausgehens aus den Betrieben für eine sehr ernstzunehmende.

C., Hamburg

Für zwei, drei, viele Nicaragua

„Sturmböen in der Karibik"

„Ein Monopol zerbröckelt", „politische Sturmböen rütteln an der alten Ordnung", „neue Ordnungsmächte" (!) wie Venezuela und Mexiko tauchen neben den USA auf, Washington hat „kein Konzept" („Handelsblatt", 30./31.5.80). „Wenn die gegenwärtigen Tendenzen in der Region anhalten und wir nicht wirksame Aktivitäten entfalten, können wir mit unglücklichen Entwicklungen rechnen" (T. Todman, ehemaliger Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, nach „3 WM", März '78).

Die „Zeitbombe Mittelamerika" wird seit der kubanischen Revolution (1959) immer wieder beschworen, sie tickt aber seit einem Jahr immer lauter seit die „Stabilität der Region zwischen Frühling und Sommer 1979 umkippte" („Hb", 30./31.5.80), als die jahrzehntealten Diktaturen in Granada und Nicaragua verjagt wurden; seit in El Salvador die Volkskämpfe nicht mehr aufzuhalten sind, seit immer mehr der kleinen karibischen Inseln unabhängig geworden sind und sich zum Teil fortschrittliche Regierungen geschaffen haben, seit die Stimmung gegen die Yankees und ihre Kanonenbootpolitik zunimmt. Diese Entwicklung ist ein Aspekt, der einen Blick auf die Karibik und Mittelamerika interessant macht.

Der zweite Aspekt, der einer genaueren Betrachtung wert ist, heißt einfach Kuba. Kuba gilt für den US-Imperialismus als Vorposten der Sowjetunion unmittelbar vor der eigenen Haustür und damit immer als ein Punkt, von dem die „Bedrohung" des „freien Westens" ausgeht. Im Laufe der letzten zwei Jahre, schon lange vor der Irankrise und Afghanistan, hat der US-Imperialismus Kuba benutzt, um eine schärfere Konfrontation gegenüber der Sowjetunion einzuleiten. Dazu wurden (1978 und 1979) zwei sogenannte Kubakrisen inszeniert; in diesem Rahmen wurde die Kampagne anläßlich der Kubaflüchtlinge in diesem Jahr durchgezogen, und schließlich von der extremen Rechten in den USA gefordert, daß Kuba blockiert werden müsse, wenn die SU ihre Truppen aus Afghanistan nicht zurückzieht.

Beide Aspekte: Kuba als Druckpunkt in der US-Politik gegen die Sowjetunion und der wachsende Widerstand gegen die imperialistische Vorherrschaft der USA in Mittelamerika und der Karibik sind der Hintergrund für die aktuelle Politik des US-Imperialismus in dieser Region und sollen im folgenden erläutert werden.

Karibik: Gemisch aus Völkern
mus in dieser Region und sollen im folgenden erläutert werden.

Karibik: Gemisch aus Völkern, Kulturen, Sprachen, Kolonisatoren.
Bedeutung für die USA

Zum karibischen Becken, dem Mittelmeer Amerikas, werden alle Länder und kolonial abhängige Territorien gerechnet, die Zugang zum karibischen Meer haben. Zum Teil werden auch El Salvador (ohne Zugang zum Meer) Guayana, Französisch Guayana und Surinam dazugezählt, weil sie sich wirtschaftlich, kulturell usw. eher in den Zentral- als den südamerikanischen Raum integrieren. Das Gebiet war für die europäischen Kolonialisten bedeutender Umschlagplatz für den Sklavenhandel und Ausgangspunkt für weitere Eroberungen. Fast alle europäischen Kolonialmächte hatten karibische Territorien oder lösten sich in ihrem Besitz ab (Spanien, Niederlande, Großbritannien und Frankreich). Dies und die Tatsache, daß die ursprüngliche Bevölkerung sehr schnell ausgerottet wurde, ist die Ursache für die rassische und sprachliche Zersplitterung der Region. Seit Beginn des Jahrhunderts fing der US-Imperialismus an, sich in der Karibik, wie in ganz Lateinamerika, breitzumachen, Allein bis 1938 intervenierten die USA 25mal militärisch in Zentralamerika. Bis heute werden zahlreiche kleine Inselstaaten im Status der Kolonie oder als assoziierte Länder mit begrenzter Selbstverwaltung gehalten (siehe dazu Tabelle und Karte).

Eine Reihe von Faktoren macht das Interesse der USA an der karibischen Region aus:

- Die Karibik bildet einen Teil der wichtigsten Ölrouten der USA. 40 % der nordamerikanischen Ölimporte gelangen über die Karibik in die USA, werden dort raffiniert oder laufen durch karibische Umschlaghäfen, darunter ein Teil der Öleinfuhren aus Nahost, aber auch aus Mexiko und Venezuela („ilä info" Nr. 31).
- Bedeutende US-eigene Raffinerieanlagen befinden sich in der Karibik. So die Texaco in Trinidad, die größte Raffinerie der Welt auf St. Croix (gehört zu den US-eigenen Britischen Jungfern-Inseln). Auf St. Lucia plante der US-Konzern Amerada Hess ein Großprojekt mit Frei- und Umschlaghafen, Raffinerie etc. auf US-Konzern-eigenem Gelände mit eigener Gesetzgebung und exterritorialen Ansprüchen.
- Für ungefähr 18 Mrd. DM sind nordamerikanische Geschäftsinteressen in der Karibik gebunden („3 WM", März 1978).
- Das karibische Meer und die angrenzenden Länder verfügen über beträchtliche Rohstoffe: Bauxit, Mangan, Kupfer, Nickel, Naturgas und vor allem Erdöl.
- Der Panamakanal ist nach wie vor eine wichtige Verbindung zwischen Pazifischem und Atlantischem Ozean. Von fünf Tonnen landwirtschaftlicher Produkte, die die USA einführen, passiert eine Tonne den Kanal. Bis Pazifischem und Atlantischem Ozean. Von fünf Tonnen landwirtschaftlicher Produkte, die die USA einführen, passiert eine Tonne den Kanal. Bis 1980 wurden knapp 45 % des Erdöls aus Alaska durch den Panamakanal an die nordamerikanische Ostküste transportiert.
- Mittelamerika und die Karibik sind die Verbindung und das Aufmarschgebiet für die Kontrolle über ganz Lateinamerika. Zahlreiche Stützpunkte sichern die militärische Präsenz ab:

— Der berüchtigste davon ist Guantánamo auf Kuba, der auch nach der Revolution beibehalten wurde. Die Aufhebung dieses Stützpunktes ist eine langjährige und zentrale Forderung Kubas.

— Mindestens ebenso berüchtigt sind die Stützpunkte und Ausbildungslager in der Panamakanalzone, zentrale Ausbildungsstätten (oder weniger beschönigend: Folterschulen) für lateinamerikanische Gorillas.

— Puerto Rico und die kleine Nachbarinsel Vieques, beide im Kolonialstatus der USA. Auf Vieques sollen Atomwaffen stationiert sein („AiB", 5.5.80).

— Außerdem beherbergen die US-eigenen Jungferninseln St. Croix, St. Thomas, St. John, die Turks-Inseln und Bermuda Marine- und Luftwaffenstützpunkte (siehe Karte).

— Seit 1959 werden jährliche Manöver abgehalten. In diesem Jahr unter Beteiligung holländischer und britischer Schiffe im westlichen Atlantik und in der Karibik („horizont", 8/80).



Daten zur Karibik

Länder und Gebiete	Fläche in qkm	Bevölkerung in Tausend	Politischer Status	Hauptexportpartner Land	%	wichtigste Wirtschaftszweige
Antigua und Barbuda	442	70	Britische Kolonie	USA	21	Baumwolle, Zucker, Tourismus
Holländische Antillen (Curazao, Aruba, Bonaire u.a.)	993	238	Holländische Kolonie	USA	69	Ölraffinierung, Tourismus
Barbados	431	250	Unabhängig seit Nov.1966	USA	26	Zucker, Ölraffinierung, Tourismus
Belize	22.965	153	Britische Kolonie	USA	30	Zitrusfrüchte, Zucker, Holz
Bahamas	13.395	220	Unabhängig seit Juli 1973	USA	76	Tourismus, Ölraffinierung, ausländische Banken (bekannt als Steuerfreiheitsparadies und „Schweiz Amerikas")
Bermudas	53,3	60	Britische Kolonie	USA	25	Tabak, Bananen, Zitrusfrüchte, Tourismus (Wirtschaft relativ diversifiziert)
Cayman Inseln	260	12	Britische Kolonie	USA		Torf, Finanzgeschäfte, Tourismus
Kuba	114.524	9.460	Unabhängig	Sowjetunion	35	Zucker, Kaffee, Zitrusfrüchte
Dominika	728	80	Unabhängig seit Nov. 1978	England	84	Bananen, Kokosnüsse, Zitrusfrüchte, Ölraffinierung
Grenada	344	100	Unabhängig seit Feb. 1974	England	36	Muskat, Kakao, Bananen, Kokosnüsse, Tourismus
Guyana	215.000	830	Unabhängig seit 1966	USA	25	Zucker, Bananen, Bauxit
Guadeloupe	1.779	375	Französische Kolonie	Frankreich	85	Zucker, Bananen, Kaffee, Kakao, Tourismus
Französisch Guyana	91.500	66,5	Französische Kolonie	USA	85	Zucker, Reis, Bananen, Holz
Haiti	27.750	4.750	Unabhängig	USA	62	Kaffee, Zucker, Kakao, Sisal, Baumwolle, Tabak
Jamaika	10.961	2.090	Unabhängig seit 1962	USA	46	Bauxit, Zucker, Bananen, Tourismus
Martinique	1.102	363	Französische Kolonie	Frankreich	66	Landwirtschaft und Fischerei, Tourismus
Montserrat	106	13,5	Britische Kolonie	Antigua	25	Baumwolle, Zitrusfrüchte, Bananen
Puerto Rico	8.897	3.300	Frei assoziierter US-Staat	USA	85	Kaffee, Zucker, Tabak, Ölraffinerien, Kupfer
Dominikanische Republik	48.442	5.000	Unabhängig	USA	70	Bauxit, Nickel, Zucker, Kakao, Kaffee, Bananen, Tabak, Sisal
Surinam	163.265	460	Unabhängig seit Nov. 1975	USA	42	Bauxit
St. Kitts-Nevis Anguilla	354	55	Britische Kolonie	England	87	Zucker, Erdnüsse
St. Lucia	616	120	Unabhängig seit Feb. 1979	England	58	Bananen, Kakao
St. Vincent	389	100	Unabhängig seit Okt. 1979	England	59	Bananen, Zucker, Tourismus
Trinidad und Tobago	5.128	1.100	Unabhängig seit August 1972	USA	71	Ölraffinierung, Asphalt
Insgesamt	729.424,3	29.266				

St. Vincent 389 100 Unabhängig seit Okt. 1979 England 59 Bananen, Zucker, Tourismus
Trinidad und Tobago 5.128 1.100 Unabhängig seit August 1972 USA 71 Ölraffinierung, Asphalt

(Quelle: Presencia Universitaria, Honduras, Nr. 57, September 1979, S. 15; Le Monde Diplomatique, Paris, März 1980; Comercio Exterior, Mexiko-Stadt, April 1979)

Kuba — einer der Hauptangriffspunkte der US-Politik

Spätestens seit der kubanischen Revolution 1959 gilt die Karibik als einer der „Wetterwinkel der Weltpolitik". Die kubanische Revolution war der erste empfindliche Rückschlag der bis dahin völlig unangefochtenen Vorherrschaft der USA in Lateinamerika. Trotz zahlreicher Versuche (Blockade, Sabotage, militärische Invasion), konnte dieser nicht rückgängig gemacht werden, während die USA gewohnt waren, alle fortschrittlichen Ansätze und Regierungen in Lateinamerika immer in kurzer Zeit wieder zu beseitigen (letztes Beispiel vor der kubanischen Revolution die Invasion in Guatemala 1954, wo unter anderem Che Guevara erste konkrete Erfahrungen mit der Politik des Imperialismus machte). Verschärfend wirkte sich dann die (notgedrungene) Orientierung Kubas am „sozialistischen Lager" aus, die Kuba praktisch zum wesentlichen und einzigen Vorposten der Sowjetunion in Lateinamerika machte. Die Rolle, die Westberlin für den „freien Westen" in Europa spielt, wurde in Lateinamerika der kleinen Insel Kuba zugeschoben: „Wetterwinkel", „Gradmesser" für Spannungsfälle zwischen den Großmächten und wurde in Lateinamerika der kleinen Insel Kuba zugeschoben: „Wetterwinkel", „Gradmesser" für Spannungsfälle zwischen den Großmächten und Mittel ihrer Politik. So hat in zahlreichen Konflikten zwischen USA und SU Kuba eine wichtige Rolle gespielt. Die aktuelle Kriegspolitik und Kriegshetze gegen die Sowjetunion wurde schon 1978 — also lange vor Afghanistan — über Kuba entwickelt und probiert.

So schrieb die „Süddeutsche Zeitung" schon 1978: „*Im Augenblick spielen sich dort* (in der Karibik, AK) *Erscheinungen ab, die auf schwer verständliche Schwankungen im Verhältnis der Supermächte hindeuten*" („SZ", 30.11.78). Anlaß für diese „*schwer verständlichen Schwankungen*" war die angebliche Stationierung von sowjetischen MIG-23 auf Kuba, durch die sich die USA „bedroht" fühlten und zur neuen Kubakrise hochjubelten. Erinnert sei dabei an die „große Kubakrise" 1962. Damals waren sowjetische Atomraketen mit Einwilligung und sogar auf Wunsch Fidel Castros auf Kuba stationiert worden. Daraufhin drohte Kennedy mit dem Weltkrieg und setzte atomwaffenbestückte Schiffe in Richtung Kuba in Marsch. Die sowjetischen Raketen wurden von Chruschtschow — gegen den Willen Fidel Castros — abgezogen und vereinbart, daß die SU für immer auf die Stationierung von Angriffswaffen auf Kuba verzichtet. Im Falle der angeblichen Stationierung der MIG-23 auf Kuba 1978 wurde der SU der Bruch dieses Abkommens und die erneute „Bedrohung" des Westens vorgeworfen. An dieser ganzen Propagandakampagne war so gut wie kein wahres Wort: Die Stationierung der MIG-23 war den USA seit Juli bekannt. Erst im November, in der Schlußphase der SALT-II-Verhandlungen, wurde dies der Öffentlichkeit bekanntgemacht und mit den Aufklärungs- und Spionageflügen zur gefährlichen Bedrohung des Friedens hochgejubelt. Das Modell der MIG-23, das auf Kuba stationiert war, kann mit und ohne Atomsprengköpfen ausgerüstet werden. Daß es sich um atombestückte Flugzeuge handeln würde, wurde auch von den USA nie sicher behauptet („NZZ", 18.11.78). Außerdem können die taktischen MIG-23 nicht weiter als nach Jacksonville in Florida operieren. „*Wer wollte Castro (oder den Sowjets) den Irrsinn zutrauen, Nuklearkrieg gegen Florida zu führen*" („SZ", 30.11.78). Die Absicht, die hinter dieser inszenierten Kubakrise steckte, beschrieb die „FAZ" schon 1978 ganz offen: „*Ein seit den Novemberwahlen konservativer gewordener Senat würde niemals das Saltabkommen ratifizieren, wenn von Kuba aus wieder der gesamte Süden, Osten und Südwesten des Landes bedroht wären*" („FAZ", 21.11.78).

Der interessante Aspekt dieser gemachten Kubakrise liegt darin, daß zu dieser Zeit im Prinzip noch die „Menschenrechtspolitik" des sich liberal gebenden Carter als die wesentliche Komponente der US-Außenpolitik ausgegeben wurde. In bezug auf Kuba hatte dies unmittelbar nach Carters Amtsantritt zunächst eine vorsichtige Liberalisierung bedeutet. 1974/75 hatte es erste Geheimkontakte der USA zu Kuba gegeben, um einige wirtschaftliche Interessen auf Kuba zu realisieren (Tourismus u.a.), vor allem aber, um durch eine Lockerung der Beziehungen Kubas wachsenden Einfluß und sein großes Ansehen in Lateinamerika und der Karibik zu begrenzen. Z.B. sollte Kuba sich verpflichten, auf jegliches militärische Eingreifen (was im Sinne der USA jede Unterstützung von Befreiungsbewegungen ist) in Lateinamerika zu verzichten, dies als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen über die Beendigung der Handelsembargos (das die USA bis heute gegenüber Kuba aufrechterhalten). Diese ersten Ansätze einer Lockerung der Beziehungen wurde durch Kubas Unterstützung für die angolanische Revolution unterbrochen und erst mit dem Amtsantritt Carters wieder aufgenommen.

Carter hob z.B. die Reisebeschränkung für US-Bürger nach Kuba auf; es gab eine Reihe von Reisen und Kontakten hin und her, und die berühmte Ping-Pong-Diplomatie kam zum Zuge, d.h. Sportmannschaften traten gegenseitig zu Spielen an etc. Dies alles als erste vorsichtige Ansätze, um dann über die wesentlichen Fragen wie Handelsboykott, den Stützpunkt Guantanamo u.ä. zu verhandeln. Mit diesen Plänen war dann 1978 mit der hochgeschaukelten Krise um die MIG-23 Schluß.

Ein nächster Vorstoß der USA folgte 1979, als eine sowjetische „Kampfbrigade" auf Kuba ausgemacht wurde (übrigens immer durch illegale Spionageflüge der USA). Wieder wandte sich Carter mit starken Worten gegen diese „Bedrohung" und erklärte die Anwesenheit dieser Brigade für „unannehmbar" („FR", 20.4.79; „Welt", 20.4.79). Die Tatsache, daß diese sowjetische Truppe seit den sechziger Jahren auf Kuba stationiert ist und hauptsächlich kubanische Militärs ausbildet, spielte dabei wiederum keine Rolle („NZZ", 4.3.80). Ergänzung und Fortsetzung fand diese Politik in der unglaublichen Kampagne anläßlich des Flüchtlingsstroms aus Kuba in diesem Jahr. Das Problem der Flüchtlinge wurde mit Ge-

Fortsetzung nächste Seite

Lateinamerika

Fortsetzung von Seite 40

nuß und hämischer Freude genutzt, um Kubas Ansehen in der Region anzukratzen und ein weiteres Mal das Scheitern des Sozialismus zu „beweisen“ (vergl. AK 176). Höhepunkt und logische Folge dieser Politik ist dann die eindeutige Forderung des rechtsradikalen Präsidentschaftsanwärters der USA, Ronald Reagan, der für eine Kuba-Blockade (Verminung etc.) eintritt, falls die SU ihre Truppen aus Afghanistan nicht zurückzieht.

Kurz zusammengefaßt heißt das also: Mitten in die Phase der allgemein hochgejubelten „Entspannung“, der Liberalisierung der Beziehungen zwischen USA und Kuba, platzt plötzlich 1978 die Krise um die MIG-23, die Gefährlichkeit der SU wird beschworen, SALT II (unter anderem wegen dieser Kubakrise) wird verzögert und in Frage gestellt und die Notwendigkeit, den „freien Westen“ gegen den Kommunismus zu verteidigen, kann wieder handfest nachgewiesen werden.

Was die „SZ“ 1978 als *„schwer verständliche Schwankungen im Verhältnis der Supermächte“* charakterisierte, dürfte heute auch für bürgerliche Schreiberlinge einsichtig sein. Die Kriegshetze, die mit der Irankrise und Afghanistan ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat, wurde 1978 bereits über Kuba eingeleitet.

Die Veränderungen in der Karibik

Eine größere Unabhängigkeit der karibischen und mittelamerikanischen Länder ist für die USA aufgrund ihrer starken Interessen in dem Raum nicht tragbar.

Unvermeidbar war aber, daß eine Reihe von Ländern fortschrittliche Regierungen mit teilweise antiimperialistischer Stoßrichtung erhielten, die freundschaftliche Kontakte zu Kuba aufbauten. 1972 war die Regierung von Michael Manley in Jamaica, der einen Kurs größerer Unabhängigkeit und sozialer Reformen steuerte, neben Kuba noch die Ausnahme. Heute hat sich das Bild deutlich verändert. Der spektakulärste Schlag war der Sturz Somozas in Nicaragua im Juli 1979; bereits im März 1979 war die langjährige Diktatur von Eric Gairy auf Granada durch einen Putsch beendet worden; es folgten St. Lucia, St. Vincent, d.h. eine ganze Reihe von Staaten in der Region, die nicht mehr als gehorsames und höriges Hinterland betrachtet werden können.

Hinzu kommen die Länder, in denen die Massenbewegung sich derzeit nicht aufhalten läßt (wie in El Salvador), oder wo sie zumindest wächst und selbstbewußter wird. Selbst in Haïti, einer der ältesten und brutalsten Diktaturen, hat es kürzlich Streiks und Demonstrationen gegeben. Daß die Interessen der USA und ihre bislang unangefochtene Vormachtstellung dadurch zwar noch nicht ernsthaft gefährdet aber doch beeinträchtigt und behindert werden, läßt sich an einigen Beispielen zeigen:

Auf zwei kleinen zu Puerto Rico, der umstrittenen Kolonie der USA, gehörigen Inseln unterhielt die USA Stützpunkte, Culebra und Vieques. Von 1967 bis 1971 kämpften die 4.000 Familien von Culebra gegen die US-Besatzung. Durch die Bombardierungen der Insel bei Übungen und Manövern wurden ihre Häuser und Fischereigeräte zerstört, ihr Fischfang (Hauptternährungsmittel) stark beeinträchtigt, die Präsenz der US-Soldaten zerstörte ihre Lebensgewohnheiten usw. Mit gerichtlichen Mitteln, aber auch in militanten Kämpfen, gingen die Fischer gegen den Stützpunkt vor, besetzten Teile der US-Basis, fischten direkt in der Feuerzone oder besetzten massenweise die Gebiete der Insel, die bei Übungen bombardiert werden sollten. 1971 wurde schließlich der Stützpunkt geräumt, allerdings um sofort den Stützpunkt auf der Nachbarinsel Vieques zu verstärken. Seit 1978 führen auch die Fischer von Vieques einen entschlossenen Kampf gegen das US-Militär und fordern die völlige Räumung der Insel. Unterstützt werden sie dabei von fast allen gesellschaftlichen Gruppen, auch von Vertretern der regierenden Partei PNP, eine eigentlich rechte Partei, die z.B. für den Anschluß Puerto Ricos an die USA als 51. Bundesstaat eintritt („3WM“, März '79). D.h. der Kampf gegen die Manöver und gegen den Stützpunkt steht nicht im Rahmen einer eindeutig antiimperialistischen Bewegung, sondern richtet sich vorerst hauptsächlich gegen die Beeinträchtigung des Lebens. Trotzdem sind die Auswirkungen für den US-Imperialismus spürbar: Die Manöver Solid Shield 1978 und Readex im Januar 1979 mußten wegen des Widerstandes der Inselbewohner vorzeitig abgebrochen werden; und auch die gezielte Demonstration der Stärke durch das folgende Manöver im Mai 1979, das mit 14 Kriegsschiffen und 10.000 US-Soldaten das größte überhaupt war, wurde eine Woche früher als geplant abgebrochen („Lateinamerika-Nachrichten“ Nr. 72). Die Bemühungen der USA, auf andere Inseln auszuweichen, bzw. diese zusätzlich zu besetzen, können heute auch nicht mehr so unproblematisch durchgezogen werden wie gewohnt. England hat z.B. keine Zustimmung zur Vermietung der Insel Anguilla für „Bombardierungszwecke“ gegeben.

Guayanas Präsident Burnham, der nach innen diktatorisch regiert, hat den USA ebenfalls die Errichtung eines Stützpunktes verweigert.

Ein anderes Beispiel ist das Großprojekt der US-Firma Amerada Hess auf St. Lucia. Geplant war, daß die Firma ein riesiges Gebiet der Insel zur Verfügung bekommt, das als exterritoriales Gebiet gelten sollte. Gebaut werden sollte eine Raffinerie, ein Umschlaghafen und ein Freihafen. Bei den Wahlen im Juli 1979 gewann die linksgerichtete Arbeiterpartei SLP mit Allan Louisy, der sofort die Einstellung dieses Großprojekts ankündigte und die Zusammenarbeit mit Kuba suchte.

Heikel für den US-Imperialismus ist auch, daß heute zu den 25 OAS-Staaten (Organisation amerikanischer Staaten) nur fünf kleine karibische Länder (Barbados, Grenada, Jamaica, Surinam und Trinidad Tobago) zählen. Mitte der achtziger Jahre werden durch weitere „Entlassungen in die Unabhängigkeit“ rund 45 Länder Mitglied der OAS sein, davon 25 ehemalige Inselkolonien. Eine mögliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der OAS und auch der UNO wird bereits seit längerem in der Presse problematisiert. D.h. die weitgehende Verläßlichkeit von Organisationen wie der OAS als Abstimmungsmaschine für den US-Imperialismus wird durch diese Entwicklung in Frage gestellt.

Bezeichnend ist, daß der inzwischen ausgeschiedene Außenminister Cyrus Vance die Karibik als einen *„der Konfliktpunkte der weltweiten Situation“* charakterisierte („ila info“ 31).

Dampfablassen und Kanonenboote – Die Politik des Imperialismus

Am deutlichsten wird die Zweigleisigkeit der imperialistischen Politik am Beispiel El Salvador: Der alte Diktator Romero wurde im Herbst 1979 ausgewechselt, um der Massenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen (erfreulicherweise erfolglos); gleichzeitig werden Söldner ausgebildet, in Honduras und Guatemala gesammelt und eine militärische Intervention vorbereitet (vergl. genauen Bericht in diesem AK). Und so ist das Vorgehen für die ganze Region: Zum Dampfablassen wird der alte UNO-Botschafter Andrew Young als Repräsentant der „guten Nachbarschaft“ zu Konferenzen geschickt, da hält die US-Botschafterin für Barbados und die Ostkaribik, Sally Shelton, „verständnisvoll“ und „freundschaftliche“ Reden, da wird grünes Licht gegeben für finanzielle Hilfsmaßnahmen („El Dia“, 18.10.79, „Uno mas Uno“, 30.11.79). Da werden schließlich Länder wie Mexiko und Venezuela, die sich in den letzten Jahren einiges Ansehen im Lager der unabhängigen Dritten-Welt-Staaten erworben haben, als Vermittler eingesetzt.

Venezuela hat die FSLN im Kampf gegen Somoza unterstützt und als einer der ersten Staaten Beziehungen zur fortschrittlichen Regierung Bishop in Grenada aufgenommen. Die OPEC hat — wohl auf Initiative Venezuelas — 10,5 Mio Dollar für verschiedene karibische Staaten zur Verfügung gestellt. Venezuela spielt eine führende Rolle in internationalen „Entwicklungshilfe“institutionen, z.B. der Carribbean Development Bank u.a. („Monitor-Dienst“, 6.12.79). In ähnlicher Weise tritt Lopez Portillo aus Mexiko auf, 1979 traf er sich erstmals mit Fidel Castro; er hat Nicaragua besucht und propagiert die Hoffnung, daß dort ein neues Entwicklungsmodell für die lateinamerikanischen Länder geschaffen werden könnte („Spiegel“, 5.5.80). Diese good-will-Tour und die teilweise auch reale Unterstützung soll Einfluß schaffen, den der diskreditierte US-Imperialismus auf dieser Ebene nicht gewinnen kann.

Das gleiche Ziel verfolgt die Sozialistische Internationale. Ihre letzte Regionaltagung wurde bezeichnenderweise in Santo Domingo (Dominikanische Republik) abgehalten, wo dann die Diktaturen verurteilt, das Selbstbestimmungsrecht betont wurde etc. Dieses Vorgehen der freundlichen Sprüche und Hilfsmaßnahmen wird ergänzt durch wirtschaftlichen Druck, der angesichts der ökonomischen Schwäche und starken Abhängigkeit der kleinen Staaten brutale Ausmaße annehmen kann. In Jamaica wurden der Regierung Manley alle Kredite und Hilfsmaßnahmen gestrichen, bis sie sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterwarf. Die US-Konzerne (Reynolds vor allem) drosselten die Bauxitproduktion, die Hauptdevisenquelle des Landes, um gleichzeitig in anderen Teilen der Welt (vor allem Australien) die Produktion drastisch zu erhöhen. (Gerade ist die Regierung Manley aus den Vereinbarungen mit dem IWF ausgestiegen, weil die wirtschaftlichen Verelendungsmaßnahmen für die Massen der Regierungspartei die Wählerschaft zu entziehen drohen).

Gleichzeitig wird versucht, eine engere Zusammenarbeit und wirtschaftliche Integration der karibischen Staaten, die größere Selbständigkeit bewirken könnten, zu unterlaufen. Die vorhandenen Assoziationen funktionieren aufgrund der zahlreichen Widersprüche und unterschiedlichen Interessen sehr schlecht. Die Bestimmungen der karibischen Gemeinschaft und des gemeinsamen Marktes (CARICOM, 1973 aus CARIFTA hervorgegangen) können relativ leicht umgangen werden; den Löwenanteil des über die Gemeinschaft laufenden Austauschs streichen sowieso die US-Konzerne ein. 1977 z.B. erreichte die Texaco mit 152 Mio Dollar rund die Hälfte des gesamten Warenaustausches der CARICOM-Länder („NZZ“, 13.12.79). Außerdem planen die USA einen gemeinsamen Vertrag mit Kanada, Mexiko und einigen karibischen Staaten. Wahrscheinlich ist, daß auch Venezuela dazustoßen würde, um eine Freihandelszone im karibischen Raum mit besonderem Gewicht auf den Energieressourcen zu schaffen. Gegen eine solche Gemeinschaft hätte natürlich kein Verbund der kleinen Staaten eine Chance („ila info“ 31). Und schließlich hat der US-Imperialismus bereits 1978 begonnen, die chinesische Karte ins Spiel zu bringen. *„Falls sie früher noch nicht daran gedacht haben, müssen Washington und seine Verbündeten nun sicherlich beginnen, China als fähiges Gegengewicht gegen die Kubaner zu betrachten“* („Carribean Contact Bridgetown“, Sept. 79).

Schon Mitte 78 soll Brzezinski bei einem Besuch in Peking ein stärkeres Engagement der Chinesen in der Karibik gefordert haben. Kurz darauf ging dann der stellvertretende Ministerpräsident Keng Piao auf Karibikreise. Sicherlich „verwirrend“ für die karibischen Staaten, daß die VR China auf der Seite der USA in die Region eingreift, hieß es damals in der „FAZ“, die auch gleich in dankenswerter Offenheit entwickelte, daß China überall dabei ist, wo die außenpolitische Einkreisung der Sowjetunion auf der Tagesordnung steht. Zwar haben die Chinesen an ökonomischer Unterstützung nicht viel zu bieten, können aber als bedeutender Vertreter der Dritten Welt und zur Ausweitung der Märkte einiges Gewicht vorbringen. So haben die Staatschefs von Jamaica (Manley), Guayana (Burham) und Trinidad Tobago (Williams) bereits China besucht („FAZ“, 27.7.78); darüber hinaus wurden die Beziehungen entwickelt zu St. Vincent, Grenada (allerdings kühle Antwort).

Keng Piao hat auf seiner Reise entsprechende Warnungen vor dem sowjetischen Hegemonismus und dem „trojanischen Pferd Kuba“ vom Stapel gelassen.

Repression und „big stick“ wurden nie aufgegeben

Alle diplomatischen Initiativen und ökonomischen Machenschaften hindern die Imperialisten in keiner Weise, ihre militärische Präsenz in der Region weiter auszubauen und massive Repressionen gegen fortschrittliche Bewegungen einzusetzen. Die Stützpunkte des US-Imperialismus in der Karibik wurden oben schon aufgezählt. Durch die Schlagzeilen ging in diesem Jahr das für Mai geplante Riesenmanöver, bei dem die Verminung Kubas und, als Höhepunkt, die erstmalige Landung von Mariners auf Guantanamo (Kuba) geübt werden sollten. Fidel Castro hatte auf diese Provokation zu einem *„kämpferischen Volksmarsch gegen die Blockade, den Stützpunkt Guantanamo und die Spionageflüge“* aufgerufen und angekündigt, daß 5 Mio Kubaner daran teilnehmen würden („SZ“, 3./4.5.80).

Im Pentagon hielt man es schließlich, angesichts des Flüchtlingsstroms aus Kuba, doch für günstiger, dieses Provokationsmanöver durch eine „Hilfsaktion“ zu ersetzen. *„Jemand schlug vor, die Marine lieber für eine Rettungsoperation als für eine Machtdemonstration einzusetzen“* („SZ“, 2.5.80). So wurde das Manöver diesmal noch abgeblasen, ohne dabei den weiteren militärischen Ausbau der Region einzuschränken:

— Honduras erhält 5,5 Mio Dollar Militärhilfe plus zehn Kampfhubschrauber zum „Schutz der Grenzen“ („UZ“, 14.5.80).

— El Salvador erhält 55,7 Mio Wirtschafts- und Militärhilfe, obwohl der ermordete Erzbischof Romero Carter in einem persönlichen Brief aufgefordert hatte, jegliche Hilfe an das Regime einzustellen („Spiegel“, 5.5.80).

— In Key West wartet eine sogenannte Eingreiftruppe auf ihren Einsatz, der möglicherweise schon bald in El Salvador realisiert wird („El Dia“, 18.10.79).

— Über 60 % der US-„Unterstützung“ für Puerto Rico fließen in militärische Ausgaben.

All diese (unvollständig und nur beispielhaft aufgezählten) Gelder fließen in die Taschen von Regierungen, die die oppositionellen Bewegungen in ihren Ländern mit brutalstem Terror bekämpfen und über ihre Killerorganisationen die gezielte Ausrottung der linken Kräfte betreiben.

Prominente Opfer der letzten Zeit waren neben zahllosen Gewerkschaftern, Bauern, demokratischen und linken Politikern der Erzbischof Romero von El Salvador und Walter Rodney aus Guayana

Aber in Nicaragua war die Ermordung des liberalen Zeitungsherausgebers Chamorro der letzte Auslöser für eine so explosive Entwicklung der Massenkämpfe, daß der Sieg der Volkskräfte nicht mehr aufzuhalten war. ...

Die Sowjetunion

Für die Sowjetunion war der Vorstoß von 1962 - Raketenstationierung auf Kuba - der einzige massive und offensive Versuch, im karibischen Meer militärisch Fuß zu fassen. Insgesamt ist die Politik der Sowjetunion eher zurückhaltend und indirekt über Kuba vermittelt.

Wesentliche Ursache dafür ist, daß das ganze Gebiet, ebenso wie der lateinamerikanische Kontinent, trotz aller Schwankungen und trotz einzelner Einbrüche, immer noch fest unter der Vorherrschaft des US-Imperialismus steht. Ein stärkeres Einsteigen brächte für die SU zum einen die Konfrontation mit den USA, die sie zur Zeit in dieser Region nicht unbedingt brauchen kann und zum andern sehr hohe Kosten. Die Unterstützung Kubas kostet die SU täglich mehrere Mio Rubel (1978: 4,2 Mrd. Rubel, das sind mehr als 12 Mrd. DM). Solche Kosten kann und will sich die SU nicht in mehreren Fällen leisten, zumal die in Frage kommenden Länder (etwa Nicaragua, Grenada) sehr klein und vergleichsweise unbedeutend sind, und es fraglich wäre, ob sich der hohe finanzielle Einsatz tatsächlich politisch auszahlen könnte. Deswegen orientiert die SU offensichtlich darauf, vom prinzipiell vorhandenen Anti-Nordamerikanismus und von dem guten Image, das Kuba genießt, zu profitieren und die entsprechenden Länder propagandistisch und in begrenztem Rahmen mit Beratung und technologisch zu unterstützen. So gibt es zahlreiche diplomatische oder sogar freundschaftliche Kontakte zu karibischen Staaten, die Reise der nicaraguanischen Delegation durch einige Ostblockländer wurde ausführlich gewürdigt usw. usf. Außerdem wird eine engere Verbindung zwischen den kleinen fortschrittlichen Staaten und anderen RGW-Staaten ohne die direkte Beteiligung der SU angestrebt (z.B. Jamaica - Ungarn).

Sobald allerdings ein größerer Brocken an wirtschaftlichem Einfluß möglich erscheint, schnappt die SU zu. Bestes Beispiel ist zur Zeit Argentinien, das, trotz des nordamerikanischen Embargoversuchs, Getreide an die SU liefert. Die realsozialistische Regierung scheut im Gegenzug keine Skrupel, die Videla-Junta zu unterstützen und sogar Angebote für atomare Zusammenarbeit zu machen (vergl. AK 179).

Die vielbeschworene Gefahr, daß die fortschrittlichen Länder (wie z.B. Nicaragua) zweite Kubas, d.h. nach westlicher Lesart weitere Vorposten der SU werden könnten, steht in diesem Sinne gar nicht, weil die Sowjetunion nicht bereit ist, sich so stark wie im Falle Kuba zu engagieren. Der beste, wenn auch sicher komplizierteste Weg für die fortschrittlichen Kräfte bleibt, sich überall dort militärische und wirtschaftliche Hilfe zu holen, wo sie ohne Bedingungen zu bekommen ist, möglichst viele Unterstützerländer zu gewinnen, um die Abhängigkeiten so gering wie möglich zu halten und die Zusammenarbeit im internationalen fortschrittlichen Lager zu entwickeln.

Lateinamerika-Kommission



Ruben Zamora aus El Salvador zur Gefahr einer US-Intervention

Die El-Salvador-Veranstaltung im Hamburg-Haus am 19.6. war von Programm und Ablauf sehr gelungen.
Nach einem einleitenden Beitrag über die Entwicklung in El Salvador sprach der ehemalige Minister und Christdemokrat Ruben Zamora. Einen Teil seines Beitrags drucken wir im folgenden ab. Die Dia-Serie zeigte vor allem die unvorstellbare Repression gegen Bauern und Arbeiter in El Salvador und stellte große Betroffenheit her. Ein bißchen mehr Betroffenheit hätten wir uns auch von der Hamburger „Szene“ gewünscht, mit etwa 200 Teilnehmern war die Veranstaltung sehr schlecht besucht. Obwohl außer den Solidaritätskomitees und der GIM auch der KB Mitveranstalter war, hatten so gut wie keine KB-Genoss/inn/en die „Zeit gefunden“, ihre Solidarität mit einem Land auszudrücken, in dem der Sieg noch nicht erkämpft ist und die Gefahr einer militärischen Intervention durch den US-Imperialismus immer brennender wird. Ob hier die Lateinamerikakommission nur beleidigt ist, weil ihr „Schrebergarten“ nicht genug Beachtung fand, oder ob wir nicht doch mal wieder ein bißchen mehr über internationale Solidarität diskutieren sollten — vielleicht wäre das mal ein Diskussionsthema?

Ruben Zamora legte in seinem Beitrag großes Gewicht auf die Gefahr einer Intervention der USA in El Salvador. Diesen Teil seiner Rede wollen wir hier wiedergeben:

„Auf dem Weg des salvadorianischen Volkes in die Freiheit gibt es ein großes Hindernis und das ist die Gefahr einer Intervention durch die USA. Im Augenblick haben die USA 36 sog. Militärberater zu uns ins Land geschickt, die Spezialisten sind im Kampf gegen aufständische Kräfte. Das Land wurde in drei Zonen aufgeteilt. In jeder dieser drei Zonen wurde von den Militärs ein Zentrum eingerichtet, das die Befehlsgewalt hat und die Repression leitet und durchführt. In jeder dieser drei Zentren gibt es zwölf dieser amerikanischen Militärberater, die von hier aus die Repression praktisch leiten und durchführen. Außerdem haben die USA einen Kredit über 6,2 Mio US-Dollar nach El Salvador gegeben, damit Waffen und Ausrüstung zur Unterdrückung des Volksaufstandes angeschafft werden können. Außerdem haben die Militärs spezielle Ausrüstungsgegenstände gegen Meuterei und Aufruhr im Werte von 200 000 US-Dollar erhalten. Zudem haben die USA 30 Hubschrauber, die mit Artillerie ausgerüstet sind, an die Militärs geliefert. Sie sind dazu bestimmt, die Landbevölkerung zu unterdrücken und auszurotten.

Der Sonderbotschafter der USA für lateinamerikanische Angelegenheiten, Bowdler, hat in Guatemala angeordnet, an der salvadorianischen Grenze einen ‚Cordon Sanitario' [soviel wie gesäuberter Ring] einzurichten. Die Militärs von Guatemala und auch von Honduras sollen verhindern, daß die salvadorianische Revolution vom Ausland Unterstützung bekommt. Außerdem wurde beobachtet, daß in diesen Ländern Manöver durchgeführt wurden, um die Landung amerikanischer Marines vorzubereiten. Zwei Militärstützpunkte gibt es an der Atlantikküste von Guatemala, einen an der Moskito-Küste von Honduras und einen an der Atlantikküste am Golf von Fonseca zwischen Nicaragua und El Salvador. Diese Militärbasen sind außerdem verbunden mit den Militärbasen, die die USA in dem gesamten Gebiet noch haben, in Puerto Rico, auf Guantanamo, auf Cuba und in der Kanalzone in Panama. Außerdem gibt es noch mobile Einsatzkräfte, die in Florida stationiert sind. Dieser letztgenannte Stützpunkt in Florida kann in ganz kurzer Zeit rund 120 000 Soldaten für eine Intervention in El Salvador mobilisieren.

Es ist also ungeheuer wichtig, daß alle Solidaritätsgruppen, alle antiimperialistischen Menschen die Anwesenheit der amerikanischen Militärberater in El Salvador bekanntmachen und verurteilen und auf die Gefahr einer Intervention in El Salvador hinweisen. Die demokratischen und freien Völker der Welt können eine Intervention verhindern, das muß nur möglichst bald geschehen, bevor die Intervention wirklich angefangen hat.“



Mit brutaler Gewalt geht die Rassistenpolizei gegen die Freiheitskämpfer vor

Südafrika: Trotz Verbot — Massendemonstrationen und Streiks gegen das Rassistenregime

„Wir haben keine Angst", riefen die Demonstranten den anstürmenden Spezialeinheiten der Polizei entgegen und reckten die geballte Faust empor. Der 4. Jahrestag von Soweto (1976 wurden über 600 demonstrierende Schüler von den Rassisten kaltblütig umgebracht) wurde zu einem Höhepunkt der Militanz, der Wut und des Widerstands gegen die faschistische Barbarei. Es war aber auch ein neuer trauriger Höhepunkt der Repression: Den Todesschüssen fielen nach Schätzungen über 70 Menschen zum Opfer! („IHT", 21.6.80).

Über acht Wochen hatten zuvor vor allem die Mischlingsschüler den Unterricht boykottiert. Am Ende des Ausstands gab es mehrere Tote durch die südafrikanische „Aufstandspolizei". Enorm verschärft wurde dann das Klima der Unterdrückung durch ein totales Versammlungsverbot zum Jahrestag von Soweto, ein Verbot, das sogar Gedenkgottesdienste einschloß. Doch die Rechnung der Rassisten ging nicht auf. In der Nacht zum Mittwoch (18.6.) lieferten sich die ganze Nacht hindurch „Mischlinge" und Spezialeinheiten erbitterte Kämpfe. Die Gewalt ging von den Rassisten aus, die
(18.6.) lieferten sich die ganze Nacht hindurch „Mischlinge" und Spezialeinheiten erbitterte Kämpfe. Die Gewalt ging von den Rassisten aus, die
zur Durchsetzung des Versammlungsverbots nicht nur mit Tränengas und Gummigeschossen, sondern auch mit Schrot und scharfer Munition in die unbewaffneten Menschenansammlungen hineinschossen. Eine Frau sagte aus: *„Sechs Polizeiwagen kamen und die Polizisten quollen nur so heraus und schossen wie verrückt. Niemand warf Steine, aber eine riesige Menschenmenge stand herum. Meine Nachbarin Avril fiel. Ich dachte, sie sei ohnmächtig geworden, aber dann sah ich all das Blut und das Loch. Sie hatte einen Herzschuß"* („FR", 19.6.80). Der oberste Polizeichef Südafrikas hatte seinen „Beamten" befohlen, *„auf jeden den Todesschuß abzugeben, der plündert, Brandstiftung begeht oder das Leben von Mitgliedern der Polizei gefährdet"* („SZ", 19.6.).

Die Bilder der Auslandskorrespondenten gingen um die Welt: Sie zeigten schießende Polizisten, Barrikaden, brennende Straßen und verzweifelte Jugendliche, die sich mit Steinwürfen gegen die hochgerüsteten Aufstandsbekämpfungseinheiten wehrten. Die Zugangsstraße zum Flugplatz von Kapstadt war zeitweise nicht passierbar. Die Aufstandspolizei eilte von einem „Unruheherd" zum nächsten und setzte Tränengas und Gewehre ein, um die Menschenansammlungen zu zerstreuen. Allein in Kapstadt kamen in dieser Nacht ca. 42 Menschen ums Leben („International Herald Tribune", 19.6.80).

Die schockierende Brutalität des faschistischen Regimes wurde wieder einmal weltweit sichtbar. Dazu fiel dem Polizeiminister Le Grange nichts weiter ein, als die filmenden Augenzeugen und Berichterstatter für die Ereignisse selbst verantwortlich zu machen und weitgehende Einschränkungen der Berichterstattung anzuordnen. Dümmliche Behauptung: Die Auslandskorrespondenten hätten die Schwarzen zum Steinewerfen und Widerstand animiert. Beweise wurden angekündigt, aber natürlich nicht vorgelegt. Den Auslandskorrespondenten wurde verboten, ohne polizeiliche Bewachung in den schwarzen Ghettos zu filmen, teilweise wurden sie bei Unruhen ganz am Filmen gehindert, sogar beschossen und festgenommen (so geschehen dem ZDF-Korrespondenten).

Während die Ereignisse von Soweto seinerzeit in der schwarzen Arbeiterschaft keine große Resonanz fanden, wurden diesmal die Unruhen von ausgedehnten, z.T. militant geführten Betriebskämpfen begleitet. Bereits Anfang Juni ging die Polizei mit Tränengas gegen 4.500 streikende Goldminenarbeiter vor. In Kapstadt wurde der Aufruf zum Generalstreik mit ca. 75 % befolgt, in einigen Industriezweigen mit noch höheren Prozentsätzen. Tausende von Werftarbeitern blieben zu Hause und die Docks lagen verlassen da. In Bloemfontein boykottierten ca. 40 % der Beschäftigten ihre Arbeit („IHT", 17.6.). In den 14 großen Automobilfabriken bei Port Elisabeth traten mehr als 10.000 Arbeiter in den
40 % der Beschäftigten ihre Arbeit („IHT", 17.6.). In den 14 großen Automobilfabriken bei Port Elisabeth traten mehr als 10.000 Arbeiter in den
Streik. Auch der VW-Konzern war davon betroffen. Die Niederlassung hatte sich geweigert, gewerkschaftliche Diskussionen auf dem Betriebsgelände zuzulassen. Wie Ford stellte sie die Produktion ein, während General Motors die Produktion nur reduzierte („IHT", 21./22.6.). Im Bund mit den Unternehmern schoß die Polizei mit Tränengas und mit Schrotflinten in die Streikenden (ebenda). Am 25.6.80 konnten diese einen Sieg feiern: Es wurden Lohnerhöhungen von 20 % bewilligt! Der gegenwärtige Stundenlohn für die harte Arbeit am Montageband liegt bei lächerlichen DM 2,70! ... Klar, daß die BRD einen Wirtschaftsboykott ablehnt, allen voran IGM-Chef und VW-Aufsichtsratsmitglied E. Loderer!

Sowohl die ausgedehnten Schülerstreiks wie die militanten Aktionen am Soweto-Gedächtnistag wurden wesentlich von den „Mischlingen" getragen, während es in den „schwarzen" Städten im Vergleich zu Soweto relativ ruhig blieb (mit Ausnahmen). Die „Mischlinge" („colourds" werden sie regierungsoffiziell genannt — in bewußter Abgrenzung zu den „blacks") haben damit dem Regime endgültig den Kampf angesagt. Ihre im Vergleich zu den Schwarzen geringfügige Besserstellung ist nicht länger ein Hindernis für die solidarische Aktion aller Unterdrückten in der RSA. Sogar indische Studenten hatten sich an den Streiks beteiligt. Eines der Fundamente der Rassenpolitik der Faschisten — die Spaltung der verschiedenen Rassen — ist ins Wanken geraten. Die jüngsten Ereignisse deuten an, daß sich in Südafrika eine neue Front konstituiert, die den Herrschenden mehr als Kopfzerbrechen bereiten wird.

Afrika-Kommission

Interview mit der Bewegung »Shalom Archav« — »Frieden sofort«

(Übersetzung aus „Liberation", 14./15. Juni 1980).
„Shalom Archav" existiert seit 1978. Damals schrieben 340 Reserveoffiziere der israelischen Armee Ministerpräsidenten Begin öffentlich an: *„Wir glauben, daß der Frieden weder ein Gespenst noch eine Abstraktheit ist. Wir glauben, er ist ein konkretes Ziel, das wir erreichen können und das politisch ausgedrückt werden kann. Wir glauben, daß Israel einen echten Friedensplan vorschlagen soll, der realistisch und flexibel ist, um von mehr Leuten akzeptiert zu werden als nur von seinen Autoren."* Dieses Interview ist vor den Attentaten vom 2. Juni in Westjordanien gemacht worden.

Libe.: Welche Rolle spielt die Bewegung „Freunde von Shalom Archav" in Frankreich?
S.A.: Die Gründung der „Freunde von Shalom Archav" bedeutet, sich zu Wort zu melden in der Diaspora, außerhalb des klassischen israelischen Diskussionszusammenhangs. Unabhängig von der stratigischen Position der Palästinenser begreifen wir uns als Linke und sind überzeugt, daß gegen die selbstmörderische Politik von Begin Stellung bezogen werden muß. „Die Freunde von Shalom Archav" sind direkte Vertreter der Bewegung in Israel selber.
Libe.: Wir haben von „Shalom Archav" vor längerer Zeit, zum Zeitpunkt der Gründung, berichtet. Könnt ihr nochmal sagen, worum es sich dabei handelt?
S.A.: „Shalom Archav" ist ein Symptom für das, was in den letzten Jahren geschehen ist. Die Bewegung konnte sich erst nach der Reise von Sadat gründen – weil dadurch damals verschiedene intellektuelle und psychologische Positionen zerstört werden konnten. Vorher war es nicht möglich. Entscheidend ist, daß aus der ägyptischen Verfassung heute die Idee der Zerstörung Israels verschwunden ist. „Frieden sofort" sucht vor allem die Anerkennung des Dialogs durch die Palästinenser als einzige Lösung im Nahen Osten.
Dieser Position schließt sich eine starke* Minderheit der israelischen Linken an. Die Umfragen in Westjordanien zeigen, daß 50% der Israelis mindestens bereit zu Zugeständnissen sind.
Auf diese Öffnung innerhalb der israelischen öffentlichen Meinung müssen die Parteien reagieren, die heute in der Opposition sind und wahrscheinlich morgen an der Macht sein werden.
heute in der Opposition sind und wahrscheinlich morgen an der Macht sein werden.
Demgegenüber stellt jeder eine Verhärtung der PLO fest – und wir müssen sagen, daß, wenn es kein Echo auf palästinensischer Seite gibt, die Bewegung für den Frieden in Israel auf lange Zeit blockiert bleiben wird.

Libe.: Wie wird das Verhalten eurer Bewegung sein, wenn, wie wahrscheinlich, Begin bei den nächsten Wahlen geschlagen wird?
S.A.: Wahrscheinlich wird Shimon Peres oder Itzhak Rabin gewählt werden. Aber wir werden weiter Druck ausüben auf die liberale Fraktion der Partei der Arbeit (Mapai), genauso wie wir es heute unter Begin tun. Shimon Peres wird auf keinen Fall Sprecher der Bewegung für den Frieden sein können, diese wird weiterhin außerhalb der Parteien existieren.
Libe.: Dennoch sehen viele Menschen in euch das Feigenblatt der Mapai – wenn auch als dynamischster, spontanster Ausdruck – aber dennoch unter der Fuchtel von Shimon Peres.
S.A.: Man kann die Dinge aufklären: „Shalom Archav" ist aus der Niederlage der Partei der Arbeit geboren – sie ist für die Sackgasse verantwortlich, die zum Yom Kippur-Krieg (Oktober 1973 – Anm. AK) geführt hat.
Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Bewegung Shimon Peres einen Blankoscheck geben wird.
Außerdem ist „Shalom Archav" innerhalb der israelischen politischen Szene etwas Neues. Soziologisch gesehen kann man oberflächlich sagen, daß zwei Typen von Generationen das Land geführt haben. Zunächst die „Pioniere" mit Ben Gurion, Golda Meir usw., die das politische Erwachen neuer Generationen gebremst haben. Auch Begin stammt aus dieser Periode. Die nächste Generation ist die der „Verwalter". Peres, Dayan, Rabin sind den Ersten nachgefolgt; sie sind von einer Periode und einem Klima geprägt, wo kein Dialog mit der arabischen Welt möglich war. Es wurde nur in Begriffen von Verteidigung und Verwaltung räsonniert. Diese Generation ist immer noch an der Macht und wird es noch eine ganze Zeit bleiben.
Die Militanten von „Shalom Archav" sind die dritte Generation, die heute keinen direkten Einfluß auf das politische Leben hat, aber die es ablehnt, die Kosten einer gefährlichen Politik zu tragen.
Für diese Generation handelt es sich heute um eine Wahl, wo sie ihr Wort mitzusagen hat. Wir sind heute keine Kleinstgruppe, sondern repräsentieren rund 100.000 Menschen...
Libe.: Diese dritte Generation, von der ihr redet, meint ihr, sie sei weniger zionistisch als israelisch? Daß also ihr Problem weniger die Lösung der Judenfrage ist als die Lebensfähigkeit der israelischen Realität?

S.A.: Alles hängt davon ab, wie man den Zionismus betrachtet. Die heute verbreitete zionistische Idee bedeutet keine Wanderung der Grenzen ... Vor 1967 waren 99% der israelischen Bevölkerung bereit zum Verhandeln mit den existierenden Nachbarstaaten, auf der Basis der vorhandenen Grenzen, des Status–Quo. Sogar die Likud (die Partei Begins – Anm. AK) – damals in der Opposition – sprach nicht vom Westjordanland – während diese Idee 100%ig zionistisch ist.
1967 ist das Verhältnis Israels zu seiner Geographie und Geschichte auf den Kopf gestellt worden, für die einen aus Sicherheitsgründen, für die anderen aus Mystizismus. Das erlaubte dem Gusch (militant nationalistische Bewegung – Anm. AK), den Mythos der Rückkehr Israels zu seinen Grenzen von vor 2000 Jahren erneut zu propagieren. Israel fühlte sich damals vom Westen vernachlässigt. Dieses objektive Fallenlassen hat die Ideologien von Golda Meir oder vom Gusch Emuim begünstigt. Aber heute, nach dem Krieg von 73, der gewissermaßen das Umgekehrte von 67 gewesen ist, erleben wir das Ende eines Mythos ...
Eine Veränderung ist auch außerhalb geschehen. In der Diaspora (Juden außerhalb Israels – Anm. d.Ü.) wird nicht mehr bedingungslos die israelische Regierungspolitik unterstützt. Aber wenn es keine realen Kontakte mit den Palästinensern gibt, wird „Shalom Archav" gegen diesen katastrophalen Kurs nichts unternehmen könenn.
diesen katastrophalen Kurs nichts unternehmen könenn.

Libe.: Gut. Man kann sich vorstellen, daß irgendwann mal die PLO mit Israel diskutiert; man kann aber die Palästinenser nicht dazu zwingen, den Zionismus zu akzeptieren.
S.A.: Du implizierst zwei Dinge. Natürlich könnte eine bestimmte Konzeption des Zionismus das Ganze blockieren. Andererseits scheinst du zu glauben, daß, wenn die neue Generation sich mehr israelisch als zionistisch begreift, dies die Situation entkrampfen könnte und die Idee der „großen Grenzen", die Angst vorm Holocaust usw. usf. verschwinden würde ... Ich glaube, das entspricht nicht der Realität. Der Zionismus von Jabotinksi oder Begin ist nicht der Mehrheitszionismus, d.h. das zionistische Hindernis existiert nicht in diesen Ausmaßen. Nun stimmt es allerdings auch, daß kaum jemand daran denkt, zu erklären, was vor 20 – 30 Jahren geschehen ist (gegen die Palästinenser). Das ist natürlich Zionismus. Was den Holocaust betrifft, ist das jüdische Volk weniger das auserwählte Volk, als vor allem ein Volk mit Gedächtnis. Nur weil die Menschen jetzt „Israelis" sind, dadurch wird eine jahrhunderte alte Erinnerung an Vernichtungsängste nicht ausgelöscht. Dieses Gedächtnis wurde permanent durch den Typus von militärischen und politischen Aktionen wachgerüttelt, den die PLO ausgewählt hat.
Holocaust ist für die heutige israelische Bevölkerung weniger Auschwitz als Maalot oder die Ermordung der israelischen Sportler in München.
Libe.: Die Diskussion über den Terrorismus und die Methoden der PLO ist eine Sache – man kann das Attentat von Maalot furchtbar finden. Aber kann man gleichzeitig die israelischen Racheaktionen vergessen? Außerdem kann man nicht terroristische Aktionen mit bewußtem Völkermord vergleichen. Maalot ist nicht Auschwitz.
S.A.: Gut. Die Israelis teilen nicht alle diesen Standpunkt. Außerdem sind wir ununterbrochen mit einem Paradox konfrontiert: Öffnung in Israel–Verhärtung bei der PLO. Da es sich um einen nationalen Konflikt handelt, funktioniert das Ganze wie in kommunizierenden Gläsern. Man nährt sich ununterbrochen von dem, was bei dem anderen geschieht. Und die Gefahr ist wieder da, in eine absurde Entwicklung zu rutschen, wenn die Bewegung für den Frieden nicht gehört wird.
Libe.: Ihr seid eine starke, aber doch eine Minderheitsbewegung in Israel. Die PLO ist die praktische Regierung der Palästinenser. Ihr könnt nicht die Verhandlungspartner sein, oder?
S.A.: Wir glauben, daß die Verhärtung der PLO–Positionen auch nicht den Bedürfnissen der Palästinenser entspricht. Was den Erfolg der PLO im gewissem Sinne ausgemacht hat, ist, daß Generationen von Palästinensern es satt haben, von einem Lager zum anderen verfrachtet zu werden. Diese wollen nun eine sofortige Lösung, sie wollen die Möglichkeit haben, in Frieden mit ihren Kindern zu leben.
Wir verlangen keine arabische „Shalom Archav", aber die Akzeptierung einer provisorischen Lösung...
Libe.: Wie analysiert ihr die neuen Demonstrationen des palästinensischen Widerstandes in den besetzten Gebieten?
S.A.: Der Schock über das Attentat von Hebron hat vieles in Israel in Bewegung gebracht ... Genossen von uns sind nach Hebron gegangen und haben arabische Weinberge wieder eingepflanzt, die von Leuten des Gusch Emunim entwurzelt worden waren.
Libe.: Wir seht ihr die unmittelbare Zukunft?
S.A.: ... Es hat sich etwas Besorgniserregendes in Israel gezeigt: die Existens einer Art OAS, wie es durch Waffenfunde in Jerusalem bewiesen worden ist. (OAS: bewaffnete faschistische französische Organisation zur Zeit des Algerienkrieges – Anm. d. Ü.) Wir müssen über die Gründung von rechten bewaffneten Kräften in Israel nachdenken ... Es gibt eine Art Dynamik der Militarisierung, die auf der einen Seite Gefahr läuft, nicht mehr kontrolliert werden zu können, aber auf der anderen Seite auch die Stimmen für den Frieden lauter machen kann . ...
Angesichts dieser Situation meinen wir, daß die Linken hier (im Ausland) die Verantwortung mittragen, klarzumachen, daß es fortschrittliche
Angesichts dieser Situation meinen wir, daß die Linken hier (im Ausland) die Verantwortung mittragen, klarzumachen, daß es fortschrittliche
Kräfte in Israel gibt, die den Frieden und den wirklichen Dialog wollen, was diese Linken oft ignorieren wollen.

Anmerkung

Einige Sachbehauptungen dieses Interviews werden beim Leser zwangsläufig Verblüffung auslösen, sofern er sich mit den Problemen Israels/Palästinas etwas befaßt hat.
1. Führende Kräfte Israels haben auch schon lange vor 1967 die Idee eines Groß–Israels „in den historischen Grenzen" – also unter Einschluß Westjordaniens, des Sinai u.a.m. – propagiert. Dies gilt vor allem für die nationalistischen Parteien, aber auch für Persönlichkeiten der „Arbeiterpartei".
2. Klagen von linken Israelis wie in diesem Interview – eine „Öffnung" Israels zu Gesprächen etc. werde von den Palästinensern mit „Verhärtung" beantwortet – sind häufig zu lesen. Der Witz ist, daß solche linken Israelis sogar zu glauben scheinen, was sie sagen und über die „uneinsichtigen" Palästinenser sehr empört sind. Tatsächlich ist aber die PLO seit längerem äußerst gesprächsbereit. Daß Kontakte nicht in Gang kommen, liegt daran, daß Israel die PLO nicht einmal indirekt (als Partner an einer Nahost–Konferenz) zu akzeptieren bereit ist. Bezeichnend ist die Haltung der Regierung Begin, mit Mördern und Terroristen (= PLO) werde sie nicht verhandeln. Eine Arroganz, die besonders makaber ist, wenn man weiß, daß Begin selbst in früheren Jahren Chef einer zionistischen Terrororganisation war.

AK–Redaktion

Neuer Krieg gegen Indochina?

Es liest sich wie ein neuer „Tonking-Zwischenfall": Nachdem vietnamesische Truppen angeblich die thailändische Grenze überschritten haben, drohen Thailand und China mit einem Angriff auf Kampuchea und Vietnam. Die US-Imperialisten haben ihre militärischen „Garantien" für Thailand (Truppen- und Atomwaffenunterstützung) bekräftigt. Zu befürchten ist, daß hier mittels eines V o r w a n d e s die seit Monaten vorbereitete erneute Aggression gegen Indochina in eine neue Phase tritt. Ein solcher Krieg erscheint in der internationalen Öffentlichkeit nicht nur als unausweichbar und unvermittelbar bevorstehend, er erscheint vor allem als vermeintlich zwingende Konsequenz aus der ebenso vermeintlichen vietnamesischen Aggression gegen Thailand. Der Angegriffene soll zum Schuldigen und Verursacher gestempelt werden. In dieser Front gegen Kampuchea und Vietnam stehen Thailand, USA und China zusammen.

Die bisherigen Kämpfe

Nach offizieller westlicher Lesart haben kampucheanisch-vietnamesische Truppenverbände am 24. Juni zwei Flüchtlingslager auf thailändischer Grenzseite angegriffen. *„Unter den Flüchtlingen soll es rund tausend Tote gegeben haben"* („SZ", 25.6.). *„Kambodschanische Militäreinheiten sind mit Panzer- und Artillerieunterstützung in den Norden Thailands vorgestoßen und haben mehrere Flüchtlingslager angegriffen ... Laut Angaben diplomatischer Kreise sind etwa 200 Soldaten mit fünf Panzern an den Angriffen beteiligt"* („SZ", 24.6.). Nachdem die Vietnamesen sich *„am Dienstag bis auf zwei Brükkenköpfe zurückgezogen"* haben, flammten die Kämpfe am Donnerstag erneut auf. *„Beide Seiten feuerten aufeinander mit Raketen, Granatwerfern und anderen Waffen"* („SZ", 26.6.). Die inzwischen auf *„2.000 Soldaten"* angewachsene Invasionsarmee Vietnams *„habe sich gegenüber zwei der in den letzten beiden Tagen angegriffenen Lager festgesetzt"* („SZ", 26.6.).

T a t s ä c h l i c h scheint sich der Vorfall etwas anders zu verhalten: Nach Berichten der thailändischen Zeitung „Nation Review" *„griffen ausländische Truppen – zumeist Vietnamesen – eine Khmer-Serai Einheit in der Nähe der Grenzmarkie-*

24.6.). Nachdem die Vietnamesen sich *„am Dienstag bis auf zwei Brükkenköpfe zurückgezogen"* haben, flammten die Kämpfe am Donnerstag erneut auf. *„Beide Seiten feuerten aufeinander mit Raketen, Granatwerfern und anderen Waffen"* („SZ", 26.6.). Die inzwischen auf *„2.000 Soldaten"* angewachsene Invasionsarmee Vietnams *„habe sich gegenüber zwei der in den letzten beiden Tagen angegriffenen Lager festgesetzt"* („SZ", 26.6.).

T a t s ä c h l i c h scheint sich der Vorfall etwas anders zu verhalten: Nach Berichten der thailändischen Zeitung „Nation Review" *„griffen ausländische Truppen – zumeist Vietnamesen – eine Khmer-Serai Einheit in der Nähe der Grenzmarkie-*

rung No. 44 nahe (!) der thailändischen Grenze an. Die Kämpfe griffen gegen 5.00 Uhr in die thailändische Ortschaft Non Mak Mun (ca 2 km von der Grenze entfernt, hier befindet sich ein Flüchtlingslager, Red.) *über"* (lt. „SWB", 25.6.80). Daraufhin *„führten panzergeführte Infanterieeinheiten mit Artillerie- und Luftunterstützung einen breitgefächerten Gegenangriff durch"* (do.). *„F-5 Düsenjäger und Hubschrauber"* der thailändischen Armee *„flogen über der Gegend und feuerten auf die vietnamesischen Truppen".* Auch vom Tag drauf werden Luftangriffe der thailändischen Armee auf die *„ca. 1.500 vietnamesischen Soldaten i n dem Dorf* (d.h. i n dem Flüchtlingslager) *geflogen"* („Bangkok Post", 24.6. lt. „SWB", 25.6.).

Die thailändische Marine und Luftwaffe wurde in volle Alarmbereitschaft gesetzt, Kampfflugzeuge wurden ins Grenzgebiet geschafft (do).

Andere Quellen stellen den Sachverhalt ähnlich dar. Der englische „Guardian" berichtet, daß *„die Truppen ... einen Angriff auf zwei Khmer-Rouge Basen nahe der thailändischen Grenze in Westkamuchea"* führten („Guardian", 26.6.).

Die „Neue Zürcher Zeitung" spricht davon, daß die von den Kämpfen betroffenen Lager *„teils auf der anderen* (kampucheanischen, Red.) *Seite der Grenze liegen"* („NZZ", 27.6.).

Sicher ist auf jeden Fall, daß die Kämpfe in Kampuchea ausbrachen und sich dann ins thailändische Grenzgebiet ausdehnten. Sicher ist auch, daß hierbei nur ein relativ kleines Kontingent kampucheanisch-vietnamesischer Truppen beteiligt war (200 Soldaten, 5 Panzer ...). Erst das massive Eingreifen der thailändischen Armee („breitgefächerter Gegenangriff") eskalierte die Auseinandersetzung auf das derzeitige Niveau.

Eine *„vietnamesische Invasion"* gegen Thailand hat absolut nicht stattgefunden, die angebliche *„vietnamesische Invasionsarmee"* („Hamburger Abendblatt", 25.6.) ist eine freie Erfindung. Allerdings ist das Übergreifen der Kämpfe ins thailändische Grenzgebiet eine logische Folge der thailändischen Aggressionspolitik gegen Kampuchea, speziell eine Folge des Versuchs Thailands, Tausende von Anhängern der Khmer Rouge und Khmer Serai erneut zum Angriff auf Kampuchea zu schicken.





Die sog. Repatriierung der Flüchtlinge

Am 12. Juni gab Thailand die sog. *„Freiwillige Repatriierung von Kambodscha-Flüchtlingen"* bekannt. Nach Angaben der thailändischen Armee *„werden die Kampucheaner, die repatriiert werden wollen, mit Reis, Nahrungsmitteln und Werkzeugen ... ausgerüstet. Sie können später zur Nahrungsmittelversorgung in die Verteilungszentren entlang der thailändisch-kampucheanischen Grenze... zurückkehren"* („Bangkok Home Service", 14.6. lt. „SWB", 17.6.). Die Füchtlinge werden von Thailand *„auf sicheren Routen eskortiert"* („Bangkok Home Service", 15.6. lt. „SWB", 17.6.).

Zugleich weigert Thailand sich, mit der kampucheanischen Regierung über eine Flüchtlingsrückführung zu verhandelt: Noch am 6. Juni bot die kampucheanische Regierung Gespräche über die Situation im Grenzgebiet und die Flüchtlingsfrage an („SPK", 13.6. lt. „SWB", 14.6.). Kampuchea und Vietnam wiesen den thailändischen „Repatriierungs"versuch sofort zurück.

„ ... die Repatriierung soll im Camp Sa Kaeo auf thailändischen Boden und unter vollständiger Kontrolle der Pol-Pot-Leute beginnen. Eine Zahl von Pol-Pot-Anhängern, erholt, trainiert und gut ausgerüstet, sollen als Flüchtlinge getarnt nach Kampuchea geschickt werden ... Die Quellen berichten, daß die lokalen thailändischen Militärbehörden diese Banden zu vier Grenzpunkten transportieren wollen. Dies ist ein neuer extrem ernster Schritt in Thailands feindsinnigen Zielen gegen die Regierung Kampucheas, ein Schritt, der die ohnehin bereits gespannte Lage an der Grenze zwischen beiden Staaten noch weiter zuspitzt..." („SPK", 13.6. lt. „SWB", 14.6.).

Tatsächlich gehen alle Berichterstatter davon aus, daß die „Repatriierung" fast ausschließlich den Pol-Pot- und Khmer-Serai-Truppen Verstärkung bringen soll.

Den nach Kampuchea zurückgeschickten Widerstandstruppen Pol Pots und der Khmer-Serai soll nicht nur der militärisch abgesicherte Übergang nach Kampuchea ermöglicht werden, sondern ihnen soll das gesamte thailändisch-kampucheanische Grenzgebiet als Basis gesichert werden: Sie können sich jederzeit nach Thailand zurückziehen und dann erneut (wieder militärisch eskortiert?) nach Kampuchea infiltrieren.

Mit dieser Aggressionspolitik gegen Kampuchea trägt das thailändische Regime – samt seinen „Paten" USA und China – die Verantwortung für die jetzigen militärischen Zwischenfälle.

Politik der Spannung

Die jüngsten Zwischenfälle kommen nicht völlig überraschend. Bereits in den Wochen zuvor wurde von Thailand und China eine Politik der Spannung gegen die Staaten Indochinas durchgeführt.

Anfang Juni kam es an der Grenze zu Laos zu mehreren militärischen Zwischenfällen, verursacht durch Grenzverletzungen von thailändischer Seite. Der laotische Rundfunk meldete für die Zeit vom 14. bis 16. Juni alleine fünf schwere Zwischenfälle („Vientiane Home Service", 17.6. lt. „SWB", 18.6.). Am 17.6. schloß Thailand die gesamte Grenze nach Laos und verhindert damit jeglichen Transit-Warenverkehr nach Laos („Bangkok Home Service", lt. „SWB", 18.6.). Auch an der chinesisch-vietnamesischen Grenze entwickelten sich erneut Kämpfe. Die vietnamesische Nachrichtenagentur „VNA" meldete vom 1. bis 8. Juni ca. 10 chinesische Übergriffe („VNA", 13.6. lt. „SWB", 18.6.).

Zugleich spitzten beide Staaten – Thailand und China – die Situation auf diplomatischer Ebene zu.

China weigerte sich am 23.6., die von Vietnam angebotene dritte Verhandlungsrunde über die Lage im Grenzgebiet aufzunehmen („NCNA", 23.6. lt. „SWB", 25.6.). Thailand lehnte sämtliche Angebote über Gespräche zwischen Kampuchea und Thailand ab.

Einen von Vietnam angebotenen Nichtangriffspakt lehnte Thailand schon im Vorwege ab („SWB", 25.6.80).

Auf der jüngsten ASEAN-Konferenz wurde ebenfalls über Aggressionen gegen Indochina gesprochen. *„Singapur trat sogar dafür ein, die Kambodscha-Flüchtlinge sollten bewaffnet und in ihre Heimat zurückgeschickt werden, damit sie dort gegen die vietnamesischen Interventionstruppen und für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpften"* („SZ", 27.6.). Dies macht deutlich, welches Klima von den ASEAN-Staaten derzeit geschürt wird.

Es steht zu befürchten, daß die beteiligten Staaten, vornehmlich Thailand, China und US-Imperialisten (aber auch die anderen ASEAN-Staaten) die derzeitigen Zwischenfälle im Grenzgebiet zum offenen Krieg eskalieren.

„China hat seine Truppen entlang der Grenze mit Vietnam ... in Alarmbereitschaft gesetzt" und ließ keinen Zweifel an der Bereitschaft, jederzeit erneut gegen Vietnam loszuschlagen („SZ", 27.6.).

Thailand – obwohl bereits durch Waffenlieferungen in Höhe von ca. 1,5 Mrd. DM in den letzten Monaten waffenstarrend – erhält ab sofort weitere amerikanische Offensivwaffen.

Begleitet wird die schrittweise Eskalation der militärischen Lage mit einer Desinformationskampagne gegen die angebliche „vietnamesische Invasion Thailands". Genau für diesen Fall haben die USA und China Thailand ihre Unterstützung zugesagt. Der Vorwand für einen Großangriff auf Kampuchea und Vietnam liegt nahe.

Asien-Australien-Kommission

Der Burgfrieden der KP Thailands

Der in ARBEITERKAMPF 179 erschienene Aufsatz der Südostasiengruppe Frankfurt über die Politik der KP Thailands versucht eine Beantwortung und Erklärung der vermeintlichen widersprüchlichen politischen Entwicklung dieser Partei. Obwohl die Verfasser selbst zahlreiche weitgehende Änderungen in den politischen Positionen dieser Partei feststellen, kommen sie zu dem Schluß, *„daß sich an der grundsätzlichen Linie der thailändischen Widerstandsbewegung nichts geändert hat...",* erklären sie die vorhandenen Veränderungen zu *„unklaren Stellungnah-*

daß die KP-Einschätzungen und Schlußfolgerungen *„dem offiziellen Vokabular Pekinger Propaganda entlehnt"* sind und *„direktes Resultat der chinesischen sog. Therorie von den drei Welten"* sind. Vietnam für diese Politik oder für die Übernahme dieser Thesen verantwortlich zu machen, ist unsinnig.

Wenn überhaupt von Verantwortung gesprochen wird, dann können nur die chinesischen Machthaber genannt werden. Sie haben die auch von der KP Thailands übernommenen Einschätzungen und aggressiven

Der Burgfrieden der KP Thailands

Der in ARBEITERKAMPF 179 erschienene Aufsatz der Südostasiengruppe Frankfurt über die Politik der KP Thailands versucht eine Beantwortung und Erklärung der vermeintlichen widersprüchlichen politischen Entwicklung dieser Partei. Obwohl die Verfasser selbst zahlreiche weitgehende Änderungen in den politischen Positionen dieser Partei feststellen, kommen sie zu dem Schluß, *„daß sich an der grundsätzlichen Linie der thailändischen Widerstandsbewegung nichts geändert hat...",* erklären sie die vorhandenen Veränderungen zu *„unklaren Stellungnahmen",* die *„zweifellos vorhandene Differenzen über den einzuschlagenden Weg angesichts der neuen Bedrohung durch Vietnam"* reflektieren.

Wie bei vielen Dingen, muß auch hier Vietnam als Buhmann herhalten: die neue Politik der KP Thailands ist der *„repressiven Politik Vientianes und Hanois"* geschuldet.

Nun hat die aktuelle Entwicklung im thailändisch-kampucheanischen Grenzgebiet auf die zentrale Frage eine deutliche Antwort gegeben.

Die neueren, von der KP Thailands offiziell verbreiteten Einschätzungen führen zur Unterstützung des thailändisch-chinesischen Kriegskurses. Der Aufbau eines neuen Hauptfeindes in Gestalt Vietnams ist fast wortgleich mit den offiziellen Argumenten für die thailändische Aggression. Das Angebot eines Burgfriedens kann, konsequent zuende gedacht, nur bedeuten, den Militärs die notwendige Ruhe an der „Heimatfront" beim Waffengang gegen Indochina zu bescheren.

Mehr noch, die Kritik am thailändischen Regime wegen mangelnder Verteidigungsbereitschaft kann angesichts der neuesten Entwicklung nur noch die Forderung nach offenem Krieg beinhalten – alles andere hat die Junta bereits durchgeführt.

Dies alles ist nicht „unklar" oder widersprüchlich, sondern geht logisch aus den von den Verfassern selbst zitierten Aussagen der KP Thailands hervor. Unklar ist zur Zeit lediglich die Frage, wieweit die KP Thailands eine solche Politik im Widerstand durchsetzen kann. Die ganzen Berichte über angeblich von Vietnam aufgebaute Abspaltungen der KP Thailands drücken erstmal nichts anderes als Widerstand im Bereich der KP gegen die offizielle Politik aus.

Wieweit die KP Thailands diese Politik konsequent auch praktisch durchführen will, wird sich ohne Frage anhand der aktuellen Entwicklung zeigen. Wir sind gespannt auf Stellungnahmen des Widerstands.

Für diesen grundlegenden Positionswechsel der KP Thailands (gegenüber dem z.B. 1976 verabschiedeten Zehn-Punkte-Programm) ist nicht Vietnam verantwortlich zu machen. Die Verfasser selber schreiben, daß die KP-Einschätzungen und Schlußfolgerungen *„dem offiziellen Vokabular Pekinger Propaganda entlehnt"* sind und *„direktes Resultat der chinesischen sog. Therorie von den drei Welten"* sind. Vietnam für diese Politik oder für die Übernahme dieser Thesen verantwortlich zu machen, ist unsinnig.

Wenn überhaupt von Verantwortung gesprochen wird, dann können nur die chinesischen Machthaber genannt werden. Sie haben die auch von der KP Thailands übernommenen Einschätzungen und aggressiven Schlußfolgerungen kreiert.

Was die vermeintlichen Repressionen Vietnams gegen den Widerstand angeht, müssen die meisten in dem Artikel gemachten Aussagen erstmal bezweifelt werden. Die Verfasser erheben ohne den Schatten eines Nachweises Vorwürfe der *„Verfolgung, Entführung und praktischen Auslieferung von thailändischen Freiheitskämpfern an das Bangkoker Militär...",* vermelden Gerüchte über angebliche Zusammenarbeit zwischen thailändischem Geheimdienst und vietnamfreundlichen Kommunisten und dergleichen mehr. Das einzige, was tatsächlich bleibt, ist die Aufgabe der Unterstützung für die KP Thailands seitens Vietnams. Dies nun als Repression zu bezeichnen, ist wohl etwas weit hergeholt. Im Gegenteil, es ist doch Vietnam nicht zu verdenken, daß es Beziehungen zu einer Partei, die faktisch den Krieg gegen Indochina fordert, abbricht. So etwas ist eine ganz zwangsläufige Folge der prochinesischen Frontstellung gegen Indochina. Insofern können wir dem Gedankengang, für die Übernahme der chinesischen Politik seitens der KP Thailands Vietnam verantwortlich zu machen, ganz und gar nicht folgen. Auch die Zerstörung der ehemals guten Beziehungen zwischen allen regionalen Bewegungen ist der chinesischen Politik geschuldet.

Abschließend sind wir der Meinung, daß die Entwicklung in der kommunistischen Bewegung Südostasiens insgesamt noch längst nicht abgeschlossen ist. Daß die Revision eines revolutionären Kurses zugunsten der chinesischen Rechtspolitik dabei mit erheblichen innerparteilichen Kämpfen abgeht, liegt in der Natur der Sache. Die Entwicklung einer politischen Alternative zum prochinesischen Kurs ist für den Widerstand in den jeweiligen Ländern eine Überlebensfrage. Deshalb sollten a l l e sich entwickelnden Alternativen aufmerksam verfolgt werden (soweit dies von hier überhaupt geschehen kann). Abspaltungen, Gruppen usw. einfach als Produkte vietnamesischer Geheimdienstarbeit abzutun (wie es im Artikel in AK 179 geschieht), ist einem solchem Ziel sicher nicht dienlich.

Asien-Australien-Kommission

Afghanistan: Zieht die »rote Armee« ab?

Pünktlich zur Gipfelkonferenz der imperialistischen Staaten in Venedig zauberte die Sowjetunion ihren Joker in der Afghanistanfrage aus der Tasche. Am 22. Juni kündigte die sowjetische Führung überraschend den Rückzug eines Teiles ihrer Truppen aus Afghanistan an. Inzwischen sind nach übereinstimmender Meldung der internationalen Presse 10.000 Soldaten und ca. 100 Panzer in die Sowjetunion zurückgekehrt („FR", 24.6., 23.6., 26.6.). Ob weitere Truppenteile abgezogen werden, ist derzeit noch offen — sicher ist lediglich, *„daß an einen vollständigen Abzug ... vorerst nicht gedacht sei"* („FR", 24.6.).

Je nach Sichtweise über die Gesamtstärke der sowjetischen Truppen macht dieser Rückzug eine Verringerung der Truppen von 10 % (USA) bis 50 % (Afghanistan) aus.

Als Grund wird die „Stabilisierung der Lage" in Afghanistan angegeben: *„Der sowjetische Akt des Beistandes für Afghanistan ist überhaupt nicht durch selbstsüchtige Interessen motiviert. Wir hatten keine Wahl, als Truppen zu entsenden. Und die Ereignisse haben uns bestätigt, daß dies die einzig korrekte Entscheidung war. Das Leben in Afghanistan kehrt allmählich zur Normalisierung zurück. Große Banden von Konterrevolutionären wurden vernichtend geschlagen. Die Interventionisten haben eine ernste Niederlage erlitten. Unter diesen Umständen entschieden wir, einige Einheiten unseres militärischen Kontingents aus Afghanistan zurückzuziehen"* (Breschnew in einer Rede lt. „SZ", 25.6.80).

Es sind aber wohl mehr andere Gründe, die die Sowjetunion zum Teilabzug bewogen — die Lage in Afghanistan stellt sich heute ebenso dar, wie vor einem Monat oder zwei Monaten.

Die Kämpfe haben sich zwar entgegen allen Ankündigungen des Widerstandes nicht zugespitzt — sie sind aber auch nicht nennenswert abgeflaut. Lediglich in der Hauptstadt Kabul ist die Situation offenbar stabiler als zuvor. So wurden die Straßensperren um Kabul weitgehend aufgehoben bzw. erst in größerer Entfernung errichtet („SZ", 13.6.). Auch die Berichte über Unruhen in jüngster Zeit in Kabul (Streiks und Schülerdemonstrationen) treffen nach Berichten von in Kabul anwesenden Journalisten nicht zu („SZ", 13.6.).

Die Gründe des Teilrückzuges sowjetischer Truppen liegen wohl eher in dem Versuch des Kreml, noch rechtzeitig vor der Olympiade, der KSZE-Konferenz im Herbst und dem Schmidt-Besuch, die Bereitschaft zu einem Arrangement mit den imperialistischen Mächten zu demonstrieren.

Überdies fand zum Zeitpunkt der Bekanntgabe in Genf die propagandistisch groß aufgemotzte Konferenz der islamischen Staaten mit dem afghanischen Widerstand statt — ohne Frage wurde dieser Konferenz vorerst die Schau gestohlen. Die Reaktionen auf den sowjetischen Rückzug sind entsprechend. Trotz allen Wortgerassels haben sich a l l e Staaten des Gipfels in Venedig für ein Arrangement mit der SU ausgesprochen. Zwar wird nach wie vor der *„vollständige Rückzug"* gefordert („FR", 23.6.), aber man würde *„eine Übergangsregelung für Afghanistan in Betracht ziehen"* (Carter lt. „SZ", 26.6.). Konkret ist offenbar an einen *„stufenweisen Abzug der Sowjets aus Afghanistan sowie die Stationierung einer neutralen Schutzmacht"* gedacht („SZ", 26.6.). Diese *„Schutzmacht"* wiederum soll *„eine Friedenstruppe aus den islamischen Ländern"* sein („SZ", 26.6.). Die Sowjetunion ihrerseits verwarf diese amerikanischen Planspiele nicht völlig, sondern nannte sie erstmal *„unklar"* und *„nebulös"* („SZ", 26.6.).

Hier kann sich sicherlich noch einiges entwickeln.

Asien-Australien-Kommission

Es rumort im linken Untergrund:

Auflösung, Reorganisation oder Selbstkritik

Die Auseinandersetzung um die ‚Krise der Linken' und die weitere Perspektive der revolutionären Bewegung wird auch im linken Untergrund geführt: nachdem Horst Mahler als ehemaliger, inzwischen 150%ig bekehrter Propagandist des „bewaffneten Kampfes in den Metropolen", jetzt zur Versöhnung mit dem Staat und der Kapitalistenklasse aufruft (Artikel dazu in diesem AK), kündigte sich inzwischen in mehreren Äußerungen von ‚RAF'-Mitgliedern die Absicht an, die längst überfällige ‚selbstkritische' Reflektion der ‚Geschichte der westdeutschen Guerilla' vorzunehmen und zur Diskussion zu stellen – allerdings o h n e Distanzierung. So etwa in dem Aufsatz von Klaus Jünschke, mit dem er in der ‚taz' auf P.P.Zahls Angriffe gegen die ‚RAF' und ihre Fürsprecher antwortete.

Bevor allerdings diese Aufarbeitung und die dringend nötige Auseinandersetzung zwischen ‚RAF', ‚Bewegung 2. Juni', ‚Revolutionäre Zellen' und der militanten halblegalen Anarchoszene und in der ‚legalen Linken' richtig begonnen hat, scheinen verschiedene Kräfte sie bereits wieder beenden zu wollen, wobei die Motive und die Lager, aus denen diese Versuche kommen, in unangenehmer Weise unklar sind.

Am 4.5. wurde im Namen des ‚2. Juni' eine Erklärung verbreitet, in der es hieß: **„Die kämpfenden Verbände in der BRD lösen sich auf"** („taz", 4.5.).

Gegen diese offensichtlich fingierte „Erklärung" konterten drei Tage später Andreas Vogel und Till Meyer (Mitglieder der ‚Bewegung 2. Juni', z.Zt. in Westberlin inhaftiert) ebenfalls in der „taz": *„Es gibt keinen Grund, den bewaffneten antiimperialistischen Kampf einzustellen. Im Gegenteil!".* Die zunehmende Kriegsgefahr, die auch vom Boden der BRD ausgehe, sei Grund für doppelte Anstrengungen, in der BRD „die zweite Front gegen den Imperialismus" aufzubauen – neben der „ersten Front" in den Ländern der 3. Welt. Die „taz"-Meldung vom 4.5. wirke *„objektiv als Staatsschutzprodukt". „Daß da irgendwer in der guerilla – und dann auch noch für alle guerillaorganisationen – die auflösung beschließen könnte, ohne daß dem eine diskussion unter allen in der guerilla organisierten, den bewaffneten, den gefangenen, den uns unterstützenden genossen und den politischen sympathisanten vorausgegangen wäre, so dumm, dies zu glauben, kann man doch nicht einmal bei der taz sein – oder!"* („taz", 7.5.)

Mit dieser Gegenerklärung schien der Versuch – von wem auch immer – „desorientierend" (so Vogel/Meyer) in die Ansätze einer selbstkritischen Auseinandersetzung der ‚bewaffneten Linken' einzugreifen, zunächst abgeschlagen. Einen Monat später allerdings wurde ein neues Papier in Umlauf gebracht: Diesesmal wird die Auflösung der ‚Bewegung 2. Juni' in die ‚RAF' verkündet – flankiert durch eine Kritik an der „populistischen", auf „Gefälligkeit" gegenüber der Bevölkerung abzielenden Linie des ‚2. Juni'. Es sei stattdessen notwendig, ‚die vorderste Front' zu sein, *„die zentralen politischen Widersprüche durch den bewaffneten Angriff zu eskalieren, um den Staat in die politische Krise zu treiben."* Ohne den leisesten Anflug selbstkritischer Betrachtung der ‚RAF' wird behauptet: *„Der politische Angriff, materialisiert durch die Waffe, bleibt immer ein Sieg, selbst da, wo die Operation militärisch geschlagen wird, weil er diesen Prozeß antizipiert und einleitet."* Möglicherweise sind da einigen Leuten militante Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit wie in Bremen zu Kopf gestiegen?

Den Verdacht (und die Hoffnung!), daß es sich nur um Staatsschutzschreibe handeln könnte, machte die Gefangene Gabriele Rollnick zunichte, die die Erklärung öffentlich in ihrem Prozeß vortrug, während sich Klaus Viehmann ebenfalls vor Gericht namens des ‚2. Juni' von der Erklärung distanzierte. Wenige Tage später detonierte im Rathaus Kreuzberg (Westberlin) ein Sprengsatz, für den die ‚Bewegung 2. Juni' die Verantwortung übernahm. Der Anschlag sei Protest gegen die Sanierungspolitik in Kreuzberg und Gegenbeweis gegen das „Auflösungsgequatsche". Soweit die bisher bekannten Fakten.

Wir dokumentieren in diesem AK die bisherigen Erklärungen, immer noch in der Hoffnung, daß dies nicht der Abschluß der bitter notwendigen Auseinandersetzung um die bisherige Entwicklung der ‚RAF' usw. ist, sondern der Anfang.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Im Wortlaut:

Frankfurter Rundschau 11.6.80

. . . wir haben drauflosgekämpft

Nach 10 Jahren bewaffnetem Kampf wollen wir unsere Geschichte kritisch reflektieren und erklären, warum wir heute sagen: Wir lösen die Bewegung 2. Juni als Organisation auf und führen in der RAF — als RAF — den antiimperialistischen Kampf weiter. Die Bewegung 2. Juni hat sich als Widerspruch zur RAF gegründet, mit der unklaren Bestimmung „spontane proletarische Politik" zu machen. Wir haben die revolutionäre Theorie, die Analyse der Bedingungen — aus der heraus die Strategie und Taktik, die Kontinuität und Perspektive des Kampfes erst entwickelt werden kann — für unwichtig gehalten und „drauflosgekämpft", mit dem Ziel, die Jugend-



Gabriele Rollnik (Bild: Archiv)



Gabriele Rollnik (Bild: Archiv)

lichen anzutörnen. Und so haben wir auch unsere Praxis nach der Frage — was törnt an — bestimmt und nicht nach der Frage, wo sind die wirklichen Widersprüche, die Friktionen in der imperialistischen Strategie, die wir angreifen müssen.

Die Bewegung war eine vermeintliche Alternative zur RAF als eine Möglichkeit derjenigen Genossen, denen der kompromißlose Kampf zu weit ging.

Das hat 10 Jahre lang Spaltung, Konkurrenz und Desorientierung unter den Linken und auch in der Guerilla produziert und es hat auch unseren eigenen revolutionären Prozeß behindert. So haben wir mit unseren Aktionen auf der populistischen Linie operiert, ohne die politische Orientierung zu geben, ohne eine Mobilisierung gegen die Strategie der Schweine zu schaffen.

Es ist nie die Aufgabe der Guerilla, sich der Bevölkerung gefällig zu zeigen, um ihren Beifall zu bekommen, sondern — in einem Land, in dem der Nazi-Faschismus und die vom US-Imperialismus eingebundene Sozialdemokratie die Arbeiterklasse um jede proletarische Organisation gebracht haben — die vorderste Front zu sein, die zentralen politischen Widersprüche durch den bewaffneten Angriff zu eskalieren, um den Staat in die politische Krise zu treiben.

Was die Guerilla in der Metropole nur sein kann: Der politische Sprengstoff im imperialistischen Gefüge, der Angriff, der den Riß zwischen Gesellschaft und Staat zum Bruch — also revolutionäre Politik — entwickelt, indem Mobilisierung proletarische, antiimperialistische Organisierung wird und das politische Kräfteverhältnis für uns kippt.

Der politische Angriff, materialisiert durch die Waffe, bleibt immer ein Sieg, selbst da, wo die Operation militärisch geschlagen wird, weil er diesen Prozeß antizipiert und einleitet. Die Kontinuität der Guerilla ist in ihrer Strategie zu finden, trotz schwerer militärischer Niederlagen. Und das ist auch der Unterschied von Schleyer und Lorenz. Wir können heute unsere wichtigste Aktion getrost kritisieren. In ihr sind alle Fehler zu finden, die wir 10 Jahre lang gemacht haben und aus denen wir gelernt haben.

Die Befreiungsaktion '75 in Berlin ist in einer politisch zugespitzten Situation gelaufen. Der Kampf der Stammheimer Genossen hatte eine nationale und internationale Mobilisierung geschaffen, die durch den großen HS auf den Höhepunkt gebracht und von Schmidt kaum noch zu verkraften war. Diese Situation haben wir nicht nur völlig ignoriert, sondern sie über die Auswahl der Gefangenen auch politisch gekippt.

Darin und in dem Typen — aus einer Partei, die für die imperialistische Strategie nur noch eine untergeordnete Bedeutung hat — lag statt Strategie das Kalkül. In unserer propagandistischen Arbeit zu und nach PL war uns der kurzfristig errungene Sieg — das konsumierbare Ritual — wichtiger, als das politisch militärische Niveau zu erkämpfen, das die imperialistische Strategie bricht. Darin ist auch die Wurzel der pervertierten Spaßguerilla von Reinders, Teufel etc. zu finden. Die Offensive der RAF '77 und die Reaktion des Staates hat letztlich auch uns neu vor die Frage der politischen Strategie gestellt.

77 ist ein Einschnitt sowohl in der Entwicklung der imperialistischen Strategie als auch in der Bestimmung der Metropolenguerilla. Seit dem Massaker in Mogadischu und Stammheim hat Schmidt Westeuropa — unter der Führungsrolle der BRD — die politische Bestimmung gegeben:

Projekt und Modell des Imperialismus in der Krise gegen die Befreiungskämpfe in der 3. Welt und in der Metropole Westeuropa. Der bedingungslose Einschluß Westeuropas in die US-Militärstrategie und die Militarisierung der Metropolenstaaten nach innen über einen tendenziell einheitlichen Apparat ist die Reaktion der Imperialisten auf die zunehmende Gleichzeitigkeit der revolutionären Kämpfe weltweit.

Projekt und Modell des Imperialismus in der Krise gegen die Befreiungskämpfe in der 3. Welt und in der Metropole Westeuropa. Der bedingungslose Einschluß Westeuropas in die US-Militärstrategie und die Militarisierung der Metropolenstaaten nach innen über einen tendenziell einheitlichen Apparat ist die Reaktion der Imperialisten auf die zunehmende Gleichzeitigkeit der revolutionären Kämpfe weltweit.

Die revolutionäre Strategie internationalisiert sich, indem die antiimperialistischen Gruppen den Hauptfeind USA und das Projekt Westeuropa erkennen.

Die USA und ihre Komplizen wissen, daß ihre nächste strategische Niederlage in irgendeiner Region der Welt sie auf das Gleis der endgültigen Niederlage bringt.

Die „Nach-Vietnam-Ära" — also der Versuch, aus der Defensive nach der politisch-militärischen Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam politisch-ökonomisch wieder zur Strategie zu kommen — ist in Iran — nach der Kette von Angola bis Kampuch — zusammengebrochen. Die imperialistische Politik sucht jetzt militärisch die Lösung, die sie nicht erreichen kann, und kommt so — in der Vorbereitung totaler Vernichtung — auf den nackten Begriff ihres Inhalts. Die erneute, und dann wohl letzte strategische, militärische Niederlage in der 3. Welt soll durch die Entfesselung des Krieges in Europa, der von vornherein als Atomkrieg konzipiert ist, verhindert werden. Das Theorem des „begrenzten Krieges" kommt in dieser Perversion zu einer neuen Variante.

Die Kriegsvorbereitungen zielen nicht auf die Aufteilung der Welt unter imperialistischen Kontrahenten. Ihr Inhalt ist Revolution oder Konterrevolution — und so der Abschnitt der Konfrontation, an dem die Entscheidung laufen wird.

Diese Entscheidung in der internationalen Konfrontation wird letztlich in den Metropolen laufen, weil sich die siegreichen, zum Staat gewordenen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt notwendigerweise solange im Ost-West-Widerspruch konsolidieren müssen, solange die imperialistischen Zentralen diese militärisch und über die Abhängigkeit vom Weltmarkt erpressen können.

Es ist der Inhalt des ganzen weltrevolutionären Prozesses — Zerschlagung des Staates, Selbstbestimmung, Identität —, der in der Metropole im Kampf um Kommunismus in den letzten Jahren der Auseinandersetzung seine besondere Reife und Brisanz bekommen hat — sich jetzt materialisiert — oder gar nicht.

Dies ist die Frage an die ganze Linke in Westeuropa, ob sie in dieser eskalierten Situation, in der — so oder so — eine Entscheidung fallen wird, ihre historische Aufgabe wahrnimmt oder sie verraten wird.

Einheit im antiimperialistischen, bewaffneten Kampf

2. 6. 1980

Zum letztenmal: Bewegung 2. Juni

TAZ 29.4.80

Erklärung des 2. Juni?

Am Montagmorgen, 11 Uhr erhielt die Tageszeitung einen anonymen Anruf. Der Anrufer erklärte, er sei Sprecher der Bewegung 2. Juni und wolle uns eine Erklärung durchge-

3. Wir fordern den Schah auf, sich den Gesetzen der Islamischen Republik zu stellen sowie die Rückgabe seines Vermögens an das iranische Volk. Alle Menschen in der BRD werden aufgefordert, diese Forderungen zu unterstützen.

Zur Überprüfung der Erklärung sollten wir uns an die Frankfurter „Stern"-Redaktion wenden, die angeblich näheres über die Quelle wüßte. Dieser Versuch blieb erfolglos, der „Stern" war so schlau wie wir. dpa bestätigte den Eingang der Erklärung, konnte aber noch nichts darüber sagen, ob sie die Mitteilung

TAZ 29.4.80

Erklärung des 2. Juni?

Am Montagmorgen, 11 Uhr erhielt die Tageszeitung einen anonymen Anruf. Der Anrufer erklärte, er sei Sprecher der Bewegung 2. Juni und wolle uns eine Erklärung durchgeben. Die Erklärung sei am 26. April an dpa geschickt worden mit der Aufforderung, sie ab Samstag, 21 Uhr über Radio und Fernsehen zu verbreiten. Dies ist bisher nicht geschehen.

Die Mitteilung im Wortlaut:

1. Die kämpfenden Verbände der Guerilla in der BRD lösen sich auf. Die Fighter kehren heim und werden von den Basen aufgenommen.

2. Jeder Angriff auf kerntechnische Anlagen ist eine Provokation der Ökologie-Faschisten, d.h. von rechts.

3. Wir fordern den Schah auf, sich den Gesetzen der Islamischen Republik zu stellen sowie die Rückgabe seines Vermögens an das iranische Volk. Alle Menschen in der BRD werden aufgefordert, diese Forderungen zu unterstützen.

4. Im Gegenzug stelle ich mich am 4.5.80 den Behörden der BRD.

5. Voraussetzung wird sein, daß sich bis zum 4.5.80 alle Gefangenen aus den Hochsicherheitstrakten in den Knästen des Normalvollzugs befinden. Es gibt nur noch die Gefangenen der Bewegung.

Der Kampf geht weiter - gegen Imperialismus und Okkupation Seite an Seite mit dem Volk des Iran und den Ländern der Dritten Welt.

Wir sind die Friedensbringer - es lebe die Anarchie - Freiheit Nr. 7 - Klar fließt der Fluß

Zur Überprüfung der Erklärung sollten wir uns an die Frankfurter „Stern"-Redaktion wenden, die angeblich näheres über die Quelle wüßte. Dieser Versuch blieb erfolglos, der „Stern" war so schlau wie wir. dpa bestätigte den Eingang der Erklärung, konnte aber noch nichts darüber sagen, ob sie die Mitteilung veröffentlichen werden. Das Bundeskriminalamt tat völlig ahnungslos, das Innenministerium war angeblich auch noch nicht informiert. Ein Anruf bei der iranischen Botschaft in Bonn ergab, daß sie ebenfalls einen anonymen Anruf erhalten hatte und nun auf die schriftliche Erklärung wartet. Sie sieht sich nicht dazu in der Lage, politisch dazu Stellung zu nehmen, sondern wertet den Anruf als „menschliche Reaktion" die ihnen zeigt, daß es in der BRD auch noch andere als die offiziell vertretene Meinung zur Situation im Iran gebe.

Jü

DISKUSSION

TAZ 7.5.80

Verwirrung durch Desinformation

Zu der angeblichen erklärung eines „sprechers der bewegung 2. juni" in der taz v. 29.4.80, „die kämpfenden verbände der guerilla in der brd" würden sich auflösen, verbunden mit der forderung, bis zum 4.5. 80 müssen alle gefangenen aus den trakten raus:

Es ist keine erklärung der bewegung 2. juni. Auch keine der Roten Armee-Fraktion oder der revolutionären zellen. Weder haben wir vor uns aufzulösen noch die beiden anderen organisationen.

Die erklärung ist ein witz und wir fragen uns, ob sich hier nicht mal einer kräftig ins fäustchen lachen wollte über die kaputte sensationsgier der bundesdeutschen medien. Genausogut ist es möglich, daß sie auch aus einer ganz anderen ecke kommt. Bezeichnend ist nur, daß gerade die taz darauf reinfällt und wie sie selbst schreibt, die anderen - bürgerlichen - medien nicht. Die taz-recherchen, um herauszubekommen was es denn nun mit dieser „erklärung" auf sich hat, weisen nur die politische dummheit dieser zeitung aus: wenn sich, wie behauptet, die guerillagruppen „auflösen wollen" wendet man sich an die bürgerlichen medien und das bka. So einfach ist das. Wenn wir hören, die taz macht dicht, rufen wir bei baum an ob das auch stimmt. (möglich, daß es in diesem fall die kompetente adresse ist).

Naja - die taz wird sich darauf hinausreden, sie wüßte nicht wie sie bei der guerilla rückfragen könnte. Allerdings ist das nicht so „einfach" - und das ist auch gut so. Das hat aber hiermit nichts zu tun. Die gefangenen aus der guerilla sind sehrwohl zu erreichen. Denn es dürfte wohl klar sein, daß eine entscheidung wie die behauptete, allemal eine politische entscheidung ist, keine technische, keine militärische und betrifft insofern alle die in der guerilla organisiert sind. Ob nun bewaffnet oder zwangsweise entwaffnet. Es ist die gleiche politische entscheidung wie die, den bewaffneten antiimperialistischen kampf aufzunehmen. Eine entscheidung, die auch nur von allen getroffen werden konnte. Daß da irgendwer in der guerilla - und dann auch noch für alle guerillaorganisationen - die auflösung beschließen könnte, ohne daß dem eine diskussion unter allen in der guerilla organisierten, den bewaffneten, den gefangenen, den uns unterstützenden genossen und den politischen sympathisanten vorausgegangen wäre, so dumm dies zu glauben kann man doch nicht einmal bei der taz sein - oder! Dabei gehen wir noch davon aus, daß diese blödsinnige erklärung kein taz-produkt ist. Wundern würden wir uns aber nicht.

Wichtiger ist uns allerdings die objektive funktion dieser „erklärung": sie soll verwirrung stiften; die kräfte desorientieren, die sich gerade jetzt, angesichts der forcierten bestrebungen des us-imperialismus die initiatvive wieder ansichzureißen, überlegen, wie der widerstand dagegen am effektivsten organisiert werden kann und sich an der antiimperialistischen politik der metropolenguerilla orientieren; die nicht bereit sind sich hier atomisieren zu lassen und deshalb auch nicht bereit sind, auf die friedensheuchelei der bonner parteien hereinzufallen, deren gezinktem „liberalisierungs"-geschwätz, mit dem sie versuchen den wachsenden widerstand gegen den imperialismus zu unterlaufen. Die taz-meldung wirkt in ihrer funktion objektiv als staatsschutzprodukt. Sie paßt in die strategie der eliminierung sämtlicher revoluionärer positionen in der westdeutschen linken, deren ziel es ist, den widerstand gegen die immer offenere aggressivität und kriegstreiberei des imperialismus unmöglich zu machen. Verwirrung durch desinformation auch gerade jetzt, wo sich abzeichnet, daß die staatliche und linksbürgerliche „entsolidarisierung" mit dem bewaffneten revolutionären kampf nicht mehr greift, daß der bruch mit dem staat und gegen ihn wieder deutlicher vollzogen wird.

Es ist nicht außergewöhnlich, daß die taz diese „erklärung" veröffentlichte. Sie reiht sich ein in unzählige verdrehungen und lügen über den bewaffneten kampf und die politik der gefangenen - und überhaupt als **die** redaktionslinie: jeden widerstand zu verschweigen der mit reformistischer politik bricht. Da geht es den militanten akw-gegnern nicht anders als uns.

Es gibt keinen grund den bewaffneten antiimperialistischen kampf einzustellen. Im gegenteil! Die bedingungen aus und gegen die wir uns vor zehn jahren entwickelten haben sich nicht aufgelöst. Sie haben sich verschärft und die situation spitzt sich zu. Das betrifft alle. Es sind die lebensbedingungen in den kapitalistischen metropolen und es ist noch mehr die tatsache, daß sich der imperialismus darauf vorbereitet hat und seine militärmaschine in gang bringt, um auch vom boden der brd aus erneut einen krieg gegen die um ihre befreiung kämpfenden völker zu führen und es real ist, daß die brd zum atomaren schlachtfeld für den krieg der imperialisten wird - **wenn wir es nicht verhindern!** Sie brauchen „ruhe im land" - und es liegt an uns, der revolutionären linken, ob diese politik aufgeht.

Wir sagen: „Den widerstand gegen die akws und deren export mit dem widerstand gegen die mittelstreckenraketen verbinden, den widerstand gegen die kriegsvorbereitung des imperialismus und die ausplünderung der 3. welt mit dem kampf um selbstbestimmung gegen die kapitalistische maschine und seine todeskultur organisieren und vorantreiben - **also die zweite front gegen den imperialismus in westeuropa aufbauen, die illegalität organisieren, die politik bewaffnen, den antiimperialistischen angriff durchführen. Freiheit im kampf um befreiung!"**

Moabit-Trakt, 29.4.80

A.-Th.Vogel / T. Meyer
Für die gefangenen aus der bewegung 2. juni

Horst Mahlers neues Weltbild

Unter dem Titel „Der Minister und der Terrorist" sind die Gespräche zwischen Innenminister Baum und Horst Mahler, Ende '79 im „Spiegel" veröffentlicht, vor kurzem als Buch auf dem Markt erschienen, von Baum persönlich autorisiert, von der CDU/CSU lautstark als „Geschmacklosigkeit" und „Gefahr für die Innere Sicherheit" verbellt, ungekürzt und darüberhinaus noch ergänzt um je eine Erklärung von Mahler und Baum zu dem Gespräch, „Thesen" einer Antiterrorismustagung des Bundesinnenministeriums von 1978 sowie einen „amtlichen Ereigniskalender des Terrorismus von 1967 - 1980".

Viel Neues bringt das Buch allerdings nicht; bekanntlich wird getretener Quark ja breit und nicht stark. Interessant – und traurig zugleich – ist aber doch, wie Mahler den „Dialog" mit Baum, die von ihm geforderte Versöhnung mit dem Staat in seiner Erklärung zum Gespräch rechtfertigt.

Mahler gibt an, er wolle von Grund auf die Prämissen einreißen, mit denen die RAF und „*auch die anderen Gruppen, die sich verschworen haben, mit bewaffneter Gewalt hier und jetzt ihre sozialrevolutionären Ziele zu verfolgen*", ihre Aktionen rechtfertigen.

Mahler behauptet: „*Wer eine humanere Welt erstrebt, der schießt auf Menschen nur in Notwehr, und er muß, wenn er die ‚Büttel des Kapitalismus' als Ziele markiert, zweierlei annehmen:*

– er muß im Kapital das Böse schlechthin sehen, das uns zu vernichten droht, und

– er muß meinen, daß die Büttel, also die Funktionäre der staatlichen Zwangsgewalt, die Organe des Bösen sind, das sich durch sie als zerstörende Macht durchsetzt".

Schuld an diesem Irrtum der RAF und anderer sei ihre Annahme, daß diese Gesellschaft „*gespalten in sich feindlich gegenüberstehende Klassen*" sei. Das aber seien nur „*marxistische Gemeinplätze*"; die ‚Krise des Marxismus' mache immer deutlicher, „*daß wir im Begriff sind, ein für allemal jenes manichäische Weltbild zu überwinden, das durch die Jahrtausende hindurch Eiferer des Guten zur terroristischen Ekstase begeisterte und dessen moderne Gestalt sich auf die Marxsche Lehre zurückführt*".

Im übrigen zeige sich das Ende des Marxismus als eine „*den Völkern aufgezwungene Staatsreligion*" auch „*in der erstaunlichen Tatsache,.... daß die Arbeiter, das von Marx gekorene Subjekt der Geschichte.... angefangen haben, die Marxsche Lehre absichtsvoll zu vergessen und von seiner Revolutionstheorie nichts

die Marxsche Lehre zurückführt".
Im übrigen zeige sich das Ende des Marxismus als eine „den Völkern aufgezwungene Staatsreligion" auch „in der erstaunlichen Tatsache,.... daß die Arbeiter, das von Marx gekorene Subjekt der Geschichte.... angefangen haben, die Marxsche Lehre absichtsvoll zu vergessen und von seiner Revolutionstheorie nichts

mehr wissen (zu) wollen.*" Denn so Mahler:

„*Die Situation hat sich gründlich gewandelt*": Im 19. Jahrhundert habe den verelendeten Arbeitern „*tatsächlich nichts anderes einfallen (können) als die Forderung nach Enteignung der Eigentümer, die sie unmittelbar als Blutsauger erlebten.*" Heute dagegen dominiere „das institutionalisierte Kapital", „*hinter den Sachzwängen steht niemand mehr; vielmehr werden jetzt von a l l e n – auch von den Managern und den Individuen der politischen Klasse – als eine Bedrohung sowohl ihrer gesellschaftlichen Funktion als auch ihrer privaten Existenz erlebt und empfunden.*" Der „*Gegensatz zwischen den Dirigenten des Produktionsapparates und ihren Befehlsempfängern*" sei „*durchaus nicht mehr unversöhnlich, sondern überbrückbar angesichts der gemeinsamen Bedrohung durch jene Sachzwänge, die die Lebensmöglichkeiten der Gattung ruinieren und jetzt auch die Dirigenten des Produktionsapparates zu seelenlosen Funktionären einer unüberschaubaren Maschinerie machen.*"

Mit diesem, ausdrücklich eng an Bahro angelehnten „neuen" Mahlerschen Weltbild ist der Übergang zum platten Reformismus vollzogen. Kein Wunder, daß Baum Mahlers Vorstellungen „interessant" findet.

Mahler behauptet, es könne heute nicht mehr darum gehen, „*den Staatsapparat zu zerschlagen, weil man damit auch den gesellschaftlichen Prozeß insgesamt zerstört.*" Vielmehr sei das „Regiment" der „Dirigenten" nur eine „*Herrschaft ohne Macht, die gebrochen wird, sobald die Menschen sich in ihren jeweiligen gesellschaftlichen Funktionen als ein Ganzes erfaßt und gemeinsam einen begehbaren Weg zur gesellschaftlichen Kontrolle der Sachzwänge erarbeitet haben, denn Sachzwänge verlieren durch das Wissen von ihrer Zähmbarkeit die Selbständigkeit, die sie ohne dies Wissen gegen die Menschen haben....*"

Für den wieder mal „geistig" total umgestülpten Mahler ist es selbstverständlich, mit dem Polizeiminister und den Staatsorganen im Interesse des ‚Ganzen', der ‚Gattung', der Verminderung der ‚Sachzwänge' usw. zu kooperieren, der nach Mahlers Meinung aus der Nazi-Zeit als Relikt zurückgebliebenen „Dämonisierung des Staates" ein ‚positives Staatsverständnis' entgegenzustellen, aktiv zusammen mit den Staatsschutzorganen eine „politische Lösung des Terrorismusproblems" zu suchen.

Noch ein Wort zum Standort des ganzen Buches: In dem „Ereigniskalender" heißt es u.a.: „ 4. Dezember, Berlin – Schußwaffengebrauch gegen einen Polizeibeamten bei Festnahmeversuch, Täter: Georg von Rauch, der in Notwehr erschossen wird. Der Beamte wird verletzt."

Es ist landbekannt, daß Georg von Rauch mit erhobenen Händen an

Noch ein Wort zum Standort des ganzen Buches: In dem „Ereigniskalender" heißt es u.a.: „ 4. Dezember, Berlin – Schußwaffengebrauch gegen einen Polizeibeamten bei Festnahmeversuch, Täter: Georg von Rauch, der in Notwehr erschossen wird. Der Beamte wird verletzt."
Es ist landbekannt, daß Georg von Rauch mit erhobenen Händen an

der Wand stand, als er erschossen wurde ! Die anderen Daten der Chronologie werden nach demselben Muster zusammengestellt sein: Staatsschutzlegenden.

Antifakommission
KB/Gruppe Hamburg

Italienisch-Sprachkurse in Florenz

Liebe AK-Leser/innen!

Uns erreichen des öfteren Anfragen zu den Italienisch-Kursen in Florenz. Deshalb seien hier noch einmal die Termine für dieses Jahr genannt (und vervollständigt!). Die vierwöchigen Sprachkurse beginnen am 2.6., 30.6.; 4.8.; 15.9.; 29.9.; 27.10.. Neben dem quasi-schulischen Sprachunterricht treffen die Teilnehmer mit Mitgliedern von Parteien, alternativen Medien, Stadtteil- und Frauengruppen, Einrichtungen „alternativer Psychiatrie" (je nach Wunsch und Möglichkeit) zusammen. Es ist das Konzept der Lehrer, die Sprache zu lehren, indem frau/man sich mit den Problemen und Interessengruppen in Italien beschäftigen und sie direkt befragen kann. Die Vier-Wochen-Kurse kosten 350 DM, zuzüglich etwa 200-300 DM für Übernachtung (bei Bedarf).

Außerdem bieten die italienischen Genossen (die nebenbei aus verschiedenen Lagern der Linken kommen) interessante Sonderkurse an:

23.6. - 28.6.: Psychiatrie und Antipsychiatrie – Das italienische Modell
7.7. - 19.7.: Theoretisch-praktisches Theaterseminar (in der Zeit des Sommertheaterfestivals in Florenz)
15.9. - 27.9.: Zehn Jahre italienisches Kino „nach der Revolution". Von Ferreri bis Bertolucci.

Anmeldung: CENTRO KOINE, Via de' Pandolfini 27, 50122 Firenze, Tel.: 0039 - 55 - 265088.

Leider können wir keine Mitfahrgelegenheiten organisieren. Versucht es doch über TAZ etc. und bittet die italienischen Lehrer um eine Teilnehmerliste! Allerdings verfügen wir über eine Informationsbroschüre von KOINE, die wir Euch zuschicken könnten. (1 DM Rückporto). Zur Vorbereitung des Kurses empfehlen wir Euch unsere AK-Artikel in Nr. 116, 132, 155, 158 (Bücher über Italien), 159, 160, 169, 173 (S. 44), 176 (S. 3).

Wer Lust hat, über Italien weiter zu „arbeiten", kann dies natürlich in der Italienkommission tun. Voraussetzungen sind weder Mitgliedschaft im KB noch lückenlose italienische Sprachkenntnisse, wohl aber Interesse an der Sache und eine ungefähre Übereinstimmung mit der Linie unserer bisherigen Veröffentlichungen.

Re., Italienkommission

DDR: Weiter auf dem Wege »wissenschaftlich-technischen zur Revolution« ...

Seit dem 11. ZK-Plenum der SED, das im Dezember letzten Jahres stattfand, und dem 12. SED-ZK-Plenum, das die Einberufung des 10. Parteitages für Anfang 1981 beschloß, sind einige z.T. sehr einschneidende Maßnahmen eingeleitet worden, die vor allem dadurch geprägt sind, daß die „wissenschaftlich-technische Revolution", also die Einführung von Industrierobotern und Mikroprozessoren in der Industrie und Verwaltung, enorm vorangetrieben werden soll. Ziel dabei ist ein starker Rationalisierungsschub und die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Honecker forderte ein „Umdenken", eine Abkehr von der sog. „Tonnenideologie", wonach bei der Erfüllung bzw. Übererfüllung der Wirtschaftspläne bisher vor allem quantitative Faktoren zum Gradmesser genommen wurden. (Unter anderem diesem Ziel diente die letzte Wirtschaftsreform. Vergl. AK 167, S. 58.)

Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben und im Exportgeschäft die notwendigen westlichen Devisen zu erhalten, sollen verstärkt qualitative Faktoren eine entscheidendere Rolle spielen.

Zu diesen Maßnahmen gehört auch, daß die SED-Führung zwar zusicherte, daß die Preise für die Grundnahrungsmittel, die Mieten usw. stabil bleiben, aber für Waren des „gehobenen Bedarfs" Preissteigerungen ankündigte.

Honecker führte dazu aus, daß die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR von „*negativen Entwicklungen*" auf dem Weltmarkt „*nicht unbeeinflußt*" seien (1), und daß die DDD als ein Land, daß „*sehr stark von Export und Import abhängig ist*", diese Abhängigkeit „*sehr wohl in Rechnung stellen*" müsse (1).

In der Tat ist die DDR vor allem von Rohstoffen (Erdöl, fast sämtliche Metalle) abhängig, die sie z.T. auf dem Weltmarkt für stark gestiegene Preise einkaufen muß. Aus diesen Importen wiederum müssen technisch konkurrenzfähige Industrieerzeugnisse gefertigt werden, um dafür die so dringend benötigten Devisen zu erhalten. Zwei Drittel aller Warenexporte wickelt die DDR innerhalb des RGW ab, vor allem mit der Sowjetunion, und auch diese „Bruderstaaten" verlangen hochwertige Erzeugnisse.

Die Lösungen der SED-Führung beinhalten im Wesentlichen:

1) Einen „*volkswirtschaftlich spürbaren Rationalisierungsschub*" (1), d.h. die Einführung von Mikroprozessoren und Industrierobotern in der Industrie und die Umsetzung der dabei freigesetzten Arbeitskräfte. Honecker gab an, daß zwischen 1976 und 1978 zwar 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, aber nur 7.700 eingespart

Die Lösungen der SED-Führung beinhalten im Wesentlichen:
1) Einen „volkswirtschaftlich spürbaren Rationalisierungsschub" (1), d.h. die Einführung von Mikroprozessoren und Industrierobotern in der Industrie und die Umsetzung der dabei freigesetzten Arbeitskräfte. Honecker gab an, daß zwischen 1976 und 1978 zwar 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, aber nur 7.700 eingespart

worden seien, und forderte eine Umkehrung dieses Verhältnisses.

2) Die „*energische Erhöhung der Effektivität auf allen Gebieten*" (1). Dazu zählt vor allem als ein „*Hauptfaktor*" die „*Senkung der Kosten*" vor allem im Energiebereich und im sparsameren Einsatz von Rohstoffen.

3) Eine zielgerichtete Investitionspolitik. Die Investitionen sollen überwiegend für „Maßnahmen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" eingesetzt werden – also für Rationalisierungen. Aufgrund der Lage auf dem internationalen Weltmarkt mußte Honecker einschränkend hinzufügen, daß Investitionen nur in „bestimmtem Maße" zur Verfügung ständen.

Honecker wies bereits auf dem 11. ZK-Plenum darauf hin, daß „*die ganze Tragweite dieser komplizierter werdenden Zusammenhänge*" noch nicht „*überall ... verstanden und zur Grundlage des Handelns gemacht worden*" sei. Das sei eine „wichtige ideologische Frage" (1).

Wie immer nach solchen „richtungsweisenden" ZK-Beschlüssen begann der Alltag in der DDR: Betriebsleiter und Werkdirektoren legten zahlreiche „Verpflichtungen" zur Übererhöhung des Plansolls ab, und auch die Kontrolle der Parteidokumente aller SED-Mitglieder diente im Wesentlichen dieser „ideologischen" Aufgabe (vergl. AK 176).

Darüberhinaus wurden Verordnungen für die 129 Industriekombinate, in denen fast die gesamten Betriebe der DDR in Großkonzernen zusammengefßt sind, erlassen, die den Verantwortungsbereich der Generaldirektoren noch stärker als bisher absichern und ausweiten. Zwar werden diese 129 Kombinate durch die SED-Industrieministerien und durch die „Staatliche Planungskommission" direkt kontrolliert, auf der anderen Seite besitzen die Herren Generaldirektoren fast unumschränkte Macht und Handlungsfreiheit; von einer Mitbestimmung oder gar einer Beteiligung der Arbeiter/innen an der Führung der Betriebe kann sowieso keine Rede sein.

Inzwischen ist den Generaldirektoren noch ein Leiter der „Abteilung Preise" beigegeben worden, um die „Flexibilität" bei der Preisgestaltung zusätzlich zu erhöhen und dem Weltmarkt anzupassen (2). Diese Maßnahme erfolgte vor dem Hintergrund, daß die SED-Führung zu Recht weitere „Preisexplosionen" (Honecker) auf dem Weltmarkt auf sich zukommen sieht und daß dafür die nötige Handlungsfreiheit sichergestellt werden soll.

Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Schürer, legte auf dem 12. ZK-Plenum recht offen dar, daß der Abschied von der „Tonnenideologie", das Messen der Plan(über)erfüllungen vor allem an der Waren m e n g e , längst noch nicht vollzogen ist und der SED-Führung offensichtlich immer noch Schwierigkeiten bereitet. Statt der bisherigen e i n e n Kennziffer, an der sich die Betriebsleitungen und Arbeiter zu orientieren hatten, gibt es nun derer drei: Die erste Kennziffer bezeichnet die „industrielle Warenproduktion"; die zweite die „Nettoproduktion", die angeben und kontrollieren soll, wieviele Waren w e r t mäßig durch „Materialeinsparungen" produziert werden; die dritte Kennziffer gibt die „Grundmaterialkosten je 100 Mark Warenproduktion" an. Besonderes Gewicht wird auf die Kontrolle der Energie- und Rohstoffeinsparungen gelegt (3). Schürer erhofft sich durch die Einführung der neuen Kennziffern eine spürbare „Stimulanz" und zusätzliche „materielle Anreize", um auf diese Weise „einen größeren neuen Wert" für die DDR-Wirtschaft, also die erhöhte Akkumulation von Kapital, sicherzustellen (3).

Allerdings ist es mit diesen SED-Beschlüssen nicht getan – es regt sich Widerstand auch auf Betriebsleitungsebene. Nicht umsonst wies Schürer darauf hin, daß die angestrebte Rationalisierungs-, Spar- und Modernisierungswelle in den Industriekombinaten zu einer „Grundfrage" geworden sei, das „*Material höher zu veredeln, mehr Wert, mehr Produkte, mehr volkswirtschaftliche Endprodukte zu schaffen*" (3).

Allerdings scheint das planwirtschaftliche Instrumentarium noch nicht ganz Herr der Lage zu sein, denn das SED-Politbüro faßte einen Beschluß, die Kombinate darauf festzunageln, „*welche Konsumgüter zu welchem Termin und in welchen Stückzahlen neu in die Produktion aufgenommen werden*" (4).

Die SED-Führung beabsichtigt

Endprodukte zu schaffen" (3).
Allerdings scheint das planwirtschaftliche Instrumentarium noch nicht ganz Herr der Lage zu sein, denn das SED-Politbüro faßte einen Beschluß, die Kombinate darauf festzunageln, „welche Konsumgüter zu welchem Termin und in welchen Stückzahlen neu in die Produktion aufgenommen werden" (4).
Die SED-Führung beabsichtigt

außerdem, die „*Vorgabe, die Erfassung und Kontrolle der Kosten in Kombinaten ... sowie die exakte Abrechnung und Analyse der Kosten durch die Leiter ... straffer zu organisieren*" (4). Inge Lange, die den Bericht auf dem 12. ZK-Plenum der SED hielt, kündigte an, den Kampf „*um sparsamsten Umgang mit Material und Energie, die Senkung der Kosten sowie gegen jegliche Verschwendung von Volksvermögen ... energisch zu führen*" (4).

Als letzte Maßnahme sei angeführt, daß Richtlinien erlassen wurden, um einen „exakten Leistungsvergleich" zwischen den Industriekombinaten und Betrieben transparenter zu machen. Von einer „gesunden Konkurrenz" erhofft sich die SED-Führung zusätzliche Stimulanz für die Leistungssteigerung.

Bei der „Aussprache" auf dem 12. ZK-Plenum wurden allerdings die Mängel und auch Widerstand bei Durchführung der beschlossenen Maßnahmen laut.

+ So bemängelte Hans Modrow, Mitglied des ZK und 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden, daß es „*skeptische Stimmen von Leitern und ganzen Kollektiven*" zu den „Erfordernissen" gegeben habe; es bestünden noch „Positionen des Wartens"; das Tempo bei der Steigerung der Produktion von hochwertigen Gütern reiche nicht aus. Deshalb müsse noch immer ein „prinzipieller Streit" um diese Fragen geführt werden (5).

+ Auch Herbert Ziegenhahn (vom SED-ZK und der Bezirksleitung Gera) beklagte die „*noch vorhandene ungerechtfertigte Differenziertheit und die sich dahinter verbergenden großen noch zu erschließenden Reserven*". Ziegenhahn bemängelte die „*erheblichen Unterschiede, die ihre Ursachen im Niveau der Führungstätigkeit, der politisch-ideologischen Arbeit, der ... Grundorganisationen und der Leiter haben*" (5). Er forderte, „*Reserven in neuen Größenordnungen zu erschließen*" (5).

Bemerkenswert ist bei den „Aussprachen" ferner die Einführung einer weiteren neuen „Kennziffer": die der Arbeiter, die der Rationalisierung zum Opfer fallen sollen und entsprechend „umgesetzt" werden.

– So versprach Edith Weingart (SED-ZK) die „Freisetzung" von 400 anstelle der ursprünglich geplanten 173 Arbeitskräfte im Bezirk Arnstadt (5).
– Im Industriegebiet Wismut versprach der dortige ZK-Bezirkssekretär die „Freisetzung" von 3.000 Arbeitern.
– Im Bezirk Potsdam sind rund 4.000 „Arbeitskräfteeinsparungen" vorgesehen, die durch 40 Industrieroboter ersetzt werden sollen (6).
– Im Bezirk Gera sind es „annähernd 3.000", in Karl-Marx-Stadt rund 500, im Bezirk Magdeburg rund 4.000 eingesparte Arbeitsplätze; hinzu kommen weitere 5.000, die „*für einen Leistungszuwachs in anderen Bereichen freigesetzt werden*" (7).
– Im Bezirk Leipzig sind es 18.500 Arbeitsplätze, die „neu- oder umgestaltet" werden sollen – und zwar innerhalb eines knappen Jahres bis zum 10. SED-Parteitag (7).
– In Frankfurt (Oder) beträgt die Arbeitskräfteeinsparung rund 4.500 (7).

Im Rahmen der Einführung elektronischer Datenverarbeitung hat die SED-Führung natürlich auch den gesamten Verwaltungsbereich „entdeckt", wo es – wie im Westen – noch reichlich zu rationalisieren gilt. „*Heute vollbringen in der EDV 70.000 Beschäftigte Leistungen, für die ohne diese Technik 500.000 Arbeitskräfte nötig wären*" berichtet ein „ND"-Kommentator. Seit 1977 seien die Kosten für den Verwaltungsbereich konstant geblieben, und seitdem ging die Anzahl der Beschäftigten in Industrie- und Bauwesen um 3.000 zurück.

Nach den entsprechenden drastischen ZK-Beschlüssen soll sich das ändern: Allein in diesem Jahr sollen rund 8.000 Beschäftigte durch EDV-Anlagen ersetzt werden.

Das sind Zahlen nur für den Industriebereich und das Bauwesen. Es liegt auf der Hand, daß auf die insgesamt 1,8 Mio. in der Verwaltung Beschäftigten noch einiges zukommen wird ... (10).

Wenn die SED-Führung immer wieder darauf hinweist, daß solche Wirtschafts-Maßnahmen „ideologische Grundfragen" seien, so ist bemerkenswert, welch t e c h n o k r a t i s c h e s Verständnis von Ideologie dahinter steht:

Den Arbeitern wird ausschließlich erklärt, daß ihr Wohlstand von der in-

gesamt 1,8 Mio. in der Verwaltung Beschäftigten noch einiges zukommen wird ... (10).
Wenn die SED-Führung immer wieder darauf hinweist, daß solche Wirtschafts-Maßnahmen „ideologische Grundfragen" seien, so ist bemerkenswert, welch t e c h n o k r a t i s c h e s Verständnis von Ideologie dahinter steht:
Den Arbeitern wird ausschließlich erklärt, daß ihr Wohlstand von der in-

ternationalen Wettbewerbsfähigkeit der DDR abhängig sei; der eigentliche Hebel sei das Vorantreiben der „wissenschaftlich-technischen Revolution", und deren Basis wiederum sei die führende Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz. Niemand anders als Günter Mittag, sozusagen der 'Deng' in der DDR, lobte die Rolle der Wissenschaftler in den höchsten Tönen; es hätte sich für diese Schicht eine „neue Rolle" herausgebildet, die selbstverständlich auch „*ihre Stellung in der Gesellschaft*" entscheidend betreffe. Die „Partei" habe „Achtung" vor den Wissenschaftlern und vor deren „*kühnen Forschungsgedanken*" (9).

Für die Arbeiter/innen bringen die neuen Beschlüsse die von der SED-Führung geforderte energische Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um mehr Kapital zu akkumulieren, den Mehrwert zu erhöhen, sowie für Umsetzungen an Arbeitsplätzen, wobei sich wiederum die Trennung von Hand- und Kopfarbeit beträchtlich erhöht dank der „neuen Rolle" der wissenschaftlichen Intelligenz.

Oder wie es Günter Mittag ausdrückte: „*Hier geht es ... um objektive ökonomische Erfordernisse, um objektive Gesetze, die in der Marx'schen Werttheorie formuliert sind*" (9) – aber wohlgemerkt: Gesetze der k a p i t a l i s t i s c h e n Ökonomie, die zu „objektiven" Gesetzmäßigkeiten umgedichtet werden.

Anmerkungen:

(1) „Neues Deutschland" („ND"), 14.12.79
(2) „FAZ", 28.5.80
(3) „ND", 23.5.80
(4) „FAZ", 24.5.80
(5) „ND", 23.5.80
(6) „ND", 6.6.80
(7) „ND", 6.6.80
(8) „DDR-Wirtschaft", herausgegeben vom DIW, Fischer-Handbuch, S. 267
(9) „ND", 15.12.79

Der Kominform-Konflikt 1948

1948 brach die UdSSR die Beziehungen zu Jugoslawien abrupt ab und begann eine scharfe Polemik gegen die Kommunistische Partei Jugoslawien (KPJ). Dieser Konflikt war von Anfang an nicht bloß ein Meinungsstreit zwischen Parteien, sondern ein zwischenstaatlicher Konflikt. Der Bruch mit Jugoslawien ordnete sich in die veränderte außenpolitische Konstellation ein. Angesichts des Zerfalls der Anti-Hitler-Koalition und der 1947/48 begonnenen Politik des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion, war die SU bemüht, den ihr zugefallenen Einflußbereich zu stabilisieren. Jugoslawien wurde dabei als Störfaktor angesehen.

Der zentrale Vorwurf gegen die KPJ lautete, sie würde einen „Weg des Verrats an der Freundschaft mit der Sowjetunion" beschreiten. Unserer Ansicht nach hat die Sowjetunion in erster Linie aus machtpolitischen Interessen versucht, Jugoslawien unter Druck zu setzen. Die von der KPdSU erhobenen Anschuldigungen gegen die KPJ sind zwar großteils richtig, vor dem Hintergrund der Politik der KPdSU selbst allerdings nicht sonderlich glaubwürdig.

Wie alles anfing

„Kominform" ist die Abkürzung für das 1947 gegründete „Informationsbüro der kommunistischen Parteien", das eine Nachfolgeorganisation der 1943 aufgelösten Kommunistischen Internationale (Komintern) war.

Der Kominform gehörten die KP's von SU, Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Frankreich und Italien an.

Am 18./19. März 1948 berief die Sowjetunion sämtliche Militärfachleute und Zivilberater aus Jugoslawien ab, wogegen Tito als Präsident des Landes am 20. März in einem Schreiben an den sowjetischen Aussenminister Molotow protestierte.

Das ZK der KPdSU richtete daraufhin ein Schreiben an das ZK der KP Jugoslawiens, in dem es die Maßnahmen rechtfertigte.

Die KPdSU behauptete, bei den jugoslawischen Führern würden „antisowjetische Gerüchte" die Runde machen wie: *„Die KPdSU sei in Entartung begriffen, in der USSR hersche Großmacht-Chauvinismus, die USSR*

tung begriffen, in der USSR hersche Großmacht-Chauvinismus, die USSR

wolle das neue Jugoslawien wirtschaftlich unterjochen, das Kominform sei für die KPdSU ein Mittel, die anderen Parteien unter ihre Herrschaft zu bringen usw."(1).

Die KPdSU verglich die jugoslawischen Führer mit Trotzki und warnte: **„Seine politische Laufbahn kann, so glauben wir, als Lehre dienen"** (2).

Ferner behaupteten die Sowjets: *„Innerhalb der KPJ besteht keine Demokratie"* (2), was u.a. damit belegt wurde, *„daß der Sekretär des Zentralkomitees für Kaderführung gleichzeitig Polizeiminister"* (2) war.

Weitere Vorwürfe: *„Der Geist des Klassenkampfes ist in der KPJ nicht zu spüren. Die Entwicklung der kapitalistischen Elemente auf dem Lande und in den Städten ist in vollem Aufschwung begriffen"*(2).

Am 13.4.48 antwortete das Zentralkomitee der KPJ. Es beschuldigte die ZK-Mitglieder Zujovic und Hebrang, sie hätten der SU *„ungenaue und verleumderische Informationen"* gegeben und damit *„eine partei-und staatsfeindliche Tätigkeit"* betrieben (3). Bald darauf wurden Zujovic und Hebrang von der jugoslawischen Parteiführung als „Verräter, Saboteure und Fraktionisten" (4) beschimpft.

Im Brief der KPJ vom 13.4.48 wurde behauptet, die sowjetischen Militärberater in Jugoslawien hätten viermal so hohe Gehälter wie die jugoslawieschen Armeekommandanten. Diese Behauptung wurde von der UdSSR in ihren folgenden Briefen nicht bestritten.

Das ZK der KPJ bestritt außerdem dem Botschafter der UdSSR das Recht, „Informationen über die Tätigkeit unserer Partei zu sammeln" (5).

Am 4.5.48 antwortete die KPdSU. Sie warf der jugoslawischen Führung vor, den Botschafter der SU *„auf die gleiche Stufe wie irgendeinen bürgerlichen Gesandten, einen gewöhnlichen Beamten eines bürgerlichen Staates"* zu stellen (8), indem sie ihm verbiete, Informationen zu sammeln. Sie würden dem jugoslawischen Gesandten in Moskau gestatten, *„Informationen über unsere Partei zu sammeln"* (ebenda).

Wenn die „jugoslawischen Genossen" auch in Zukunft *„auf ihrer antisowjetischen Haltung beharren"*, würden sie einen *„Weg des Verrats an der Freundschaft mit der Sowjetunion, des Verrats an der sozialistischen Einheitsfront, an der UdSSR und den Volksdemokratien"* beschreiten (9).

Die KPJ gehe von der *„opportunistischen Haltung (aus), nach welcher der Klassenkampf sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht verschärft, wie es der Marxismus-Leninismus lehrt, sondern abstirbt" (10). „Man betrachtet die Bauern als ein Ganzes und mobilisiert nicht die Partei, um die Schwierigkeiten, die durch das Anwachsen der kapitalistischen Elemente auf dem Lande entstehen, zu überwinden"* (ebenda).

Als **„Hauptfehler der jugoslawischen Genossen" bezeichnete die KPdSU die Haltung der KPJ zur Frage der Beziehung zwischen Partei und Volksfront.** Die Volksfront könne nicht die führende Kraft der Gesellschaft sein, sondern die KP als „die höchste Organisationsform der Arbeiterklasse" (11).

In der Volksfront seien „ganz verschiedene Klassenelemente" vertreten: „Kulaken (Großbauern – Anm. d.Verf.), Kaufleute, kleine Industrielle, bürgerliche Intellektuelle"(ebenda). Die KPdSU sah *„die Gefahr, daß die Tendenzen zur Liquidierung der KPJ zunehmen könnten"* (12); damit bestünde die „Gefahr der Entartung" Jugoslawiens" (ebenda).

Die KPdSU lehnte den jugoslawischen Vorschlag, das ZK der KPdSU möge Vertreter nach Jugoslawien schicken, um die Differenzen zu diskutieren, ab. Statt dessen sollten die Differenzen auf der nächsten Sitzung des Kominform behandelt werden.

In einem Brief vom 17.5.48 wandte sich die KPJ dagegen, die sowjetisch-jugoslawischen Differenzen „vor dem Kominform zu diskutieren". Begründet wurde dies damit, daß die KPdSU die neun Mitgliedsparteien des Kominform vom Inhalt des Briefes der KPJ vom 13.4.48 ohne Zustimmung der KPJ in Kenntnis gesetzt hatte.

Zugleich erklärte die jugoslawische Parteiführung, sie werde *„unbeirrt weiter am Aufbau des Sozialismus arbeiten und der Sowjetunion sowie den Erkenntnissen von Marx, Engels, Lenin und Stalin treu bleiben"*. (ebenda).

Engels, Lenin und Stalin treu bleiben". (ebenda).

Am 22.5.48 schrieb das ZK der KPdSU an die KPJ, daß deren *„Weigerung, vor dem Informationsbüro zu erscheinen, bedeutet, daß das ZK der KPJ einen Weg geschreitet, der zur Loslösung von der vereinigten internationalen Front der Volksdemokratien und der USSR führt, und daß es seine Partei und das jugoslawische Volk jetzt auf den Verrat an dieser vereinigten Front vorbereitet"* (14).

Am 20.6.48 richtete das Politbüro des ZK der KPJ einen Brief an das Kominform, in dem es versprach, seine *„Politik der Solidarität und der engen Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion"* fortzusetzen.

Am 29.6.48 verabschiedete das Kominform „einmütig" eine Resolution „über die Lage der Kommunistischen Partei Jugoslawiens", in der es u.a. hieß „daß die Leitung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in der letzten Zeit in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik und der Innenpolitik eine falsche Linie verfolgt.

Gegenüber der UdSSR würden die jugoslawischen Führer „eine unfreundliche Politik" verfolgen. Die Resolution wiederholte die Vorwürfe gegen die KPJ in der „Volksfront"-Frage und der Frage des Wachstums kapitalistischer Elemente.

Die Resolution kritisierte das „Gesetz über die Nationalisierung des Kleinhandels und der Kleinindustrie" (17). Das Gesetz sei „abenteuerlich und unmarxistisch" (18). Es sei zunächst erforderlich, *„daß die Partei lange, einleitende Vorbereitungsarbeiten durchführt zur Begrenzung der kapitalistischen Elemente im Dorfe"* (ebenda). Das neue jugoslawische Gesetz sei *„entweder ein im voraus zum Mißerfolg verurteiltes Abenteuer oder eine prahlerische und leere demagogische Erklärung"* (19). (Das Gesetz wurde in den folgenden Jahren n i c h t angewandt – Anm. d. Verf.).

Als „untragbar" bezeichnete es die Resolution, *„daß in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens die elementarsten Rechte der Parteimitglieder mit Füßen getreten werden und daß die geringste Kritik an den unrichtigen Methoden in der Partei schwere Maßregelungen nach sich zieht"* (20). Als Beispiel wurde die Verhaftung der ZK-Mitglieder Zugovic und Hebrang genannt.

Ferner erklärte die Resolution, daß *„in den letzten fünf bis sechs Monaten die schon früher in verhüllter Form bestehenden nationalistischen Elemente offen die Oberhand gewonnen"* hätten (21). Diese Politik könne *„zur Umwandlung Jugoslawiens in eine Kolonie der imperialistischen Länder führen"* (ebenda).

In der Resolution hieß es u.a., das ZK der KPJ habe *„sich selbst und die Kommunistische Partei außerhalb der Familie der Kommunistischen Bruderparteien, außerhalb der kommunistischen Einheitsfront und infolgedessen außerhalb der Reihen des Informations-Büros gestellt"* (22). Die Resolution schloß mit einem Appell an die „gesunden Kräfte" in der KPJ, *„ihre gegenwärtigen Führer zu zwingen, offen und ehrlich ihre Fehler anzuerkennen und sie zu korrigieren"* (21).

Wenn *„sich die gegenwärtigen Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens dazu unfähig erweisen"* sollten, wäre es die Aufgabe der „gesunden Kräfte" der KPJ, *„sie abzusetzen und (durch) eine neue internationalistische Führung"* zu ersetzen (23).

Am Tag der Verabschiedung der Kominform Resolution hielt das ZK der KPJ eine Sitzung ab und formulierte eine Erklärung, in der es dem Kominform vorwarf, *„die Mitglieder der KPJ zum Aufruhr in der Partei und zur Spaltung der Einheit der Partei"* aufzurufen (24). Am 27.7.48 fand in Belgrad der V. Parteitag der KPJ statt, auf dem Tito in einer achtstündigen Rede den Bruch mit der UdSSR rechtfertigte.

Der Konflikt spitzt sich zu

Viele jugoslawische Kommunisten, die sich gegen Titos Kurs wandten und deshalb in Jugoslawien verfolgt wurden, flohen in die SU oder andere osteuropäische Länder. In der CSSR gaben jugoslawische Emigranten schon im Herbst 1948 eine Zeitung mit dem Titel „Nova Borba" heraus. Am 12.10.48 protestierte die jugoslawische Botschaft in Prag dagegen, daß die tschechoslowakische Regierung den Druck und Vertrieb die-

daß die tschechoslowakische Regierung den Druck und Vertrieb die-

ser „Zeitung jugoslawischer Verräter" (26) dulde. Als im Januar 1949 in Moskau der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) gegründet wurde, erhob die jugoslawische Regierung dagegen Protest, daß sie *„weder informiert wurde, noch eingeladen wurde, daran teilzunehmen, obwohl alle Länder, die an der Konferenz teilnahmen, ohne Ausnahme Verträge über politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien haben"* (27).

Die sowjetische Regierung bezeichnete in ihrer Antwortnote die Teilnahme Jugoslawiens am RGW als „nicht wünschenswert". Eine solche Teilnahme würde *„nur dann möglich sein, wenn die jugoslawische Regierung ihre feindliche Politik gegen die UdSSR und die volksdemokratischen Länder aufgibt und zu der früheren Politik der Freundschaft zurückkehrt"* (28).

Im Mai 1949 warf Jugoslawien Albanien vor, „bewaffnete Grenzprovokationen jugoslawischer Verräter" zu unterstützen. Entsprechende Anschuldigungen wurden umgekehrt von Kominform-Seite, insbesondere von Bulgarien, gegen Jugoslawien erhoben.

Im November 1949 verabschiedete das Kominform erneut eine Resolution über Jugoslawien, mit dem Titel **„Die Kommunistische Partei Jugoslawiens in der Gewalt von Mördern und Spionen".** In dieser Resolution hieß es, die Tito-Clique habe in der Zeit vom Juni 1948 bis November 1949 den **„Übergang vom bürgerlichen Nationalismus zum Faschismus"** vollzogen (29).

Die jugoslawische Regierung wurde als „faschistische Spionageclique", die „faschistische Ideologie" verbreite, bezeichnet. *„Die Grausamkeit, mit der in Jugoslawien die Ausrottung von standhaften Kämpfern für den Kommunismus durchgeführt wird, läßt sich nur vergleichen mit den Bestialitäten der Hitlerfaschisten"*, hieß es in der Resolution.

Die Regierenden in Jugoslawien seien „unmittelbare Helfershelfer der Brandstifter eines neuen Krieges", die Belgrad „zu einem amerikanischen Zentrum der Spionage und **antikommunistischen Propaganda"** gemacht hätten.

Das jugoslawische Außenministerium veröffentlichte seinerseits 1951 ein „Weißbuch aggressiver Aktivitäten" der RGW–Länder gegen Jugoslawien. In diesem Buch wurde u.a. behauptet, daß die RGW–Länder allein zwischen dem 1.Juni 1948 und dem 15. Oktober 1950 nicht weniger als 1067 Grenzzwischenfälle provoziert hätten (30). Als „aggressive Aktivitäten" tauchten in den Statistiken des „Weißbuches" auch 6732 Rundfunksendungen der RGW–Länder in jugoslawischen Sprachen und „Scheinwerferleuchten" auf jugoslawisches Gebiet auf (ebenda).

Im Gegenzug gab das bulgarische Außenministerium 1952 ein Buch mit dem Titel „Dokumente über die feindliche und aggressive Politik der jugoslawischen Regierung gegen die Volksrepublik Bulgarien" heraus, in dem Jugoslawien u.a. bewaffnete Grenzprovokationen und Luftraumverletzungen vorgeworfen wurden.

Eigener Weg zum Sozialismus?

Der BdKJ („Bund der Kommunisten Jugoslawiens", wie sich die KPJ inzwischen nennt) ist heute der Ansicht, er habe 1948 und danach für *„die Einhaltung des Grundsatzes der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und den kommunistischen Parteien"* gekämpft (32). Die Kritik des Kominform an der KPJ sei *„Ausdruck der hegemonistischen Politik"* der UdSSR gewesen, die das Ziel verfolgt habe, *„Jugoslawien in eine untergeordnete Lage zu versetzen"* (33).

Schon sehr bald nach dem Bruch mit der UdSSR ging Jugoslawien enge Bindungen mit den imperialistischen Ländern, vor allem den USA ein. Am 31.10.50 erklärte Tito auf einer Pressekonferenz: *„In den internationalen Fragen ...arbeiten wir mit den Ländern des Atlantikpaktes zusammen ... Eine amerikanische militärische Hilfe für Jugoslawien wünscht Jugoslawien, und es erhält diese Hilfe. Wir haben viele amerikanische Waffen erhalten. Wir brauchen indessen noch schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge. Der Widerstand Jugoslawiens gegen die Sowjetunion ist nicht nur eine rein jugoslawische Angelegenheit ... Amerika hat nun an seiner Seite einen Freund, auf den es zählen kann... Wir werden als Freunde an der Seite der Vereinigten Staaten sein"* (35). Im gleichen Jahr schloß Jugoslawien mit den USA ein „Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe". Ferner wurde, ebenfalls 1951, ein „Abkommen über militärische Hilfe" zwischen Jugoslawien und den USA abgeschlossen, das vorsah, daß Jugoslawien seinen *„vollen Beitrag ... zur Entwicklung und Aufrechterhaltung der freien Welt zu leisten"* habe (36). Zu was für Eskapaden diese Freundschaft zwischen der jugoslawischen Bürokratie und den US–Imperialisten in den folgenden Jahren führte, stellen wir demnächst im AK dar.

Die These, daß Jugoslawien „gezwungen" gewesen sei, gegen die Bedrohung seiner Unabhängigkeit durch die UdSSR mit den USA und der NATO zusammenzuarbeiten, ist schon deshalb falsch, weil gerade diese Anlehnung an den „Westen" zu einer starken Einschränkung der jugoslawischen Unabhängigkeit und einer rapiden Rechtsentwicklung der gesamten Außenpolitik führte.

Daß ein Land mit sozialistischem Anspruch in dieser Region durchaus eine von der UdSSR unabhängige Politik betreiben kann, ohne zum Sondertrupp des Imperialismus herabzusinken, zeigt seit 20 Jahren Albanien.

Am 22.4.54 erklärte Tito, *„daß wir die Europäische Verteidigungsgemeinschaft positiv beurteilen"* (37). Im gleichen Jahr schloß Jugoslawien mit den beiden NATO–Ländern Griechenland und Türkei ein militärisches Bündnis, den „Balkanpakt", den Tito beschönigend als „Zusammenschluß ohne jedwede ideologische Färbung" bezeichnete (38).

Die Sowjetunion – Verteidigerin des Sozialismus?

In den Briefen an die KPJ bezog

Fortsetzung nächste Seite

Ein Chamäleon namens SED

Am 20. Dezember 1952 erklärte das Zentralkomitee der SED anläßlich der Verurteilung des ehemaligen Generalsekretärs der KP der CSSR, Rudolf Slansky, dieser habe in der Tschechoslowakei auf die „Errichtung einer tito-faschistischen Diktatur" hingearbeitet. Die „Tito-Clique" selbst sei eine „Bande von Spionen und Mördern", eine „amerikanische Agentur", die eine „unausgesetzte Wühlarbeit" in den RGW-Ländern entfalte und eine „verbrecherische Rolle" spiele.

24 Jahre später, 1976, erschienen „Ausgewählte Reden" des „Mörders und Spions" Tito im SED-eigenen Dietz-Verlag in Berlin/DDR. Zum XI. Parteitag des BdKJ schickte die SED eine ZK-Delegation zu dem oben erwähnten „Mörder und Spion" und ließ erklären: *„Als Bürger des sozialistischen deutschen Staates freuen wir uns aufrichtig über jeden Erfolg, den die Kommunisten und alle Werktätigen Jugoslawiens beim Aufbau des Sozialismus und der Entwicklung einer sozialistischen Völkerfamilie erringen"* („horizont", 27/1978).

Beim jüngsten Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Djuranovic in Berlin/DDR lobte der Vorsitzende des Ministerrates der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK SED, Willi Stoph, *„das große sozialistische Aufbauwerk, das die Völker Jugoslawiens, geführt vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens mit Genossen Tito an der Spitze, in historisch kurzer Zeit vollbracht haben"* („Neues Deutschland", 14.2.80).

Wie sagte schon Konrad Adenauer: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern" ...

RGW-Kommission



„Herzliche Begegnung" mit einem Mörder, Spion und Faschisten im amerikanischen Zentrum der Spionage und antikommunistischen Propaganda ...

Fortsetzung von Seite 46

die KPdSU zwar in einer Reihe von Fragen (Volksfront, Kollektivierung der Landwirtschaft, Klassenkampf im Sozialismus) verbal richtige Positionen.

Die durchaus zutreffende Kritik an der KPJ allerdings, daß in ihr „*die elementarsten Rechte der Parteimitglieder mit Füßen getreten werden und daß die geringste Kritik an den unrichtigen Methoden in der Partei schwere Maßregelungen nach sich zieht*", wirkt mehr als heuchlerisch, wenn man sich vor Augen führt, wie die KPdSU auch damals mit innerparteilichen Kritikern umsprang. In der Frage der Kollektivierung der Landwirtschaft, wo die UdSSR sich in ihren Briefen für eine behutsame Gangart aussprach, waren Stalin & Co. im eigenen Land reichlich „stürmisch" vorgegangen. Und vom Klassenkampf im Sozialismus war von Seiten der Parteiführung in der UdSSR kaum noch die Rede (vergl. AK 120 „Alle Macht den Sowjets", Schulungshefte des KB, Nr.2).

Angesichts der sowjetischen politischen Praxis muß die Polemik der KPdSU–Führung eindeutig als d e m a g o g i s c h eingeschätzt werden.

Nicht nur die hohen Gehälter der sowjetischen Offiziere (s.o.) zeigen, daß die Sowjetunion Ende der vierziger Jahre bereits stark bürokratisch –revisionistisch versumpft war.

Die Politik der Sowjetunion hatte schon in den vierziger Jahren starke chauvinistische Züge. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Ersetzung der Internationale als Nationalhymne durch ein Lied, in dem es heißt, daß die „Union der Sowjetvölker durch Groß–Rußland gefestigt" wird (vergl. „Texte zur Stalinfrage", Verlag J.Reents, S.89) sowie z.B. an die Vertreibung der Krimtartaren.

Das damalige Internationalismus-Verständnis der sowjetischen Führer wird an folgender Äußerung Stalins deutlich: „*Der Prüfstein und das unfehlbare Kriterium des Internationalismus ist das Verhältnis zur UdSSR – dem sozialistischen Vaterland aller Werktätigen...Internationalist ist derjenige, welcher ohne zu zögern, bedingungslos(!) bereit ist, die UdSSR zu schützen...Denn wer die weltweite revolutionäre Bewegung an der Sowjetunion vorbei oder gegen die Sowjetunion zu verteidigen gedenkt, der geht gegen die Revolution, der weicht bestimmt ab ins Lager der Feinde der Revolution*" (39).

Per Definition ist damit j e d e Kritik an der wechselvollen Außenpolitik der UdSSR konterrevolutionär.

Mit ähnlichen chauvinistischen Frechheiten ist die UdSSR übrigens auch schon Anfang der fünfziger Jahre gegenüber der Volksrepublik China aufgetreten (vergl.AK 77, „Den Maoismus verteidigen, den Revisionismus bekämpfen", auch in: Schulungshefte des KB Nr.2).

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch folgender Satz aus der Kominform-Resolution vom 29.6.48: „*Die jugoslawischen Führer*" *seien* „*der Auffassung, daß sie die Unabhängikeit Jugoslawiens bewahren und den Sozialismus aufbauen können ... ohne die Unterstützung der UdSSR*" (21).

Beachtenswert ist ebenfalls der Vorwurf der KPdSU-Führung gegen die jugoslawische Führung, sie würde eine „antisowjetische und antirussische (!)" Politik betreiben (14). Mit der Abberufung der sowjetischen Berater v o r der eigentlichen Polemik gab die UdSSR gegenüber Jugoslawien ein Beispiel, das noch eine Reihe von Nachahmern finden sollte (Chruschtschow gegen Albanien und China, Deng & Hua gegen Vietnam und Albanien). Bezeichnend ist auch, daß die RGW–Länder 1949 eine Handelsblockade gegen Jugoslawien organisierten.

Bald nach Stalins Tod änderten die sowjetischen Führer ihre Taktik gegenüber Jugoslawien.

Im Sommer 1955 besuchten Chruschtschow und Bulganin Belgrad. Tito meinte nach dem Besuch, dieser habe „positive Ergebnisse" gehabt. Besonders freute sich Tito, „*daß die sowjetischen Führer erklärt haben, daß sie keine Einwände gegen Jugoslawiens gute und freundschaftliche Beziehungen mit den westlichen Ländern haben, daß dies die Sowjetunion nicht stört*" (41).

Diesem Taktikwechsel lag einmal zugrunde, daß die Chruschtschowsche Führung s e l b s t begann, mit dem Imperialismus zusammenzuarbeiten, die amerikanischen Führer als „vernünftig" zu loben u.ä.m..

Ein weiterer wesentlicher Grund für den außenpolitischen Schwenk der UdSSR liegt in derHerausbildung der Bewegung der Blockfreien (Bandung–Konferenz 1955), in der Jugoslawien nach wie vor ein gewichtiges Wort mitzureden hat. Da die Sowjetunion die blockfreien Länder als Bündnispartner gewinnen wollte, konnte sie sich eine Fortsetzung ihres harten Konfrontationskurses (s.o.) gegen eines der führenden Länder der Bewegung der Blockfreien nicht leisten.

Eine Aufarbeitung des Kominformkonfliktes hat in den RGW–Ländern bis heute nicht stattgefunden. In einem der neuesten DDR–Geschichtsbücher heißt es nur lapidar: „*1948 entstanden Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPJ einerseits und der KPdSU und den anderen kommunistischen Parteien andererseits zu Fragen der jugoslawischen Innen– und Außenpolitik, die 1949 zum ungerechtfertigten Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien führten*" (42).

RGW–Kommission

Anmerkungen

1. Tito contra Stalin, Der Streit der Diktatoren in ihren Briefwechseln, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1949 S. 30 – (2) ebenda, S. 31 – (3) ebenda, S. 33, (4) ebenda, S. 21, (5)ebenda, S. 39, (6) entfällt, (7) entfällt, (8) ebenda, S. 49, (9) ebenda, S. 50, (10) ebenda, S. 55, (11) ebenda, S. 57, (12) ebenda, S. 58, (13) ebenda, S. 64, (14) ebenda, S. 66, (15) ebenda, S. 70, (16)ebenda, S. 71, (17) ebenda, S. 72, (18) ebenda, S. 76, (19) ebenda, S. 77, (20) ebenda, S. 74, (21) ebenda, S. 79, (22) ebenda, S. 78, (23) ebenda, S. 80.

(24) Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Frankfurt 1978 S. 419

(25) Karl E. Naske: Tito – der eigene Weg, Kreuzweingarten, 1964, S. 167

(26) Ministry of Foreign Affairs of the Federal Peoples Republic of Yougoslavia: White book on aggressive activities by the governments of the USSR, Poland, Czechoslovakia, Hungary, Rumania, Bulgaria and Albania towards Yougoslavia, Belgrad, 1951, S. 109

(27) ebenda, S. 283

(28) ebenda, S. 285

(29) Einheit, theoretisches Organ der SED, Sonderbeilage, 5. Jahrgang, Januar 1950, Heft 1

(30) „White book...", S. 447

(31) Ministere des Affaires Etrangeres: Documents sur la politique hostile et aggressive du gourvernment jougoslave contre la Republique Populaire de Bulgarie, Sofia 1952, S. 329

(32) Sozialistische Theorie und Praxis, Belgrad, Nr. 3/1978, S. 27

(33) ebenda, S. 39

(34) Schriftenreihe: Tito zu Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit, Belgrad 1977, S. 22

(35) „Documents surlapolitiquehostile.." S. 359

(36) zitiert in: Polemik über die Generallinie der kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 182

(37) siehe 36, S. 26

(38) ebenda, S. 29

(39) J.W.Stalin, Werke, Band 10, S. 51

(40) Hermann Weber (Herausgeber): Völker hört die Signale, Der deutsche Kommunismus 1916-1966,München 1967, S. 277

(41) Josip Broz Tito: Selected speeches and articles, Zagreb 1963, S. 22f

(42) KleineEnzyklopädieWeltgeschichte, Band 1, Leipzig 1979, S. 569

Spendenliste für den AK

Für die Spenden haben wir ein eigenes Konto eingerichtet:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Kontonr. 4 501 755 00
Bitte auf dieses und n i c h t auf die Verlagskonten überweisen, um uns die Entflechtung von Verlagsfinanzen und Spenden zu erleichtern.

Nachtrag von bar eingegangenen Spenden beim Verlag

A.	500,00
KB/Hamburg Wandsbek	8,50
N.N.	100,00
KB/Hamburg Wandsbek	15,00
Skatrunde Kiel	103,60
Isny	10,00
Wandsbek	8,00
R., HH	1100,00
Ga., KB/Hamburg	62,50
Wandsbek	17,50
	1925,10

Spenden seit der letzten Veröffentlichung am 10.3.

„Strolch"	200,00
3 AK-Leser aus Baden-Baden	10,00
L.W., Dortmund	100,00
KB/Gruppe Stade-Bremervörde	70,74
KB/Gruppe Wolfsburg	55,00
Letz	100,00
Ga., HH	937,50
F.S., Giessen	2,50
P.S., HH	50,00
KB/Gruppe Butzbach	50,00
R. u. H., Hildesheim	100,00
Th., Bochum	100,00
J.E.	7,00
N.N., Bochum	100,00
R.P., Nordheim	100,00
W.S., Karlsruhe	50,00
NN, Hamburg	15,00
Wohngemeinschaft Altona	32,50
B.K., Nürnberg	10,00
E.K. u. A.P., Hannover	45,00
U.O., Konstanz	50,00
B.K., Nürnberg	10,00
U.K.	50,00
Doppelkopfspiel Bielefeld/Dortmund	40,00
H.S., Frankfurt	100,00
K.H., Glinde	50,00
W.S., Karlsruhe	50,00
B.O., Westberlin	7,00
J.E.	7,00
U.W., Stuttgart	10,00
Ein Genosse aus Erlangen	100,00
W.Sch., Aachen	50,00
K.M., Hannover	100,00
J.E.	7,00
B.O., Westberlin	7,00
Th., Bochum	50,00
BO Wandsbek (März)	80,00
BO Hamburg Mitte (Januar)	750,00
KB/Gruppe Bremen (Februar, März)	500,00
KB/Gruppe Bremen (Überschuß Org.)	1400,00
BO Barmbek (Februar)	80,00
BO Hamburg Mitte (Februar)	200,00
KB/Gruppe Bremen (April)	50,00
KB/Gruppe Bremen (Überschuß)	1000,00
KB/Gruppe Bremen, Schmuckverkauf	850,00
Druck/HBV (Februar)	150,00
Druck/HBV (Februar)	150,00
Kinder/Erzieherbereich, HH (Dezember 1979)	360,00
Wandsbek (Mai)	110,00
Wandsbek, Überschuß Bezirkskasse	500,00
N. aus Hamburg	100,00
Alternatives Zentrum, HH	62,50
M., Chemie HH	40,00
Frauengruppe Eimsbüttel	200,00
Frank, Metall	100,00
Skatrunde Bergedorf	46,00
KB/Gruppe Lübeck	1000,00
Ma., FG HH-Eimsbüttel	200,00
WG-Genosse Harburg	20,00
Jens, Metall	40,00
Beim Straßenverkauf	20,00
W., ein Genosse aus Hamburg, Bausparvertrag	10.000,00
Summe der Spenden seit dem 10.3.	**20.681,24**
Nachtrag bar eingegangener Spenden beim Verlag	**1925,10**
Stand am 10.3.80	**109.989,52**
Spenden insgesamt	**132.595,86**

Jugoslawien: Acht Jahre Knast für albanische Aktivisten

Im AK 175 berichteten wir darüber, daß in Pristina, der Hauptstadt der jugoslawischen Provinz Kosovo, 50 Aktivisten der albanischen Minderheit (die im Kosovo 74 % der Bevölkerung stellt) vor Gericht gestellt wurden. Ihnen wurde „feindliche Propaganda und Verschwörung mit dem Ziel feindlicher Aktivitäten gegen das System des Selbstverwaltungssozialismus" vorgeworfen. Während des Besuchs von Tito im Kosovo im Oktober 1979 sollen die Angeklagten Flugblätter verteilt haben, in denen die Vereinigung Kosovos mit Albanien gefordert wurde.

Insbesondere unter der „Dorf- und Schuljugend" Kosovos, so die Belgrader Zeitung „Politika", hätten die Aktivisten, die „auf organisierter Basis" vorgegangen seien, Anklang gefunden. Der Prozeß fnd unter „besonderen Sicherheitsvorkehrungen" statt und endete am 9. Juni. Acht Angeklagte, im Alter zwischen 26 und 39 Jahren, wurden zu Gefängnisstrafen von drei bis acht Jahren verurteilt. Die längste Strafe bekam der „Anführer", Sevret Jassar.

Den albanischen Genossen wurde nichts als ihre politische Aktivität für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes vorgeworfen. Es ist bezeichnend, daß die in diesem Prozeß verhängten Strafen höher sind als manche Urteile gegen Faschisten. So wurde Anfang März ein Mann, der sieben Jahre lang für eine faschistische kroatische Exilorganisation tätig gewesen war, zu lediglich fünf Jahren verurteilt („FR", 13.3.).

Der Kosovo-Albanier Jussuf Gervalla, der vor kurzem in die BRD emigrierte, berichtete, daß im Kosovo eine organisierte illegale Freiheitsbewegung existiert, die auf der Basis von Zellen mit 3 Mitgliedern aufgebaut ist und von Ortskomitees sowie einem fünfköpfigen Zentralkomitee geleitet wird. Diese Organisation kämpft gegen die Unterdrückung der Provinz Kosovo durch den „serbischen Hegemonismus" und für die Vereinigung mit Albanien.

FREIHEIT FÜR DIE VERURTEILTEN ALBANISCHEN AKTIVISTEN!

RGW-Kommission

„Modell Deutschland" auch für China

Nach Ausschaltung der „Viererbande" und ihrer starrsinnigen Anhänger ist in China der Weg frei, um weltoffen und ohne dogmatische Scheuklappen von allem Nützlichen aus dem imperialistischen Ausland zu lernen. Daß dabei ein weltweiter Schlager wie das polizeistaatliche „Modell Deutschland" nicht übersehen wird, liegt auf der Hand. Völlig locker und undogmatisch bereiste zu diesem Zweck der chinesische Minister für Öffentliche Sicherheit vom 11. bis 19. Juni die Bundesrepublik.



Zu seinem Besuchsprogramm gehörten u.a. BGS-‚Einrichtungen' in Neustadt und Lübeck. In Eutin besuchte er die Kaserne der Bereitschaftspolizei – im norddeutschen Raum für vielfältige Knüppel-Einsätze bekannt. In Hamburg ließ er sich das Polizei-Präsidium zeigen.

Bei der Entwicklung der chinesischen Innenpolitik (Jugendarbeitslosigkeit, Anstieg der Jugendkriminalität usw.) wird es China gewiß gut tun, sich von Erfahreneren über den Schutz der Inneren Sicherheit beraten zu lassen. Für die nächste Reise des chinesischen Polizeiministers in die BRD empfiehlt sich ein Ausflug nach Stammheim. Schließlich ist ja immer noch das Problem der „Viererbande" offen.



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich / wir die Hamburger Satz- und Verlags-Cooperative GmbH, Hamburg, den von mir / uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ARBEITERKAMPF bei Fälligkeit zu Lasten meines / unseres* Girokontos abzubuchen.*

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

.................................., den.......................... ....
Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

In eigener Sache

Der „Arbeiterkampf" wird künftig in einem neuen Verlag, der „Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH" erscheinen. Dieser Verlag ist Rechtsnachfolger des J. Reents Verlages und wird, mit Ausnahme des Sektors Buchverlag, die bisherigen Aktivitäten weiterführen.

Wir bitten alle Abonnenten, Vertriebsgruppen und Buchläden zukünftige Zahlungen auf die neu errichteten Konten zu leisten, damit uns unnötige Verwaltungsarbeit erspart bleibt.

Abonnenten, die sich dem Einzugsverfahren angeschlossen haben, brauchen nichts zu unternehmen, die Änderung des Bankkontos wird von uns veranlaßt.

Die Bankverbindungen sind:

Postscheckamt Hamburg
BLZ 200 100 20
Konto Nr. 27175-203

Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto Nr. 4810 68500

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe a l l e r

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe a l l e r

Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich e i n e n T a g n a c h E r s c h e i n e n in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

a b o n n i e r t s e l b s t

und

w e r b t w e i t e r e A b o n n e n t e n

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.

ausschneiden und in einen Umschlag stecken!

Absender: ....

....

....
(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir wollen der ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 ☐
jährlich – DM 55,– ☐

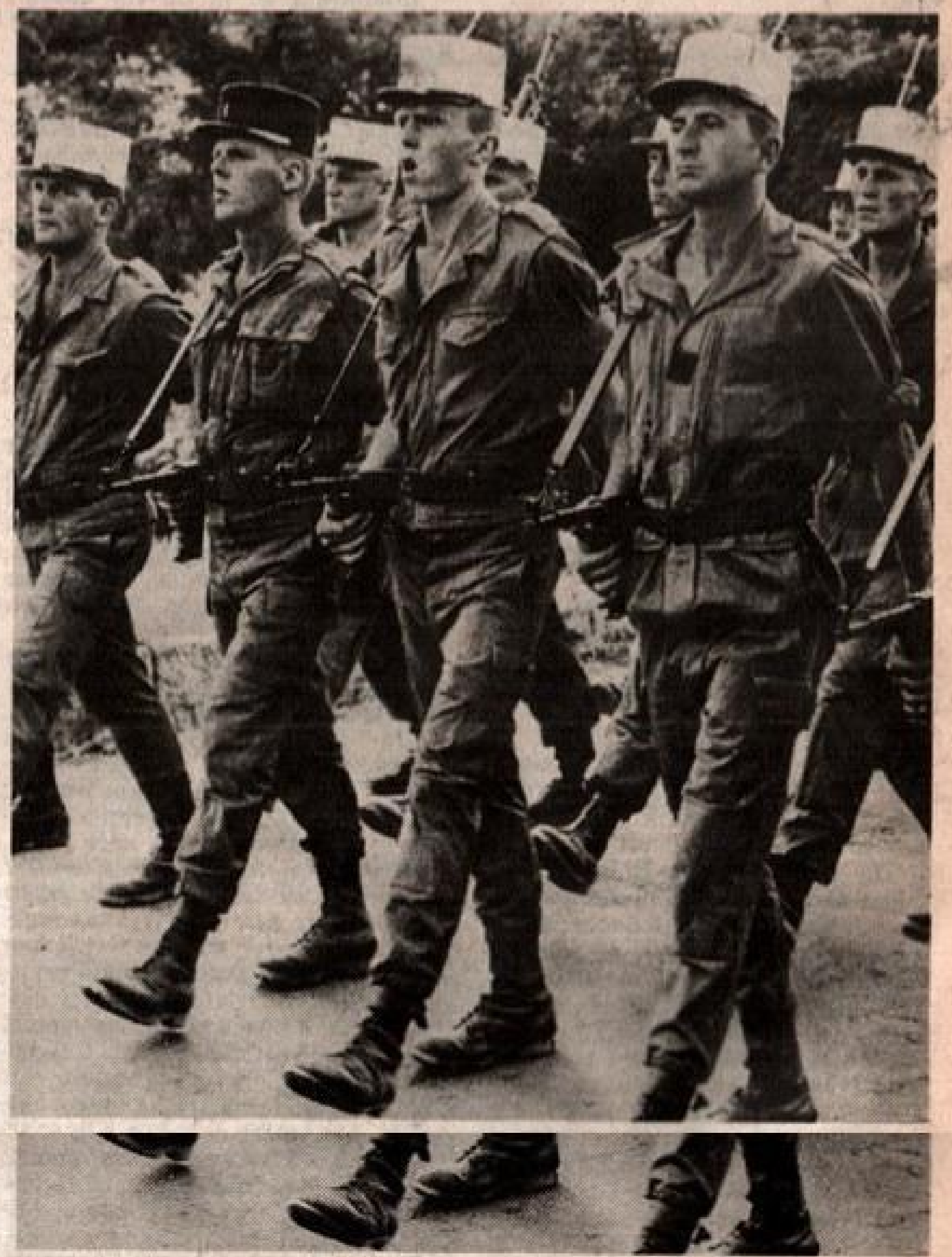
abgebucht werden (bitte Rückseite beachten!). oder wird überwiesen auf das Konto der HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-KOOPERATIVE, Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

....
Ort, Datum *Unterschrift*

Frankreich — eine aggressive imperialistische Macht



Der französische Imperialismus - obgleich 1963 formal aus der NATO ausgestiegen - nimmt als derzeit drittstärkste Atommacht der Welt seine Interessen voll an der Seite der übrigen imperialistischen Länder wahr.

So wird häufig - z.B. bei der ganzen sog. „Nachrüstungs"debatte - übersehen, daß Frankreich schon seit langem über strategisch-atomare Waffen verfügt, die gegen die Staaten des Warschauer Paktes gerichtet sind.

Außerdem ist es gerade Frankreich, das für zahlreiche militärische Interventionen und Putsche in Afrika, neuerdings auch auf den Hebriden, verantwortlich ist. Die „FAZ" wußte die Rolle des *„Nachbarn Frankreich"* denn auch entsprechend zu würdigen: *„Frankreich unterstützt sehr wohl die westliche, ja, die amerikanische Politik, und nicht nur mit Worten. Wer anders als die Franzosen riskierte bislang etwas gegen kubanischen und sowjetischen Einfluß in Afrika?"*.

Auch *„das besonders freundliche und enge Zusammenwirken von französischer Armee und Bundeswehr ... bleibt weithin unbekannt, ebenso die Gemeinsamkeiten auf rüstungstechnischem Gebiet"* („FAZ", 4.6.80).

'Kalter Krieg' auch in Frankreich

In jüngster Zeit haben sich insbesondere die Partei des Präsidenten Giscard d'Estaing (UDF) sowie die Gaullisten zu Wort gemeldet.

Für beide Parteien ist der Kalte Krieg bereits ausgebrochen, wenn beispielsweise die Gaullisten von den

card d'Estaing (UDF) sowie die Gaullisten zu Wort gemeldet.

Für beide Parteien ist der Kalte Krieg bereits ausgebrochen, wenn beispielsweise die Gaullisten von den

„expansionistischen Plänen der UDSSR, unterstützt von einer fanatisch gerüsteten Roten Armee und kubanischen Hilfstruppen" reden oder davon, daß der *„ideologische Kampf zwischen Marxismus und allen anderen Formen der Gesellschaft"* fortgesetzt werden müsse.

Die UDF warnt vor den *„direkten oder indirekten Interventionen des Kreml"*, die *„die Entspannung und den Glauben an sie untergraben"* („Welt", 5.6.80).

Schon lange ist auch die offizielle Militärdoktrin von der „Verteidigung" Frankreichs „nach allen Himmelsrichtungen" fallengelassen worden. Seit Anfang der siebziger Jahre wird klar benannt, daß der „Feind" im Osten liegt.

Der französische Ministerpräsident, Barre, machte unmißverständlich klar, daß Frankreich im Falle militärischer Auseinandersetzungen in der Golfregion mit von der Partie sein wird, wenn *„seine Sicherheit und seine Beziehungen zu verbündeten Staaten in Gefahr sind"* („Tagesspiegel", 10.2.80).

Der französische Imperialismus betreibt nicht „nur" eine Politik der direkten, militärischen Einmischung in Ländern der Dritten Welt (Zaire-Konflikt, Tschad, Zentralafrikanische Republik usw.), sondern spielt im Rahmen der Nato eine gewichtige Rolle, was die Rüstungsanstrengungen gegen die Sowjetunion anbelangt.

Im jüngst erschienenen „Weißbuch" der UDF bekennt sich Frankreich zur sog. „Vorneverteidigung" über die eigenen Grenzen hinaus.

Angesichts der neuen internationalen Kräfteverhältnisse müsse Frankreich als Atommacht *„die Initiative für die europäische Verteidigungs-Zusammenarbeit ergreifen"* („FAZ", 28.5.80). Giscard d'Estaing schlug ein *„gemeinsames europäisches Verteidigungskonzept"* vor.

In diesem Zusammenhang laufen derzeit Diskussionen darüber, die französische Militärdoktrin mit der NATO noch besser abzustimmen. Bislang jedenfalls verfolgte der französische Imperialismus eher die „massive Vergeltung", d.h. einem sofortigen a t o m a r e n Schlag.

Die französischen Atomwaffen

Derzeit ist Frankreich dabei, die Force de Frappe erheblich zu modernisieren. Im Mai wurde eine neue Batterie von Mittelstreckenraketen (Reichweite: 3500 km!) in Dienst gestellt. Damit verfügt dieses Land über insgesamt 18 Mittelstreckenraketen.

Diese Raketen erhalten zur Zeit neue atomare Sprengköpfe, die rund 1,2 Megatonnen (bisher 150 Kilotonnen = ca. 7 mal stärker als die Bomben von Hiroshima) Sprengkraft besitzen.

Hinzu kommen insgesamt 80 Mittelstreckenraketen auf den 16 Atom-U-Booten, dem wichtigsten „Bein" der Force de Frappe.

Außerdem hat Frankreich insgesamt 34 „Mirage"-Bomber mit je einer 150-Kilotonnen-Atombombe ausgerüstet (nach „Welt", 24.5.80).

Hinzu kommt, daß Frankreich seine Mittelstreckenraketen zu Land fest verbunkert hat; 20 Megatonnen an Wasserstoffbomben müßten nach Angaben französischer Militärtheoretiker aufgewendet werden, um diese weit verstreuten Atomsilos zu zerstören.

Doch damit nicht genug; der forcierte A u s b a u der Atomstreitkräfte wird in Angriff genommen. So erklärte der französische Kriegsminister Bourges: *„Die Atomstreitmacht ist heute doppelt so stark wie 1977, ihre Vernichtungskapazität betrifft das Anderthalbfache an potentiellen Zielen"* („FAZ", 9.2.).

Zwischen 1985 und 1990 sollen vier weitere Atom-U-Boote mit je 16 Mehrfach-Atomsprengköpfen vom Stapel laufen, die Reichweite der „Mirage" soll von 2000 auf 5000 km gesteigert, die gesamte atomare Sprengkraft innerhalb von zwei Jahren verdoppelt werden („FAZ", 9.2.).



Keinesfalls ist damit das Atomwaffenpotential Frankreichs zu unterschätzen; so stellte das „Figaro-Magazine" fest, daß Frankreich, *„selbst zu Tode getroffen"*, im atomaren Gegenschlag 60 bis 80 % der Sowjetunion vernichten könne: das sind rund 120 bis 150 Städte mit rund 100 Millionen Menschen (nach „FAZ", 9.2.80)!

Frankreich verfüge damit über eine Zweitschlagskapazität, die nicht völlig bei einem Erstschlag zu vernichten sei; dies gelte insbesondere für die praktisch unverwundbaren Atom-U-Boote. „Le Figaro" kam zu dem bemerkenswerten Schluß: *„Um Frankreich auszuradieren, müßte der Gegner einen wesentlichen Teil seiner atomaren Kräfte einsetzen. Unser Vergeltungsschlag würde ihn ausbluten, während ... die Vereinigten Staaten unverletzt blieben, bereit zum entscheidenden Stoß"* (nach „FAZ", 9.2.).

Auch auf dem Gebiet der sog. „Grauzonenwaffen" prescht der französische Imperialismus vor. In Diskussion ist die Produktion der N e u t r o n e n b o m b e, die dann 1985 in Dienst gestellt werden könnte. Technologisch sei Frankreich zur Produktion dieser Bombe bereits in der Lage (nach „FAZ", 9.6.80).

Außerdem will der französische „Verteidigungsrat" Mitte Juli darüber entscheiden, ob bodengestützte „Cruise Missiles" (Reichweite: 2500 km) oder aber Boden-Boden-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen eingeführt werden sollen („FAZ", 9.2.80).

Damit ist eindeutig, daß der französische Imperialismus sich voll und ganz an den NATO-Aufrüstungsplänen beteiligt, wobei die Nicht-NATO-Mitgliedschaft sehr zu relativieren ist: Bereits Anfang der siebziger Jahre fand eine starke Annäherung an die NATO statt. Der damalige Kriegsminister Jobert erklärte auf einer NATO-Ratstagung (!) im Dezember 1973, daß es *„keine Alternative zum amerikanischen Atomschirm"* gebe und die „Welt" vom 8.7.1975 bemerkte, daß die *„Beteiligung Frankreichs an der Verteidigung des Westens viel umfassender"* sei, als *„viele glauben"*. Es gebe u.a. eine französische Militärmission in Brüssel, einen französischen General beim Nato-Oberkommando „Shape", einen französischen Botschafter beim Nordatlantikrat in Brüssel usw.

Auch die Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich hat einen nicht unerheblichen Umfang: beide Länder produzieren die Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan", geplant ist die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers für die 90er Jahre usw.

Alles in allem also ist Frankreich ein bedeutender atomarer 'Joker' im Rahmen des imperialistischen Bündnisses, der mehr Beachtung verdient, da gerade hierzulande die angebliche „Schwäche" oder „Unterlegenheit" der NATO eben o h n e die „Force de Frappe" dargestellt wird.

Antimilitarismuskommission